Wachstumsprobleme in den osteuropäischen Volkswirtschaften

Zweiter Band

Herausgegeben
von
Prof. Dr. K. C. Thalheim

VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1970

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 50/II

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

SCHRIFTEN
DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 50/II

Wachstumsprobleme in den osteuropäischen Volkswirtschaften

Zweiter Band

VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1970

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wachstumsprobleme in den osteuropäischen Volkswirtschaften

Zweiter Band

Herausgegeben
von
Prof. Dr. K. C. Thalheim

VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1970

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Alle Rechte vorbehalten

© 1970 Duncker & Humblot, Berlin 41
Gedruckt 1970 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin 61
Printed in Germany

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorbemerkung

Als im Herbst 1968 der erste Band dieses Sammelwerkes erschien, habe ich — als ehemaliger Vorsitzender des „Ausschusses zum Studium der Ostfragen“ der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften noch für die Herausgabe verantwortlich — in meiner Vorbemerkung die Gründe dargelegt, die den Ausschuß veranlaßten, gerade die Wachstumsproblematik in den osteuropäischen Volkswirtschaften zum Gegenstand seiner Arbeiten und damit auch zum Thema einer umfangreichen Veröffentlichung zu machen. Da das damals Gesagte auch für den nunmehr fertiggestellten zweiten Band des Gesamtwerkes zutrifft, sei hier auf diese Vorbemerkung des ersten Bandes verwiesen.

Der zweite Band enthält Länderuntersuchungen über die Deutsche Demokratische Republik, die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien, einen abschließenden Aufsatz über die Zusammenhänge zwischen dem volkswirtschaftlichen Wachstum und den Reformen des Wirtschaftssystems sowjetischen Typs sowie eine umfangreiche, nahezu 700 Titel umfassende Bibliographie über das Wirtschaftswachstum der europäischen Mitgliedsstaaten des „Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“, in die das in den behandelten Ländern selbst erschienene Schrifttum in großem Umfang einbezogen wurde. Entgegen den ursprünglichen Absichten war es leider nicht möglich, die Länderanalysen durch einen Beitrag über Polen zu ergänzen, da mehrere Versuche, einen sachkundigen Bearbeiter zu finden, scheiterten. Auch auf den in der Vorbemerkung zum ersten Bande angekündigten besonderen Beitrag über die Rolle des Außenhandels als Wachstumsfaktor mußte verzichtet werden — einmal deshalb, weil dieser Aspekt in fast allen Regionalbeiträgen ausgiebig berücksichtigt worden ist, zum anderen, weil durch die sehr umfangreich gewordene Bibliographie der verfügbare Raum voll beansprucht war. Wir waren aber der Meinung, daß diese im wissenschaftlichen Schrifttum einzigartige Bibliographie einen so wichtigen Arbeitsbehelf bildet, daß sie keinesfalls gekürzt werden sollte.

Wie schon im ersten Bande dieses Sammelwerks, erwies es sich auch beim zweiten Bande als unmöglich, die Länderkapitel nach einem völlig einheitlichen Schema anzulegen und bei der Behandlung der Wachstumsprobleme der einzelnen Länder Vollständigkeit anzustreben. Es mußte den Autoren die Entscheidung darüber überlassen bleiben, auf

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

welche Aspekte sie im Einzelfall als die für ihre Analyse wesentlichen das Schwergewicht legten.

In allen regionalen Einzeldarstellungen zeigt sich, daß die Volkswirtschaften und die Wirtschaftssysteme der osteuropäischen Länder in einem dynamischen Entwicklungsprozeß stehen, der auch für die Wachstumsproblematik von erheblicher Bedeutung ist. Überall in den kommunistisch regierten Ländern konnten die mit der Rezeption des sowjetischen Wirtschaftsmodells ausgelösten expansiven Wachstumskräfte zunächst beträchtliche Erfolge erzielen — allerdings auch in dieser Periode schon recht ungleichmäßig, bei z. T. sehr raschem Tempo der Produktionssteigerung in der Grundstoff- und Produktionsmittelerzeugung, aber ungenügender Entwicklung, z. T. ausgesprochener Unterentwicklung anderer wichtiger Sektoren, wie besonders Landwirtschaft, Verkehrswesen und Wohnungsbau. Fast in allen hier behandelten Ländern ließ jedoch zu Beginn der sechziger Jahre diese Expansionskraft nach; das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich fühlbar, gerade die industriell am höchsten entwickelten Länder — die DDR und die Tschechoslowakei — erlebten Jahre einer ausgesprochenen Stagnation. Das mußte für ein Wirtschaftssystem von besonderer Bedeutung sein, für das von vornherein die Wachstumsrate eine ungewöhnlich große Rolle spielte und als besonders überzeugender Beweis für die Überlegenheit gegenüber „kapitalistischen" Ordnungen angesehen wurde. Dadurch wurden Erwägungen, Diskussionen und theoretische Untersuchungen von wachsendem Umfang und Gewicht ausgelöst; es ist kein Zufall, daß gerade in dieser Zeit in den kommunistisch regierten Ländern die wissenschaftliche Literatur über Wachstumstheorie erheblich zunahm, und zwar noch mehr in Polen, der Tschechoslowakei und nicht zuletzt in der DDR als in der Sowjetunion selbst.

Dabei wurde immer klarer, daß das lange Zeit für die Wachstumspolitik dieser Länder maßgebende Ziel der Maximierung den Anforderungen der neuen Lage nicht mehr entsprach. Je weniger es möglich wurde, weitere Wachstumseffekte durch Vermehrung der Beschäftigtenzahl zu erreichen, desto größeres Gewicht gewann die Produktivitäts- und Effizienzsteigerung, für die sich aber die bisher angewendeten Methoden der Planung und Lenkung als unzureichend erwiesen. Wenn seit 1962/63 alle in diesem Bande untersuchten Länder in eine Periode mehr oder weniger intensiver Reformdiskussionen, Reformexperimente und Reformmaßnahmen eingetreten sind, so ergab sich das nicht zuletzt aus den im Wachstumsprozeß entstandenen Schwierigkeiten. Das wird aus allen in diesem Bande enthaltenen Darstellungen deutlich.

Wie bei allen Sammelwerken dieser Art waren nicht geringe Schwierigkeiten vor allem hinsichtlich der Termine zu überwinden, bis der nun

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vorliegende Band druckfertig gestaltet war. Als Herausgeber möchte ich allen denjenigen Mitarbeitern besonders danken, die ein schon früher vorgelegtes Manuskript durch — z. T. mehrfache — Überarbeitung aktualisiert haben. Wie beim ersten Bande gilt mein sehr herzlicher Dank Herrn Prof. Dr. W. M. Freiherrn von Bissing, der mir auch diesmal bei der nicht geringen, dem Herausgeber zufallenden Arbeit eine große Hilfe geleistet hat. Ein großes Verdienst hat sich auch Herr Dr. Gerhard Teich vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel durch die einen großen Arbeitsaufwand erfordernde Zusammenstellung der umfassenden Bibliographie erworben.

Dank gebührt ferner der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die auch dieses Sammelwerk gefördert hat, wie sie das schon beim ersten vom „Ausschuß zum Studium der Ostfragen" der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erarbeiteten zweibändigen Werk über „Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China" (erschienen 1961 und 1962) getan hatte.

Berlin, im Mai 1970

Karl C. Thalheim

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsverzeichnis

Probleme des Wirtschaftswachstums in Mitteldeutschland

Von Prof. Dr. Karl C. Thalheim 1

1. Die Ausgangssituation 1
2. Der Einfluß der Sowjetisierung 6
3. Wirtschaftsplanung und Wirtschaftswachstum 8
4. Die Bedeutung der Planungsreformen 10
5. Wachstumsziele im Wandel 13
6. Voraussetzungen des Wirtschaftswachstums 15
   a) Investitionen und Finanzierung 15
   b) Die Arbeitskräfte 25
   c) Der Einfluß der außenwirtschaftlichen Beziehungen 31
7. Zur statistischen Erfassung des Wachstumsprozesses 35

Wachstumsprobleme in der Tschechoslowakei

Von Dr. Helmut Klocke 41

1. Aspekte des Wirtschaftswachstums in der volkswirtschaftlichen Theorie der Tschechoslowakei 41
2. Das Wirtschaftswachstum vor dem Zweiten Weltkriege 42
3. Die Voraussetzungen des Wachstums 47
   a) Die natürliche Ausstattung des Wirtschaftsraumes 47
   b) Die Arbeitskräfte 51
   c) Arbeitskräfte und Arbeitsproduktivität 55
   d) Die durch Wirtschaftssystem und Wirtschaftspolitik gegebenen Voraussetzungen des Wachstums 59
   e) Der Einfluß der Außenwirtschaft 60
4. Die im Rahmen der Planung aufgestellten Wachstumsziele 68
5. Das tatsächliche Wirtschaftswachstum 1945 bis 1963/64 71
   a) Allgemeines 71
   b) Die Agrarproduktion 75
   c) Die Industrie 81
6. Strukturwandlungen als Folge des Wirtschaftswachstums 84
7. Zusammenfassung und kritische Gesamtwürdigung des bisherigen Wachstumsprozesses 90
8. Die Aussichten des künftigen Wirtschaftswachstums 96

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wachstumsprobleme der ungarischen Volkswirtschaft

Von Oliver von Gajzágó 103

1. Die natürlichen Voraussetzungen des Wachstums 103
2. Die Arbeitskraftquellen des Wachstums 107
3. Die finanziellen Quellen des Wachstums. Investitionen und Entwicklung der Grundmittel 112
4. Die Entwicklung der ungarischen Volkswirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg 122
5. Die Wachstumsprobleme der ungarischen Volkswirtschaft 133

Wachstumsprobleme der jugoslawischen Wirtschaft

Von Prof. Dr. Kurt Wessely 143

1. Überblick über die Entwicklung der jugoslawischen Wirtschaft 143
2. Die Lage der jugoslawischen Wirtschaft vor der Reform 1965 147
3. Grundsätze der jugoslawischen Wirtschaftsplanung 154
4. Selbstverwaltung und Markteinflüsse in der jugoslawischen Wirtschaft 164
5. Förderung von Entwicklungsgebieten 169
6. Marktgeschehen und Preispolitik 172
7. Außenwirtschaft als Wachstumsfaktor 179
8. Struktur und Finanzierung der Investitionen 186
9. Strukturänderungen und Beschäftigungslage 191
10. Entwicklung der jugoslawischen Landwirtschaft 195
11. Der IV. Fünfjahrplan 1966/1970 198
12. Zielsetzung und vorläufige Ergebnisse der Reformen von 1965 203

Wirtschaftswachstum in Rumänien

Von Prof. Dr. Kurt Wessely 211

1. Binnen- und außenwirtschaftliche Grundlagen des rumänischen Wirtschaftswachstums 211
2. Weg und Voraussetzung der Industrialisierung Rumäniens 218
3. Produktionsgrundlagen der rumänischen Industrie 223
4. Wachstumsziele im Fünfjahrplan Rumäniens 1966/1970 234
5. Planung und Finanzierung der Investitionen 242
6. Wirtschaftliche Reorganisationsmaßnahmen 248

Wachstumsprobleme Bulgariens

Von Dr. Theodor D. Zotschew 267

I. Struktur- und systembedingte Wachstumsprobleme der bulgarischen Volkswirtschaft 267
II. Wirtschaftswachstum und sozialökonomischer Strukturwandel in ihrer Inderdependenz 268

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1. Nationaleinkommen und gesellschaftliches Gesamtprodukt 268
2. Kapitalakkumulation, Investitionen und Verbrauch 272
3. Sozialökonomischer Strukturwandel 279
a) Demographische und infrastrukturelle Probleme 279
b) Arbeitskräftepotential, Beschäftigung und Arbeitsproduktivität 285

III. Wachstumsperspektiven bis 1970 291
1. Industrie 292
2. Landwirtschaft 295
3. Transport- und Nachrichtenwesen 297

IV. Wachstumsprobleme im Lichte des außenwirtschaftlichen Verkehrs .. 298
V. Reformbestrebungen als Folge der Wachstumsprobleme 306
1. Hintergründe der Reformen 306
2. Das neue System 309

VI. Zusammenfassung und Ausblick 313

Volkswirtschaftliches Wachstums und Reformen des Wirtschaftssystems sowjetischen Typs

Von Prof. Dr. W. M. Frhr. v. Bissing 315

Das Wirtschaftswachstum der europäischen Mitgliedsstaaten des „Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ im internationalen Schrifttum

Bibliographische Nachweise

Bearbeitet von Dr. Gerhard Teich 331
Bibliographien 331
Gesamtheit der europäischen Mitgliedsstaaten des RGW 331
Sowjetunion 332
Bulgarien und Rumänien 333
Deutsche Demokratische Republik 333
Polen 334
Tschechoslowakei 334
Ungarn 335
Gesamtheit der europäischen Mitgliedsstaaten des RGW 335
Veröffentlichungen außerhalb der RGW-Länder 335
Veröffentlichungen aus den RGW-Ländern und Jugoslawien 338
Sowjetunion 346
Veröffentlichungen außerhalb der RGW-Länder 346
Veröffentlichungen aus der UdSSR, den RGW-Ländern sowie Jugoslawien 354
Regionales Wirtschaftswachstum in der UdSSR 358
Bulgarien 360
Deutsche Demokratische Republik 361

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Polen 365
Rumänien 368
Tschechoslowakei 369
Ungarn 371
Nachwort des Bearbeiters 375

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Probleme des Wirtschaftswachstums in Mitteldeutschland

Von Prof. Dr. *Karl C. Thalheim*

1. Die Ausgangssituation

Als Folge des Zweiten Weltkrieges sah sich das Gebiet der heutigen „Deutschen Demokratischen Republik" aus der wirtschaftlichen Integration mit den übrigen Teilen des früheren gesamtdeutschen Staatsraumes herausgelöst, dem Prozeß der schrittweisen Rezeption des Wirtschaftssystems der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs überantwortet und in rasch wachsendem Ausmaß dem unter Führung der Sowjetunion stehenden wirtschaftlichen Ostblock eingegliedert. Selbstverständlich mußten diese Entwicklungen auch den Wachstumsprozeß in Mitteldeutschland stark beeinflussen.

Die deutschen Gebiete, die am Ende des Zweiten Weltkrieges westlich der Oder-Neiße-Linie von der Sowjetunion besetzt wurden, bildeten in ihrer Gesamtheit das zweitgrößte deutsche Industriegebiet. Der Anteil der Industrie an den Erwerbstätigen lag vor dem 2. Weltkriege in ihnen etwas höher als in den Teilen des damaligen Deutschen Reiches, die heute die Bundesrepublik Deutschland bilden. Allerdings unterschied sich die Wirtschaftsstruktur im Norden der heutigen DDR wesentlich von der Mitte und dem Süden. Während in Mecklenburg-Vorpommern, im Norden der preußischen Provinz Sachsen und in Teilen der preußischen Provinz Brandenburg die Landwirtschaft erheblich überwog — und zwar mit sehr hohen Anteilen von Großgrundbesitz und landwirtschaftlichem Großbetrieb —, waren die übrigen Teile dieser beiden preußischen Provinzen sowie das Land Anhalt, vor allem aber die beiden Länder Sachsen und Thüringen hochgradig industrialisiert. Dieses mitteldeutsche Industriegebiet und die Tschechoslowakei waren in dem nun geschaffenen wirtschaftlichen Ostblock nahezu die beiden einzigen alten Industriegebiete. Hinzu kam, daß der unter sowjetische Verwaltung gestellte Ostsektor Berlins ebenfalls ein bedeutendes Industriepotential aufwies; die Berliner Bekleidungsindustrie, die bei der Erzeugung von Damenoberbekleidung einen führenden Platz in Deutschland einnahm, war damals ganz überwiegend in diesem Teil der Reichshauptstadt angesiedelt.

Die in Mitteldeutschland gegebenen Standortsbedingungen hatten eine ganz bestimmte Industriestruktur bewirkt. Mitteldeutschland ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fügt nur über wenig mineralische Rohstoffvorkommen, besonders das für die moderne Industrieentwicklung lange Zeit wichtigste Mineral, die Steinkohle, und das in der späteren Zeit immer wichtiger gewordene Erdöl fehlen fast völlig. Der große Reichtum an Braunkohle und Salzen konnte diese Mängel nur teilweise ausgleichen; immerhin schuf er die Voraussetzungen dafür, daß sich — vor allem im mittleren Teil der preußischen Provinz Sachsen — eine bedeutende Industrie der chemischen Grundstoffe entwickeln konnte. Fast alle übrigen Zweige der Grundstoffindustrie blieben aber schwach entwickelt[1].

Der wichtigste Standortsfaktor der mitteldeutschen Industrie wurde also die menschliche Arbeit, auch in der Form der unternehmerischen Leistung; diese war bei dem überdurchschnittlich hohen Anteil von Klein- und Mittelbetrieben an der sächsisch-thüringischen Industrie recht wichtig, besonders auch für die Erschließung zusätzlicher Absatzmöglichkeiten. Die überwiegende Mehrzahl der mitteldeutschen Industriezweige war also nicht material-, sondern arbeitsorientiert; Fertigindustrien standen im Vordergrund, und dabei lag der Anteil der Konsumgutindustrien über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. So lag ein beträchtlicher Teil der deutschen Textilindustrie in Mitteldeutschland, manche ihrer Spezialzweige, wie z. B. die Strumpfindustrie, fast in ihrer Gesamtheit. Doch hatten sich auch einige Zweige der Investitionsgüterindustrie in Mitteldeutschland ansehnlich entwickelt, besonders der Maschinen- und Apparatebau, die Kraftwagenproduktion und die feinmechanisch-optische Industrie, während der Anteil der elektrotechnischen Industrie unter dem Reichsdurchschnitt lag. Agglomerationsfaktoren spielten dabei eine Rolle; so hatte das Schwergewicht der Textil- und Bekleidungsindustrie auch einen weit überdurchschnittlich hohen Anteil der Produktion von Maschinen für diese Zweige zur Folge.

Man wird annehmen können, daß die Produktivität der Industrie im ganzen vor dem 2. Weltkrieg in Mitteldeutschland nicht geringer war als im Gebiet der heutigen Bundesrepublik; auch die Arbeitseinkommen lassen, wenn überhaupt, nur ein geringes Gefälle zugunsten Westdeutschlands erkennen. Das gleiche gilt für die Hektarerträge der Landwirtschaft; einige agrarische Spezialzweige, wie z. B. der Zuckerrübenbau und die Saatguterzeugung, hatten in ganz Deutschland eine Spitzenposition.

Es ist deshalb sehr wahrscheinlich, daß in dieser Periode die Wachstumsraten der mitteldeutschen Wirtschaft im Gesamtdurchschnitt etwa auf dem gesamtdeutschen Niveau lagen. Von den nur kurzfristigen Wir-

---

[1] Reiches Material zur Strukturanalyse der deutschen Teilräume findet sich in dem Buche von Bruno *Gleitze:* Ostdeutsche Wirtschaft, Berlin 1958. Vgl. ferner: Wolfgang F. *Stolper,* The Structure of the East German Economy, Cambridge (Mass.) 1960, sowie Gert *Leptin,* Veränderungen in der Branchen- und Regionalstruktur der deutschen Industrie zwischen 1936 und 1962, Berlin 1965.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kungen der nationalsozialistischen Investitionspolitik, die für eine Anzahl von Industriezweigen Mitteldeutschland aus rüstungswirtschaftlichen Gründen bevorzugte, sei dabei abgesehen.

Die Kapazitätsverluste durch unmittelbare Kriegseinwirkungen dürften in Mitteldeutschland kaum wesentlich größer, eher geringer gewesen sein als in West- und Süddeutschland, spielen also als Bestimmungsgründe des nachkriegszeitlichen Wirtschaftswachstums nur eine untergeordnete Rolle. Hingegen wurden die Wachstumsvoraussetzungen durch die Demontagen der sowjetischen Besatzungsmacht erheblich beeinflußt; sie gingen — sowohl in der eigentlichen sowjetischen Besatzungszone als auch im Berliner Ostsektor — in der Industrie und im Verkehrswesen erheblich über die Demontageaktionen der westlichen Besatzungsmächte in ihren Besatzungszonen hinaus. Lediglich die Berliner Westsektoren haben — fast ausschließlich in der kurzen Zeit der sowjetischen Besetzung ganz Berlins im Mai und Juni 1945 — noch größere Demontageverluste erlebt. Bezogen auf die maschinelle Kapazität von 1936, verloren einige Industriezweige ihre gesamte maschinelle Ausrüstung, viele andere weit mehr als die Hälfte. Einige Beispiele hierfür seien genannt[2]:

Erzeugung von Elektroenergie	35 v. H.
Eisenschaffende Industrie (ohne Gießereien)	80 v. H.
Maschinen- und Apparatebau[a)]	70 v. H.
Darunter Werkzeugmaschinenbau	80 v. H.
Fahrzeugbau (ohne Flugzeugindustrie)	85 v. H.
Elektrotechnische Industrie	75 v. H.
Feinmechanik und Optik	75 v. H.
Chemische Industrie im ganzen[b)]	45—50 v. H.
Holzindustrie im ganzen[a)]	20—25 v. H.
Textilindustrie im ganzen[b)]	25 v. H.
Papiererzeugung[a)]	c) 52 v. H.

a) Kapazitätsverlust durch Demontagen und Kriegsschäden.
b) Schätzung.
c) Davon 45 v. H. durch Demontagen, 7 v. H. durch Kriegsschäden.

Die Notwendigkeit des Wiederaufbaus solcher so stark demontierten Industriezweige band natürlich erhebliche finanzielle und sachliche Mittel. Das galt besonders für Industriezweige mit hoher Kapitalintensität, wie die Kraftwerke, die Stahl- und Walzwerke und die Erzeugung chemischer Grundstoffe. Andere Zweige, denen von der Planung aus noch zu erörternden Gründen kein Schwerpunktcharakter zugebilligt wurde,

[2] Vgl. dazu die Darstellung der Demontagen in der Sowjetzone und in Berlin in dem vom Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung herausgegebenen Werk „Am Abend der Demontage", Bremen 1951, S. 59—113.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

haben im Vergleich mit Westdeutschland ein sehr viel langsameres Wachstum zu verzeichnen gehabt. Zwischen 1936 und 1962 ging der Anteil Mitteldeutschlands an den Beschäftigten der Industrie des Vierzonendeutschland von 31 auf 25 v. H. zurück[3]. Der Rückgang war am stärksten bei der „Leichtindustrie" (von 38 auf 26 v. H.); aber auch bei der metallverarbeitenden Industrie im ganzen sank der Anteil von 30 auf 23 v. H., stieg dagegen bei der Grundstoffindustrie von 24 auf 26 v. H. Bei einzelnen Industrieerzeugnissen, bei denen die Entwicklung mengenmäßig erfaßt werden kann, ergaben sich folgende typischen Veränderungen:

Tabelle 1

Anteil Mitteldeutschlands an der Produktion des Vierzonendeutschland in v. H.

	1936	1962
Elektroenergie	35	25
Braunkohle	63	71
Benzin	56	15
Rohstahl	7	10
Schreib- und Rechenmaschinen	75	42
Lastkraftwagen	31	3
Personenkraftwagen	26	3
Güterwagen	21	26
Rundfunkgeräte	63	21
Fotoapparate	34	19
Zement	17	16
Fensterglas	10	22
Schwefelsäure	22	22
Stickstoffdünger	62	22
Teerfarbstoffe	14	17
Papier	43	18
Garne	31	31

Für den Wachstumsprozeß sehr negativ wirkten sich auch die Demontagen im Verkehrswesen aus, besonders der Abbau der zweiten Gleise auf fast sämtlichen Eisenbahnstrecken, außerdem die Beschlagnahme von rollendem Material in beträchtlichem Umfange. Engpässe des Verkehrs haben deshalb in der Folgezeit in Mitteldeutschland eine nicht geringe

[3] Quelle: Gert *Leptin*, a.a.O., S. 53 und 57—68.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rolle gespielt, zumal die Motorisierung des Verkehrs nicht entfernt in dem gleichen Umfang gesteigert werden konnte wie in der Bundesrepublik und aus noch zu behandelnden Gründen das Verkehrswesen an den Gesamtinvestitionen nur in unzureichendem Umfang beteiligt wurde.

Hinzu kam, daß das Wirtschaftspotential Mitteldeutschlands von der sowjetischen Besatzungsmacht in den ersten Jahren nach Kriegsende in beträchtlichem Ausmaß durch Entnahmen aus der laufenden Produktion in Form offener oder versteckter Reparationen beansprucht wurde. Die Sowjetunion war im Interesse des möglichst raschen Ausgleichs ihrer eigenen beträchtlichen Kriegsverluste nicht zuletzt an den Reparationslieferungen von Investitionsgütern interessiert; deren Produktionsvolumen in Mitteldeutschland war aber nach den Demontagen, die gerade die Investitionsgüterindustrie in weit überdurchschnittlichem Ausmaß betroffen hatten, sehr beschränkt, so daß nach Erfüllung der sowjetischen Reparationsansprüche die für den Wiederaufbau bzw. Ausbau der mitteldeutschen Wirtschaft verfügbaren Mengen weit hinter dem tatsächlichen Bedarf zurückblieben. Hinzu kam, daß Mitteldeutschland im Gegensatz zur am ERP beteiligten Bundesrepublik Deutschland keine ausländische Starthilfe erhielt.

Diese Lage wurde weiterhin dadurch erheblich verschlimmert, daß im Gegensatz zum Potsdamer Abkommen, in dem noch von der Behandlung Deutschlands als wirtschaftlicher Einheit die Rede war, die politische Entwicklung zu einer wachsenden Desintegration der gesamtdeutschen Wirtschaft führte, besonders nach der getrennten Währungsreform und dem Beginn der Blockade West-Berlins im Sommer 1948. Dies führte dazu, daß die normalen Güterströme über die Zonengrenze, die nun zu einer echten Wirtschaftsgrenze wurde, während der Blockadezeit völlig aufhörten und auch danach in der Gestalt des Interzonenhandels nur noch einen bescheidenen Bruchteil ihres früheren Umfangs erreichten. Die von der Wirtschaftspolitik der DDR intendierten Wachstumsziele wurden dadurch erheblich beeinflußt; beträchtliche Teile des Wachstumspotentials wurden — wie noch darzulegen sein wird — dadurch gebunden, daß mit großem Aufwand und nicht selten unter ungünstigen Standortsvoraussetzungen Produktionskapazitäten erstellt wurden, deren Erzeugung die früheren Bezüge aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ersetzen sollte.

Die Ausgangslage hinsichtlich der Ausstattung mit Realkapital war also recht ungünstig, und die Möglichkeiten der Realkapitalbildung waren aus den genannten Gründen beschränkt. Eine ins Gewicht fallende Verbesserung dieser Voraussetzungen vollzog sich erst mit dem (zuerst relativen, dann auch absoluten) Rückgang der Reparationsverpflichtungen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gegenüber der Sowjetunion, die mit Ablauf des Jahres 1953 ihr Ende fanden.

Günstiger war zunächst die Versorgung mit Arbeitskräften, da einmal trotz der Kriegsverluste ein beträchtlicher Teil des Stammes an qualifizierten Arbeitskräften erhalten geblieben war, zum anderen der Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den unter polnische Verwaltung gestellten bzw. an die Sowjetunion übergebenen Ostgebieten Deutschlands und aus der Tschechoslowakei die Bevölkerungszahl erheblich anwachsen ließ[4]. Allerdings ließ die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Mitteldeutschland bald eine Abwanderung nach Westdeutschland entstehen, die später zu einem der ernstesten Probleme der mitteldeutschen Wachstumspolitik werden sollte.

2. Der Einfluß der Sowjetisierung

Diese Abwanderung war zu einem wesentlichen Teil durch den Prozeß hervorgerufen worden, den ich zu Anfang als die schrittweise Rezeption des sowjetischen Wirtschaftsmodells bezeichnet habe. Von wesentlicher Bedeutung für das Wirtschaftswachstum waren vor allem die Sequestrierung und spätere Enteignung der gesamten Großindustrie und eines beträchtlichen Teiles der mittleren Industrie, ferner die das Großgrundeigentum völlig beseitigende „Bodenreform" und der Kampf gegen das Großbauerntum. Beides — vor allem aber die Enteignungsaktion in der gewerblichen Wirtschaft — führte dazu, daß eine beträchtliche Zahl fähiger Unternehmer, leitender Angestellter, auch sonstiger Fachkräfte nach Westdeutschland gingen, um hier, gestützt auf ihre technischen Erfahrungen, ihre Marktkenntnis und in der Regel auch auf den Goodwill ihres in Mitteldeutschland enteigneten Unternehmens, sich eine neue Existenz aufzubauen. Die Wirkungen dieses Tatbestandes für das Wirtschaftswachstum werden an späterer Stelle untersucht[5].

Der Einfluß des nach dem sowjetischen Vorbild aufgebauten Wirtschaftssystems ging aber noch wesentlich weiter. Ich habe in meinem Beitrag „Besonderheiten des Wirtschaftswachstums in den kommunistisch regierten Ländern" im ersten Bande dieses Sammelwerks[6] die Beziehungen zwischen der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs in ihrer ursprünglichen Form und in ihren heutigen, durch Reformen in verschiedenem Grade umgestalteten Formen, und dem Wirtschaftswachstum analysiert. Das dort generell Gesagte kann nahezu in seiner Gesamtheit auch auf den Wachstumsprozeß in der DDR angewendet werden.

---

[4] Vgl. dazu meinen Beitrag „Besonderheiten des Wirtschaftswachstums in den kommunistisch regierten Ländern" im ersten Band dieses Sammelwerkes, S. 14—15, bes. Anm. 20 auf S. 15.

[5] Siehe S. 26—27.

[6] a.a.O., S. 1—44.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Als eines der Hauptmerkmale des sowjetischen Wirtschaftssystems habe ich dort die Ausrichtung der Wirtschaftsplanung auf Forcierung des Wirtschaftswachstums unter „vorrangiger Entwicklung der Schwerindustrie“ bezeichnet und die sowohl ideologischen als auch realpolitischen Gründe für diese zentrale Stellung des Wirtschaftswachstums dargelegt. Da die politische Führung der DDR ihr Handeln nach den Maximen des Marxismus-Leninismus in der jeweils in der Sowjetunion für gültig erklärten Form ausrichtete und weiter ausrichtet, übernahm sie damit auch diese Bewertung des Wirtschaftswachstums und die sich daraus für die Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsplanung ergebenden Konsequenzen. Ebenso wie die Führung der KPdSU sieht auch die Führung der SED im „Einholen und Überholen der entwickelten kapitalistischen Länder“ einen der entscheidenden Beweise für die Überlegenheit des von ihr aufgebauten, als sozialistisch bezeichneten Wirtschaftssystems. Wenn die Sowjetunion dabei an das Einholen und Überholen der USA denkt, so die SED an die Bundesrepublik; das Nebeneinander der beiden Teile Deutschlands mit ursprünglich gleichem Ausgangsniveau, heute aber sehr unterschiedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen, fordert besonders nachdrücklich zum Vergleich der ökonomischen Effizienz beider Systeme heraus. Die Lage ist in dieser Beziehung für die DDR als den am weitesten nach Westen vorgeschobenen Teil des Ostblocks besonders kritisch, da für ihre Bevölkerung die Informationsmöglichkeiten über die Entwicklung im Westen lange Zeit hindurch weit besser waren als in irgendeinem anderen Ostblocklande und da bis zur Absperrung des Berliner Ostsektors durch den Mauerbau am 13. August 1961 noch in beträchtlichem Maße die Möglichkeit der Abwanderung nach Westdeutschland über die Berliner Westsektoren bestand.

Reale Antriebskräfte des Wirtschaftswachstums — sowohl ökonomisch als auch politisch begründet — waren das Bestreben, die durch Krieg und Demontagen entstandenen Verluste am Potential auszugleichen, ferner im Zusammenhang mit der fortschreitenden Desintegration der gesamtdeutschen Wirtschaft das immer stärker hervortretende Bestreben, die Abhängigkeit von westlichen, besonders westdeutschen Lieferungen und Diensten durch Aufbau entsprechender Kapazitäten zu verringern. Das gilt in erster Linie für die Industrie, aber auch für das Verkehrswesen; der kostspielige Ausbau des Hafens Rostock zu einem Überseehafen mit beträchtlicher Umschlagskapazität ist dafür ein besonders kennzeichnendes Beispiel.

Je mehr nach dem Ende des Reparationsregimes 1953 die Verhältnisse sich zu normalisieren begannen, desto mehr wuchs der Bedarf der Sowjetunion und der anderen Mitgliedsländer des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (in Zukunft abgekürzt RGW, im Westen gewöhnlich als Comecon bezeichnet) an Gütern, die vorzugsweise die DDR zu liefern

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vermochte, hauptsächlich also an Investitionsgütern; wie an späterer Stelle noch zu zeigen sein wird, wurde dieser Bedarf damit zu einer wichtigen Triebkraft des wirtschaftlichen Wachstums, vor allem natürlich der Expansion des Industriepotentials.

3. Wirtschaftsplanung und Wirtschaftswachstum

Nach den Vorstellungen, die dem mitteldeutschen Wirtschaftssystem zugrundeliegen, sollen die *langfristigen Perspektivpläne* — nach sowjetischem Vorbild in der Regel Fünfjahrpläne — das entscheidende Steuerungsinstrument des Wachstumsprozesses sein; die kurzfristigen Operativpläne, die jährlichen Volkswirtschaftspläne, sollen aus ihnen abgeleitet werden und die Realisierung der in den Perspektivplänen festgelegten Wachstumsziele ermöglichen. Diese Vorstellung baut auf dem von der sowjetischen Politökonomie behaupteten „Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft" auf. Die Wirklichkeit sah freilich wesentlich anders aus und stand zu dieser These der Politökonomie in beträchtlichem Gegensatz. Der auf den Wiederaufbau besonders wichtiger Potentiale ausgerichtete Zweijahrplan für die Jahre 1949/50 und der erste Fünfjahrplan für den Zeitraum 1951—1955 waren die einzigen Perspektivpläne, die im wesentlichen voll realisiert wurden und über die dementsprechend auch Abschlußberichte veröffentlicht worden sind. Der zweite Fünfjahrplan für die Jahre 1956—1960 wurde, ebenso wie der 6. sowjetische Fünfjahrplan für den gleichen Zeitraum, im Jahre 1957 vorfristig abgebrochen. An seine Stelle trat der Siebenjahrplan für die Jahre 1959—1965, der jedoch in einigen sehr wesentlichen Zielsetzungen, besonders hinsichtlich des Investitionsvolumens, als gescheitert gelten muß[7]. Ein auf dem VI. Parteitag der SED im Jahre 1963 angekündigter zweiter Siebenjahrplan für die Jahre 1964 bis 1970 ist Konzeption geblieben. Wie die Sowjetunion ist auch die DDR zu Fünfjahresperioden der Perspektivplanung zurückgekehrt, aber das „Gesetz über den Perspektivplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR bis 1970" wurde erst am 26. Mai 1967 erlassen, fast $1^1/_2$ Jahre nach dem vorgesehenen Ende des Siebenjahrplanes und dem beabsichtigten Beginn einer neuen Planperiode.

Wenn jetzt im Zuge der Wirtschaftsreformen in der DDR „der Perspektivplan zum Hauptsteuerungsinstrument entwickelt wird"[8], so wird damit zugegeben, daß die Perspektivpläne diese ihnen an sich von Anfang an zugedachte Aufgabe bisher eben nicht erfüllt haben. In der Tat waren

---

[7] Vgl. dazu besonders: Bruno *Gleitze*, Die Industrie der Sowjetzone unter dem gescheiterten Siebenjahrplan, Berlin 1964.

[8] So im „Beschluß des Staatsrates der DDR über weitere Maßnahmen zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus" vom 22. April 1968.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in der Vergangenheit sowohl die zur Planerstellung benutzten Instrumente und Methoden als auch die dafür gegebenen Voraussetzungen (besonders die völlig unzureichende ökonomische Aussagekraft der administrativ festgesetzten Preise und der die Knappheit des Kapitals nicht berücksichtigenden Kostenrechnung) nicht geeignet, dies zu ermöglichen. Die Perspektivpläne, die überdies während ihrer Laufzeit nicht selten abgeändert wurden, ohne daß dies der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde, sind also für die Analyse des tatsächlichen Wachstumsprozesses nur sehr begrenzt brauchbar; wohl aber lassen sie die Absichten und Erwartungen der Wirtschaftsführung in der DDR erkennen. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Grundentscheidungen über den Charakter und die Ziele des jeweiligen Perspektivplanes in den Führungsgremien der SED, d. h. im Politbüro und im Zentralkomitee getroffen wurden. Die Staatliche Plankommission als Behörde war und ist hinsichtlich der Eckdaten der Pläne an diese Entscheidungen der für die *politische* Willensbildung maßgebenden Instanzen gebunden. Der Verabschiedung der Pläne, auch der laufenden Volkswirtschaftspläne, als Gesetz durch die Volkskammer der DDR kommt — bisher wenigstens — nicht mehr als formale Bedeutung zu.

Die Perspektivpläne der DDR unterlagen einem Entwicklungsprozeß, der ihren Charakter und ihre Ziele nicht unwesentlich verändert hat. Wie in allen Ländern, die ihr Wirtschaftssystem nach dem sowjetischen Modell gestaltet haben, sind auch in der DDR die Pläne bis heute typische Ausprägungen der imperativen, d. h. vollzugsverbindlichen Planung geblieben. Die früheren Pläne (im wesentlichen auch einschließlich des Siebenjahrplanes 1959—1965) waren jedoch vor allem dadurch gekennzeichnet, daß sie eine große Fülle von genau festgelegten Einzelaufgaben enthielten[9]: genau festgelegte Steigerungsraten des Volkseinkommens, der Gesamtproduktion der einzelnen Wirtschaftszweige in der Regel als *Wertsummen* (in „unveränderlichen Preisen"), ebenso lange Listen detaillierter *mengenmäßiger* Produktionsziele für Einzelprodukte, verbindliche Wachstumsraten für die Arbeitsproduktivität, für Investitionen, die Leistungen in Transport- und Nachrichtenwesen, die Entwicklung des Außenhandels[10], die Reallöhne, die Bereitstellung von Waren für den Verkauf an die Bevölkerung u. a. m. Zahlreiche einzelne Investitionsobjekte wurden aufgeführt. Weitere Teile der Perspektivpläne beschäftigten sich mit Aufgaben auf dem Gebiet des Gesundheits- und Sozialwesens, des Erholungswesens und der Urlauberbetreuung, der Körperkultur, des

---

[9] Vgl. dazu für den zweiten Fünfjahrplan: Karl C. *Thalheim* und Peter D. *Propp*, Die Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone in der zweiten Fünfjahrplan-Periode, Bonn 1957.

[10] Z. B. enthielt der Siebenjahrplan für 13 Rohstoffe und Halbfabrikate mengenmäßig genau — z. T. bis auf die erste Dezimalstelle — festgelegte Importziele für die Jahre 1958—1965.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sports und der Touristik und der Aufgaben zur „Förderung der sozialistischen Nationalkultur" (so im Siebenjahrplan die Aufgabe, die Buchproduktion bis 1965 um rd. 70 v. H. zu steigern). Ein weiterer umfangreicher Teil beschäftigte sich mit der Entwicklung der Bezirke; dabei wurden auch regional vielfach sehr detaillierte und spezifizierte Aufgaben gestellt.

Inzwischen hat man jedoch offenbar auch in der SED-Führung eingesehen, daß die formale Vollzugsverbindlichkeit der Perspektivpläne, auch wenn sie als Gesetze verkündet werden, keineswegs mit der Realität übereinzustimmen braucht, zumal wenn die planenden Instanzen mit so unzulänglichen Instrumenten und unter so wenig befriedigenden Voraussetzungen arbeiten, wie das bisher der Fall war. Infolgedessen ergaben sich denn auch immer wieder gravierende Diskrepanzen zwischen Plan und Planerfüllung, in der Periode des Siebenjahrplanes besonders durch die erheblichen Rückstände bei den Investitionen. Entscheidend ist dabei nicht so sehr das Zurückbleiben hinter den Planzielen an sich; wenn diese von vornherein zu hoch angesetzt sind, kann auch eine unzureichende Planerfüllung immer noch ein beträchtliches Wachstums bedeuten. Schwerer fällt ins Gewicht, daß — wenn der Plan überhaupt in sich konsistent ist — infolge der wirtschaftlichen Interdependenzen eine Untererfüllung einzelner Planpositionen notwendigerweise negative Konsequenzen auch für andere Planpositionen haben muß, z. B. durch unzureichende Materialversorgung verarbeitender Produktionszweige bei Nichterfüllung von Planzielen der Grundstoffindustrie oder durch Diskrepanzen zwischen der Einkommensverteilung und der Bereitstellung von Konsumgütern für den Absatz an die Bevölkerung.

4. Die Bedeutung der Planungsreformen

Die Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen sind in der DDR einmal dadurch gezogen worden, daß man ernstlich und nicht ohne Erfolg um eine Verbesserung der Methoden und Instrumente der Planerstellung bemüht ist, z. B. durch Verwendung der Input-Output-Methode in Form der sog. „Verflechtungsbilanzierung", Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung, stärkere Einschaltung der Betriebe und ihrer Zusammenschlüsse, der VVB (Vereinigungen volkseigener Betriebe) in den Planungsprozeß und v. a. m.[11]. Der Plan selbst[12] verzichtet zwar auch

[11] Auf diese Veränderungen in der Planungsmethodik kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Vgl. dazu u. a.: Gert *Leptin,* Das „Neue ökonomische System" Mitteldeutschlands, in: Wirtschaftsreformen in Osteuropa, hrsg. von K. C. Thalheim und H. H. Höhmann, Köln 1968; Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen: Fünfter Tätigkeitsbericht 1965/1969.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

jetzt noch keineswegs völlig auf die Festlegung detaillierter Einzelziele; doch ist deren Zahl im Verhältnis zu früheren Perspektivplänen wesentlich kleiner geworden, und die Planziele werden nicht mehr, wie früher in der Regel, als genau fixierte Größen, sondern mit einer gewissen Bandbreite angegeben (so z. B. Erhöhung des Nationaleinkommens um 28 bis 32 v. H., der Arbeitsproduktivität in der Industrie um 40 bis 45 v. H.).

In wesentlich größerem Umfange bezweckt der jetzt laufende Plan die Feststellung genereller Richtlinien mit starker Betonung strukturpolitischer Ziele. Als grundlegende Aufgabe der Gestaltung der Wirtschaft der DDR im Planungszeitraum wird bezeichnet,

> „von den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus ausgehend, die Struktur der nationalen Wirtschaft der DDR unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf der Grundlage langfristiger Prognosen[13] so zu gestalten, daß ein höchstmöglicher Zuwachs an real verfügbarem Nationaleinkommen erreicht und dessen effektivste Verwendung gesichert wird".

Generell läßt der dritte Fünfjahrplan erkennen, daß sich bei der SED-Führung die Einsicht in die Bedeutung des Optimierungsprinzips gegenüber dem lange Zeit herrschenden Prinzip der Maximierung weitgehend durchgesetzt hat. Im allgemeinen Teil des Planes werden dafür besonders die folgenden Grundsätze aufgestellt:

1. Vorrangige Entwicklung jener Erzeugnisse und Verfahren,
   a) „für die die Bedingungen zur kostengünstigen Produktion auf wissenschaftlich-technischem Höchstniveau gegeben sind oder geschaffen werden können,
   b) die mit hoher Effektivität der Entwicklung der eigenen Volkswirtschaft dienen,
   c) die zur Sicherung einer hohen Exportrentabilität auf längere Sicht von besonderer Bedeutung sind,
   d) die als wichtige Zulieferungen bzw. technologische Bedingungen das Entwicklungstempo der Produktivität und das wissenschaftlich-technische Niveau in wichtigen Zweigen und Bereichen steuern,
   e) die mit hoher Effektivität auf einheimischen Rohstoffen und Energiequellen bzw. Folgeproduktionen aufbauen oder mit ihnen kombinieren und ... einen hohen Veredelungsgrad erhalten können."

Zweiter Teil, Abschnitt I D: Zentrale Planung und Planprozeß, Bonn und Berlin 1969.

[12] Gesetz über den Perspektivplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik bis 1970. Vom 26. Mai 1967. Gbl. der DDR Teil I, 1967, Nr. 8, S. 66—87.

[13] Die Bedeutung der langfristigen Prognose auf wissenschaftlicher Grundlage wird von der SED-Führung jetzt sehr hoch eingeschätzt, wie zahlreiche Reden und Veröffentlichungen der letzten Jahre erkennen lassen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. „Komplexe sozialistische Rationalisierung aller wichtigen Prozesse" einschließlich der Automatisierung ganzer Prozesse als Hauptweg, um in Leistungsfähigkeit, Qualität, Herstellungsverfahren und Kosten der volkswirtschaftlich entscheidenden Erzeugnisse den wissenschaftlich-technischen Höchststand zu erreichen und zu behaupten.
3. Konzentration der Kräfte in Forschung, Entwicklung, Produktion und Absatz „auf jene Aufgaben, die die Herausbildung einer optimalen Struktur der Volkswirtschaft bestimmen".
4. Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung, vorrangig in Großbetrieben, mit dem Hauptziel, „die Selbstkosten der Erzeugnisse zu senken und die Rentabilität der Betriebe und der gesamten Wirtschaft zu erhöhen".
5. Weitere Entwicklung der Kooperationsbeziehungen „durch die Organisierung von Kooperationsketten, -gemeinschaften und -verbänden auf der Grundlage effektiver vertraglicher Bindungen".
6. Ausarbeitung von Perspektivplänen für die (14, mit dem Berliner Ostsektor 15) Bezirke der DDR; als wesentliche Voraussetzung dafür wird die Erarbeitung der Generalverkehrs- und Generalbebauungspläne bezeichnet.
7. Entwicklung „der Bank als des wichtigsten Finanzierungsorgans gegenüber den Betrieben zu einer sozialistischen Geschäftsbank"[14].
8. Volle Durchsetzung des „Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion".
9. Weitere Entwicklung des Planungs- und Leitungssystems „entsprechend den Erfordernissen des ökonomischen Systems des Sozialismus" unter Verallgemeinerung und konsequenter Anwendung der modernen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden einschließlich der umfassenden Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung in der Planung.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch das große Gewicht, das der *Wissenschaft* als unmittelbarer Produktivkraft beigelegt wird, und zwar nicht nur den technischen und Naturwissenschaften, sondern auch der Wirtschaftswissenschaft, bei der diese Einsicht der SED-Führung erst jüngeren Datums ist. Die Wirksamkeit der ökonomischen Forschung müsse bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, so heißt es im allgemeinen Teil des dritten Fünfjahrplanes, entscheidend verstärkt werden. Sie müsse „gemeinsam mit der natur-

[14] Zu diesem Zweck wurde die bis dahin nach sowjetischem Muster nahezu als Universalbank tätige „Deutsche Notenbank" in die „Staatsbank der DDR" als Zentralbank und die „Industrie- und Handelsbank der DDR" als Geschäftsbank aufgegliedert. Mit der letzteren wurde die „Deutsche Investitionsbank" verschmolzen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wissenschaftlich-technischen Forschung dazu beitragen, die wissenschaftlichen Grundlagen für eine weit vorausschauende Strukturpolitik und für Strukturentscheidungen zu erarbeiten. Die Erfordernisse der technischen Revolution, insbesondere die Durchsetzung der komplexen sozialistischen Rationalisierung, verlangen grundsätzliche Untersuchungen über die günstigste Produktionsstruktur und die Erzielung hoher Struktureffekte in der gesamten Volkswirtschaft sowie in den einzelnen Volkswirtschaftszweigen und -bereichen".

Besonders wird der ökonomischen Forschung auch die Aufgabe gestellt, „Fragen der weiteren Entwicklung der ökonomischen Prognose und der Vervollkommnung des Planungssystems, insbesondere der Entwicklung von modernen Planungsinstrumenten und -methoden einschließlich der umfassenden Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung in der Planung" sowie „Wege zur Erhöhung der Wirksamkeit des Systems ökonomischer Hebel" zu untersuchen. „Im Mittelpunkt stehen dabei Probleme der Eigenerwirtschaftung der Mittel für die intensiv erweiterte Reproduktion sowie Fragen des Preises, Kredites und des Lohnes." Die SED-Führung hat sich also völlig von der Auffassung gelöst, die *Stalin* noch in seiner letzten, 1952 erschienenen Schrift vertreten hatte, wonach derartige Fragen keinesfalls Gegenstand der „Politökonomie" sein könnten. In der Tat hat die wissenschaftliche Arbeit auf diesem Gebiete in Mitteldeutschland sowohl an Quantität als auch an Qualität besonders seit der Verkündung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" im Jahre 1963 erheblich zugenommen.

Besonders betont wird ferner die Bedeutung der „Forschung auf dem Gebiete der sozialistischen Wirtschaftsführung", was mit „sozialistischer Betriebswirtschaftslehre" identisch ist (auch dies ist in der DDR erst eine verhältnismäßig neue Entwicklung), sowie der Industrieforschung, in deren Rahmen die wissenschaftlichen Arbeiten der Universitäten und Hochschulen „durch vertragliche Beziehungen mit der Wirtschaft auf die Schwerpunkte der Volkswirtschaftspläne" konzentriert werden sollen.

Die Mittel für Forschung und Entwicklung sollen bis 1970 um mindestens 80 v. H. erhöht werden, und dafür sollen von 1966 bis 1970 weitere 19 500 Hoch- und Fachschulabsolventen tätig werden.

5. Wachstumsziele im Wandel

Die Tabelle 2 auf S. 14 ermöglicht einen Vergleich der Wachstumsziele früherer Perspektivpläne, besonders des Siebenjahrplanes, mit dem jetzt laufenden dritten Fünfjahrplan. Daraus ergibt sich als zweite bemerkenswerte Veränderung, daß die Planer der DDR in der Einschätzung der weiteren Wachstumsmöglichkeiten erheblich vorsichtiger geworden sind. Fast in allen Fällen, in denen in den beiden letztgenannten Plänen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 2

Planziele der langfristigen Perspektivpläne der DDR (vorgesehene Wachstumsraten in v. H.)

	1. 5-JPl. 1951—1955	2. 5-JPl. 1956—1960 (abgebrochen)	7-JPl.[a] 1959—1965	3. 5-JPl.[b] 1966—1970
Nationaleinkommen	mind. 60	.	58—59	28—32
Arbeitsproduktivität				
in der Industrie	60	33[c]	85[d]	40—45
in der Bauindustrie ..	mind. 58	.	127[e]	35—40
in der Landwirtschaft	.	.	.	30—35
Investitionen	.	.	.	48—52
Realeinkommen der Bevölkerung	.	.	.	19—21[f]
Angebot an Industriewaren	125[g]	40	67	etwa 28—30
Angebot an Nahrungs- und Genußmitteln		.		18—20
Produktion landwirtschaftl. Erzeugnisse ..	57	17	.	13—15
Industrieproduktion	92,3	38	88	37—40
Produktion der Grundstoffindustrie	.	.	90	.
Dar. Metallurgie	153,6	.	85	.
chem. Industrie	104,4	34	105	Mehr als 50
Baustoffind. (Baumaterialien)	109,8	.	134	48
Prod. d. metallverarb. I.	.	53[h]	118	.
Dar. Schwermasch.-bau	114,8[i]	.	110	.
Allg. Masch.-bau		.	148	.
Elektrotechnik	89,3	.	166	64—67
Prod. d. Leichtind.	99,6	30	84	mind. 42—45[k]
Prod. d. Lebensm.-Ind. ..	86,9	23	39	20—25
Bauproduktion einschl. Bauhandwerk	ca. 147	62	108	40
Außenhandelsumsatz ...	190	63	72	37,5—45,8
Dar. Export	.	.	86	.
Gütertransport	ca. 60	32	40	35—37
Personenverkehr	13	.	.	8

a) Ausgangsbasis: Stand 1958.
b) Ausgangsbasis: Das Ist des Jahres 1965 = 100.
c) Arbeitsproduktivität je Produktionsarbeiter in der sozialistischen Industrie.
d) Arbeitsproduktivität in der volkseigenen Industrie.
e) Arbeitsproduktivität in der volkseigenen Bauindustrie.
f) Realeinkommen je Kopf der Bevölkerung.
g) Warenbereitstellung für die Bevölkerung. Für den Warenumsatz im Einzelhandel war jedoch nur eine Steigerung von 59 v.H. angesetzt, allerdings „in Preisen des jeweiligen Jahres"; es waren also offenbar Preissenkungen eingeplant.
h) Produktion der „Maschinenbaubetriebe" nach der Nomenklatur der DDR.
i) Produktion des „Maschinenbaus" ohne Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.
k) Produktion von Konsumgütern der Leichtindustrie.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vergleichbare Zahlen genannt werden, liegen — auch nach Eliminierung der Unterschiede, die sich aus der verschiedenen Dauer der beiden Planperioden ergeben — die Planziele des dritten Fünfjahrplanes erheblich niedriger als die des Siebenjahrplanes. Der letztere war in einer Zeit konzipiert worden, in der eine allgemeine Woge des Optimismus durch die kommunistisch regierten Länder ging; das ließ auch der in der gleichen Zeit entstandene Siebenjahrplan der Sowjetunion erkennen. An die Stelle dieses weitgehend unrealistischen Optimismus ist nun zwar keine Resignation, aber doch das Bemühen um eine realistischere Einschätzung der gegebenen Möglichkeiten getreten. Die wesentlichen Ursachen hierfür sind die folgenden:

1. Die im Vorhergehenden behandelte Einsicht, daß das Ziel der Maximierung, das weitgehend auch noch dem Siebenjahrplan zugrundelag[15], in vielen Fällen zu Fehlentscheidungen geführt habe und durch das Streben nach optimaler Gestaltung des Wachstumsprozesses ersetzt werden müsse.
2. Das Zurückbleiben des tatsächlichen Wachstums in der Siebenjahrplanperiode in wichtigen Teilbereichen hinter den Zielen des Planes.
3. Die Erkenntnis, daß die bei der Erstellung des Siebenjahrplanes angenommenen Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität für die neue Planperiode beträchtlich herabgesetzt werden müßten. Da jedoch das weitere Wachstum der Wirtschaft der DDR bei der sehr ungünstigen Alterstruktur ihrer Bevölkerung ganz überwiegend von der Steigerung der Arbeitsproduktivität abhängt[16], muß eine vorsichtige Einschätzung der zu erwartenden Steigerung der Arbeitsproduktivität notwendig zu allgemein vorsichtigerer Planung des Wachstums führen.

6. Voraussetzungen des Wirtschaftswachstums

a) Investitionen und Finanzierung

In meinem Beitrag „Besonderheiten des Wirtschaftswachstums in den kommunistisch regierten Ländern“ im ersten Bande dieses Sammelwerkes habe ich im Abschnitt D „Die Investitionen“ folgende 3 Hauptziele

[15] Im Siebenjahrplan wurde als Hauptaufgabe noch bezeichnet, „durch die schnelle Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes die Arbeitsproduktivität und die Produktion in *allen* Zweigen der Volkswirtschaft bei ständiger Senkung der Kosten *maximal* zu erhöhen ... Im Zeitraum des Siebenjahrplanes ist die grundlegende Aufgabe zu lösen, ... Westdeutschland auf dem Gebiet der Arbeitsproduktivität einzuholen und zu überflügeln“.

[16] Vgl. dazu Abschnitt 6, b).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der sowjetischen Wachstumspolitik genannt[17]: eine möglichst hohe Investitionsquote[18], langsamere Steigerung der für Konsumzwecke verfügbaren Geldeinkommen der Bevölkerung, d. h. also *zunehmende* Investitionsquote; möglichst hoher Anteil der Zweige der materiellen Güterproduktion an den Investitionen, vor allem möglichst hoher Anteil der Industrie, ganz besonders der „Schwerindustrie" im Sinne der sowjetischen Nomenklatur.

Diese drei Ziele sind auch von der SED-Führung lange Zeit hindurch als maßgebend für ihre Wachstumspolitik angesehen worden und sind es großenteils auch heute noch. Jedoch hat sie hinsichtlich der Höhe der Investitionsquote Konzessionen machen müssen. Während in der überwiegenden Mehrheit der Ostblockländer die realen Investitionsquoten — berechnet nach Ausschaltung der in meinem Aufsatz[19] beschriebenen Fehlerquellen — etwa 30 bis 35 v. H. des Bruttosozialprodukts betrugen, ist es der SED in Mitteldeutschland niemals gelungen, ähnlich hohe Quoten zu erreichen, die Investitionsquoten blieben sogar regelmäßig hinter dem Stande in der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem grundsätzlich marktwirtschaftlichen System zurück. Nach Untersuchungen im Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands[20] erreichten die mitteldeutschen Bruttoanlageinvestitionen (ohne Generalreparaturen) — „wenn man die nominalen Werte des mitteldeutschen Nationaleinkommens um die im Vergleich zum westlichen Bruttosozialprodukt fehlenden Bestandteile erweitert" — 1965 einen Anteil von schätzungsweise 16 v. H. gegenüber 26,3 v. H. in Westdeutschland, 1967 in Mitteldeutschland in Preisen des Jahres 1966 knapp 17 v. H., in laufenden Preisen — wegen der durch die Industriepreisreform z. T. stark gestiegenen Preise für Investitionsgüter und besonders der Baukosten — reichlich 19 v. H. gegenüber 22,8 v. H. in Westdeutschland (Rückgang infolge der Rezession). Für 1968 rechnet die genannte Untersuchung des Forschungsbeirats mit Investitionsquoten von rd. 24 v. H. in der Bundesrepublik Deutschland, in der DDR gut 20 v. H. Ungünstiger wird ein solcher Vergleich, wenn eine Berechnung auf einheitlicher Preisbasis versucht wird; der Forschungsbeirat nimmt an[21], daß die Preise für Investitionsvorhaben in Mitteldeutschland schätzungsweise durchschnittlich um 40 bis 50 v. H. über den westdeutschen Preisen für ähnliche Vorhaben liegen, „wobei die Differenz um so größer ist, je höher das technologische

---

[17] a.a.O., S. 23.
[18] Der Begriff „Investitionsquote" wird hier immer im Sinne der Relation von Bruttoanlageinvestitionen zu Bruttosozialprodukt gebraucht.
[19] a.a.O., S. 35—36.
[20] Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen: Fünfter Tätigkeitsbericht 1965/69, Bonn und Berlin 1969, S. 230—232.
[21] a.a.O., S. 232.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Niveau des entsprechenden Produktes ist ... Wenn man die Komponenten des mitteldeutschen Bruttosozialproduktes jeweils in westdeutschen Preisen ausdrückt, um einen Realvergleich zu erhalten, dann ergibt sich für Mitteldeutschland für 1967 eine geschätzte Investitionsquote von nur rund 16 v. H. — verglichen mit einer Quote von 22,8 v. H. für die Bundesrepublik Deutschland. Für 1969 dürfte die preisbereinigte Investitionsquote in Mitteldeutschland 17 bis 18 v. H. betragen gegenüber 23,5 bis 24 v. H. in Westdeutschland".

Selbst wenn man annimmt, daß diese Gegenüberstellung — die ja notwendigerweise mit einer Anzahl von Schätzungen operieren muß — die auf vergleichbarer Basis gewonnene Anteilsziffer für die DDR etwas zu niedrig erscheinen läßt, dürfte es eindeutig sein, daß die Investitionsquoten in Mitteldeutschland beträchtlich niedriger liegen als in der Bundesrepublik Deutschland. Die oben genannten Ziele der Wachstumspolitik in den kommunistisch regierten Ländern scheinen also für die DDR nicht zuzutreffen. Die Erklärung ist freilich nicht schwer zu finden: sie liegt in der besonderen Lage der DDR als westlichstem Mitgliedsland des Ostblocks und ihrer dadurch bedingten unmittelbaren Konfrontation mit der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem mit der Entwicklung der Reallöhne und des Lebensstandards der Arbeitnehmer.

Bei relativ niedrigem Sozialprodukt bedeutet eine hohe Investitionsquote — besonders wenn sich zu dieser noch ein hoher Staatsbedarf für zivile und Rüstungszwecke gesellt — notwendig einen niedrigen Lebensstandard mindestens für einen großen Teil der Bevölkerung. Verglichen mit der Bundesrepublik Deutschland war nun in der Tat in Mitteldeutschland das Sozialprodukt relativ niedrig; die Gründe dafür lagen z. T. in den ungünstigen Startbedingungen, von denen zu Anfang die Rede war, ferner in den Effizienzschwächen des Wirtschaftssystems, schließlich auch in den beschränkten Möglichkeiten zur Ausnutzung der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung[22]. Immerhin bedeutete der schon vor der Periode der Sowjetisierung erreichte hohe Entwicklungsstand der mitteldeutschen Wirtschaft ein Korrektiv, besonders durch die Verfügbarkeit einer bedeutenden Zahl qualifizierter Arbeitskräfte verschiedenster Kategorien.

Die Sowjetunion der Stalinära befand sich infolge des vergleichsweise noch wesentlich niedrigeren Entwicklungsstandes ihrer Wirtschaft in einer noch erheblich ungünstigeren Situation. Die stalinistische Politik scheute sich jedoch nicht vor einer radikalen Niedrighaltung des Lebensstandards des größten Teiles der Bevölkerung, zunächst vor allem der Bauern, dann mit wachsendem Industrialisierungsgrad auch der Arbeit-

[22] Vgl. dazu Abschnitt 6, c).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nehmer in den nichtlandwirtschaftlichen Produktionszweigen. Die dadurch gewonnenen materiellen und finanziellen Ressourcen kamen dem stark expandierenden Investitionsvolumen zugute.

Eine so rigorose Konsumbeschränkung verbot sich in Mitteldeutschland infolge der Konkurrenzsituation gegenüber Westdeutschland, wo Löhne und Lebenshaltung auch der breiten Masse der Arbeitnehmerschaft wesentlich rascher anstiegen. Das in dieser Beziehung bestehende Gefälle zwischen den beiden Teilen Deutschland war bald unverkennbar. Es durch einen noch stärkeren Druck auf Löhne und Lebenshaltung weiter zu vergrößern, mußte der SED-Führung zunächst aus politisch-psychologischen Gründen, besonders im Hinblick auf die behauptete Überlegenheit des mitteldeutschen Wirtschaftssystems, unmöglich erscheinen. Hinzu kam als reale Gefahr die Abwanderung nach Westdeutschland, die den Bestand des für Mitteldeutschland wichtigsten Produktionsfaktors, der qualifizierten Arbeit, ernstlich bedrohte, um so mehr, je größer die Attraktivität der höheren Arbeitseinkommen und des höheren Lebensstandards in der Bundesrepublik Deutschland wurde. Schließlich kam hinzu (das gilt heute, wenn auch mit verschiedenem Gewicht, auch für die übrigen kommunistisch regierten Länder), daß mit dem Hineinwachsen der DDR-Wirtschaft in höhere und kompliziertere Entwicklungsstufen die Bedeutung der Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer ständig zunahm; diese konnte aber in genügendem Umfange nur dann mobilisiert werden, wenn den Arbeitnehmern ein einigermaßen befriedigender Anteil am wachsenden Sozialprodukt gewährt wurde.

Infolgedessen sind der Reallohn — obwohl er erheblich langsamer anstieg als in Westdeutschland[23] — und der Lebensstandard der Arbeitnehmer in der DDR höher als in irgendeinem anderen Lande des Ostblocks einschließlich der Sowjetunion selbst. Das Korrelat dazu ist aber die relativ niedrige Investitionsquote. Infolgedessen ergibt sich auch absolut — bezogen auf den Kopf der Bevölkerung — im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland ein erheblich niedrigerer Stand. Nominal, d. h. in den aktuellen Preisen auf beiden Seiten, entfielen 1965 je Einwohner an Bruttoanlageinvestitionen in Mitteldeutschland 1036 Mark (Ost), in der Bundesrepublik Deutschland 2015 Mark (West), also 94 v. H.

---

[23] Der Index des Reallohnes für vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte (ohne Lehrlinge) „in den sozialistischen Betrieben der Bereiche der materiellen Produktion" entwickelte sich von 1958—1967 folgendermaßen (1960 = 100):

1958	86,2	1961	103,6	1964	108,9
1959	95,0	1962	103,8	1965	113,2
1960	100	1963	105,5	1966	115,5
				1967	116,8

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR, 1968, S. 437.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mehr. Im Jahre 1966 sank die Investitionssumme in der Bundesrepublik Deutschland wegen der Rezession auf 1844 Mark (West), während sie sich in der DDR auf 1405 Mark (Ost) erhöhte, allerdings z. T. wegen des bereits erwähnten Preisanstiegs für Investitionsgüter. Der nominale Vorsprung der Bundesrepublik verringerte sich infolgedessen auf 31 v. H.; ohne die Wirkungen der Preisreformen hätte er nach den Untersuchungen des Forschungsbeirats noch 53 v. H. betragen[24].

Im Verhältnis zu den von der politischen Führung der DDR gesetzten Wachstumszielen ist ein Investitionsvolumen dieser Größenordnung offensichtlich zu klein und nicht ausreichend für das immer wieder als Ziel proklamierte „Einholen und Überholen" der Bundesrepublik. Um so wesentlicher mußte die Erfüllung der beiden anderen wachstumspolitischen Ziele erscheinen: steigende Investitionsquoten bei wachsendem Sozialprodukt sowie Orientierung der Investitionen auf die durch die Planung gesetzten Schwerpunkte unter bewußter Vernachlässigung aller nach den Prioritäten der politischen Führung weniger wichtigen Bereiche.

Die Tabelle 2 auf S. 14 läßt deutlich erkennen, daß in allen langfristigen Perspektivplänen der DDR die Forderung nach einer im Verhältnis zum Sozialprodukt überproportionalen Steigerung der Investitionen eine wichtige Rolle spielt; die Notwendigkeit einer solchen überproportionalen Steigerung wird von der Politökonomie auch offen zugegeben. Auch der dritte Fünfjahrplan hat, wie ebenfalls aus der Tabelle ersichtlich ist, an dieser Grundtendenz nichts verändert. Unter den im Planungszeitraum zu lösenden „entscheidenden volkswirtschaftlichen Aufgaben" steht mit an erster Stelle die Erhöhung „des Anteils der Akkumulation am Nationaleinkommen". Dem entsprechen die quantitativ festgelegten Planziele: das Nationaleinkommen soll um 28 bis 32 v. H. steigen, das Realeinkommen je Kopf der Bevölkerung nur um 19 bis 21 v. H., die Investitionen dagegen um 48 bis 52 v. H.; das entspricht einer jährlichen Zuwachsrate zwischen 8,2 und 8,7 v. H. Erst das Jahr 1970 wird definitiv zeigen können, ob dieses hochgesteckte Planziel erreicht werden konnte. Bruno *Gleitze* stellte in einer Ende 1968 vorgenommenen Analyse des bisherigen Standes der Planerfüllung[25] fest, daß bis zur Mitte des Jahres 1968 global gesehen der Planansatz annähernd erreicht worden zu sein scheint, daß sich aber hinter den durchaus beachtlichen Zuwachsraten schwerwiegende Terminverzögerungen bei wichtigen Projekten, wie z. B. in der chemischen Industrie und in der Energiewirtschaft verbergen.

---

[24] Vgl. Fünfter Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirats, S. 231/32.

[25] Bruno *Gleitze*, Planvollzug und neue Perspektiven in der Industrie Mitteldeutschlands. Vortrag, Berlin 1968. (Aktuelle Beiträge zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage in Mitteldeutschland, hrsg. vom Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands). S. 9—10.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 3: **Investitionen (ohne Generalreparaturen) in der DDR**

Jahr	Investitionen insgesamt	Investitionen nach Wirtschaftsbereichen		
		Industrie	Bauwirtschaft[b)]	Land- und Forstwirtschaft
				Millionen
1960	16 096	7 646	403	1 899
1961	16 310	7 600	359	2 153
1962	16 706	8 019	318	2 088
1963	17 091	8 460	239	2 359
1964	18 745	9 691	356	2 324
1965	20 489	11 003	389	2 725
1966	21 984	11 585	506	3 078
1967	24 005	12 016	668	3 312
1968[d)]	26 470	12 540	1 080	4 100
				Anteil
1960	100	47,5	2,5	11,8
1961	100	46,6	2,2	13,2
1962	100	48,0	1,9	12,5
1963	100	49,5	1,4	13,8
1964	100	51,7	1,9	12,4
1965	100	53,7	1,9	13,3
1966	100	52,7	2,3	14,0
1967	100	50,1	2,8	13,8
1968	100	47,4	4,1	15,5

a) Quelle: Statist. Jb. der DDR Jg. 14, 1969, S. 44. Die Zahlen unterscheiden sich z. T. beträchtlich von den Angaben in früheren Jahrgängen des Statist. Jahrbuchs, da sie jetzt für alle Jahre „in Preisen des Jahres 1967" gemacht werden, während die Berechnung vorher in Preisen des jeweiligen Jahres erfolgte. Durch die Umstellung auf die Preisbasis von 1967 ist der Anteil der Industrie an den Investitionen in den vorhergehenden Jahren weiter angestiegen.

b) Gemeint sind hier die Investitionen in den *Betrieben* der Bauwirtschaft.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nach Wirtschaftsbereichen in Preisen des Jahres 1967[a)]

Jahr	Investitionen nach Wirtschaftsbereichen				
	Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	Handel	Sonstige produzierende Zweige	Kulturelle u. soziale Einrichtungen	Übrige nichtproduzierende Bereiche[c)]
Mark					
1960	1 626	402	64	623	3 433
1961	1 810	506	65	647	3 170
1962	1 988	434	67	665	3 127
1963	1 743	376	68	680	3 166
1964	1 781	506	75	605	3 407
1965	1 844	758	82	524	3 164
1966	1 847	901	110	401	3 556
1967	2 105	1 122	131	391	4 260
1968[d)]	2 437	1 250	145	413	4 505
in v.H.					
1960	10,1	2,5	0,4	3,9	21,3
1961	11,1	3,1	0,4	4,0	19,4
1962	11,9	2,6	0,4	4,0	18,7
1963	10,2	2,2	0,4	4,0	18,5
1964	9,5	2,7	0,4	3,2	18,2
1965	9,0	3,7	0,4	2,6	15,4
1966	8,4	4,1	0,5	1,8	16,2
1967	8,8	4,7	0,5	1,6	17,7
1968	9,2	4,7	0,5	1,6	17,0

[c)] In dieser Kategorie dürfte der größte Einzelposten der *Wohnungsbau* sein. Die für den Wohnungsbau aufgewendeten Mittel (ohne aufgewendete Mittel für die *Erhaltung* des Wohnungsbestandes) werden von der amtlichen Statistik der DDR für die gleichen Jahre folgendermaßen angegeben (in Mill. Mark, „in vergleichbaren Preisen", d. h. offenbar auch in Preisen des Jahres 1967): 1960 2 327, 1961 2 397, 1962 2 586, 1963 2 313, 1964 2 363, 1965 2 338, 1966 2 508, 1967 2 505, 1968 2 754. (Statistisches Jahrbuch 1969 der DDR, S. 158.) Infolge der Umstellung auf die Preisbasis 1967 haben sich die für die vorhergehenden Jahre angegebenen Summen beträchtlich erhöht.

[d)] Vorläufige Zahlen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Erfüllung der oben genannten dritten Hauptaufgabe der Wachstumspolitik hat die Struktur der Investitionen stark beeinflußt; diese unterscheidet sich infolgedessen beträchtlich von der heutigen Investitionsstruktur in Westdeutschland. Der auffälligste Unterschied liegt in dem sehr hohen Anteil der Investitionen in der materiellen Güterproduktion und hier wieder vor allem in der Industrie. Eine genaue Aufgliederung der Investitionen nach Wirtschaftsbereichen liegt nur für die Investitionen ohne Generalreparaturen vor. Das sich dabei ergebende Bild ist insofern nicht ganz exakt, als ein Teil der Generalreparaturen sicherlich Investitionscharakter hat. Läßt man diese Verzerrung unbeachtet — ohne sie würde der Anteil der Industrie noch etwas höher liegen —, so ergibt sich folgendes Bild: *Siehe Tabelle 3.*

Der Industrieanteil an den Anlageinvestitionen hat also in dieser Periode niemals unter 46 v. H. gelegen und in den Jahren 1965 und 1966 sogar mehr als die Hälfte ausgemacht, während in der Bundesrepublik Deutschland die Industrie an den Bruttoanlageinvestitionen im Jahre 1965 mit 30,3, im Jahre 1966 mit 30,2 v. H. beteiligt war[26]. Da es bisher in aller Regel nicht gelang, die in den Perspektivplänen vorgesehenen Investitionsziele tatsächlich zu erfüllen, wurde die Industrie als Zentralbereich der Wachstumspolitik fast immer bevorzugt berücksichtigt, während besonders der Wohnungsbau und die Bereiche Handel und Kultur zurückstehen mußten. So stellt z. B. der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands für die Siebenjahrplanperiode 1958 bis 1965 fest[27]: „Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß die nominalen Investitionen (einschließlich Generalreparaturen) in der Land- und Forstwirtschaft über die im Siebenjahrplangesetz genannten 14 Milliarden Mark hinausgingen, und zwar schätzungsweise um 5 v. H. Dagegen dürften die Investitionen in der Industrie mit insgesamt rd. 56 Milliarden Mark um rd. 7 v. H. hinter der globalen Zielsetzung von 60 Milliarden Mark, die Investitionen im Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesen mit rd. 12,5 Milliarden Mark um mindestens 10 v. H. hinter dem Plansoll von 14 Milliarden Mark zurückgeblieben sein. Während aber in diesen wichtigen drei Sektoren die insgesamt geplante Summe in Höhe von 88 Milliarden Mark immerhin zu 95 v. H. auch ausgegeben wurde, ergab sich für den Restbetrag von 54 Milliarden Mark, der sich auf die Bereiche Bauwirtschaft, Handel, Kultur usw. und Wohnungsbau verteilen sollte, nur noch eine Erfüllungsquote von rd. 60 v. H.“

---

[26] Errechnet nach: Dieter *Mertens* und Wolfgang *Kirner*, Investitionsverflechtung in der Bundesrepublik Deutschland 1950—1970 (DIW-Beiträge zur Strukturforschung, H. 1), Berlin 1967, Übersicht 5, S. 63. Dabei sind für Westdeutschland die Gruppen „Energiewirtschaft und Bergbau“ und „Verarbeitendes Gewerbe“ zusammengefaßt.

[27] Forschungsbeirat, Fünfter Tätigkeitsbericht, S. 217.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wenn trotzdem, wie die obige Tabelle zeigt, in den Jahren 1960—1967 die Investitionen im Handel und in der Land- und Forstwirtschaft am stärksten gestiegen sind, so sind dabei die niedrigen Ausgangswerte zu berücksichtigen. Beachtlich sind auch die nach wie vor niedrigen Anteile des Verkehrs (einschließlich Post- und Fernmeldewesen) sowie der „übrigen Bereiche", zu denen auch der Wohnungsbau gehört. Der niedrige Verkehrsanteil steht natürlich in engem Zusammenhang mit dem geringen Motorisierungsgrad in Mitteldeutschland.

Innerhalb der Industrie ist noch immer der Anteil der Grundstoff- und Produktionsmittelindustrie entscheidend, wie die folgende Übersicht zeigt[28]:

Tabelle 4

Struktur der Industrieinvestitionen 1960 und 1967

Industriebereich	Investitionen insgesamt in Mill. Mark (in jeweiligen Preisen)		Anteil an den Industrieinvestitionen in v. H.	
	1960	1967	1960	1967
Grundstoffindustrie	4 499	6 854	69,2	59,3
Metallverarbeitende Industrie	1 153	2 757	17,7	23,9
Leichtindustrie	647	1 195	9,9	10,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	209	745	3,2	6,5
Industrie insgesamt	6 508	11 551	100,0	100,0

Der Anteil der Grundstoffindustrie ist also zurückgegangen, und zwar vor allem infolge ziemlich geringer absoluter Zunahmen bei den Energiebetrieben, dem Bergbau und der Baumaterialienindustrie; in der chemischen Industrie wurde jedoch die Investitionssumme fast genau verdoppelt (von 1139 Mill. im Jahre 1960 auf 2284 Mill. im Jahre 1967). Dagegen konnte die vor allem Produktionsmittel herstellende Metallverarbeitende Industrie ihren Anteil an den Industrieinvestitionen beträchtlich erhöhen; die stärkste Steigerung, auf mehr als das Vierfache (von 53 auf 235 Mill.), wies dabei die Feinmechanische und optische Industrie auf.

[28] Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR, Jg. 13, 1968, S. 53.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Diese Investitionsstruktur muß bei der Analyse des beträchtlichen Wachstums der Industrieproduktion in der DDR in erster Linie berücksichtigt werden.

Nun sind freilich für das Wirtschaftswachstum nicht nur die Investitionsquote, die absolute Größe der Investitionen und ihre Struktur maßgebend, sondern auch ihre ökonomische Effizienz. Diese wird offenbar durch das Wirtschaftssystem, in dessen Rahmen die Investitionen erfolgen, stark beeinflußt. In meinem mehrfach zitierten Beitrag im ersten Band diese Sammelwerkes habe ich versucht, die positiven und negativen Wirkungen der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs für die Effizienz der Investitionen zu analysieren[29]. Das dort generell Gesagte kann in vollem Umfange auf die DDR angewendet werden. Wenn man bedenkt, daß fast die Hälfte der Bruttoanlageinvestitionen in Mitteldeutschland auf die Industrie entfällt, dann ist das relativ rasche Wachstum der Industrieproduktion ohne weiteres verständlich; es ist damit aber noch keineswegs ein Beweis dafür erbracht, daß die Effizienz der Investitionen im Wirtschaftssystem Mitteldeutschlands größer ist als in der im Grundsatz marktwirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Die Behauptung der sowjetischen Politökonomie, daß allein durch die Existenz einer zentralen Planung eine bessere Effizienz gewährleistet sei, ist jedenfalls bisher durch die Tatsachen nicht bestätigt worden. Fehlinvestitionen großen Ausmaßes sind, wie *Ulbricht* vor einiger Zeit für die Braunkohlenindustrie zugeben mußte, auch in Mitteldeutschland vorgekommen.

Wesentlich bedeutsamer ist jedoch, daß die lange Zeit hindurch angewendeten Kriterien der Investitionsauslese ganz ungenügend waren. Die seit 1963 als „Neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" — jetzt in „Ökonomisches System des Sozialismus" umgetauft — in Gang gebrachten Reformen des Wirtschafts- und Planungssystems sollen, wie auch aus Abschnitt 4 dieses Aufsatzes hervorgeht, nicht zuletzt eine Verbesserung der Investitionsstruktur ermöglichen.

Dem gleichen Ziele dienen auch die Veränderungen in der *Finanzierung* der Investitionen. Das alte Prinzip, den größten Teil der Investitionen unmittelbar aus dem Staatshaushalt zu finanzieren, ist aufgegeben; man hat erkannt, daß es in zahlreichen Fällen zu einer Kapitalverschwendung geführt hat. Das „Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion" spielt jetzt in den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SED-Führung eine wichtige Rolle; das bedeutet, daß die Betriebe selbst aus ihren Gewinnen die Mittel für die in die Planung aufgenommenen Investitionen aufbringen sollen. In gewissem Umfange kann allerdings auch eine Umverteilung der für Investitionen verfüg-

[29] a.a.O., S. 36—38.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

baren Gewinnteile innerhalb der „sozialistischen Konzerne", der Vereinigungen Volkseigener Betriebe, erfolgen. Eine weitere Finanzierungsmöglichkeit besteht in der Aufnahme verzinslicher Bankkredite durch die Betriebe[30, 31]. Der öffentliche Haushalt soll also von der Finanzierung der Investitionen im Bereich der nach dem Prinzip der „wirtschaftlichen Rechnungsführung" arbeitenden Betriebe im wesentlichen entlastet werden. Durch die Einschaltung des Eigeninteresses der Betriebe an der möglichst sparsamen und raschen Durchführung von Investitionen soll die ökonomische Effizienz der eingesetzten Mittel gesteigert werden.

Mit diesen neuen Entwicklungen, die hier nur ganz grob skizziert werden konnten, ist freilich eine Fülle von Fragen und Problemen verbunden. Im Mittelpunkt steht dabei die heute überhaupt für das Wirtschaftssystem der DDR entscheidende Frage, ob und wie es gelingt, die durch die Dezentralisation von Entscheidungsbefugnissen angestrebte größere Beweglichkeit mit dem Fortbestand der zentralen Planung zu verbinden. Denn die wesentlichen Entscheidungen im Investitionsbereich fallen nach wie vor nicht in den Betrieben oder ihren Zusammenschlüssen, sondern in den zentralen Instanzen.

b) Die Arbeitskräfte

Es wurde zu Anfang darauf hingewiesen, daß vor dem 2. Weltkrieg auf Grund der in Mitteldeutschland gegebenen Standortsvoraussetzungen die Arbeitskraft zum entscheidenden Faktor der Wirtschaftsentwicklung in diesem Raume geworden ist, und zwar durch ihre Qualifikation, nicht durch ihre Billigkeit. Die Zeit nach dem 2. Weltkriege brachte dem Gebiet der heutigen DDR zunächst einen erheblichen Zustrom an Arbeitskräften durch die Zuwanderung von Heimatvertriebenen (in der DDR werden diese offiziell als „Umsiedler" bezeichnet) aus den deutschen Ostgebieten und den sudetendeutschen Gebieten[32]. Während bei der Volkszählung 1939 auf dem Territorium der heutigen DDR (einschließlich des Berliner

---

[30] Über die aus diesem Grunde erfolgte Umorganisation des Bankwesens in der DDR vgl. S. 12.

[31] In dem „Beschluß des Staatsrates der DDR über weitere Maßnahmen zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus" vom 22. April 1968 heißt es: „Die Bank hat Kredite grundsätzlich nur nach dem Nutzeffekt der Investitionen und nach der Effektivität der Umlaufmittelbestände zu gewähren. Vorrangig sind Kredite zur Finanzierung hocheffektiver Rationalisierungs- und Automatisierungsvorhaben und zur Einführung moderner Technik mit Weltspitze einzusetzen. Die Bank hat die Finanzierung in den Fällen zu verweigern, in denen kein Bedarf für die Erzeugnisse besteht, eine schlechte Qualität produziert wird, der Absatz nicht gewährleistet ist und hohe Bestände vorhanden sind." (Zitiert nach „Die Wirtschaft", Beilage zur Ausgabe 1968/18, S. 5.)

[32] Vgl. dazu P.-H. *Seraphim*, Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 7/I), Berlin 1954.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ostsektors) 16,745 Mill. Menschen wohnten, waren es infolgedessen im Höhepunkt der Nachkriegsentwicklung, im Jahre 1948, 19,066 Mill. Von da ab ging die Bevölkerungszahl jedoch ständig zurück, um am Jahresende 1961 einen ersten Tiefpunkt mit 17,079 Mill. zu erreichen.

Die entscheidende Ursache dieser Abnahme, deren Ausmaß in keinem einzigen anderen Lande der Erde eine Parallele findet, lag natürlich in der Abwanderung nach Westen, weitaus am meisten in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik. Die wesentlichen Ursachen dieses — schon unmittelbar nach Kriegsende einsetzenden, aber zunächst durch die Zuwanderung von Heimatvertriebenen noch überkompensierten — Menschenverlustes waren die folgenden:

a) Die Ausschaltung der früheren Führungsschichten, nicht zuletzt mit Hilfe einer rigorosen Anwendung der Entnazifizierungsbestimmungen des Alliierten Kontrollrats. Hiervon wurden vor allem betroffen: Beamte, leitende Angestellte, selbständige Unternehmer, Großgrundbesitzer, Großbauern, zum nicht geringen Teil Angehörige der meisten akademischen Berufe.

b) Der wachsende Druck des immer entschiedener nach sowjetischem Muster gestalteten wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Systems. Dieser Umstand traf nun nicht mehr nur die ehemaligen Führungskräfte, sondern in immer größerem Umfange auch breite Volksschichten, z. B. die Arbeitnehmer durch die strenge Bindung der Entlohnungsformen an die Arbeitsleistung (Arbeitsnormen!) und durch scharfe Maßnahmen der Arbeitsdisziplin, die in dieser Form im Westen unbekannt waren.

c) Der bald offenkundig werdende wirtschaftliche Niveauunterschied zwischen West- und Mitteldeutschland, der sich für die Masse der Arbeitnehmer vor allem in den erheblich niedrigeren Reallöhnen und -gehältern auswirkte. Infolge der noch vorhandenen persönlichen Verbindungen zwischen beiden Teilen Deutschlands wurden diese Niveauunterschiede für die Masse der Bevölkerung in Mitteldeutschland deutlicher als in den anderen nach dem 2. Weltkrieg unter kommunistische Herrschaft gekommenen Ländern, in denen die Informationsmöglichkeiten über die Entwicklung im Westen schlechter waren. Die Hoffnung auf bessere Entlohnung und Versorgung ist sicher für viele Mitteldeutsche, die sich allein aufgrund des Druckes des politischen und kulturellen Systems nicht zum Verlassen der Heimat entschlossen hätten, die Ursache zur Abwanderung geworden. Andererseits darf man aber auch nicht übersehen, daß dieser Druck eine Abwanderungsursache von beträchtlichem Gewicht blieb.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß, wenn man die gesamte Nachkriegsperiode betrachtet, dieser Menschenverlust eine starke Wachstumshemmung für die Wirtschaft Mitteldeutschlands bedeutet hat. In den

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ersten Jahren galt das freilich vor allem für die Abwanderung der Angehörigen der früheren Führungsschichten. Mit ihnen verlor Mitteldeutschland schon frühzeitig einen großen Teil seiner bisherigen Führungskräfte in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Die neue politische Führungsgruppe war jedoch durchaus bereit, diesen Verlust in Kauf zu nehmen, da sie gerade von den Angehörigen dieser Schichten eine besonders ernsthafte Opposition gegen die Durchsetzung ihrer politischen Ziele erwartete. Wirtschaftlich freilich mußte sich dieser Verlust mindestens kurz- und mittelfristig als beträchtliche Wachstumshemmung erweisen. Die Abwanderung der Führungskräfte aus der Industrie und aus anderen für das Wachstum wichtigen Wirtschaftszweigen ging häufig mit der Seqestrierung oder Enteignung der bisher von ihnen geleiteten Betriebe überein; die neuen leitenden Personen der verstaatlichten Betriebe wurden längere Zeit hindurch in vielen Fällen weniger nach ihrer fachlichen Eignung als nach ihrer politischen Zuverlässigkeit ausgesucht, was ökonomische Einbußen und Effizienzmängel mit sich bringen mußte. Freilich bemühte man sich nach Sicherung des politischen Machtmonopols der SED, fachlich unzureichende Personen wieder auszuschalten und den Verbleibenden eine ausreichende Ausbildung zu geben. Diese hielt sich jedoch im Rahmen des aus der Sowjetunion übernommenen streng zentralistisch-planwirtschaftlichen Systems, so daß die seit 1963 eingeleiteten Wirtschaftsreformen mit ihrer partiellen Rezeption marktwirtschaftlicher Elemente und der Tendenz zur Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen die „sozialistischen Manager" vielfach erneut vor Aufgaben stellten, denen sie nach Entwicklungs- und Ausbildungsgang nicht gewachsen sein konnten.

Je mehr die Abwanderung jedoch zur Massenbewegung wurde, desto mehr wurde nicht nur die Sicherung der Führungskräfte, sondern die ausreichende Versorgung mit Arbeitskräften fast aller Kategorien ein ernstes Problem[33]. Der Bau der Mauer, die den Ostsektor Berlins von den Westsektoren trennt, am 13. August 1961 war der verzweifelte Versuch, der Abwanderung Herr zu werden. Er gelang im wesentlichen, und seither hat sich die Bevölkerungszahl der DDR bei etwas über 17 Millionen annähernd stabilisiert. Daß damit jedoch die demographischen Probleme des Wirtschaftswachstums nicht gelöst sind, wird im folgenden noch zu behandeln sein.

In quantitativer Beziehung versuchte man vor allem, zusätzliche Arbeitskraftreserven durch die Gewinnung einer möglichst großen Zahl ver-

---

[33] Mit dem Arbeitskräftepotential in Mitteldeutschland beschäftigen sich die folgenden Arbeiten von Dietrich *Storbeck:* Arbeitskraft und Beschäftigung in Mitteldeutschland, Köln - Opladen 1961. Das Arbeitskräftepotential als strukturelle Bedingung der wirtschaftlichen Entwicklung in Mitteldeutschland bis 1965, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 117, 1961, H. 2, S. 224—240. Soziale Strukturen in Mitteldeutschland, Berlin 1967.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

heirateter Frauen als Arbeiterinnen oder Angestellte zu erschließen; das wurde dadurch erleichtert, daß der niedrige Reallohn es im allgemeinen unmöglich macht, einen Haushalt ausschließlich durch die Arbeit *eines* Erwerbstätigen zu finanzieren. Infolgedessen liegt heute der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der DDR wesentlich höher als in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen 1952 und 1967 stieg der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Berufstätigen (ohne Lehrlinge) von 42,7 auf 47,2 v. H.[34]. In den einzelnen Bereichen betrug der Frauenanteil am 30. September 1967 (in v. H.):

Industrie	41,1
Bauwirtschaft	11,2
Produzierendes Handwerk (ohne Bauhandwerk)	39,2
Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	44,5
Verkehr	25,2
Post- und Fernmeldewesen	66,5
Handel	67,6
Bereiche außerhalb der materiellen Produktion	66,5
Lehrlinge insgesamt	44,3

Dem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften suchte man durch eine Fülle von Maßnahmen zu begegnen, die die berufliche Qualifizierung bzw. die Bereitschaft der Arbeitnehmer zu einer solchen fördern sollten.

Die starke Differenzierung der Löhne und Gehälter zugunsten der höher qualifizierten Tätigkeiten spielte dabei eine nicht geringe Rolle. Ausführlicher auf diese Maßnahmen einzugehen, ist hier nicht der Ort. Jedoch darf nicht übersehen werden, daß sie in Verbindung mit den beträchtlichen Mitteln, die für Erziehung und Bildung aufgewendet wurden, einen Wachstumsfaktor von nicht geringer Bedeutung darstellten. Über die Zahl der Berufstätigen mit Hochschul- und Fachschulabschluß und ihre Zunahme in den Jahren 1961—1967 gibt die Tabelle 5 auf S. 29 Aufschluß[35]:

Der Anstieg sowohl der Hochschul- als auch der Fachschulabsolventen in der kurzen Zeitspanne von 6 Jahren ist beträchtlich. In den kommunistisch regierten Ländern ebenso wie in den nichtkommunistischen Industrieländern hat sich immer stärker die Einsicht durchgesetzt, daß der Bildungspolitik im Rahmen der gesamten Wachstumspolitik ein hoher Stellenwert zukommt. Die genannten Zahlen zeigen, daß aus dieser Einsicht in der DDR — wie ja ebenso auch in der Sowjetunion — mit großer Entschiedenheit praktische Konsequenzen gezogen worden sind[36].

---

[34] Quelle: Statist. Jb. der DDR, Jg. 13, 1968, S. 67.
[35] Quelle: ebd., S. 74.
[36] In seiner Hauptrede auf der 9. Tagung des ZK der SED vom 22.—25. Oktober 1968 sagte Walter Ulbricht: „In den industriell entwickelten Ländern wird

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 5: **Berufstätige mit Hochschul- bzw. Fachschulabschluß „in der sozialistischen Wirtschaft“**[a) b)] **nach Wirtschaftsbereichen**

(Stand zwischen September und Dezember)

Jahr	Insgesamt	Wirtschaftsbereiche						
		Industrie	Bau-industrie	Land-, Forst- u. Wasser-wirtschaft	Verkehr	Post- und Fernmelde-wesen	Handel	Bereiche außerhalb der materiellen Produktion
	Berufstätige mit Hochschulabschluß							
1961	129 949	14 439	900	4 493	1 229	296	2 020	106 572
1967	216 266	31 525	2 905	7 251	2 729	1 232	5 467	165 157
	Darunter weiblich							
1967	54 914	2 976	188	576	229	99	1 180	49 666
	Berufstätige mit Fachschulabschluß							
1961	232 593	64 123	7 274	18 003	5 015	2 659	3 214	122 305
1967	379 693	123 805	14 561	29 024	10 937	5 941	13 060	182 365
	Darunter weiblich							
1967	129 598	11 931	810	3 089	785	773	3 865	108 345

a) Ohne Produktionsgenossenschaften des Handwerks und Rechtsanwaltskollegien. Für Konsumgenossenschaften und Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe nur Handels- und Produktionsbetriebe. — b) Der Begriff der „sozialistischen Wirtschaft“ ist in dieser DDR-Statistik offenbar sehr weit gefaßt. Die große Zahl der Berufstätigen, die in der Kategorie „Bereiche außerhalb der materiellen Produktion“ aufgeführt werden, berechtigt zu der Annahme, daß auch alle staatlichen Schul-, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie Einrichtungen des Gesundheitswesens einbezogen sind.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Allerdings zwingt die demographische Situation in der DDR dazu, mangelnde quantitative Expansionsmöglichkeiten soweit wie möglich durch Verbesserung der Qualität auszugleichen. Die Altersstruktur der mitteldeutschen Bevölkerung ist sehr ungünstig, wie die folgende Tabelle zeigt:

Tabelle 6

Altersstruktur der mitteldeutschen Bevölkerung

Jahr[a)]	Von 100 der Wohnbevölkerung waren				Auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter kamen ... Personen im nichtarbeitsfähigen Alter		
	im arbeitsfähigen Alter[b)]	im nichtarbeitsfäh. Alter[c)]					
		Insgesamt	Kinder unter 15 J.	im Rentenalter	Insgesamt	Kinder unter 15 J.	im Rentenalter
1939	67,5	32,5	21,4	11,1	48,1	31,6	16,5
1946	63,1	36,9	23,9	13,0	58,6	38,0	20,6
1950	64,1	35,9	22,1	13,8	56,1	34,5	21,6
1964	58,4	41,6	23,2	18,4	71,2	39,7	31,5
1967	57,8	42,2	23,1	19,1	72,9	39,9	33,0

a) 1939, 1946, 1950 und 1964: Stichtag der Volkszählung; 1967: Jahresende.
b) Personen im Alter von 15 bis unter 65 (männlich) bzw. 60 Jahren (weiblich) zuzüglich $^5/_{12}$ der Personen des Altersjahres von 14 bis unter 15 Jahren.
c) Kinder unter 14 Jahren zuzüglich $^7/_{12}$ der Personen des Altersjahres von 14 bis unter 15 Jahren und Personen im Rentenalter (Männer 65 Jahre und älter, Frauen 60 Jahre und älter).

Quelle: Statist. Jb. der DDR, Jg. 13, 1968, S. 516/17.

Aus den angeführten Zahlen läßt sich deutlich die Wachstumsbegrenzung erkennen, die in der Altersstruktur der Bevölkerung in Mitteldeutschland liegt. Auch die Reserve der verheirateten Frauen ist im wesentlichen ausgeschöpft. Arbeitskräftewanderungen innerhalb des RGW-Bereiches waren bisher ohne Bedeutung; erst in allerjüngster Zeit sind Anzeichen dafür feststellbar, daß die DDR versucht, zur Ergänzung ihres eigenen nicht ausreichenden Potentials Arbeitskräfte aus anderen

heute damit gerechnet, daß etwa ein Drittel des Wirtschaftswachstums auf die Bildung der Werktätigen, das heißt auf die Wirksamkeit des Bildungssystems, zurückzuführen ist. Infolgedessen stellt die konsequente, zielgerichtete Ausbildung (bei minimalen Ausbildungsverlusten) und die enge, mit der ideologischen Bildung und Erziehung verbundene arbeitsbezogene Weiterqualifizierung einen außerordentlich wichtigen Wachstumsfaktor dar. In den nächsten Jahren muß vor allem eine noch bessere organisierte und wohldurchdachte Erwachsenenqualifizierung erreicht werden." (Zitiert nach „Die Wirtschaft", Beilage zur Ausgabe 1968/44, S. 15.)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

RGW-Ländern heranzuziehen. Hierfür kommt besonders Polen in Betracht, wo es — aus strukturellen Gründen — eine nicht unerhebliche Arbeitslosigkeit gibt. Erst die Zukunft wird zeigen können, welche Bedeutung dieser Faktor für das Wirtschaftswachstum in Mitteldeutschland gewinnen kann; es ist nicht wahrscheinlich, daß diese Bedeutung groß sein wird.

Gegenwärtig jedenfalls rechnen die Planer der DDR nicht damit, daß in der nächsten Zukunft Wachstumsziele durch eine nennenswerte Steigerung der Beschäftigtenzahl erreicht werden können. Dieser Umstand erklärt zu einem guten Teile das ungemein starke Gewicht, das jetzt in der DDR der Steigerung der Arbeitsproduktivität beigelegt wird; auch von der politischen Führung wird mit Recht in ihr das Kardinalproblem des weiteren Wirtschaftswachstums gesehen.

c) Der Einfluß der außenwirtschaftlichen Beziehungen

Für ein Wirtschaftsgebiet unter den heutigen Voraussetzungen der DDR kommt den außenwirtschaftlichen Beziehungen im Rahmen des Wachstumsprozesses eine erhebliche Bedeutung zu; denn dieser Raum ist zu klein, um allein aus den eigenen Gegebenheiten heraus eine optimale Wirtschaftsstruktur zu entwickeln. Das sächsisch-thüringische Industriegebiet war deshalb schon in der Vergangenheit nicht nur mit den übrigen Teilen des damaligen gesamtdeutschen Wirtschaftsraumes auf das engste verflochten, sondern auch in hohem Maße export- und importorientiert. Außenhandelsbeziehungen mit den entwickelten westlichen Industrieländern standen dabei im Vordergrund; der Anteil der heute zum RGW gehörigen ost- und südosteuropäischen Länder dürfte kaum höher gewesen sein als beim damaligen gesamtdeutschen Außenhandel, lag also wahrscheinlich zwischen 15 und 20 v. H. Die interregionale Verflechtung innerhalb des Deutschen Reiches enthob Mitteldeutschland der Notwendigkeit, unter ungünstigen Standortsbedingungen eine eigene Grundstoffindustrie größeren Ausmaßes aufzubauen, mit Ausnahme der standortsmäßig begünstigten chemischen Grundstoffindustrie.

Diese Lage wurde durch die Nachkriegsentwicklung tiefgreifend verändert. Zwei Grundtendenzen wurden jetzt für den Wachstumsprozeß in Mitteldeutschland von entscheidender Bedeutung: erstens die wirtschaftliche Spaltung Restdeutschlands, die die west-östliche Zonengrenze zu einer echten Wirtschaftsgrenze machte und den Interzonenhandel zu einer marginalen Größe einschrumpfen ließ. Die zweite Tendenz war die weitgehende wirtschaftliche Eingliederung Mitteldeutschlands in den wirtschaftlichen Ostblock, die zu einem ungewöhnlich hohen Anteil des Intrablockhandels führte. Dieser liegt regelmäßig zwischen 80 und 85 v. H. des gesamten Außenhandelsumsatzes; dabei ist der Interzonenhandel nicht

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eingerechnet, der ja auch nach der Auffassung des EWG-Vertrages nicht als echter Außenhandel zu betrachten ist. Da ich diese tiefgreifenden Strukturwandlungen und ihre Wirkungen an anderen Stellen ausführlicher behandelt habe[37], sollen hier nur ihre spezifisch wachstumsrelevanten Effekte erörtert werden.

Wachstumsfördernd kann der Außenhandel immer dann wirken, wenn er zu einer effizienteren Allokation der Ressourcen führt, als sie ohne den grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr möglich wäre. In jeder Volkswirtschaft wird diese Allokation zunächst durch die im eigenen Raum bestehenden Möglichkeiten bestimmt. Vor dem zweiten Weltkriege waren Arbeitsteilung, Standortswahl und Austausch innerhalb des gesamtdeutschen Wirtschaftsraumes hochentwickelt. Welche negativen Konsequenzen die (ganz überwiegend politisch bedingte) Desintegration dieses Raumes für Mitteldeutschland gehabt hat, ist bereits an anderer Stelle[38] erörtert worden; der ungenügende gesamtwirtschaftliche Nutzen der Investitionen in Mitteldeutschland ist ja nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß mit erheblichem Aufwand Investitionen in den kapitalintensiven Grundstoffindustrien vorgenommen wurden, um bisherige Bezüge aus der Bundesrepublik Deutschland auszugleichen.

Ähnliches gilt aber auch für die Wirkungen der einseitigen Intrablockausrichtung des mitteldeutschen Außenhandels. Bis in die jüngste Vergangenheit war die Sowjetunion, als der bei weitem größte Außenhandelspartner der DDR[39], waren aber auch die übrigen Mitgliedsländer des RGW an vielen der traditionellen Industrieprodukte Mitteldeutschlands besonders im Konsumgüterbereich wenig interessiert, wohl aber an anderen Erzeugnissen, für die Kapazitäten erst aufgebaut oder wesentlich erweitert werden mußten. Ein besonders charakteristisches Beispiel dafür ist die Schiffbauindustrie, die vor dem zweiten Weltkriege im Gebiet der heutigen DDR kaum vorhanden war. Beim Aufbau solcher Zweige spielt natürlich der Mangel an Erfahrung und an fachlich spezialisierten und qualifizierten Arbeitskräften eine erhebliche Rolle; es ist deshalb mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß mindestens in einer längeren Anlaufzeit die ökonomische Effizienz derartiger Produktionszweige gering ist. Das bedeutet freilich nicht, daß sie sich nicht auf längere Zeit als zukunftsträchtig erweisen können. Aber unter den schwie-

---

[37] Vgl. besonders: Karl C. *Thalheim*, Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Berlin 1964, Kap. IX, S. 107—121; *derselbe:* Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen. In: Fünfter Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, Bonn und Berlin 1969, S. 440—455.

[38] Vgl. S. 5.

[39] Der Anteil allein der Sowjetunion am gesamten Außenhandelsumsatz der DDR *einschließlich* des Interzonenhandels liegt in der Regel bei 40—45 v. H.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rigen Bedingungen, unter denen in Mitteldeutschland der wirtschaftliche Wiederaufbau erfolgen mußte, wäre es sicherlich für geraume Zeit wachstumsfördernder gewesen, die traditionellen Produktionszweige wiederauf- oder auszubauen, für die auch ein entsprechend qualifiziertes Arbeitskräftepotential zur Verfügung stand. Das hätte aber vorausgesetzt, daß entweder die Sowjetunion und die übrigen RGW-Länder eine andere Wirtschaftspolitik betrieben hätten oder daß für die Ausfuhr Mitteldeutschlands der Weltmarkt außerhalb des RGW in wesentlich größerem Umfange zugänglich gewesen wäre.

Die einseitige Ausrichtung auf die RGW-Märkte bedeutet also, daß die DDR beim Export nur sehr begrenzt die Möglichkeit hat, sich den günstigsten Partner auszusuchen. Ähnliches gilt aber auch beim Import; ein sehr großer Teil der gesamten Rohstoffe und Halbfabrikate, die eingeführt werden müssen, kommt aus der Sowjetunion. Verschiedene Untersuchungen westlicher Nationalökonomen[40] haben gezeigt, daß bei einer größeren Zahl sowjetischer Exportprodukte die Preise, die ihre RGW-Partner zahlten, wesentlich höher lagen als die Preise, die die Sowjetunion beim Export in nichtkommunistische Länder erzielte — eine Wirkung der Position der Sowjetunion als „économie dominante" innerhalb des wirtschaftlichen Ostblocks. Das besagt nicht unbedingt, daß die RGW-Länder sich die gleichen Güter auf Märkten außerhalb des Ostblocks wesentlich billiger hätten verschaffen können; denkbar ist durchaus, daß die Sowjetunion zwecks Erwerbs freier Devisen einen Marktanteil an den Importmärkten westlicher Industrieländer durch Preisunterbietung zu gewinnen suchte. Zu berücksichtigen ist ferner auch, daß die Sowjetunion offenbar in einer Reihe von Fällen für die Exportgüter der RGW-Partner höhere Preise zahlte, als diese auf westlichen Märkten zu erzielen vermochten[41]. Der Umfang der Preisdiskriminierungen beim sowjetischen Export ist aber offenbar doch so erheblich, daß sich für die DDR im gesamten Außenhandel mit der Sowjetunion ein (quantitativ freilich nicht exakt bestimmbarer) Preisnachteil im Vergleich mit einem weltweit orientierten Außenhandel ergeben hat[42]. Nicht unerwähnt bleibe allerdings, daß im Laufe der letzten Jahre die Preisdiskriminierung zuungunsten der RGW-Partner abgenommen hat.

---

[40] Vgl. besonders die umfangreiche Arbeit von Oliver *von Gajzágó*, Preisentwicklung und Preispolitik im sowjetischen Außenhandel 1955 bis 1963, Köln 1966.

[41] Die Aussagekraft der vorliegenden Untersuchungen ist hinsichtlich der von der Sowjetunion gezahlten Preise für importierte industrielle Fertigerzeugnisse deshalb gering, weil in der sowjetischen Außenhandelsstatistik auf der Importseite wesentlich weniger homogene Güter ausfindig gemacht werden können als beim sowjetischen Export, der sich immer noch zum großen Teil aus mindestens relativ homogenen Massengütern zusammensetzt.

[42] Ob das auch beim Außenhandel der DDR mit den übrigen RGW-Ländern der Fall war, ist aus den bisher vorliegenden Untersuchungen nicht ersichtlich. Der Verfasser hält es für unwahrscheinlich.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ein weiterer Wachstumsnachteil der einseitigen Ostblockorientierung liegt in den relativ engen Grenzen, die dadurch einer Expansion des Außenhandels der DDR gezogen sind. Auf Grund der in ihren heutigen Grenzen gegebenen strukturellen Voraussetzungen würde die DDR an sich eine größere außenwirtschaftliche Ergänzung brauchen als die Bundesrepublik Deutschland; in der Tat ist aber das Gegenteil der Fall, wie die folgenden Zahlen zeigen:

Tabelle 7

Außenhandel der DDR und der BRD (ohne Interzonenhandel[a])

1963	*DDR*	*BRD*
Gesamtumsatz	19 334 Mill. Valutamark[b)]	110 587 Mill. DM
Ausfuhr	10 374 Mill. Valutamark	58 310 Mill. DM
Einfuhr	8 960 Mill. Valutamark	52 277 Mill. DM
Wohnbevölkerung	17,181 Mill. (Ende 1963)	57,587 Mill. (Mitte 1963)
Umsatz je Kopf der Bevölkerung	1 125 Valutamark	1 921 DM
Ausfuhr je Kopf der Bevölkerung	604 Valutamark	1 013 DM
Einfuhr je Kopf der Bevölkerung	521 Valutamark	908 DM
1967		
Gesamtumsatz	25 749 Mill. Valutamark	157 228 Mill. DM
Ausfuhr	13 266 Mill. Valutamark	87 045 Mill. DM
Einfuhr	12 483 Mill. Valutamark	70 183 Mill. DM
Wohnbevölkerung	17,090 Mill. (Ende 1967)	59,873 Mill. (Mitte 1967)
Umsatz je Kopf der Bevölkerung	1 506 Valutamark	2 626 DM
Ausfuhr je Kopf der Bevölkerung	776 Valutamark	1 454 DM
Einfuhr je Kopf der Bevölkerung	730 Valutamark	1 172 DM

a) Für die DDR errechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR, Jg. 13, 1968, S. 34, 374, 375. Für die BRD: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1968, S. 25 und 275.

b) Für die beiden Jahre gilt der Umrechnungskurs: 1 US-Dollar = 4,20 Valutamark = 4 DM.

Die beschränkten Expansionsmöglichkeiten des Außenhandels innerhalb des RGW haben verschiedene Ursachen, unter denen nach Meinung des Verfassers die noch immer ganz überwiegende Bilateralität des Austausches und die geringe Funktionsfähigkeit des multilateralen Clearings im Vordergrunde stehen.

Ein letzter Nachteil liegt noch darin, daß die Exporte der DDR an Investitionsgütern zum Teil auf Kosten der eigenen Wachstumsziele gehen, da sie — mindestens bisher — vielfach nicht mit Überschußkapazitäten hergestellt werden können. Bei einer Reihe von Investitions-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gütern werden sehr hohe Exportquoten verzeichnet[43], die, wie auch aus mitteldeutschen Quellen entnommen werden kann, offenbar nicht nur in Ausnahmefällen auf Kosten eigenen Investitionsbedarfs gehen.

Diesen Wachstumsnachteilen der Intrablockorientierung des Außenhandels der DDR stehen sicherlich auch einige Vorteile gegenüber. An erster Stelle sei dabei die relative Sicherheit von Außenhandelsbeziehungen genannt, die bei beiden Partnerländern Bestandteil ihrer Volkswirtschaftsplanung werden. Langfristige Handelsverträge, die regelmäßig mit den langfristigen Perspektivplänen der Partnerländer synchronisiert werden, geben die Möglichkeit, für die Planperiode die beiderseitigen Liefer- und Bezugsmengen und damit ein wichtiges Datum für die Produktions- und Versorgungspläne festzulegen. Das schließt natürlich nicht aus, daß durch Planwidrigkeiten Störungen im Ablauf der Austauschbeziehungen eintreten; es ist jedoch auf diesem Wege möglich, die auf dem freien Weltmarkt immer wieder auftretenden konjunkturellen Schwankungen auszuschalten und die Wirkungen struktureller Wandlungen stärker unter Kontrolle zu halten bzw. ihren zeitlichen Ablauf zu regulieren, als das unter marktwirtschaftlichen Voraussetzungen der Fall sein kann.

Es besteht auch die Möglichkeit, durch langfristige Vereinbarungen innerhalb des Ostblocks unter Einschaltung der Organe des RGW die langfristige Strukturplanung der Partnerländer so zu gestalten, daß die zu schaffenden Kapazitäten auf die zukünftigen Bedürfnisse des Intrablockhandels ausgerichtet werden. Die Erfahrung zeigt allerdings, daß diese theoretische Möglichkeit keineswegs immer mit der Realität übereinzustimmen braucht. So haben die seit 1956 laufenden Bestrebungen, innerhalb des RGW zu einer internationalen Arbeitsteilung besonders in der Industrieproduktion zu kommen, bisher nur ziemlich bescheidene Ergebnisse gehabt.

Zusammenfassend wird man zu dem Ergebnis kommen müssen, daß der Außenhandel auch in seiner jetzigen Verfassung für die DDR-Wirtschaft durchaus eine Bedeutung als Wachstumsfaktor gehabt hat, daß diese aber ohne die einseitige Ostblock-Orientierung wesentlich größer hätte sein können.

7. Zur statistischen Erfassung des Wachstumsprozesses[44]

Eine zahlenmäßig einigermaßen exakte Beobachtung des Wirtschaftswachstums wird, wie in allen kommunistisch regierten Ländern, so auch

[43] Vgl. dazu die Tabelle „Anteil der Ausfuhr ausgewählter Erzeugnisse an der Produktion" für die Jahre 1960—1967 im Statist. Jb. der DDR, Jg. 13, 1968, S. 394.

[44] Der Raum verbietet es, hier den Wachstumsprozeß in Mitteldeutschland im einzelnen zu analysieren, zumal darüber eine umfangreiche Literatur vor-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in der DDR durch eine Reihe von Umständen erschwert. Es sind vor allem die folgenden:

1. In der Statistik der DDR fehlt eine dem Bruttosozialprodukt (GNP) der westlichen Statistik entsprechende Größe. Das „Gesellschaftliche Gesamtprodukt (Bruttoprodukt)" ist der „Wert der materiellen Produktion in effektiven Preisen bzw. in Preisen des Jahres 1963"[45]. Es wird errechnet als „Summe der Bruttoproduktionswerte der zum produktiven Bereich der Volkswirtschaft gehörenden Betriebe. Die Berechnung erfolgte nach der Betriebsmethode, das heißt, daß die Gesamtleistung eines Betriebes dem Wirtschaftsbereich zugerechnet wurde, in dem die Haupttätigkeit liegt".

Es ergibt sich dabei vor allem in zwei Punkten ein wesentlicher Unterschied zum westlichen GNP:

a) Das „Gesellschaftliche Gesamtprodukt" ist das Ergebnis einer Bruttorechnung, die zahlreiche Doppelzählungen enthält. Auch der industrielle Produktionsindex der DDR wird auf der Basis von Bruttowerten errechnet. Das wäre für die Analyse von Wachstumsvorgängen dann ohne Bedeutung, wenn Brutto- und Nettowerte sich gleichsinnig entwickelten. In der Tat wird eine solche Behauptung von führenden Statistikern der DDR erhoben, so von dem Ersten Stellvertreter des Leiters der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Dr. Günter Hartig, der 1968 schrieb[46]:

„Den Untersuchungen wurde die Kennziffer Bruttoproduktion zugrundegelegt, da die Berechnungen des Nettoprodukts der Industrie nach Zweigen zu vergleichbaren Preisen noch nicht abgeschlossen sind. Die bis-

---

liegt. Hingewiesen sei besonders auf das Buch von Bruno *Gleitze*, Die Industrie der Sowjetzone unter dem gescheiterten Siebenjahrplan, Berlin 1964, sowie vom gleichen Verfasser die in der vom Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands herausgegebenen Reihe „Aktuelle Beiträge zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage in Mitteldeutschland" veröffentlichten Hefte: „Die wirtschaftliche Entwicklung Mitteldeutschlands zwischen dem VI. und VII. Parteitag der SED und die Perspektiven bis 1970" (1967); „Das Wirtschaftswachstum in beiden Teilen Deutschlands" (1968); „Planvollzug und neue Perspektiven in der Industrie Mitteldeutschlands" (1969). Umfangreiches Material enthalten der Zweite bis Fünfte Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands; der Fünfte Bericht erschien im Sommer 1969. Für die Landwirtschaft vgl. das Buch von Georg *Blohm*, Edgar *Tümmler*, Konrad *Merkel*, „Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland und ihre Auswirkung auf Produktion und Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse", Berlin 1969.

[45] Diese und die folgenden Definitionen nach Statist. Jb. der DDR, Jg. 13, 1968, S. 35—36.

[46] In einem Aufsatz „Industrie der DDR 1950 bis 1966. Untersuchungen über das Wachstum der Produktion und einiger Wachstumsfaktoren", in: „Statistische Praxis", Jg. 23, 1968, H. 3, S. 132—140. Hartig setzt sich dabei allerdings in Widerspruch zu dezidierten Aussagen des Altmeisters der sowjetischen Statistik, S. G. *Strumilin;* vgl. dazu meinen Beitrag im ersten Bande dieses Sammelwerks, S. 34—35, besonders Fußnote 55.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

her vorliegenden Ergebnisse lassen jedoch erkennen, daß sich die dargestellten Tendenzen nicht wesentlich verändern."

Diese These muß schon aus deduktiven Erwägungen zweifelhaft erscheinen: eine Intensivierung der Arbeitsteilung innerhalb einer Volkswirtschaft — das ist ein Prozeß, der für die DDR ebenso wie für jedes andere entwickelte Industrieland zutrifft — muß offenbar wegen des vergrößerten Gewichtes der Zulieferungen den Bruttoproduktionswert rascher ansteigen lassen als die Wertschöpfung.

Aber auch die eigenen Zahlen der von Hartig mit geleiteten Statistischen Zentralverwaltung widerlegen seine These. Bei der Berechnung des „Nationaleinkommens (Nettoprodukts)" wird nämlich „der im gesellschaftlichen Gesamtprodukt enthaltene neugeschaffene Wert, das heißt gesellschaftliches Gesamtprodukt (Bruttoprodukt) abzüglich des Verbrauchs von Produktionsmitteln"[47] erfaßt. Das Aufkommen des Nationaleinkommens wird auch, ebenso wie das Aufkommen des Bruttoprodukts, nach den Wirtschaftsbereichen seiner Entstehung aufgegliedert. Demnach lassen sich — allerdings nur global — die Anteile des Wirtschaftsbereichs „Industrie und produzierendes Handwerk (ohne Bauhandwerk)" bei der Entstehung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens einander gegenüberstellen[48]. Für eine Anzahl ausgewählter Jahre ergeben sich dann folgende Werte für den Anteil des Nettoprodukts am Bruttoprodukt der Industrie:

1950	48,7 v. H.	1964	46,5 v. H.
1955	50,1 v. H.	1965	44,5 v. H.
1960	49,9 v. H.	1966	44,6 v. H.
1963	49,3 v. H.	1967	38,9 v. H.

Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR, Jg. 13, 1968, S. 38 und 40.

[47] Der Verbrauch von Produktionsmitteln wird definiert „als Summe des Materialverbrauchs und der Abschreibungen auf Grundmittel sowie Mieten und Pachten bei den Betrieben, die zum produktiven Bereich der Volkswirtschaft gehören".

[48] Nicht völlig geklärt erscheint dem Verfasser dabei allerdings, ob der beim Aufkommen des Nationaleinkommens ausgewiesene Posten „Verrechnungen" für eine solche Gegenüberstellung eine Bedeutung hat. Für diesen Posten wird folgende Erläuterung gegeben: „Verrechnungen enthalten Preisstützungen und -ausgleiche, die vom Staatshaushalt gezahlt werden. Das Bruttoprodukt der abgebenden Betriebe enthält den Abgabepreis einschließlich Preisstützungen, der abnehmende Betrieb bezieht das Material in den Produktionsverbrauch zu Preisen ohne Preisstützungen ein. Es tritt damit eine Doppelerfassung im Nationaleinkommen ein, während der Produktionsverbrauch zu niedrig ausgewiesen wird. Deshalb wird das Nationaleinkommen um die Verrechnungen vermindert und der Produktionsverbrauch erhöht." Eine Aufgliederung der Verrechnungen nach Wirtschaftsbereichen gibt jedoch die DDR-Statistik nicht.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Während bis 1963 die Relation nur unerheblich schwankte, sinkt in den Jahren 1964—1967 der Anteil des Nettoproduktes beträchtlich, was sicherlich mindestens zu einem Teile auf die Intensivierung der innervolkswirtschaftlichen Arbeitsteilung zurückzuführen ist[49]. Infolgedessen besteht ein beträchtliches Maß von Wahrscheinlichkeit, daß die auf Bruttobasis errechneten wachstumsrelevanten Indices überhöht sind.

2. Sowohl in der Berechnung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts als auch des Nationaleinkommens wird im wesentlichen nur der Wert der materiellen Produktion erfaßt; allerdings ist dieses Prinzip durch die Einbeziehung der Einnahmen aus Personen-, Güter- und Nachrichtenbeförderung, der Handelserlöse und Verbrauchsabgaben sowie der Umsätze bzw. Leistungen einiger unwichtiger Zweige durchbrochen worden. Nach wie vor bleibt jedoch ein großer Teil der Leistungen des tertiären Sektors unberücksichtigt. Auf diese „Bereiche außerhalb der materiellen Produktion" entfielen aber 1967 immerhin 1,459 Millionen von insgesamt 7,714 Millionen Berufstätigen, also fast 19 v. H. Wachsen die Leistungen des nicht einbezogenen tertiären Sektors rascher als der Wert der „materiellen Produktion", dann würde entsprechend dem westlichen Konzept des Bruttosozialproduktes die tatsächliche Wachstumsrate des Nationaleinkommens höher sein als die statistisch ausgewiesene. Für die Vergangenheit dürfte bei der überragenden Bedeutung, die die Wachstumspolitik in der DDR der Steigerung der materiellen Produktion beimaß, wohl eher das Umgekehrte gelten. Aber auch die DDR entwickelt sich unter den Bedingungen einer modernen Industriegesellschaft, für die nun einmal aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht die noch immer nicht ganz aufgegebene sowjetkommunistische Parole der „vorrangigen Entwicklung der Schwerindustrie", sondern das überproportionale Wachstum des tertiären Sektors gilt. Es erscheint deshalb durchaus möglich, daß in der Zukunft diese Entwicklung bei der Bewertung des Nationaleinkommens als Wachstumsindikator in der DDR nicht außer acht gelassen werden darf.

3. Die allergrößte Schwierigkeit liegt nach Meinung des Verfassers im *Preissystem*. Da es einen globalen naturalen Wachstumsindikator nicht geben kann, ist eine Aggregierung der wachstumsrelevanten Einzelgrößen nur auf wertmäßiger Basis, d. h. über die Preise möglich. Unterschiedliche Preisstrukturen müssen deshalb sowohl bei interregionalen als auch bei intertemporalen Wachstumsvergleichen verzerrend wirken; diese Feststellung ist unabhängig davon, ob für die Berechnung „effek-

[49] Allerdings weisen die Jahre 1964—1967 auch besonders hohe Summen der „Verrechnungen" auf. Der Rückgang des im Bereich der Industrie entstandenen Nettoprodukts im Jahre 1967 bei gleichzeitig beträchtlich gestiegenem Bruttoprodukt kann wohl nur aus dem gleichzeitigen starken Rückgang der „Verrechnungen", d. h. den Wirkungen der Preisreform erklärt werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tive Preise", d. h. die im Erhebungszeitraum tatsächlich geltenden Preise, „unveränderliche Preise" als statistische Meßgrößen oder die Preise eines bestimmten Basisjahres verwendet werden. Wenn im Rahmen eines manipulierten Preissystems bestimmte Güter oder Leistungen zu überhöhten Preisen in die Aggregierung einbezogen werden und es sich dabei um besonders rasch wachsende Kategorien handelt, so ergibt sich daraus eine Überhöhung der Wachstumsrate. Natürlich kann bei überproportional raschem Wachstum preislich unterbewerteter Güter oder Leistungen auch das Gegenteil der Fall sein. Bilden, wie das in Mitteldeutschland bei der Berechnung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens der Fall ist, „effektive Preise" die Basis, so können von der bei den einzelnen Güterkategorien sehr verschieden hohen PDHA[50] ebenfalls verzerrende Wirkungen ausgehen.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Preisverzerrungen vor der in den Jahren 1964—1967 in drei Etappen durchgeführten „Preisreform" (besser: Preisrevision) beträchtliches Ausmaß hatten und die Aussagekraft der auf der Basis dergestalt manipulierter Preise errechneten Indices stark beeinflussen mußten[51]. Die Preisrevision hat einen großen Teil dieser Verzerrungen beseitigt oder doch wenigstens erheblich verringert; völlig verschwunden sind sie und die von ihnen ausgehenden Wirkungen auf eine realistische quantitative Erfassung des Wirtschaftswachstums aber noch immer nicht.

Aus den bisherigen Darlegungen lassen sich zwei Schlußfolgerungen ziehen:

1. Keine der Zahlenreihen oder Indices, die die Statistik der DDR zur Verfügung stellt, kann als voll repräsentativ für das wirtschaftliche Wachstum angesehen werden.
2. Die relativ aussagekräftigste Globalgröße ist trotz der gemachten Einschränkungen das Nationaleinkommen. Bei der erstrangigen strukturellen Bedeutung der Industrie für Mitteldeutschland ist daneben

---

[50] PDHA = „Produktions-, Dienstleistungs- und Handelsabgabe der volkseigenen Wirtschaft", in der DDR die Parallele zur differenzierten Umsatzsteuer der Sowjetunion, seit Einführung der Handelsfondsabgabe nur noch als PDA erhoben. Sie ist wesentlich Konsumbesteuerung, die die Güter des täglichen Massenbedarfs nur wenig oder gar nicht, Güter des gehobenen Bedarfs aber großenteils mit sehr hohen Sätzen belastet.

[51] Es überrascht, daß *Hartig* in seinem oben zitierten Aufsatz (S. 132) eine Steigerung der Industrieproduktion „in vergleichbaren Preisen" im Zeitraum 1950—1966 auf 416 v. H. angibt. Nach dem Statist. Jb. der DDR 1968, S. 38, stieg die *Brutto*produktion der Industrie in diesem Zeitraum „in *effektiven* Preisen" von 34,15 Mrd. Mark auf 144,23 Mrd. Mark, d. h. auf 422 v. H. Wenn beide Zahlen stimmen würden, dürfte bei den Erzeugnissen der Industrie im ganzen Zeitraum 1950—1966 fast überhaupt keine Preissteigerung eingetreten sein. Für das gesellschaftliche Gesamtprodukt im ganzen gibt die Statistik der DDR für den Zeitraum 1950—1966 jedoch eine Steigerung in effektiven Preisen auf 421 v. H., in „vergleichbaren Preisen" nur auf 366 v. H. an (ebd., S. 17).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Entwicklung der Industrieproduktion für die Analyse von Wachstumsvorgängen unentbehrlich. Da jedoch, von einer einzigen und nicht unproblematischen globalen Nettogröße abgesehen, über die Industrieproduktion bisher nur Ergebnisse auf Bruttobasis veröffentlicht werden, sind hier noch größere Vorbehalte nötig als beim Nationaleinkommen.

Aus dem gleichen Grunde ist auch der industrielle Produktionsindex sehr problematisch, da er ebenfalls auf Bruttobasis errechnet wird und deshalb gegen ihn die gleichen Vorbehalte zu machen sind. Für die Industrie im ganzen weist dieser Index für den Zeitraum 1950 bis 1967 eine Steigerung auf 443 v. H. auf, was ohne Zweifel als erheblich überhöht angesehen werden muß[52]. Es besteht andererseits wohl auch Übereinstimmung darüber, daß die Indexberechnung heute wesentlich realistischer geworden ist, wenn auch die von der Bruttorechnung herrührenden Fehlerquellen noch nicht beseitigt sind. Da aber immer noch auf der Grundlage der früheren überhöhten Zahlen weitergerechnet wird, bleibt der Index im ganzen unrealistisch.

[52] Gert *Leptin* hat in seiner oben angeführten Arbeit auf den Seiten 17—19 eine überzeugende Kritik dieses Index geliefert.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wachstumsprobleme in der Tschechoslowakei

Von Dr. *Helmut Klocke*

1. Aspekte des Wirtschaftswachstums in der volkswirtschaftlichen Theorie der Tschechoslowakei

Die Wirtschaftswissenschaftler in der Tschechoslowakei gehen seit Anfang der 60er Jahre im allgemeinen von der Tatsache aus, daß zwar die *Marx*sche Ökonomie in ihrer Theorie der erweiterten Reproduktion den ersten Schritt auf dem Wege zur Erkenntnis des wirtschaftlichen Wachstums tat, daß auch die Anfänge einer Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft in den zwanziger Jahren in der Sowjetunion formuliert wurden, daß aber von der Mitte der dreißiger bis zum Ende der fünfziger Jahre die marxistische Wirtschaftstheorie stagnierte. Es wird jedoch der nichtmarxistischen Wissenschaft eingeräumt, daß sie sich seit den dreißiger Jahren unter der Wirkung der Weltwirtschaftskrise sehr nachdrücklich mit den Fragen des Wirtschaftswachstums, mit den entsprechenden Versuchen zur Lösung der Krise und mit den Methoden und Instrumenten ihrer Erforschung beschäftigt habe. Die Theorie von *Keynes* wird als Wende bezeichnet, auch wenn sie mehr nach Wegen suchte, das gestörte wirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen, als die Bedingungen für ein ungestörtes langfristiges Wachstum zu erforschen. Die abstrakten Modelle der nichtmarxistischen Ökonomen werden als Anregungen und nützliche Forschungsinstrumente für den marxistischen Ökonomen anerkannt. Die Dynamisierung des statischen Modells von *Keynes* durch *Harrod, Domar, Leontief,* die Sonderstellung von *Schumpeter,* das Betonen außerökonomischer Einflüsse bei *Rostow,* alle diese Erkenntnisse erscheinen den gegenwärtigen marxistischen Ökonomen für die eigene Forschung von außerordentlichem Interesse. Man erkennt an, daß sich diese Theorien mit den gleichen Aufgaben beschäftigten wie die „marxistische Ökonomie des Sozialismus", mit den Problemen des proportionalen und permanenten ökonomischen Wachstums, der optimalen Relation zwischen Akkumulation und Verbrauch, der Effektivität der ökonomischen Entwicklung usw. Heute betrachten die meisten marxistischen Wirtschaftswissenschaftler viele Methoden und Instrumente als wertfrei, d. h. als „klassenmäßig neutral", als sowohl in der Praxis der bürgerlichen als auch der sozialistischen Ökonomen anwendbar[1].

[1] *Urban,* Luděk, O Teoriích Ekonomického Růstu. In: Politická Ekonomie, Jg. 1965, H. 2, S. 136—142.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die konkrete Erkenntnis der auf das Wirtschaftswachstum einwirkenden Faktoren und ihres Zusammenspiels ist vor allem durch die in der Tschechoslowakei bereits ab Ende 1960 erkennbare und bis 1964 andauernde wirtschaftliche Stagnation und Rezession angeregt und gefördert worden. Auf Grund der amtlichen Daten sind die einzelnen Phasen des Wirtschaftswachstums von 1948 bis 1964 von den führenden Volkswirten in der Tschechoslowakei sehr konkret untersucht und dargestellt worden, so u. a. äußerst konzentriert von Ota *Šik* in einem Aufsatz in Nr. 1 von Politická Ekonomie[2] des Jahres 1966. Die Folgerungen für eine theoretische Erfasung und Messung entscheidender Vorgänge dieser Entwicklung wurden ein Jahr später in der gleichen Zeitschrift niedergelegt[3]. Insbesondere wird an der Entwicklung der Jahre 1962 bis 1964 nachgewiesen, daß das Wachstumstempo des Nationaleinkommens und der Arbeitsproduktivität entscheidend sank, obwohl das Tempo der Zunahme der Investitionen, der Beschäftigung und der technischen Ausrüstung gegenüber den Vorjahren so gut wie unverändert blieb. Es waren andere Ursachen, die dieses Ergebnis herbeiführten. So wurden Anlagekapital und Arbeitskräfte unvollständig ausgenützt, ebenso der wissenschaftlich-technische Fortschritt. Die „gesellschaftliche Produktivität" stieg, aber nicht die „integrale Produktivität", die sich aus dem sinnvollen Zusammenwirken aller dieser Faktoren hätte ergeben müssen. Verhindert wurde der Erfolg durch das „traditionelle Lenkungssystem, das den Prozeß des technischen Fortschritts bremste und eine chronische Nichtausnützung des qualifizierten und technischen Potentials unseres Landes bewirkte"[4].

2. Das Wirtschaftswachstum vor dem Zweiten Weltkriege

Bis 1918 hatte die Donaumonarchie als übernationales politisches Gebilde in einem großen Wirtschaftsraum in Mittel- und Südosteuropa verhältnismäßig günstige Austauschmöglichkeiten für die agrarischen und industriellen Teilräume geboten, so daß eine weitgehende wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit bestand und die Außenhandelsquote pro Kopf niedriger lag als bei den anderen europäischen Großmächten mit Ausnahme Rußlands. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie wurden ihre kleinen und mittleren Völker staatlich selbständig, zum Teil auch durch den Zusammenschluß mit bereits bestehenden Staaten. Dieser neue Nationalismus setzte sich ebenfalls auf ökonomischem Gebiet durch. Das ehemals belebende Bank- und Kreditzentrum Wien bot nun nur noch geringere Kredite, in den weitgehend kapitalarmen neuen Staaten stie-

[2] Příspěvek k analýze našeho hospodářského vývoje, S. 1—32.
[3] *Hajek*, Mojmir, *Toms*, Miroslav, Produkčni funkce a hospodářský růst Československa v letech 1950—1964.
[4] Siehe 3, mit Berufung auf *Šik*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gen die Zinsen, die neuen Staatsgrenzen hinderten den Warenaustausch, vor allem auch durch einen Protektionismus, sowohl zugunsten der eigenen Landwirtschaft, als auch der eigenen neu entstandenen Industrien.

Im westlichen Teile der Doppelmonarchie, im industriell stärker durchsetzten Österreich, war in den zehn Jahren vor dem Ersten Weltkriege (1902—1912) das monetäre Nationaleinkommen (ohne Außenbeitrag) verhältnismäßig stark, und zwar um 86 v. H. gestiegen[5]. In Böhmen, Mähren und Schlesien wurde im gleichen Zeitraum die Zunahme des Einkommens auf 97 v. H., die der Löhne auf 94 v. H. geschätzt[6]. Eine vom Verbrauch an Rohstoffen ausgehende Bewertung kommt zu ähnlichen Ergebnissen[6]. Die agrarische Erzeugung in der österreichischen Reichshälfte dürfte jedoch nur etwa um ein Drittel zugenommen haben[7]. Zu festen Preisen ergibt sich eine Zunahme des Nationaleinkommens in Österreich um 69 v. H.[8], d. h. bei einem Bevölkerungswachstum von 9,3 v. H. eine Pro-Kopf-Zunahme von 63 v. H. Dieses Wirtschaftswachstum war schneller als im damaligen Großbritannien und im Deutschen Reich.

Unter den Nachfolgestaaten der alten Monarchie hatte das neue Österreich die höchste, die Tschechoslowakei die zweithöchste Außenhandelsquote pro Kopf, und zwar eine nicht viel niedrigere als das Deutsche Reich (1924, 1929). 1924 war die Exportquote der Tschechoslowakei sogar wesentlich höher[9]. Wie die anderen Nachfolgestaaten — mit Ausnahme Österreichs — setzte die Tschechoslowakei für alle wesentlichen Einfuhrgüter, selbst für diejenigen, mit denen sie auf dem Weltmarkt konkurrieren konnte, außerordentlich hohe Zollsätze fest, die bis Anfang der dreißiger Jahre noch stiegen. 1927 lag der Durchschnittssatz bei 35,8 v. H., für Eisen bei 53,3 v. H. und für Maschinen bei 46,2 v. H., und zwar offensichtlich aus militärischen Erwägungen. Bei den gegebenen außenpolitischen Spannungen wurde die Tschechoslowakei einer der wichtigsten Exporteure von Waffen und Munition für die Nachfolgestaaten[10]. Andererseits wurden hohe Exportsubventionen — so Ende der zwanziger Jahre für Zucker — gezahlt. Diese Außenhandelspolitik scheiterte sehr bald, denn die Subventionen belasteten den Steuerzahler zu stark, die hohen Einfuhrzölle führten zu ausländischen Gegenmaßnahmen und die übrigen Nachfolgestaaten begannen bald eigene Rüstungsindustrien aufzubauen. Ab 1929 wirkten sich die Weltwirtschaftskrise und im Zusammenhang damit 1931 der Zusammenbruch des Wiener Bankvereins auf das Wirtschaftswachstum der Tschechoslowakei aus. So sank

---

[5] *Hertz,* Frederick, The Economic Problem of the Danubian States, London 1947, S. 38.
[6] Ebenda, S. 41.
[7] Ebenda, S. 43/44.
[8] Ebenda, S. 49.
[9] Ebenda, S. 58.
[10] Ebenda, S. 78.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Außenhandelsumsatz von 1928 bis 1935 auf ein reichliches Viertel, mit den Nachfolgestaaten sogar auf ein schwaches Viertel.

Von 1921 bis 1931 war die landwirtschaftliche Bevölkerung in Böhmen, Mähren und Schlesien stärker zurückgegangen als im vorhergehenden Jahrzehnt, in den östlichen Landesteilen hatte sie zugenommen. Insgesamt war der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung von 39,6 v. H. 1921 auf 34,6 v. H. 1931 gesunken, der der gewerblichen Bevölkerung leicht (33,4 bis 34,9 v. H.) und der der anderen Wirtschaftszweige etwas stärker gestiegen. Die Agrarproduktion nahm von 1911/13 bis 1935/37 nur sehr wenig zu, die der vier Hauptgetreidearten, Kartoffeln und Zuckerrüben wertmäßig um 3,7 v. H.[11] Mengenmäßig hatten die vier Hauptgetreidearten in Böhmen, Mähren und Schlesien um 7 v. H. abgenommen, allerdings war die Weizenernte um 50 v. H. gestiegen. Dies war das Ergebnis einer Politik, die das Land vom ungarischen Weizen unabhängig machen wollte, die aber zum Handelskrieg mit Ungarn führte, der die tschechoslowakische Industrie erheblich beeinträchtigte. Der gesamte Rindviehbestand war 1937 nicht höher als 1910/11, der Kuhbestand nur um 7 v. H. gestiegen, auch der Schweinebestand hatte nur um 7,8 v. H. zugenommen. In den Krisenjahren 1928 bis 1936 war die Fleischerzeugung von 475 000 t auf 379 000 t gefallen, da der schrumpfende Inlandsmarkt die Produktion nicht mehr aufnehmen konnte. Das landwirtschaftliche Nettoeinkommen je ha in den westlichen Landesteilen stieg leicht an, nahm aber in den östlichen stark ab, so daß sich im ganzen eine Abnahme von 4,5 v. H. ergab. Die landwirtschaftliche Nutzfläche war etwa unverändert geblieben.

Der neue Staat hatte vom alten Österreich etwa die Hälfte der Industriekapazität übernommen. Die amtlichen Indices der industriellen Produktion — günstigstes Jahr 1929 = 100 — entwickelten sich wie folgt:

1927	=	89,0	1932	=	63,5
1928	=	95,8	1933	=	60,2
1929	=	100	1934	=	66,5
1930	=	89,2	1935	=	70,1
1931	=	80,7	1936	=	80,2[12]

Die Rohstoffeinfuhr übertraf nur 1929 den Vorkriegsstand, und zwar nur um 5 v. H., in allen übrigen Jahren lag sie unter dem Vorkriegsniveau. Die Förderung von Braunkohle und Eisenerz nahm ab, die Gewinnung von Steinkohle, Eisen und Stahl zu. So stieg die Roheisen-

[11] Ebenda, S. 124.
[12] Ebenda, S. 172.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

erzeugung von 1,237 Mill. t 1913 auf 1,675 Mill. t 1937, d. h. um 35 v. H. und die Stahlerzeugung von 1,257 Mill. t 1913 auf 2,315 Mill. t 1937, d. h. um 84 v. H. Dies entsprach der Politik der Regierung, die die Schwerindustrie aus militärischen Erwägungen besonders förderte.

Die Erzeugung der gesamten Verbrauchsgüterindustrie lag bereits im Maximaljahr 1929 unter dem Vorkriegsniveau — abgesehen von der Alkoholindustrie, die als Staatsmonopol Treibstoffe für die Streitkräfte produzierte. 1929 wurden nur 71 v. H. des Zuckers und 95 v. H. des Bieres, 1937 etwa die Hälfte bzw. zwei Drittel von 1912/13 erzeugt. Die Porzellanindustrie erreichte 1928/29 nicht mehr als 60 v. H., 1935 noch erheblich weniger, die Glasindustrie 1938 nur ein Drittel des Vorkriegsstandes. In der Baumwollindustrie fiel die Anzahl der Spindeln von 1920—1937 um ein Drittel, die der Webstühle fast um die Hälfte. Von den Verbrauchsgüterindustrien stieg nur die Schuhproduktion — infolge der organisatorischen Leistung *Bat'as* — bis 1939 erheblich, anschließend mußte sie wegen sinkender Exportmöglichkeiten stark gedrosselt werden. Hingegen stieg die Produktion rüstungswichtiger oder prestigegewinnender Zweige der verarbeitenden Schwerindustrie, so der Rüstungsindustrie, des Maschinen- und Kraftwagenbaues, der chemischen Industrie einschließlich Gummiwaren[13]. Der Verlust der alten traditionellen Märkte im Rahmen der Donaumonarchie, die eigene nationalistisch-protektionistische Politik und seit 1933 auch die Autarkiepolitik des Deutschen Reiches hatten zu dieser Entwicklung geführt.

Die Industrie war meist durch den deutschen Bevölkerungsteil aufgebaut worden. Unter den Schlägen der Weltwirtschaftskrise litt sie besonders stark; so war auch die Arbeitslosigkeit unter den deutschen Arbeitern weit stärker als unter den tschechischen. Auch in der Slowakei ging die industrielle Produktion stark zurück. Die Regierung versuchte militärisch relevante Industrien insbesondere in den tschechisch besiedelten Landesteilen zu gründen. Die Zahl der Arbeiter erreichte 1929 den Höchststand mit rd. 2,5 Mill. und sank bis 1934 auf den Tiefpunkt von 1,88 Mill., d. h. etwa um 25 v. H.[14]. 1933 betrug die Zahl der Arbeitslosen 920 000, 1936 lag ihr Durchschnitt immer noch bei 621 000. Die Weltwirtschaftskrise hatte in der Tschechoslowakei später eingesetzt als in anderen Ländern, sie dauerte jedoch auch länger.

Von 1926 bis 1930 sank der Verbrauch stark ab, er muß damals erheblich unter dem Niveau von 1913 gelegen haben. Vieles spricht dafür, daß 1926 sowohl Nationaleinkommen als auch landwirtschaftliche und industrielle Produktion unter dem Vorkriegsstand blieben[15].

---

[13] Ebenda, S. 173/174.
[14] Ebenda, S. 176.
[15] Ebenda, S. 181.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Kapitalbildung für industrielle Zwecke betrug in der gesamten Tschechoslowakei nur etwa ein Drittel der Summe, die im alten Österreich allein von Böhmen, Mähren und Schlesien aufgebracht worden war.

Die verschiedenen Schätzungen des Nationaleinkommens der Nachkriegszeit kommen zu dem Ergebnis, daß es selbst im besten Jahre hinter dem Vorkriegsniveau zurückblieb[16]. Da die Bevölkerung von 1910 bis 1936 um 12 v. H. zunahm, war das Pro-Kopf-Einkommen 1936 auf jeden Fall niedriger als 1913. Die Schwierigkeiten der Bewertung gehen aus der folgenden Tafel klar hervor[17].

Hertz hat die Angaben des ehemaligen Handelsministers *Hotovec* aus dem Bulletin of the National Bank of Czechoslovakia, No. 147, 1939, auf das Preisniveau der Vorkriegszeit zurückgeführt, bemerkt jedoch hierzu, daß die jährlichen Schwankungen dabei nicht deutlich zum Ausdruck kommen, und setzt deshalb andere Indices als Vergleichsmaßstäbe hinzu.

	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937
Nationaleinkommen in Mrd. Kč	90,0	79,2	68,4	58,1	53,6	56,2	58,4	59,6	66,7
Index 1929 = 100	100	88	76	65	59	63	65	66	74
Realeinkommen nach dem Vorkriegs-Preisniveau (1914 = 100)	67,4	66,8	63,6	58,3	55,6	66,2	68,0	72,3	·
Index 1929 = 100	100	99	94	87	83	98	101	107	·
Index der Industrieproduktion	100	89,2	80,7	63,5	60,2	66,2	70,1	80,2	·
Anzahl der Arbeitslosen in Tsd.a)	42	105	291	554	738	677	686	621	·

a) Im Jahresdurchschnitt.

Demnach wäre von 1929 bis 1933 das Realeinkommen nur um rd. 17 v. H. zurückgegangen. Das entspricht jedoch nicht dem scharfen Rückgang der Industrieproduktion. Geht man von den Werten der ersten Längsspalte aus wie *Basch*, so ergibt sich ein Absinken des Nationaleinkommens auf rd. 60 v. H.[18]. Auch wenn nur eine grobe Größenordnung ermittelt werden kann, so wird sie zumindest um das Mittel beider Rückgangszahlen liegen. Im Durchschnitt der Jahre 1929 bis 1934 betrug das Pro-Kopf-Einkommen der arbeitenden Bevölkerung in der Tschechoslowakei mit 455 „internationalen Einheiten" der Völkerbundsstatistik,

[16] Ebenda, S. 211.
[17] Ebenda, S. 211.
[18] *Basch*, Antonín, The Danube Basin and the German Economic Sphere. New York 1943, S. 105.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die etwa mit 125 v. H. des damaligen Dollarwertes anzusetzen sind[19], etwa 70 v. H. des deutschen Standes. Ab 1933 wirkte sich auch insofern die deutsche Autarkiepolitik auf den Außenhandel der Tschechoslowakei aus, als die Verlagerung der deutschen Agrareinfuhren von Übersee auf die südosteuropäischen Staaten zu Lasten des Außenhandels der Tschechoslowakei mit diesen Staaten ging. Die Tschechoslowakei war dabei im Nachteil, da ihr agrarischer Einfuhrbedarf nur gering und außerdem an andere Länder gebunden war. Im übrigen hatte der tschechoslowakische Außenhandel 1933 seinen Tiefpunkt mit 28,9 v. H. im Export und 29,1 v. H.[20] im Import, bezogen auf die Werte des Maximaljahres 1929, erreicht. Durch die zweimalige Abwertung der Krone (1934 und 1936) und die Ausweitung des Handels mit den Ländern mit frei austauschbarer Währung gelang es, bis 1937 die Ausfuhr wieder auf 58,4 v. H. und die Einfuhr auf 54,9 v. H. des Standes von 1929 zu erhöhen.

Durch das Münchener Abkommen wurden die sudetendeutschen Gebiete ab Oktober 1938 dem Deutschen Reich eingegliedert, als Ergebnis des 1. Wiener Schiedsspruchs fiel ein südlicher Streifen der Slowakei an Ungarn. Durch den Einmarsch vom 15. März 1939 wurden die tschechisch besiedelten Gebiete Böhmens und Mährens als „Protektorat" dem Reich angegliedert, während die restliche Slowakei als selbständiger Staat in die Herrschaftssphäre des Reiches einbezogen wurde. Die Karpathenukraine wurde zu Ungarn geschlagen. So hörte bereits ab Oktober 1938 der bisherige Staats- und Wirtschaftsraum der Tschechoslowakei zu bestehen auf.

3. Die Voraussetzungen des Wachstums

a) Die natürliche Ausstattung des Wirtschaftsraumes

In der unmittelbaren Nachkriegszeit beurteilte man die eigenen Reserven an Bodenschätzen recht optimistisch. Die Kleinheit vieler Lager, die vielerorts schon ungünstigen Abbauverhältnisse wurden übersehen, man machte sich auch noch keine präzise Vorstellung vom künftigen Bedarf. Die Gewinnung von Erdöl, Erdgas und Eisenerzen blieb praktisch bedeutungslos. Die zunächst noch relativ günstige Standortverteilung der Kohleförderung verschlechterte sich durch die mit dem industriellen Aufbau verbundene neue Verteilung der Produktionskapazitäten. Bald zeigte sich, daß die eigenen Rohstoffquellen den Anforderungen der verhältnismäßig schnell ansteigenden industriellen Produktion nicht genügten, so daß ein erheblicher Anteil der Rohstoffe eingeführt werden mußte.

---

[19] *Basch*, a.a.O., S. 233.
[20] Ebenda, S. 92.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Steinkohlenvorräte liegen zu etwa 95 v. H. im Ostrau-Karwiner Revier, auf einer Fläche von 160 km² konzentriert, und enthalten neben anderen Kohlearten hochwertige, gut verkokbare Kohle mit einem Heizwert bis zu 7000 kal/kg. In der Vorkriegszeit wurde der Gesamtkohlenvorrat des Reviers mit 5 bis 10 Mrd. (bis 2000 m Tiefe) angenommen, davon die Hälfte Fettkohle. Bis zu diesem Zeitpunkt waren reichlich 400 Mill. t gefördert worden[21]. Die Braunkohlenvorräte sind zu 80 v. H. im Nordböhmischen Becken konzentriert, der Heizwert liegt zwischen 2300 und 5600 kal/kg. Die Flöze liegen zum Teil dicht an der Oberfläche und sind leicht abzubauen. Die Vorräte an nicht verkokbarer Fettkohle im Schatzlarer Revier wurden damals auf 80 Mill. t geschätzt (bis 1200 m Tiefe). Der Vorrat des Rositzer Beckens wurde mit 30 Mill. t angenommen[22].

Die noch anstehenden Vorräte des Nordböhmischen Braunkohlenreviers wurden in der Vorkriegszeit auf mindestens 10 Mrd. t geschätzt, davon die Hälfte hochwertige Kohle mit mindestens 5500 WE, die des Falkenauer Reviers auf 10 Mrd. t, die des Gödinger Reviers in Südmähren auf 200 Mill. t[23].

Die Lagerstätten für Eisenerz liegen zu 80 v. H. in Böhmen, sind leicht abzubauen, haben aber einen geringen Eisengehalt (vor dem Kriege 35,5 v. H.). Die Vorräte in der Slowakei sind noch nicht genügend erforscht und zum Teil nur mit hohen Kosten abzubauen. Ungenügend erforscht und im Abbau durch die komplizierten tektonischen Verhältnisse erschwert sind die Eisenerzvorräte in Nordmähren.

Die in der Slowakei nachgewiesenen Vorräte wurden damals mit 300 Mill. t angegeben[24].

Die Gesamtvorräte an Eisenerz wurden auf 336 Mill. t „sichere" Mengen mit einem Fe-Gehalt von 122 Mill. t, ferner auf 200 Mill. t „mögliche" Mengen geschätzt[25]. Die slowakischen Vorräte (33,6 v. H Fe) wurden mit 35 bis 40 Mill. t Erz angenommen[26].

Die Vorkommen an Mangan- und Buntmetallerzen sind gering, der Metallgehalt der Kupfer- und Legierungsmetallerze ist niedrig. Jedoch gehört die Tschechoslowakei nach dem Umfang der Förderung zu den wichtigsten Urangebieten der Welt[27].

---

[21] *Friedensburg,* Ferdinand, Die Bergwirtschaft der Erde, Stuttgart 1944, S. 237.
[22] Ebenda, S. 238.
[23] Ebenda, S. 239.
[24] Ebenda, S. 408.
[25] Ebenda, S. 240.
[26] Ebenda, S. 410.
[27] *Blažek,* Miroslav, Ökonomische Geographie der Tschechoslowakischen Republik, Berlin (Ost) 1959, S. 25.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Chemische Rohstoffe besitzt die Tschechoslowakei außer der Kohle nur in geringen Mengen. Doch sind bedeutende Rohstoffmengen für die keramische und die Glasindustrie sowie für die Baustoffindustrie vorhanden.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche betrug 1950 rd. 59 v. H., 1965 rd. 56 v. H. des Staatsgebietes. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen 1950 rd. 0,6, 1964 0,51 ha.

Fast ein Viertel (22 v. H.) des landwirtschaftlich genutzten Bodens hat eine Hangneigung von über 10 Grad mit unmittelbarer Gefahr der Bodenerosion und begrenzten Einsatzmöglichkeiten für landwirtschaftliche Maschinen.

Das Klima des Landes ist gemäßigt kontinental. Stärker als die regionalen Ost-West-Unterschiede wirken sich die Oberflächen- bzw. Höhenunterschiede aus, insbesondere auch auf die Länge der Vegetationsperiode.

Menge (728 mm im gesamtstaatlichen Niederschlagsmittel) und jahreszeitliche Verteilung (über die Hälfte Mai bis August) der Niederschläge sind günstig, echt mitteleuropäische Verhältnisse herrschen in Böhmen und Mähren. Unter den Bodenarten stehen die mittelschweren Lehmböden mit etwa 40 v. H. an erster, die schwer zu bearbeitenden, wenig wasserdurchlässigen Tonböden mit etwa 25 v. H. an zweiter Stelle. Die Schwarzerdeböden nehmen zusammen mit den stark kalkhaltigen Humuskarbonatböden etwa 8 v. H., die relativ fruchtbaren mitteleuropäischen braunen Waldböden 22 v. H. des Staatsgebietes ein und machen 44 v. H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus. Insgesamt sind die Böden überwiegend fruchtbar.

Der Wald nimmt etwa ein Drittel des Staatsgebietes ein. Während bis zu einer Höhe von 300 m die Kultursteppe weitgehend dominiert, nehmen mit steigender Höhenlage die Wälder zu. Mitte der 50er Jahre nahm der Nadelwald fast 70 v. H. der Waldfläche ein, davon die Fichte fast die Hälfte, die Kiefer 14 v. H. In dem überwiegenden Nadelwaldgebiet Böhmens (meist Fichten) wird intensive Forstwirtschaft betrieben, in der mittleren und nördlichen Slowakei hat sich der ursprüngliche Gebirgswald erhalten. Mitte der 50er Jahre wurde der tatsächliche Holzvorrat auf mehr als 500 Mill. Festmeter Rohholz (ohne Rinde) geschätzt. Dem Wald kommt auch eine hohe wasserwirtschaftliche Bedeutung zu.

Große Abflußamplitude und relativ geringe Wasserführung erschweren die Ausnutzung der tschechoslowakischen Flüsse für die Energieversorgung, die Schiffahrt und die Wasserversorgung der Industrie.

Mitte der 50er Jahre betrug die potentielle Wasserenergie 21,8 Mrd. kWh, von denen nach einem langfristigen Plan 9,6 bis 12 Mrd. kWh aus-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

genutzt werden sollten, und zwar zu über 50 v. H. in der Slowakei, für deren Energiebilanz die Wasserkraftnutzung wegen des Mangels an festen Brennstoffen von besonderer Bedeutung ist.

Theoretisch kann eine jährliche Wassermenge von rd. 15 Mrd. m^3 angestaut werden, praktisch jedoch nur etwa die Hälfte. 1954 verbrauchte allein die Industrie 2 Mrd. m^3 Wasser (davon 85 v. H. aus Wasserläufen). Der Wassermangel ist ein ernstes Problem für die tschechoslowakische Wirtschaft, besonders im Nordböhmischen Braunkohlenbecken und in den Industriegebieten von Mittelböhmen und Ostrau, aber auch in anderen Regionen. Abgesehen von einigen Kleinräumen gibt es keine sehr gut versorgten Gebiete.

Die kontinentale Lage der Tschechoslowakei im östlichen Mitteleuropa bietet eine Reihe von natürlichen Voraussetzungen für die großen Verkehrslinien. Es fehlt der unmittelbare Zugang zum Meer, aber die großen Verbindungslinien der Oder, Elbe und Donau sind geeignet, dem Ausbau von Schiffsverbindungen zur Ostsee, zur Nordsee und zum Schwarzen Meer zu dienen, wenn sie auch für den Binnenverkehr relativ bedeutungslos sind. Von entscheidender Bedeutung ist nur die Donau, auf der Mitte der 50er Jahre 60 v. H. aller Güter im Flußschiffahrtsverkehr befördert wurden, während die beiden anderen Ströme auf tschechoslowakischem Staatsgebiet nur den Einsatz von Schiffen geringer Tragkraft zulassen. Wegen ihrer kontinentalen Lage ist die Tschechoslowakei aber ein Land des Durchgangsverkehrs, der erhebliche Einnahmen liefern kann.

In den Historischen Ländern (Böhmen, Mähren und Schlesien, die zur österreichischen Reichshälfte der Donaumonarchie gehörenden Länder, heute in der Statistik als České země [Tschechische Länder] bezeichnet) war das Eisenbahn- und Straßennetz bis 1918 stark ausgebaut, im Unterschied zu den wirtschaftlich und sozial rückständigen, weitgehend gebirgigen Teilen des alten Ungarns, d. h. der Slowakei und der Karpathenukraine, wo aber bis 1938 insbesondere aus strategischen Gesichtspunkten ein gewisser Ausbau erfolgte. Entscheidend wurden jedoch die unmittelbare Grenze der Tschechoslowakei mit der Sowjetunion und die engen Wirtschaftsbeziehungen, die zu einer Kapazitätserweiterung der wichtigsten west-östlichen Durchgangsstrecken führten. So wurde die Strecke Prag-Kaschau-Čierna n. T. zur Hauptstrecke der Republik. Dazu trug auch die Industrialisierung der Slowakei erheblich bei. Die für den vor 1945 vor allem nach Norden und Westen ausgebauten Auslandsverkehr bestehenden Straßen verloren ihre Bedeutung.

Die langgestreckte Form des Territoriums und die Oberflächenbedingungen sind Gründe für die verhältnismäßig hohe Belastung der tschechoslowakischen Wirtschaft durch Transportausgaben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

b) Die Arbeitskräfte

Eines der Kennzeichen der tschechoslowakischen Wirtschaftsentwicklung der Nachkriegszeit ist der stetige Arbeitskräftemangel. War die Zahl der wirtschaftlich Abhängigen vom Beginn der Weltwirtschaftskrise bis zu ihrem Höhepunkt um einen Anteil von einem reichlichen Fünftel gefallen, und hatte die verdeckte Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Agrargebieten, in erster Linie in den slowakischen, zugenommen, so hatte demgegenüber die deutsche Kriegswirtschaft die Arbeitskräfte weitgehend erfaßt. Dies gilt für das gesamte alte Staatsgebiet mit Ausnahme der 1938/39 von Ungarn besetzten Teile. Während ein großer Teil der deutschen und ein geringerer Anteil der slowakischen männlichen Einwohner unter den Waffen stand, nahmen die tschechischen Kräfte zeitweilig verlassene und neu geschaffene Arbeitsplätze ein.

Vergleicht man den Bevölkerungsstand von 1950 mit dem von 1930 und zugleich Anzahl und Anteil der Beschäftigten in den Hauptwirtschaftszweigen, so wird die neue Situation der Nachkriegszeit besonders deutlich. Die Gesamtbevölkerung sank auf dem heutigen Staatsgebiet von 14 004 179 auf 12 338 450 Einwohner, d. h. um mehr als 1,67 Mill. Menschen. Die zur Gruppe Land- und Forstwirtschaft und Fischerei gehörige Bevölkerung nahm jedoch allein von 4 605 684 auf 3 076 261, d. h. um rund 1,53 Mill. Menschen ab. Der Bevölkerungsverlust ging demnach mittelbar fast ganz zu Lasten der Landwirtschaft, die landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Bevölkerung war damit fast um ein Drittel geringer als 1930. An der aktiven Arbeitsbevölkerung sank der Anteil der Land- und Forstwirtschaft von 1948 bis 1951 um 13 v. H. Nach dem absoluten Tiefstand von 1952 erfolgte ein leichter Anstieg. Bis 1956 blieb jedoch die landwirtschaftliche Arbeitsbevölkerung so gut wie stabil; nur der Bevölkerungsüberschuß aus der Landwirtschaft wechselte in andere Berufe hinüber. Der Abzug der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft war in der Slowakei bei der starken Überbevölkerung ohne Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Produktion durchzuführen.

In den innerböhmischen und innermährischen Landesteilen sowie in den fruchtbaren Gebieten des ehemals deutschen Siedlungsraumes dürfte der Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft aber bald fühlbar geworden sein und die Erzeugungsleistung beeinflußt haben. Der Abzug von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft Osteuropas ging überall schneller vor sich als der Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch technische Mittel, doch wurde dieser Vorgang in der Tschechoslowakei noch zusätzlich durch den hohen Anteil der Vertreibungsverluste verschärft.

Von 1930 bis 1950 ging der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung in der Tschechoslowakei von einem Drittel auf ein Viertel

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zurück, in den Historischen Ländern aber von einem Viertel auf weniger als ein Fünftel (25,5 v. H. zu 18,8 v. H.).

Die Geschlechtsgliederung der Bevölkerung war 1947 in der Tschechoslowakei außerordentlich günstig. Im Unterschied zu anderen Staaten mit hohen männlichen Kriegsverlusten, bestand ein relativ ausgeglichenes, fast vorkriegsmäßiges Geschlechterverhältnis (94,4 männliche auf 100 weibliche Einwohner), insbesondere in den Altersklassen bis zu 44 Jahren, d. h. für die Masse der Arbeitskräfte. Zu den Arbeitsfähigen (15 bis 64 Jahre) gehörten über zwei Drittel (68,2)[28] der Bevölkerung. Der Anteil der Arbeitsfähigen entsprach etwa dem anderer mittel- und westeuropäischer Länder. Das entspricht im groben etwa der Lage in Mitteldeutschland und Polen, nur ist in Mitteldeutschland der Anteil des Nachwuchses bis zu 14 Jahren schwächer und der der Alten (über 60 Jahre) weit stärker, während für Polen das umgekehrte Verhältnis gilt.

Mit 12 165 000 Einwohnern war in der Tschechoslowakei 1947 auf dem Nachkriegsterritorium etwa der gleiche Bevölkerungsstand gegeben wie 1900. Auch 1950 war die Bevölkerung nur um 1,5 v. H. stärker. Im Vergleich zu 1939 ergab sich ein Bevölkerungsverlust von 2,45 Mill. Den Hauptfaktor in dieser Summe bildeten die vertriebenen Deutschen, weitere Faktoren waren Kriegsverluste und politische Emigration zwischen 1948 und 1952. Regionale Vergleiche sind nur zwischen 1930 und 1947 möglich, sie zeigen einen Verlust von 18 v. H. in den Historischen Ländern und eine Zunahme von 2,4 v. H. in der Slowakei.

Im gesamten Zeitraum von 1947 bis 1954 wurden natürliche Bevölkerungszunahmeraten zwischen 11,6 und 12,1 a. Tsd. erreicht, d. h. höhere als im Jahrzehnt 1900 bis 1910, insbesondere wegen der sinkenden Sterberate. Mit dieser Zunahmerate lag die Tschechoslowakei 1951 bis 1954 etwa bei der doppelten Größenordnung Frankreichs und der BRD. Von 1955 bis 1959 betrug die natürliche Zunahmerate nur 8,8 a. Tsd. bei relativ gleichbleibender Sterbe- und stark abfallender Geburtenrate. Diese Tendenz setzte sich in den folgenden Jahren fort. Ab 1959 nahmen die Geburten- und Zunahmeraten ab. Die natürliche Zunahme lag bis 1966 zwischen 7,6 und 5,6 a. Tsd. (1962). 1963 und 1964 erfolgte ein Anstieg auf 7,4 und 7,6 a. Tsd., 1965 und 1966 ein Abstieg auf 6,4 und 5,6[29].

Eines der Kennzeichen der Bevölkerungsentwicklung ist der wachsende Anteil der Slowaken an der Gesamtbevölkerung des Staates. Er erhöhte sich von 26,3 v. H. 1950 auf 28,9 v. H. 1966. Während der tschechische Bevölkerungsteil von 1950 bis 1966 um 10,2 v. H. zunahm, wuchs der slo-

---

[28] Das Gesetz verpflichtet alle gesunden Männer unter 65 und Frauen unter 60 ohne Kleinstkinder zur Arbeitsleistung. Für einige Beschäftigungskategorien liegt die Altersgrenze bei 60 und 55 Jahren.

[29] Stat. Jahrb. (Statistická Ročenka ČSSR) 1965, S. 91 und 1967, S. 81.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wakische um 26,6 v. H.[30]. Die innerstaatliche Wanderungsbewegung brachte für die Historischen Länder einen — wenn auch unbedeutenden — Wanderungsgewinn aus der Slowakei. Am stärksten war diese Wanderungsbewegung in den ersten Nachkriegsjahren, als auch in die menschenleeren sudetendeutschen Gebiete Slowaken zuwanderten.

Die wirtschaftlich aktive Bevölkerung der Tschechoslowakei bestand 1947 aus 5 852 000, d. h. weniger als der Hälfte der Bevölkerung, davon 65 v. H. Männer (3,793 Mill.) und 35 v. H. (2 059 000) Frauen. Damit war die männliche Bevölkerung mit 86 v. H. der über 15jährigen fast ausgeschöpft, während von den entsprechenden weiblichen Altersgruppen nur 42,7 v. H. erfaßt waren. Von den Frauen arbeiteten über die Hälfte (52,6 v. H.) in der Landwirtschaft, von den Männern nur 29,6 v. H.

Insgesamt waren die Arbeitskräfte 1947 wie folgt auf die einzelnen Wirtschaftszweige verteilt:

Landwirtschaft, Forsten, Fischerei	37,7 v. H.
Verarbeitende Industrie, Handwerk	34,9 v. H.
Baugewerbe	2,5 v. H.
Bergbau	6,4 v. H.
Handel, Banken und Versicherungen	4,9 v. H.
Transport	10,0 v. H.
Öffentliche Verwaltung und Dienstleistungen	0,5 v. H.
Freie Berufe	2,7 v. H.
Andere	0,4 v. H.
	100,0 v. H.

In den Historischen Ländern entfielen 29,2 v. H., in der Slowakei 59,0 v. H. der Arbeitskräfte auf die Landwirtschaft.

Von 1948 bis 1966 stieg die Anzahl der in der Volkswirtschaft Arbeitenden um reichlich 19 v. H., d. h. um 1,063 Mill., von 5,545 Mill. auf 6,608 Mill. Demnach entspricht die prozentuale Zunahme der Beschäftigten etwa der prozentualen Zunahme der Gesamtbevölkerung. Die jährlichen Zunahmeraten waren sehr unterschiedlich. So stagnierte die Beschäftigtenzahl praktisch bis 1951, dann folgten bis 1956 vier Jahre mit höheren Zunahmeraten, weiterhin vier Jahre der Stagnation und des Rückganges bis 1960, denen sechs Jahre mit höheren Raten folgten (insbesondere 1965 und 1966). Auch in den Zunahmejahren konnten keine außergewöhnlichen Sprünge beobachtet werden.

[30] Eigene Berechnung aufgrund der Angaben im Stat. Jahrb. 1967, S. 77.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die an sich geringe Zunahme der Arbeitskräfte wurde in erster Linie durch die steigende Beschäftigung der Frauen erreicht. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten stieg von 37,8 v. H. 1948 auf 45,2 v. H. 1966, das heißt, von 2,098 Millionen auf 2,997 Millionen und damit auf einen der höchsten Hundertsätze im internationalen Vergleich. Verglichen mit der Zunahmerate der Gesamtzahl der Beschäftigten betrug die der Frauen innerhalb dieses Zeitraumes mit fast 43 v. H. mehr als das Doppelte. Von der Gesamtzunahme aller Beschäftigten würden rund 90 v. H. auf die Frauen entfallen sein. Diese Zahlen sind wahrscheinlich etwas überhöht, da sie von 1953 an den Stand der beschäftigten Frauen zum Jahresende angeben.

Ende 1962 betrug der Anteil der Arbeitenden unter der weiblichen Bevölkerung über 15 Jahre 51 v. H., im Unterschied zu 72 v. H. der männlichen. Ende 1961 waren 53,4 v. H. der verheirateten Frauen berufstätig, in den Historischen Ländern 58,5 v. H., in der Slowakei 40 v. H. Die Ursache des niedrigen Anteiles in der Slowakei ist die höhere Kinderzahl. Verläßt doch auch im gesamten Staatsgebiet ein volles Drittel der beschäftigten Frauen nach der Geburt eines Kindes den Arbeitsplatz. Bedürfen die Kinder nicht mehr der unmittelbaren Aufsicht und Pflege der Mutter, so treten die Frauen wieder in den Arbeitsprozeß ein[31].

Einen relativ hohen Frauenanteil (1964 40,3 v. H.) hat auch der stärkste Wirtschaftszweig, die Industrie. Der Frauenanteil der Landwirtschaft mit 52 v. H. entspricht der Tradition. Von allen beschäftigten Frauen waren demnach fast 58 v. H. in diesen beiden Wirtschaftszweigen tätig. Handel und öffentliche Gaststätten verzeichneten einen Frauenanteil von 71 v. H. In der Sparte Gesundheitswesen und Sozialfürsorge mit einem Anteil von 76,9 v. H. und im Schul- und kulturellen Bereich mit einem Anteil von 60,2 v. H. arbeiteten 1964 zusammen 384 000, d. h. 13,5 v. H. der beschäftigten Frauen. Die Veränderungen im Arbeitseinsatz von 1948 bis 1964 zeigt die nebenstehende Übersicht[32]:

So steht einer Abnahme um 42,4 v. H. in der Landwirtschaft eine Zunahme von 53,8 v. H. in den nichtlandwirtschaftlichen Berufen gegenüber. Dabei ist die Anzahl der aus der Landwirtschaft ausgeschiedenen Arbeitskräfte höher als der Gesamtzuwachs aller Beschäftigten. Die Zunahme in den nichtlandwirtschaftlichen Berufen entspricht etwa dem Doppelten des Gesamtzuwachses. Die Verschiebung der Arbeitskräfte ist demnach für das Wirtschaftswachstum einer der entscheidenden Faktoren.

---

[31] *Jureček,* Zdeněk, Některě poznatky o ekonomické činnosti žen z výsledků sčítání lidu. In: statistika, Jg. 1964, H. 8—9, S. 343—353.

[32] Stat. Jahrb. 1965, S. 22, 23.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Beschäftigte in 1000	1948	1964	Zu- oder Abnahme in 1000	in v. H.
Beschäftigte insgesamt	5545	6374	829	15
Beschäftigte in der Industrie	1640	2437	797	48,6
im Bauwesen	253	509	206	101
in der Landwirtschaft	2239	1289	—950	—42,4
im Verkehr	228	326	98	42,9
im Verbindungs- und Nachrichtenwesen	52	83	31	59,6
im Handel und in der öffentlichen Verpflegung	370	460	90	24,4
im Gesundheitswesen und in der Sozialfürsorge	91	205	114	125,2
in Schulwesen, Kultur, Volksaufklärung und Körpererziehung	138	358	220	159,4

c) Arbeitskräfte und Arbeitsproduktivität

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität war für die tschechoslowakische Volkswirtschaft bei der schon sehr früh aufgetretenen Spannung zwischen den hochgesteckten Zielen für das wirtschaftliche Wachstum und dem Mangel an Arbeitskräften in den letzten 10 bis 12 Jahren stets eine besonders dringliche Aufgabe. Zunächst erfolgte ein verhältnismäßig schneller Anstieg der Arbeitsproduktivität bis 1952, der sich aber in den folgenden Jahren verlangsamte. Nach den amtlichen Angaben lag die durchschnittliche jährliche Zunahme in der Industrie von 1948 bis 1956 bei 8,5 v. H. Das Ausgangsniveau von 1948 war allerdings sehr niedrig.

Zum Teil wird die Erhöhung der Arbeitsproduktivität je Beschäftigten auf die höhere Arbeitsstundenzahl — insbesondere in der Industrie — zurückzuführen sein. Nach Michal[33] wurde sie von etwa 46 Stunden 1948 auf über 50 im Jahre 1954 erhöht und blieb auf diesem Niveau bis 1957.

Die Erfolge in der Steigerung der Arbeitsproduktivität im ersten Zeitabschnitt nach dem Wiederaufbau sind aber insbesondere auf die folgenden Faktoren zurückzuführen:

1. Die Konzentration der Kapazitäten in der Verbrauchsgüter- und Lebensmittelindustrie,
2. die bessere Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten,

[33] *Michal*, Jan, Central Planning in Czechoslovakia, S. 41.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

3. die Intensivierung der Arbeit, insbesondere in der Verbrauchsgüterindustrie.

Die Zunahme der Arbeitsproduktivität ging aber bis 1952 in einigen Industriezweigen, und zwar namentlich in der Verbrauchsgütererzeugung, auf Kosten des Verbrauchers, und zwar durch Einschränkung der Sortimente und Fertigung schlechter Qualitäten[34].

Ungünstig wirkte sich in den folgenden Jahren die mangelnde Übersicht über die Absatzmöglichkeiten aus, und zwar selbst im Maschinenbau. Auf diese Weise hinderten niedrige Serienzahlen die Zunahme der Produktivität. Ab Mitte der 50er Jahre konnte häufig der Bedarf der verarbeitenden Industrie an Energie und Rohstoffen nicht ausreichend oder nicht zeitgerecht gedeckt werden. So wurde der kontinuierliche Ablauf der Produktion häufig gestört, erhebliche Arbeitszeit ging verloren, manche Kapazitäten wurden nicht voll ausgenutzt.

Einen maßgeblichen Anteil am Anstieg der Arbeitsproduktivität hatte die technische Entwicklung, die weitgehend von den Investitionen abhängig war. Die neuen oder technisch überholten Kapazitäten lieferten Mitte und Ende der 50er Jahre einen hohen Anteil der Produktion. Die einseitige Forcierung der industriellen Produktion führte jedoch insofern zu einem Rückschlag, als die vernachlässigten Sparten, so z. B. Landwirtschaft, Schulwesen und Wohnungsbau, mehr Investitionen zu Lasten der Industrie erhalten mußten. Die verarbeitende Industrie wurde zugunsten des Ausbaues der Baustoff- und Energiegewinnung vernachlässigt.

Von tschechischer Seite[35] werden die industriellen Investitionen um die Mitte der 50er Jahre wie folgt kritisiert:

1. Niedriger Anteil der Maschineninvestitionen an den industriellen Gesamtinvestitionen, so 1953 52 v. H. und 1956 50 v. H. im Vergleich zu den Vereinigten Staaten mit 69 bzw. 63 v. H.
2. Zu niedriges technisch-ökonomisches Niveau und damit Zurückbleiben hinter der Produktivität der industriellen westlichen Länder, z. B. in der Energiegewinnung, im Hüttenwesen, in der chemischen und der Baumaterialienindustrie.

Für Mitte der 50er Jahre werden folgende Vergleichswerte angegeben[35]:

Die durchschnittlichen Kapazitäten der neuerbauten Dampfkraftwerke betragen nur ein Zehntel bis ein Fünfzehntel der entsprechenden Werte in den USA, die durchschnittliche Kapazität der neu erbauten Hochöfen

---

[34] *Pick*, Miloš, Zvýšit pozornost růstu produktivíty práce. In: Plánované Hospodářství, Jg. 1958, S. 250—267.

[35] *Komárek*, Valtr, Otázky efektívnosti investíc v perspektívním plánu. In: Plánované Hospodářství, Jg. 1958, H. 4, S. 285—301.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zwei Drittel bis die Hälfte der entsprechenden Werte in der BRD. 1955 produzierte ein Arbeiter in der Tschechoslowakei 790 t Roheisen, bzw. 550 t Stahl, in der BRD hingegen 1670 t bzw. 920 t. So wird 1958 die Arbeitsproduktivität in der Tschechoslowakei aus dem Grunde geringer als im westlichen Ausland bewertet, weil die Betriebe und die Aggregate kleiner sind[35], die Technik weniger leistungsfähig ist und die übermäßige Breite des Sortimentes in der verarbeitenden Industrie nur kleine Serien zuläßt. Die Hilfsbetriebe sind nicht rationalisiert, Unterhaltung und Instandsetzen von Maschinen und Ausrüstung beschäftigen einen zu großen Anteil der Belegschaft. Zu Beginn der 60er Jahre ist der Maschinenpark der Industrie stark überaltert. Sehr häufig werden auch modern ausgerüstete Betriebe mit unqualifizierten Arbeitskräften besetzt, so daß ihre Produktivität weit hinter den Möglichkeiten zurückbleibt. Ein schwerwiegender systembedingter Faktor ist die häufige Veränderung des Produktionsprogrammes. Absentismus und Fluktuation sind zum Teil ebenfalls systembedingt. Seit etwa 10 Jahren wird stets wieder versucht, die Arbeitsproduktivität durch Umgruppierung der Arbeitskräfte zu steigern. Doch ergeben sich immer wieder die gleichen Schwierigkeiten. Die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft sind überaltert; die Belegschaft der Leichtindustrie läßt sich nicht wesentlich verringern, da Frauen und alte Männer einen sehr hohen Anteil ausmachen; die überbesetzte Bürokratie wurde zwar mehrmals verringert, nahm aber stets aufs Neue zu. Seit dem Rezessionsjahr 1962, insbesondere aber seit 1964 sehen die amtlichen Stellen in dem Mangel an Arbeitskräften eine der wichtigsten materiellen Ursachen der wirtschaftlichen Stagnation bzw. des Rückganges. Aber der kleine Rest der unbeschäftigten Hausfrauen, die 2 Millionen Rentenempfänger und die Verwaltungsbürokratie waren die letzten unausgeschöpften Reserven, ferner regional einzelne slowakische Gebirgsgegenden. Es war der Staats- und Parteiführung klar, daß diese Reserven nur durch besondere Anreize zu mobilisieren seien. Dementsprechend wurden 1964 verschiedene Gesetze erlassen. So werden Alters-, Witwen- und Waisenrenten auch dann ohne Abzug weitergezahlt, wenn die Betroffenen bis zu 120 Tagen jährlich in der Land- und Forstwirtschaft arbeiten, ebenso Altersrenten bei Handarbeit im Bauwesen oder in der Baumaterialienindustrie. Ferner versuchte man, Kleinhandel und Dienstleistungshandwerk — wenn auch im Kleinstbetrieb — zu erweitern, allerdings 1964 mit geringem Erfolg, 1965 und 1966 mit besserem.

Erforderlich sind vor allem Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, im Bergbau und im Transportwesen. 1964 suchte man Arbeitskräfte in der Landwirtschaft durch neue gesetzliche Maßnahmen festzuhalten, so durch höhere Leistungen der Sozialversicherung, Hausbaudarlehen für junge Familien und Streichen der Hypothekenabzahlungen bei zehnjähriger

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

landwirtschaftlicher Berufstätigkeit, durch Prämien und Lohnerhöhungen für besondere Arbeitsgruppen. Man versuchte durch Vergünstigungen im Wehrdienst junge Kräfte in die Landwirtschaft zu bringen, im Kohlenbergbau wurden 1965 die Anheuerungsprämien bei einer Verpflichtung für fünfjährige Tätigkeit erhöht[36]. Die an der Rezessionsperiode geübte Kritik betonte ferner, daß das planwirtschaftliche System durch Festlegung der Arbeiterzahl für eine bestimmte Arbeitsleistung, durch Einsatz von ungenügend qualifizierten Kräften in leitenden Stellen sowie nivellierte Löhne und durch die zu große Verwaltungsbürokratie die vorhandenen Arbeitskräfte nicht gut ausnütze.

So wurde ab 1964 in einzelnen Arbeitsbereichen gestattet, einer Arbeitsgruppe, die eine festgesetzte Arbeitsleistung mit weniger Arbeitskräften schaffe, eine Zeitlang einen Anteil an dem auf diese Weise ersparten Lohn zu zahlen. Aus der von 1958 bis 1964 um 70 000 Kräfte vermehrten Verwaltungsbürokratie wollte man 1964 die reichliche Hälfte in produktivere Arbeitsplätze überführen.

Die Thesen zum XIII. Parteikongreß vom 31. Mai bis 4. Juni 1966 betonten die frühere These der Reformer nachdrücklich, daß das System der nivellierten Löhne geändert werden müsse. Daß nur rund 12 v. H. der Leiter von industriellen Betrieben und rund 3 v. H. der Leiter von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften Hochschulbildung hatten, wurde heftig kritisiert. Man war sich jedoch über die Schwierigkeit klar, schnell genug eine ausreichende Anzahl von Ökonomen heranzubilden, die diejenigen wirtschaftlichen Entscheidungen fällen können, die bei der Durchführung der Wirtschaftsreform — selbst bei sehr langsamem und schrittweisem Vorgehen — nötig sind.

Aus den beschäftigten Frauen läßt sich insofern noch ein Zuwachs an Arbeitsleistung gewinnen, als sie zu einem erheblichen Teil noch weit weniger vor- und ausgebildet sind als die Männer. Das geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß im Durchschnitt die Löhne der im sozialistischen Sektor der Volkswirtschaft arbeitenden Frauen etwa um ein Drittel niedriger sind als die Löhne der Männer. Dieser Unterschied ist zwar bis zu einem gewissen Grade durch die geringere körperliche Leistungsfähigkeit der Frau bedingt, aber im übrigen durch die geringere berufliche Qualifikation, die jedoch bei den jüngeren Jahrgängen bereits besser ist[37].

So ergibt sich für die gegenwärtige Lage auf dem Gebiet der Arbeitskräfte als abschließendes Urteil: lohnende Ergebnisse können im wesentlichen nur durch bessere Ausnützung der vorhandenen Kräfte, durch bessere Vorbildung und durch differenziertere Löhne erzielt werden.

---

[36] *Shaffer*, Harry G., The Labor Shortage in Czechoslovakia. In: Osteuropa-Wirtschaft, Jg. 1965, H. 4, S. 278—287.

[37] *Fremr*, Jiří, Rozdíly ve mzdách mužů ažen. In: statistika, Jg. 1965, H. 11, S. 503—511.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

d) Die durch Wirtschaftssystem und Wirtschaftspolitik gegebenen Voraussetzungen des Wachstums

Die Grundlage für die neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung der Tschechoslowakei in der Nachkriegszeit war das Kaschauer Regierungsprogramm vom 5. April 1945[38], das weitgehend auf den Grundsätzen beruhte, die von der Moskauer Führung der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei im Jahre 1943 und später aufgestellt worden waren. Den Grundlinien von 1943 folgt auch der am 12. Dezember 1943 abgeschlossene tschechoslowakisch-sowjetische Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit. Während die nichtkommunistischen Politiker diese Zusammenarbeit mehr als eine taktische Notwendigkeit ansahen, die durch die machtpolitische Lage bedingt war, sahen die Kommunisten darin die grundsätzliche und entscheidende Richtlinie für die Außenpolitik, und zwar auch für die Außenwirtschaftspolitik.

In der ersten „Antifaschistischen Phase" ging es vor allem darum, den „Feindeinfluß" in der Wirtschaft zu beseitigen. Die nationalistische Welle richtete sich ebenso gegen das von jenseits der Grenzen hereingeleitete deutsche Fremdkapital und seine Eigentümer wie gegen denjenigen Teil der ehemaligen tschechoslowakischen Staatsangehörigen deutscher und zum Teil magyarischer Volkszugehörigkeit, die ihr Eigentum durch die Vertreibung verloren. Auch jene tschechischen und slowakischen Staatsangehörigen waren davon betroffen, die der Zusammenarbeit mit dem Feind beschuldigt wurden. Dadurch gewann die neue politische Führung einen entscheidenden Teil der wirtschaftlichen Machtmittel als Grundstock für eine später einzuführende zentrale Verwaltungswirtschaft. Zugleich wurden das Geld- und Kreditsystem, die industriellen Schlüsselbetriebe, die Versicherungen, die natürlichen und energetischen Reserven der allgemeinen staatlichen Lenkung unterstellt. Bis zum 1. August 1945 waren 9045 Betriebe mit 923 486 Beschäftigten und damit ein wesentlicher Teil der Industrie durch die „Nationalverwaltung" unter staatlichen Einfluß gestellt worden.

Agrarpolitisch standen eine Bodenreform und eine neue Preisfestsetzung auf dem Programm. Die Verteilung des Bodeneigentums der obengenannten Gruppen an Landarbeiter, Häusler, Klein- und Mittelbauern sollte vorgenommen werden. Neue Ablieferungsnormen und feste Abnahmepreise für Agrarerzeugnisse, differenziert nach der Größe der Betriebe und der Bodenqualität sollten festgelegt werden. Das Programm hatte demnach neben dem nationalistischen einen ausgesprochenen Klassenkampfcharakter[39]. Somit hatten zunächst die politischen Ziel-

---

[38] *Busek,* Vratislav and *Spulber,* Nicolas, Czechoslovakia, New York 1957, S. 46.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

setzungen Vorrang vor den wirtschaftlichen. Die Revolution konnte zunächst keinen wirtschaftlichen Zuwachs, sondern nur Kosten verursachen.

Durch das Dekret des Präsidenten der Republik vom 24. 10. 1945 wurden der Bergbau und die Rüstungsindustrie nationalisiert, ebenso fast die gesamte Hüttenindustrie und die Kraftwerke. Damit war der kapitalistische Sektor in der Industrie auf 23,9 v. H. begrenzt[40]. Im Bauwesen, in der Verbrauchsgüter-, insbesondere der Lebensmittelindustrie, im Handel und in der Landwirtschaft dominierte der Privatbetrieb noch. Das Dekret des Präsidenten der Republik vom 21. Juni 1945 über die Konfiskation und Verteilung des feindlichen Bodens hatte sowohl bestimmte monetäre als auch wirtschaftlich-produktionstechnische Auswirkungen. Da die ehemaligen Bodeneigentümer keine Entschädigung erhielten, aber die neuen Eigentümer an den Staat zahlen mußten, zog der Staat daraus Einnahmen, wenn auch nicht sehr erheblichen Ausmaßes, da für den zugeteilten Boden nur der Wert von zwei Jahresernten, und zwar innerhalb eines langfristigen Zeitraumes zu zahlen war. Die Norm von 13 ha landwirtschaftlichen Bodens, die das Gesamteigentum der Bodenempfänger nicht überschreiten sollte, zielte auf eine Nivellierung nach unten, die das Marktaufkommen beeinträchtigen mußte, wenn auch nur ein Teil des Bodens betroffen war.

Der lebhafte Druck der Partei führte dann zu einer Bodenreform, die auch die tschechischen und slowakischen Bodeneigentümer betraf und die am 11. Juni 1947 verkündet wurde. Unter der bekannten Parole: „Der Boden gehört denen, die ihn bearbeiten" wurde das Bodenmaximum auf 50 ha festgesetzt, wenn der Boden vom Eigentümer selbst bearbeitet wurde, niedriger sogar, wenn dies nicht zutraf, oder die Existenz der Eigentümer nicht von diesem Boden abhing. So war die „erste" Bodenreform, d. h. die Verteilung des Bodens, vollzogen, bevor durch den Putsch vom Februar 1948 die kommunistische Herrschaft mit den entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen als zentrales planwirtschaftliches System eingeführt wurde. In der Industrie fiel der Anteil des privatwirtschaftlichen Sektors von 20,4 v. H. zum 1. Februar 1948 auf 5,1 v. H. am 1. Mai 1948. Jetzt wurden auch Außenhandel und Großhandel verstaatlicht.

e) Der Einfluß der Außenwirtschaft

Bereits in den Jahren vor dem Kriege, und zwar einsetzend mit der Weltwirtschaftskrise, sank der Anteil der Tschechoslowakei am Welt-

---

[39] *Široký,* V., Prejav na oslavách 10. vyročia vyhlašenia košického vladňeho programu, „Pravda" (Bratislava), vom 5. April 1953.

[40] *Turčan,* Pavol, Socialistická industrializácia Slovenska, Bratislava 1960, S. 47.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

handel; diese Tendenz galt auch für die erste Nachkriegszeit. Dann begann ein langsames Ansteigen, ohne daß der Anteil vom Ende der 20er Jahre wieder erreicht werden konnte. Doch stieg das Außenhandelsvolumen stark an, es erreichte 1956 knapp das Doppelte, 1961 etwa das Dreifache von 1937 bzw. 1938. In den meisten Perioden[41], so auch 1960 bis 1965[42], stieg der Außenhandel schneller als das Sozialprodukt. Die Pro-Kopf-Raten des Außenhandels in vergleichbaren Preisen von 1956 zeigen, daß der Stand von 1928 in den Jahren 1961 und 1962 etwa um ein Fünftel überschritten wurde. So hat zwar die Tschechoslowakei heute die höchste Außenhandelsrate pro Kopf unter den Sowjetblockstaaten, doch bleibt sie nicht nur erheblich hinter der der BRD zurück, sondern insbesondere hinter denjenigen Staaten, die nach Einwohnerzahl, Potential, Binnenmarkt und Rohstoffabhängigkeit viel sinnvoller mit der Tschechoslowakei zu vergleichen sind, wie z. B. Holland, Belgien und Schweden. So betrug der Außenhandelsumsatz pro Kopf 1965 in der Tschechoslowakei 379 $, in Holland 1127 $, in Belgien 1340 und in Schweden 1080 $[43]. Unter dem Aspekt der spezifischen Wirtschaftsstruktur wurde die Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung auch von der Regierung Lénart als unbefriedigend angesehen[44]. Eine umstrittene Größe wird der Anteil der Ausfuhr an bestimmten globalen Werten bleiben. Alle Autoren betonen mit Recht die Unsicherheit dieser Daten. So gibt *Zauberman* für 1956 einen Anteil von 18 v. H. am Bruttosozialprodukt an, hält aber an sich diesen Satz für zu hoch. *Michal* rechnet für 1957 mit einem Anteil von 12 bis 14 v. H. am Nationaleinkommen. Das Statistische Jahrbuch der Tschechoslowakei enthält von 1959 bis 1965 Angaben, die den Anteil der Exporte an der industriellen Bruttoproduktion in Großhandelspreisen angeben.

Diese Werte liegen Anfang der 50er Jahre um 10 v. H., in den Jahren 1956 bis 1958 zwischen 11 und 12 v. H., um dann anschließend bis zu einem Satz von 15,6 v. H. (1963 und 1964) zu steigen. Anscheinend versuchte man in den 60 er Jahren, das Tempo des Wachstums des Außenhandels auf der gleichen Höhe zu halten wie das der industriellen Produktion. Für die Tschechoslowakei besteht auf jeden Fall eine starke Außenhandelsabhängigkeit, wenn man die Lage unter dem Aspekt einer zentralen Planwirtschaft betrachtet. Diese Abhängigkeit erschwert einerseits die Planung, zwingt aber andererseits — gerade bei der Methode des bilateralen Handels zwischen den Sowjetblockstaaten —, die Exporte in der geplanten Höhe einzuhalten. Störungen treten unter anderem durch unvorherge-

---

[41] *Zauberman,* Alfred, Industrial Progress in Poland, Czechoslovakia and East Germany 1937—1962. London 1964, S. 277.

[42] *Budín,* Jaroslav, K některým otázkam struktury čs. zahraničního obchodu. In: Plánované Hospodářstvi, Jg. 1966, H. 12, S. 79—82.

[43] In: Rudé Právo vom 22. 12. 1966.

[44] Ebenda.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sehene niedrige Ernten auf, die zu umfangreichen Getreideeinfuhren zwingen. Die entsprechende Umstrukturierung der tschechoslowakischen Industrie sowohl im Zusammenhang mit dem besonders starken Aufbau der Schwerindustrie als auch mit dem sowjetischen Interesse am Bezug von tschechoslowakischen Investitionsgütern und mit der Abhängigkeit der tschechoslowakischen Industrie von sowjetischen Rohstoffen ergab eine erhebliche Abhängigkeit des Wachstums der tschechoslowakischen Schwer- und Grundstoffindustrie, ebenso der metallverarbeitenden Investitionsgüter-, aber auch der Textilindustrie, vom Außenhandel mit der Sowjetunion.

Betrachtet man den Anteil der Exporte an den verschiedenen Zweigen der industriellen Produktion, so ergeben sich in vielen Jahren in einer großen Anzahl von Zweigen Größenordnungen, die nicht weit vom Exportanteil an der industriellen Gesamtproduktion entfernt sind. Besonders hoch waren die Anteile im Maschinenbau mit rund einem Fünftel der Gesamtproduktion (1953 bis 1958). Dabei nimmt der Maschinenbau mit mehr als zwei Fünftel an der Gesamtausfuhr dieser Jahre den ersten Platz unter den großen Gruppen der Ausfuhrgüter ein. In der Einfuhr stehen als erste Gruppe mit über der Hälfte der Gesamtimporte Brennstoffe, Baumaterialien und Rohstoffe. Diese Werte gelten mit geringen Verschiebungen bis 1964. Die Bedeutung des Maschinenbaus für die Ausfuhr und ebenso der Ausfuhr für den Maschinenbau nahm sogar noch zu. So betrug 1963 der Ausfuhranteil am Maschinenbau mehr als ein Viertel und in den Jahren 1962 bis 1964 der Anteil des Maschinenbaues an der Ausfuhr zwischen 47 und 48 v. H.

Entscheidend für den tschechoslowakischen Außenhandel wurde die eindeutig außenpolitisch bedingte regionale Umorientierung auf die Sowjetunion und die „sozialistischen" Staaten. Ein vorläufiger Handelsvertrag mit der Sowjetunion trat im April 1946 in Kraft, im Juli 1947 wurde stattdessen ein langfristiger Vertrag abgeschlossen. Die westlichen Siegermächte hielten jedoch in den ersten zwei Jahren nach dem Kriege noch an der Konzeption eines ungespaltenen Europas fest und boten der Tschechoslowakei Kredite an — Großbritannien, USA, International Bank —, zugleich wurde über Handelsverträge verhandelt. Ein britischer Protest gegen die Verstaatlichung von Unternehmen der tschechoslowakischen Industrie, an denen britisches Kapital beteiligt war, die amerikanische Forderung auf Entschädigung der enteigneten amerikanischen Eigentümer führten zum Abbruch der Verhandlungen. Die zuvor von den nichtkommunistischen Gruppen befürwortete Angliederung, von den Kommunisten jedoch nach sowjetischem Vorbild vollzogene Absage an den Marshall-Plan, führte 1947 zu den endgültigen langfristigen tschechoslowakischen Entscheidungen in der Orientierung des Außenhandels. 1945 war es den Kommunisten nicht gelungen, diese

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Orientierung sprungartig zu vollziehen, vielmehr hatte sich der Außenhandel wieder mehr in den regulären traditionellen Bahnen bewegt. So wurden Mitte 1947 über zwei Drittel des Außenhandels mit dem Westen abgewickelt. In dieser Orientierung wird der Einfluß des privaten Handels deutlich. Erst die Verstaatlichung, die den kommunistischen Einfluß auf die Außenwirtschaft sicherte, führte zu einer ruckartigen Änderung. 1948/49 betrug der Anteil der „sozialistischen" Länder am Außenhandel 60 v. H.; er entfiel hauptsächlich auf die Sowjetunion. Nach dem kommunistischen Februarputsch 1948 schränkten führende westliche Mächte ihren Außenhandel mit der Tschechoslowakei ein. Am 27. Februar 1948 gab Marshall bekannt, daß die Vereinigten Staaten der Tschechoslowakei keine Anleihe für Baumwolleinkauf gewähren würden, auch die Weltbank lehnte die Gewährung einer Anleihe ab, die Marshallplan-Länder erließen Ausfuhrverbote für 182 Warenarten in die sozialistischen Länder. Auch Großbritannien unterbrach die Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei Ende Februar 1948. Doch war die Tschechoslowakei noch in der vorkommunistischen Periode (30. Oktober 1947) dem GATT beigetreten und setzte am 20. April 1948 seine Bestimmungen in Kraft.

Der Beitritt der Tschechoslowakei zum Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) im Januar 1949 war ein weiterer entscheidender Schritt zur Bindung an den im Entstehen begriffenen sowjetisch beherrschten Großwirtschaftsraum.

Der 1950 ausbrechende Koreakrieg und andere politische Spannungen (1951) führten zu einem Vollembargo auf die US-Ausfuhr in die Tschechoslowakei. So sank auch der Anteil des tschechoslowakischen Außenhandels mit dem Westen. Mit der politischen Entspannung zwischen Ost und West nahm ab 1954 der westliche Anteil wieder zu.

Unter diesen Bedingungen entwickelte sich der Außenhandel der Tschecheslowakei mit den sozialistischen Ländern wie folgt (in v. H. des gesamten Außenhandelsumsatzes):

1949	48,4	1953	78,4	1957	67,6	1961	69,7
1950	55,5	1954	74,8	1958	70,5	1962	74,2
1951	61,6	1955	70,0	1959	72,3	1963	74,6
1952	70,4	1956	65,7	1960	71,8	1964	73,2
						1965	71,3

Die Anteile der Mitgliedsstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), mit Albanien) im ganzen und der Sowjetunion im besonderen betrugen in v. H.[45]:

[45] Stat. Jahrb. 1966, S. 426.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

	RGW	Sowjetunion
1955	64	35
1960	64	34
1962	76	38
1963	70	39
1964	69	38
1965	70	37

Die außenwirtschaftliche Bindung der Tschechoslowakei an die Sowjetunion entsprach ebensosehr einer Moskauer Forderung wie dem Wunsch der herrschenden Gruppen der Tschechoslowakei, durch möglichst enge Zusammenarbeit mit der östlichen Siegermacht den Status quo nach dem Februar-Putsch zu sichern. Die Garantie des auf die Vertreibung der Deutschen und die Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel gegründeten „sozialistischen Nationalstaates" erforderte Gegenleistungen. Der Riß zwischen Ost und West, die gegebene politische und militärische Machtsituation sowie das von Moskau damit auferlegte Konzept der weiteren Industrialisierung mit dem Akzent auf der Schwerindustrie hatten für die Außenwirtschaft der Tschechoslowakei einschneidende Konsequenzen. Der Außenhandel mit den sozialistischen Staaten, insbesondere der Sowjetunion, ist als laufender Beitrag zur Planerfüllung gedacht, da er auf dem System fest vereinbarter Warenkontingente zu festen Preisen für jedes Jahr beruht; für einige Waren werden sogar die Mengen für den Fünfjahreszeitraum festgelegt. Die Tschechoslowakei nahm nach dem Ausscheiden Chinas als erster oder zweiter Handelspartner der Sowjetunion in den letzten Jahren stets nach Mitteldeutschland die zweite Stelle im sowjetischen Außenhandel ein.

Die Bedeutung der Ausfuhr in die Sowjetunion wird besonders deutlich auf dem Sektor Maschinen und industrielle Ausrüstungen. Diese Güter waren an der Ausfuhr der Tschechoslowakei in die Sowjetunion meist zu mehr als 50 v. H. beteiligt und erreichten 1966 sogar über 60 v. H., das heißt 42 v. H. des Gesamtexports der Tschechoslowakei an diesen Erzeugnissen[46].

Die Priorität des industriellen Wachstums führte zur Vernachlässigung der Landwirtschaft und damit zu hohen Getreideeinfuhren. Sie stiegen dauernd an und belasteten den Außenhandel, Anfang der 60er Jahre erreichten sie rund 1,3, 1963 1,8 und 1964 2,3 Millionen t.

[46] Jahrbuch des Außenhandels der Tschechoslowakei 1967, Autorenkollektiv. Hrsg. Tschechoslowakische Handelskammer, Prag 1967, S. 68.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ferner ergab sich die Notwendigkeit wachsender Rohstoffeinfuhren für die Schwerindustrie. Dieser Faktor hat die Außenhandelsbilanz im Rahmen der Brennstoffe, mineralischen Rohstoffe und Metalle entscheidend verändert. So bestand 1957 in diesem Sektor ein Überschuß zugunsten der Tschechoslowakei von 587 Millionen Kčs., während z. B. 1964 ein Defizit von 1,368 Millionen Kčs. eingetreten ist. Bis 1956 war insofern noch eine ausreichende eigene Rohstoffgrundlage gegeben, als es möglich war, für eigene Rohstoffe andere im Außenhandel einzukaufen.

Ebenfalls entscheidend erhöht hat sich das tschechoslowakische Defizit im Rahmen des Außenhandels mit Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie einschließlich Rohstoffen und Halbfabrikaten, dabei beginnt die besonders schnelle negative Entwicklung ab 1955.

Die zunehmende Industrialisierung, aber zugleich die Schwierigkeit, einen ausreichenden Überschuß im Außenhandel mit Maschinen für die Einfuhr anderer Sektoren zu erzielen, geht aus dem wachsenden Anteil der Maschineneinfuhr am Gesamtaußenhandel hervor. Doch bleiben die Überschüsse im Außenhandel mit Maschinen und Gebrauchsgütern die günstigsten Posten für die Außenhandelsbilanz[47]. Insgesamt hatte die Tschechoslowakei fast in jedem Jahr bisher einen leichten Außenhandelsüberschuß zu verzeichnen.

Die Frage der Preisdiskriminierung im Sowjetblockhandel durch die Sowjetunion ist oft diskutiert worden. Die in der sowjetischen Außenhandelsstatistik ausgewiesenen hohen Preise für sowjetische Rohstoffe bei der Ausfuhr in die RWG-Länder im Unterschied zu den niedrigen sowjetischen Preisen beim Export in Länder außerhalb des Blocks, insbesondere in die NATO-Staaten, sind noch kein absolut schlüssiger Beweis für die Preisdiskriminierung, vor allem, da keine präzisen Preisangaben für Investitionsgüter vorliegen. Das gesamte Preissystem im Innerblockhandel weicht vom Preissystem im Handel mit der Welt außerhalb des Blocks ab. Es steht aber ganz eindeutig fest, daß die Sowjetunion bis 1956 die Lieferungen der osteuropäischen Staaten unterbezahlt hat und daß sie ihre Lieferungen von diesen Beziehern überbezahlen ließ. Seitdem hat sich die Lage gebessert. Trotzdem ist klar, daß die Sowjetunion in Außenhandelsverhandlungen mit der Tschechoslowakei ihr entscheidendes Übergewicht auf dem außenpolitischen, parteipolitischen, militärischen und wirtschaftspolitischen Gebiet ins Spiel bringen und die Bedingungen innerhalb eines bestimmten Spielraumes weitgehend diktieren kann.

Preise und Wechselkurse spielen dabei eine wesentliche Rolle, insbesondere die unrealistisch hohen amtlichen Kurse („Devisenkronen"), die

[47] *Stransky*, František, K problemum vnejších ekonomických vztahů ČSSR. In: Plánované Hospodářství, Jg. 1962, H. 12, S. 44—52.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Preise für einen Vergleich mit den Inlandspreisen verzerren. Andererseits sind jedoch viele Inlandspreise infolge des Prinzips der Umverteilung (Subventionen und Abschöpfung) auch nicht „real". Das Grundproblem für die über dem Weltmarktniveau liegenden, von der Tschechoslowakei an die Sowjetunion zu zahlenden Preise für Rohstoffe liegt jedoch wohl in der Autarkietendenz des Sowjetblocks begründet. Da die Investitionen in die meisten Roh- und Grundstoffindustrien weniger Ertrag erbringen als in die verarbeitende Industrie, vor allem einen weit späteren Kapitalrückfluß, hat die Sowjetunion gewisse Argumente für ihre hohen Rohstoffpreise. Ferner sind die meisten sowjetischen Rohstoffvorkommen weit von den Grenzen der Empfängerstaaten und meist so kontinental gelegen, daß im sowjetischen Lieferpreis hohe Kosten durch lange Eisenbahnfrachten enthalten sein müssen. Hohe Rohstoffpreise bzw. Kreditleistungen der RGW-Staaten an die Sowjetunion — so z. B. in Zukunft tschechoslowakische Kredite für die sowjetische Rohölgewinnung, für die Gewinnung von Kupfer, Zink, Blei und für die Zukunft wahrscheinlich auch von Erdgas[48] — belasten so die Käufer weit mehr, als es bei Einkäufen auf dem Weltmarkt der Fall sein würde.

Die Orientierung auf die Sowjetunion, die im wesentlichen nur in engen, sehr beschränkten Industriezweigen, so in der Rüstungsfertigung und den rüstungsrelevanten Industrien, technisch führend ist, hat die Tschechoslowakei in hohem Maße von der internationalen technischen Entwicklung abgeschnitten. So ist auf vielen Gebieten ein technischer Rückstand eingetreten, der einen Absatz tschechoslowakischer Investitionsgüter auf westlichen Märkten nur beschränkt zuläßt.

Trotz der Schwierigkeiten eines Preisvergleiches ist klar, daß die Waren aus der Tschechoslowakei auf den Weltmärkten meist nur unbefriedigende Preise erzielen konnten. So wurde festgestellt, daß 1962 nicht einmal 23 v. H. der Ausfuhren in die „kapitalistischen" Staaten Preise um den Durchschnitt der Binnenpreise erzielten und über 14 v. H. weit unter dem Durchschnitt liegen. Bei einer Bewertung des Außenhandelsnutzens für die Tschechoslowakei kommt *Michal*[49] zu dem Ergebnis, daß sein Beitrag für die wirtschaftliche Gesamtleistung niedriger lag, als die Verrechnung dieser Transaktionen zu Inlands-Großhandelspreisen ergeben hätte. Die erforderliche „Subvention" berechnet er für 1957 mit 36 bis 46 v. H. des Außenhandelsumsatzes, d. h. mit 7 bis 9 Milliarden Kčs. Diese Summe ergibt sich aus dem Abzug der Exportverluste von den Gewinnen, die durch den Import von Waren erzielt werden, deren Preise unter den

---

[48] Die Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen und des Außenhandels. Aus dem in der Sitzung des ZK der KPČ in den Tagen vom 19.—20. Dezember 1966 erstatteten Referat des Vorsitzenden der Regierung Jozef Lenárt. In: Neue Richtungen in der Tschechoslowakischen Ökonomie, Jg. 1967, H. 1, S. 47—80.

[49] *Michal*, a.a.O., S. 126 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inlands-Großhandelspreisen liegen. Die Einbußen im Export nach den Ländern außerhalb der kommunistischen Welt bewertet er relativ (d. h. im Verhältnis zum Umsatz) höher, insbesondere im Export nach den Entwicklungsländern. Qualitätsfragen und die zum Teil damit verbundene Notwendigkeit, westliche Preise zu unterbieten, spielen dabei eine Rolle. Insgesamt übt die hohe „Außenhandelssubvention" eine inflationistische Tendenz aus.

Die Serienfertigung von Maschinen für die Sowjetunion und andere kommunistische Staaten, ein Ergebnis der industriellen Arbeitsteilung im Sowjetblock, dürfte zwar bei Berücksichtigung der derzeitigen Machtverhältnisse für die Tschechoslowakei nicht ungünstig sein, aber doch im Vergleich zu einer größeren Bewegungsfreiheit auf westlichen Märkten ganz erhebliche Nachteile mit sich bringen. Die Festlegung von Kontingenten zu festen Preisen mit einigen wenigen Ländern als Haupthandelspartnern läßt die Fertigung auf einem bestimmten Niveau verharren und verhindert Strukturveränderungen.

Die Vertreter der gegenwärtigen maßgeblichen Strömungen der tschechoslowakischen Außenhandelspolitik[50] sind sich völlig klar darüber, daß heute das entscheidende Kriterium für den Nutzeffekt der Arbeitsteilung und des Außenhandels im Sowjetblock fehlt: Die Vergleichbarkeit der Binnen- und Außenhandelspreise. „Die Binnenpreise haben eine andere Struktur als die Auslandspreise, und auch der offizielle Devisenkurs bietet kaum eine Möglichkeit zu ihrem Vergleich[51]."

Bei dieser Lage ging man bei der Preisbildung im Außenhandel stets davon aus, daß man im Ausland zu Konkurrenzpreisen einkaufen und verkaufen müsse. Das bisherige administrative System hat jedoch nach Auffassung der heutigen tschechoslowakischen Kritiker eine günstige Preispolitik sehr erschwert, da die Außenhandelsunternehmen im Hinblick auf den Export wegen der Prämien für die Planerfüllung nur an einem möglichst hohen Umsatz interessiert wären. Theoretisch sahen die Reformer eine schrittweise Annäherung des Niveaus der inländischen Großhandelspreise an die Weltmarktpreise vor. Unter diesem Gesichtspunkt ist vorgesehen, diejenigen Betriebe zu unterstützen, die effektiv exportieren. Die Betriebe, die dazu nicht fähig sind, sollen nicht mehr staatlich subventioniert werden, sondern vielmehr dem Druck des Weltmarktes ausgesetzt werden[52].

---

[50] *Maly,* Bohuslav (Prag), Die planmäßige Steuerung der Außenhandelsbeziehungen der RGW-Länder. In: ESTO (Institut f. Europäische Studien), Heft 2: Ost-West-Handel 5. Internationale Konferenz 3.—8. Mai 1965 in Graz: „Europäische Begegnung in Österreich", S. 7.

[51] *Horský,* Josef (Prag), ebd., S. 11.

[52] *Černík,* Oldřich, Die Wirtschaftspolitik in der nächsten Etappe. In: Neue Richtungen in der Tschechoslowakischen Ökonomie, Jg. 1967, H. 6, S. 3—17.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wie in anderen kommunistischen Staaten wurde auch in der Tschechoslowakei der Außenhandel von der Einfuhrseite her geplant, um sich vor allem die nötigen Rohstoffe und Nahrungsmittel zu sichern. „Die Exportseite wurde als sekundär betrachtet[53]." Statt dieser bisherigen Konzeption wird für die Zukunft eine „aktive Außenhandelskonzeption" vorgeschlagen, die von einer planmäßigen Ausdehnung des Exportes ausgeht. Allerdings haben 1967 noch die gleichen Schwierigkeiten bestanden, von denen Michal in seinen Untersuchungen berichtet. Die Erzeugnisse des Maschinenbaus der Tschechoslowakei konnten nur zu Preisen abgesetzt werden, die die Kosten nicht deckten und weit unter dem Niveau der Weltmarktpreise blieben, während für entsprechende Erzeugnisse aus dem Westen weit höhere Preise gezahlt werden mußten, als sie die Exporteure der Tschechoslowakei für ihre Güter erzielten. Außerdem waren die so häufig beklagten Hindernisse auch jetzt noch nicht zu überwinden: es war unmöglich, die Exporte in den Westen plangemäß zu erhöhen. Es blieb ein Defizit bestehen, während die Exporte in die RGW-Staaten zu einem Überschuß führten, der wegen der systemimmanenten starren Regelungen (kein wirksames multilaterales Clearing, keine Konvertibilität) nicht ausgenutzt werden konnte.

4. Die im Rahmen der Planung aufgestellten Wachstumsziele

Das amtliche Statistische Jahrbuch der Tschechoslowakei bietet keinerlei Angaben über Planziele und Planergebnisse. Diese Tatsache steht im unmittelbaren Zusammenhang damit, daß der Plan zwar Gesetzescharakter hat, aber in seinen Zielsetzungen auch während einer zusammenhängenden Periode sehr häufig geändert wird. Ferner wurden Fünfjahrespläne vorzeitig abgebrochen, manche Zielsetzungen nicht annähernd erreicht. Diese Aussagen sollen nicht leugnen, daß eine erhebliche Anzahl von Planzielen erfüllt wurde.

Der erste Fünfjahresplan für die Jahre 1949 bis 1953, der vom ZK der KP im Februar 1950 beschlossen wurde, war wesentlich durch die außenpolitische Lage bedingt. Bereits die Kominformsitzung vom November 1949 hatte den Übergang der „Imperialisten" zu offenen Kriegsvorbereitungen festgestellt, daraufhin waren auch in der Tschechoslowakei die Forderungen an die Schwerindustrie erhöht und der beschleunigte Umbau der Wirtschaft gefordert worden. Nach Verhandlungen *Slanskýs* mit *Stalin* im Februar 1950 stiegen die Forderungen. Die gleiche Tendenz galt für 1951, nachdem 1950 der Korea-Krieg ausgebrochen war. Der Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen, der an sich als Investitionsgüterlieferant gedacht war, und die schwierige Eingliederung

[53] *Horský*, a.a.O., S. 12.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in den RGW erschwerten die Lage in den nächsten Jahren weiterhin. Hohe Kosten entstanden auch durch die Umbewaffnung der tschechoslowakischen Streitkräfte. Deshalb wurden besonders einseitige Ziele aufgestellt: Eine außerordentlich schnelle Steigerung der schwerindustriellen Produktion mit Entwicklung einer einheimischen Rohstoffgrundlage sollte ohne Lieferungen aus industriell entwickelten Staaten des Westens erfolgen. Dazu kamen hohe Rüstungsausgaben. Diese waren 1955 besonders hoch, und zwar betrugen sie zu laufenden Marktpreisen 8,4 v. H., zu Faktorkosten aber 11,5 v. H. des verwendeten Bruttosozialproduktes[54].

Bei diesen Tendenzen wurde die Produktion der Schwerindustrie und des Maschinenbaues noch über den Plan hinaus gesteigert (Schwerindustrieproduktion lt. Gesetz + 166 v. H., im Ergebnis + 219 v. H.; Maschinenbau lt. Gesetz + 139 v. H, im Ergebnis + 323 v. H.). Auch das Volkseinkommen stieg erheblich an (lt. Gesetz + 51 v. H., im Ergebnis + 73 v. H.). Unter dem Gesichtspunkt, daß hier der — heute auch von Ökonomen in der Sowjetunion — sehr kritisch betrachtete Begriff der „industriellen Bruttoproduktion" zugrundeliegt, müssen sicher Abstriche von den Ergebnissen gemacht werden.

Wenn es auch gelang, die pflanzliche Produktion um 16 v. H. statt der im Gesetz festgelegten 8 v. H. zu steigern, so blieb die tierische Produktion hinter den irrealen Zielen weit zurück (Entwurf des ZK + 38 v. H., lt. Gesetz + 96 v. H., im Ergebnis + 18 v. H.). Sah der ursprüngliche Entwurf eine Erhöhung des Verbrauches der Bevölkerung um 60 v. H. vor, das Gesetz nur noch um 34 v. H., so wurde nach den amtlichen Angaben eine tatsächliche Zunahme von nur 24 v. H. erreicht.

Das geplante Volumen der Investitionen wurde zu etwa einem Drittel überschritten. Als volkswirtschaftliches Gesamtergebnis folgte bald nach dem Ablauf der ersten Hälfte der Planperiode eine Inflation, die eine Währungsreform nötig machte und den Lebensstandard erheblich senkte. Die zweite Währungsreform im Laufe von 8 Jahren[55] setzte zum 1. Juni 1953 für alle Geldwerte den Satz von 5 alten Kronen für eine neue Krone fest. Persönliches Bargeld wurde in dieser Relation nur bis zu 300 Kronen umgewechselt, Spareinlagen bis zu 5000, darüber hinaus im Verhältnis 50 : 1. Die Spargelder wurden so etwa bis zu 75 v. H. konfisziert. Privatbetriebe und Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften konnten

---

[54] *Alton,* Thad Paul, Czechoslovak National Income and Product, 1947—1948 and 1955—1956. New York and London 1962, S. 68.

[55] Die Währungsreform vom Oktober 1945 schuf als neue Einheit anstelle der bestehenden Währungen in den bisher unter verschiedener Herrschaft stehenden Gebieten des Staates die Kčs, und zwar wurden die Werte auf der Grundlage 1:1 umgetauscht, doch waren die Auszahlungen an Privatpersonen und Betriebe gering, und die Bankkonten blieben zu einem beträchtlichen Ausmaß blockiert. *Busek,* Vratislav, and Nicolas *Spulber,* a.a.O., S. 373 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ebenfalls nur geringe Summen zu der günstigen Relation umtauschen. Alle öffentlichen Körperschaften wurden von der Währungsreform nicht betroffen. Die gesamte innere öffentliche Verschuldung wurde nicht anerkannt. Trotz erhöhter Löhne und Gehälter sank der Lebensstandard 1953 ab. Der Staat hatte sich auf diese Weise erhebliche finanzielle Reserven geschaffen[56].

In der zweiten Jahreshälfte 1953 mußten Staats- und Parteiführung einsehen, daß die Produktionssteigerung der Schwerindustrie eine Überforderung bedeutete, und das Tempo der Zunahme in den Jahren bis 1957 drosseln.

Der neue Fünfjahresplan für die Jahre 1956 bis 1960 erhöhte die Investitionen um etwa zwei Drittel, verteilte sie aber vor allem gleichmäßiger auf die einzelnen Wirtschaftszweige. So wurden die Investitionen in die Landwirtschaft mehr als verdoppelt und stiegen damit auf einen Anteil von 16,2 v. H. gegenüber 11,2 v. H. im vorhergehenden Plan. Die höchsten Investitionen in der Industrie erfolgten in den Sparten Rohstoff- und Energiegewinnung, im Hüttenwesen, in der chemischen und Baumaterialienindustrie.

In dieser Periode sind die Investitionen außerordentlich hoch, und zwar waren sie von 24,2 v. H. 1955 auf 29,5 v. H. 1956 (in laufenden Marktpreisen), von 33,5 v. H. auf 39 v. H. (zu Faktorkosten) des verwendeten Bruttosozialproduktes gestiegen[57].

In der Planung des wirtschaftlichen Wachstums spielte als regionaler Faktor die Slowakei eine beträchtliche Rolle. Die wirtschaftliche Rückständigkeit dieses Gebietes zwang aus allgemeinen staatspolitischen Gründen unter dem seit 1945 akzeptierten Aspekt der Gleichberechtigung beider Staatsvölker, einen Wohlstandsausgleich anzustreben. Dementsprechend sollte das wirtschaftliche Wachstum gegenüber dem Wachstum in den anderen Landesteilen beschleunigt werden. Bei der Durchführung des Planes ergab sich in der Tat ein schnelleres Wachstum in der Slowakei als in den Historischen Ländern und somit ein relativ größerer Beitrag zum wirtschaftlichen Gesamtwachstum. Dementsprechend stieg von 1958 bis Ende 1961 die industrielle Produktion in der Tschechoslowakei im ganzen um rund 35 v. H., in der Slowakei aber um 49 v. H. Auch 1964 war in der Slowakei eine Zunahme der Investitionen um 22 v. H. geplant gegenüber 12 v. H. für den Gesamtstaat, eine Zunahme der Industrieproduktion um 7,2 v. H. gegenüber 3,6 v. H. im Gesamtstaat.

Der dritte Fünfjahresplan für die Jahre 1961 bis 1965 (Gesetz vom 17. November 1960) verfolgte wiederum die Tendenz des schnellen Aus-

---

[56] *Michal*, a.a.O., S. 142. *Busek-Spulber*, a.a.O., S. 387.
[57] *Alton*, a.a.O., S. 68.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

baues der schwerindustriellen Produktion: einer Steigerung der Produktionsmittelproduktion um 60 v. H. stand ein Satz von 34 v. H. für die Verbrauchsgüterproduktion gegenüber. Jährlich sollte die Industrieproduktion um 8,5 v. H. steigen. Insbesondere war der Bau großer Werke vorgesehen, die erst nach dem Ablauf des Planes in Betrieb genommen werden können, so das große Eisenhüttenkombinat bei Kaschau.

Da aber bereits die Ergebnisse des ersten Planjahres (1961) und der ersten Hälfte des zweiten Planjahres nicht befriedigten, insbesondere große Schwierigkeiten in der Metallurgie auftraten, wurde beschlossen, diesen Fünfjahresplan überhaupt nicht weiter zu führen, sondern vielmehr einen Jahresplan für 1963 und einen Siebenjahresplan für 1964 bis 1970 auszuarbeiten. Man half sich aber praktisch bis 1965 mit Jahresplänen durch. Der Abbruch des dritten Fünfjahresplanes zeigte, daß man sich über die unvermeidbar kommenden Ereignisse, über Stagnation und Rückgang der Wirtschaftsleistung klar war. Im Zusammenhang damit klangen auch schon reformerische Parolen an[58].

So wurden von den bisherigen drei Fünfjahresplänen zwei vorzeitig geändert. Der erste, der an sich schon sehr hoch gesteckte Ziele verfolgte, konnte noch weit mehr erreichen, jedoch um den Preis einer substanzverbrauchenden Inflation, die freilich von der Führung unter Klassenkampfaspekten kaum bedauert wurde, wenn sie auch den breiten Massen erhebliche Opfer auferlegte. Der mittlere Plan wurde ohne große Erschütterungen zu Ende geführt. Eine Erfüllung des dritten Planes wurde bald als aussichtslos erkannt. Trotz mangelnden Übereinstimmung zwischen Plan und Ergebnis konnte der industrielle Ausbau weit vorwärts getrieben werden, allerdings blieb die Agrarplanung völlig illusionär.

5. Das tatsächliche Wirtschaftswachstum 1945 bis 1963/64

a) Allgemeines

Besondere Schwierigkeiten ergeben sich für die Bewertung des Wirtschaftswachstums in den Jahren 1945 bis 1948, schon die Ausgangsdaten sind unbekannt. Die Unruhe, die durch die Aus- und Umsiedlung eines großen Teiles der Bevölkerung hervorgerufen wurde, führte zu starken Produktionsschwankungen, ebenso erschwerte der fast völlig zusammengebrochene Außenhandel das Funktionieren der Gesamtwirtschaft. Eine Reihe von Produktionsangaben aus einzelnen Sparten spricht für die amtliche Behauptung, daß 1948 etwa der Stand von 1938 wieder erreicht wurde, d. h. die Leistung der Tschechoslowakei in ihren alten Grenzen. Verläßliche Angaben über den Ausbau der Wirtschaft auf dem

[58] O vyhledech dalšího rozvoje naši socialistické společnosti. In: Rudé Právo vom 14. August 1962.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ehemaligen tschechoslowakischen Staatsgebiet fehlen für die Zeit von Ende 1938 bis Anfang 1945. Einige Hinweise liegen für die Slowakei vor. Zu berücksichtigen ist noch der Gebietsverlust der Karpatenukraine (1939 an Ungarn, 1945 an die Sowjetunion). Im übrigen vollzog sich in den sechs Jahren 1939 bis 1944 ein erheblicher Wandel der Produktionsstruktur auf dem gesamten Staatsgebiet der ehemaligen Tschechoslowakei.

Globalangaben über das Wirtschaftswachstum in der Tschechoslowakei wurden in größerem Ausmaß und in einem selbständigen Kapitel (5.) zum ersten Mal im amtlichen Statistischen Jahrbuch von 1965 veröffentlicht[59]. Die Angaben umfassen das „Gesellschaftliche Produkt" (společenský produkt) und das „Nationaleinkommen" (národní důchod) in laufenden und festen Preisen von 1948 bis 1964 mit Indexberechnungen für ausgewählte Jahre. Der Beitrag der einzelnen Wirtschaftszweige zu beiden Aggregaten wird ebenso angeführt wie die Verwendung nach Hauptzwecken. Ergänzend sind Zuwachsberechnungen angefügt. Definitionen und Erläuterungen klären die begriffliche Konzeption. In konzentrierter Form sind diese Angaben unter der gleichen Überschrift im Rahmen der „Grundindices der Entwicklung der Volkswirtschaft der CSSR" zusammengefaßt[60].

Demgegenüber enthält das Statistische Jahrbuch 1964[61], und zwar allein im Rahmen der Grundindices, nur Angaben über das Nationaleinkommen, während das „Gesellschaftliche Produkt" überhaupt nicht erwähnt wird. Keinerlei absolute Zahlen, nur Prozentangaben aufgrund der laufenden und der festen Preise, werden für 1948, 1950 sowie für 1955 bis 1963 veröffentlicht, mit den Beiträgen der einzelnen Wirtschaftszweige zur Entstehung und einem schmalen Hinweis auf die Verwendung. Entsprechend ist die Art der Veröffentlichung in den Jahrbüchern 1958 bis 1964. Das Jahrbuch 1957 begnügt sich mit einer Zeile.

Der beschränkte Aussagewert derartiger Globalaussagen, der insbesondere auch durch grundsätzliche methodische Schwierigkeiten bedingt ist, gilt sowohl für das marktwirtschaftliche als auch für das planwirtschaftliche System. Das gegenüber den westlichen Volkswirtschaften abweichende Konzept für die Begriffe des Sozialproduktes und Nationaleinkommens in den Statistiken der planwirtschaftlich gelenkten Länder gestattet keinen unmittelbaren Vergleich. Die tschechoslowakische Statistik definiert das „Gesellschaftliche Produkt" als den komplexesten Ausdruck der Ergebnisse der gesellschaftlichen Arbeit, die in den Produktionen und den Leistungen von Produktionscharakter enthalten sind und so den gesamtwirtschaftlichen Umsatz in der Volkswirtschaft dar-

---

[59] S. 133—144.
[60] Stat. Jahrb. 1965, S. 24/25.
[61] Stat. Jahrb. 1964, S. 42—45.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stellen. Das „Gesellschaftliche Produkt" umfaßt die Bruttoproduktion der einzelnen Zweige der Produktion einschließlich des Handels und des Anteiles der Dienstleistungszweige, der für die materielle Produktion aufgewendet werden muß. Die Bewertung erfolgt zu Endverkaufspreisen, in denen Produktions-, Einkaufs- und Verkaufskosten, Gewinn und Umsatzsteuer enthalten sind.

Zieht man vom „Gesellschaftlichen Produkt" den Wert der Produktionsmittel ab, die für die Erzeugung verbraucht wurden, d. h. die Rohstoffe und die Abnutzung der Produktionsgrundfonds, den sogenannten „übertragenen Wert" (přenesená hodnota), so ergibt sich der verbleibende Rest, das „Nationaleinkommen". Dieses entspricht dem „neu geschaffenen Wert", d. h. dem Wertzuwachs. Das „Geschaffene Nationaleinkommen" dient der Befriedigung des „gesellschaftlichen Bedarfs", der Dekkung der materiellen Verluste und des eventuellen Einfuhrüberschusses[62]. Nach Deckung der materiellen Verluste und des eventuellen Einfuhrüberschusses verbleibt das „zur Verwendung kommende Nationaleinkommen" (užitý národní důchod), das den folgenden beiden Zwecken zu dienen hat: dem nichtproduktiven Verbrauch (nevýrobní spotřeba = persönlicher und materieller gesellschaftlicher Verbrauch) und der Akkumulation (akumulace). Die Akkumulation erfolgt als Erweiterung des nationalen Eigentums der Gesellschaft in Form des Zuwachses der Grundfonds (základní fondy), als Veränderung des Standes der unvollendeten Bauten und der laufenden Fonds, Vorräte und Reserven[63].

Der Anteil der Akkumulation am zur Verwendung kommenden Nationaleinkommen in laufenden Preisen schwankte von 1948 bis 1964 in den Grenzen von 10,6 bis 25,3 v. H. Doch lagen während dieser 17 Jahre die Anteile in 11 Jahren in den Grenzen zwischen 17,7 und 22,2 v. H. normalerweise unter einem Fünftel. Eine zusammenhängende Jahresreihe mit hohen Akkumulationswerten liefern die Jahre 1948 bis 1953. 1956 und 1957, 1963 und 1964 liegen die Anteile besonders niedrig. Dabei stellte sich — wie für jede Zentralverwaltungswirtschaft — auch für die tschechoslowakische die Frage, ob diese Anteile in der Tat in westlichen Preisen nicht größer sind, da für die Investitionsgüter im Vergleich zu den Verbrauchsgütern sehr niedrige Preise festgelegt sind. Alton[64] hat für 1955 und 1956 aufgezeigt, daß der Anteil der Investitionen am verwendeten Bruttosozialprodukt zu Faktorkosten um ein Drittel höher lag als zu laufenden Normpreisen. Aus der Preisstruktur erklärt sich — allerdings wohl nur zum kleineren Teil — auch die Tatsache, daß der Maschinen- und Ausrüstungsanteil an den Nettoinvestitionen im Vergleich zum Westen recht niedrig ist.

---

[62] Stat. Jahrb. 1965, S. 133.
[63] Stat. Jahrb. 1965, S. 134.
[64] *Alton,* Th. P., a.a.O., S. 2, 68, 89.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das Problem des ständig steigenden Produktionsaufwandes, d. h. des „produktiven Verbrauchs" (výrobní spotřeba)[65] tritt während der gesamten Wirtschaftsentwicklung der Nachkriegszeit auf. Die Zunahme des Produktionsaufwandes ist zu einem erheblichen Teil durch Strukturwandlungen beeinflußt, sei es, daß im Rahmen der Gesamtwirtschaft einzelne Wirtschaftszweige, sei es, daß in einem einzelnen Wirtschaftszweig bestimmte Sektoren ein anderes Gewicht erhalten. Ferner wirkt sich in diesem Zusammenhang noch die Umsatzsteuer aus, deren Anteil an den einzelnen Produktionsarten sehr verschieden ist und der sich keineswegs so verändert wie andere Faktoren. Die Umsatzsteuer ist vor allem für die Industrie, in zweiter Linie für die Landwirtschaft von Bedeutung.

Der Produktionsaufwand betrug 1955 47,460 v. H. des Gesellschaftsproduktes, 1963 aber schon 54,014 v. H. Von 1956 bis 1960 erhöhte er sich in der Industrie, vor allem durch das zunehmende Gewicht der Sektoren Brennstoffe, Energetik, Hüttenwesen, Maschinenbau und chemische Industrie, ferner infolge der absinkenden Umsatzsteuer. Im gleichen Zeitraum nahm der Produktionsaufwand relativ zu in der Landwirtschaft, im Bauwesen, im Verbindungswesen, im Binnenhandel, in der öffentlichen Beköstigung und in der materialtechnischen Versorgung. Die Zunahme gilt auch für 1961 bis 1963.

Eine Erhebung der fachlichen Struktur der tschechoslowakischen Industrie aufgrund von im Jahre 1964 von den Industriebetrieben gewonnenen Angaben, die Anfang 1965 durchgeführt wurde, hat ergeben, daß die Rentabilität in den Betrieben mit Fertigerzeugung meist höher lag als in jenen mit Erzeugung von Grund- und Rohstoffen. So ergab sich für 1964 für die sehr stark mit Löhnen belastete Steinkohlenförderung ein erheblicher Verlust, für die nur wenig mit Löhnen belastete Roheisengewinnung ein nicht unerheblicher Gewinn. Auch in den Produktionsbereichen herrscht keine einheitliche Lage. So wies die Mehrzahl der Braunkohlenbetriebe einen Rentabilitätsstand von über 50 v. H. aus, ein Drittel der Betriebe jedoch einen Verlust. Die tschechoslowakische Kritik äußerte lebhafte Zweifel, ob die Rentabilität bei den willkürlich festgesetzten Preisen objektiv festgestellt werden kann.

Nach den amtlichen Angaben stieg das „Gesellschaftliche Produkt" in festen Preisen von 1948 bis 1964[66] von 130,6 Milliarden Kčs. auf 384,0 Milliarden Kčs. (1963 371,1), d. h. rund auf das Dreifache. Demgegenüber stieg das Nationaleinkommen[67] in festen Preisen von 70,2 Milliarden Kčs. auf 173,1 Milliarden Kčs. (1963 171,1), d. h. auf das 2,7fache. Der materielle Aufwand zur Schaffung einer Einheit des Wertzuwachses ist heute dem-

[65] *Nachtigal,* Vladimír, K otázce, zijist'ovani vlivu strukturalních změn na relativní růst výrobní spotřeby — statistika, Jg. 1966, H. 1, S. 2—13.
[66] Stat. Jahrb. 1965, S. 136.
[67] Stat. Jahrb. 1965, S. 139.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nach höher als früher. Diese Erscheinung zeigte sich besonders deutlich in den Jahren 1961 bis 1964, als das Nationaleinkommen praktisch stagnierte, das gesellschaftliche Produkt aber weiterhin zunahm. Dabei ergab sich keine gleichmäßige Zunahme, sondern eine sehr unruhige Bewegung. Diese Unruhe war weitgehend dadurch bedingt, daß sich die aufgestellten Planziele als unerreichbar erwiesen und aufgegeben werden mußten.

Wenn auch das Sozialprodukt der zentralen Verwaltungswirtschaft in seiner Zusammensetzung mit dem der Marktwirtschaft nicht verglichen werden kann, da die „nichtproduktiven Wirtschaftszweige" im östlichen Produkt nicht enthalten sind, so zeigt ein roher Vergleich, daß das wirtschaftliche Wachstum in der Tschechoslowakei, auch wenn man die amtlichen Angaben zugrunde legt, schwächer war als in der Bundesrepublik. Hier stiegen Bruttosozialprodukt und Nettosozialprodukt zu Faktorkosten 1950 bis 1964 auf mehr als das Vierfache an (in laufenden Preisen)[67a].

b) Die Agrarproduktion

Eine kritische Bewertung der Produktionszunahme der einzelnen Wirtschaftszweige ist außerordentlich schwierig. Der Beitrag der *Landwirtschaft* zum gesellschaftlichen Produkt nahm von 1950 bis 1964 in laufenden Preisen auf etwas mehr als das Doppelte zu, in festen Preisen jedoch nur um 11 v. H. Der Index der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion wird für 1964 (1948/50 = 100) mit 128,3 angegeben[68]. Der Stand der Basisjahre gegenüber dem Vorkriegsjahr 1936 betrug jedoch 76,4 (1948) bzw. 86,2 (1950). Gegenüber 1936 = 100 betrug der Index der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion demnach 1964 nur 104,9. Die tatsächliche Produktion der tschechoslowakischen Landwirtschaft stagnierte demnach; nach dem Kriege lag sie zum ersten Mal 1960 mit 103,1[68] über dem Stand von 1936, 1962 trat noch einmal ein Tiefpunkt mit 95,3 ein. Die Nahrungsmittelproduktion in der Bundesrepublik lag jedoch um 59 v. H. über dem Stand der Jahre 1935/38[69]. Der Beitrag des Sektors Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei hatte sich in laufenden Preisen des Bruttosozialproduktes der Bundesrepublik im Zeitraum 1950 bis 1964 nur verdoppelt. Die Diskrepanz ist hier demnach viel kleiner.

Die Steigerung der *Agrarproduktion* seit 1948/50 wurde in erster Linie durch eine Steigerung der tierischen Produktion erreicht (Index 1964: 146,0). Die pflanzliche nahm auch gegenüber jenem niedrigem Stand nur

---

[67a] Stat. Jahrb. für die Bundesrepublik Deutschland 1968, S. 494.
[68] Stat. Jahrb. 1965, S. 30/31.
[69] Taschenbuch für die Wirtschaft. Hrsg. Deutsches Industrieinstitut, Köln 1965, S. 923.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wenig zu (auf 113,6). Gegenüber 1936 war die pflanzliche Produktion geringer (93,5), die tierische etwas höher (118,5). Allerdings ging die landwirtschaftliche Nutzfläche etwas zurück (1950 — 64 ./. 4,2 v. H.). Die Ackerfläche blieb bei geringen Schwankungen auf dem gleichen Umfang. Gegenüber 1936 = 100 betrug der Umfang des Ackerlandes 1948 bis 1964 etwa 91 bis 92. Gegenüber der Vorkriegszeit wurde nur ein geringfügiger Anstieg der Bodenproduktivität erreicht, das Niveau der Vorkriegszeit im Jahre 1955, das in den folgenden Jahren dann mehr oder weniger überschritten wurde. Die landwirtschaftliche Bruttoproduktion auf 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche stieg gegenüber 1948/50 auf 132,4 und gegenüber 1936 auf 114. 1960 bis 1964 blieb der Umfang der pflanzlichen Produktion auf dem Ackerland mit 97,1 v. H. noch unter dem Stand von 1936[70]. Gegenüber 1948 betrug der Rückgang der Getreidefläche bis 1964 rund ein Sechstel, gegenüber 1950 mehr als ein knappes Zehntel. Die Fläche der technischen Kulturen wurde um die Hälfte erhöht, jedoch nicht annähernd um den Rückgang der Getreideanbaufläche. Die Flächenausdehnung wurde im wesentlichen vor 1948 vollzogen. Dabei zeigte sich, daß die Intensität auch da (ausgedrückt in Geldwert) zwischen 1960 und 1964 um rund ein Viertel unter der von 1936 lag; das gleiche gilt für Futterpflanzen auf dem Ackerland. Bei Kartoffeln betrug der Unterschied etwa ein Fünftel, im Unterschied zu den anderen Anbauarten ergab sich auch keine Besserung von 1948/52 bis 1960/64.

Innerhalb der Getreidearten zeigt sich ein ähnlicher Wandel wie in der Sowjetunion (und im Westen) in bezug auf Weizen. Die Weizenanbaufläche hielt sich etwa auf der Höhe von 1948, die Roggenanbaufläche nahm erheblich ab, so daß die Roggenernte etwas weniger als die Hälfte der Weizenernte beträgt, während 1948 und 1950 das Verhältnis etwa 100 : 80 war. Die Ernte von Körnermais wurde um reichlich 50 v. H. gesteigert, damit wurde die sowjetische Linie eingehalten. Die ha-Erträge bei Weizen lagen 1960 bis 1964 fast um die Hälfte über denen von 1936 und etwa um ein reichliches Viertel über dem Durchschnitt von 1948 bis 1952. Jedoch konnten die ha-Erträge von Körnermais erst 1952 bis 1956 wieder das Vorkriegsniveau erreichen und 1960 bis 1964 um ein Sechstel übersteigen. Futter- und Kohlrüben erzielten 1960 bis 1964 um ein reichliches Drittel höhere ha-Erträge gegenüber 1936. Ganz beträchtlich unter dem Vorkriegsstand blieben die ha-Erträge für Ölpflanzen. Insgesamt wurde im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1964 eine um 50 v. H. höhere Erzeugung technischer Pflanzen als vor dem Kriege erzielt, aber bei einer Verdoppelung der Fläche, da die ha-Erträge um ein knappes Viertel niedriger lagen als 1936. Besonders ungünstig war die Ertragsentwicklung der einjährigen Futterpflanzen. Während die Fläche von 1936 bis

[70] *Gavorova,* Elena, K otázke využitia orney pôdy v ČSSR. In: Statistika, Jg. 1966, H. 3, S. 116—123.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1964 auf über das Fünffache zunahm, fiel der ha-Ertrag um 29 v. H. Außerordentlich unrationell war der Grünmaisanbau, dessen Fläche zwar auf das 17fache ausgedehnt wurde, dessen ha-Ertrag aber auf die reichliche Hälfte von 1936 zurückging. Die slowakische Kritikerin[71] macht für die schwache Zunahme der Flächenintensität zu einem Teil die falsche Standortwahl (Rüben, Mais) verantwortlich, ferner die unzureichende Qualität des Saatgutes, aber auch die unbefriedigende Qualität der Bestellungsarbeiten. In dem letztgenannten Faktor sind zweifellos sozialpolitische Einwirkungen enthalten, sowohl die Kollektivierung als Vorgang, als auch die kollektivierte Landwirtschaft als System. Man muß sich auch fragen, weshalb die Bodenproduktivität nur so geringfügig erhöht werden konnte, wenn man die erhebliche Steigerung der Verwendung von Kunstdünger berücksichtigt. Von 18,4 kg 1948 und 28,2 kg 1950 stieg die Kunstdüngermenge je 1 ha des landwirtschaftlichen Bodens auf 68,3 kg 1960 und 115,2 kg 1964 an (BRD: 220,6 kg im Wirtschaftsjahr 1963/64).

Die tierische Produktion hat sich günstiger entwickelt. Der Rindviehbestand blieb seit 1950 allerdings fast unverändert, der Kuhbestand nahm leicht ab. Parallel zur sowjetischen Tendenz ist eine starke Steigerung des Schweinebestandes festzustellen, und zwar fast eine Verdoppelung seit 1948 und eine Zunahme um über 60 v. H. seit 1950. Die Steigerung der Produktionsleistung je Tier trug recht wenig zum wirtschaftlichen Wachstums bei. Das Schlachtgewicht der Rinder und Schweine blieb 1964 etwa das gleiche wie 1950. Allerdings entspricht das Beharren auf dem Schlachtgewicht der Schweine von rd. 110 kg allgemeinen, auch für die Tschechoslowakei geltenden Geschmacksrichtungen. Läßt man die sehr niedrige Milchleistung der Kühe (1334 l) im Jahre 1948 außer Betracht, so ist doch auch die Steigerung von 1950 bis 1964 um rund 17 v. H. (rund 44 v. H. in der BRD) sehr gering. Auch die Legeleistung je Huhn stieg kaum an und bleibt mit 122,1 Eiern gegenüber 115,3 i. J. 1950 recht niedrig. Im Zusammenhang mit den Produktionsleistungen je Tier werden die Kosten der Kollektivierung besonders deutlich, und zwar in erster Linie in den Jahren 1953/54. 1953 hatte man einen entscheidenden Schritt in der forcierten Kollektivierung getan. Wilde Abschlachtungen ließen 1953 das Schlachtgewicht der Schweine leicht absinken. Das Schlachtgewicht der Rinder sank um über 10 v. H., der Milchertrag der Kühe um 11 v. H. Erst 1955 wurde das Niveau von 1952 wieder erreicht. Die Leistung der Legehennen war 1954 um 20 v. H. gegenüber dem Vorjahr gesunken und blieb bis 1962 unter diesem Stand.

Die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft war jedoch erheblich gestiegen. Die auf einen in der Landwirtschaft ständig Beschäftigten ent-

---

[71] *Gavorova*, a.a.O.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fallende landwirtschaftliche Bruttoproduktion stieg von 1948 bis 1950 = 100 auf mehr als das Doppelte (207,8) und von 1956 an auf an auf mehr als das Zweieinhalbfache (261,6). Insofern trug die Landwirtschaft erheblich zum allgemeinen Wirtschaftswachstum bei. Praktisch heißt das: Beschäftigte konnten aus der Landwirtschaft herausgezogen und in anderen Volkswirtschaftszweigen untergebracht werden, in denen die Produktivität höher lag. Der Anteil der Landwirtschaft am „Gesellschaftlichen Produkt" zeigt jedoch, mit welch hohen Aufwendungen diese Produktivitätssteigerung auf den Kopf des Beschäftigten erkauft wurde. Den echten Gewinn an Produktionssteigerung aus dieser Relation zu errechnen, wäre eine lohnende Aufgabe. Ein großer Teil der Aufwendungen für die Landwirtschaft wurde nicht für wirtschaftliche Zwecke, sondern für Aufgaben ausgegeben, die dem Wandel der sozialpolitischen Struktur in der Landwirtschaft dienen sollten. Die neue Ordnung der Eigentums-, Arbeits- und Betriebsbedingungen sollte zugleich der Ertragssteigerung dienen. Zunächst verursachte sie jedoch „Kosten", so daß der Friedensstand der landwirtschaftlichen Produktion nur sehr langsam wieder erreicht werden konnte. Die Kollektivierung war nach einer ersten Pause ab 1953 etwa 1960 abgeschlossen. In den folgenden Jahren standen jene sehr schematischen Pläne spezialisierter Großgüter zur Debatte, die die notwendigen Vorbedingungen viel zu wenig berücksichtigten und die allein für Neubauten von Ställen und anderen Gutsgebäuden große Mittel erforderten, die — wenn überhaupt — nur auf lange Sicht unmittelbare Produktionsgewinne erwachsen lassen.

Es ist ein Charakteristikum der landwirtschaftlichen Entwicklung in der Tschechoslowakei, daß weit mehr Arbeitskräfte abgezogen wurden als z. B. in Frankreich, Italien und der BRD. In der BRD betrug der Rückgang von 1939 bis 1959 rund 33 v. H., in der Tschechoslowakei von 1936 bis 1963 jedoch fast 62 v. H. der ständig in der Landwirtschaft Beschäftigten (am Jahresende 3,298 Millionen und 1,261 Millionen). Ferner sank die Anzahl der mithelfenden Familienangehörigen, und im übrigen sind die Arbeitskräfte stark überaltert. Das bedeutet eine schnelle Abschöpfung der Arbeitskräfte bis zu einem untragbaren Ausmaß, und der entstehende Fehlbetrag wurde nicht ausreichend durch Investitionen ausgeglichen. Von 1948 bis 1964 wurden 64 Milliarden Kronen in die Landwirtschaft investiert, aber allein 50,7 Milliarden waren erforderlich, um den Abgang der Arbeitskräfte auszugleichen[72].

Die Industrie lieferte jedoch weder der Menge noch der Qualität und dem technischen Niveau nach der Landwirtschaft die Mittel, um wirkliche Erfolge erreichen zu können. So ging die forcierte Industrialisierung

[72] *Houška,* Václav, *Glaserová,* Jaroslavá, Některé poznámky k rozvoji výrobních sil v československém zemědělství. In: statistika, Jg. 1966, H. 2, S. 69—81.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zu Lasten der Landwirtschaft, vor allem 1948 bis 1950, als die Investitionen in die Landwirtschaft sehr gering waren, aber auch 1951 und 1952, als die Investitionen für landwirtschaftliche Bauten zwar sprungartig anstiegen, für Maschinen jedoch sehr niedrig blieben. Erst ab 1955 und dann fortlaufend bis zur Gegenwart erreichten die Ausgaben für landwirtschaftliche Maschinen etwa die Hälfte der Bauinvestitionen. In den Jahren 1949 bis 1952 konnten jeweils nur 6 bis 9 v. H. des Abganges der Arbeitskräfte durch Investitionen ausgeglichen werden, 1953 bis 1955 11 bis 15 v. H. Diese Anteile stiegen von 21 v. H. i. J. 1955 laufend bis auf 50 v. H. i. J. 1964 an[72]. Der höchste Investitionssatz je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche fiel mit 1026 Kčs. auf das Jahr 1961, seitdem sank er wieder ab. Dabei war 1964 die Kapitalausstattung (ohne Vieh) eines Beschäftigten in der Landwirtschaft in Preisen von 1960 etwa das 1,8fache wie in der Industrie, in bezug auf Maschinen und Ausrüstung jedoch rund das Dreifache.

Ab 1952/53 glaubte die Führung von Partei und Staat mit ausreichenden Lieferungen von Traktoren und Maschinen für die Mechanisierung der Landwirtschaft rechnen zu können, um die Kollektivierung wenigstens technisch unter besseren Vorbedingungen anzupacken als die Sowjetunion Ende der zwanziger Jahre. Ab 1953 nahm tatsächlich die Lieferung von Traktoren und Sämaschinen gegenüber dem Vorjahr sprungartig zu. Bei Traktorensämaschinen erfolgte ein Sprung auf das Fünffache im Jahre 1954. In keineswegs so sprunghaftem, aber doch lebhaftem Tempo stiegen die Lieferungen von Mähdreschern ab 1953. Erst ab 1954 setzten die Lieferungen von kompletten Rübenerntemaschinen ernsthaft ein, von kompletten Kartoffelerntemaschinen überhaupt erst ab 1960. So waren ab Mitte 1955 die ersten Vorbedingungen für eine Produktivitätssteigerung je Beschäftigten in der Landwirtschaft und damit auch für den Abzug von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft derjenigen Gebiete gegeben, die unter den herrschenden agrartechnischen Bedingungen nicht als überbesetzt gelten konnten.

Ein erheblicher Teil der landwirtschaftlichen Produktion wird noch immer im Zusammenhang mit dem in individueller Nutzung stehenden Hofland erzeugt, und zwar bei hoher Flächenproduktivität. Die private tierische Produktion erbringt vor allem wegen des Arbeitsaufwandes in Zucht und Wartung günstige Ergebnisse, das Futter wird weitgehend vom „sozialistischen Sektor" geliefert. Der Flächenanteil des Hoflandes am landwirtschaftlich genutzten Boden machte 1960 4,9 v. H., 1964 4,2 v. H. aus, er wird amtlich in den „sozialistischen Sektor" statistisch einbezogen. Noch 10 v. H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird von privaten bäuerlichen Betrieben (fast ausschließlich unter 15 ha) bewirtschaftet, unter ungünstigen Bedingungen und mit entsprechend schlechten Lei-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stungen. Eine relativ hohe Produktivität je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche und je Beschäftigten wird für die Staatsgüter ausgewiesen.

Vergleicht man die landwirtschaftliche Produktion je Kopf der Bevölkerung nach einzelnen Erzeugungsgruppen 1964 mit dem Stand von 1936, so ergibt sich für Kartoffeln ein Stand von etwa 70 v. H., für Milch von 78 v. H., für Getreide von etwa 100 v. H., für Fleisch (ohne Geflügel) von 177 v. H., für Eier von 148 v. H., für Zuckerrüben von 157 v. H.[73]

Die geringe Leistung der Landwirtschaft ist zu einem erheblichen Teil auch auf die mangelnde Ausbildung der Fach- und Führungskräfte zurückzuführen, insbesondere in der kollektivierten Wirtschaft, die nicht über die entsprechenden leitenden Kräfte verfügt. Die Spitzenstellungen sind im wesentlichen mit politisch zuverlässigen Kräften besetzt, die auf keinen Fall in der Lage sind, selbständige Entscheidungen bei der Einführung neuer Produktionszweige, moderner Arbeitsverfahren oder neuer technischer Mittel zu treffen. Am 30. September 1963 hatten in den Kollektivbetrieben (60 v. H. der LNF) 61 v. H. der Vorsitzenden nur Grundschulausbildung, rund 31 v. H. mittlere Schulausbildung, aber nur 3,3 v. H. Hochschulausbildung. Besser ist die Ausbildung der eigentlichen Fachkräfte, wie der Tierzüchter, Agronomen und Ökonomen[74]. In den ersten beiden Gruppen hatten die Fachleute mit Hochschulausbildung einen Anteil von 5,0 bzw. 6,6 v. H., die mit Mittelschulbildung zwischen 40 und 45 v. H. Völlig anders ist der Ausbildungsstand der Spitzenkräfte auf den Staatsgütern (26 v. H. der LNF), die als Mustergüter eine wichtige Rolle spielen sollen. Hochschulausbildung haben hier 21,2 v. H. der Direktoren und 32,8 der Haupttechniker. Insbesondere ist auch der Anteil der Mitarbeiter mit Mittelschulausbildung so hoch, daß nur 17,1 v. H. der Direktoren und 5,9 v. H. der Haupttechniker nicht über die Grundschulausbildung hinausgekommen sind.

Die ungenügende Produktionsleistung der Landwirtschaft, insbesondere an Getreide, hat die Tschechoslowakei zu Getreideeinfuhren gezwungen, die mit anderen Leistungen bezahlt werden müssen. Im Rahmen einer internationalen Arbeitsteilung könnte man sich fragen, ob nicht dieser Weg sogar besser wäre. Bei den gegebenen natürlichen Vorbedingungen in der Tschechoslowakei muß man diese Frage verneinen. Dies zeigt der Vergleich mit den benachbarten Gebieten Mitteldeutschlands, der auch von tschechoslowakischer Seite sehr häufig in die Diskussion geworfen wird. Grundsätzlich lautet die agrarpolitische Forderung in der Tschechoslowakei — wie übrigens zur Zeit in allen kommunistischen

---

[73] Stat. Jahrb. 1965, S. 28.

[74] *Snízek*, Josef, Školní vzdělaní vedoucích pracovníků zemědělství. In: statistika, Jg. 1965, H. 11, S. 512—513.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Staaten —, daß man den höchsten Grad agrarischer Selbstversorgung anstreben solle. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, wenn nicht gänzlich andere Wege in der Agrarpolitik eingeschlagen werden, ist sehr fraglich. Heute steht der überwiegende Teil der kritischen Beobachter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Tschechoslowakei auf dem Standpunkt, daß der größte Unterschied zu anderen entwickelten Volkswirtschaften im langfristigen Rückstand der Landwirtschaft sowie einiger Zweige der Infrastruktur liegt.

c) Die Industrie

Die *industrielle Erzeugung* lag 1948 bereits bei 108 v. H. und 1950 *bei 143 v. H.* von 1937. Der weite Sprung von 1948 auf 1950 zeigt, daß es sich noch um eine Wiederaufbauperiode handelte, in der allein schon die Reparatur und Wiederingangsetzung von industrieller Kapazität eine erhebliche Produktionssteigerung hervorrufen konnte. Für den Gesamtzeitraum 1948 bis 1964 gibt die amtliche Statistik[75] eine Zunahme der industriellen Produktion auf beinahe das Viereinhalbfache (444) an, das bedeutet gegenüber 1937 eine Steigerung auf fast das Fünffache (482). Die Produktionsmittelerzeugung nahm noch weit mehr zu (527 bzw. 549) als die Erzeugung der industriellen Verbrauchsgüter (357 bzw. 383).

Die Industrie ist im gesamten Zeitraum der entscheidende Faktor in der wirtschaftlichen Entwicklung der Tschechoslowakei. Das kommunistische System übernahm bereits eine hochentwickelte Industriewirtschaft, die es laufend weiter auszubauen suchte. Dementsprechend war auch die Zuweisung von Produktionsfaktoren sehr hoch. Von den Investitionen in die Volkswirtschaft entfielen (zu Preisen vom 1. Januar 1964[76] und 1959[77]) meist zwischen 40 bis 50 v. H. auf die Industrie, und zwar 45,8 bis 49 v. H. 1948 bis 1952 und zwischen 40 und 46 v. H. von 1958 bis 1964. In den Jahren 1955 bis 1957, nachdem es nach den Erfahrungen der Jahre 1953 und 1954 erforderlich schien, einen weniger angespannten Kurs in der Steigerung des industriellen Wachstums einzuschlagen, betrug der Anteil der Industrie nur zwischen 35 und 36 v. H. Dieser niedrigere Anteil der industriellen Investitionen wurde bereits 1953 mit 40,3 v. H. und 1954 mit 41,3 v. H. eingeleitet. Demgegenüber stiegen im Jahre 1955 die Investitionsanteile der Landwirtschaft und vor allem der Wohnungswirtschaft (erster Anstieg bereits 1954) sprunghaft an; letztere hielten sich bis 1957 auf einem verhältnismäßig hohen, bis dahin ungewohnten Niveau, um dann wieder abzusinken, während der Anteil

---

[75] Stat. Jahrb. 1965, S. 26, 27.
[76] Stat. Jahrb. 1965, S. 151.
[77] Stat. Jahrb. 1959, S. 107—109.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Landwirtschaftsinvestitionen in manchen späteren Jahren sogar noch höher lag.

Die Höhe der Investitionen wird in den amtlichen Angaben insofern unterbewertet, als seit Beginn der fünfziger Jahre die Preise der Investitionsgüter niedrig, d. h. unter den Erzeugungskosten, gehalten wurden, während die steigenden Konsumgüterpreise durch hohe Umsatzsteuern belastet waren. Doch erscheint auch unter diesen Aspekten der Anteil der Bruttokapitalbildung am Bruttosozialprodukt, wie er von Zauberman[78] errechnet wurde (Anfang der fünfziger Jahre 44 v. H., Mitte der fünfziger Jahre 36 v. H.) zu hoch.

Zur Kapitalbildung dieser Zeit trug auch die Hilfe durch die UNRRA sowohl indirekt als auch direkt erheblich bei. Die Tschechoslowakei erhielt damals insgesamt 270 Millionen $[78]. Auch wenn man davon ausgeht, daß die Industriekapazität der Tschechoslowakei 1945 erheblich höher lag als 1937 und deshalb in den ersten Nachkriegsjahren die Produktionssteigerung im wesentlichen auf die Wiederinbetriebnahme zeitweilig stillgelegter Kapazitäten zurückzuführen war, so sind die Zunahmeraten der industriellen Produktion im Durchschnitt des Jahrzehntes von 1951 bis 1960 mit rund 10 v. H. im Vergleich mit den westeuropäischen Ergebnissen als sehr hoch zu bewerten. Die außerordentlichen Schwierigkeiten, die im Vergleich der Meßmethoden zwischen Marktwirtschaft und zentraler Verwaltungswirtschaft sowjetischen Typs bestehen, führen letzten Endes zu dem Urteil, daß die eindeutigsten Ergebnisse nur durch den Vergleich der detailliert erfaßten und einheitlich bewerteten industriellen Produktion gewonnen werden können. Allerdings ergeben sich auch dabei viele Faktoren, die sich einer exakten Messung entziehen. Im übrigen bieten die statistischen Unterlagen nur begrenztes Material. So ist entweder nur eine auf vielen angenommenen Werten basierende Rechnung möglich oder nur ein sehr grober Vergleich einiger repräsentativer Produkte bzw. Produktionsarten.

Bei dem auch in der Tschechoslowakei gültigen sowjetischen Konzept der Gesamtbewertung der industriellen Produktion, die *Zauberman* als „gross gross method" bezeichnet, tauchen viele Teilfaktoren mehrfach in der Rechnung auf, „da auf jeder Verarbeitungsstufe der Wert von Einsätzen, die von anderen Betrieben übernommen wurden, in den statistischen Produktionswert eingeschlossen wird"[79]. Demnach sind die Endwerte auch erheblich von der organisatorischen Gliederung der Betriebe abhängig: Wenn die verschiedenen Erzeugungsstufen *eines* Produktes in *einem* Betrieb vereinigt sind, so wird der Endwert des Erzeugnisses weit niedriger liegen, als wenn die Erzeugungsstufen auf eine

---

[78] *Zauberman,* a.a.O., S. 40, 41.
[79] *Zauberman,* a.a.O., S. 110.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Reihe von Betrieben verteilt sind. Die heutigen Reformer lehnen den Begriff des industriellen Bruttoproduktionswertes als Maßstab der Betriebsleistung scharf ab.

Die Tschechoslowakei hat jedoch neben jenen anderen über die Zunahme der industriellen Produktion Zahlen veröffentlicht, die methodisch der westlichen Wertzuwachsrechnung (allerdings ohne Berücksichtigung der Abschreibung) entsprechen. Geht man von dieser Reihe aus, auf die auch Zauberman[80] hinweist[81], so ergeben sich weit niedrigere — wenn auch immer noch erhebliche — Wachstumsraten.

Von 1948 bis 1964 *wurde der Beitrag der Industrie* zum Nationaleinkommen in absoluten Zahlen (Mill. Kčs. zu laufenden Preisen) auf rd. das *Dreifache* (302,3) gesteigert[82]. In diesem Rahmen ergibt sich von 1948 bis 1964 eine durchschnittliche Zunahmerate von 7,2 v. H., 1956 bis 1960 von 8,9 v. H. und in den vier Jahren 1961 bis 1964 von 3,8 v. H.

Die kritischen Jahre für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung zeichnen sich auch hier eindeutig ab: 1953 und 1954 lagen die Zunahmeraten bei 4,5 v. H. bzw. knapp 4 v. H., 1963 trat eine Abnahme von 2,5 v. H. und 1964 eine Zunahme von 2,5 v. H. ein.

Zauberman geht von den tschechoslowakischen Berechnungen der Gewichtung der Industrie in der unmittelbaren Nachkriegszeit aus, die er mit Hilfe von Vorkriegsberechnungen berichtigt. Elemente dieser Berechnungen, die er als grobe Annäherung an die Wirklichkeit bezeichnet, sind die Anteile der betreffenden Industrien an den Verkaufswerten, den Arbeitskräften und der Antriebskraft nach der tschechoslowakischen Zählung von 1930. Aus jedem Industriezweig wird eine repräsentative Ware ausgewählt, deren Produktion in physischen Einheiten dann auf die industrielle Gewichtung bezogen wird. Daß diese Methode schon auf den Maschinenbau nicht mehr anwendbar ist, unterstreicht *Zauberman*. Für diese Sparte wählt er die „gross gross production figure" und macht dann Abstriche entsprechend den zwei Engpässen, d. h. dem Metallverbrauch und dem Arbeitskräfteeinsatz.

Insgesamt legt sich *Zauberman* auf eine Verdreifachung der tschechoslowakischen Industrieproduktion von 1937 bis 1962 fest. Mit dieser Steigerung liegt er dicht unter den Ergebnissen der offiziellen Reihe der „Entstehung des Nationaleinkommens nach Zweigen".

Als rohe Faustformel kann auch die Stahlproduktion angesehen werden, deren Zunahme in industriell entwickelten Staaten mit einigermaßen gleichmäßig ausgebildeten Wirtschaftszweigen etwa der durchschnittlichen Zunahme der industriellen Produktion entspricht. Sie stieg

[80] Ebenda, S. 114.
[81] Stat. Jahrb. 1965, S. 141 und Erklärungen S. 133 „Entstehung (bzw. Wachstum) des Nationaleinkommens nach Zweigen".
[82] Stat. Jahrb. 1967, S. 131.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in der Tschechoslowakei in den Jahren 1948 bis 1964 von 100 auf 320. Bei dem hohen Stahlverbrauch im tschechoslowakischen Maschinenbau kann die durchschnittliche Zunahme der Industrieproduktion niedriger angesetzt werden als die Zunahme der Stahlproduktion.

Michal, dessen Darstellung in den Jahren 1957/58 endet, geht davon aus[83], daß bei Vergleichen der Indizes der industriellen Produktion der Tschechoslowakei mit anderen Ländern 1953, das Jahr der zweiten Währungsreform, als Trennungsjahr zweier Perioden genommen werden sollte. Für die Tschechoslowakei übernimmt Michal sowohl den amtlichen Index des Bruttowertes der industriellen Produktion als auch den Nettoindex (Beitrag der Industrie zum Nationaleinkommen). Die Entwicklung des letzteren entsprach etwa dem französischen und lag unter dem Westdeutschlands und Österreichs, mit ihrem im Vergleich zum eigentlichen Westeuropa verspäteten Nachkriegswachstum. Ein Vergleich des Bruttowertes einzelner Industriezweige in der Tschechoslowakei mit denen westlicher Industriestaaten, bzw. selbst der Gesamtindustrie, zeigt in der Tschechoslowakei nur 1949 bis 1953 ein schnelleres Wachstum, im Zeitabschnitt 1953 bis 1957 aber ein langsameres als in Österreich, Westdeutschland und Frankreich und etwa das gleiche wie in Italien. In der ersten Periode nahm vor allem der Maschinenbau entscheidend schneller zu als im Westen, erheblich stieg auch die Chemieproduktion. Nach *Michals* Urteil waren Disproportionen und Inflation der Preis für dieses schnelle Wachstum. 1953 traten dann auch die entscheidenden Rückschläge ein. Insgesamt fiel die Zunahme des Bruttowertes der industriellen Produktion gegenüber den Vorjahren auf die Hälfte ab, ebenfalls die der Produktion von Investitionsgütern, erheblich stärker noch die der Verbrauchsgüter. Die Effektivität der Investitionen nahm ab. Vor allem aber war der Rückgang des industriellen Wachstums auf den geringen Neuzugang von Arbeitskräften zurückzuführen, die in der Verbrauchsgütersparte sogar abnahmen. 1954 sank die Zunahmerate des Bruttowertes der industriellen Produktion nochmals um die Hälfte, diesmal stärker bei Investitions- als bei Konsumgütern. Der Bruttowert der industriellen Produktion je Arbeiter nahm im Jahre 1954 weit weniger zu als 1953. Hier trat somit eine Korrektur ein. Es war notwendig geworden, für das mit laufend absinkenden Realverdiensten (jährlich 3 v. H.) erzielte Wirtschaftswachstum 1949 bis 1953 einen Gegenwert zu bieten, der Reallohn stieg nun stark an.

6. Strukturwandlungen als Folge des Wirtschaftswachstums

In der gesamten Periode änderte sich der Anteil der einzelnen Wirtschaftszweige an der Schöpfung des gesellschaftlichen Produktes nicht

[83] *Michal,* Jan M., a.a.O., S. 37.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

radikal. So stieg der an sich hohe Anteil der Industrie (in laufenden Preisen) von 61,7 v. H. auf 66,7 v. H. (maximal 1962 und 1963 mit 67,8 v. H.), der der Landwirtschaft fiel hingegen wesentlich, und zwar von 21,3 v. H. auf 14,7 v. H. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß 1948 ein Jahr war, in dem die industriellen Kapazitäten noch nicht wieder voll genutzt werden konnten; etwa normal war hingegen das Jahr 1950, in dem der Anteil der Landwirtschaft bereits nur 16,6 v. H. betrug. Der Anteil des Bauwesens lag 1948 bei 6,4 v. H., 1964 bei 8,8 v. H., machte aber in einigen Jahren 10,1 bis 10,4 v. H. aus.

Nicht wesentlich anders spiegelt sich der Strukturwandel im Anteil der einzelnen Wirtschaftszweige am Nationaleinkommen in laufenden Preisen, doch kommt hier die veränderte Relation Industrie-Landwirtschaft noch etwas deutlicher zum Ausdruck. Auch hier zeigt sich das Jahr 1950 als besserer Ausgangspunkt als 1948. Der Anteil der Industrie nimmt von 58,6 v. H. 1948 und 61,4 v. H. 1950 bis auf 64,3 v. H. 1964 zu (mit Spitzen in den Jahren 1962 und 1963 von 66,9 v. H. und 66,7 v. H.). Der landwirtschaftliche Anteil fällt hingegen von 20,4 v. H. 1948 bzw. 16,1 v. H. 1950 auf 12,5 v. H. 1964 mit einem Tiefpunkt von 11,2 v. H. 1962.

Die *Landwirtschaft* trug erheblich zur Steigerung des Nationaleinkommens in den Jahren 1948 bis 1950 bei. Der Zuwachs der Nettoproduktion der Landwirtschaft am Gesamtzuwachs des Nationaleinkommens machte damals 28 v. H. aus. So erzielte die Landwirtschaft auch 1950 den höchsten Anteil an der Entstehung des Nationaleinkommens (19 v. H. in festen Preisen). In den folgenden Jahren fiel der landwirtschaftliche Anteil ständig bis auf 10,6 v. H. 1964. Wenn 1961 der Anteil der Landwirtschaft am gesellschaftlichen Produkt in laufenden Preisen zunahm, so war das auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse erhöht worden waren. Auch wurden die Preise einer Reihe von Industrieerzeugnissen gesenkt, so insbesondere im Maschinenbau, die Preise für industrielle Rohstoffe wurden jedoch angehoben.

Der Wandel der Produktionsstruktur der *Industrie* zeigt sich in der Zunahme des Anteils der Produktionsmittelindustrie, ein Trend, der allerdings auch in anderen modernen Industriewirtschaften festzustellen ist. Während 1948/50 die Produktionsmittelproduktion der Verbrauchsgüterproduktion etwa entspricht, hat sich das Verhältnis 1963/64 etwa zu einer Größenordnung wie 60 : 40 geändert[84]. Im Rahmen dieser Ge-

[84] a) 1948: 51,8 — 1962: 60,5 Anteil der Produktionsmittel an der industriellen Gesamtproduktion, nach *Bálek*, A.: Rozvoj národního hospodářství v letech 1945—1964. In: statistika, Jg. 1965, H. 4, S. 145—154 (1964: 61,3. Stat. Jahrb. 1965, S. 182).
b) 1950: 49,8 — 1963: 59,4 Anteil der Erzeugung von Produktionsmitteln an der Industrieproduktion.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

samttendenz nahm das Gewicht der Textil-, Konfektions-, Leder-, Schuh- und Lebensmittelindustrie ab, wenn sich auch der absolute Produktionsumfang der meisten dieser Industriezweige vergrößerte. Demgegenüber waren die größten Zunahmen im Maschinenbau, in der Metallurgie und in der chemischen Industrie zu verzeichnen.

Für den an erster Stelle stehenden *Maschinenbau*[85] ergibt sich aus den amtlichen Zahlen eine ähnliche bzw. sogar etwas höhere Größenordnung der Zunahme wie für die BRD, die DDR und Italien. Bei 1953 = 100 wurden 1963 268 v. H. erreicht. Dabei ergeben sich insbesondere hohe Zunahmeraten in den Jahren 1956 bis 1960 (13,10; 16,16; 16,15 v. H.) gegenüber weit niedrigeren vorher (1954: 8, 1955: 7) und nachher (1961: 11, 1962: 8, 1963: 0 v. H.). Auch die niedrigeren Raten der letzten Jahre (abgesehen von 1963) sind mit denen entwickelter industrieller Staaten im Westen z. T. noch vergleichbar. Die tschechische Kritik sieht aber in dieser Entwicklung auch negative Faktoren: bei schnellem Tempo unzureichende Effektivität. Dies ist aber nicht nur ein Kennzeichen des Maschinenbaues, sondern der gesamten Volkswirtschaft. Die Relationen zwischen dem Nationaleinkommen und dem Akkumulationsfonds sind ebenso ungesund wie zwischen dem gesellschaftlichen Produkt und dem „produktiven Verbrauch", d. h. dem Produktionsaufwand. Innerhalb des Maschinenbaues wirken sich besonders ungünstig die qualitative Seite und die Arbeitsproduktivität aus, der hohe Materialverbrauch, die wenig effektive Struktur und die nicht genügend klar vorgezeichnete weitere Entwicklung. Bis zur Mitte der 60er Jahre ging man stets nur von der Maximierung der Produktion aus. Für den entscheidendsten Teil des tschechoslowakischen Maschinenbaues mit fast der gesamten Arbeiterschaft ergibt sich von 1955 = 100 bis 1962 eine Steigerung der Beschäftigtenzahl auf 138, der Produktion auf 230 und damit der Arbeitsproduktivität auf 171. Damit steht die Tschechoslowakei in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität von 1955 bis 1962 an der Spitze vor Frankreich, Italien, der BRD, den USA und Großbritannien. Das niedrige Ausgangsniveau der Produktivität in der Tschechoslowakei und der Maßstab der industriellen Bruttoproduktion relativieren allerdings diese Aussage ganz wesentlich.

Der Abstand in der Pro-Kopf-Relation zum Westen hat in den letzten Jahren abgenommen, ist aber immer noch erheblich. 1963 betrug nach Veverka der Stand gegenüber den USA rund *70 v. H.*, gegenüber der BRD rund *80 v. H.* und gegenüber Großbritannien rund 95 v. H., jedoch 155 v. H. gegenüber der UdSSR.

---

[85] *Veverka*, Milan, Tempa výroby a produktivita práce ve strojírenství. In: statistika, Jg. 1964, H. 10, S. 409—418.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die heute sehr eindeutige tschechoslowakische Kritik an der Erfassung der industriellen Produktion und dem Meßwert der Brutto- statt der Nettoproduktion wie im Westen kommt jedoch zu dem Ergebnis, daß zumindest im Maschinenbau etwa ein Fünftel von den tschechoslowakischen Zuwachswerten in Abzug zu bringen wäre, wenn man mit westlichen Methoden messen würde (Veverka). Dieser Grundsatz gilt nun keineswegs nur für die Erzeugung im Maschinenbau, sondern im wesentlichen wohl für die meisten Bereiche der industriellen Produktion.

Auch andere Erscheinungen kennzeichnen den tschechoslowakischen Maschinenbau als einen verhältnismäßig extensiv arbeitenden Industriezweig, insbesondere der hohe Stahlverbrauch. So betrugen nach Veverka 1963 im Vergleich zu einem Stand von 100 in der Tschechoslowakei die Maschinenbauproduktion je Einwohner in der BRD 126, in den USA 143, der Stahlverbrauch jedoch in beiden Fällen 90. Dies ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß der tschechoslowakische Maschinenbau mehr auf den materialintensiveren Schwermaschinenbau ausgerichtet ist, sondern auch auf einen hohen Materialverbrauch an sich, der sowohl durch einen niedrigeren Materialausnutzungsgrad als auch durch ungünstige Konstruktions- und technologische Lösungen bedingt ist. Die Ursache ist im unzureichenden Ausmaß der Forschungskapazität für die einzelnen Produktionssektoren zu suchen, die weit hinter den westlichen industrialisierten Staaten zurückbleibt.

Diese negativen Erscheinungen des tschechoslowakischen Maschinenbaues wirken sich einerseits erheblich auf die gesamte Volkswirtschaft aus, andererseits sind sie auch aus bestimmten volkswirtschaftlichen Gesamttendenzen abzuleiten. Der hohe Stahlverbrauch steht im ungünstigen Verhältnis zur eigenen Eisenerzversorgung und erhöht die Einfuhr von Walzmaterial oder von den entsprechenden Vorprodukten. So erklärt sich in diesem Sektor *der hohe Produktionsaufwand* in Relation zum gesellschaftlichen Produkt.

Als Beispiel für die Strukturveränderung sei die Entwicklung der *Textilindustrie* angeführt[86]. Im Unterschied zu den industriell entwickelten westlichen Ländern, wo die Textilindustrie eine verhältnismäßig geringe Produktionssteigerung oder sogar eine Abnahme (Großbritannien) in der Nachkriegszeit zu verzeichnen hatte, da die Exportchancen in die Entwicklungsländer sanken, nahm die Produktion der Textilindustrie in der Tschechoslowakei noch weiter zu. Am wenigsten erhöhte sich die Erzeugung des wichtigsten Zweiges der Textilindustrie, der Baumwollindustrie. Der Produktionsindex für Baumwollgarn stieg von 1950 = 100 auf 138 i. J. 1963, jedoch von 1937 = 100 nur auf 121. Stärker stieg

---

[86] *Pitlík*, Josef, Textilní průmysl v ČSSR a v zahraničí. In: statistika, Jg. 1964, H. 8—9, S. 371—379.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Erzeugung von Wollgarn gegenüber 1937 (auf 151), aber nur schwächer gegenüber 1950 (auf 120). Innerhalb der Textilindustrie liegt das Gewicht des Strukturwandels und damit auch der Produktionszunahme auf den künstlichen Fasern. Die Erzeugung von Zellulosefasern erhöhte sich gegenüber 1937 auf das 16fache, gegenüber 1950 auf das 2½fache, die von synthetischen Fasern gegenüber 1950 auf das 61fache. So änderte sich das gewichtsmäßige Verhältnis der verschiedenen Garnarten erheblich zu Gunsten der modernen Erzeugnisse:

	1937	1950	1963
Baumwollgarn	73,8	56,05	48,1
Wollgarn	22,6	24,91	18,5
Zellulosefaser	3,6	18,96	30,8
Synthetische Fasern	0	0,08	2,6
Insgesamt	100,0	100,00	100,0

In den sechziger Jahren war der Anteil der synthetischen Fasern an der Textilproduktion der westlichen industrialisierten Staaten erheblich höher, in der Tschechoslowakei lag er jedoch höher als im Durchschnitt der kommunistischen Staaten.

Die Pro-Kopf-Produktion von Geweben erhöhte sich in der Tschechoslowakei von 26,1 qm 1937 auf 40,8 qm 1962, d. h. um 56 v. H. Der Pro-Kopf-Verbrauch im letzteren Jahre wurde mit rd. 37 m[87] angegeben, vermutlich wird er gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sein, da der Anteil der Textilindustrie an der Ausfuhr der Jahre 1922 bis 1937 durchschnittlich 30 v. H. ausmachte. Doch ist das Jahr 1937 kein günstiges Vergleichsjahr, da damals gegenüber der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und selbst den zwanziger Jahren die Erzeugung gesunken war. Hatte doch 1936 die Baumwolleinfuhr 95 000 t betragen, gegenüber 192 000 t vor dem Ersten Weltkriege und 195 000 t im Maximaljahr 1927 (1960 bis 1964 durchschnittlich 106 000 t). In den letzten Jahren ist der Anteil der Textilausfuhr an der Textilerzeugung gestiegen, und zwar von 7,3 v. H. 1955 auf 18,5 v. H. 1964. Die gleiche Tendenz gilt für die Konfektionsindustrie (von 3 v. H. 1955 auf 14,8 v. H. 1964). Hier ist demnach eine gewisse Korrektur in Richtung auf die frühere Ausfuhrstruktur festzustellen.

Die Vernachlässigung der *Leichtindustrie* zeigt sich auch in der Maschinenausrüstung der Textilindustrie, Mechanisierung und Automation sind noch nicht weit fortgeschritten. Auf Handarbeit entfallen 43 v. H., auf mechanische Arbeit 52 v. H. und auf die Automation 50 v. H. Günstiger

[87] Stat. Jahrb. 1965, S. 413 / m — nicht qm! Vorkriegsangaben fehlen an dieser Stelle.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ist das Niveau in den Webereien. Vom Gesamtmaschinenpark der Textilindustrie sind nur 28 v. H. jünger als 15 Jahre. Entsprechend dem Akzent auf der Förderung der Schwerindustrie waren die Investitionen in die Textilindustrie sehr niedrig. Auch die Zahl der Arbeitskräfte war hier unzureichend. So blieb auch die Leistung der Spindeln je Zeiteinheit hinter Japan, Frankreich und den USA, besonders aber gegenüber der BRD zurück.

Schwierigkeiten ergaben sich fast ständig in der *Energiebilanz.* Ungünstig und langsam entwickelte sich der Steinkohlenbergbau. Die Nettoförderung von 1950 (18,5 Millionen t)[88] lag um 10 v. H. über der von 1937, in den nächsten beiden Jahrfünften konnte jeweils eine Steigerung von rd. 20 v. H. erzielt werden, im Jahrfünft 1961 bis 1965 dagegen nur von 5,7 v. H. Da die Steinkohle zuletzt zu knapp einem Drittel zur Verkokung diente, standen nur sehr geringe Mengen, deren Qualität sich laufend verschlechterte, für den energetischen Verbrauch zur Verfügung. So mußte der zunehmende Energiebedarf vor allem durch Braunkohle gedeckt werden, die wegen des Gewinnungsverfahrens besonders hohe Anteile von taubem Gestein enthielt. Dieses zwang wiederum zum Bau von kostspieligen Aufbereitungsanlagen, und ferner verschlechterten sich die natürlichen Bedingungen. Von 1950 bis 1965 fiel nicht nur der durchschnittliche Kalorienwert der Braunkohle um 700 Kcal/kg, sondern auch der Anteil der sortierten Kohle (von 57 v. H. 1952 auf 40 v. H. 1962).

Die Braunkohle verdrängte in den Jahren 1950 bis 1965 die Steinkohle mehr und mehr als Energiekohle. Dies zeigen die folgenden sinkenden Verbrauchsanteile der Steinkohle:

	in der Industrie	für die Lokomotiven
1950	50 v. H.	60 v. H.
1965	19 v. H.	30 v. H.

In den Betrieben ergibt sich wegen der Überalterung der Kessel und des unterlassenen Umbaues der Feuerungseinrichtungen auf Braunkohle ein recht niedriger Ausnutzungsgrad. Die Industrialisierung der Slowakei erforderte den Abtransport von Kohle aus dem Westen des Landes und erhöhte damit den Anteil der Transportkosten.

Die laufend erhöhte Einfuhr von Erdöl aus der UdSSR belastete die tschechoslowakische Handelsbilanz und erhöhte die wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes von der UdSSR.

---

[88] *Bystřický,* K., *Fárka,* V., K rozvojí palilové a energetické základny. In: Plánované Hospodářství, Jg. 1966, H. 1, S. 1—9 (hier abweichende Zahlen vom Stat. Jahrb. 1965, S. 208).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die gleiche Schwierigkeit, die bei der Gewinnung von *Rohstoffen* für die Energieerzeugung auftrat, zeigte sich auch bei der Gewinnung von Rohstoffen für die nach dem schwerindustriellen Konzept stark ausgebaute Eisen- und Stahlindustrie. So nahm die Abhängigkeit von den sowjetischen Eisenerzzufuhren laufend zu. Von 1948 bis 1964 stieg die Einfuhr von Eisenerzen von rd. 1,8 auf rd. 9,3 Millionen t, d. h. auf reichlich das Fünffache. Für die Jahre 1955 bis 1964 liegen genaue Zahlen über die Eisenerzeinfuhren aus der Sowjetunion vor, die in diesem Zeitraum noch etwas schneller anstiegen als die Gesamteinfuhren, d. h. auf reichlich das Zweieinhalbfache, von rd. 3 Millionen t auf knapp 7,7 Millionen t. Der Sowjetanteil betrug in diesen 10 Jahren normalerweise zwischen 70 und 74 v. H., 1961 sank er auf 65 v. H., 1964 stieg er wieder auf 82 v. H. Das gesamte Eisenerzaufkommen stieg von 1948 bis 1964 nur auf das 3,7fache, da die Eigenförderung nur von rd. 1,4 Millionen t auf rund 3,5 Millionen t, d. h. auf das 2,4fache zunahm, und zwar praktisch nur bis 1962. An dieser Steigerung waren die Slowakei und die Historischen Länder etwa zu gleichen Teilen beteiligt. 1964 betrug die Eigenförderung nur das Doppelte von 1948. Der mengenmäßige Anteil der Inlandserze am gesamten Eisenerzaufkommen des Landes nahm damit mit fast ununterbrochener Stetigkeit von 44 v. H. auf 26 v. H. ab. In der Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie spiegelt sich deutlich die mit dem Ausbau der Schwerindustrie verbundene wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion.

7. Zusammenfassung und kritische Gesamtwürdigung des bisherigen Wachstumsprozesses

Die Wirtschaftsentwicklung der Tschechoslowakei unter dem kommunistischen Regime läßt sich verständlicher deuten, wenn sie auch im gesamteuropäischen Rahmen und im historischen Zusammenhang gesehen wird. In den Jahren 1902 bis 1912 konnten in den Historischen Ländern hohe Wachstumsraten des Nationaleinkommens (um 69 v. H. bzw. um 63 v. H. pro Kopf) erzielt werden. Das quantitative Niveau der industriellen Produktion der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wurde zwischen beiden Kriegen (bis 1936) nicht mehr erreicht. Mit der Einordnung in größere Wirtschaftsbereiche, so in das Deutsche Reich kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges und in den Sowjetblock nach 1945 nahm das Tempo des Wirtschaftswachstums zwar wieder zu, doch wurde die wirtschaftliche Entwicklung des Landes dadurch sehr einseitig beeinflußt. Eine stagnierende Agrarproduktion kennzeichnete die Jahre 1902 bis 1937 ebenso wie die Zeit unter dem kommunistischen Regime, wenn auch die Gründe für diese Entwicklung völlig verschieden waren. Die Periode 1913 bis 1937 stand — wie die kommunistische — unter dem Zeichen der Förderung der Schwerindustrie, mit einer Steigerung der Stahlerzeu-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gung um 84 v. H. Die Rüstung des Nationalstaates und *sein Waffenexport* bestimmten (ab 1918) dieses Konzept. Die Eingliederung der Tschechoslowakei in die deutsche Kriegswirtschaft förderte diese Tendenz.

Ähnlich war das Konzept nach 1945. Bedingt war es durch die allgemeine These der marxistischen Ökonomie über die Bedeutung der Schwerindustrie für das Wirtschaftswachstum; durch die Rolle der Tschechoslowakei als Investitionsgüterlieferant in erster Linie für die industriell schwächer entwickelte Sowjetunion und für die zunächst noch stark agrarischen Länder Südosteuropas innerhalb des Blocks, ferner auch für die im politischen Gesamtkonzept der Sowjetführung bedeutsamen Entwicklungsländer; nicht zuletzt durch die traditionelle Rolle als Waffenproduzent. Dazu kommt, daß in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg die allgemeine Tendenz in der Entwicklung der Industriestaaten — auch aus produktionstechnischen und technologischen Gründen — auf ein zunehmendes Gewicht der Schwerindustrie zu Ungunsten der Leichtindustrie zielte[89].

Gegenüber dem Anstieg der Schwerindustrie war in den kurzen Konjunkturperioden der Zwischenkriegszeit die Produktion der Leicht- und Lebensmittelindustrie zurückgegangen. Ihre auf den großen Absatzraum im gleichen Staatswirtschaftsgebiet zugeschnittenen Kapazitäten konnten bei den gegebenen Außenhandelsschwierigkeiten nicht mehr genutzt werden. Die Einschränkung des Anteils der Leichtindustrie in der kommunistischen Periode setzte demnach den Strukturwandel fort. Dabei spielte die allgemeine Konsumdrosselung im eigenen Land wie im gesamten Sowjetblock eine entscheidende Rolle, ferner die Isolierung von den westlichen Märkten.

Gewisse Schwierigkeiten des Außenhandels waren in der Weltwirtschaftskrise aufgetreten, hatten sich insbesondere im Rahmen der deutschen Vorherrschaft für das Protektorat ergeben und traten in der Nachkriegszeit in noch höherem Maße auf. Sehr hohe Exportsubventionen unter dem Gesichtspunkt notwendiger Importe aus dem Westen, politisch geforderte Exporte in die Entwicklungsländer — zum erheblichen Teil durch den Grundsatz der Blockautarkie bedingt — haben dazu beigetragen, daß die Außenhandelsquote zwar meist sehr hoch lag, aber — auf die einzelne Wareneinheit bezogen — zum wirtschaftlichen Wachstum weniger beitrug, als dies unter den gleichzeitigen Bedingungen im Inlandsabsatz möglich gewesen wäre.

Im System der zentralen Verwaltungswirtschaft wurde ein schnelles Wachstum erzielt, das mit dem der am stärksten expandierenden west-

---

[89] Siehe für die BRD und die SBZ *Leptin*, Gert, Veränderungen in der Branchen- und Regionalstruktur der deutschen Industrie zwischen 1936 und 1962 (Berlin 1965).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

europäischen Staaten im gleichen Zeitabschnitt durchaus vergleichbar war. Von 1948 bis 1964 stieg es nach amtlichen Angaben auf mehr als das Zweineinhalbfache. Hauptträger dieser Entwicklung war das industrielle Wachstum, durch das etwa eine Verdreifachung des Produktionsstandes von 1948 bzw. der Vorkriegszeit erreicht wurde. Unbedeutend war bei dem einseitigen Einsatz der Mittel und den einschneidenden sozialpolitischen Maßnahmen das Wachstum der Agrarproduktion.

Beherrscht wurde die gesamte Wirtschaftspolitik von 1948 an von der Tendenz einer maximalen Steigerung der wirtschaftlichen Produktion, die eindeutig als quantitative Zunahme verstanden wurde. Dies erforderte einen übermäßig hohen Verbrauch an Brenn- und Rohstoffen, Materialien und Arbeitskräften. Man war bemüht, diese Grund- und Arbeitsstoffe im Lande selbst zu erzeugen, und lenkte deshalb einen hohen Anteil der Investitionen in die Produktion von Brennstoffen, Elektrizität und Metallen. So stieg der Anteil des Anlagekapitals dieser Zweige am Anlagekapital der gesamten Industrie von 35 v. H. 1948 auf 44,5 v. H. 1963. Ihr Anteil an der industriellen Bruttoproduktion blieb jedoch praktisch fast unverändert (1963 21,2 v. H.). „Das führte zum Absinken der Effektivität der Investitionen[90]." Bis zum Jahre 1958 verlief die quantitative Zunahme im ganzen gesehen günstig, wenn man sie mit der Entwicklung in hochindustrialisierten Staaten vergleicht.

Der Mangel an Arbeitskräften wurde zwar nicht durch Mechanisierung ausgeglichen, doch wurde eine erhebliche Produktionszunahme durch Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt. Dies war insbesondere auch durch die Verschiebung der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in die anderen Wirtschaftszweige möglich.

Die Gesamtentwicklung von 1949 bis 1963 zeigt sinkende jährliche Zunahmeraten sowohl des gesellschaftlichen Produktes als auch des Nationaleinkommens in vergleichbaren Preisen.

Nach *Schlosser* und *Titěra*[91] ergibt sich folgende Entwicklung:

Periode	Zunahme des Gesellschaftlichen Produkts		Zunahme des Nationaleinkommens	
	in v. H.	in Mrd. Kčs.	in v. H.	in Mrd. Kčs.
1949—53	9,6	15,26	9,3	7,91
1954—55	7,4	15,76	6,9	7,78
1956—60	7,9	21,97	7,0	10,16
1961—63	3,3	11,39	1,8	3,04

[90] *Bálek,* A., Rozvoj národního hospodářství v letech 1945—1964. In: statistika, Jg. 1965, H. 4, S. 145—154.

[91] *Schlosser,* Stefan, *Titěra,* Dušan, K vývoji společenského produktu a národního důchodu v ČSSR v letech 1948—1963. In: statistika, Jg. 1964, H. 8—9, S. 333—342.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Jedoch schließt diese Entwicklung eine verhältnismäßig lange Periode gleichbleibender Raten ein (1954 bis 1960), deren längerer zweiter Unterabschnitt sogar durch eine leicht steigende Tendenz gekennzeichnet ist. Auch das absolute Ausmaß der Zunahme (in vergleichbaren Preisen), das von 1949 bis 1955 fast unverändert blieb, ist am Ende des Gesamtzeitraumes niedriger als zu Anfang. Etwa gleichbleibenden Größen im Zeitabschnitt 1949 bis 1955 steht eine erheblich erhöhte Zunahme ab Mitte der fünfziger Jahre gegenüber, denen die niedrige Zunahme ab 1961 folgt. Vor allem tritt ab 1961 eine bis zu diesem Zeitpunkt ganz ungewöhnliche, sprungartige Senkung ein. Insbesondere erscheint jetzt eine völlig neue Größenordnung der Differenz zwischen beiden Zunahmeraten. Überprüft man die chronologische Einteilung von *Schlosser* und *Titěra*, so kommt man sowohl für das gesellschaftliche Produkt als auch für das Nationaleinkommen auf besonders geringe Zunahmeraten für die Jahre 1953 und 1954 und auf eine sehr gleichmäßige Entwicklung der Jahre 1956 bis 1960. Ab 1961 ist das Bild unregelmäßig und ungünstiger: 1963 bringt eine Abnahme gegenüber dem Vorjahre, 1964 bleibt hinter dem Maximum von 1962 zurück. Die auf die oben angegebenen längeren Perioden berechnete Wirkung der verschiedenen Faktoren auf das Wachstum des Nationaleinkommens macht besonders deutlich, wie unverhältnismäßig stark die Erhöhung des Produktionsaufwandes in den sechziger Jahren (1961 bis 1963) war. Der an sich in absoluten Werten gemessene geringe Zuwachs wird zu ungefähr vier Fünfteln durch die Zunahme der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität erreicht. Die Erhöhung des Produktionsaufwandes machte aber fast 40 v. H. des gesamten Zuwachses des Nationaleinkommens aus, während es in den vorherigen Perioden um völlig andere Größenordnungen ging, so 1956 bis 1960 um 8,8 v. H. als Maximum.

Die Unregelmäßigkeit des Wirtschaftswachstums wurde detailliert von dem tschechischen Nationalökonomen Josef *Goldmann* untersucht[92]. Die hohen Zunahmeraten Anfang der fünfziger Jahre erklärt er als einmalige Erscheinung, die darauf beruht, daß durch die Sozialisierung der Produktionsmittel und den Übergang zur Planwirtschaft erhebliche Reserven an Produktionskapazität und Arbeitsproduktivität frei gemacht werden konnten. Hingegen bezeichnet *Goldmann* die starke Zunahme Ende der fünfziger Jahre als periodische Erscheinung, die er auf die Vollendung großer Investitionsprojekte zurückführt. Da jedoch eine über-

---

[92] *Goldmann,* Josef, Tempo růstu a opakující se výkyvy v ekonomice některých socialistických zemí. In: Plánované Hospodářství, Jg. 1964, H. 9, S. 1—14. *Goldmann,* Josef, Tempo růstu v některých socialistických zemích a model řízení národního hospodářství. In: Plánované Hospodářství, Jg. 1964, H. 11, S. 11—27. Hier wird eine umfassende Analyse der Wirtschaftsentwicklung in Verbindung mit der Kritik an der bestehenden Form des Managements gegeben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

optimale Zunahmerate realisiert wurde, mußte ein immer stärkeres Ungleichgewicht eintreten, und die entstehenden Schwierigkeiten konnten nur durch eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums gelöst werden. Die Schwankungen des Wirtschaftswachstums führt *Goldmann* auf die ungenügende Kenntnis der „ökonomischen Gesetze des Sozialismus" zurück bzw. auf ihre unrichtige Anwendung durch das Planungsmanagement. Letzten Endes ist dies für ihn das Ergebnis der zu schematischen Übertragung des Sowjetsystems[93].

Ota *Šik* kommt zu dem Ergebnis, daß bereits in den Jahren 1954 bis 1955 die Produktionszunahme ganz überwiegend und in ständig wachsendem Ausmaß durch die Expansion der Produktionsfaktoren gewährleistet wurde, und daß sich das Verhältnis zwischen der Expansion der Produktionsfaktoren und der Zunahme der Produktion derartig verschlechterte, daß man im Rahmen eines internationalen Vergleiches nicht nur von einer extremen Expansion der Produktionsfaktoren, sondern von einer makroökonomisch widerspruchsvollen Entwicklung sprechen müsse[94].

Das Jahr 1963 zeigte deutlich die Schwierigkeiten, die in den letzten Jahren eine schnelle wirtschaftliche Expansion hinderten. Das war vor allem die weiterhin rückgängige Effektivität der Investitionen. Es gelang nicht, die Investitionen schnell genug in entsprechende produktionsfähige Kapazitäten zu verwandeln, Milliardenwerte froren in unvollendeten Bauten, nicht absatzfähigen Waren und ungenützten Reserven ein. Dies war jedoch ein langfristiger Vorgang, der auch 1966 trotz der Überwindung der Stagnation noch nicht ausgelaufen ist.

Das Nationaleinkommen (in Milliarden Kčs. zu laufenden Preisen) war von 1962 bis 1965 durch Stagnation und Rückgang gekennzeichnet. Erst 1966 stieg es wieder — als Ergebnis eines hohen langfristigen Kapitalaufwandes:

1960	163,0[95]
1961	172,0
1962	175,4
1963	172,9
1964	169,5
1965	174,0
1966	186,2[96]

Auf den Anstieg des Nationaleinkommens im Jahre 1966 war insbesondere auch der hohe Ertrag der Landwirtschaft von erheblichem Einfluß.

---

[93] *Korda*, Benedikt, Poznámky k článku J. Góldmanna o tempu růstu. In: Plánované Hospodářství, Jg. 1965, H. 2, S. 41—45.

[94] *Šik*, Ota, Příspěvek k analýze našeho hospodářského vývoje. In: Politická Ekonomie, Jg. 1966, H. 1, S. 1—32.

[95] Stat. Jahrbuch 1965, S. 25.

[96] Planerfüllungsbericht, Zunahme gegenüber 1965 = 7 v. H.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nach den amtlichen Indexzahlen ergibt sich eine knappe Verdoppelung des persönlichen Verbrauchs gegenüber der Vorkriegszeit. In der Bundesrepublik Deutschland stieg das Volumen des gesamten privaten Verbrauchs — unter Ausschaltung der Preissteigerungen — allein von 1950 bis 1960 um 102 v. H.[97] Für die Tschechoslowakei beträgt bei 1937 = 100 die Indexzahl 1964 183, bei 1948 = 100 220; die Indexzahlen je Kopf erreichen 188 und 193. Der Gesamtverbrauch der Vorkriegszeit wird praktisch erst 1954 überschritten, der Pro-Kopf-Verbrauch allerdings schon 1950 (116)[98]. Ein Teil dieser Zunahme ist somit zweifellos auf das Konto der Bevölkerungsabnahme, in erster Linie durch die Vertreibung, zu setzen. Die Anspannung der Jahre 1950 bis 1953 geht dabei eindeutig aus dem unveränderten Stand dieser vier Jahre hervor. Ganz langsam ist der Anstieg von 1957 auf 1958, aber auch die Jahre 1961 bis 1964 zeigen nur eine geringe Zunahme. Der persönliche Verbrauch stieg demnach nur in einigen Jahren erheblich an. In vielen Jahren kam der wirtschaftliche Gesamterfolg nicht in der Erhöhung des persönlichen Verbrauchs zum Ausdruck, eher noch im gesellschaftlichen Verbrauch[99].

Die Überprüfung der amtlichen tschechoslowakischen Angaben über den Anteil des Verbrauches am Sozialprodukt ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich. Daß dieser Anteil bei der Bewertung nach Marktpreisen höher ausgewiesen ist, als es der Wirklichkeit entspricht, weil — im Unterschied zu Investitionsgütern — in den Verbrauchsgütern hohe Umsatzsteuern enthalten sind, zeigen die sehr gründlichen Untersuchungen von *Alton* und seiner Arbeitsgruppe, die für 1955 zu dem Ergebnis kommen, daß der zu Marktpreisen mit 55 v. H. angegebene Anteil bei einer Bewertung zu Faktorkosten auf 44,4 v. H. absinkt[100]. Wie stark die Belastung durch Investitionen und Verteidigung waren, zeigen besonders deutlich die Jahre 1955 und 1956 mit einem Anteil von rd. 45 v. H.[101] Diese Tendenzen entsprechen dem sowjetischen Modell. Hingegen würde es den Absichten der Reformer angemessen sein, daß die Tschechoslowakei „die traditionelle industrielle Produktionsstruktur planmäßig vertieft und damit die eigene Wohlstandsgrundlage einschließlich ihrer Stellung als Welthandelspartner ständig verbessert"[102]. Wenn auch in den Jahren 1965 und vor allem 1966 wieder ein stärkeres Wirtschaftswachstum zu verzeichnen war, so blieben sowohl Reformer als auch

---

[97] Taschenbuch für die Wirtschaft. Hrsg. Deutsches Industrieinstitut, Köln, 1961, S. 547.
[98] Stat. Jahrbuch 1965, S. 24/25.
[99] Stat. Jahrbuch 1965, S. 142.
[100] *Alton*, Th. P., a.a.O., S. 2.
[101] Ebenda, S. 89.
[102] *Raupach*, Hans, System und Struktur im Konflikt, dargestellt am Beispiel der tschechoslowakischen Wirtschaftsentwicklung. In: „Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte", Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 394—406.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Partei- und Staatsführung im Hinblick auf die ungelösten strukturellen und qualitativen Probleme skeptisch für die Zukunft[103].

Die tschechoslowakische Partei- und Staatsführung sieht sich in ihrer Wirtschaftspolitik auch stets wieder mit dem Problem des regionalen Wachstums, und das heißt in diesem besonderen Falle des regionalen Wohlstandsausgleichs, konfrontiert. Die bis 1918 zur ungarischen, wirtschaftlich rückständigen Reichshälfte der Donaumonarchie gehörenden slowakischen Gebiete erlitten durch die Angliederung an die Tschechoslowakei erhebliche wirtschaftliche Rückschläge. Auch der Prager Zentralismus und die Weltwirtschaftskrise wirkten sich auf die Slowakei sehr ungünstig aus. Nach 1945 wurden die staatlichen Mittel in einem größeren Umfang in die Slowakei geleitet, als es deren Bevölkerungsanteil entsprach. In manchen Jahren blieben die tatsächlichen Zuwendungen allerdings hinter den Planansätzen zurück. Da das Problem des Wohlstandsausgleichs — wie in Jugoslawien — mit der nationalen Frage unmittelbar verknüpft ist, ist es recht kompliziert. Zweifellos wurden in der Slowakei mit zentralen Investitionsmitteln Industriebetriebe gegründet, deren wirtschaftlicher Ertrag — auch unter den Bedingungen des bisherigen starren Plansystems — besonders ungünstig war, aber die Politik des nationalen Ausgleichs zwang zu diesen Maßnahmen. Auch im slowakischen Problem liegen Ursachen für das gesamtstaatliche extensive Wirtschaftswachstum, die nur durch eine politisch und wirtschaftlich gut ausgeglichene Regionalplanung im gesamtstaatlichen Rahmen beseitigt werden können.

8. Die Aussichten des künftigen Wirtschaftswachstums

Die entscheidende Problematik für das Wirtschaftswachstum in der Tschechoslowakei ist die Frage der Effektivität des Systems im Sinne eines optimalen Wirtschaftens, d. h. der Notwendigkeit, mit möglichst geringem Einsatz von Mitteln ein möglichst hohes Ergebnis zu erreichen. Auch die innere Diskussion wird seit der Stagnation der Jahre 1962 bis 1965 von dieser Thematik beherrscht. Im Zusammenhang damit steht zur Debatte, ob der zentrale Plan nicht durch andere indirekte Instrumente der Wirtschaftslenkung ergänzt werden solle. Die Eingliederung marktwirtschaftlicher Elemente und in Verbindung damit auch eine erweiterte Dispositionsfreiheit der Betriebe stehen auf dem Programm der Reformer. Vorsichtig experimentierend wurden ab 1964, vor allem aber seit Anfang 1965 praktische Erfahrungen in einem industriellen

---

[103] Aus dem Beschluß des ZK der KPČ über die Richtungen der Lösung des ökonomischen Gleichgewichts und des Lebensniveaus (Mai 1967). In: Neue Richtlinien in der tschechoslowakischen Ökonomie, Jg. 1967, H. 4, S. 3—33.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rahmen gesammelt, der etwa ein Fünftel der industriellen Produktion umfaßt und auch schwerindustrielle Betriebe einschließt. Eines der praktischen Ergebnisse war bisher eine straffere Betriebskonzentration in Form von „Konzernen" und „Trusts". Im übrigen ist das ursprüngliche Programm der aus der kommunistischen Partei stammenden Reformer[104], das, abgesehen von dem unter völlig anderen Ausgangsbedingungen entstandenen Reformprogramm in Jugoslawien — und dem gleichsam aus der Retorte ab 1. Januar 1968 in Ungarn eingeführten — das weitreichendste in allen Staaten mit zentral geleiteter Wirtschaft war, durch die Exekutive inhaltlich bereits erheblich reduziert worden. Dies zeigte auch die neue Phase der Reform seit Beginn des Jahres 1967. Außerdem traten jetzt die praktischen Schwierigkeiten zu Tage, die Mentalität der Betriebsleiter zu ändern. So erschien es schon 1967/Anfang 1968 fraglich, ob von den Reformen in absehbarer Zeit wesentliche Wirkungen auf das Wirtschaftswachstum zu erwarten seien. Doch trat das reformerische Bemühen der Analytiker aus Forschungsinstituten und Wirtschaftsorganen in vielen Publikationen weiterhin deutlich in Erscheinung. Allerdings entsteht aus allen internen Diskussionen im Laufe des Jahres 1967 der deutliche Eindruck, daß die an sich zu von der Praxis her unumgänglichen Kompromissen bereiten Reformer doch sehr skeptisch sind, ob mit den bisherigen Maßnahmen und Methoden das Ziel überhaupt erreicht werden kann.

Betrachtet man das komplexe Programm der Reformer in seinen einzelnen Forderungen, so ergibt sich, daß sie zum Teil verwirklicht werden können, auch wenn man das Instrumentarium der Wirtschaftslenkung nicht entscheidend ändert. So könnten z. B., um die verheirateten weiblichen Arbeitskräfte am Arbeitsplatz zu erhalten und unter Umständen noch weitere heranzuziehen, bessere Vorbedingungen durch den Aufbau entsprechender Sozialeinrichtungen und Dienstleistungszweige geschaffen werden. Über diese materiellen Einzelmaßnahmen hinaus kann ein zentraler Plan, der nicht zu viele Einzelkennziffern, sondern vielmehr nur den großen Rahmen festlegt, zur Qualitätsverbesserung der Produktion und zu größerer Effektivität führen. Die von *Šik* als extensiv bezeichnete Periode, die die Produktion vor allem durch neue Werke und zusätzliche Produktionsanlagen erweiterte, könnte in der Tat endgültig beendet werden, indem die Investitionen in erster Linie für die Erneuerung und Modernisierung von Maschinenpark und Ausrüstung verwendet würden.

---

[104] *Šik,* Ota, Das neue System der Planung und Leitung der Wirtschaft. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Jg. 1965, H. 3, S. 196—204; siehe ferner *Šik,* Ota, Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967. *Hensel,* K. Paul, und Mitarbeiter, Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei. Mit Dokumentation. (Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, H. 12.) Stuttgart 1968.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Jedoch waren die Ergebnisse der Jahre 1966 und 1967 in diesem Bereich keineswegs ermutigend, vor allem soweit es um die Effizienz ging. *Šik* forderte auf dem Mai-Plenum 1967 eine Kürzung der industriellen Investitionen im Vergleich zum Nationaleinkommen und damit auch der Nachfrage nach inländischen Investitionsgütern im Verhältnis zu den vorhandenen Mitteln. Vor allem sollte die Investitionsstruktur zugunsten derjenigen Wirtschaftszweige geändert werden, die die höchste Außenhandelseffizienz versprachen. Insgesamt ging zwar das Investitionsvolumen im ersten Halbjahr 1967 um 2,2 v. H. unter das Volumen des ersten Halbjahres 1966 zurück. Der Rückgang betraf vor allem den Maschinen- und Ausrüstungsbereich, ferner den Wohnungsbau. Bis Ende 1967 sollten die Investitionen stärker auf die Konsumgüter-, die chemische und die Bauindustrie verlagert werden. Die bisherigen Ergebnisse sind: starker Rückgang des Wohnungsbaues, der den Wohnungsmangel noch verschärft, unvorhergesehenes Steigen der Baukosten und wiederum zu starke Zunahme schlecht absetzbarer Warenbestände. Die Wirkung der an sich der erforderlichen Tendenz entsprechenden Maßnahmen war erst später zu erwarten[105].

Die Wirkung der marktwirtschaftlichen Elemente ist in einem hohen Grade von der Lösung des *Preisproblems* abhängig, die jedoch außerordentlich schwierig und auf jeden Fall nur langfristig erreichbar ist. Dabei bleibt die Frage offen, ob die neuen Preise im Sinne wirtschaftlicher Rationalität und Effektivität wirksam werden können. Im übrigen haben auch die Reformer ein dreiteiliges Preissystem vor Augen: Festpreise für die wichtigsten Erzeugnisse, d. h. für den quantitativ weitgehend größten Bereich, Limitpreise für einen Mittelbereich und freie Preise für einen schmalen Bereich. In der Praxis war mit folgenden Größenordnungen zu rechnen: Festpreise sollten für 71,5 v. H., Limitpreise für 24,4 v. H. und freie Preise nur für 4,1 v. H. der industriellen Erzeugnisse gelten. Die Spielraum der marktwirtschaftlichen Elemente wurde somit weit stärker eingeschränkt, als es den ursprünglichen Vorstellungen der Reformer entsprach.

Die Lösung des Preisproblems umfaßt zwei Stufen. Erstens müssen die Preise die Kosten decken. In dieser Hinsicht wurden gewisse Erfolge erzielt, allerdings im wesentlichen nur im formalen Sinne, indem die Betriebe die Preise so stark erhöhten, daß die Kosten tatsächlich gedeckt wurden. Die Preise wurden jedoch so hoch angesetzt, und zwar durch die Bemühungen der Betriebe, verbunden mit entsprechend langwierigen Verhandlungen, daß auf diese Weise eine Gesamtsumme der „Gewinne" erzielt wurde, die weit über alle Planungen der obersten Lenkungsbehörden hinausging. Im Prinzip wurden nur die Großhandelspreise geändert,

---

[105] *Trend,* Harry, Wirtschaft der ČSSR in Bedrängnis. In: Osteuropäische Rundschau, Jg. 13, Nr. 12, 1967.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Auswirkung auf die Kleinhandelspreise blieb sehr gering, in diesem Sinne also auch die Auswirkung der Preisreform auf das gesamte Gefüge der Wirtschaft. Durch die hohen Preise und Gewinne der Betriebe stiegen auch die Löhne und Gehälter, und zwar stärker als die Arbeitsproduktivität. Auch nahm die Anzahl der Arbeitskräfte über Erwarten zu. Das Sortiment des Konsumgüterangebots wurde jedoch eher schlechter. So ist zweifellos ein inflationärer Druck vorhanden. Im Grunde kommt man zu dem Urteil, daß viele Maßnahmen der Regierung scheiterten, weil die Betriebe sich früh genug darauf einstellten, ihre Interessen zu wahren — und dies merkwürdigerweise auch gelang. So versuchte man dann auch durch unmittelbaren Staatseingriff einen hohen Anteil der unvorhergesehenen, das Gleichgewicht störenden Betriebsgewinne wieder einzuziehen.

In Zukunft hofft man durch indirekte Einwirkung derartige Entwicklungen zu vermeiden, indem man die Betriebe durch Kreditdruck zwingt, eigene Mittel für Investitionen zu erwirtschaften und bereitzustellen. Die Betriebserfolge werden dann von der Effektivität der Investitionen abhängen, Staatsgarantien sollen dann wegfallen. Diese Maßnahmen waren für 1968 vorgesehen. „Der Staat muß . . . nicht nur auf dem Gebiet der Finanzen und des Kredites, sondern auch auf dem Gebiet der Preise eine inflationshemmende Politik durchführen[106]." „Im Prinzip ist kein rascheres Steigen der Einzelhandelspreise und der Lebenskosten als im Ausmaß von 1 bis 1,5 v. H. zuzulassen[107]."

Die zweite Stufe der Preisregulierung betrifft die zu berücksichtigenden Knappheitsrelationen. Inwiefern es möglich ist, dieses Problem zentral und der Entwicklung elastisch angepaßt zu regeln, kann erst die Erfahrung lehren. Auf jeden Fall sind 1967 kaum Schritte zur Lösung dieses Problems erfolgt, die wirtschaftliche Gesamtentwicklung nach einer gewissen Anlaufsfrist nachhaltig beeinflussen können.

Die interne Kritik in der Tschechoslowakei kommt heute weitgehend zu der Auffassung, daß die durch den zentralen Plan festgelegten Präferenzen, insbesondere für die Gewinnung von Roh- und Brennstoffen, und die schon seit Jahren bestehende Spannung zwischen den Zielen und den zur Verfügung stehenden Mitteln zu einem Ungleichgewicht der gesamten Volkswirtschaft geführt haben. Als Ziel gilt für diese Kritiker heute die Wiederherstellung des Gleichgewichtes, das selbst um den

---

[106] *Šik*, Ota, Wege zur Überwindung der Gleichgewichtsstörung in der Tschechoslowakischen Volkswirtschaft. Neue Richtungen der Tschechoslowakischen Ökonomie, Jg. 1967, H. 5, S. 16—45.

[107] Über die Richtungen der Lösung des Ökonomischen Gleichgewichts und der Lebenshaltung. Aus dem Referat des Genossen Oldrich Cernik in der Sitzung des Zentralkomitees der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei in den Tagen vom 3. bis 4. Mai 1967. In: Neue Richtungen in der Tschechoslowakischen Ökonomie, Jg. 1967, H. 7, S. 59.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Preis eines langsameren Wachstums angestrebt werden soll. Aber alle diese notwendigen Änderungen in der Volkswirtschaft, dieser Übergang von der extensiven zur intensiven wirtschaftlichen Entwicklung, sind nach der Auffassung der Reformer unmöglich, wenn nicht statt der administrativen Lenkung nach Präferenzen die ökonomische optimal planende Lenkung eingeführt wird. Eine schrittweise Einführung tiefgreifender makroökonomischer und mikroökonomischer sowie technischer und technologischer Veränderungen in der Produktion, die ein gleichmäßiges bzw. ein beschleunigtes Tempo der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität sichern, und eine bessere Ausnützung des Anlagekapitals sind die Grundvoraussetzungen für das Gelingen der Reform nach der Auffassung von *Šik*[108].

Außer diesen rein wirtschaftlichen Maßnahmen gehören in die allgemeine Vorstellung von den Notwendigkeiten der Zukunft auch sozialpolitische, insbesondere eine neue Lohnpolitik, die an das materielle Interesse der Beschäftigten appelliert. Der Lohn soll dabei auch wesentlich von den wirtschaftlichen Leistungen der einzelnen Industriezweige, ja selbst der Betriebe mitbestimmt sein. Vor allem aber soll auch die Nivellierung der Löhne ein Ende finden, die Leistung des Einzelnen, vor allem die bisher weit unterbewertete geistige Arbeit soll entsprechend honoriert werden. Doch wagte man diese schwerwiegenden Entscheidungen 1967 noch nicht zu treffen. Um das Gleichgewicht zwischen erzeugtem Mehrwert und privatem Verbrauch zu sichern, war festgelegt worden, daß 1967 in der Industrie die Arbeitsproduktivität um 4 v. H., die Durchschnittslöhne um 2,5 v. H. gesteigert werden sollten. In den „nichtproduktiven" Zweigen der Wirtschaft waren Lohn- und Gehaltserhöhungen um 2 bis 2,5 v. H. vorgesehen.

Die grundsätzliche Tendenz der Reformer ist jedoch auch auf die Änderung der Produktionsstruktur der Gesamtwirtschaft sowie einzelner Industriezweige gerichtet. Es geht dabei um eine gewisse Akzentverlagerung von der allzu sehr betonten Schwerindustrie auf andere, insbesondere auch leichtindustrielle Zweige und um eine stärkere Berücksichtigung der Landwirtschaft. Schritte in dieser Richtung können unter Berücksichtigung der bestehenden industriellen Produktionsstruktur, der Bindung an die Sowjetunion und die übrigen Partner im RGW nur sehr vorsichtig erfolgen. Der für 1966 bis 1970 abgeschlossene Handelsvertrag mit der Sowjetunion deutet an, daß von sowjetischer Seite kleine Zugeständnisse in diesem Sinne gemacht wurden; so sind zum Beispiel die an sich schon sehr hohen Lieferungen an Lederschuhen auf das Doppelte erhöht worden. An sich paßt eine derartige Verlagerung der

---

[108] *Šik*, Ota, Příspěvek k analýze našeho hospodářského vyvoje. In: Politická Ekonomie, Jg. 1966, H. 1, S. 1—32.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Produktion eines Teiles des zukünftigen innersowjetischen Konsumgüterbedarfs in die übrigen RGW-Staaten durchaus in das sowjetische Konzept. Eine entschiedene Umstellung, die nur so verstanden werden kann, daß die vorhandenen schwerindustriellen Grundlagen langsamer ausgebaut, die leichtindustriellen Zweige aber stärker gefördert werden, wäre zunächst mit erheblichen Investitionen in diese vernachlässigten Sektoren verbunden.

Mit dem Sturz *Novotnýs* nahmen die Aussichten auf eine Verwirklichung der Reformen zu, insbesondere ab April 1968 wurde das Reformprogramm klarer, schärfer und umfassender formuliert. Doch traten in den folgenden Monaten die politischen Probleme immer mehr in den Vordergrund, ohne daß eine völlig eindeutige Entscheidung über die innenpolitische Machtverteilung fiel. Der sowjetische Einmarsch vom 21. August 1968 und der damit verbundene Einfluß Moskaus auf die verschiedenen Lebensgebiete entschied in erster Linie über die politische Macht, zugleich aber auch über die künftige Tendenz der Wirtschaftsreform. Die Ideen von *Šik* wurden von Moskau als bürgerliche Theorien gebrandmarkt, *Šik* mußte Anfang September 1968 als stellvertretender Vorsitzender der Regierung zurücktreten.

Die außenwirtschaftlichen Bindungen der Tschechoslowakei an die Sowjetunion sollen in Zukunft wieder enger werden. Doch wurde im Herbst des Jahres 1968 wiederholt von führenden Ökonomen in der Tschechoslowakei erklärt — so insbesondere im „Rudé Právo" vom 16. September 1968 —, daß die Reformen im Grunde eine seit der Stagnation der 60er Jahre erkannte objektive Notwendigkeit darstellten und deshalb durchgeführt werden müßten.

Schluß

Bis zum Spätherbst des Jahres 1969 hat sich die allgemeine Wirtschaftslage der Tschechoslowakei verschlechtert, die politischen Vorbedingungen für eine Wirtschaftsreform sind nicht mehr vorhanden. So sind in absehbarer Zeit höchstens einige vorsichtige Teilmaßnahmen zu erwarten, die jedoch nicht geeignet sind, den Übergang zu einem ausgeglichenen Wirtschaftswachstum vorzubereiten. Die Sowjetunion ist zwar an einem Wirtschaftswachstum in der Tschechoslowakei interessiert und wird deshalb auch zu gewissen Leistungen bereit sein. Doch wird sich Moskau auch mit einem einseitigen und wenig rentablen Wachstum zufrieden geben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wachstumsprobleme der ungarischen Volkswirtschaft

Von *Oliver von Gajzágó*

1. Die natürlichen Voraussetzungen des Wachstums

Ungarn gehört mit einer Grundfläche von 93 030 km² und mit einer Bevölkerung von 10,217 Millionen Menschen (1967) zu den kleineren europäischen Staaten. Auf dieses Land entfallen damit knapp 2 vH der Fläche und rund 2 vH der Bevölkerung des europäischen Kontinents. Ungarn liegt in der mitteleuropäischen Zone des jung gefalteten eurasischen Gebirgssystems. Rund zwei Drittel der Landesfläche liegen nur bis zu 200 Meter über dem Meeresspiegel. Sie wird nur in Transdanubien, also im Gebiet westlich der Donau, von einer mittelhohen Bergkette unterbrochen, während sie im Norden von der nordungarischen Gebirgsgegend begrenzt wird.

Man teilt Ungarn in vier größere Landschaften ein. Die größte von ihnen, die Große Ungarische Tiefebene, der mittlere Teil des Landes, erstreckt sich zwischen der Donau und im Osten der rumänischen sowie im Süden der jugoslawischen Grenze. Westlich der Donau befindet sich das etwas hügelige Transdanubien, das sich bis zur österreichischen Grenze ausdehnt. Es wird von der dritten Landschaft, der Kleinen Tiefebene im Nordwesten des Landes, durch eine mittelhohe Bergkette, das Transdanubische Mittelgebirge, getrennt, das sich in südwest-nordöstlicher Richtung erstreckt und im Donauknie an das Nördliche Mittelgebirge, die vierte Landschaft, anschließt. Hier im Norden des Landes befindet sich auch der höchste Gipfel Ungarns, der etwas mehr als 1000 Meter hoch ist.

Ungarn gehört zum Stromsystem der Donau, in welche alle Flüsse des Landes unmittelbar oder mittelbar einmünden. Neben der Donau sind die Flüsse Tisza (Theiß), Rába (Raab), Körös, Maros und Szamos zu erwähnen. Ungarn hat im ganzen drei Seen, die nennenswert sind. Unter ihnen nimmt der größte See Mitteleuropas, der Balaton (Plattensee), den ersten Platz ein. Die beiden anderen Seen, der Velence-See (Venediger-See) und der Fertö-See (Neusiedler-See), der erstere etwa in der Mitte der Achse Budapest-Balaton und der letztere im west-nordwestlichen Zipfel des Landes, sind mit einer Fläche von 17 bzw. 23 km² gegenüber dem Balaton, dessen Fläche fast 600 km² beträgt, sehr klein. Alle unga-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rischen Flüsse, einschließlich der Donau, haben ein relativ geringes Gefälle und eignen sich daher nicht ohne weiteres zur Gewinnung von Elektrizität.

Ungarn hat ein kontinentales Klima, das nach dem Westen des Landes hin durch den Einfluß des atlantischen Ozeans (Golfstrom) gemäßigt wird. Im allgemeinen zeigt die Temperatur im Jahresdurchschnitt etwa 11 Grad Celsius und sinkt vom Westen zum Osten des Landes, und die jährliche absolute Temperaturschwankung beträgt etwa 70 Grad Celsius. Auch die jährliche Niederschlagsmenge zeigt eine vom Westen nach Osten fallende Tendenz; sie beträgt im Südwesten Ungarns 750 mm, im östlichen Landesgebiet dagegen nur 500—550 mm. Infolge des geringen Gefälles der ungarischen Flüsse gibt es relativ oft zeitweilige Hochwasser, dagegen nur selten eine anhaltende Dürre.

Infolge des kontinentalen Klimas ist die Sonneneinstrahlung in Ungarn im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern auf gleicher geographischer Breite intensiver; sie beträgt im Jahresdurchschnitt 1700 bis 2100 Sonnenstunden. Doch gibt es von diesem Mittel natürlich sowohl von Jahr zu Jahr als auch räumlich Abweichungen. Trotzdem sorgt das allgemein kontinentale Klima in Ungarn meist für eine Erntereife aller Getreidarten und Feldfrüchte.

Die Bodenschätze Ungarns sind infolge der besonderen erdgeschichtlichen Entwicklung des Landes zum größten Teil sedimentären und nur zum geringeren Teil magmatischen Ursprungs. Von den magmatischen Mineralien, die in Ungarn gefördert werden, sind Kupfererz, und zwar mit geringem Goldinhalt (Enargit), bei Recsk im Mátragebirge (Nördliches Mittelgebirge) und Galenit (PbS), Sphalerit (ZnS) sowie in geringerer Menge Pyrit (FeS_2), Markasit (FeS_2) und Kalkopyrit ($CuFeS_2$) bei Gyöngyösoroszi, ebenfalls im Mátragebirge, zu erwähnen. Das Kupfererz bei Recsk enthält im allgemeinen 3 g Gold, 18 g Silber und 6,5 kg Kupfer je Tonne. Ferner gibt es Kalitrachyt mit einem Kaliumoxydgehalt von 10—12 vH im Zempléner Gebirge im äußersten Nordosten des Landes, dessen technologische Aufbereitung allerdings noch nicht gelöst zu sein scheint. Sollte das erforderliche technologische Verfahren gefunden sein, so würden die Kalitrachytlager im Zempléner Gebirge den ganzen inländischen Bedarf an Kalisalz decken können. Schließlich ist noch das Eisenerzlager in der Nähe von Rudabánya im Nordborsoder Karstgebirge zu nennen; es enthält hauptsächlich Siderit ($FeCo_3$), das sich durch Oxydation in Brauneisenerz verwandelt hat. Das Erz wird hier größtenteils im Tagebau, aber auch im Untertagebau gewonnen. Die Jahresförderung von Brauneisenerz liegt zwischen 300 000 und 350 000 t.

Weit umfangreicher sind in Ungarn die Bodenschätze sedimentären Ursprungs. Hier ist vor allem das Bauxit zu nennen. Die wichtigsten

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bauxitlager befinden sich bei Gánt im Vértesgebirge, dem Ausläufer des Transdanubischen Mittelgebirges zum Donauknie hin, sowei bei Iszkaszentgyörgy, Halimba und Nyirád im Bakonyerwald, dem mittleren Zug des Transdanubischen Mittelgebirges. Das ungarische Bauxit enthält allgemein 50—60 vH Al_2O_3, 15—23 vH Fe_2O_3, 1—5 vH SiO_2 und 2—3 vH TiO_3. Ebenfalls im Bakonygebirge findet sich bei Úrkút und Eplény Manganerz mit einem durchschnittlichen Mangangehalt von 25—30 vH. In Europa verfügt Ungarn nach der Sowjetunion und Rumänien über die größten Manganvorräte und die größte Manganproduktion. Manganerze können von Ungarn sogar exportiert werden, da die Vorkommen weit über den inländischen Bedarf hinausreichen.

Neben Aluminium- und Manganerz verfügt Ungarn über Braunkohle-Lager, vor allem im Gebiet des Donauknies und der westlichen Ausläufer des Transdanubischen Mittelgebirges vom Norden bis etwa zur Mitte des Gebirgszuges. Daneben sind Braunkohlenlager noch im Nógráder- und im Borsoder Kohlenbecken vorhanden. Sie liegen nördlich des Mátra- bzw. des Bükk-Gebirges im mittleren Teil des Nördlichen Mittelgebirges. Der Heizwert der in Ungarn geförderten Braunkohle bewegt sich zwischen 2000 und 5500 Kalorien. Außer Braunkohle gibt es ein Steinkohlevorkommen im Mecsek-Gebirge im Süden Ungarns, wo auch übrigens das (vorerst) einzige Uranerz-Lager bei Kövágószöllös ausgebeutet wird. Die Steinkohle vom Mecsek ist verkokbar. Die Ungarn haben in der Zwischenzeit sogar (angeblich) ein Verfahren zur Verkokung höherwertiger Braunkohle entwickelt. Neben Braun- und Steinkohle sind auch noch Lignitvorkommen anzutreffen, besonders bei Várpalota in Transdanubien, deren Heizwert bei etwa 2500 Kalorien liegt.

Die jährliche Förderung von Braunkohle beträgt in Ungarn um 22 Mill. t, von Steinkohle um 4 bis 4,4 Mill. t und von Lignit um 5 Mill. t. Diese Zahlen beziehen sich auf die Jahre zwischen 1960—1967. Da der ungarische Verbrauch an Kohle aller Art vorerst noch eine steigende Tendenz aufweist und seit 1962 über 30 Mill. t jährlich liegt, ist Ungarn auf die Einfuhr zusätzlicher Kohlenmengen, vor allem an verkokbarer Steinkohle angewiesen.

Für die Energiebasis des Landes verfügt Ungarn neben Kohle auch noch über Erdöl- und Erdgasvorkommen, die allerdings noch nicht überall systematisch aufgedeckt worden sind. Die gewinnbaren Erdölvorräte Ungarn belaufen sich zur Zeit auf etwa 10 bis 15 Mill. t, aber es ist seit Jahren eine umfassende Schürftätigkeit im Gange, so daß mit der Auffindung weiterer Vorkommen gerechnet werden dürfte. Die Erdölförderung bewegt sich seit 1963 um 1,8 Mill. t jährlich und zeigt wenig Dynamik. Dagegen scheint die Förderung von Erdgas weit aussichtsreicher zu sein, stieg doch die Fördermenge allein in den Jahren zwischen 1960 und 1965 von 342 auf 1.107 Mill. m^3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

An sonstigen mineralischen Rohstoffen findet man in Ungarn besonders Kalkstein, Dolomit, Andesit, Basalt, Schotter, Kies und Sand, Kieselgur, Bentonit, Kaolin, Ton, Gips und Perlit. Die Aufzählung dieser Bodenschätze könnte den Eindruck erwecken, als wäre Ungarn ein mit Bodenschätzen relativ gesegnetes Land. Die Vielfalt der in Ungarn auffindbaren Mineralien darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die erwähnten Mineralien, mit Ausnahme von Bauxit und Manganerz, nirgends den einheimischen Bedarf auch nur annähernd zu decken vermögen, so daß Ungarn im Hinblick auf die Entfaltungsmöglichkeiten seiner Industrie als ein im Grunde rohstoffarmes Land zu bezeichnen ist. Neben der Rohstoffarmut ist das Land auch an natürlichen Energiequellen arm. Das sind zwei Faktoren, denen wir noch bei der Erörterung der Wachstumsprobleme der Volkswirtschaft ausführlicher begegnen werden.

Da Ungarn auf seiner Bodenfläche nur relativ wenig Wälder aufweist — das Waldgebiet Ungarns zusammen mit dem aufgeforsteten Gebiet hatte mit 1,4 Mill. ha 1965 an der landwirtschaftlichen Gesamtfläche des Landes einen Anteil von rund 15 vH —, muß Ungarn auch Holz in großem Umfang zur Deckung des Landesbedarfs einführen. In den letzten Jahren wurde allerdings eine starke Aufforstungstätigkeit entfaltet. In den Jahren 1950—1955 wurde die Waldfläche um 91 000, in den Jahren 1955—1960 um 49 000 und in den Jahren 1960—1965 um 116 000 ha erweitert. In Ungarn findet sich fast nirgends Nadelholzwald, mit Ausnahme eines der westlichen Zipfel des Landes in der Nähe von Köszeg (Steinamanger) im Köszegi-Gebirge. Sonst hat Ungarn als zusammenhängende Wälder nur Laubholzwälder.

Die verkehrsgeographische Lage des Landes ist recht günstig. Da es zu rund zwei Dritteln flach ist, sind der Entwicklung und dem Ausbau eines Straßen- und Eisenbahnnetzes von der Geographie her keine wesentlichen Hindernisse entgegengestellt. Daneben bildet die Donau einen außerordentlich wichtigen Transportweg für Ungarn, verbindet sie das Land mit sieben weiteren Anliegerstaaten und verbilligt einen wesentlichen Teil der ungarischen Ein- und Ausfuhr. Neben der Donau ist ferner auch die Theiß in einer Länge von 443 km schiffbar, von den kleinen Flüssen jedoch nur der Körös in einer Länge von 124 km.

Das Eisenbahn- und Straßennetz Ungarns ist im Vergleich zu der günstigen geographischen Lage noch nicht optimal ausgebaut. Dabei blieb bisher der Ausbau des Straßennetzes besonders im Rückstand. Im Jahre 1965 entfielen auf einen Quadratkilometer 108 m Eisenbahnen und 299 m Straßen. In der Bundesrepublik betrugen dieselben Zahlen von 1965 142 bzw. 623 m. Das Straßennetz der Bundesrepublik war demnach je Quadratkilometer im Vergleich zu Ungarn besser ausgebaut als das Eisenbahnnetz. Man muß allerdings hier hinzufügen, daß das Eisenbahnstreckennetz in beiden Ländern zurückgeht, wobei das Tempo der Strek-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kenverringerung in der Bundesrepublik schneller ist als in Ungarn, während die Straßen in der Bundesrepublik schneller ausgebaut werden. Allerdings wurden hier sowohl hinsichtlich des Eisenbahn- als auch des Straßennetzes nur quantitative Vergleiche angestellt. Die Qualität beider Verkehrsnetze dürfte in der Bundesrepublik im allgemeinen jene in Ungarn weit überflügeln. Auf die Leistungsfähigkeit des ungarischen Verkehrsnetzes werden wir noch später zurückkommen.

2. Die Arbeitskraftquellen des Wachstums

Bereits im Eingang wurde gesagt, daß Ungarn zu den europäischen Ländern mit relativ geringer Bevölkerung zählt. Wenn ein kleines Land in seiner wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb relativ kurzer Zeit einen gewaltigen Schritt vorwärts tun will, so muß es — mehr als Länder mit reichlichem Bevölkerungsreservoir — versuchen, sein Arbeitskraftpotential in den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß maximal *und* rational einzugliedern. Eine maximale Eingliederung des eigenen Arbeitskraftpotentials braucht nicht unbedingt auch rational zu sein, und sie ist es auch in den meisten Fällen nicht. Aus diesem Grunde ist eine Untersuchung der Entwicklung des Arbeitsmarktes in Ungarn als eine der wesentlichen Stützen des wirtschaftlichen Aufschwungs sehr aufschlußreich.

Die Zahl der „aktiven" Erwerbstätigen stieg in Ungarn vom 1. Januar 1950 bis zum 1. Januar 1967 um insgesamt 723 600 Personen[1]. (In dieser Zahl sind nach neuester ungarischer Berechnungsmethode die Fachschüler nicht mehr enthalten, während sie bis zum Jahre 1964 noch unter den aktiven Erwerbstätigen mitgeführt wurden.) Um die Zahl der „aktiven", d. h. aus einem tatsächlichen Arbeitseinkommen lebenden Erwerbstätigen in diesen 17 Jahren um die angegebene Zahl erhöhen zu können, mußten insgesamt rund 2,5 Mill. Personen neu in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden. Von 1950—1967 sind nämlich rund 900 000 Erwerbstätige pensioniert worden, etwa 620 000 Personen sind gestorben und 150 000 Erwerbstätige haben das Land 1956 nach dem gescheiterten Aufstand verlassen. Da die Bevölkerung in derselben Zeit nur um 843 000 Personen zunahm, rekrutierte sich die Mehrzahl der in den Arbeitsprozeß neu eingegliederten Personen aus dem Kreis der bisher nicht erwerbstätigen Bevölkerung, und hier vornehmlich aus der weiblichen Bevölkerung.

Welche Veränderungen diese Zunahme der Erwerbstätigen von 723 600 Personen in den 17 Jahren von 1950 bis 1967 in der Bevölkerungsstruktur hervorgerufen hat, zeigt folgende Tabelle:

---

[1] Statisztikai évkönyv (Statistisches Jahrbuch) 1965, S. 50/51.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 1

Die Entwicklung der Bevölkerung und der Erwerbstätigen in Ungarn

Bevölkerungsgruppe	1950	1955	1960	1965	1967
Gesamtbevölkerung	9 292,5	9 766,6	9 961,0	10 135,5	10 196,8
a) Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter[a]	5 788,0	5 929,8	5 896,3	6 024,9	6 082,0
b) Bevölkerung im nicht erwerbsfähigen Alter[b]	3 504,5	3 836,8	4 064,7	4 110,6	4 114,8
c) Erwerbstätige im erwerbsfähigen Alter	3 591,2	3 914,7	4 076,8	4 286,9	4 384,6
d) Schüler im erwerbsfähigen Alter	241,7	270,1	348,6	548,3	589,8
e) Rentner im erwerbsfähigen Alter	77,3	65,8	54,1	79,7	112,5
f) Erwerbstätige im nicht erwerbsfähigen Alter	515,6	555,3	633,1	451,6	445,8
g) Erwerbstätige Bevölkerung insgesamt	4 106,8	4 470,0	4 709,9	4 738,5	4 830,4
h) Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung	44,2	45,8	47,3	46,8	47,4
i) Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in v. H.	30,5	32,5	35,5	38,8	39,6

a) Als erwerbsfähiges Alter gilt für die männliche Bevölkerung die Altersgruppe zwischen 14—60 Jahren und für die weibliche Bevölkerung zwischen 14—55 Jahren.
b) Als nicht erwerbsfähiges Alter gilt für die männliche Bevölkerung die Altersgruppe bis 14 Jahren und über 60 Jahren sowie für die weibliche Bevölkerung bis 14 und über 55 Jahren.

Die Tabelle deutet bereits starke strukturelle Veränderungen nicht nur innerhalb der Bevölkerungsgruppen, sondern noch mehr innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen an. Von den 723 600 zwischen 1950 und 1967 neu in den Arbeitsprozeß eingegliederten Personen waren nämlich nicht weniger als 663 200 Personen Frauen; das sind rund 93 vH der neu hinzugekommenen Erwerbstätigen. Aber selbst diese Zunahme hatte ein unterschiedliches Entwicklungstempo. Während in den Jahren 1950—1955 293 200 neue Erwerbstätige in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden konnten (davon 201 700 Frauen), betrug ihre Zahl in den Jahren 1955 bis 1960 309 900 (davon 220 000 Frauen), in den Jahren 1960—1965 28 600 (167 900 Frauen), und in den Jahren 1965—1967 91 900 (davon 73 600 Frauen). Mit anderen Worten: eine Zunahme der Erwerbstätigen in den Jahren 1960—1965 konnte überhaupt nur durch Eingliederung weiterer Kreise der weiblichen Bevölkerung erzielt werden. Offenbar sind also in der männlichen Bevölkerung keine nennenswerten Arbeitskraftreserven mehr vorhanden.

Will man angesichts dieser Tatsache eine gewisse Vorstellung über die künftige Entwicklung der ungarischen Arbeitskräftebilanz gewinnen,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

so muß man hierzu die Entwicklung der Bevölkerungsgruppen untersuchen, die *vor* dem erwerbsfähigen Alter, also jünger als 15 Jahre sind, sowie den Teil der Bevölkerung, der in erwerbsfähigem Alter ist, jedoch weder eine Ausbildung durchmacht, noch in die Gruppe der Frührentner eingestuft werden kann. Bei der Bevölkerungsgruppe *über* dem erwerbsfähigen Alter (bei Männern also über 60 und bei Frauen über 55 Jahren) scheint auf Grund der Entwicklung der letzten Jahre (s. Tabelle 1) die Neigung zur Fortsetzung einer Erwerbstätigkeit erheblich gesunken zu sein, so daß aus dieser Quelle ebenfalls keine nennenswerte Zunahme von Erwerbstätigen erwartet werden dürfte.

Hier muß noch einmal wiederholt werden, daß die Eingliederung zusätzlicher Erwerbstätiger in den letzten 10 Jahren zunehmend gerade aus der Bevölkerungsgruppe in erwerbsfähigem Alter erfolgte, also zunehmend solche Frauen eine Tätigkeit aufgenommen haben, die bisher nur als Hausfrauen tätig waren. Infolgedessen ist der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter von 1950 bis 1967 von 62 auf 79 vH gestiegen. Dabei sank das „potentielle Arbeitskraftreservoir" in dieser Bevölkerungsgruppe von 1 877 800 (1950) auf 995 100 (1967) Personen. Die Bevölkerungsgruppe bis 14 Jahren hat ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung von 23,3 vH (1950) auf 22,5 vH (1967) verringert, nachdem dieser Anteil in der Zwischenzeit zeitweilig (zwischen 1955 und 1960) auf 24 vH zunehmen konnte. Seit 1960 sinkt der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe ununterbrochen. Ungarn weist bekanntlich seit Jahren eine der niedrigsten (wenn nicht gar die niedrigste) Geburtenrate der Welt auf (1966: 13,6 v. T., 1967: 14,6 v. T.).

Rechnet man die Bevölkerungsgruppe bis 15 Jahren und den verbleibenden Teil der Bevölkerungsruppe in erwerbsfähigem Alter ohne Schüler und Rentner (Tabelle 1: Gruppe a—(c+d+e)), dann ergibt sich ein „potentielles Arbeitskraftreservoir" von 4 043 000 Personen im Jahre 1950 und ein solches von 3 292 100 Personen in 1967. Doch ist dies nur ein theoretisches Reservoir, das erst in künftigen Jahren und dann auch nur zum Teil herangezogen werden kann.

Ein weiteres theoretisches Arbeitskraftreservoir bestand in Ungarn zunächst bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung, da die Mechanisierung der Landwirtschaft noch nicht jenen Grad erreicht hat, bei welchem eine weitere Abgabe von Arbeitskräften an nichtlandwirtschaftliche Produktionszweige nicht mehr möglich ist. Doch hat sich auch hier das im Jahre 1950 noch relativ reichlich vorhandene Arbeitskraftpotential im Laufe der Jahre weitgehend ausgeschöpft. Es genügt darauf hinzuweisen, daß die Zahl der in der Landwirtschaft aktiv wirkenden Erwerbstätigen am 1. Januar 1950 noch 2 111 600 Personen betrug, dagegen am 1. Januar 1967 nur noch 1 493 900. Demnach sind 617 700 Personen aus der Landwirtschaft in andere Wirtschaftszweige abgewandert oder pensioniert

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

worden. Dabei hat es den Anschein, daß besonders der genossenschaftliche Sektor der ungarischen Landwirtschaft vieler seiner ursprünglichen Arbeitskräfte verlustig gegangen ist, während im staatlichen Sektor (wohl teilweise wegen der besseren und sicheren Verdienstverhältnisse) der Abgang nicht so kraß war. Die Angaben der offiziellen ungarischen Statistik hierüber sind allerdings widersprüchlich. Im staatlichen Sektor der Landwirtschaft waren am 1. 1. 1960 nach einer Quelle 370 300 und am 1. 1. 1967 433 200 Personen als Arbeiter und Angestellte beschäftigt[2]. Das würde eine Zunahme der Beschäftigten um 62 900 Personen bedeuten. Nach einer anderen Angabe ist dagegen die Zahl der Arbeiter und Angestellten im staatlichen Sektor der Landwirtschaft von 291 000 Personen (1960) auf 272 000 (1967), d. h. um 19 000 Personen, zurückgegangen[3].

Eindeutiger ist dagegen die Statistik über die Arbeitskraftentwicklung in dem genossenschaftlichen Sektor der Landwirtschaft. Nach derselben Statistik betrug die Zahl der LPG-Mitglieder am Ende der Vollkollektivierung (etwa Mitte 1961) 1 128 252 Personen, von denen 815 000, d. h. 72 vH „aktiv" waren. Im Jahre 1965 wurden nur noch 1 052 078 LPG-Mitglieder ausgewiesen, von denen 684 000 „aktiv" waren, d. h. nur noch 65 vH. Dies besagt, daß die Zahl der Rentner auch unter den LPG-Mitgliedern in den letzten Jahren relativ bemerkenswert zugenommen hat. Daneben ist eine ständige Veralterung der LPG-Mitglieder festzustellen. Allein von 1963 auf 1965 ist der Anteil der LPG-Mitglieder unter 40 Jahren von 21,9 (1963) auf 21,2 vH gesunken, der Anteil der 60 und über 60 Jahre alten LPG-Mitglieder dagegen von 37,8 vH auf 40,7 vH gestiegen[4].

Diese Angaben zeigen, daß eine nennenswerte Arbeitskraftreserve in der Landwirtschaft für eine Abwanderung in andere Wirtschaftszweige nur noch sehr bedingt vorhanden ist.

Man kann auf Grund des Dargelegten ohne Übertreibung sagen, daß das ungarische Arbeitskraftpotential praktisch kaum noch Reserven aufweist. Die sich technisch immer mehr entwickelnde Produktion verlangt von jeder Volkswirtschaft, in welcher der Wendepunkt von der extensiven zur intensiven Weiterentwicklung erreicht worden ist, daß der fachliche Ausbildungsgrad der Erwerbstätigen gesteigert werden soll, damit nunmehr die Arbeitsproduktivität für eine Produktionssteigerung sorgen kann. Entsprechend scheint auch in Ungarn die Neigung der Erwerbstätigen, besonders und in erster Linie der Arbeiter, zur Fortbildung

---

[2] Statisztikai évkönyv (Statistisches Jahrbuch) 1967, S. 54.
[3] Statisztikai évkönyv (Statistisches Jahrbuch) 1967, S. 55.
[4] Stat. Idöszaki Közlemények, 88. kötet: Mezögazdasági adatok (Stat. Periodische Mitteilungen, Bd. 88: Landwirtschaftliche Daten) I, S. 152.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

immer mehr zu steigen. Es gibt jedoch keine umfassende statistische Veröffentlichung über die Entwicklung des Ausbildungsgrades der Arbeiterschaft und der damit verbundenen Aufstiegsmöglichkeiten (d. h. zum Beispiel, ob und in welchem Umfange durch Fortbildung aus Arbeitern technische oder administrative Führungskräfte geworden sind).

Was man zur Zeit feststellen kann, ist die zunehmende Zahl der Schüler und Studenten sowie der Absolventen von Fachschulen und Fachtechnika. Innerhalb der Arbeiterschaft kann man, zumindest für den Bereich der staatlichen Industrie, z. B. feststellen, daß der Anteil von Facharbeitern an der Gesamtzahl der in der Industrie tätigen Arbeiter am 1. Oktober 1965 42 vH betrug gegenüber 39 vH am 30. September 1959. Der Anteil der angelernten Arbeiter belief sich in den entsprechenden Jahren auf 37,1 bzw. 37,6 vH, während der der Hilfsarbeiter 19,6 bzw. 23,4 vH ausmachte. Das bedeutet, daß ein bedeutsamer Teil der Hilfsarbeiter in der Zwischenzeit sich zumindest anlernen ließ, während bei den angelernten Arbeitern die Ausbildung zum Facharbeiter nicht in demselben Tempo erfolgte. Doch war auch hier ein Trend zum Facharbeiter hin zu beobachten.

Die Zahl der Schüler und Fachschüler hat sich von 1950 bis 1967 wie folgt entwickelt:

	1950	1955	1960	1964	1964[a)]
Schüler (männlich)	101 000	116 500	114 500	169 100	185 300
Schüler (weiblich)	80 400	101 500	117 600	187 500	220 900
Fachschüler (männlich)	52 700	45 800	97 600	120 900	143 300
Fachschüler (weiblich)	7 500	6 300	19 600	30 300	40 300

Quelle: Munkaeröhelyzet (1949 — 1. Januar 1964) (Lage der Arbeitskräfte), S. 143 und 148—151.

a) Für 1967 = Statisztikai évkönyv (Statistisches Jahrbuch) 1967, S. 52.

Diese Zusammenstellung zeigt allerdings nur die Zahl der Schüler in den Tageskursen und den Stand am 1. Januar des betreffenden Jahres (nach dem ungarischen Schulsystem also inmitten des Schuljahres). Eine andere Zusammenstellung der Schüler und Studenten (im Statistischen Jahrbuch 1967, S. 352) zeigt dagegen die Schülerschaft am Beginn der entsprechenden Schuljahre und umfaßt alle Schüler und Studenten der Tages-, der Abend- und der Fernkurse. Diese Zusammenstellung vermittelt folgende Entwicklung:

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schuljahr	Grundschule	Mittelschule	Hochschule	Fachschule
1950/51	1 229 957	107 925	32 501	56 800
1955/56	1 226 200	155 264	45 431	61 692
1960/61	1 392 260	241 036	44 585	125 343
1965/66	1 413 512	407 485	93 957	172 383
1967/68	1 331 079	351 186	83 938	194 591
Zunahme 1950/68	102 510	243 261	51 437	137 791

Die Zahl der Grundschulbesucher sinkt übrigens seit dem Jahre 1962/63 ständig. Dieses Schuljahr zeigt einen Kulminationspunkt der Bevölkerung vom Geburtsjahrgang her an. Dies bedeutet praktisch, daß vom Schuljahrgang 1963/64 an nunmehr mit einer abnehmenden Möglichkeit der Auffüllung von Arbeitsplätzen aus dem Nachwuchs zu rechnen ist, auch dann, wenn ein geringerer Prozentsatz der Grundschüler sich zur Fortsetzung ihrer Weiterbildung auf den Mittel- und Hochschulen entschließen würde. Im Gegenteil scheint jedoch die Neigung der Jugend, eine Arbeitsaufnahme durch Studium und Weiterlernen möglichst weit hinauszuschieben, immer noch im Wachsen begriffen. Dies wäre im Grunde ohnehin in volkswirtschaftlichem Interesse[5].

3. Die finanziellen Quellen des Wachstums Investitionen und Entwicklung der Grundmittel

Das ungarische statistische Jahrbuch 1965 ermöglicht einen Gesamtüberblick über die in der Volkswirtschaft in der Zeit vom 1. August 1947 (dem Zeitpunkt des Anlaufens des ersten Dreijahresplanes) bis Ende 1965 getätigten Investitionssummen. Danach wurden in der angegebenen Zeit insgesamt 404,6 Mrd. Forint in die gesamte ungarische Volkswirtschaft (einschließlich der sog. nichtproduktiven Zweige) investiert. Weder Zusammensetzung noch Tempo dieses Investitionsgesamtbetrages war jedoch einheitlich, und so dürfte die Aufteilung des Gesamtbetrages in einzelne Zeitabschnitte einige Auskünfte über die seinerzeit und derzeit verfolgte Wirtschaftspolitik geben. An dieser Stelle soll allerdings zunächst nur ein allgemeines Bild über die Entwicklung und Zusammensetzung der Investitionsbeträge gegeben werden. An späterer Stelle soll die Investitionspolitik kritisch ausgewertet und ihr tatsächlicher Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung des Landes untersucht werden.

[5] Der Einsatz höher und besser ausgebildeter Erwerbstätiger in den Arbeitsprozeß wiegt den Zeitverlust ihrer später erfolgenden Arbeitsaufnahme im volkswirtschaftlichen Interesse meist auf.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 2

Die ungarischen Investitionen 1947—1967
(Werte in Mill. Forint in laufenden Preisen)

Volkswirtschaftszweig	Bis Ende 1950	1951/ 1955	1956/ 1960	1961/ 1965	1966/ 1967
Investitionen insgesamt	20 070	68 204	113 504	202 777	105 684
davon:					
Industrie	7 039	30 857	48 503	85 208	46 245
darunter:					
Schwerindustrie	6 260	27 976	40 884	69 258	36 939
Leichtindustrie	371	1 400	4 136	8 824	5 171
Nahrungsmittelindustrie	408	1 481	3 483	7 126	4 135
Bauindustrie	483	1 495	2 198	4 554	2 117
Landwirtschaft	2 726	10 996	19 342	38 680	16 257
Verkehr	4 020	7 675	12 815	23 309	14 936
Handel	474	1 589	3 964	6 865	3 655
Kommunalwesen[a]	5 328	15 592	26 682	44 161	22 474
	in v. H.				
Investitionen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon: Industrie	35,1	45,2	42,7	42,0	43,7
darunter:					
Schwerindustrie[b]	88,9	90,7	84,3	81,3	79,9
Leichtindustrie[b]	5,3	4,5	8,5	10,3	11,2
Nahrungsmittelindustrie[b]	5,8	4,8	7,2	8,4	8,9
Bauindustrie	2,4	2,2	1,9	2,2	2,0
Landwirtschaft	13,6	16,1	17,1	19,1	15,4
Verkehr	20,0	11,3	11,3	11,5	14,1
Handel	2,4	2,3	3,5	3,4	3,5
Kommunalwesen[a]	26,5	22,9	23,5	21,8	21,3

a) Unter Investitionen für das Kommunalwesen fallen alle Investitionen im Bereich des Wohnungsbaus, des Verwaltungs-, des Gesundheits- und des Kulturwesens einschließlich der Investitionen von Wirtschaftseinheiten in den einzelnen Wirtschaftszweigen mit kommunalem Charakter, z. B. Betriebskindertagesstätten, Betriebskulturheime usw.

b) Die Anteile der einzelnen Industriezweige beziehen sich auf die Investitionssumme für die gesamte Industrie.

Quelle: Statisztikai évkönyv, Statistisches Jahrbuch 1965, S. 44, und Statistisches Jahrbuch 1967, S. 43—44.

Die Tabelle zeigt das starke Anwachsen der Investitionsbeträge von einem Zeitabschnitt zum anderen. Eine eindeutige Interpretation der einzelnen Investitionsbeträge und ihrer Wirkung auf die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung stößt auf verschiedene Schwierigkeiten. So ist z. B. erstens unbekannt, zu welchen Preisen die in den einzelnen Wirtschaftszweigen vorgenommenen und fertiggestellten Investitionsvorhaben tatsächlich verrechnet wurden, zweitens, welche Verschiebungen in den Preisrelationen für jene Güter eingetreten sind, die für die Verwirklichung der in den betreffenden Wirtschaftszweigen durchgeführten Investitionsvorhaben entscheidend waren. Ein kurzer Zusatz zu den statisti-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen Ergebnissen besagt zwar, daß die Investitionsbeträge — mit Ausnahme des Jahres 1958, wo die „Bewertung" der Investitionen zu Preisen vom 1. Januar 1959 erfolgte — im allgemeinen die in den betreffenden Jahren effektiven Rechnungsbeträge zu laufenden Preisen zusammenfassen. Dies sagt jedoch nichts darüber aus, ob nicht im Laufe der Jahre z. B. der für den Bereich der schwerindustriellen Investitionen entscheidende Güterkreis eine Preissenkung erfuhr, so daß im Endergebnis ein sinkender Anstieg der Investitionsbeträge für den schwerindustriellen Bereich nicht auf eine relativ nachlassende Förderung der Schwerindustrie, sondern lediglich auf eine Verbilligung der für die Durchführung von Investitionsvorhaben im schwerindustriellen Bereich notwendigen Güter und Bauten zurückzuführen sein würde. Es ist ferner bekannt, daß Preise für die gleiche Ware je nachdem unterschiedlich sind, ob die Ware in den staatlichen, den genossenschaftlichen oder in den ganz beschränkten privaten Sektor der Volkswirtschaft geht. Eine wirklich detaillierte Aufteilung der Investitionsbeträge sowohl nach diesen verschiedenen Preisrelationen als auch nach der Verschiebung der Mittel unter den einzelnen gesellschaftlichen Sektoren innerhalb derselben Wirtschaftszweige ist in Ungarn nicht vorhanden; daher läßt sich auch keine endgültige Aussage über die Entwicklung der Proportionen innerhalb der Investitionen machen.

Aber selbst bei diesen Vorbehalten läßt sich aus der Entwicklung der Investitionsbeträge und ihrer Zeitabschnitte einiges herausfinden. Wenn man den Index der Entwicklung der Investitionsbeträge für die einzelnen Volkswirtschaftszweige von Periode zu Periode erstellt, so ergibt sich, daß in der Zeit von 1951—1955 die Schwerindustrie und die Landwirtschaft, in den Jahren 1956—1960 die Leicht- und die Nahrungsmittelindustrie sowie der Handel und im Zeitabschnitt 1961—1965 die Leicht-, die Bau- und die Nahrungsmittelindustrie im Vergleich zu den übrigen Volkswirtschaftszweigen besonders gefördert worden sind, daß also die Investitionsmittel für die angegebenen Bereiche in den betreffenden Zeitabschnitten gegenüber den anderen Volkswirtschaftszweigen stärker gestiegen sind.

Es hat demnach auf Grund der Entwicklung der Investitionsbeträge in Ungarn den Anschein, als ob der absolute Vorrang der Schwerindustrie nur bis zum Ende 1955 bestanden hätte und danach bereits eine etwas ausgewogenere Entwicklung innerhalb der gesamten Volkswirtschaft angestrebt worden ist (s. Tabelle 2). Wir werden im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch zu untersuchen haben, auf welche Gründe diese Entwicklung zurückgeführt werden könnte. Viel ist in dieser Hinsicht noch nicht geschehen, doch immerhin mehr als in manchen anderen Ostblockländern.

Ebenfalls interessant ist die Entwicklung der Investitionsbeträge nach den einzelnen Ausgabenbereichen. Mit Ausnahme der ersten Investitions-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

periode wiesen die einzelnen Zeitabschnitte in dieser Beziehung folgende Aufteilung auf: Von den Gesamtbeträgen entfielen (in Millionen Forint in laufenden Preisen) auf Ausgaben für

	Bauten	Maschinen	Sonstige Ausgaben
1951/1955	40 965	18 340	8 899
1956/1960	56 610	44 895	11 999
1961/1965	91 158	89 956	21 663
1966/1967	49 654	44 812	11 218
	In v. H.:		
1951/1955	60	27	13
1956/1960	50	39	11
1961/1965	45	44	11
1966/1967	47	42	11

Diese Entwicklung deutet an, daß die Ausgaben für Bauten innerhalb der Investitionsmittel, wohl in erster Linie durch nachlassende Baupreise, ausgelöst durch die in den letzten Jahren in steigendem Umfang mechanisierte Produktionsweise, laufend bis 1965 abnahmen, während die maschinelle Ausrüstung der neuen Investitionsvorhaben immer stärker und wertvoller wurde. Die Entwicklung seit 1966 kann noch nicht endgültig bewertet werden. Die sonstigen Ausgaben umfassen Ausgaben für Planung und Projektierung der Investitionsvorhaben, Ausgaben für Installationsarbeiten und sonstige Kosten. Sie scheinen in der letzten Zeit einen relativ konstanten Teil der Investitionsbeträge zu bilden.

Weit interessanter ist die Aufteilung der Investitionsbeträge in den einzelnen volkswirtschaftlichen Bereichen nach Branchen innerhalb dieser Bereiche. Leider gibt es hierüber erst seit 1960 eine ausführliche Statistik, aber auch so kann man rund 59 vH aller ungarischen Investitionen seit Beginn der Planwirtschaft (1. August 1947) nach Branchen erfassen und die Veränderungen der Investitionsschwerpunkte in den letzten (für die Wirtschaftsentwicklung des Landes wichtigsten) sechs Jahren feststellen.

Die Tabelle 2 zeigte bereits, daß das Gewicht der Industrie an den volkswirtschaftlichen Gesamtinvestitionen seit 1951/55 von Periode zu Periode laufend abnimmt. Gleichzeitig zeigte sich jedoch, daß innerhalb der Investitionen für die Industrie das Gewicht der Leicht- und der Nahrungsmittelindustrie zu Lasten der Schwerindustrie ebenfalls seit dieser Periode im Steigen begriffen ist. Die Investitionsstatistik nach Branchen erlaubt uns, den Schwerpunktverlagerungen der Investitionsbeträge zumindest in den letzten sechs Jahren folgen zu können.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sie zeigt, daß innerhalb des schwerindustriellen Bereichs nur drei Branchen, nämlich (in der Reihenfolge der Zunahme der Investitionsbeträge für sie) die chemische und Gummiindustrie, die Industrie der Massenartikel aus Metall (innerhalb der Maschinenindustrie) und der Bergbau 1965 einen höheren Investitionsanteil erhielten als 1960, während eine weitere Branche, die Elektroenergie-Erzeugung, den Anteil ihrer Investitionssumme halten konnte. Alle übrigen Branchen der Schwerindustrie mußten sich 1965 mit einem geringeren Investitionsanteil als 1960 begnügen. Dies bedeutet natürlich nicht, daß diese Branchen nunmehr vernachlässigt worden sind, sondern es deutet darauf hin, daß in diesen Branchen der für ihre Entwicklung entscheidende Investitionsimpuls offenbar bereits vollzogen ist und eine kontinuierliche Entwicklung dieser Branchen nunmehr bei relativ langsam ansteigenden Investitionsbeträgen gewährleistet zu sein scheint.

Infolge der geschilderten Entwicklung ist der Anteil der Investitionsbeträge für die Schwerindustrie an der Investitionssumme für die gesamte Industrie von 83,7 vH (1960) auf 79,8 vH (1967) zurückgegangen. Der absolute Investitionsbetrag für die Schwerindustrie ist allerdings in derselben Zeit von 12,442 auf 20,556 Mrd. Forint oder um 65 vH gestiegen.

Anders verlief die Entwicklung im Bereich der Leichtindustrie. Der Anteil der Leichtindustrie an dem Gesamtbetrag der Investitionen für die Industrie stieg von 9,6 vH (1960) auf 12,4 vH (1967) und der absolute jährliche Betrag von 1,417 auf 2,897 Mrd. Forint, oder um 104 vH. Die einzelnen Branchen der Leichtindustrie profitierten jedoch von dieser Entwicklung in den einzelnen Jahren in unterschiedlichem Umfang (s. Tab. 3).

Am meisten gefördert wurde demnach die Textilindustrie, die in drei Jahren (1963—1964 und 1967) über die Hälfte der in diesen Jahren auf die Leichtindustrie entfallenden Investitionsbeträge erhielt. Auch die Papierindustrie wurde besonders in den Jahren 1961—1962 und 1965—1966 mit erhöhten Investitionssummen bedacht. Die in den letzten Jahren zu beobachtende stärkere Förderung der Branchen Druckerei-, Leder-, Pelz- und Schuhindustrie, Bekleidung und Sonstige Leichtindustriebranchen sowie auch Kunst- und Hausgewerbe ging zu Lasten der Investitionen für die Papierindustrie (in 1967) und der Holzverarbeitungsindustrie (seit 1965). Die gegenüber der Zeit 1960/62 erheblich gestiegenen Investitionsbeträge der Jahre 1963/65 und besonders der Jahre 1966/67 in der Textilindustrie zeigen deutlich, daß man in Ungarn sowohl die Kapazität der Textilindustrie zu erweitern als auch die bestehende Kapazität zu modernisieren trachtet. Kapazitätserweiterung wird vor allen Dingen im Bereich der Kunstfaserverarbeitung angestrebt, während die Modernisierung in erster Linie im Bereich der herkömmlichen Faserverarbeitung erfolgt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 3

Aufteilung der Investitionen in der Leichtindustrie in den Jahren 1960—1967

Industriebranche	1960	1963	1965	1967	1960/67
Werte (in Mill. Forint)					
1. Holzverarbeitung	266	192	310	303	2063
2. Papierindustrie	136	207	538	197	2355
3. Druckerei	85	121	66	198	856
4. Textilindustrie	690	963	930	1542	7477
5. Leder-, Pelz- und Schuhindustrie	122	103	178	269	1171
6. Bekleidungsindustrie	68	69	54	126	584
7. Sonstige Leichtindustrie	39	100	83	205	739
8. Kunst- und Hausgewerbe	11	16	17	57	167
Anteile (in v. H. der Leichtindustrieinvestitionen)					
1. Holzverarbeitung	18,7	10,8	14,3	10,5	13,4
2. Papierindustrie	9,6	11,7	24,7	6,8	15,2
3. Druckerei	6,0	6,8	3,0	6,8	5,6
4. Textilindustrie	48,7	54,4	42,7	53,2	48,5
5. Leder-, Pelz- und Schuhindustrie	8,6	5,8	8,2	9,3	7,6
6. Bekleidungsindustrie	4,8	3,9	2,5	4,3	3,8
7. Sonstige Leichtindustrie	2,8	5,7	3,8	7,1	4,8
8. Kunst- und Hausgewerbe	0,8	0,9	0,8	2,0	1,1

Schließlich konnte die Nahrungsmittelindustrie als letzter Zweig der Gesamtindustrie ihren jährlichen Investitionsbetrag von 998 (1960) auf 2313 Mill. Forint (1967) oder um rund 132 vH erhöhen.

Es zeigt sich somit deutlich, daß Ungarn bei den Industrieinvestitionen den konsumnahen Industriezweigen in der letzten Zeit größere Mittel zukommen läßt als es in den früheren Jahren der Fall war. Allerdings sollte auch die Industrie zur Produktion von Verkehrsmitteln, und hier besonders die IKARUS-Autobusfabrik, erheblich erweitert werden. Die Ungarn beabsichtigen, aus dieser Fabrik bis 1970 die größte Autobus-Fabrik Europas zu schaffen. Ein so groß angelegtes Vorhaben wird ohne Zweifel die Investitionsproportionen der nächsten Jahre merklich beeinflussen. Welche Wirkungen solche Vorhaben auf die Gesamtstruktur der ungarischen Industrie in den kommenden Jahren haben werden, wird im Abschnitt über die Probleme der weiteren Wirtschaftsentwicklung noch erörtert werden.

Die weitaus größte Aufmerksamkeit in der Bauindustrie wird nach wie vor dem Hochbau geschenkt. Die Mechanisierung dieses Industriezweiges zur Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms erfordert in der Tat erhebliche Investitionsmittel, welche jedoch für eine spürbare Entlastung des nach wie vor sehr angespannten Wohnungsmarktes nennens-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 4

Aufteilung der Investitionen in der Bauindustrie in den Jahren 1960—1967

Branchen	1960	1963	1965	1967	1960/67
	Werte in Mill. Forint				
1. Hochbau	538	626	477	729	4292
2. Tiefbau	291	300	336	331	2274
3. Baunebengewerbe	32	43	21	28	221
4. Bauplanungsunternehmen	26	82	102a)	91	630
Gesamte Bauindustrie	887	1051	936a)	1179	7417
	Anteile (in v. H. der Bauindustrieinvestitionen)				
1. Hochbau	60,7	59,6	51,0	61,8	57,9
2. Tiefbau	32,8	28,5	35,9	28,1	30,6
3. Baunebengewerbe	3,6	4,1	2,2	2,4	3,0
4. Bauplanungsunternehmen	2,9	7,8	10,9	7,7	8,5

a) = Im Statistischen Jahrbuch 1967 gegenüber den Vorjahren revidierte Ziffern.

wert höher liegen müßten als bisher. Man erstellt zwar immer neue Fabriken für Fertigbauelemente, aber eine wesentliche Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms konnte noch nicht erreicht werden.

Daneben hat auch der Tiefbau in den letzten Jahren eine wachsende Bedeutung erhalten. Damit scheint Ungarn der allgemeinen Entwicklung des modernen Verkehrswesens Rechnung tragen zu wollen, in welcher die Bedeutung des Straßenverkehrs erheblich gestiegen ist. Der Tiefbau war offenbar lange Jahre hinter der allgemeinen technischen Entwicklung und Ausstattung des Hochbaus zurückgeblieben, so daß er nunmehr mehr Finanzmittel zur weiteren Modernisierung der Tiefbauweise erhalten soll. Hinzu kommt noch ein umfangreiches Programm der Erweiterung des Untergrundbahn-Netzes in Budapest, das ebenfalls erhöhte Anforderungen an den technischen Stand des Tiefbaues stellt.

Im Bereich der Landwirtschaft hat sich unter den einzelnen Investitionsträgern im Laufe der Jahre 1960—1967 ebenfalls eine gewisse Wandlung vollzogen. Den größten Zuwachs ihrer Investitionsmittel konnten die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aus dem zentralen Investitionsfonds erzielen; der Investitionsbetrag für Zwecke der LPG ist von 3351 (1960) auf 5140 (1967) Mill. Forint gestiegen. Infolge dieser Entwicklung erhöhte sich der Anteil der LPG an den landwirtschaftlichen Gesamtinvestitionen von 43 vH (1960) auf 59 vH (1967). Die Zunahme der Investitionszuwendungen für Staatsgüter war in der-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

selben Zeit nicht so auffallend (von 1767 Mill. Forint in 1960 auf 2259 Mill. Forint in 1967), und dementsprechend ist auch ihr Anteil weit bescheidener (von 23,0 auf 25,9 vH in den acht Jahren) gestiegen. Dagegen verringerten sich die Investitionsbeträge für die staatlichen Maschinen- und Traktorenstationen ganz erheblich (in absoluten Werten von 1773 Mill. Forint auf 175 Mill. Forint in der Zeit 1960—1967) und entsprechend sank ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Gesamtinvestition von 22,9 auf 2,0 vH. Diese Entwicklung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften nach 1956 eigene Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen erwerben konnten, so daß dadurch die Bedeutung der MTS stark zurückgegangen ist. Die heutige Bedeutung der MTS gründet sich auf die Tatsache, daß viele LPG finanziell noch nicht stark genug sind, um einen ausreichenden eigenen Traktoren- und landwirtschaftlichen Maschinenpark zu haben, und daher immer noch gezwungen sind, die Dienstleistungen der MTS in Anspruch zu nehmen. Einen gewissen Anstieg ihrer Investitionsmittel in den letzten acht Jahren konnten auch die Bodenmeliorationsunternehmen verzeichnen, wenn auch dieser Anstieg relativ bescheiden war. Das Hauptgewicht dürfte hier in der Anschaffung und Unterhaltung eines Flugzeugparkes für landwirtschaftliche Zwecke, ferner in der Unterhaltung von landwirtschaftlichen Forschungsinstituten liegen, die im Bereich des Landwirtschaftsministeriums arbeiten.

Auf dem Gebiet des Verkehrswesens fällt es auf, daß der jährliche Investitionsbetrag für den Straßentransport in Höhe von 1743 Mill. Forint (1960) in der Folgezeit nur in zwei Jahren (1963 und 1967) übertroffen werden konnte (mit 1781 bzw. 2259 Mill. Forint).

Man muß hierzu allerdings vermerken, daß der Investitionsbetrag für den Straßentransport 1960 besonders hoch war. Dagegen stieg der Investitionsbedarf für den Eisenbahntransport von 2879 auf 4382 Mill. Forint in derselben Zeit. Entsprechend veränderten sich auch die Anteile dieser beiden Transportzweige an der gesamten Investitionssumme für den Verkehr: der Anteil der Investitionssumme für den Eisenbahntransport ist von 51,3 vH (1960) auf 53,9 vH (1967) gestiegen, dagegen der Anteil der Investitionsbeträge für den Straßentransport in derselben Zeit von 31,1 vH auf 25,8 vH zurückgegangen.

Neben diesen beiden großen Transportträgern steigt die Bedeutung einer modernen Transportart auch in Ungarn ganz besonders schnell, nämlich des Transports durch Rohrleitungen. Die Investitionsbeträge für diesen Transportbereich sind in Ungarn in der Gruppe „Sonstige Zweige des Verkehrswesens“ untergebracht und zeigen einen beachtlichen Aufschwung. Sie übertreffen seit 1963 die Investitionsmittel für das Post- und Fernmeldewesen, das sich auch in Ungarn in einer Modernisierungswelle befindet. Die Investitionsmittel für die Gruppe „Sonstige Zweige

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des Verkehrswesens“ stiegen von 20 auf 257 Mill. Forint, ihr Anteil an dem gesamten Investitionsbetrag für das Verkehrswesen von 0,4 auf 3,2 vH in der Zeit 1960/67. Da diese moderne Transportart relativ billig ist und da ferner in Ungarn immer wieder neue Erdöl- und Erdgasfundorte erschlossen werden und auch die Erdöl- und Erdgaseinfuhr mittels Rohrleitungen zunimmt, kann man mit einer anhaltenden Bedeutung dieser Gruppe auch künftig rechnen, die auch einen entsprechenden Investitionsbedarf haben wird.

Die Investitionen für den reinen Straßen- und Brückenbau nahmen in der Zeit 1960—1967 von 249 auf 309 Mill. Forint oder um etwas über 24 vH zu. Das ist nicht viel, wenn man bedenkt, daß das ungarische Straßennetz nicht sehr modern ist. Hier wird man in den kommenden Jahren entschieden mehr aufwenden müssen, wenn man das Verteilungsnetz entsprechend den modernen Anforderungen an das Verkehrswesen leistungsfähig machen und halten will.

Auf der anderen Seite scheint auch das Post- und Fernmeldewesen seine höchste und modernste Ausbaustufe noch nicht erreicht zu haben. Aus diesem Grunde wird künftig eine wachstumsoptimale Aufteilung der Investitionsbeträge gerade auf dem wichtigen Gebiet des Verkehrswesens sicherlich weit schwieriger sein als in den vorangegangenen Jahren, denn die Effizienz der Wirtschaftspolitik und das Wachstumsoptimum der einsetzenden Mittel wird nur bei einem optimal funktionierenden Verkehrssystem erreicht werden können.

Die im Hinblick auf die erhaltenen Investitionsbeträge wichtigste Branche innerhalb des Handels wird in der offiziellen ungarischen Statistik als „Gemeinschaftsverpflegung“ bezeichnet. Darunter ist jedoch zum größten Teil das gesamte Gaststättengewerbe und das Fremdenverkehrswesen zu verstehen und nur zu einem gewissen Teil die betriebliche Gemeinschaftsverpflegung. Obwohl Ungarn bereits vor dem zweiten Weltkrieg ein namhaftes Fremdenverkehrsland war, kämpft das Land zur Zeit noch um den Anschluß an den modernen Fremdenverkehr, dessen Bedeutung lange Jahre von der ungarischen Wirtschaftsführung außer acht gelassen wurde. Um so mehr strebt man nun einen schnellen Ausbau des Fremdenverkehrsnetzes, des Hotels- und Gaststättennetzes sowie dessen Modernisierung an. Die vielen in der Fachpresse zu findenden Projekte lassen darauf schließen, daß der Investitionsbedarf dieser Branche in Zukunft unter Umständen noch empfindlich steigen kann und somit ihre Bedeutung für die Investitionen innerhalb des Handels zumindest auf der derzeitigen Höhe erhalten bleiben wird. Dasselbe müßte man eigentlich auch vom Einzelhandel sagen, dessen Investitionsmittel seit 1960 mit Ausnahme des Jahres 1962 stets über 20 vH der Investitionsmittel für den gesamten Handel ausmachten; aber damit wird nur der Versuch gemacht, die Vernachlässigung früherer Jahre

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

etwas aufzuholen und das Ladennetz dem Bedarf der Bevölkerung entsprechend zu verdichten und zu modernisieren. Auch hier stecken noch große Aufgaben für die Zukunft, wenn man die Bevölkerung in kommenden Jahren weit besser als bisher versorgen will. Ebenfalls in diese Richtung zielen letztlich auch die Investitionen für die Branche „Vorratswirtschaft", in deren Rahmen vor allen Dingen die Erstellung und Unterhaltung ausreichender Lager- und Kühlhäuser fällt.

Etwas anders verhält es sich mit der Branche „Aufkauf", d. h. mit den Unternehmen, die den staatlichen Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse durchführen. Hier hat es auf Grund der Entwicklung der Investitionsmittel den Anschein, als ob die Erstellung entsprechender Kapazitäten (wohl auch hier in erster Linie Lagerhäuser) in etwa vollendet sei und der Zuwachs nunmehr nur noch im Maßstab der zeitgemäßen Notwendigkeit gefördert wird.

Die letzte Branche des Gesamthandels, der Großhandel, hat offenbar seine große Aufbauperiode ebenfalls beendet und scheint nur mit dem normalen Zusatzbedarf konform mit Investitionsmitteln bedacht zu werden.

Bei den Investitionsmitteln für das Kommunalwesen ist seit Jahren die wichtigste Gruppe der Wohnungsbau, der seit 1960 stets über 32 vH aller Mittel für das Kommunalwesen (innerhalb der letzten Jahre mit steigender Tendenz) erhielt. Doch scheint die Zunahme der Investitionsbeträge in absoluten Werten (sie stiegen in der Zeit von 1960—1967 von 2643 auf 3695 Mill. Forint) im Grunde nur der Verteuerung der Baupreise gefolgt zu sein.

Einen bedeutsamen Teil der kommunalen Gesamtinvestitionen erhält noch (ebenfalls mit steigender Tendenz) das Kulturwesen, dessen Investitionsbetrag in absoluten Werten von 1477 Mill. Forint (1960) auf 2237 Mill. Forint (1967) gestiegen ist. Hier sind in erster Linie die Schulbauten und die Errichtung von Bibliotheken und Kulturheimen die Hauptziele der Investitionstätigkeit. Dagegen konnten das Gesundheits- und das Sozialwesen erst in den letzten Jahren eine Zunahme ihres Anteils an den Gesamtinvestitionen für das Kommunalwesen erzielen. Dabei stieg der Anteil des Gesundheitswesens weniger stark als der des Sozialwesens an (ersterer von 8,8 auf 9,9, letzterer von 7,5 auf 14,1 vH in den Jahren 1960 bis 1967). Die Investitionen im Gesundheitswesen sind besonders zur Erhaltung der Arbeitskraft bedeutsam geworden; im Sozialwesen macht die rasche Veralterung der Bevölkerung die zunehmende Erstellung von Altersheimen erforderlich.

Diese hier nur kurz angedeuteten Entwicklungen im Kommunalbereich zeigen, daß im sog. „nichtproduktiven Sektor" der Volkswirtschaft wachsende Aufgaben auf die politische und wirtschaftliche Führung des Lan-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des zukommen, deren Vernachlässigung oder auch volle Berücksichtigung die volkswirtschaftliche Ertragskraft des Landes merklich beeinflussen muß und zunehmende Probleme aufwerfen wird.

Die Untersuchung der Entwicklung der Investitionsstruktur, so grob sie hier aus räumlichen Gründen auch geschehen mußte, umfaßt allerdings nicht jene Investitionen, die der genossenschaftliche, aber auch der (wenn auch sehr kleine) private Sektor der Volkswirtschaft aus eigenen Mitteln jährlich vornehmen. Über diese gibt es keine Angaben, obwohl es bekannt ist, daß besonders die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in den letzten Jahren in zunehmendem Umfang Investitionen auch aus eigenen Mitteln vornehmen.

4. Die Entwicklung der ungarischen Volkswirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg

Als Ungarn am Ende des Zweiten Weltkrieges daran ging, seine Volkswirtschaft wieder in Gang zu bringen, haben die politischen Parteien, die sich am 2. Dezember 1944 in der Unabhängigkeits-Front zusammenschlossen — die Sozialdemokratische Partei, die Unabhängige Kleinlandwirtepartei, die Nationale Bauernpartei und die Ungarische Kommunistische Partei —, zunächst als wirtschaftspolitisches Programm die Beseitigung des Großgrundbesitz-Systems durch eine radikale Bodenreform, die staatliche Kontrolle des Großkapitals bei Beibehaltung des Privateigentums und die Verstaatlichung der Bodenschätze vorgesehen.

Die Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Kräfte des Landes zeigte 1945, daß das Land im Zweiten Weltkrieg einen Gesamtverlust von 21,95 Mrd. Pengö (in Werten des Jahres 1938), oder fast 88 Mrd. Forint, erlitten hat[6]. Hinzu kam der im ungarischen Friedensvertrag festgelegte Wert von Wiedergutmachungen in Höhe von 300 Mill. Dollar, oder weiterer 1,545 Mrd. Pengö zu Werten von 1938 (6,2 Mrd. Forint), wovon die Sowjetunion 200, Jugoslawien 70 und die Tschechoslowakei 30 Mill. Dollar erhalten sollte[7]. Der effektive Substanzverlust und die Reparationen machten also insgesamt 94,2 Mrd. Forint aus, die das Land aufbringen mußte, um seine Wirtschaft erst etwa auf das Niveau der Vorkriegszeit zu bringen.

---

[6] Közgazdasági Szemle (Volkswirtschaftliche Rundschau), Nr. 3 vom Dezember 1954, S. 339.

[7] Iván T. *Berend:* Ujjáépités és a nagytöke elleni harc Magyarországon (Wiederaufbau und der Kampf gegen das Großkapital in Ungarn 1945—48), Budapest 1962, S. 46.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vom Gesamtverlust waren die einzelnen volkswirtschaftlichen Bereiche unterschiedlich betroffen. Den größten Verlust verzeichneten die Privathaushalte mit 5,25, die Landwirtschaft und das Verkehrswesen mit je 3,69 Mrd. Pengö in Werten des Jahres 1938. Aber auch die Fabrikindustrie erlitt einen Verlust von über 2 Mrd. Friedenspengö[8]. 90 vH aller Betriebe wiesen größere oder kleinere Kriegsschäden auf. Rund 50 vH der Grundfonds der Fabrikindustrie waren vernichtet[9]. Der Kapazitätsverlust der Gesamtindustrie betrug rund 24 vH. Aber selbst diese verringerte Produktionsbasis wurde durch Reparationsauflagen weiter geschmälert, da im Sinne des Friedensvertrages 5,6 vH der industriellen Reparationslieferungen Ungarns an die Sowjetunion (in Geldwert 48,7 Mill. Friedenspengö) in Form von Demontagen bestehender Fabrikationseinrichtungen erfolgen sollten. Nach offiziellen Angaben[10] wurde die Demontage der vorgesehenen Fabrikationseinrichtungen noch im ersten Lieferjahr (vom 20. Januar 1945 an) im Werte von rund 51 Mill. Friedenspengö durchgeführt und an die Sowjetunion übergeben. Damit erhöhte sich der Kapazitätsverlust der ungarischen Industrie auf insgesamt 911 Mill. Friedenspengö.

Auf dieser verringerten Produktionsbasis begann der Wiederaufbau der ungarischen Industrie und damit der ungarischen Wirtschaft. Im Anfang machte den Wirtschaftspolitikern des Landes die Bremsung und dann die Beseitigung der Inflation die größte Sorge, einer Inflation, die in der Weltgeschichte einmalige Ausmaße annahm. Sie wurde gespeist einerseits durch die knappen Warenbestände, andererseits durch die Ankurbelung der Wirtschaft durch staatliche Finanzmittel, denen keine entsprechenden Einnahmen gegenüberstanden. Immer mehr wurde die einzige Quelle der wachsenden staatlichen Ausgaben die Erhöhung des Geldumlaufs durch weitere Papiergeldemissionen. Auf Grund dieser Entwicklung stieg die Geldumlaufmenge im Verlauf des Jahres 1945 schon sehr beträchtlich an: Ende August 1945 betrug der Geldumlauf „erst" 24 Mrd. Pengö, Ende Oktober schon 106 und Ende Dezember 765 Mrd. Pengö. Die Inflation beschleunigte sich dann 1946 in schwindelndem Tempo: im Frühjahr 1946 belief sich der Geldumlauf auf 34 000 Mrd. Pengö, Ende Juni auf 6277 Trillionen Pengö und am letzten Tage der Inflation auf 47,35 Quadrillionen Pengö[11].

Aus Raummangel kann die Erörterung der Stabilisierung und die Ausarbeitung verschiedener Entwicklungspläne der einzelnen ungarischen

---

[8] Közgazdasági Szemle (Volkswirtschaftliche Rundschau), Nr. 3 vom Dezember 1954, S. 359.

[9] György *Ránki:* Magyarország gazdasága az elsö 3 éves terv idöszakában (Die Volkswirtschaft Ungarns in der Zeit des ersten Dreijahresplans 1947—1949), Budapest 1963, S. 9.

[10] *Berend,* a.a.O.

[11] *Ránki,* a.a.O., S. 11—12.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Parteien hier nicht behandelt werden. Es genügt hier festzustellen, daß die ungarischen Regierungen bis zur Machtübernahme durch die Kommunisten durchaus geneigt waren, die künftige Wirtschaftsentwicklung Ungarns unter nennenswerter ausländischer Finanzhilfe zu betreiben[12]. Die Bodenreform, die nach 1945 erfolgte, griff bereits entscheidend in den Bereich des Privatbesitzes ein und leitete die Verstaatlichung auch weiterer Zweige der Volkswirtschaft ein. Nachdem die ungarischen Parteien sich auf die Verwirklichung eines Dreijahresplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft geeinigt hatten, wurde der kommunistische Druck auf Verstaatlichung der Großbanken zur Gewährleistung der Kreditvergabe und Verhinderung von ihrer Meinung nach ungebührlichen Gewinnen aus der Kreditvergabe für den Dreijahresplan verstärkt[13]. Die Verstaatlichung der Banken erfolgte dann im Dezember 1947[14], nachdem am 1. August 1947 der Dreijahresplan mit einem Gesamtinvestitionsbetrag von 6585 Mill. Forint gestartet wurde. Vom Investitionsbetrag sollten 30,4 vH auf die Landwirtschaft, 26,5 vH auf Bergbau und Industrie, 25,4 vH auf Verkehr und Post und 17,7 vH auf kommunale Vorhaben entfallen[15].

Von der Verstaatlichung der Banken war nur noch ein Schritt zur Verstaatlichung der gesamten Industrie, wurde doch ein bedeutender Teil der Industriebetriebe, an denen die Kreditinstitute erhebliche Besitzanteile hatten, durch die Verstaatlichung der Banken mittelbar bereits verstaatlicht. Die Verstaatlichung der Industrie erfolgte im wesentlichen (zu 82 vH) dann im März 1948[16].

Die tatsächliche Erfüllung des ersten Dreijahresplanes zeigte bereits eine starke Abweichung der Realität von den ursprünglichen Plansätzen. Gegenüber der vorgesehenen Investitionssumme von 6585 Mill. Forint wurden tatsächlich 10 406 Mill. Forint investiert, wobei allerdings nicht festzustellen ist, welcher Prozentsatz von dieser scheinbaren Mehrinvestition den gestiegenen Investitionskosten zu verdanken ist, da die ursprünglichen Investitionsbeträge wohl auf Grund der Preise im Jahre 1947 festgesetzt wurden. Mehr jedoch als im Gesamtbetrag der Investition trat eine Abweichung von den ursprünglichen Planansätzen in der Investitionsrichtung ein. Die Industrie erhielt statt 26,5 nunmehr 32,2 vH, die Landwirtschaft statt 30,4 nur 17,1 vH, der Verkehr statt 25,4 nur 20,7 vH, während auf kommunale Vorhaben statt 17,7 nunmehr 27,1 vH der Investitionen entfielen. Der Rest verteilte sich auf die Bauindustrie und den Handel.

---

[12] *Berend,* a.a.O., S. 51 und *Ránki,* a.a.O., S. 40.
[13] *Ránki,* a.a.O., S. 48.
[14] *Ránki,* a.a.O., S. 92.
[15] *Ránki,* a.a.O., S. 74.
[16] *Ránki,* a.a.O., S. 107 und 110.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die räumliche Beschränkung dieser Darstellung erlaubt keine detaillierte Verfolgung der tatsächlichen ungarischen Wirtschaftsentwicklung in den einzelnen Planperioden, dann der Unterbrechung dieser Entwicklung durch den Volksaufstand im Oktober 1956 sowie der dann einsetzenden Weiterentwicklung. Aus diesem Grunde müssen wir uns mit einer Bewertung der amtlichen ungarischen statistischen Daten über diese Entwicklung begnügen und die Probleme herausarbeiten, welche sich im Verlauf dieser Entwicklung immer klarer und dringender herausstellen.

Immerhin muß soviel gesagt werden, daß das wirtschaftliche Entwicklungsziel der ungarischen Regierung nach der Machtübernahme der Kommunisten im Jahre 1949, die Überführung des Landes von einem überwiegenden Agrarstaat mit relativ geringer Industrie in einen Industriestaat mit hochentwickelter Landwirtschaft war. Zu diesem Zweck übernahmen die Spitzenfunktionäre Ungarns das sowjetische Entwicklungsmodell fast sklavisch, ohne die Unterschiede beider Länder in der natürlichen Ausstattung der beiden Volkswirtschaften zu berücksichtigen. Man betrieb einen schnellen Auf- und Ausbau einer schwerindustriellen Basis, wozu die natürlichen Voraussetzungen in Ungarn fast gänzlich fehlten. Dadurch geriet Ungarn nicht nur in eine verhängnisvolle (wirtschaftliche) Abhängigkeit vom Ausland (in erster Linie von der Sowjetunion), sondern es enstanden volkswirtschaftliche Disproportionen sowie eine ungebührliche zusätzliche Belastung der ungarischen Einfuhr, die wiederum auf lange Zeit das Land — infolge der Unfähigkeit der disproportionierten ungarischen Volkswirtschaft, die Handelsbilanz im Gleichgewicht zu halten — in eine wachsende Schuldnerposition hineindrängen mußte. Erst unter dem Druck der Ereignisse des Volksaufstandes im Jahre 1956 und der darauf eintretenden veränderten wirtschaftspolitischen Führung des Landes nahm die Entwicklung der ungarischen Volkswirtschaft eine ihrer natürlichen Ausstattung gemäßere Form und Struktur an. Die optimale Struktur ist zwar auch zur Zeit noch nicht herausgebildet worden — dazu war die Disproportionalität in der ungarischen Volkswirtschaft bis 1955 schon zu weit fortgeschritten —, aber man hat den Eindruck, daß dieses Ziel von der derzeitigen ungarischen politischen Führung nicht nur erkannt wurde, sondern auch konsequent angestrebt wird, selbst wenn die Erreichung dieses Zieles einer optimalen internationalen Arbeitsteilung innerhalb des Ostblocks im allgemeinen, und innerhalb des COMECON im besonderen zuweilen zuwiderlaufen sollte.

Durch die zeitweilige sehr starke Förderung der Industrialisierung bis etwa 1956 geriet sowohl die Landwirtschaft als auch der Handel in einen starken Rückstand. Sowohl Produktionsmenge als auch Produktionsqualität gingen in der Landwirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit merklich zurück, und so konnte der Bedarf der Bevölkerung und auch des

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Außenhandels an landwirtschaftlichen Erzeugnissen immer schwieriger und weniger befriedigt werden. Das ehemalige Agrarexportland Ungarn wurde ein starkes Agrarimportland. Durch die relative Vernachlässigung des Handels wurde auch das Verteilernetz immer weniger leistungsfähig, was die Versorgungsschwierigkeiten zusätzlich erhöhte.

Die Wahl eines zuverlässigen Indikators dieser Entwicklung fällt nicht leicht. Die ungarische Statistik hat hier einige Zeitreihen zur Verfügung, welche alle die tatsächliche Entwicklung nur annähernd wiederzugeben vermögen. Es gibt in den statistischen Veröffentlichungen einen Index des Volkseinkommens zu festen Preisen, einen Index des Nationalprodukts (dem Sinne, nicht jedoch dem Inhalt nach etwa dem westlichen „Gross National Product" entsprechend) zu laufenden Preisen sowie auch den Index des Volkseinkommens zu laufenden Preisen.

Der Index zu festen Preisen gibt nicht an, auf welches Basisjahr die Preise der Indexberechnung festgelegt wurden. In Ungarn gab es nämlich hierfür bisher drei Basisjahre: 1949, 1954 und 1959. Neben dieser Unsicherheit hat sich auch der Begriff „Volkseinkommen" (unabhängig davon, ob zu laufenden oder festen Preisen berechnet) im Laufe der Jahre gewandelt. Bis 1958 einschließlich umfaßte der Beitrag des Verkehrs- und Nachrichtenwesens zum Volkseinkommen nur den Gütertransport und den Nachrichtenverkehr mit produktivem Charakter, ab 1959 enthält dieser Beitrag auch den Personentransport und den gesamten Nachrichtenverkehr. Eine Änderung in der statistischen Nachweismethode brachte 1965 einen weiteren Unsicherheitsfaktor der Berechnung des Volkseinkommens in Ungarn ans Tageslicht. Seit 1965 wird nämlich der Wert der Exportgüter der Industrie ohne Umsatzsteuer für die Berechnung des Beitrages der Industrie und des Außenhandels zum Volkseinkommen berücksichtigt, während sie in den vorangegangenen Jahren diese Umsatzsteuer mitenthielt.

Sieht man zunächst von den bereits angegebenen Einschränkungen ab, so präsentieren sich die Indices der ungarischen Wirtschaftsentwicklung wie nebenstehende Tabelle.

Ein Vergleich der Indices für die Entwicklung des Volkseinkommens zu festen und zu laufenden Preisen zeigt, daß die Zunahme des Index zu festen Preisen von 1955 auf 1965 sich zunächst beschleunigt und dann von 1965 auf 1967 etwas abgeschwächt hat. Dagegen nahm der Index zu laufenden Preisen von 1950 auf 1955 sehr stark zu, er ging geringfügig zwischen 1955 und 1960 zurück, um dann zwischen 1960 und 1965 sehr stark abzuflachen und erst wieder ab 1966 wieder anzusteigen. Wenn die Berechnung beider Indexreihen nach dem Bruttosozialprodukt der einzelnen Volkswirtschaftszweige *ohne* Umsatzsteuer erfolgt, so würde man durch Vergleich beider Reihen die zwischenzeitlich eingetretenen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

	Volkseinkommen zu festen Preisen	Nationalprodukt zu laufenden Preisen	Volkseinkommen zu laufenden Preisen
1950	100	100	100
1955	132	224	203
1960	177	410	305
1965	220	·	360
1967	257	·	435
Diesen Indexwerten entsprachen folgende Beträge in Mill. Forint:			
1950[a)]	74 686	84 087	46 487
1955[a)]	101 573	188 269	94 292
1960	139 563	344 479	141 608
1965	173 650	·	167 441
1967	203 529	·	202 175

a) Auf Grund der Indices zurückgerechnet.

Preisveränderungen ablesen können. Ein Hinweis bei der Korrektur des Index für 1965 deutet jedoch an, daß die Berechnung der Beiträge der einzelnen Wirtschaftszweige zum Volkseinkommen auf der Basis des um die jeweilige Umsatzsteuer erhöhten Bruttoproduktionswertes der Wirtschaftszweige erfolgt. Diese Berechnungsmethode bedeutet einen erheblichen Verzerrungsfaktor für die Indexreihe, da die einzelnen Wirtschaftszweige sowie die einzelnen Branchen innerhalb dieser in unterschiedlichem Umfang mit Umsatzsteuern „angereichert", die tatsächlichen Betriebsergebnisse also in unterschiedlichem Umfang verzerrt werden. So wird z. B. der Beitrag der Industrie zum Volkseinkommen vor allen Dingen von der Produktion jener Industriebranchen abhängen, deren Erzeugnisse mit recht hohen Umsatzsteuern belegt sind, d. h. es erhalten die Zweige der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie im Volkseinkommen bzw. im Industrieproduktionsindex ein weit größeres Gewicht, als ihnen auf Grund der tatsächlichen Betriebsergebnisse zukommen würde. Diese Berechnungsmethode der Produktions- bzw. Volkseinkommensindices wird noch fragwürdiger, wenn man die Zusammensetzung des Volkseinkommens nach den einzelnen Wirtschaftszweigen untersucht. Sie zeigte zwischen 1950 und 1967 folgende Entwicklung (s. Tab. 5).

Neben der bereits angeführten Verzerrung der Beiträge der einzelnen Wirtschaftszweige zum Volkseinkommen durch Einbeziehung der Umsatzsteuer ist auch noch der negative Beitrag des Außenhandels zum Volkseinkommen zu erläutern. Nach einem Aufatz von Tamás Morva[17]

[17] Közgazdasági Szemle (Volkswirtschaftliche Rundschau), Nr. 10 vom Oktober 1958.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 5

Entwicklung des Volkseinkommens in Ungarn 1950—1967
(Werte in Millionen Forint zu laufenden Preisen)

Wirtschaftszweig	1950	1955	1960	1962	1964	1965	1967
Volkseinkommen gesamt	46 487	94 292	141 608	155 209	171 670	167 441	202 175
Industrie	22 440	50 465	80 149	95 499	107 812	97 192[a)]	114 656[a)]
Bauindustrie	3 136	5 543	16 113	15 886	17 110	17 416	21 463
Landwirtschaft	11 730	31 535	32 223	32 236	36 813	34 300	41 600
Verkehr u. Nachrichtenwesen	1 966	3 439	5 811	6 688	7 820	8 081	9 638
Binnenhandel	7 664	11 855	10 773	10 565	11 447	11 930	15 658
Außenhandel	—739	—8 757	—4 930	—7 215	—10 942	—3 080[a)]	—2 640[a)]
Sonstige Zweige der materiellen Produktion	290	212	1 469	1 550	1 610	1 602	1 800
			in v. H.				
Volkseinkommen gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Industrie	48,3	53,5	56,6	61,5	62,8	58,0[a)]	56,7[a)]
Bauindustrie	6,8	5,9	11,4	10,2	10,0	10,4	10,6
Landwirtschaft	25,2	33,4	22,8	20,8	21,4	20,5	20,6
Verkehr und Nachricht.	4,2	3,7	4,1	4,3	4,6	4,8	4,8
Binnenhandel	16,5	12,6	7,6	6,8	6,7	7,1	7,7
Außenhandel	—1,6	—9,3	—3,5	—4,6	—6,4	—1,8[a)]	—1,3[a)]
Sonst. Zweige	0,6	0,2	1,0	1,0	0,9	1,0	0,9

a) Der Wert der exportierten Industrieerzeugnisse wurde ohne Umsatzsteuer berechnet, vgl. Statisztikai évkönyv 1965, S. 38.

Quellen der Tabelle: für *1950—1962* A nemzeti jövedelem és a lakosság életkörülményei 1963 (Volkseinkommen und die Lebensverhältnisse der Bevölkerung 1963), Stat. idösz. közl. Bd. 65, 88—91; für *1964* A nemzeti jövedelem és a lakosság életkörülményei 1964. Stat. idösz. közl., Bd. 78, S. 60 u. 64; für *1965* Statisztikai évkönyv 1965 (Statistisches Jahrbuch 1965), S. 38; für *1967* Statisztikai évkönyv 1967 (Statistisches Jahrbuch 1967), S. 38.

über „Die Zusammenhänge der Handels- und Zahlungsbilanz sowie der Bilanzen von Nationalprodukt und Volkseinkommen" unterscheidet man bei den Ergebnissen des Außenhandels im Hinblick auf Nationalprodukt und Volkseinkommen zwischen Ausfuhr- bzw. Importüberschuß im eigentlichen Sinne und einem Ausfuhr*preis*überschuß, der über den Ausfuhrüberschuß hinausgeht.

„Der Ausfuhr- oder Einfuhrüberschuß soll den Wert jener Erzeugnisse zu inländischen Preisen darstellen, welcher als Resultat des Außenhandelswarenverkehrs das im Inland verfügbare Volkseinkommen verringert oder erhöht. Dies drückt der in Devisenforint angegebene Saldo der Handelsbilanz bzw. die inländische Preissumme dieses Saldos mit annähernder Genauigkeit aus.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Einen anderen Inhalt hat die über den Aus- oder Einfuhrüberschuß hinaus auftretende Preisdifferenz. Sie ist theoretisch jener Teil des Ausfuhrpreisüberschusses, der entscheidend eine Folge der Preispolitik ist. In dieser negativen Preisdifferenz darf man daher nicht eine Form der Verwendung des Volkseinkommens erblicken (wie im Ausfuhrüberschuß), sondern eine Korrektur des bei den anderen Zweigen infolge des Preissystems (lies: Umsatzsteuerzurechnung) sich ergebenden fiktiven Volkseinkommens, welche — im gegebenen Falle — das im Inland geschaffene und nominal ausgewiesene Volkseinkommen selbst auf der Entstehungsseite verringert[18]."

Dieser negative Beitrag des Außenhandels stellt im Grunde genommen den Betrag der Subventionierung des Außenhandels aus staatlichen Mitteln dar und wird aus dem Anschaffungspreis der Exporterzeugnisse zu Inlandspreisen abzüglich der Einfuhr zu inländischen Preisen, jedoch zuzüglich eventueller Materialkosten errechnet.

Im Jahre 1965 erfolgte nun eine teilweise Korrektur der Volkseinkommensberechnung, durch welche die Umsatzsteuer bei der zum Export gelangenden Industrieproduktion nicht mehr berücksichtigt wurde, wodurch auch der negative Außenhandelsbeitrag um diesen (unbekannten) Betrag gekürzt wurde. Diese Korrektur hat jedoch nur eine teilweise Entzerrung der Volkseinkommensberechnung gebracht, denn nicht nur Industrieerzeugnisse gelangten 1965 in Ungarn zur Ausfuhr, sondern auch landwirtschaftliche Erzeugnisse in nennenswertem Umfang. Der verbliebene negative Beitrag des Außenhandels zum Volkseinkommen in 1965 zeigt, daß die Ausfuhr auch weiterhin subventioniert wird, aber es ist nicht klar, ob dieser Betrag nunmehr nur die Subvention für landwirtschaftliche Ausfuhr darstellt, oder warum die Umsatzsteuer bei der zum Export gelangenden landwirtschaftlichen Produktion bei der Berechnung zum Volkseinkommen nicht ebenfalls abgezogen worden ist.

Die Einbeziehung der Umsatzsteuer in die Berechnung der Produktionsindices der einzelnen Wirtschaftszweige und damit mittelbar auch der Indices des Volkseinkommens verzerrt die tatsächliche Entwicklung der einzelnen volkswirtschaftlichen Zweige mitunter ganz erheblich und gibt auch die Effizienz der in den einzelnen Wirtschaftszweigen vorgenommenen Investitionen nicht konkret wieder. Die Betriebsergebnisse der einzelnen Industriebranchen *ohne* Umsatzsteuer dürften daher ein zuverlässigeres Bild über die allmähliche Umschichtung innerhalb des großen Bereichs der Industrie vermitteln. Wir besitzen den genauen Ausweis der Bruttoproduktionswerte der einzelnen Industriezweige seit 1960, und so können wir zumindest für die letzten acht Jahre ihre Entwicklung beobachten.

---

[18] Tamás *Morva*, a.a.O., S. 1042/1043.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 6

Bruttoproduktionswert der einzelnen Industriezweige
(ohne Umsatzsteuer) zu laufenden Preisen in Mill. Forint

Industriezweig	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1967
Bergbau	13 421	14 250	14 938	16 236	16 450	16 865	16 044
Elektroenergie	7 647	8 349	9 089	9 853	10 906	11 707	13 312
Hüttenwesen	24 323	26 137	27 512	28 191	29 703	29 427	32 966
Maschinenindustrie	45 423	50 194	55 448	58 527	64 030	56 942	66 744
darin: Produktion von Maschinen	27 220	29 347	31 724	13 222	14 175	13 013	15 256
Produktion von Verkehrsmitteln	·	·	·	19 437	21 160	19 000	21 413
Produktion von Elektromaschinen und Geräten	10 173	11 780	13 877	7 486	8 353	7 642	9 075
Nachricht.- und vakuumtechnische Industrie	·	·	·	7 116	7 919	6 727	8 530
Gerätebauindustrie	2 156	2 557	2 934	3 657	3 983	3 265	3 918
Baumaterialienindustrie	6 520	6 665	6 913	7 609	8 440	7 295	8 552
Metallmassengüter	5 874	6 510	6 968	6 906	7 942	8 271	9 676
Chemische und Gummiindustrie	14 383	16 589	18 942	18 913	20 620	22 206	27 886
Schwerindustrie gesamt	111 717	122 184	132 797	138 626	149 651	145 418	166 628
Holzindustrie	3 632	3 937	4 336	4 695	5 177	5 335	5 855
Papierindustrie	1 713	1 891	2 032	1 787	1 965	2 137	2 806
Graphische Industrie	1 186	1 308	1 423	1 536	1 699	1 758	2 037
Textilindustrie	12 372	13 177	13 839	15 437	16 443	17 583	19 828
Leder-, Pelz- und Schuhindustrie	1 436	1 527	1 506	4 290	4 491	4 780	5 441
Bekleidungsindustrie	8 365	9 135	8 990	5 218	5 592	5 558	6 572
Sonstige Industriezweige	1 866	2 794	2 441	1 718	1 858	1 866	2 113
Kunstgewerbe	·	·	·	745	813	806	1 263
Leichtindustrie gesamt	30 570	33 769	34 567	35 426	38 038	39 823	45 915
Nahrungsmittelindustrie	31 996	35 089	38 591	41 517	45 901	46 456	54 953
Staatliche Industrie gesamt	174 283	191 042	205 955	215 569	233 590	231 697	267 496

Quelle: Statisztikai évkönyv (Statistisches Jahrbuch) 1960, S. 112. — Statisztikai évkönyv (Statistisches Jahrbuch) 1961, S. 96. — Statisztikai évkönyv (Statistisches Jahrbuch) 1962, S. 115. — Statisztikai évkönyv (Statistisches Jahrbuch) 1963, S. 103. — Statisztikai évkönyv (Statistisches Jahrbuch) 1964, S. 103. — Statisztikai évkönyv (Statistisches Jahrbuch) 1965, S. 98. — Statisztikai évkönyv (Statistisches Jahrbuch) 1967, S. 102.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Auch hier zeigt sich die Problematik aller einen längeren Zeitraum umfassenden statistischen Reihen, nämlich daß sich die statistische Gruppierung innerhalb einer bestimmten Zeitreihe verändert. In den Jahren 1960/1962 wurde die Produktion von Verkehrsmitteln sowie die der Nachrichten- und vakuumtechnischen Industrie und des Kunstgewerbes nicht gesondert ausgewiesen, während die Produktion der Schuhindustrie wohl in der Produktion der Bekleidungsindustrie mit enthalten war.

Immerhin zeigen die Ergebnisse dieser acht Jahre, daß sich der Anteil des Bergbaus und des Hüttenwesens, aber auch der Maschinenindustrie an der industriellen Gesamtproduktion von 1960 bis 1967 etwas verringert hat (der gemeinsame Anteil dieser drei schwerindustriellen Zweige ging von 47,7 vH in 1960 auf 43,3 vH in 1967 zurück). Dagegen stieg der Anteil der Elektroenergie-Erzeugung von 4,4 auf 5,0 vH und noch mehr der der chemischen und Gummiindustrie (von 8,3 auf 10,4 vH). Der Anteil der gesamten Schwerindustrie an der industriellen Gesamtproduktion ging dabei von 64,1 vH in 1960 auf 62,3 vH in 1967 zurück.

Obwohl der Anteil der Maschinenindustrie an der industriellen Gesamtproduktion von 1960 auf 1965 leicht rückläufig war, konnten einzelne Zweige einen Anteilsanstieg verzeichnen, vor allem die Produktion von Elektromaschinen und -geräten sowie der Nachrichten- und vakuumtechnischen Industrie. Diese Entwicklung deutet auf eine gewisse Gewichtsverlagerung innerhalb der Maschinenindustrie zu den arbeitsintensiveren Zweigen hin.

Der Anteil der Leichtindustrie an der industriellen Gesamtproduktion blieb von 1960 bis 1967 nahezu unverändert (er ermäßigte sich von 17,5 auf 17,2 vH). Innerhalb der Leichtindustrie gewann die Textilindustrie weiter an Bedeutung, und durch die Aufnahme der Schuhindustrie in die Leder-, Pelz- und Schuhindustrie wuchs auch das Gewicht dieser Branche, während die Bekleidungsindustrie auch außer dem Wegfall der Schuhindustrie eine Bedeutungsverringerung erfahren hat. Interessant ist, daß die bei den Investitionen behandelte starke Berücksichtigung der Papierindustrie mit Investitionsmitteln im Produktionsergebnis dieser Branche noch keinen Niederschlag gefunden hat; ihre Entwicklung war sogar unterdurchschnittlich.

Als einziger Industriebereich erhöhte die Nahrungsmittelindustrie ihren Anteil an der industriellen Gesamtproduktion von 1960 bis 1967, und zwar von 18,4 auf 20,5 vH. Sie war auch der einzige Bereich, der in dieser Zeit einen überdurchschnittlichen Zuwachs aufwies (72 vH in sieben Jahren, oder jährlich rd. 10 vH), während die Schwer- und Leichtindustrie nur einen solchen von 49 bzw. 50 oder jährlich um 7 vH erzielten. Der Produktionszuwachs der Nahrungsmittelindustrie trägt sowohl dem erhöhten Verbrauch der eigenen Bevölkerung als auch der gesteigerten Ausfuhr der Erzeugnisse dieses Industriezweiges Rechnung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Neben der Produktionserhöhung der staatlichen Industrie spielt im Beitrag der Gesamtindustrie auch die Produktion der Handwerksgenossenschaften eine steigende Rolle, von der ein beachtlicher Teil auch exportiert wird. Der Bruttoproduktionswert der „kleinindustriellen" Produktionsgenossenschaften, wie die offizielle ungarische Bezeichnung für sie lautet, ist von 611 Mill. Forint (1950) auf 16 196 Mill. Forint (1967) sehr erheblich gestiegen. In dieser Zahl sind vermutlich auch die Betriebsergebnisse der Dienstleistungs-Genossenschaften im handwerklichen Bereich enthalten; den weitaus größten Anteil am Bruttoproduktionswert dürften jedoch die produzierenden und nicht die Dienstleistungsgenossenschaften haben.

Neben der staatlichen und der genossenschaftlichen Industrie gibt es außerdem noch einen kleinen Bereich privater Industrie, über deren Produktionsergebnisse jedoch nichts bekannt ist. In den statistischen Zusammenstellungen über diesen Bereich spielen vor allen Dingen diejenigen Gewerbetreibenden die Hauptrolle, die private Dienstleistungsbetriebe unterhalten, während die Sachwerte produzierenden privaten Handwerksbetriebe nicht gesondert erfaßt werden.

Eine Statistik der privaten Gewerbetreibenden nach Berufsarten zeigt einige recht deutliche Verschiebungen in der handwerklichen Struktur des Privatsektors Ungarns. Es handelt sich dabei weniger um die absolute Zahl der Gewerbetreibenden, die von 1950 zunächst bis 1963 sehr stark zurückgegangen, seither jedoch wieder im Steigen begriffen ist (von 120 000 auf 66 000 und bis 1967 wieder auf 72 179), sondern darum, daß die Vertreter gewisser Berufsarten eine erheblichere Einschränkung erfuhren als andere. So ging die Zahl besonders von Schustern und Herrenschneidern, Friseuren und Schmieden, aber auch von Tischlern von 1950 bis 1967 sehr stark zurück. Die beiden einzigen Berufsarten, in denen unter den nennenswerten Berufen die Zahl der privaten Gewerbetreibenden von 1950 bis 1967 gestiegen ist, waren Elektriker und Mechaniker. Diese Veränderungen zeigt die Tabelle 7.

Es ist interessant, daß die Zahl der vom Staat ausgegebenen Gewerbeerlaubnisse für Private seit 1960 stets höher war als die Zahl der Personen, die ein Privatgewerbe tatsächlich ausgeübt haben. Die Zahl der nicht ausgenutzten Gewerbeerlaubnisse schwankte zwischen 3000 bis 4000. Dieser Umstand deutet darauf hin, daß mit der Erteilung von Gewerbeerlaubnissen offenbar noch nicht alle Hindernisse für die Ausübung eines Gewerbes aus dem Wege geräumt wurden.

Die Zahl der privaten Gewerbetreibenden ist besonders in den Berufsarten stark zurückgegangen, in welchen der Staat — wohl zur Verhinderung umfassender Preiserhöhungen — Dienstleistungsgenossenschaften besonders gefördert hat. Hier scheint die einzige Ausnahme

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 7

Zahl der privaten Gewerbetreibenden

Gewerbeart	1950[a)]	1955	1960	1963	1965	1967
	jeweils am 31. Dezember des Jahres					
Gewerbetreibende ingesamt	120 383	97 636	84 281	65 987	70 431	72 179
darunter:						
Schuster	15 869	12 890	10 588	8 318	7 765	7 136
Herrenschneider	11 364	9 393	6 948	5 176	4 852	4 475
Tischler	9 247	7 894	6 090	4 060	4 114	4 014
Friseure	9 127	5 543	5 811	5 075	4 954	4 832
Schmiede	8 473	6 562	2 379	887	897	948
Damenschneider	6 338	6 520	6 953	6 016	6 323	6 420
Maurer	5 646	6 816	5 210	3 852	4 038	3 930
Zimmerleute	2 563	2 452	1 705	1 123	1 154	1 077
Mechaniker	1 123	1 409	1 169	1 001	1 197	1 358
Elektriker	1 046	1 587	1 217	1 117	1 494	1 741

a) = 25. Januar 1951

bei den Damenschneidern zu sein, die sich noch am besten behaupten konnten.

Über die Entwicklung der Grundfonds der ungarischen Volkswirtschaft, d. h. des in ihr investierten Sachkapitals einschließlich der Gebäude, aber ohne den Grund und Boden, ist wenig bekannt. Die einzige umfassende Angabe für die Gesamtheit der Volkswirtschaft ist im Stastistischen Jahrbuch 1965 (S. 41) und 1967 (S. 41) enthalten. Danach hat sich der Bruttowert der Grundfonds in den Jahren 1960 bis 1967 zu festen Preisen (wobei das Basisjahr nicht ersichtlich ist) wie folgt entwickelt (s. Tab. 8).

Im übrigen leidet auch hier eine Würdigung der Zeitreihen unter der unzureichenden Statistik, die zudem manchmal auch noch widersprüchlich ist.

5. Die Wachstumsprobleme der ungarischen Volkswirtschaft

Die kurze empirische Deutung der Entwicklung der ungarischen Volkswirtschaft und die Behandlung der Faktoren dieser Entwicklung haben gewisse Engpässe, Problempunkte in der weiteren ungarischen volkswirtschaftlichen Entwicklung herausgestellt, welche unabhängig von der jeweiligen Wirtschaftspolitik stets in der Beurteilung der künftigen Entwicklung des Landes berücksichtigt werden müssen. Diese Punkte berühren folgende Wachstumsfaktoren: Energieversorgung, Rohstoffversorgung, Arbeitskraftlage, Entwicklung der Produktivität in den einzelnen volkswirtschaftlichen Zweigen, Entwicklung der Investitionen und des Verkehrswesens.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 8

Entwicklung des Grundfonds der ungarischen Volkswirtschaft
Bruttowert zu festen Preisen in Millionen Forint

Volkswirtschaftszweig	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1967
	jeweils am 1. Januar des betreffenden Jahres						
Industrie	136 201	148 596	160 930	174 770	190 682	207 089	236 816
Bauindustrie	4 090	4 722	5 154	5 782	6 771	7 686	10 127
Landwirtschaft	82 182	83 623	87 026	92 075	98 216	105 707	120 508
Verkehr u. Nachrichtenwesen	131 549	135 868	139 894	143 019	148 486	153 850	165 097
Handel	11 129	12 354	13 545	14 465	16 235	19 054	22 222
Sonstige Zweige der materiellen Produktion	425	433	460	482	511	515	668
Produktive Zweige gesamt	365 576	385 596	407 009	430 593	460 901	493 901	555 438
Nichtproduktive Zweige	320 481	331 991	343 667	357 482	369 025	383 797	435 079
Grundfonds insgesamt	686 057	717 587	750 676	788 075	829 926	877 698	990 517

a) Die Entwicklung der Energieversorgung der ungarischen Volkswirtschaft bildet für das Land, das mit natürlichen Energiequellen nicht reich gesegnet ist, ein größeres Problem als für manche anderen Länder im Ostblock. Lange Zeit basierte die Energieversorgung des Landes allein auf der Kohle. Erst nach dem zweiten Weltkrieg erweiterte sich allmählich die Versorgungsbasis des Landes durch verschiedene Energieträger (Erdöl, Erdgas, Heißwasser), und im Jahre 1966 wurde ein Vertrag zwischen Ungarn und der Sowjetunion über die Errichtung eines Atomkraftwerkes mit sowjetischer Hilfe in Ungarn geschlossen.

Obwohl ein absoluter Vergleich infolge des Fehlens einer Statistik über die Quellen des ungarischen Energieverbrauchs, in Heizwerte umgerechnet, nicht möglich ist, läßt sich immerhin feststellen, daß der Verbrauch an Erdöl, Heizöl und Erdgas in der erfaßbaren Zeitspanne schneller wächst als der herkömmliche Elektroenergie-Verbrauch. Das Jahr 1955 als Basisjahr gleich 100 gesetzt, erhöhte sich bis 1965 der Verbrauch an Elektroenergie auf 183, an Erdöl auf 231, an Heizöl auf 252 und an Erdgas auf 309. Der Kohleverbrauch, von dem ein erheblicher Teil für die Erzeugung von Elektrizität verwendet wird, stieg im selben Zeitraum auf 142 Punkte. Dabei erhöhte sich der Verbrauch an Erdgas sicherlich noch mehr, da in diesen Angaben der Erdgasverbrauch nur für die staatliche Industrie berücksichtigt worden ist, während der Verbrauch der Bevölke-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rung (sowohl als „Küchenenergie“ als auch als Heizung) besonders in der letzten Zeit, da immer mehr neue Siedlungen mit Erdgas durch Fernleitungen geheizt werden, ständig steigt. Als Heizkraft für den Haushaltsverbrauch nimmt auch die Bedeutung von Heißwasserquellen in den letzten Jahren ständig zu, doch wird der Verbrauch von Heißwasser als Heizenergie für Haushalte noch nicht statistisch ausgewiesen.

Ein Zeichen dafür, daß auch Ungarn dem allgemeinen Trend der Umstellung der Energiebasis des Landes von Kohle auf andere Energieträger — wie fast überall auf der Welt — folgt, ist die Tatsache, daß in Ungarn bereits der Ausbau der Kohlenbergwerke verlangsamt wird und unrentable Zechen geschlossen werden. Auch berichtete die ungarische Presse über Maßnahmen zur Umdisponierung von frei werdenden Bergleuten[19].

Es hat den Anschein, als ob Ungarn das Problem der künftigen Energieversorgung des Landes richtig einschätzt und dementsprechend die notwendigen Schritte unternimmt, damit von dieser Seite her eine ungünstige Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums und damit der weiteren Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung soweit wie möglich ausgeschaltet werde.

b) Bei der gleichfalls sehr wichtigen Frage der ausreichenden Versorgung Ungarns mit Rohstoffen aller Art ist ebenfalls eine realistische Betrachtungsweise der Regierung zu erkennen. Man ist sich in Ungarn im klaren darüber, daß die Einfuhr herkömmlicher Rohstoffe für alle möglichen industriellen Produktionszwecke die Devisenbilanz des Landes jedes Jahr stark belastet. Aus diesem Grunde beabsichtigt man, die Kunststofferzeugung und -verarbeitung schwerpunktmäßig schneller zu entwickeln als die meisten anderen Industriezweige. Diese Industrie ist jedoch noch nicht auf den Entwicklungsgrad und die Kapazitätshöhe gebracht worden, welche erforderlich wäre, um die Einfuhr herkömmlicher Rohstoffe in nennenswertem Umfange einschränken zu können. Gewisse Erfolge können allerdings schon verbucht werden, wie dies aus dem rückläufigen Anteil der Rohstoffe an der ungarischen Gesamteinfuhr zu ersehen ist. (Vgl. die Statistik des Außenhandels in den ungarischen amtlichen Jahrbüchern.)

Infolge der geplanten schnelleren Entwicklung der chemischen Industrie soll der Anteil dieses Industriezweiges innerhalb der Gesamtindustrie im Verlauf des dritten Fünfjahresplanes bis 1970 auf 10,6 vH (gegenüber 6,8 vH in 1960 und 8,9 vH in 1965) steigen[20]. In der chemischen

---

[19] Népszava (Volksstimme) vom 3. 2. 1967, S. 2.

[20] *Lázár:* A népgazdaság harmadik ötéves tervéröl, Közgazdasâgi Szemle, (Über den Dreijahresplan der Volkswirtschaft, Volkswirtschaftliche Rundschau), Nr. 9/1966, S. 1024.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Industrie ist beabsichtigt, besonders die Produktion von Kunstdüngern, von Kunststoffen und Kunstfasern sowie von Medikamenten zu erhöhen. Die Kunststoffproduktion soll sich 1970 einer Jahresmenge von 100 000 t annähern, was etwa eine Verdreifachung der Produktion des Jahres 1965 bedeuten würde[21].

Neben der Erhöhung der eigenen Kunststoffproduktion will man die Einfuhr von Rohstoffen auch durch Prämiierung von Ersparnissen in der Verwendung von Rohstoffen bei der Produktion verringern, d. h. also die Verschwendung von eingeführten Rohstoffen bei der Produktion möglichst ausschalten. Dies wurde natürlich erst durch die Aufgabe der (früher einzig ausschlaggebenden) Mengenplanung in den kurz- und langfristigen Wirtschaftsplänen möglich.

c) Ein weitaus größeres Problem wird der ungarischen Regierung die Situation auf dem Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren bereiten, obwohl man für die Jahre 1967—1970 mit einer stärkeren Welle des von der Jugend herkommenden Arbeitskraftangebots rechnete und dementsprechend Vorsorge zu treffen bestrebt war, damit aus strukturellen Gründen keine zeitweilige Arbeitslosigkeit entsteht und die schulentlassene Jugend möglichst restlos in den Arbeitsprozeß eingegliedert wird[22].

Das Problem ist hier, wie der genannte Aufsatz ausführte, daß das auf eine gleichmäßige Entwicklung eingerichtete Land weder im Unterrichtswesen noch in der Beschäftigung diesen vorübergehenden „Bestandsüberschuß" ohne Schwierigkeiten verkraften kann. Während nämlich vorher im jährlichen Durchschnitt etwa 150 000 bis 155 000 Jugendliche schulentlassen wurden, rechnete man für das Jahr 1967 mit 164 000, für 1968 und 1969 mit je fast 185 000 und für 1970 mit rund 165 000 Jugendlichen, die die achte Klasse der allgemeinen Schule (Grundschule) verlassen und einen Arbeitsplatz suchen. Diese „Arbeitskraftwelle" wird allerdings nur einige Jahre anhalten, denn schon seit dem Schuljahr 1962/63 hat die Zahl der Schüler in den allgemeinen Schulen bis zum Ende des Schuljahres 1965/66 um fast 60 000 Jugendliche abgenommen[23]. Die Zahl der neu eingeschulten Kinder betrug in Ungarn im Schuljahr 1960/61 noch 229 151, sie sank im Schuljahr 1965/66 auf 161 537 oder um 67 614[24]. Dies zeigt die künftige Entwicklung der Arbeitskraftreserve von der Jugend her an, die zweifellos ein weit schwierigeres Problem ist als das vorübergehende Problem der restlosen Unterbringung der schulentlassenen Jugendlichen der stärkeren Geburtenjahrgänge in den laufenden Arbeitsprozeß. Damit wird sich das „potentielle" Arbeitskraftreservoir (vgl.

[21] Ebenda.
[22] Vgl. Figyelö (Beobachter), Nr. 5/1967 vom 1. 2. 1967, S. 1.
[23] Stat. Évkönyv (Statistisches Jahrbuch) 1965, S. 346.
[24] Stat. Évkönyv (Statistisches Jahrbuch) 1965, S. 348.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

S. 109 bis 110 dieser Arbeit) von dem Nachwuchs her weiter verringern und sich noch eindeutiger auf die noch nicht arbeitenden Frauen in erwerbsfähigem Alter konzentrieren. Man ist sich jedoch der Schwierigkeiten bewußt, die sich der Steigerung der Eingliederung weiblicher Arbeitskräfte entgegenstellen. Eine ungarische Sozialuntersuchung[25] stellte fest, daß von dem am 1. Januar 1964 vorhandenen weiblichen Arbeitskraftreservoir etwa 250 000 Mütter mit drei und mehr Kindern waren, 100 000 bis 150 000 wegen Dauerkrankheit arbeitsunfähig und von den restlichen 700 000 Frauen die überwiegende Zahl auf dem flachen Lande lebte. Zu deren theoretischer Eingliederung in den Arbeitsprozeß müßte eine solche Dezentralisierung der Industrieansiedlung notwendig sein, die für 10 bis 20 Jahre die Neuansiedlung von Industrien nur in Dörfern oder in kleineren Städten erlauben würde. Hinzu kommt, daß 80 vH der nicht erwerbstätigen Frauen ohne jegliche fachliche Ausbildung sind. Eine fachliche Ausbildung dieser Frauen hält die Untersuchung für nahezu unmöglich, denn dazu fehlten, neben anderem, nicht nur Unterrichtsräume, sondern auch Unterrichtskräfte. Aus diesem Grunde sieht man in Ungarn in der rund 1 Million nicht erwerbstätiger Frauen keine potentielle Arbeitskraftreserve.

Die Situation bei den Männern in erwerbsfähigem Alter, die noch nicht arbeiten, ist noch weit angespannter. Von diesen gab es am 1. Januar 1965 nur eine theoretische Arbeitskraftreserve von rund 1 vH oder rund 70 000 Personen[26]. Hierbei sind jedoch sowohl Arbeitsscheue als auch längerfristig Arbeitsunfähige und Sträflinge miterfaßt, mit denen als Arbeitskräften kaum zu rechnen sein dürfte.

d) Nach allen zur Verfügung stehenden Unterlagen wird daher das künftige Wachstumstempo der ungarischen Volkswirtschaft in erster Linie von der Entwicklung der Produktivität in den einzelnen Wirtschaftszweigen abhängen. Selbstverständlich wird diese branchenweise verschieden sein, denn die unterschiedliche Förderung der einzelnen Wirtschaftszweige durch die Regierung wird zweifellos nicht ohne Wirkung für die Entwicklung der Produktivität bleiben. Die von der Regierung schwerpunktmäßig geförderten Wirtschaftszweige, besonders innerhalb der Industrie, zeigen bereits überdurchschnittliche Produktivitätssteigerungen. So erhöhte sich bis Ende 1965 die Produktivität (1950 gleich 100 gesetzt) im Gerätebau auf 366, in der chemischen Industrie auf 318, in der Nachrichten- und Vakuumtechnik auf 292 und in der Herstellung von Verkehrsmitteln auf 281. Im Vergleich dazu stieg die Produktivität in der gesamten sozialistischen Industrie (staatlicher und genossenschaftlicher Sektor zusammengenommen) in derselben Zeit auf 188, wobei die

[25] Munkaeröhelyzet (1949—1964 január 1.), (Arbeitskraftlage / 1949—1. Jan. 1964), Bd. 76, S. 35.
[26] Stat. Évkönyv (Statistisches Jahrbuch) 1965, S. 49 und 52.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Produktivität in der staatlichen Industrie im allgemeinen weit höher war als in der genossenschaftlichen. Da jedoch der Index der Produktivität für die *gesamte* Industrie (also einschließlich auch des privaten Sektors) von 1950 bis 1965 auf 205 erhöht wurde, muß die Produktivität der privaten Industrie (d. h. des Handwerks) die der staatlichen Industrie weit überflügeln, da sie infolge des geringen Gewichts des Privatsektors im gemeinsamen Produktivitätsindex viel höher als die der staatlichen Industrie (mit 198) sein muß.

Damit scheint zumindest für den Industriesektor der Beweis erbracht zu sein, daß der private Sektor, selbst bei den unter dem herrschenden System obwaltenden größeren Schwierigkeiten für die Produktion produktiver als der staatliche oder genossenschaftliche Sektor zu erzeugen vermag. Man muß allerdings gerechterweise zugeben, daß der größte Teil des privaten Sektors der Industrie nicht zur Industrie im eigentlichen Sinne gehört, also keine produzierende Tätigkeit ausübt, sondern vorwiegend Dienstleistungen vollbringt. Doch ist der Produktionswert der *produzierenden* privaten Betriebe proportional zweifellos höher als der der reinen Dienstleistungsbetriebe im privaten Sektor.

Wie auch immer sich die Produktivität in den verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren der einzelnen Wirtschaftszweige zu entwickeln vermag, es wird das vorrangige Bestreben der ungarischen Regierung sein müssen, eine weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität in allen Wirtschaftsbereichen zu erreichen. Nicht zuletzt sollen auch die 1968 begonnenen Wirtschaftsreformen auch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität neben Material- und Kosteneinsparungen bewirken.

e) Die Entwicklung der Produktivität wiederum wird vom Umfang der Investitionen und von ihrer Zusammensetzung abhängen. Ohne Zweifel werden die Investitionsentscheidungen in den kommenden Jahren für die ungarische Regierung nicht sehr einfach sein, muß sie doch bei diesen Entscheidungen verschiedene Faktoren berücksichtigen. In dieser Hinsicht ist es nur zu begrüßen, wenn die Regierung einen großen Teil dieser Investitionsentscheidungen in die betriebliche Verantwortung überführt, da in den Betrieben weit eher und schneller die zweckmäßigen und daher richtigen Investitionsentscheidungen getroffen werden können, als bei den produktionsfernen Verwaltungsstellen. Die bei den Investitionsentscheidungen zu berücksichtigenden Faktoren sind: 1. Ausweitung der Produktionskapazität, 2. Modernisierung der bestehenden Produktionskapazität, 3. richtige Aufteilung des Investitionsbetrages auf Grund- und Umlauffonds, 4. Konzentrierung der Investitionsbeträge auf effiziente Investitionsvorhaben. Alle vier Faktoren könnten *gemeinsam* die höchstmögliche Effizienz der Investitionen gewährleisten, wenn ein optimales Verhältnis dieser Gesichtspunkte bei den Investitionsentscheidungen gebildet und berücksichtigt werden würde. Bei den bisherigen Investitio-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nen in Ungarn hatten Investitionsausgaben für die Umlauffonds einen unverhältnismäßig hohen Anteil an der Gesamtsumme der Investitionen, wodurch natürlich keineswegs eine optimale Effizienz der Investitionen erzielt werden konnte.

Die in Tabelle 2 gebrachte Zusammenstellung aller Investitionen in der ungarischen Volkswirtschaft seit Beginn der Planwirtschaft ist nicht die einzige Quelle für die Feststellung der Gesamtinvestitionen, die in Ungarn für die Entwicklung der Volkswirtschaft vorgenommen wurden. Auch die Statistik der Entwicklung des Volkseinkommens auf der Verwendungsseite gibt die Beträge bekannt, welche jährlich in laufenden Preisen für Akkumulationszwecke (und zwar sowohl für die Erweiterung der Grund- als auch der Umlauffonds) zur Verfügung gestellt wurden. Diese Beträge weichen allerdings von der in dieser Untersuchung an der angegebenen Stelle gebrachten Ziffern der ungarischen Statistik ab. Nach dieser Quelle[27] betrug die Gesamtsumme der Beträge für Akkumulation aus dem Volkseinkommen von 1949 bis 1965 420 174 Mrd. Forint gegenüber 404 555 Mrd. Forint nach der anderen Quelle.

Im großen und ganzen scheint jedoch weder der Betrag von 420 noch weit weniger der von 405 Mrd. Forint als Gesamtinvestitionssumme in Ungarn richtig zu sein, denn der Betrag von 420 Mrd. Forint würde einen jährlichen durchschnittlichen Anteil der Investitionen von 22,6 vH an der Verwendung des ungarischen Volkseinkommens bedeuten, ein Anteil, der den starken Rückgang des Lebensstandards der Bevölkerung in den Jahren 1949 bis 1956 wohl kaum hätte hervorrufen können.

Es muß daher vermutet werden, daß die in beiden Quellen angegebenen Investitionsbeträge nachträglich auf einer Preisbasis berechnet worden sind, die für die betreffenden Jahre *nicht* relevant war. Wie dem auch sei, scheint es doch, als ob die durchschnittliche Investitionsrate, die erst seit 1960 auf über 25 vH des Volkseinkommens gestiegen ist, im Vergleich zu anderen Ostblockländern relativ gering gewesen wäre. Dagegen betrug der Verbrauch der Bevölkerung nach denselben Quellen in den letzten fünf bis zehn Jahren stets um 70 vH des Volkseinkommens.

Aus diesem Grunde wird die künftige Entwicklung der ungarischen Wirtschaft und deren Tempo entscheidend davon abhängen, ob die Investitionsrate erhöht wird. Eines der Ziele der 1968 begonnenen umfassenden Wirtschaftsreform in Ungarn ist gerade diese Erhöhung der Investitionsrate. Die Investitionen sollen zwar auch weiterhin zum größten Teil aus dem Haushalt finanziert werden, daneben sollen jedoch In-

[27] "A nemzeti jövedelem és a lakosság életkörülményei 1963" (Das Volkseinkommen und die Lebensverhältnisse der Bevölkerung 1963), S. 90/91; ferner "A nemzeti jövedelem és a lakosság életkörülményei 1964" (Das Volkseinkommen und die Lebensverhältnisse der Bevölkerung 1964), S. 65 sowie "Statisztikai évkönyv (Statistisches Jahrbuch) 1965", S. 38.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vestitionen aus Eigenmitteln der Unternehmungen und aus Bankkrediten zunehmend an Bedeutung gewinnen[28].

Durch die teilweise Delegierung der Investitionsentscheidungen an die Betriebe will man eine größere Effizienz der investierten Mittel erreichen, und zwar nicht nur in der massenkonsumnahen Leicht- und Nahrungsmittelindustrie, sondern auch in der Schwerindustrie.

f) Die Effizienz der Investitionen, aber auch — und vor allen Dingen — die Effizienz der Produktion kann in einer Volkswirtschaft jedoch nur bei einem optimal funktionierenden Verteilungssystem maximal ausgenutzt werden. Hierzu ist ein reibungslos arbeitendes und modernes Verkehrsnetz eine entscheidende Voraussetzung. Ungarn hat auf dem Gebiet des Verkehrswesens, so kleinräumig das Land auch ist, gegenüber anderen europäischen Ländern noch sehr viel aufzuholen.

Vom ungarischen Eisenbahnnetz waren Ende 1965 nur 10,1 vH zweigleisig und erst 5,5 vH elektrifiziert. Vergleichsweise waren vom Eisenbahnnetz der Deutschen Bundesbahn Ende 1964 (letzte Angabe) 39,7 vH zweigleisig und 18,5 vH elektrifiziert. Noch schlechter steht es mit dem Zustand der Straßen. Vom ungarischen Straßennetz waren Ende 1965 29,2 vH nicht staubfrei gemacht, 53,7 wiesen eine Bitumen- oder Makadamdecke auf und nur 14,3 vH waren mit einer Beton- oder Asphaltdecke versehen.

Wegen des relativ vernachlässigten Straßennetzes beschränkt sich die Transportleistung des Straßentransportes in Ungarn im allgemeinen auf Transporte innerhalb der Gemeinden und Städte, betrug doch die durchschnittliche Transportweite des Straßentransportes Ende 1965 nur 14,4 km, während der Straßentransport an der Gesamt*menge* der in diesem Jahr beförderten Güter einen Anteil von 62 vH hatte. Dagegen beförderte die Eisenbahn Ungarns in 1965 nur 35 vH, der Wassertransport 2 vH und der Transport über Rohrleitungen 1 vH aller Güter. Die Güterbeförderung auf dem Luftwege spielte keine nennenswerte Rolle.

Faßt man die Ergebnisse dieser Untersuchung zusammen, so ergibt sich, daß die künftige Wirtschaftsentwicklung Ungarns 1. von der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, 2. von der Erhöhung der Investitionsrate und der zweckmäßigeren Verteilung der Investitionsmittel und 3. von der Verbesserung der Leistungsfähigkeit des ungarischen Verkehrsnetzes abhängen wird. Alle diese Ziele setzen jedoch eines voraus, nämlich, daß es den Ungarn gelingt, ein Preissystem zu schaffen, auf Grund dessen die volkswirtschaftlich richtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen getroffen werden können. Dies bezweckt die gegenwärtig in Gang befind-

[28] Vgl. Beschluß des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei für die Reform des Wirtschaftsmechanismus, in: Népszabadság vom 29. 5. 1966.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

liche Reform des sog. Wirtschaftsmechanismus. Diese hat als wichtigstes Ziel die Entzerrung des bisherigen, durch behördlich festgesetzte Preise geschaffenen disproportionalen Preissystems, in welchem die Preise nur selten den tatsächlichen volkswirtschaftlichen Aufwand und die relative Knappheit der erzeugten Güter richtig darstellten. Gelingt es, ein solches Preissystem nicht nur theoretisch zu schaffen, sondern auch praktisch durchzuführen, so wird man in Ungarn zumindest eine zuverlässigere Basis für künftige Entwicklungsentscheidungen gewinnen als bisher. Die Durchführung der beabsichtigten Wirtschaftsreform verlangt von der ungarischen Bevölkerung zunächst erneut finanzielle Opfer, da infolge der vorgesehenen finanzpolitischen Maßnahmen die Lebenshaltung in Ungarn zum Teil merklich teurer wird. Die ungarische Bevölkerung wird eine gewisse Einschränkung ihres Lebensstandards für eine Übergangszeit auf sich nehmen müssen, wenn sie in Zukunft mit einem schnelleren Wachstum ihres Lebenstandards rechnen will. Der Erfolg der Wirtschaftsreform in Ungarn wird nicht zuletzt von der Geschicklichkeit der Regierung abhängen, der mißtrauischen Bevölkerung diesen Sachverhalt offen und ohne politische Polemik mitzuteilen, aber auch von der Bereitschaft der politischen Führung, die Früchte eines wirtschaftlichen Erfolgs der mitarbeitenden Bevölkerung voll zugute kommen zu lassen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wachstumsprobleme der jugoslawischen Wirtschaft

Von Prof. Dr. *Kurt Wessely*

1. Überblick über die Entwicklung der jugoslawischen Wirtschaft

Die Entwicklung der Volksrepublik Jugoslawien (heute Sozialistische Föderalistische Republik Jugoslawien — SFRJ) nach dem zweiten Weltkrieg ist anders als in den übrigen sozialistischen Staaten Europas verlaufen und verdient eine besondere Beachtung und Untersuchung auch dort, wo man nicht den Auffassungen Jugoslawiens folgen kann. Der „eigene Weg zum Sozialismus", den Jugoslawien seit zwanzig Jahren, ohne auf Rückschläge zu achten und gegen schwere Hindernisse ankämpfend, verfolgt, ist heute für alle sozialistischen Staaten bedeutungsvoll geworden, die versuchen, ihre Wirtschaft nicht nach orthodoxen Schemata der einen oder der anderen Richtung einzurichten. In einer früheren Darstellung wurden bereits das Abgehen Jugoslawiens vom stalinistischen, zentralverwaltungswirtschaftlichen Modell geschildert, seine ideologischen Grundsätze dargelegt und die Ergebnisse bis zur ersten, fehlgeschlagenen Wirtschaftsreform des Jahres 1961 gekennzeichnet[1].

Unsere Untersuchung wird sich vornehmlich mit dem Wirtschaftswachstum befassen und soll jene Voraussetzungen klären, welche den Entschluß zu einer radikalen Wirtschaftsreform im Jahre 1965 auslösten, von der nicht zufällig Wechselbeziehungen zu den Reformbestrebungen anderer sozialistischer Staaten ausgegangen sind, so daß das Ergebnis der jugoslawischen Wirtschaftsreformen auch für die übrigen Oststaaten von großer Bedeutung ist. Der Ausgang dieses neuen Experimentes ist aber noch offen, weil es innenpolitischen Widerstand herausforderte, in manchen sozialistischen Staaten, namentlich in der Sowjetunion, mit großer Zurückhaltung verfolgt wird und die Spannungen im sozialistischen Lager verschärft.

Der Übergang einer sozialistischen Wirtschaft zu einer marktwirtschaftlich orientierten mußte trotz Beibehaltung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und einer indikativen Planung zu Schwierigkeiten führen, die zwar vorauszusehen waren, aber doch unter-

[1] K. *Wessely:* Grundzüge und Eigenständigkeit des jugoslawischen Wirtschaftssystems. In: G. Jahn (Hrsg.): Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China, 2. Bd., Berlin 1962.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schätzt worden sind. Im Verlauf des Jahres 1969 scheint aber die Depression, welche den jugoslawischen Reformen zunächst folgte, überwunden zu sein.

Der Wiederaufbau der jugoslawischen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg stand unter dem Zeichen des dilettantischen Enthusiasmus eines radikalen Kommunismus einerseits und von Zwangsmaßnahmen andererseits, deren Folgen bis heute noch nicht zur Gänze überwunden werden konnten. Die Wirtschaft wurde zunächst nach streng stalinistischen, zentralistischen Planungsgrundlagen geleitet. Erst seit dem Bruch mit den übrigen kommunistischen Parteien (Kominformstreit 1948) begann Jugoslawien, unterstützt von westlicher Auslandshilfe, aber ohne jede westliche Beeinflussung, sich auf seinen eigenen Weg zum Sozialismus zu besinnen. Mußte bereits der erste Fünfjahrplan 1947/51 infolge der Kominformblockade abgebrochen werden, so kam es darauf zu einem stufenweisen Abbau der zentralistischen Wirtschaftslenkung. Kennzeichnend für diese späteren Pläne ist der Übergang von direktiven, quantitativen Planzielen zum Einsatz von „Instrumenten", worin man Vorläufer der „Ökonomischen Hebel" der gegenwärtigen Wirtschaftsreformen anderer Oststaaten erblicken kann. Man ging auch von der Bezeichnung „Staatsplan" zum Ausdruck „Gesellschaftsplan" über, da Hand in Hand mit der Ausbildung der jugoslawischen Selbstverwaltung der direkte Staatseinfluß abgebaut und durch die Tätigkeit gesellschaftlicher Organisationen abgelöst werden soll[2].

Von allem Anfang an stellte man sich in Jugoslawien das Ziel, die Industrialisierung unter Betonung der Schwerindustrie voranzutreiben, wobei die Landwirtschaft vernachlässigt wurde. Man nahm auch nicht Rücksicht auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes, insbesondere auf die Rohstoffquellen, so daß heute einerseits erhebliche Mengen von Rohstoffen (Brennstoffen) eingeführt werden müssen und doch der Bedarf bei verschiedenen Halbfabrikaten, namentlich in der Stahl- und Eisenindustrie, weder quantitativ noch qualitativ gedeckt werden kann. Die in den letzten Jahren aufgetretenen Schwierigkeiten (Disproportionen) der jugoslawischen Wirtschaft lassen sich keineswegs, wie etwa in anderen sozialistischen Staaten (ČSSR), als Anpassungskrise der reifgewordenen industriellen Entwicklung an das obsolete Planungssystem erklären, sondern sind durch Fehler im Aufbau der Wirtschaft selbst entstanden (mangelnde Abstimmung der einzelnen Produktionsfaktoren, Fehlleitung von Kapital, geringe Leistung [Effektivität] der Wirtschaft

---

[2] Grundlegend für die frühere Epoche bleiben weiter die Darstellungen von V. *Meier:* Das neue jugoslawische Wirtschaftssystem, Zürich - St. Gallen 1965 und H. *Schleicher:* Das System der betrieblichen Selbstverwaltung in Jugoslawien. Schriften des Instituts zum Studium der Sowjetwirtschaft, Wilhelmshaven. Berlin 1961.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und Vergeudung für nicht produktive Zwecke). Der Aufschwung der jugoslawischen Industrieproduktion vollzog sich in einem zum Teil sehr stürmischen Tempo, das nur von Japan, Bulgarien und Rumänien überboten wurde. Zuwachsraten von 10 bis 15 v. H. in einzelnen Jahren waren während des zweiten und dritten Fünfjahrplanes üblich. Für die Periode 1952 bis 1965 wurde dementsprechend eine Zuwachsrate von jährlich 12,1 v. H., gleich hoch wie in Rumänien, berechnet (Japan 15 v. H., Bulgarien 13,5 v. H.). Ähnlich soll auch in der gleichen Periode das jugoslawische Volkseinkommen um durchschnittlich 7,5 v. H. zugenommen haben, was mit Ausnahme der Jahre 1964/1965 über der japanischen Zuwachsrate (durchschnittlich 8,25 v. H.) und in allen Jahren über jenen der übrigen Oststaaten lag.

Es ist bemerkenswert, daß Rückschläge gerade in jenen Jahren zu verzeichnen waren, in denen Jugoslawien versuchte, seine Wirtschaft nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen neu zu ordnen, und zwar aus der Erkenntnis heraus, daß die bisherigen Methoden des forcierten Industrieausbaues auf die Dauer zu untragbaren Ergebnissen führen mußten. Denn die Industrialisierungspolitik Jugoslawiens stützte sich auf hohe Investitionsraten und hatte einen extensiven Charakter[3], der zur Reform 1965 führte.

Die jugoslawische Wirtschaft konnte sich im Gegensatz zu den meisten anderen Oststaaten auf ausländische Kredite stützen, die zunächst nach der Kominformblockade nur von westlichen Staaten gewährt wurden. Sie erleichterten Jugoslawien die Finanzierung seiner Investitionen. Es gehörte aber zu den Fehlern im jugoslawischen Planungskonzept — also unabhängig von der Organisation der Planung —, daß diese zentral verwalteten Mittel nicht immer zweckentsprechend verwendet wurden. Außerdem setzt Jugoslawien seinen Ehrgeiz darein, seinerseits Kredite an Entwicklungsländer zu erteilen, die mehr nach politischen als nach wirtschaftlichen Kriterien ausgewählt werden. Sie haben aber auch eine positive Seite, da dadurch der jugoslawischen Wirtschaft, insbesonders ihren Baubetrieben, neue Absatzmöglichkeiten erschlossen wurden.

Ein weiteres Charakteristikum der jugoslawischen Wirtschaft ist die weitgehende Dezentralisierung in der Verwaltung, welche sowohl den Republiken als auch den Großgemeinden, die beinahe Bezirksgröße erreichen, ausgedehnte autonome Verwaltungsbefugnisse und einen hohen Grad wirtschaftlicher Aktivität einräumt. Diese Entwicklung, die unter Rückschlägen vor sich geht, ist noch nicht abgeschlossen, doch erlangen die Republiken immer mehr Befugnisse und üben sie auch aus.

---

[3] D. *Gorupić:* Privredna reforma i poslovna politika poduzeća (Wirtschaftsreform und Geschäftspolitik der Unternehmen). In: Informator, 27. 7. 1966, Nr. 1292, S. 1.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Diese Tendenz steht im Einklang mit den jugoslawischen Vorstellungen, daß der Staat nur eine subsidiäre Bedeutung habe und soweit als möglich durch gesellschaftliche Organisationen ergänzt wird. In der Wirtschaft ist die Selbstverwaltung der Betriebe die Grundlage der unternehmerischen Betätigung. Sie greift aber auch auf Anstalten und Institute über. Die Selbstverwaltung beschränkt sich daher nicht bloß auf die Autonomie der jugoslawischen Unternehmen, wie sie durch Dezentralisierung auch in anderen Oststaaten angestrebt wird, sondern bedeutet überdies deren Selbstverwaltung durch die Belegschaft. Man kann die Unternehmen daher nicht als Staatsbetriebe bezeichnen, sie stehen aber auch nicht im Eigentum der darin Beschäftigten, sondern gleichen noch am ehesten Stiftungen zugunsten der Belegschaftsmitglieder, wobei jedoch öffentlich-rechtliche und gesellschaftliche Einflüsse in ihrer Betriebsführung und Organbestellung Platz greifen[4]. Über die Wechselwirkung zwischen Selbstverwaltung und Wirtschaftswachstum ist gegenwärtig noch ebensowenig ein endgültiges Urteil möglich wie über die Erfolge der jugoslawischen (indikativen) Gesellschaftsplanung, weil viel von ihrer Zielsetzung noch nicht erreicht wurde und manches erst auf dem Papier steht. Dies ist auch deshalb erklärlich, weil Jugoslawien sich noch auf der Suche nach neuen Formen eines demokratischen Sozialismus befindet, der nicht nur die Zentralverwaltungswirtschaft ablösen, sondern auch den Zwang des Einparteienstaates mildern soll.

Die vielen Widersprüche in der jugoslawischen Wirtschaftentwicklung sind ohne einen Blick auf diese politische Realität unverständlich. Um so bedeutsamer ist es jedoch, daß man sich in Jugoslawien, trotz Beibehaltung des marxistisch-leninistischen Vokabulars, bemüht, eigene Formen der Wirtschaftsentwicklung und Organisation zu finden. Dies geht freilich nicht ab ohne Überschätzung mancher wirtschaftlicher Tatbestände und Erfolge wie etwa der Industrialisierung, deren positive und anerkennenswerte Seiten aber nicht zu leugnen sind, auch nicht ohne Vernachlässigung wichtiger, für die Wirtschaftsstabilität und Expansion entscheidender Umstände. Dazu gehört der noch immer niedrige Lebensstandard[5], als Kehrseite der überstürzten Industrialisierung und Investitionstätigkeit, und die inflationäre Politik, mit der man bis zur Wirtschaftsreform

---

[4] G. *Lemân:* Stellung und Aufgaben der ökonomischen Einheiten in den jugoslawischen Unternehmungen. Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin. Berlin 1967.

[5] Das Prokopf-Einkommen wird für den Anfang der sechziger Jahre mit 510 $ angenommen und soll bis 1970 800 $ erreichen; die Berechnungsgrundlage ist wegen der Kaufkraftsunterschiede nicht eindeutig, das Volkseinkommen dürfte vermutlich noch niedriger sein. Berechnungen des Ökonomischen Instituts Agram (I. *Vinski)* K. *Džeba* und M. *Beslać:* Privredna reforma, Zagreb 1965, S. 10. In jüngster Zeit wurde das Prokopf-Einkommen für das Jahr 1964 mit 390 $ berechnet. (Gemeinschaftsarbeit von I. *Fabinc* in Poduzeće i reformi, Zagreb 1968, S. 142.) Bis 1975 werden 1000 $ pro Kopf angestrebt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1965 das Auseinanderklaffen der Proportionen der Wirtschaft zu überbrücken suchte.

2. Die Lage der jugoslawischen Wirtschaft vor der Reform 1965

Am 5. Juli 1966 hat das jugoslawische Parlament, kurz bevor es zu den dramatischen Säuberungen des Staats- und Parteiapparates von den Anhängern des gestürzten Vizepräsidenten, Innenministers und langjährigen Chefs der Geheimpolizei Rankovič kam, den Gesellschaftsplan für die Entwicklung Jugoslawiens von 1966—1970 beschlossen[6]. Wie auch in früheren Jahren üblich, gibt dieses Dokument, bevor es sich den kommenden Zielen zuwendet, ein ausführliches Bild der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung.

Aber während früher die positiven Akzente überwogen, war dieser Bericht ungemein selbstkritisch gehalten und ließ erkennen, vor welchen Schwierigkeiten die jugoslawische Wirtschaft stand.

Obwohl die jugoslawische Industrieproduktion im Jahre 1964 einen Zuwachs von 16 v. H. verzeichnete (1965: 8 v. H.) und das Volkseinkommen 1957/1964 eine durchschnittliche Jahreszuwachsrate von 10,2 v. H. aufwies[7], kämpfte sie, wie gleich im Vorbericht zum neuen Gesellschaftsplan gesagt wird, „mit einigen charakteristischen negativen Tendenzen, welche sich in einer übermäßig extensiven Entwicklung und in einer nicht genügend rationellen Ausnützung der verfügbaren Produktivkräfte des Landes zeigen. Die Arbeitsproduktivität hatte keine entscheidende Bedeutung bei der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere nicht in der ersten Hälfte des abgelaufenen Zeitraumes (seit 1945), als sich das Land in der Entfaltung der Infrastrukturvoraussetzungen befand“ und es galt, die Grundlagen der politischen Unabhängigkeit zu schaffen. Damals sei freilich die breitangelegte Verwendung der Arbeitskraftreserven und eine starke Investitionstätigkeit geboten gewesen.

Aber als die Voraussetzungen zu einer intensiveren Wirtschaft und zur Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung geschaffen worden waren, „kam es zu einer Überschätzung der Bedeutung der Investitionen, für die wirtschaftliche Entwicklung und zu einer Unterschätzung des Lebensstandards bzw. der persönlichen Einkommen als Faktor einer dynamischen und strukturell ausgeglichenen wirtschaftlichen Entwicklung“.

---

[6] Društveni plan razvoja Jugoslavija od 1966 do 1970 (Gesellschaftsplan zur Entwicklung Jugoslawiens 1966—1970), Službeni list FRJ 1966, Nr. 28 (Amtsblatt). Ausführlich über diesen Plan: Abschnitt 11.

[7] Noch höhere Zuwachsraten ergaben sich im Volkseinkommen früherer Jahre, nämlich 1953 18 v. H., 1959 16 v. H., 1957 und 1964 sogar 22 v. H. Naturgemäß ist eine Überprüfung dieser Berechnungen noch schwieriger als jene des Industrieproduktionsindex, der übrigens auf einer nicht mehr repräsentativen Gewichtung beruht.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zwar hätten sich ab 1957 die Bedingungen für eine Verbesserung der Produktivität verstärkt, aber die Tendenzen zu einer nicht entsprechenden Entwicklung der Produktivkräfte hätten sich fortgesetzt, wenn es auch gelungen sei, die Privatwirtschaft so in den Produktionsprozeß einzugliedern (d. h. also deren Beitrag so zu reduzieren), daß 80 v. H. des Volkseinkommens durch vergesellschaftete Produktionsmittel (d. h. also im sozialistischen Sektor) geschaffen werden.

Dieses Ergebnis, das gesamtwirtschaftlich gleichgültig ist, vom ideologischen Standpunkt aus aber als wesentlich gilt, bedeutet aber, daß das private Handwerk und Gewerbe als Produktionsfaktoren beinahe ausgeschaltet sind und daß die Privatlandwirtschaft, obwohl flächenmäßig weitaus überwiegend, nur eine unzureichende Produktion aufweist und bisher von der Beistellung von Investitionsmitteln fast ganz ausgeschlossen war. Hier liegt, wie in anderen sozialistischen Staaten, ein Haupthindernis für ein harmonisches und gesichertes Wirtschaftswachstum.

Wichtige Wirtschaftsfragen, so heißt es in diesem amtlichen Dokument weiter, wurden entweder nicht oder noch nicht entsprechend gelöst, wie die Produktionsstruktur, die Preispolitik, die Außenhandels- und Devisenpolitik, die Verteilung der Einkommen zwischen den einzelnen wirtschaftlichen Organisationen und innerhalb derselben sowie das Kreditsystem. So kam es, daß keine Stimulierung zur Erreichung eines optimalen Wirtschaftserfolges wirksam wurde und Unternehmen mit zu geringer Produktivität gefördert wurden. Insbesonders traten Fehler in der Investitionspolitik auf, da sich die Wirtschaft nicht den Bedürfnissen der aus ideologischen Gründen geförderten Selbstverwaltung aufgeschlossen zeigte und das persönliche Interesse der arbeitenden Menschen nicht genügend als entscheidender wirtschaftlicher Faktor erkannt und eingesetzt wurde.

Somit wiederholten sich 1966 die gleichen Klagen über die mangelnde Wirksamkeit der besonderen jugoslawischen Wirtschaftsmethoden, die bereits in der Schlußbetrachtung über die Durchführung des fünfjährigen Planes 1957/1961 zu lesen waren. Es hieß damals: „Das System der Verteilung der Bruttoeinnahmen (damit also auch des Gewinnes, d. V.) ist noch keineswegs stimulierend für die rationelle Verwendung der gesellschaftlichen Mittel, die Verminderung der Materialkosten und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Dieses System bringt gemeinsam mit den Preisverhältnissen große Ungleichmäßigkeiten in der Wirtschaft und in der Verfügung über die Mittel zwischen den einzelnen Unternehmungen mit sich, für Wirtschaftszweige und für die regionalen Gliederungen, was zu ungleichmäßigen Einflüssen auf ihre Entwicklung führt."

Noch stärker als der persönliche Konsum wuchsen die öffentlichen Zuwendungen für den persönlichen Konsum — gemeint sind kulturell-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

soziale Leistungen —, womit sich jene Faktoren für die Hebung des Lebensstandards verstärkten, welche unabhängig von der Leistung und somit von der Produktivität sind. Da man aber gleichzeitig an einer hohen Investitionsrate festhielt und die staatlichen Ausgaben nicht gesenkt wurden, konnte der Konsum nur mit Inflation finanziert werden.

Von einem Produktivitätsgewinn konnte man (wegen des starken Zustromes nichtqualifizierter Arbeitskräfte) erst seit 1956 sprechen. Vorher lag die Zunahme der Produktivität im ganzen gesellschaftlichen Sektor im Jahresdurchschnitt unter 1 v. H., seither (1961—1964) etwa bei 6 v. H., 1963 beim damaligen überdurchschnittlichen Produktionsanstieg sogar bei 11,3 v. H. (1962/66: 7,7 v. H., 1961/69: 5,5 v. H., gerade die Hälfte des durchschnittlichen japanischen Produktivitätsfortschrittes, nämlich 11 v. H)[8].

Aber nicht nur die besorgniserweckenden Anzeichen struktureller Schwächen — z. B. hinkt die Baustoffindustrie weit hinter der übrigen Produktionsentwicklung nach — belasteten die jugoslawische Wirtschaft, sondern, wie der Planbericht weiter ausführt, zum Teil als deren Folge die Unstabilität auf den Märkten, d. h. also Ungleichmäßigkeit in der Versorgung und dadurch ausgelöst „Disparitäten" bei den Preisen, also Preissteigerungen, inflationäre Erscheinungen und die Tendenz zur Steigerung des Defizits der Zahlungsbilanz. Diese widrigen Verhältnisse wirkten sich wieder auf einige Zweige der Wirtschaftstätigkeit ungünstig aus, schmälerten deren Gewinn und damit die Einkommen der darin Beschäftigten und die Entwicklung dieser Wirtschafts- und Industriezweige, welche trotz administrativer Bemühungen um Preisstabilität unter der Schere der Kosten und Investitionsaufwendungen litten.

Da auch durch den Außenhandel keine spürbare Erleichterung eintreten konnte, weil die Devisenreserven nicht zu entsprechenden Importen ausreichten, wurde die Unordnung der Marktverhältnisse noch gesteigert. (Dies gilt nur mit Einschränkungen. Durch Importe vermehrten sich tatsächlich vor der Wirtschaftsreform die verfügbaren Güter, aber in einer gesamtwirtschaftlich unzweckmäßigen Art!).

---

[8] Über das Ausmaß der jugoslawischen Produktivität liegen, ähnlich wie für die Bewertung der Kapazitätsausnützung, nur Schätzungen vor. Ein Vergleich mit einer Gruppe von 13 Staaten, darunter nicht nur USA und andere Industriestaaten einschließlich Österreich, sondern auch Polen, Ungarn, ČSSR und DDR, führte zu dem Ergebnis, daß die Produktivität in Jugoslawien nur 50—80 v. H. jener der entwickelten Industriestaaten (USA, Großbritannien, ČSSR und Frankreich) erreichte und gegenüber der Gesamtgruppe der 13 Staaten um mehr als ein Drittel (37 v. H.) niedriger war. Die Produktivität Jugoslawiens war auch um 5 v. H. niedriger als in Ungarn. Diese Berechnungen wurden zwar bereits 1960 angestellt, aber zur Begründung der Wirtschaftsreform 1965 neuerdings herangezogen. Privredna reforma, a.a.O., S. 15. Vgl. Privredni pregled, 22. 12. 1969, S. 13.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dies führte wieder zu einer breiten Anwendung administrativer Maßnahmen auf dem wirtschaftlichen Gebiet und verführte zu einer Bevormundung der Wirtschaft. (Dies sind die Kennzeichen des Bürokratismus, gegen den Jugoslawien ebenso erfolglos wie die anderen Ostblockstaaten ankämpft, doch sind seine Auswüchse hier weniger spürbar.) Die Initiative zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität erlosch, weil es zu wenig materielle Anreize für sie gab.

Bei der Weiterführung der Diskussion um die Jahreswende 1967/68 wurde aber von anerkannten jugoslawischen Wirtschaftswissenschaftern festgestellt, daß die Schwächen der jugoslawischen Wirtschaft noch viel tiefer reichen und diese wegen einer ungenügenden oder verfehlten Kapitalausstattung und mangelnder Arbeitsproduktivität strukturell nicht reif zur Eingliederung in die Weltwirtschaft ist, was nun als Hauptproblem angesehen wird[9].

Es wäre unrichtig, aus dem Gesellschaftsplan nur das Negative herauszulesen und nicht zu erkennen, daß auch in Jugoslawien eine sehr erfolgreiche Aufbauarbeit geleistet wurde. Vom politischen Klima ganz abgesehen, kann ein Vergleich der Wirtschaft Jugoslawiens mit jener anderer kommunistischer Staaten, insbesondere hinsichtlich des Lebensstandards seiner Bevölkerung, nur zugunsten Jugoslawiens ausfallen, obwohl die ČSSR von einem viel höheren wirtschaftlichen Niveau als Jugoslawien ausging. Der Vergleich mit anderen südosteuropäischen Staaten mit ursprünglich ebenfalls niedrigem Wirtschaftsniveau und hohen Zuwachsraten, wie etwa Bulgarien, spricht ebenfalls für Jugoslawien, das aber auch in mancher Hinsicht die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei und Griechenlands übertrifft. Trotzdem stehen die jugoslawischen wirtschaftlichen Ergebnisse aber weit hinter dem zurück, was man in nichtsozialistischen Staaten unter ähnlichen Bedingungen, nämlich erheblicher ausländischer Wirtschaftshilfe, erreichen könnte oder tatsächlich dort erreicht hat, wo ähnliche natürliche Voraussetzungen gegeben sind.

---

[9] Diesbezügliche Untersuchungen des Agramer Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts wurden um die Jahreswende 1967/68 in Rundfunksendungen ausgestrahlt und fanden ihren Niederschlag auch im Zentralorgan der KP „Borba". Sie werden in dieser Arbeit nach der Agramer Ausgabe der Borba zitiert. Nach Abschluß der Arbeit erschienen die der Artikelserie zugrunde liegenden Untersuchungen auch in Buchform nebst Diskussion, die auf dem Seminar in Opatija (Abbazia) im März 1968 über „Aktuelle Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung und der Wirtschaftspolitik Jugoslawiens" abgehalten wurde. Diese umfangreiche Veröffentlichung konnte nur mehr ergänzungsweise herangezogen werden. Es handelt sich um: Aktuelni problemi (zitiert: Aktuelle Probleme), Poduzeće u reformi (zitiert: Opatija I) und Poduzeće u reformi — diskusija sa simpozija (zitiert: Opatija II). Herausgeber dieser Veröffentlichungen sind das Ökonomische Institut Agram, das wissenschaftliche Forschungszentrum der ökonomischen Fakultät Agram und das Institut für Außenhandel in Belgrad unter Federführung von V. *Horvat*, Verlagsort Agram 1968.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Somit kann Jugoslawien nicht als gutes Vorbild für eine wachstumsorientierte Entwicklungspolitik gelten. Ein Hauptgrund hierfür ist nicht zuletzt in der ungenügenden Förderung der Landwirtschaft und der einseitigen Bevorzugung des sozialistischen Sektors zu sehen, so daß die agrarischen Leistungen Jugoslawiens von den Fortschritten der Türkei übertroffen werden.

Die Unausgeglichenheit der jugoslawischen Wirtschaftsentwicklung zeigt sich nicht nur in zyklischen Bewegungen, die bis vor kurzem für sozialistische Staaten überhaupt geleugnet, heute aber auch dort als unvermeidlich anerkannt wurden, sondern auch darin, daß ein Vergleich mit anderen Staaten mit hohem Wirtschaftswachstum und markt- und planwirtschaftlicher Verfassung erkennen läßt, daß Jugoslawien unter elf untersuchten Staaten die geringste Stabilität der Wirtschaft aufwies. Wenn dabei die Landwirtschaft eliminiert wird — alle südosteuropäischen Staaten leiden unter starken Witterungsschwankungen —, so vermindert sich zwar die Unstabilität, aber Jugoslawien steht auch dann unter den fünf sozialistischen Ländern an ungünstigster Stelle. Es ist daher nicht wahrscheinlich, daß diese Unstabilität objektiv begründet ist[10].

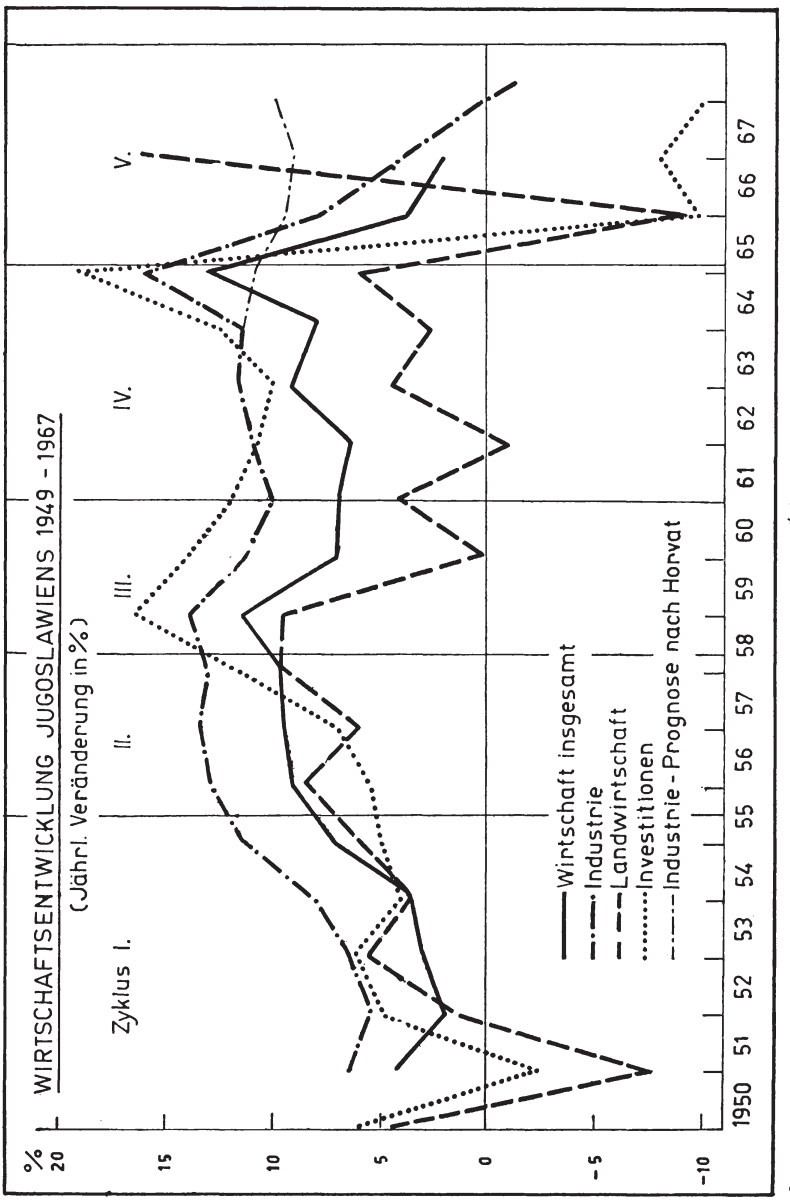
Die jugoslawische Wirtschaft leidet demnach an Schwächen, die nicht allein durch die natürlichen Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung begründet sind, sondern die sich auch aus der bisherigen Wirtschaftsordnung und -politik ergeben. Ihre schon seit fast zwei Jahrzehnten bestehende bedeutende Abweichung vom Typ der Zentralverwaltungswirtschaft und die beträchtlichen Unterschiede zwischen den „revisionistischen" Auffassungen Jugoslawiens und den, von den anderen sozialistischen Staaten bis zu ihren Reformen vertretenen, reichten nicht für eine wirkliche Umstrukturierung der jugoslawischen Wirtschaft, für ihre Hebung auf ein qualitativ höheres Niveau und zur Schaffung einer dem Westen einigermaßen entsprechenden, der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung sich anpassenden und ihre Vorteile ausnützenden intensiven und produktiven Wirtschaft. Da aber Jugoslawien diese Ziele anstrebt, kann seine Wirtschaft nicht mehr, wie die sowjetische, in autarker Weise die Produktion aller Industriezweige maximieren, sondern muß sie den Marktgegebenheiten nach optimal entwickeln und ihre Struktur den Zukunftsaufgaben anpassen[11].

---

[10] B. *Horvat:* Privredni ciklusi u Jugoslaviji. Ekonomist, 1966, Nr. 1—4, S. 109. Horvat hat eine Analyse und mathematische Berechnungen der Wirtschaftszyklen Jugoslawiens vorgenommen, die ohne Eingriff der Wirtschaftsreformen für 1967/68 wieder einen Aufschwung erwarten ließen. Vgl. dazu das Diagramm auf Seite 152, das nach Schaubildern Horvat's umgezeichnet wurde. Vgl. Anm. 100. Weiters beschäftigte sich damit auch A. *Bajt* (unter Ausdehnung auf alle sozialistischen Staaten) auf dem CESES-Seminar am Plattensee. Er hält diese Zyklen typisch für Jugoslawiens Marktwirtschaft. Ekonomist, 1969, 4, S. 768.

[11] S. *Djodan,* Opatija II, S. 54; D. *Gorupić,* Opatija I, S. 7.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



Quelle: Ekonomist 1966, 1-4, S.83-107 (nach Horvat) 1965-1967: Stat. Godišnjak SFRJ 1967, Indeks

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In Jugoslawien entsprach die Umverteilung des Sozialprodukts nicht den Erwartungen. Man hat in Jugoslawien den Gewinn, der von den anderen sozialistischen Reformstaaten als wichtigstes Stimulierungsmittel der wirtschaftlichen Entfaltung angesehen wird, nie als eine besondere Kategorie betont, sondern geht von einer Art Bruttoeinkommen aus, das ähnliche Funktionen erfüllt wie der Betriebsgewinn. In diesem Bruttoeinkommen sind auch die Löhne enthalten, so daß seine Steigerung auch das materielle Interesse der Betriebsangehörigen fördert. Bei der Umverteilung des Sozialprodukts wurde aber auf die Interessen der Betriebe und der darin Beschäftigten zu wenig Rücksicht genommen. Daher war nicht nur die Investitionsquote hoch, sondern es blieb bei einem starken zentralistischen staatlichen Einfluß auf die Auswahl und Durchführung von Investitionen. Diese Umverteilung erfolgte (und erfolgt) hauptsächlich durch die „Instrumente"[12], über die noch ausführlich gesprochen werden wird, während andere wichtige Aufgaben der Wirtschaftspolitik, nämlich Stabilität und Auswahl der Investitionen, zu wenig beachtet wurden.

Die Kritik des Motivenberichtes zum IV. jugoslawischen Fünfjahrplan ist keineswegs eine endgültige Verurteilung der Mischform zwischen sozialistischer Planung und Marktwirtschaft, die in Jugoslawien angestrebt wird. Man glaubt vielmehr, zu einer wirksamen Synthese beider Wirtschaftssysteme kommen zu können, um damit die Effektivität der Wirtschaft zu steigern. Wenn man in Jugoslawien auf die gleiche Grundursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten stößt wie die tschechoslowakischen Reformer in ihrem Land bei einer so ganz anders gearteten Wirtschaftsstruktur, so spricht dies dafür, daß sich Jugoslawien bis jetzt weit stärker von der Zentralplanung leiten ließ, als öffentlich als Programm verkündet wurde, und daß ideologische Hemmnisse aller Art das Wirtschaftswachstum behinderten. Die Schwierigkeiten sind daher nicht zuletzt als Erbe der Vergangenheit zu betrachten. Andererseits vermochte man aber auch nicht das Marktgeschehen zu überblicken und reibungslos in die sozialistische Wirtschaft einzubauen.

Die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente brachte daher keine Aufhebung der Spannungen, sondern zusätzliche Belastungen einer nicht konsistenten Planung. Trotzdem ist der wirtschaftliche Fortschritt gegenüber der Epoche der zentralistischen Planung unverkennbar, doch fehlt noch der angestrebte Durchbruch zu einem demokratischen Sozialismus, dem es entspräche, daß das öffentliche Interesse (und damit die wirtschaftlichen Zielsetzungen) unter dem Einfluß der individuellen Interessen steht und diese zusammenfaßt[13].

---

[12] A. *Bajt:* Dezentralized decision-making structure in the Yugoslav economy. Economics of Planning, 1967, Nr. 1, S. 73 ff.

[13] D. *Gorupić,* Opatija I, S. 3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

3. Grundsätze der jugoslawischen Wirtschaftsplanung

Jugoslawien hat nach einer radikalen Verstaatlichung der Produktionsmittel und der Betriebe, die in dieser ersten Phase weiter ging als in den übrigen Volksdemokratien, bereits 1947 einen Fünfjahrplan aufgestellt und versuchte auch das sowjetische Vorbild der Vollverstaatlichung und Zentralplanung nachzuahmen. Trotz der liberal-demokratischen Fassade der ersten Verfassung vom 31. Januar 1946 kam es — mit Ausnahme weiter Teile der Landwirtschaft und eines schmalen handwerklichen Sektors — zur Vollsozialisierung und damit, den damaligen Ansichten entsprechend, auch zur Zentralplanung. Die Führung sozialistischer Betriebe wurde aber erst durch das Grundgesetz über die „Staatlichen Wirtschaftsunternehmen" und durch das „Gesetz über den allgemeinen Volkswirtschaftsplan und die staatlichen Planungsorgane", beide vom Herbst 1946, geregelt. Sie wurden ergänzt zu Jahresschluß 1946 durch die Verordnung über die Einheitspreise, durch die auch die Frage der Amortisation geregelt wurde, und weitere Vorschriften über Budget, Kreditsystem, Zahlungsbestimmungen usw., wodurch ein dem sowjetischen Vorbild entsprechendes Rechts- und Wirtschaftssystem geschaffen wurde.

Die neuen Vorschriften fanden ihre zusammenfassende Anwendung in dem „Gesetz über den fünfjährigen Entwicklungsplan der Volkswirtschaft der FVRJ 1947/51", der übrigens erst Mitte 1947 verkündet werden konnte und der ein umfassendes Programm zur Entwicklung der jugoslawischen Wirtschaft, mit Nachdruck auf der Industrialisierung, enthielt[14].

Der erste Fünfjahrplan sah so ehrgeizige Zielsetzungen vor, nämlich die Verfünffachung der Industrieproduktion gegenüber 1939, daß sie im wesentlichen erst zehn Jahre später, nämlich 1961/62 erreicht werden konnten. Allerdings fiel 1948 dazwischen die Blockade durch die Ostblock-Staaten, ausgelöst durch den Tadel der Kominform an der jugoslawischen Partei, die als Antwort darauf ihre Selbständigkeit betonte und den eigenen Weg zum Sozialismus durch Einführung der Selbstverwaltung der Betriebe zu gehen begann. In dieser Zeit fand das Land auch die wirtschaftliche Unterstützung Westeuropas.

Der Fünfjahrplan wurde zunächst noch um ein Jahr bis 1952 erstreckt, dann aber auch formell abgebrochen und durch Jahrespläne ersetzt, die ursprünglich fehlten, bis für die Jahre 1957/61 ein neuer, schon 1960 vorfristig beendeter Fünfjahrplan beschlossen werden konnte. Ihm folgte

---

[14] K. *Wessely*, a.a.O., S. 344 ff. — Jugoslavija 1945—1964 — Statistički pregled, Beograd 1965, S. 74 (zitiert: Jugoslavija). [Statist. Überblick]. — P. *Dobias:* Grundlagen des jugoslawischen Wirtschaftssystems. In: Weltwirtschaftliches Archiv, 1967, Nr. 2, S. 317 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ein weiterer Fünfjahrplan für die Zeit 1961/65, der aber nicht durchgeführt werden konnte, so daß wieder Jahrespläne mit einem Paket von Einzelmaßnahmen, den „Instrumenten", beschlossen werden mußten. Sie fanden ihre Fortsetzung in dem mit einjähriger Verspätung verkündeten Plan 1966/70. Durch diesen IV. Fünfjahrplan stellte Jugoslawien, so wie in dem vorangegangenen Fünfjahrplan, den Anschluß an die Planungsperiode der übrigen Oststaaten her. Ein neuer Fünfjahrplan (1971/75) und eine Perspektivplanung befanden sich anfangs 1970 in Vorbereitung, wobei sich verstärkte Planungstendenzen zeigten.

Der erste Fünfjahrplan entsprach im wesentlichen dem damaligen Stand des sowjetischen Planungssystems. Aber schon mit dem Jahresplan 1954 wurde die bloße Naturalplanung durch ein neues, Wertplanung genanntes System ersetzt. Dieses sollte den Preisen wieder zu ihren Rechten verhelfen und dynamische Elemente unter Annahme einer allgemeinen wirtschaftlichen Expansion bringen. Da aber die Preise damals noch weitgehend amtlich festgelegt waren und auch seither noch verzerrt blieben, konnten die Erwartungen auf dieses neue Planungssystem, wie die Kritiken am Stand der jugoslawischen Wirtschaft beweisen, nicht erfüllt werden. Noch immer blieb es bei dirigistischen Vorstellungen, welche die Bedeutung der Planziffern und der im Plan festgelegten Präferenzen und Relationen überbewerteten. Diese Epoche ist zwar heute weitgehend überwunden, doch wirken noch die Überbleibsel des früheren administrativ-zentralistischen Systems und gewisse staatliche Kompetenzen auf der Bundesebene anachronistisch unter den neuen Verhältnissen nach[15]. Deswegen erweisen sich die jugoslawischen „Instrumente" noch immer stärker als die Mittel, deren sich die westlichen Planificateure bedienen können, denn bis zur Wirtschaftsreform 1965 war der staatliche Einfluß durch die Finanz- und Steuerpolitik in Jugoslawien weit stärker als in westlichen Staaten des Planificationstyps, und er ist es eigentlich noch heute. Noch immer wirkt die alte Vorstellung des notwendigen dirigistischen Einflusses nach und gilt als Leitbild, von dem sich die durch die Kommunisten repräsentierte öffentliche Meinung nur schwer freimachen kann.

Führte die Einführung der Selbstverwaltung zu einer Lockerung der Planung, so verstärkten unbefriedigende Erfahrungen mit den Jahresplänen ebenfalls die Abkehr von der Zentralplanung. Es bestehen zwar Planämter beim Bund und bei den Republiken sowie bei den wichtigeren sonstigen regionalen Verwaltungsstellen, aber sie haben keine administrativen Befugnisse. Ihre Planprojekte sind oft umstritten und werden einer echten Diskussion durch die Vertretungskörperschaften unterzogen und abgeändert.

---

[15] J. *Sirotković*, Opatija II, S. 8.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Pläne werden nicht Staatspläne, sondern „Gesellschaftspläne" genannt, um auch in der Planung den ideologisch angekündigten Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und die Übertragung seiner Rechte an die Gesellschaft zu dokumentieren.

Je nach dem Zeitabschnitt, den sie umfassen, sind die Gesellschaftspläne einjährig oder langfristig. Zu Beginn jedes Jahres werden aus den mittelfristigen Plänen einjährige Pläne entwickelt. Letztere stellen Jahresaufgaben dar, durch deren Erfüllung die Verwirklichung der von der Wirtschaftspolitik gesteckten Grundziele erreicht werden soll, z. B. eine raschere Entwicklung der Grundstoffindustrie, oder schnellere Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion oder einiger nichtwirtschaftlicher Gebiete usw.[16]

In der Praxis war bisher der Gesellschaftsplan des Bundes maßgebend für alle untergeordneten Planungsorgane und für die Pläne der Gebietskörperschaften und Betriebe, weil auch nach der Preisgabe der Zentralplanung das Bundesbudget und seine Nebengesetze, die bei den Banken zentralisierten Investitionsfonds und die gesellschaftliche Buchführung, die eine halbstaatliche Kontrolle über die Betriebsführung der Unternehmen ermöglicht, sehr wirksam für die Verwirklichung der Vorstellungen der Planer sorgten.

Die jugoslawische Verfassung geht vom gesellschaftlichen Besitz an Produktionsmitteln als Grundlage der Wirtschaft aus, räumt aber der Selbstverwaltung der Betriebe solche Befugnisse ein, daß eine zentrale Planung nicht mehr möglich ist und nur mehr ganz allgemeine Planungsgrundsätze aufgestellt werden können. Während nach der Verfassung 1953 die grundlegende Verteilung des Volkseinkommens „reguliert" werden sollte, beschränkt man sich jetzt darauf, die wirtschaftlichen Zielsetzungen zu koordinieren. In der Präambel zur Verfassung 1963 heißt es über die Planaufgaben in leicht gekürzter Form:

„Die im Gesellschaftsbesitz befindlichen Produktionsmittel dienen als gemeinschaftliche unveräußerliche Grundlage der gesellschaftlichen Arbeit zur Befriedigung der persönlichen und gemeinsamen Bedürfnisse und Interessen der Werktätigen und zur Entwicklung der materiellen

---

[16] Statistisches Taschenbuch Jugoslawiens 1967, Beograd 1967, S. 176. Unterstützt durch die „Instrumente" sollen die Produzenten zu einer gewinnbringenden Wirtschaft ihrer Betriebe angeeifert werden, und damit soll auch ohne staatlichen Zwang und zentrale Planung ein Wirtschaftswachstum nach den makroökonomischen Vorstellungen der Planer erzielt werden. In der Neuausgabe dieses Taschenbuches für 1968 (S. 167) fehlen, ein Zeichen für die gegenwärtige umstrittene Stellung der jugoslawischen Planung, die Ausführungen über ihren Gang. Es heißt jetzt nur mehr: „Den gesellschaftspolitischen Gemeinschaften werden genügend Rechte eingeräumt, um so, ohne an die Selbstverwaltung der Werktätigen zu rühren, eine planmäßige Entwicklung der Wirtschaft sicherzustellen."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Grundlage der Gesellschaftsgemeinschaft und der sozialistischen Gesellschaftsbeziehungen.

Die im Gesellschaftsbesitz befindlichen Produktionmittel werden im eigenen Interesse und im Interesse der Gesellschaftsgemeinschaft unmittelbar von Werktätigen verwaltet, die einander, sowie der Gesellschaftsgemeinschaft, verantwortlich sind.

Das Gesellschaftsprodukt dient zur Erneuerung und Erweiterung der materiellen Grundlage der gesellschaftlichen Arbeit sowie zur Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen nach dem Prinzip der Verteilung entsprechend der geleisteten Arbeit.

Das einheitliche Verteilungssystem gewährleistet, daß die Arbeitsorganisationen die für die Reproduktion bestimmten Mittel nach ihrem Anteil an der Schaffung dieser Mittel sowie entsprechend ihren Möglichkeiten im Rahmen der durch Gesellschaftspläne festgelegten gesellschaftlichen Arbeitsteilung wirksamst nützen.

Zwecks Verwirklichung der Einzel- und Gemeininteressen der Werktätigen und der Selbstverwaltung, Anspornung ihrer Initiative, Schaffung möglichst günstiger Bedingungen für die Entwicklung der Produktivkräfte, Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen, Durchführung des Prinzips der Verteilung entsprechend der geleisteten Arbeit und Entwicklung sozialistischer Beziehungen, richtet die Gesellschaftsgemeinschaft im Wege der Planung die Entwicklung der Wirtschaft und der materiellen Grundlage für sonstige gesellschaftliche Tätigkeitsgebiete aus und sorgt für deren Ineinklangbringung.

Durch den Gesellschaftsplan Jugoslawiens werden die grundlegenden Beziehungen in der Produktion und Verteilung in Einklang gebracht. Im Rahmen dieser Beziehungen und des einheitlichen Wirtschaftssystems planen und entwickeln die Werktätigen in den Arbeitsorganisationen und gesellschaftspolitischen Gemeinschaften die materielle Grundlage ihrer Tätigkeit selbständig[17]."

Bei der Festlegung der Gesellschaftspläne wird eine Zusammenarbeit zwischen den Bundes-, Republiks-, Bezirks- und Gemeindeplanungsorganen angestrebt. Diese Zusammenarbeit soll, wie es in einem amtlichen Kommentar heißt, besonders bei der Festlegung der Bestimmungen erfolgen, durch welche die Verteilung der Mittel zwischen dem Bund und den Gebietskörperschaften geregelt wird, ferner bei der Bestimmung der Investitionspolitik in einzelnen Wirtschaftsbereichen und -zweigen sowie bei Beschlüssen über Maßnahmen zur Lenkung der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung. Während der Ausarbeitung der Gesellschafts-

[17] Verfassung der SFRJ vom 17. 4. 1963, gekürzter Abdruck in Wiener Quellenhefte zur Ostkunde, 1963, Reihe Wirtschaft, Nr. 1.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

pläne werden auch die gesellschaftlichen und Fachorganisationen — wie der Gewerkschaftsbund Jugoslawiens und seine Republikräte, Wirtschaftskammern, Produzentenvereinigungen u. ä. — konsultiert und die auf Wählerversammlungen zum Ausdruck gebrachten Ansichten zur Kenntnis genommen.

Nach der Verfassung soll die Planung die Entwicklung der Wirtschaft mit den materiellen Grundlagen in Einklang bringen. Die Gesellschaftspläne beschäftigen sich vorwiegend nur mit den Proportionen der Wirtschaft und legen deren allgemeine Entwicklungsrichtlinien fest, wodurch sich ein breiter Raum für die selbständige Entscheidung der Betriebe und ihre Planung ergibt. Denn diese wird nicht vom Gesellschaftsplan festgelegt, wohl aber durch ihn beeinflußt, so daß sie die eigentliche konkrete Planung darstellt. Die ursprünglich zentralisierte, direktive und autoritäre Ordnung ist daher in ein dezentralisiertes System übergegangen, das zwar selbständige und daher vom Standpunkt der Planer auch „anarchische" Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte zuläßt, aber auch noch zentralistische und direktive Elemente enthält, die aber nicht mehr rein autoritär festgelegt werden[18]: „Die Instrumente stellen nur eine ungenügende Verbindung zwischen der makroökonomischen Gesellschaftsplanung und der mikroökonomischen Planung der Betriebe her."

Da der Marktmechanismus noch nicht genügend ausgebildet ist (und auch gar nicht rein verwirklicht werden soll), sucht man nun nach einem Mechanismus zur Koordination der Tätigkeit aller Wirtschaftssubjekte, zu denen auch die Gebietskörperschaften gehören. Dies ist zwar ein Postulat von erstrangiger Bedeutung, doch besteht noch keine Klarheit darüber, wie es erreicht werden kann.

Im Plan werden die strukturellen Veränderungen berücksichtigt und so größenordnungsgemäß die wichtigsten Faktoren des Volkseinkommens und die Beiträge der einzelnen Wirtschaftszweige wertmäßig berechnet und vorausgesagt. Die Richtigkeit dieser Voraussagen soll dann an Detailplänen verifiziert werden; die Erfahrungen früherer Planperioden dienen zur ständigen Kontrolle neuer Planannahmen[19]. Die materiellen Produktionsziele treten ganz in den Hintergrund und dienen mehr zur Illustrierung der vorausberechneten Tendenz als zur Festlegung der

[18] A. *Bajt*, a.a.O.; *Gorupić*, Opatija II, S. 126.

[19] Gerade dies trug aber bisher zur geringen Konsistenz der Pläne bei. Untererfüllung in der Planperiode (1. und 3. Fünfjahrplan) führte zur Festsetzung niedriger Planziele in der nächsten Periode, die dann übererfüllt wurden: 2. Fünfjahrplan 1957/61, Planziel: Erhöhung des Bruttosozialprodukts um 57,6 v. H., Realisierung + 66 v. H., 3. Fünfjahrplan 1961/65 dagegen Plan + 72 v. H., Erfüllung + 56 v. H. A. *Bajt:* Development of planning Ideology in Yugoslavia (noch nicht veröffentlichtes Manuskript). Dementsprechend wurden die Planziele 1966/70 mit einer Zunahme des BSP um 47 v. H. angesetzt, die aber durch die außerordentlichen Einflüsse der Wirtschaftsreform nicht erreicht werden, es werden vielmehr nur 34 v. H. Steigerung erwartet. (Ekonomist 1969, 4, S. 803.)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Produzenten. So wurden 1957 statt der 115 Industrieprodukte des ersten Planes nur für 25 Schlüsselprodukte in 6 industriellen Produktionsgruppen und für 8 Agrarprodukte quantitative Produktionsziele geplant oder, wie zurückhaltender gesagt wird, „vorgesehen", für 1961 wurden 51 industrielle Produktionsziele genannt, und im Gesellschaftsplan 1966 bis 1970 finden sich quantitative Vorausschätzungen nur mehr für ein Dutzend Industrieerzeugnisse.

Solche quantitative Angaben fehlen aber überhaupt in den jetzt jährlich beschlossenen Resolutionen der Skupština (Nationalversammlung) „Über die Grundlagen der Wirtschaftspolitik" des kommenden Jahres. Diese Beschlüsse sind nun anstelle des üblichen Planerfüllungsberichtes und eines formellen Jahresplanes getreten, enthalten eine Rückschau auf das abgelaufene Jahr, eine Prognose für das bevorstehende und einen Überblick über die zur Anwendung vorgesehenen wirtschaftspolitischen „Instrumente".

Die Erfüllung der Aufgaben des Gesellschaftsplanes wird durch die Bestimmungen über Besteuerung und Verwendung der Betriebseinkommen (Gewinn) erreicht, durch die auch ordnungspolitische Ziele verfolgt werden, durch die Bildung gesellschaftlicher Fonds (für Zwecke der Allgemeinheit wie Wohnungsbau), deren Zahl zurückgeht und die zum Teil durch das Budget dotiert werden, durch gesellschaftliche (also staatliche) Finanzreserven sowie durch verschiedene wirtschaftliche und andere Maßnahmen, wie z. B.: Investitionen aus den Gesellschaftsfonds für bestimmte wirtschaftliche Tätigkeiten, Lenkung der Entwicklung einzelner Wirtschaftszweige durch das System der Kreditierung von Investitionen und Umlaufmitteln der Unternehmen; Lenkung der Aus- und Einfuhr; Preisüberwachung u. a. m. Derartige Maßnahmen sollen die Schaffung entsprechender Voraussetzungen für Erzeugung und Verbrauch bewirken, um die Tätigkeit der Wirtschaftsorganisationen in deren eigenem Interesse nach den Planzielen auszurichten und zu entwickeln, ohne sie dazu administrativ anhalten zu müssen[20].

Zu dem stufenweisen Abbau der Bedeutung der Zentralplanung in Jugoslawien hat, abgesehen von den ideologischen Einflüssen, auch die mangelhafte Planungsmethode beigetragen. Es hat sich nämlich gezeigt, daß keiner der Fünfjahrpläne einigermaßen erfüllt werden konnte, und zwar keineswegs nur deswegen, weil sich die neue Konzeption der Wirtschaftsordnung (Selbstverwaltung und Markt) störend hätte auswirken können. Man hat vielmehr keine wirksame und konsequente Planungsmethode gefunden, so daß sich auch bei der Aufstellung des Planes 1961/65 schwerwiegende Fehler ergaben, weil die Zusammenstellung der Einzelprojektionen nicht nach wissenschaftlichen Methoden erfolgte.

[20] Stat. Taschenbuch 1967, S. 177.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ähnliches gilt aber auch für die Ausarbeitung der grundlegenden volkswirtschaftlichen Proportionen bis zum Jahre 1980, die anfangs der sechziger Jahre vorgenommen wurde — von der verzögerten Übernahme moderner Planungstechniken ganz zu schweigen. Diese Fehler konnten aber auch bis zur Aufstellung des geltenden IV. Fünfjahrplanes nicht ausgemerzt werden und führten auch dazu, daß ein schon vorbereiteter Siebenjahrplan (1964/70) nicht fertiggestellt wurde[21].

Die Planung krankt daran, daß eine einseitige und meist nur einfache Projektion vorgenommen wird, so daß ihre Struktur nicht der Wirklichkeit entspricht und nicht mit den Faktoren der Wirtschaftspolitik übereinstimmt, daß nicht alle relevanten Faktoren berücksichtigt werden, daß die Planung eine statischen Charakter hat und daß die Verbindung mit den regionalen und sektoralen Entwicklungsplänen nicht genügend hergestellt wird. Sie genügt zwar den zentralen Organen des Bundes, aber nicht den sonstigen wirtschaftspolitischen Aufgaben. Deswegen ist sie auch nicht geeignet, Gegensätze und Widersprüche in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zu beseitigen[22].

Ist es bisher in Jugoslawien nicht gelungen, die Planungsmethode den geänderten Umständen anzupassen und an Stelle der zentralen und direktiven staatlichen Planung eine den ordnungspolitischen Vorstellungen entsprechende Gesellschaftsplanung auszuarbeiten, die sich dann auch in der Praxis bewährt, so wurde eine solche jedoch bereits modellmäßig entwickelt. Man stellte nämlich dem monozentrischen Plan einen polyzentrischen Planmechanismus gegenüber. Dieses Modell geht von Marktrealitäten der geforderten Konkurrenz der Betriebe, ihren Aktivitäten und Interdependenzen aus und will zu einem Gesamtplan kommen, der auch die Wirtschaft einzelner Regionen (Republiken) berücksichtigt. Die Voraussetzung hierzu ist aber die Entwicklung von Input-Output-Tabellen für alle Teilmärkte bzw. Teilplanungsbereiche, woran es bisher fehlt[23].

Nicht erreicht wurde bisher eine Koordination der wirtschaftlichen Tätigkeit zwischen den Betrieben, wozu sich die Planung als ungeeignet erwies, da jene auf einer bisher fehlenden freiwilligen Basis vor sich gehen und von gemeinsamen Interessen der gleiche Aufgaben verfolgenden Betriebe ausgehen sollte.

---

[21] Materialien für die Beratung der Vereinigung jugoslawischer Ökonomen 1963. Ekonomski pregled, 1963, Nr. 3—5, S. 162 ff.; Ekonomski pregled, 1963, Nr. 9, S. 789 ff.

[22] *Sirotković*, Opatija II, S. 8.

[23] R. *Bićanić:* O monocentričnom i policentričnom planiranju, Ekonomski pregled, 1963, Nr. 6—7, S. 469—527. (Über mono- und polyzentrische Planung). — Bićanić geht auf die jugoslawischen Probleme kaum in seiner zusammenfassenden Arbeit ein: Problems of planning — East and West, The Hague 1967.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Aufgabe des Planes ist es, sich auf die realen wirtschaftlichen Kräfte zu stützen, ihre Entwicklung vorauszusehen und diese zu unterstützen, ohne willkürliche Eingriffe und nachträgliche Änderungen im Markt oder in der Produktion vorzunehmen[24]. Allerdings sind diese Grundsätze auch in Jugoslawien noch umstritten, wie Bićanić neuerdings feststellen mußte. „Noch immer können sich bei uns einige Gelehrte die Planung nicht anders vorstellen als ein autoritäres und zentrales Kommando, d. h. den Plan als Plandirektive, so wie Stalin sagt. Sie können sich die Planung nicht vorstellen als eine Organisation eines kontinuierlichen ökonomischen Prozesses der Vergesellschaftung in deren beiden Gestalten Kollektivierung und Sozialisierung. Die Prüfung der Planung in Verbindung mit diesem Prozeß der Vergesellschaftung führt uns zum Begriff der polyzentrischen Planung ... Wir sehen aber nicht, daß man in der Richtung der Anwendung entsprechender Planungsmethoden und in Verbindung mit der Wirtschaftsreform viel weiter gekommen ist[25]."

Das Zurückbleiben des Planungssystems hinter der gesellschaftlichen Entwicklung und die Mangelhaftigkeit der Grundsätze für die Förderung der wirtschaftlichen Entfaltung waren u. a. auch Gegenstand einer Beratung des Zentralkomitees Ende 1967, das die Notwendigkeit erkannte, den Gründen nachzugehen, warum zwischen Plan und Durchführung keine Übereinstimmung besteht und der laufende Fünfjahrplan als überholt betrachtet werden mußte[26].

Die Planung Jugoslawiens ist daher in eine Krise geraten und sucht nach neuen Mitteln und Methoden. Der Plan hat eine vorwiegend orientierende Bedeutung angenommen und will vor allem der Entwicklung und Entfaltung der Wirtschaft dienen, dabei Strukturpolitik treiben, aber auch durch den Einbau entsprechender „Instrumente", kurzfristig

---

[24] A. *Bajt:* Development of planning Ideology in Yugoslavia.

[25] R. *Bićanić:* Privredna reforma, stabilizacija i tehnički napredak. In: Ekonomist, 1966, Nr. 1—4, S. 19 (Wirtschaftsreform, Stabilisierung und technischer Fortschritt). — Dies ist der erste Beitrag in einem Sammelband über die Beratung jugoslawischer Ökonomen über die Bedingungen der Stabilisierung der jugoslawischen Wirtschaft, abgehalten in Laibach im März 1967, in dem auch die Untersuchungen von B. Horvat veröffentlicht wurden (vgl. Anm. 10).

[26] ZK-Beschluß vom 24. 11. 1967, Borba, 25. 11. 1967. Schon vorher wurden „Thesen über das grundlegende System der gesellschaftlichen Planung" vom jugoslawischen Parlament am 11. 5. 1966 angenommen, die aber nur mehr in der Endphase der Ausarbeitung des Fünfjahrplanes berücksichtigt werden konnten. In ihnen wird abschließend festgestellt, daß die bisher angewandte Methode der wirtschaftlichen Analyse und Planung nur zu einseitigen Bilanzen führte; notwendig seien daher exakte wissenschaftliche Methoden, insbesondere für zwischensektorale Analysen, für materielle und Wertbilanzen, für die Auswirkung bestimmter Maßnahmen der Wirtschaftspolitik und die Anwendung der linearen Programmierung zwecks Auswahl der zweckmäßigsten Wirtschaftsstruktur und der günstigsten Standorte. Die methodische Planung hat sich auch auf die wirtschaftlichen Tätigkeiten zu erstrecken. Osnove sistema društvenog planiranja — Teze. Jugoslovenski pregled, 1966, Nr. 5, S. 175—186.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Umverteilung des Volkseinkommens nach politisch-gesellschaftlichen Vorstellungen bewirken. Aus dieser beschränkten Funktion des Planes, die sich den Vorstellungen der westlichen Planifikation nähert, ergibt sich aber auch, daß die Instrumente des jugoslawischen Planes weniger wirksam sind als die „ökonomischen Hebel", die in einem geschlossenen Planungssystem zur Steuerung dienen, dort eine spontane Wirkung nur vortäuschen, im Grunde aber verhindern wollen. Denn sie wirken bei anderen sozialistischen Staaten innerhalb ihrer planwirtschaftlichen Ordnung, die sie aber elastischer und effektiver gestalten können.

Im jugoslawischen System ermöglichen die Instrumente aber teils überhaupt erst die Durchführung des Planes, z. B. die Vorschriften über die Bildung von Fonds, oder sie betreffen den planfreien Raum, wie die Höhe der Zinsen. Die ökonomischen Hebel berücksichtigen wirtschaftliche Kategorien und Elemente, die bisher in sozialistischen Staaten unbeachtet oder nicht ausgenützt waren, wie Gewinn und Stimulierung, während sie in Jugoslawien schon lange anerkannt und systemimmanent sind. Die Instrumente dienen der ständigen Änderung des jugoslawischen Wirtschaftslebens und seiner Adaptierung an neue Tatsachen, ähnlich wie Steueränderungsgesetze im Westen. So notwendig und zweckmäßig dies sein mag, bringt der jährliche Wechsel Ansätze zu staatlicher, autokratischer Intervention in den Ablauf des wirtschaftlichen Prozesses und wirkt daher der Stabilisierung entgegen[27].

Es darf auch jene Solidarität nicht übersehen werden, die trotz aller regionalen Gegensätze und des Betriebsegoismus innerhalb der kommunistischen Einheitspartei besteht, so daß es ihr infolge des meist nur geringen Niveaus der Träger der Selbstverwaltung gelingt, ihre Ansichten durchzusetzen. Wenn die Planer trotzdem ihre Ziele auch in Jugoslawien nicht erreichen — der Fünfjahrplan 1961/65 rechnete beispielsweise mit einer Steigerung der Industrieproduktion um 84 v. H., realisiert wurden aber nur etwa 66 v. H. —, so liegt dies in den Schwächen jeder Planung, der jugoslawischen aber ganz besonders, und der Unterwerfung der Planer unter die Zielsetzungen der Politiker, die hohe Zuwachsraten fordern, ohne die Strukturprobleme zu beachten.

Unter den jugoslawischen Verhältnissen gewinnen aber die den polyzentrischen Vorstellungen entsprechenden Einzelpläne an Wirksamkeit. Die einen betreffen die wirtschaftlich unterentwickelten Gebiete, für die in den Budgetgesetzen langfristig Vorsorge getroffen wird, die anderen sind die Planungen der Betriebe, über die aber wenig nach außen dringt, obwohl sie die eigentlichen Träger konkreter Planung sein sollen. Es dürfte sich dabei nur um betriebliche Pläne handeln, wie sie auch in

[27] *Bićanić*, a.a.O., S. 8.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

westlichen Großbetrieben notwendig sind. Sie können sich aber, wenigstens soweit die mittelfristige Planung zur Festlegung gewisser Verpflichtungen durch Budgetgesetze führt, auf gegründete Annahmen stützen, müssen aber mit den noch immer auftretenden Schwankungen der Wirtschafts- und Fiskalpolitik rechnen. Unter diesen Umständen kann auch die betriebliche Planung noch nicht sehr effektiv sein. Sie ist aber auch noch nicht sehr entwickelt und muß mit dem Vorurteil kämpfen, daß sie von der Zentralplanung abhängig und damit ein Widerspruch gegen die Selbstverwaltung sei. Die kurzfristige Planung der Betriebe leidet auch darunter, daß in ihr viele Probleme angeschnitten werden, die eigentlich nur von nichtexistenten langfristigen Betriebsplänen gelöst werden sollten[28].

Nicht grundlos wurde selbst nach dem Sturze des Polizeiministers Rankovič (1966) gegen den Bürokratismus gewettert, also gegen den Einfluß, ja das Überwiegen der Staatsverwaltung und des Parteikommandos in der Wirtschaft, welche den Markt ignorieren oder dirigieren möchten. Selbst bei den Organen der Selbstverwaltung, die das demokratische Entstehen von Beschlüssen sichern sollten, sei der Kampf gegen bürokratische und kleinbürgerliche Tendenzen ebenso erforderlich, wie gegen „wissenschaftliche" Einwände der Anhänger konservativ-bürokratisch-etatistischer (also sowjetischer) Gesellschaftsauffassungen[29].

Jugoslawien ist aber nicht der einzige Staat, in dem zwischen den Verfassungsgrundsätzen und den Modellvorstellungen über die anzustrebende Organisation der Wirtschaft und dem Wirksamwerden der gesellschaftlichen Kräfte ein (fast) unheilbarer Widerspruch besteht.

Für die Frage, die die Reformer in den sozialistischen Staaten bewegt, ob im Sozialismus überhaupt eine so weitgehende Selbständigkeit der sozialistischen Betriebe denkbar ist, daß sie die eigentlichen Träger der Wirtschaft werden, selbständig entscheiden, nicht an obligatorische Planzahlen und Direktiven gebunden sind, ja sich sogar untereinander Konkurrenz machen können, liefert Jugoslawiens Experiment einen einwandfreien Testfall. Die Praxis stößt hier nicht so sehr auf theoretische Schwierigkeiten, sondern leidet unter den Gegebenheiten des jugoslawischen Sozialismus — starker Staatseinfluß, ungeschulte Kader, übermächtige Stellung der Einheitspartei —, so daß es bisher nicht gelungen ist, den Modellvorstellungen auch nur annähernd nahe zu kommen. Jedenfalls kann aber nicht bestritten werden, daß auch Betriebe sozia-

---

[28] Informator, 22. 11. 1967, M. *Novak:* Sadržaj i elementi društvenog planiranja (Inhalt und Elemente der gesellschaftlichen Planung in den Arbeitsorganisationen). D. *Gorupić* - J. *Brekič:* Direktor u samoupravnim odnosima (Der Direktor in den Verhältnissen der Selbstverwaltung), Zagreb 1967, S. 10. — *Gorupić,* Opatija I, S. 7 und 11.

[29] ZK-Beschluß vom 24. 11. 1967.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

listischer Staaten — nach jugoslawischer Auffassung hat der Staat das Eigentum der Gesellschaft bzw. die Verfügung darüber den Betriebsangehörigen weiter übertragen — selbständig geführt werden können, ohne daß es zu der bisher so angeprangerten und verabscheuten Anarchie des Marktes kommt und eine dirigistische Planung erforderlich wird.

Trotz aller Mängel funktioniert jedenfalls das jugoslawische System nicht schlechter, sondern besser als die Zentralplanung anderer sozialistischer Staaten und wurde leichter mit deren Auswüchsen fertig. Sicherlich trägt dazu die bessere Versorgung mit ausländischen Waren bei, was durch die westliche Hilfe erleichtert wurde. Akute Versorgungsschwierigkeiten für die Bevölkerung sind seit langem unbekannt.

4. Selbstverwaltung und Markteinflüsse in der jugoslawischen Wirtschaft

Seit Jugoslawien einen eigenen Weg für seine Wirtschaftspolitik eingeschlagen hat, trat die Dezentralisierung als zweiter Pfeiler der Wirtschaftspolitik zur Planung hinzu. Im gleichen Ausmaß wie die Zentralplanung, ja die Planung selbst, an Bedeutung verlor, wuchs, auch durch ideologische Gründe bedingt, diese zweite Wurzel des jugoslawischen Sozialismus. Die polyzentrische Auffassung der Wirtschaftsordnung läßt sich nur dadurch erklären, daß in Jugoslawien nicht bloß eine Dezentralisierung vorgenommen wurde, sondern daß Wirtschaftskräfte und -subjekte geweckt wurden, die mit dem Anspruch auf selbständige Führung ihrer Angelegenheiten und Bestimmung ihrer Wirtschaftsziele auftraten. Das gilt sowohl für die Betriebe (Arbeitsorganisationen), denen Selbstverwaltung eingeräumt wurde, als auch für die Republiken und in gewissem Ausmaß auch für ihre Großgemeinden, wobei die unterentwickelten Gebiete wieder eine privilegierte Stellung einnehmen.

Die vielschichtige Verteilung der wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnisse in Jugoslawien ist mit dem Dezentralisierungsprozeß anderer sozialistischer Staaten nur beschränkt vergleichbar. Sie geht viel weiter und ist nicht nur ein Programm, sondern auch eine Realität, wenngleich ihre Tragweite nicht überschätzt werden darf; denn das Programm reicht weiter als seine bisherige Verwirklichung. Die Dezentralisierung steht in Jugoslawien unter einem ideologischen Vorzeichen, das sie als Vorstufe des Absterbens des Staates und des Überganges zur klassen-, herrschafts- und zwangsfreien Gesellschaft erklärt und in ihr den Weg zur Verwirklichung echter sozialistischer Demokratie in den Gebietskörperschaften und in den Betrieben — hier sogar der direkten Demokratie — und damit in der Gesellschaft, d. h. also im heute noch bestehenden Staat sieht. Diese Ideologie macht den Produzenten zum eigentlichen Träger der Wirtschaft und Gesellschaft; man kann daher nicht von einer Delegation von Ent-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

scheidungsbefugnissen sprechen, da die Produzenten ein ihnen nach der jugoslawischen Staats- und Gesellschaftsauffassung zustehendes originäres Recht ausüben.

Die unterste Stufe der jugoslawischen Selbstverwaltung bilden allerdings nicht die einzelnen Arbeiter im Betrieb, wenn auch ihre Zusammenfassung den Betrieb ergibt und dessen Arbeit ermöglicht, sondern der Betrieb, der die grundlegende Arbeitsorganisation Jugoslawiens ist. Man bemüht sich aber neuerdings auch noch, durch Aufgliederung in „ökonomische Einheiten", die eine weitgehende Selbständigkeit genießen, die Unternehmensorganisation aufzulockern und flexibler zu gestalten[30].

Durch die Einrichtung der Selbstverwaltung und durch die Übertragung der Betriebsvermögen und Betriebsführung an diese hat die jugoslawische Wirtschaftsordnung einen Charakter erhalten, der nur ihr eigen ist, weil sowohl in den übrigen Oststaaten, als auch in der westlichen Marktwirtschaft ähnliche Einrichtungen unbekannt sind. Die Selbstverwaltung der Betriebe geht nämlich weit über ein Mitbestimmungsrecht hinaus und würde noch am ehesten einer Genossenschaft vergleichbar sein, wenn diese auch zur Verwertung staatlicher Mittel berufen wäre. Da aber das Staatseigentum zugunsten der Gesellschaft als abgeschafft gilt, handelt es sich bei den jugoslawischen Betrieben auch nicht um eine bloße Treuhandverwaltung, so daß es der juristischen Theorie bis heute noch nicht geglückt ist, die Rechtsstellung der jugoslawischen Unternehmen zu klären. Am ehesten sind sie einem Sondervermögen oder einer Stiftung gleichzusetzen[31].

Zur Beurteilung des Einflusses der betrieblichen Selbstverwaltung auf das Wirtschaftswachstum ist die Klärung dieser juristischen Frage aber nur so weit bedeutungsvoll, als sie zeigt, daß die Rechte der Betriebe jedenfalls weiter gehen als bei dezentralisierten Staatsbetrieben anderer sozialistischer Staaten. Der konsequente Ausbau der Selbstverwaltung führte zu erweiterten Entscheidungsbefugnissen der Unternehmen und zu gelockerter Abhängigkeit von staatlichen Einflüssen und Vorschriften. Andererseits mußte die innerbetriebliche Verteilung der Kompetenzen zwischen Direktor, Arbeiter- und Verwaltungsrat und Betriebsversammlung bei einem gewissen Mitspracherecht der Gemeinden zu Spannungen und Interessenkonflikten führen und die Fällung von Entscheidungen er-

---

[30] „Indem die Werktätigen frei ihre Arbeit vereinigen, organisieren sie im Unternehmen auf der Grundlage der gesellschaftlichen Mittel ständig die Selbstverwaltung und erweitern die Produktion, den Umsatz und andere wirtschaftliche Tätigkeiten und befriedigen ihre eigenen, die gemeinsamen und die allgemeinen gesellschaftlichen Interessen. Das Unternehmen ist die selbständige und grundlegende Arbeitsorganisation des einheitlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems Jugoslawiens." Grundgesetz über die Unternehmen, 1965, Art. 1. — G. *Lemân,* a.a.O., S. 36.

[31] Vgl. dazu die Verhandlungen des CESES-Seminars in Rapallo 1967.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schweren. So wird die volle Entfaltung der betrieblichen Selbständigkeit und die Durchsetzung der jeweiligen Interessen der Betriebe behindert, weil bei der Einkommenverteilung und Investitionspolitik Betriebs- und Personalinteressen leicht in Widerspruch geraten.

Tatsächlich fehlt es auch nicht an Klagen darüber, daß die Arbeiterselbstverwaltung und damit auch die Betriebsführung nicht (oder noch nicht) den in sie gesetzten Erwartungen entspricht. Sie trug zwar zu einer Änderung in der Einstellung der Arbeiter zu den Betrieben bei, aber „die Veränderungen in der sozialen Struktur der Organisation bleiben weit hinter der normativen Neuordnung zurück, und in der hierarchischen Gliederung innerhalb der betrieblichen Verwaltung ist das oligarchische Prinzip noch kaum erschüttert". So kommt es, „daß der Einfluß der Arbeiter noch recht gering ist und daß wegen des großen Unterschiedes zwischen der tatsächlichen und idealen Verteilung des Einflusses die Struktur der Organisation in großem Ausmaß nicht gefestigt ist und daß sich dies wahrscheinlich auf die Wirksamkeit (Effektivität) der Organisation (abträglich) auswirkt ... Daher setzt sich die Selbstverwaltung bei ihrer Verwirklichung nur ziemlich schwer durch"[32].

Auch bei der Beratung der jugoslawischen Ökonomen über die Fortführung der Wirtschaftsreformen im Jahre 1967 stellte Bićanić klar, daß die Bedeutung der Selbstverwaltung meist überschätzt wird. Vielfach glaube man nämlich, daß sie verantwortlich sei für das ganze Resultat der wirtschaftlichen Reformen. Zwar sei sie wirklich eine große Errungenschaft der gegenwärtigen Gesellschaft, aber man dürfe deswegen „der Arbeiterselbstverwaltung nicht Funktionen übertragen, für die sie nicht geschaffen wurde, noch Aufgaben, welche sie nicht durchführen kann, und ihr nicht eine Verantwortung übertragen, für die sie nicht zuständig ist". Es gebe vielmehr eine Begrenzung ihrer Tätigkeit aufgrund der Gesetze, aber auch aus technologischen, politischen, ökonomischen und sozialen Gründen. Man könne sie nicht vom technologischen Prozeß isolieren und auch nicht als eine Frage des natürlichen Rechtes der Arbeiter ansehen, sondern müßte sie als Ergebnis eines historischen Prozesses betrachten, nämlich der Vergesellschaftung, die ungeheuer verwickelt und vielgestaltig ist. Deswegen dürfe man auch die Selbstverwaltungsorganisation nicht als eine ständige Größe ansehen, sondern nur als eine Station in diesem ökonomischen Prozeß[33].

Die Beziehungen zwischen dem technologischen Prozeß und der Arbeiterselbstverwaltung stellen also eine noch offene und ungelöste Frage

---

[32] D. *Gorupić:* Organizacija samoupravljanja u poduzeću. In: Ekonomski pregled, 1967, Nr. 7—8, S. 371 (Die Organisation der Selbstverwaltung im Unternehmen). Gorupić zitiert dazu eine Untersuchung von J. Župonov für die Zeit 1961/64.

[33] *Bićanić,* a.a.O., S. 15—19.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dar. Man darf einerseits nicht die Augen vor der Gefahr technokratischer Tendenzen bei Wissenschaftlern und Wirtschaftsführern schließen, andererseits kann die Arbeiterselbstverwaltung nicht in der Weltwirtschaft und am inländischen Markt als Dornröschen auftreten. Es sind vielmehr ganz andere Voraussetzungen zu optimalen Entschlüssen der Betriebe in ihrem eigenen Interesse notwendig, z. B. ein Informationsdienst, ein Finanzdienst, um sie zum gleichrangigen Partner von Banken zu machen, ein technologischer Dienst sowie eine Planungsorganisation[34].

„Innere Schwächen" der Selbstverwaltungskörper führen dazu, daß die Modernisierung der Betriebe nicht erfolgt[35] und daß bei der Verteilung des Bruttoeinkommens — im Gegensatz zum westlichen System gelten Löhne nicht als gewinnmindernde Kosten — manche Betriebe mehr auszahlen, als den Beschäftigten zusteht, d. h. sie sorgen nicht für Amortisationen und Erneuerungsbedarf und „essen einen Teil der Akkumulation auf". Es gibt zwar Fälle, wo die Löhne unter den Lebenshaltungskosten bleiben, was auch nicht richtig ist, aber im allgemeinen zeigen die Lohnsummen die Tendenz, fix zu bleiben. Bei einem Rückgang der Einkommen der Betriebe werden die Dotationen (Fonds) für betriebliche Zwecke gekürzt[36]. Es fehlt eben an einem gesetzlichen Verteilungssystem, das die rationellste Verwendung der Mittel sichert und ein richtiges Verhalten der Mitglieder der Selbstverwaltung bewirkt. Aber wie soll es nur ökonomisch und nicht administrativ wirksam werden?

Die Klagen über einen betriebsschädigenden Einfluß der Selbstverwaltung bei der Verteilung der Einkommen zeigen aber, daß die Betriebe tatsächlich bereits einen hohen Grad von Selbständigkeit erreicht haben. 1953 wurde den Betrieben eine zunächst beschränkte Verfügung über ihre Amortisationsmittel eingeräumt, wodurch sie einen gewissen Einfluß auf die Investitionen bekamen, die bisher ausschließlich durch den Bund und die Republiken im Wege der Umverteilung von Gewinnen und Steuern finanziert wurden. Mehrfache Neubewertungen der Anlagemittel (1953, 1963 und zum 31. Dezember 1966), welche der Inflation Rechnung trugen und zu einer höheren Amortisation führten, haben dies erleichtert[37]. Die Nettoinvestitionen wurden jedoch auch weiterhin vorwiegend vom Bund bzw. den öffentlichen Investitionsfonds finanziert, wodurch bis zur Wirtschaftsreform (1965/66) der Selbstverwaltung ein wesentlicher betrieblicher Entscheidungsraum entzogen blieb. Durch die Reform 1961 war aber schon ihr Einfluß auf die Verteilung des Einkommens und der Löhne verstärkt worden.

---

[34] Diskussionsbeitrag D. *Dragosavac*, Borba, 1. 12. 1967.
[35] Diskussionsbeitrag M. *Novak*, Borba, 9. 12. 1967.
[36] P. *Moračа:* Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens, Beograd 1966, S. 61.
[37] Die Investitionspolitik Jugoslawiens 1966—1970, Beograd 1967, S. 7.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe konnte daher bisher im Gegensatz zur Dezentralisierung der Kompetenzen der Betriebe das Wirtschaftswachstum kaum entscheidend fördern und hat es vielmehr eher behindert. Erst als Folge der Wirtschaftsreformen dürfte auch die Selbstverwaltung im Rahmen der erweiterten Kompetenz der Betriebe größere Aufgaben erhalten und sich bewähren.

Es kann aber nicht geleugnet werden, daß die politische Umorientierung Jugoslawiens und das Abrücken von der zentralen Planung wesentliche moralische und wirtschaftliche Impulse weckte, die das Durchhalten Jugoslawiens während der Kominform-Blockade erleichterten und den wirtschaftlichen Aufschwung förderten. Aber die Entlohnung der Arbeiter und ihre äußeren Lebensbedingungen waren in dieser Zeit noch derart unbefriedigend, daß man von ihnen trotz des Versprechens einer besseren Zukunft auch durch formelle Beteiligung an den Betriebsentscheidungen keinen Enthusiasmus und höhere Arbeitsleistungen erwarten konnte.

Auch in der späteren Entwicklung blieb der Einfluß der KP und in den meisten Fällen der Direktoren und ihres Stabes so groß, daß planwidrige Exzesse der Selbstverwaltung im allgemeinen verhindert wurden und der Egoismus der Betriebe oder der Belegschaft in Schranken gehalten werden konnte. Es mehren sich aber die Zusammenstöße zwischen den Partnern im Betrieb und Streiks (Arbeitsniederlegungen)[38].

Das Verfassungs-Amendement XV vom 17. 4. 1967 hat die Vorschriften für die Bildung der Organe der Selbstverwaltung gelockert mit der Begründung, „das werktätige Volk soll die Angelegenheiten, welche es selbst regeln kann, unmittelbar entscheiden und soll mit bestimmten Leitungsfunktionen Arbeiterräte oder entsprechend der Art der Tätigkeit ein anderes geeignetes Leitungsorgan betrauen, und kann besondere Exekutiv-Funktionen an Organe oder Einzelpersonen übertragen, welche diesem Leitungsorgan verantwortlich sind und vom Arbeiterrat gewählt werden". Die bisherige Dreiteilung der Selbstverwaltungsorgane mit der Einrichtung des Verwaltungsausschusses ist nicht mehr obligatorisch, und es wird daraus geschlossen, daß zur Unterstützung des Direktors Sachverständige, sei es nach Art von Vorstandsmitgliedern oder eines Beirates, berufen werden können, die auch von außerhalb des Betriebes geholt werden können. Dadurch soll die Selbstverwaltung flexibler und den Methoden des modernen Managements leichter zugänglich werden. Aber obwohl der gewählte Arbeiterrat auf jeden Fall weiter bestehen bleibt, führt die Durchführung dieses Amendements zu politisch

[38] Diese Zusammenstöße greifen auch bereits auf die Kommunalbetriebe über, welche ebenfalls nach Art der Selbstverwaltung eingerichtet sind. Meinungsverschiedenheiten zwischen Direktion und Selbstverwaltungsorgan müssen gerichtlich geschlichtet werden. Informator, 9. 12. 1967.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

verschärften Meinungsverschiedenheiten zwischen Managern und Technokraten einerseits und orthodoxen Anhängern der Selbstverwaltung andererseits, die eine Verwässerung der Selbstbestimmungsrechte der Arbeiterschaft befürchten. Wie in so vielen anderen politisch-ökonomischen Fragen stoßen auch hier die Meinungen aufeinander, was autoritäre Interpretationen provoziert.

5. Förderung von Entwicklungsgebieten

Eine weitere Eigenart der jugoslawischen Verfassung, nämlich der Föderalismus, der nicht nur, wie in der Sowjetunion, deklaratorisch ist, sondern zu einem echten Eigenleben der Republiken führte, erschwert zentrale Entscheidungen, die auf Sonderwünsche der Republiken Rücksicht nehmen müssen[39]. Die Republiken sind bestrebt, ihre Industrie ebenso vielfältig auszubauen, wie dies im Gesamtstaat der Fall ist. So äußert sich ein Autarkiestreben im Republikrahmen. Bei der Standortwahl sind nicht die günstigsten Voraussetzungen allein maßgebend. Dadurch steigen die Produktionskosten, wie etwa bei den Eisenhütten nachweisbar, beträchtlich, die Aufwendungen für Transporte wachsen unwirtschaftlich und das Verkehrsnetz ist überlastet. Außerdem wird dadurch die Erreichung optimaler Betriebsgrößen erschwert.

Dieses Republik-Denken hindert auch den wirtschaftlichen Zusammenschluß zu größeren Produktionsgemeinschaften und die Kooperation der Betriebe, von der in Jugoslawien schon lange gesprochen wird.

Die Gründung neuer Betriebe, die durch die Sonderwünsche einzelner Republiken gefördert, ja auch erzwungen wird, geht Hand in Hand mit der Förderung der unterentwickelten Gebiete Jugoslawiens, die es besonders im Süden des Landes gibt. Es ist daher im einzelnen nicht immer klar zu unterscheiden, was von den Investitionen und Subventionen auf das Konto des republikanischen Egoismus und was auf die gesamtstaatliche Entwicklungshilfe zu buchen ist, für die natürlich andere Kriterien der Wirtschaftlichkeit gelten als für die Standortwahl aus Prestigegründen. In der Praxis fallen aber beide Tendenzen vielfach zusammen.

Abgesehen von den kulturellen Einrichtungen, die in den unterentwickelten Gebieten erforderlich sind, muß auch für die berufliche Umschichtung der Bevölkerung gesorgt werden, denn ohne Industrialisierung kann kein höherer Lebensstandard erreicht werden. Deswegen erwartete man schon bis 1970 einen beträchtlichen Rückgang des Anteils der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung in diesen Gebieten auf etwa

---

[39] K. *Wessely:* Stellung der Republiken und Entwicklungsgebiete in Jugoslawien. In: Humanitas ethnica, Festschrift für Theodor Veiter, Wien - Stuttgart 1967.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

50 v. H., was aber noch immer hinter den fortgeschrittenen Landesteilen zurückbleibt.

Ein Hauptproblem für diese Gebiete stellt die unzureichende Kapitalausstattung der hier tätigen Industriebetriebe dar, was nach dem jugoslawischen Wirtschaftssystem vor allem deswegen störend ist, weil die finanzielle Selbständigkeit der Betriebe und die Selbstfinanzierung der Investitionen zu den Grundsätzen der Reformen gehören. Deswegen sind weitere staatliche Dotationen unumgänglich notwendig, wozu im Jahre 1965 ein eigener Bundesentwicklungsfonds gebildet wurde. Dieser Fonds wird aber nicht nur aus staatlichen Mitteln gespeist (Abgabe von 1,85 v. H. des Umsatzes der Betriebe), sondern auch aus Bankmitteln und insbesondere aus Auslandsanleihen, die vor allem dem Verkehrswesen dienen.

Die Ergebnisse der bisherigen Förderung der unterentwickelten Gebiete sind zwiespältig. Es ist zwar gelungen, in ihnen eine Reihe von Industriebetrieben anzusiedeln, doch wird über eine besonders niedrige Produktivität der in Bildung und Mentalität rückständigen Belegschaften geklagt. Die Bemühungen um die Entwicklungsgebiete haben keineswegs zu einer Verminderung der auch stammesmäßig begründeten Spannungen innerhalb Jugoslawien geführt, da die wirtschaftlich fortgeschritteneren nordwestlichen Republiken (Slowenien und Kroatien), das Beispiel der wirtschaftlichen Erfolge Italiens und Österreichs vor Augen, sich gegen die Verwendung ihrer Steuergelder in den unterentwickelten Gebieten sträuben, wo sich aber die albanische Bevölkerung zurückgesetzt fühlt und oppositionellen Strömungen zuneigt. Die Industrie dieser besonders geförderten Gebiete hat sich weit rascher als im gesamtstaatlichen Durchschnitt entwickelt (Index der gesamten Industrieproduktion 1966 780 v. H. von 1939, in Montenegro 4060 v. H., in Mazedonien 1889 v. H.), während das wirtschaftlich hochentwickelte Slowenien mit nur 646 v. H., gefolgt von Kroatien (699 v. H.), weit unter dem Durchschnitt bleibt.

Tatsächlich ist 1960/69 die landwirtschaftliche Bevölkerung — es handelt sich nur um jene privater Wirtschaften — im Kosovo-Gebiet um 11 v. H. und in Bosnien-Herzegowina um 8 v. H. gestiegen, so daß in beiden besonders unterentwickelten Gebieten die landwirtschaftliche Bevölkerung nun 71 v. H. der Gesamtbevölkerung erreicht. Der Schwerpunkt der jugoslawischen Entwicklungspolitik muß daher in diesen beiden Gebieten liegen; insgesamt sind 35 v. H. des jugoslawischen Staatsgebietes als relativ unterentwickelt zu betrachten. Demnach ist es aber auch zu bezweifeln, daß, wie amtlich versichert wird, der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung bereits auf weniger als die Hälfte der jugoslawischen Gesamtbevölkerung gefallen ist. Selbst wenn man berücksichtigt, daß 1,45 Mill. noch in landwirtschaftlichen Haushalten Le-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bende außerhalb der Landwirtschaft Beschäftigung gefunden haben, ergibt sich für 1969 aufgrund der jüngsten Agrarerhebung ein Anteil von mehr als 51 v. H. der landwirtschaftlichen an der Gesamtbevölkerung[40].

Aber das Ziel einer Heranführung des Volkseinkommens dieser Gebiete an den jugoslawischen Durchschnitt ist noch bei weitem nicht erreicht worden. Denn mit 1947 als Ausgangsjahr lag der Index des Volkseinkommens 1964 für Gesamtjugoslawien bei 259 v. H., in Montenegro nur bei 229 v. H. und in den südwestlichen Gebieten Serbiens, Kosovo-Metohija, bei 175 v. H. Lediglich Mazedonien hatte mit 254 v. H. beinahe den Durchschnitt erreicht, unter dem aber auch Serbien verbleibt. Das Volkseinkommen Sloweniens war 1964 mit rund 370 000 Dinar je Kopf genau doppelt so hoch wie in ganz Jugoslawien (194 000), dreimal so hoch wie in Mazedonien (134 000) und fünfmal so hoch wie das besonders geförderte, albanisch besiedelte Amselfeld (Kosovo-Metohija) mit 71 000 Dinar.

Der Anteil der zur Gänze unterentwickelten Republik Bosnien-Herzegowina am Volkseinkommen ist 1960/68 von 13,5 auf 11,5 v. H. gesunken und von Montenegro nur um 0,3 Punkte bzw. von Mazedonien um 0,8 Punkte gestiegen. Der Anteil Sloweniens ging zwar um 0,8 Punkte zurück, jener Kroatiens stieg aber sogar von 26,9 auf 27,1 v. H.[41].

Der Gesellschaftsplan 1966/1970 möchte auch die unterentwickelten Gebiete weiter fördern, wozu wie bisher Bundesmittel für Investitionen und Subventionen verbindlich beschlossen wurden, was eine starke Belastung des Budgets und damit der Steuerleistung der Betriebe mit sich bringt. Dabei stößt diese Art der Industrialisierung wegen ihrer wenig organischen, nicht in die jugoslawische Gesamtwirtschaftsordnung eingegliederten administrativen Art immer mehr auf Bedenken und ist auch nicht imstande, zu einer wesentlichen Behebung der Arbeitslosigkeit in diesen Gebieten beizutragen. Der Entwicklungsfonds soll nun von der Budgetbewilligung unabhängig gemacht werden.

Die Zuwachsrate der Industrieproduktion der Entwicklungsgebiete lag zwar früher erheblich über dem jugoslawischen Durchschnitt, doch ging

---

[40] Promene na selu u periodu 1961—1969 (Veränderungen auf dem Lande von 1961—1969), Jugoslovenski pregled, 1969, 7—8, S. 283—288, Stat. Taschenbuch 1967, S. 53.

[41] Jugoslovenski pregled, 1969, 6, S. 249; Jugoslavija, S. 89. Vgl.: Neki rezultati privrednog razvoja nedovoljno razvijenih republika i krajeva u periodu 1964—1967 (Einige Resultate der wirtschaftlichen Entwicklung der unterentwickelten Republiken und Gebiete 1964—1967). Jugoslovenski pregled, 1968, Nr. 5, S. 185—192. Ferner für das Kosovo-Gebiet: L'Observateur de l'OCDE 1968, Nr. 12, S. 14. In diesem OECD-Bericht wird darauf verwiesen, daß die Betriebe ohnedies wissen, welche Mängel bei ihnen bestehen, denen aber nicht abgeholfen werden kann, während Vorschläge zur Strukturänderung auf große Schwierigkeiten stoßen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dieser Vorsprung zurück und betrug 1964/65 nur 3 Punkte, 1966 war er in Auswirkung der Wirtschaftsreformen gleich Null, und 1967 trat sogar ein Rückstand um 3 Punkte gegenüber dem allgemeinen Produktionsindex der in diesem Jahr stagnierenden Industrie auf. Erst 1968 ergab sich wieder ein Vorsprung von 1—2 v. H.

Über die besonderen Schwierigkeiten der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, namentlich im Kosovo-Gebiet, beklagt sich auch der Bericht der OECD über die Ergebnisse ihrer Wirtschaftshilfe. Man ist dort weit entfernt vom Ziel, jährlich 10 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, so daß 7000 bis 10 000 Arbeitskräfte jährlich anderswo Beschäftigung suchen müssen. Vom Standpunkt des Wirtschaftswachstums muß daher gesagt werden, daß die innerstaatliche Entwicklungspolitik Jugoslawiens nicht den Möglichkeiten und ihr Ergebnis nicht den Aufwendungen entspricht.

6. Marktgeschehen und Preispolitik

Im Gegensatz zu der in der Literatur und in der Innenpolitik so breit behandelten Selbstverwaltung hat eine weitere, die Zentralverwaltungswirtschaft und die Planung überhaupt einschränkende Komponente der jugoslawischen Wirtschaftsordnung, nämlich der Markt und sein Wirken, bisher nur eine sehr oberflächliche Erwähnung erfahren. Dies mag einerseits damit zusammenhängen, daß das Marktgeschehen bis zu den letzten Wirtschaftsreformen doch nur einen recht begrenzten Einfluß hatte und kaum als bestimmend für die Wirtschaft betrachtet werden konnte, zum anderen, weil es als eine Ausnahme und Anomalie galt, gegen die sich dogmatisch überkommene Vorstellungen von einer sozialistischen Wirtschaft, deren Ordnung und Aufgaben, richteten.

Nach dem Parteiprogramm 1958 „soll ein solcher, verhältnismäßig freier und gleichzeitig kontrollierter Markt eines der Instrumente des Gesellschaftsplanes und der Wirtschaftspolitik sein". Jugoslawien bekannte sich also, auch wenn die Verfassung von 1963 sie nicht ausdrücklich erwähnt, zu einer „verhältnismäßig freien" Marktwirtschaft, die nur subsidiär zugelassen wurde, soweit es die besonderen Verhältnisse der sozialistischen Wirtschaft und durch Planung verwirklichte staatliche Zielsetzung zuließen. Jedenfalls wurde aber damals im Parteiprogramm festgestellt, daß die „Nichtbeachtung des Wertgesetzes und anderer Marktgesetze die sozialistischen Elemente in der Wirtschaft nicht kräftigen, sondern geradezu schwächen" müßte, womit man den Reformen anderer sozialistischer Staaten um fast 10 Jahre voraus war. So wurde die Warenproduktion zur Grundlage des gemischten Plan-Marktsystems Jugoslawiens, das man seit der Wirtschaftsreform 1965 jedoch eher als Markt-Plansystem bezeichnen kann. Denn seither ist die sub-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sidiäre Bedeutung der Planung nicht mehr zu bestreiten und steht die Marktwirtschaft im Vordergrund. Selbstverständlich sind wenigstens für die Übergangsperiode noch Vorbehalte gegen eine solche Formulierung am Platze[42].

Daher erfolgte auch die Behandlung der Marktverhältnisse in der Fachliteratur nicht etwa gleichberechtigt mit jener der Wirtschaftsplanung, sondern nur am Rande und nicht unter diesem Titel, sondern marxistisch verbrämt als „Warenproduktion"[43], die sich auf das Wertgesetz stützt und zur Begründung der Ware-Geld-Beziehungen, wie überhaupt der Funktionen des Geldes dient. Der jugoslawische Markt ist (oder war bisher) begrenzt durch die Proportionen, welche ihm die Planung gab, die ihre Aufgabe darin sah, für ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage (Konsumfonds) zu sorgen, ohne die einzelnen Fälle der Warenbewegung (und Dienstleistungen) selbst zu regeln. Dabei wurde jedoch zugegeben, daß trotz grundsätzlicher Aufhebung der administrativen Warenzuteilung auch für den Einzelhandel (1953) die Marktmöglichkeiten bei den Investitionsgütern weitaus beschränkter waren als bei den preislich nicht so rigoros kontrollierten, aber dafür marktwidrig durch die Umsatzsteuer belasteten Konsumgüter:

„Der Markt, ausbalanciert nach den gesellschaftlichen Gruppierungen und grundlegenden Sektoren, ist im Ausmaß dieser im allgemeinen (global) frei. Das heißt, man läßt ihm volle Freiheit zur Wirksamkeit der Markteinflüsse. Der Lebensstandard wird beispielsweise nicht in Frage gestellt, wenn statt einer größeren Zahl von Kühlschränken mehr Fernsehgeräte gekauft werden oder wenn das persönliche Einkommen einer Kategorie von Arbeitern aufgrund höherer Produktivität rascher steigt als bei einer anderen. Man muß jedoch dabei daran erinnern, daß auf dem Markt für Konsumgüter in dieser Hinsicht eine größere Freiheit als auf dem Markt für die Reproduktions- und Investitionsmittel besteht, wo noch eine größere Einschränkung gilt."

Treten Schwierigkeiten auf dem Markt auf, d. h. ein gestörtes Gleichgewicht zwischen Angebot und kaufkräftiger Nachfrage, so gäbe es genug Mittel, um die zur Verfügung stehende Gütermenge zu erhöhen (Mehrimport oder Exportbeschränkungen) oder um durch anderwärtige Interventionen (Preiserhöhungen, Abgabe aus Reserven, Beschränkung, d. h.

---

[42] Die verfassungsmäßige Anerkennung der Marktwirtschaft wird (indirekt) aus dem Verfassungsartikel 28 geschlossen: „Der Verkehr mit Gütern und Dienstleistungen ist auf dem ganzen Gebiet Jugoslawiens frei und kann nur aufgrund eines Bundesgesetzes beschränkt werden." St. *Pretnar:* Die rechtlichen Grundlagen der außenwirtschaftlichen Beziehungen Jugoslawiens. In: Österreichische Osthefte, 1969, 5, S. 290.

[43] So lautet die Überschrift des entsprechenden Kapitels des Sammelwerkes Privredni sistem i ekonomska politika Jugoslavije (Wirtschaftssystem und -politik Jugoslawiens), Beograd 1961, Sammlung Rad, S. 63 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Herabsetzung der persönlichen Einkommen und durch andere Instrumente) die Kaufkraft zu zügeln.

Vor der Reform wurde daher, ohne Rücksicht auf die immer wieder auftretenden Mängel in der Planung und in der Entwicklung von Kaufkraft und Gütervorrat versichert: „Demnach ermöglicht das Planungssystem, wie wir es in unserem Lande anwenden, daß wir den Markt in seiner Gesamtheit beherrschen und daß wir rechtzeitig alle Unordnung abwenden, zu der es auf ihm kommen könnte, bzw. daß wir harmonische Beziehungen in der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung verwirklichen." Daher stelle das System der Planung, wie es in Jugoslawien verwirklicht wird, die einzige und wirksamste Methode zur gesellschaftlichen Beherrschung der gesellschaftlichen (Re-)produktion dar[44].

Das Bestehen des Marktes ist in Jugoslawien, wenn man von dogmatischen Fernzielen absieht, nie bezweifelt worden. Das ergibt sich schon daraus, daß die Landwirtschaft vorwiegend privat wirtschaftet, so daß ihr auch in der Zeit des schlimmsten Druckes zur Kollektivierung der Weg zum Markt nicht verschlossen werden konnte. Aber die diskriminierende Preispolitik, durch die man sie wirtschaftlich abhängig machen und die Industrie und den städtischen Konsumenten unterstützen wollte, führte zu einer Verzerrung der Preise und lähmte die agrarische Produktion, worunter Jugoslawien heute noch leidet.

Die systematische Einordnung des Marktes in die jugoslawische Wirtschaftsordnung ist noch nicht endgültig erfolgt. Es wird daher auch die Frage gestellt, ob die sich am Markt widerspiegelnden Disproportionen zwischen Angebot und Nachfrage, wofür als klassisch gewordenes Beispiel die Baustoffindustrie angeführt wird, wirklich nur die Folge einer zu raschen, nicht harmonischen Entwicklung der Industrie sind, oder nicht vielmehr (auch) Ergebnis eines Wirtschaftssystems, das die Möglichkeiten des Marktes nicht rechtzeitig erkannte und ihrer Ausnützung aus dogmatischen Gründen skeptisch, ja ablehnend, gegenüberstand[45].

„Auf die Frage, ob der Plan die Tätigkeit des Marktmechanismus nicht in die Richtung und nach dem Tempo des ökonomischen Prozesses hinlenken soll und bis zu welchem Maße der Markt bzw. das freie Wirken der wirtschaftlichen Gesetze die wirtschaftliche Entwicklung ordnen und in welchem Ausmaß der Marktmechanismus nur als ein zusätzliches Mittel in der Ausrichtung der wirtschaftlichen Prozesse zu benützen ist,

---

[44] Privredni sistem, S. 49 und 51.

[45] Versuche, eine den jugoslawischen Realitäten entsprechende Markt- und Preistheorie auszubauen, stießen zunächst auf entschlossene Abwehr, doch wurden in den letzten Jahren an den Hochschulen Vorlesungen über Preistheorie aufgenommen, da man inzwischen erkannte, daß sich die prinzipielle Ablehnung marktwirtschaftlicher und Preiskategorien für die nationalökonomische Lehre als schädlich erwies. *Drutter*, Opatija I, S. 103.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

muß aufgrund konkreter Analysen einer gegebenen Wirtschaft und in Verbindung mit ihrem jeweiligen Entwicklungsstand geantwortet werden. Eine solche Analyse erfordert aber die Bestätigung der grundlegenden Bedingungen für das Funktionieren der ökonomischen Gesetze in einer bestimmten Gesellschaft. Dazu legen wir vor allem die allgemein angenommene Auffassung zugrunde, daß der Markt nicht dem Plan als Gegensatz entgegengestellt werden kann und daß die Ausnützung des Marktmechanismus und des Wertgesetzes nicht die Anarchie in der Volkswirtschaft bedeuten muß, wenn dies auch unter bestimmten Bedingungen der Fall sein kann[46]."

„Damit der Plan weiter zur Regelung der grundsätzlichen Proportionen (der Volkswirtschaft) dient, muß die Aufstellung dieser Proportionen doch konsistent und wissenschaftlich fundiert sein. Ohne dem würde ein freierer Marktmechanismus zu einer sehr anarchischen Entwicklung führen." So soll durch wissenschaftliche Methoden der Gesamtumfang der erwarteten Nachfrage ermittelt und festgelegt werden, so daß man in dieser Hinsicht den Markt nicht „fetischieren" sollte[47]. Erst der gemeinsame und institutionalisierte Einfluß von Plan und Markt werde zu optimaler Produktion führen.

Einen noch engeren Begriff des Marktes sieht Branko Horvat in Jugoslawien verwirklicht. Er geht zwar davon aus, daß Plan und Markt keine Antithese seien, weil auch bei Planung Konsumenten und Produzenten eine bestimmte Wahlfreiheit hätten. „Es gibt keinen derartigen grundsätzlichen Unterschied zwischen Markt und Planung. Der Markt ist nur einer der möglichen Typen der Planung, und nur einer der möglichen Mechanismen zur Schaffung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes, d. h. zur Zuweisung von Ressourcen, um den Bedarf der Konsumenten zu decken. Er ist nicht notwendigerweise der beste oder der wirksamste Mechanismus, den wir für diesen Zweck haben. Die Frage sollte daher nicht lauten: Markt oder Planung?, sondern: Wie können wir den besten Gebrauch vom Markt machen, um die Planung am wirksamsten zu gestalten? ... In einer geplanten Wirtschaft kann die Entscheidung über Aufteilung des Sozialproduktes zwischen Verbrauch und Investitionen, die sich aus jedem Preissystem ergibt, nicht dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen werden, weil die Planung in beiden Fällen ein Opti-

---

[46] Ekonomski pregled, 1963, Nr. 3—5, S. 214. Aber gerade diese richtigen Proportionen konnten in den bisherigen Plänen nicht verwirklicht werden. Trotz niedriger Gehälter stieg infolge überhöhter Investitionen der Kauffonds (kaufkräftige Nachfrage) beträchtlich rascher als der Warenfonds (verfügbares Güter- und Leistungsvolumen).

[47] Ekonomska politika, 1963, S. 226.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mum erreichen wird, der Markt aber ein Optimum nicht erreichen kann[48]."

Man sollte andererseits aber auch, so wurde schon vor den Reformen gefordert, erkennen, daß die Übernahme der marktwirtschaftlichen Elemente zu einer Erweiterung der Kompetenzen der unmittelbaren Produzenten führt, wie dies von der Ideologie gefordert wird, die Konkurrenz zwischen ihnen stärkt und so zum wirksameren und rationelleren Funktionieren des ganzen Systems beiträgt. Voraussetzung ist aber, daß den Unternehmen die entsprechende Verfügung zur Organisierung und Erweiterung ihrer Produktion zukommt, so daß das Interesse des Betriebes auch mit den Interessen der Belegschaft in Einklang gebracht wird.

Das Wirken des Marktes war bisher in Jugoslawien behördlich stark eingeschränkt. Dazu kam die Abschirmung vom Weltmarkt, die staatliche Verfügung über die Investitionsmittel und damit auch über die Investitionsentscheidungen und eine staatliche Preiskontrolle und Preisfestsetzung, die aber eine inflationäre Entwicklung nicht verhindern konnte, sondern sie sogar noch förderte. Die Inflation, die in Jugoslawien offen auftrat, während sie in anderen Oststaaten (außer Polen) nach verschiedenen Währungsschnitten zurückgestaut werden konnte, erleichterte zwar die Finanzierung der staatlichen Investitionen, erschwerte aber die Kapitalbildung, die Sparbewegung, das Interesse an höherer Leistung und schädigte damit die Produktivität, so daß die Wirtschaftsreformen sich um Preiswahrheit und um eine Deflationspolitik bemühten.

Zwischen den Jahren 1946 und 1964, also vor Beginn der Wirtschaftsreformen, stieg der Geldumlauf ungefähr auf das 23fache, während die Industrieproduktion sich nur auf rund das Neunfache erhöhte. Da sich im gleichen Zeitraum die landwirtschaftliche Produktion höchstens verdoppelte, so ersieht man schon daraus, daß die Geldschöpfung rascher als die Produktion und das zur Verteilung bestimmte Sozialprodukt gestiegen sein muß. Nimmt man das Jahre 1952 als Basis, stieg bis 1964 die Industrieproduktion auf das 4,2fache, der Geldumlauf hatte sich in diesem Zeitabschnitt verzehnfacht, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse verdreifacht (Ankaufspreise 308 v. H., Verkaufspreise 280 v. H. d. J. 1952), während die Erzeuger von Industriegütern nur eine Preissteigerung um 16 v. H. erzielen konnten, die freilich sehr ungleichmäßig ausfiel (Holzindustrie + 131 v H., Bauindustrie + 73 v. H., Textilindustrie — 37 v. H.). Als Ergebnis zeigte sich eine Erhöhung des allgemeinen Kleinhandelsindex um 61 v. H., wobei allerdings die Preise für Agrarerzeugnisse um 171 v. H. stiegen, die Preise für kontrollierte Industrieerzeugnisse bloß um 24 v. H.

[48] B. *Horvat* in: Probleme zentraler Wirtschaftsplanung (Hrsg. K. Wessely). Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts. Wien 1967, S. 108 und 109.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verdoppelten sich die Lebenshaltungskosten während dieser Zeit (1964: 209 v. H. von 1952), so vervierfachten sich beinahe die nominellen persönlichen Einkommen (394 v. H.), woraus sich eine Zunahme der Realeinkommen um 88 v. H. errechnen läßt. Sie bleibt also weit hinter der Erhöhung der Industrieproduktion zurück, aber auch unter jener des Volkseinkommens, das sich im gleichen Zeitraum real etwa verdreifachte (+ 194 v. H.), doch ist dabei die wachsende Zahl der in die Produktion Eingegliederten zu berücksichtigen, die sich im gleichen Zeitraum verdoppelte (Zuwachs der Beschäftigten in der Industrie allein auf das 2,4fache). Es kann daher daraus geschlossen werden, daß die im Volkseinkommen zum Ausdruck gelangte Wertschöpfung der Wirtschaft dazu benützt werden mußte, in steigendem Ausmaß nichtwirtschaftliche Aufgaben zu finanzieren — der Anteil der Investitionen am verteilten Volkseinkommen stieg während dieser Zeitperiode nur wenig, der der persönlichen Einkommen ging jedoch zurück — und daß sie überhaupt nicht ausreichte, um genügend Mittel für alle Ansprüche einer wachsenden Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Es sind gerechtfertigte Zweifel am Platze, ob das Volkseinkommen zu konstanten Preisen tatsächlich so gestiegen ist, wie es die Statistik ausweist.

Trotz dieser noch nicht hinreichend durchleuchteten Zusammenhänge bietet aber Jugoslawien deswegen besonders wertvolle Einblicke in das Funktionieren einer sozialistischen Finanzwirtschaft, weil es der einzige Oststaat ist, der eine ordentliche Finanzstatistik publiziert und Auskunft über Geldumlauf und Kredithöhe gewährt. Wir können also hier das inflationäre Geschehen und seine Ursachen verfolgen und sind zu dem Schlusse berechtigt, daß auch in anderen Oststaaten ähnliche Erscheinungen auftreten müssen, wenngleich die besondere jugoslawische Kosteninflation durch die Einkommenspolitik der Unternehmen in anderen sozialistischen Staaten bisher nicht aufgetreten ist. Die Entwicklung in der ČSSR verlief aber 1968/69 auch ähnlich.

Erfolgreich war man bei der Fixierung der Preise von Industrieerzeugnissen, während die Agrarpreise der behördlichen Kontrolle entglitten. Man darf dies nicht allein auf das Wirken des freien Marktes zurückführen, sondern muß auch den Umstand berücksichtigen, daß die Agrarpreise ursprünglich auf einem niedrigen Niveau gestoppt waren, so daß es zu um so größeren Reaktionen kam, als sich die scharfe Kontrolle nicht mehr aufrechterhalten ließ. Man hat sich dann bemüht, durch verschiedene Subventionen, die im Budget 1964 noch immer 16 v. H. der Ausgaben ausmachten, zur Verbilligung des Konsums und der Produktionsmittel beizutragen. Die Preisbildung nahm aber auch wenig Rücksicht auf die Weltmarktpreise, da man mit irrealen Kursen operierte, was wieder zu einem Preisausgleich zwang.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Eigenart des Bestehens eines Teilmarktes mit relativ freier Preisbildung in der Landwirtschaft neben einem durch administrative Maßnahmen und Preisvorschriften behinderten Verteilungsapparat für Industrieerzeugnisse, für den der Ausdruck „Markt" nur sehr beschränkt seine Berechtigung hatte, und einer Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik, die nicht freien Spielregeln unterworfen war, führte also in Jugoslawien zu einer Disparität der Preise, die deswegen besonders ins Auge fällt, weil sie der Entwicklung in industriellen Staaten völlig widerspricht. Die Preisschere öffnete sich nämlich zuungunsten der Industrie. Es gelang, die Industriepreise weitgehend zu halten, was die Selbstfinanzierung von Investitionen verhinderte, während die landwirtschaftlichen Preise emporkletterten, ohne daß aber die Privatbauern in der Lage waren, durch Investitionen zur Rationalisierung ihrer Betriebe und zur Steigerung ihrer Produktivität beizutragen. Um aber trotz ungenügender Preise die Industrie zu fördern, mußte für entsprechende Investitionsmittel und Subventionen durch den Staat, also durch Steuern, gesorgt werden.

Im Gegensatz zu allen anderen Oststaaten verzichtete Jugoslawien meist auf direkte Manipulationen der Preise durch die Warenumsatzsteuer. Sie wirkte sich aber wegen ihrer hohen Sätze in einer erheblichen Verteuerung der Produkte aus, was auch eine gewisse Verbrauchslenkung ermöglichte.

Zwischen beiden Wirtschaftsreformen, also 1962 bis 1965, erstreckte sich die staatliche Preiskontrolle auf rund 60 v. H. der Industrieprodukte, in erster Linie auf Produktionsmittel und Konsumgüter. So waren die Energiewirtschaft und die eisenschaffende Industrie zu 100 v. H., die Ölindustrie zu 95 v. H., die Kohlenförderung zu 46 v. H. und die Textilindustrie zu 53 v. H. der Produktion der Preiskontrolle oder vorgeschriebenen Tarifen unterworfen. Auch der Klein- und Großhandel wurde Kontrollmaßnahmen in jenen Waren unterstellt, welche bei den Erzeugern preislich kontrolliert waren. Das gleiche galt für die meisten Importgüter, während die landwirtschaftlichen Erzeugnisse grundsätzlich freier Preisbildung unterlagen, wobei sich jedoch der Staat verpflichtete, gewisse Mindestankaufspreise für Getreide, Tabak, Baumwolle, aber auch für Milch und Mastvieh zu zahlen[49].

Die Wirtschaftsreform des Jahres 1965 versuchte nun, die bisherigen administrativen Eingriffe und behördlichen Beschränkungen der Preisbildung zu beseitigen, und will erreichen, daß die Subventionen eingeschränkt, wenn nicht ganz aufgehoben werden (Anteil an den budgetären Ausgaben 1968: 6,8 v. H.) und die Preise durch die Konkurrenz in tragbarer Höhe gehalten werden.

---

[49] K. *Wessely:* Politica e andamento dei prezzi in Jugoslavia. In: Il sistema dei prezzi nell' Est Europeo (Hrsg.: CESES), Milano 1967, S. 302 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bevor man aber an eine Freigabe der Preise dachte, wurden sie zunächst „eingefroren", d. h. gestoppt, wovon nur langsame und stufenweise Befreiungen vorgenommen werden. Man hatte gleichzeitig mit der Preisreform eine Neuberechnung der verschiedenen Preisgruppen vorgesehen, die zu einem Anstieg der Lebenshaltungskosten um 28 v. H. führen sollte. Der tatsächliche Anstieg wurde aber für die Lebenshaltungskosten im Jahre 1965 auf 35 v. H. und 1966 auf weitere 23 v. H. geschätzt, obwohl bei Jahresschluß 1967 nur 17 v. H. der Industrieerzeugnisse und der Importgüter von der Preisbildung ausgenommen waren. Erst 1968 trat eine Verlangsamung der Preisbewegung ein[50], die aber 1969 neuerlich zu einer Erhöhung der Kleinhandelspreise um rund 9 v. H. führte.

Es wird auch darüber geklagt, daß strukturelle Veränderungen nicht im erforderlichen Ausmaß durchgeführt werden können, wenn ein Teil der Betriebe infolge der eingefrorenen Preise Verluste hat, ein anderer dagegen Übergewinne erzielt, und die Frage gestellt, ob die Selbstverwaltung die ihr im neuen Wirtschaftssystem zukommenden Aufgaben, insbesondere die Selbstfinanzierung, erfüllen kann, wenn sie mit Stoppreisen arbeiten muß. Bei der Übernahme der Weltmarktpreise stieß man aber auch auf zahlreiche methodische und wirtschaftspolitische Schwierigkeiten, so daß es schon deswegen nicht zur erwarteten Preisstabilisierung kam[51].

7. Außenwirtschaft als Wachstumsfaktor

Die außenwirtschaftlichen Einflüsse erwiesen sich bisher als nur geringer Wachstumsfaktor, weil sie die jugoslawische Wirtschaft noch nicht voll einsetzen konnte. Die Ausnutzung der Vorteile und Möglichkeiten der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung wurde schon durch die Abschirmung von den Weltmarktpreisen verhindert. Dies soll nun durch die Reformen anders werden. Immerhin trug die stärkere Verbindung mit der westlichen Wirtschaft zur verbesserten Belieferung mit modernen Investitions- und Konsumgütern bei und weckte das Verständnis für marktwirtschaftliches Geschehen und freiere Wirtschaftsformen. Es entspricht der bisher noch geringen außenwirtschaftlichen Verflechtung, daß die Außenhandelskopfquote mit 90 $ in der Einfuhr (1968) und 63 $ in der Ausfuhr noch verhältnismäßig niedrig ist; auch der Anteil unsichtbarer Transaktionen bleibt hinter jenem westlicher Staaten zurück. Aber unter Berücksichtigung des an sich geringen Volkseinkommens ist das Verhältnis des Außenhandelsumsatzes zum Nationalprodukt nicht unbe-

---

[50] Godišnji pregled privrede 1967, Beograd 1968, S. 23.

[51] Diskussionsbeitrag I. *Drutter*, Borba, 2. 12. 1967. Derselbe, Opatija I, S. 111. In manchen Fällen wurden die Importpreise, in anderen die Ausfuhrpreise zur Preisbildung herangezogen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

deutend (ohne Dienstleistungen rund 35 v. H., Ausfuhr i. w. S. rund 18 v. H. des BSP).

Jugoslawien konnte sich beim Betreten seines eigenen Weges nur langsam von den Vorstellungen der Zentralplaner über optimale Wirtschaftsstrukturen befreien, so daß deren Fehler nachwirken. Die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu den COMECON-Staaten in der Mitte der fünfziger Jahre bot daher manchen Betrieben die erwünschte Gelegenheit, ihre Produkte, insbesondere materialintensive Lieferungen, weitgehend auf die noch immer im Osten herrschenden Anschauungen abzustimmen. Das gelang ihnen meist mühelos, weil sie noch zu keiner Eingliederung in die westliche bzw. in die Weltwirtschaft reif waren. Der Assoziierungsvertrag Jugoslawiens mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) vom 17. September 1964 erweiterte die Zusammenarbeit Jugoslawiens mit der COMECON-Gruppe und unterrichtet es rechtzeitig über deren Planungen. So ist es Jugoslawien gelungen, seine Ausfuhr in die RWG-Staaten 1965 gegenüber 1964 um 49 v. H. zu steigern und einen Anteil dieser Staaten an seiner Ausfuhr von 42 v. H. zu erzielen; aber an der jugoslawischen Einfuhr waren die RWG-Staaten 1965 nur zu 28,5 v. H. beteiligt, woraus sich ein jugoslawisches Aktivum von 90 Mill. $ ergab.

Der Anteil der Oststaaten an der jugoslawischen Ausfuhr blieb zwar ziemlich stationär (1966 36,5 v. H., 1967 35,9 v. H.), ist aber in der Einfuhr trotz des Rückganges der Überseeimporte infolge des Vorstoßes der EWG und des rezessionsbedingten Minderbedarfes an Rohstoffen auf 31,4 v. H. (1966) bzw. 25,9 v. H. (1967) gesunken (Anteil 1968: Import 27 v. H., Export 34,3 v. H. 1969: 24 bzw. 31 v. H.).

Gab es in den früheren Jahren infolge östlicher Kredite Handelspassiva in Jugoslawiens Osthandel (1963 — 30 Mill. $), so entstand 1966 neuerdings ein Passivum von etwa 50 Mill. $, das sich aber unter dem Einfluß der unsichtbaren Leistungen in ein Aktivum verwandelte. 1967 trat wieder ein Aktivum von fast 10 Mill. $ im Handelsverkehr auf, wozu noch 80 Mill. Aktiva im unsichtbaren Zahlungsverkehr hinzuzurechnen sind; doch machen sich bereits Rückzahlungen für Kredite und sonstige nicht geklärte Transaktionen bemerkbar.

Bei einer allgemeinen Erhöhung des jugoslawischen Handelsdefizits um 20 v. H. wies auch der Osthandel im Jahre 1968 ein Defizit von 91 Mill. $ aus, und auch der Zahlungsverkehr war im Clearing passiv. Auch 1969 belief sich dieses Passivum im Ostclearing auf 56 Mill. $.

Der Vertragsrahmen der von Jugoslawien mit den übrigen COMECON-Staaten für die Jahre 1966/70 geschlossenen langfristigen Handelsabkommen sah 2735,3 Mill. $ jugoslawische Ausfuhr und 2659,5 Mill. $ Einfuhr in dieser Periode vor, so daß ein kleiner Überschuß zugunsten Jugosla-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wiens entstehen sollte[52]. Mit der Sowjetunion allein ist eine Steigerung des Außenhandelsumsatzes um 160 v. H. gegenüber dem tatsächlichen Umfang 1961/65 vorgesehen.

Auch der Handel mit den Entwicklungsländern wird aus politischen Gründen stark gefördert, so daß er bereits 12 bis 13 v. H. des gesamten jugoslawischen Außenhandels erreicht. Im Jahre 1967 ergab sich aber trotz Gewährung von jugoslawischen Krediten an die Entwicklungsländer ein erhebliches jugoslawisches Passivum (rund 60 Mill. $) im Handel mit ihnen insbesondere gegenüber Lateinamerika. Jugoslawien hat, den Empfehlungen der UNCTAD folgend, am 23. Dezember 1967 ein Präferenzabkommen mit Indien und Ägypten abgeschlossen, das eine vierzigprozentige Zollermäßigung vorsieht, die später auf 50 v. H. erhöht werden wird. Diese Zollermäßigung bezieht sich jedoch nicht auf alle Waren, sondern nur auf 500 Produkte (79 Zollpositionen). Die Auswirkungen dieses Abkommens müssen sich noch zeigen, doch besteht bereits eine enge industrielle Kooperation mit Ägypten, das zahlreiche jugoslawische Lizenzen übernommen hat, während der Handel mit Indien stockt.

Die Unausgeglichenheit der beiden Warenströme im jugoslawischen Osthandel, die im Widerspruch zu den Grundsätzen des Verrechnungsverkehrs steht und dessen Bilanzierung erschwert, ergibt sich schon daraus, daß Jugoslawien im Gegensatz zu den übrigen Oststaaten eine erhebliche Einfuhr aus den USA bei wesentlich geringerer Ausfuhr dorthin aufweist, was durch die Lieferung amerikanischer Überschußgüter erleichtert wird. Die Einfuhr aus den USA, bisher etwa 200 Mill. $ jährlich (Anteil an der jugoslawischen Einfuhr 1965 17 v. H., 1966 15 v. H.), geht aber infolge günstigerer Ernten in den letzten Jahren zurück und erreichte 1968 nur mehr 5 v. H. des Importes, was zu einer Verbesserung der Lage im Außenhandel führte. Trotzdem deckte die jugoslawische Gesamtausfuhr 1966 nur 77,4 v. H. der Einfuhr und 1967, nach einer Lockerung der Importrestriktionen, 73,3 v. H. 1968 waren es nur 70,2 v. H. und 1969 nur mehr etwa 65 v. H.

---

[52] Vertragsrahmen für den jugoslawischen Osthandel 1966—1970 in Mill. $:

Länder	Ausfuhr	Einfuhr
UdSSR	1116,0	823,8
ČSSR	392,9	522,3
DDR	462,5	531,9
Polen	377,5	367,0
Ungarn	165,5	191,3
Rumänien	104,5	104,1
Bulgarien	116,4	119,1
Insgesamt	2735,3	2659,5

Quelle: Ekonomska politika, 20. 4. 1966, Nr. 735, S. 614.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das Hauptproblem des jugoslawischen Außenhandels liegt aber in den Beziehungen zum konvertiblen Währungsraum, in erster Linie zur EWG und EFTA. Jugoslawien klagt besonders über die Diskriminierung seines Agrarexportes in die EWG, welche die Abdeckung seines Handelspassivums immer mehr zu erschweren droht. Es bemüht sich aber, sowohl mit der EWG (Einfuhranteil 39,1 v. H., Ausfuhranteil aber bloß 28 v. H. i. J. 1968) als auch mit der EFTA in ein engeres handelspolitisches Verhältnis zu kommen. Aber da der Anteil der EFTA i. J. 1968 an der Einfuhr Jugoslawiens 13,8 v. H. und an der Ausfuhr 12,3 v. H. betrug, ist Jugoslawiens Stellung in dieser Richtung günstiger, da die EFTA auch institutionell die Agrarexporte nicht behindert. Die Mitgliedschaft zum GATT und die darauf basierende Zoll- und Handelspolitik Jugoslawiens haben verbesserte Voraussetzungen zu solchen Verhandlungen geschaffen, die Ende 1969 in Brüssel anliefen.

Das jugoslawische Passivum im Außenhandel mit dem konvertiblen Währungsbereich hat sich 1967 verdoppelt und etwa 400 Mill. $ erreicht, doch wird fast die Hälfte durch Einnahmen im unsichtbaren Zahlungsverkehr kompensiert (Bruttoeinnahmen aus dem Fremdenverkehr 1967 — West- und Ostbesucher zusammen — 150 Mill. $ bei 40 Mill. $ Ausgaben für Auslandsreisen von Jugoslawen).

Die Förderung des Fremdenverkehrs hat sich daher in Jugoslawien ebenso wie die Rücksendung der Verdienste von Gastarbeitern (rund 125 Mill. $), namentlich aus der Bundesrepublik, sehr günstig auf die Zahlungsbilanz ausgewirkt. Die dabei gemachten Erfahrungen können auch nicht übersehen werden, weshalb sich eine immer lebhaftere Strömung zum Einsatz privater Kräfte in der heimischen Wirtschaft oder wenigstens für die Tolerierung ihrer Aktivität bemerkbar macht, was aber heftige ideologische Widerstände weckt, hinter denen auch Konkurrenzfurcht steht. Rückkehrende Gastarbeiter verstärkten mit ihren technischen Kenntnissen und westlich beeinflußter Mentalität das geistig-technische Potential Jugoslawiens und tragen so zum Fortschritt bei.

Jugoslawien hat es auch verstanden, entgegen der im Ostblock herrschenden Übung, von den Oststaaten, abgesehen von Reparationsleistungen (aus Ungarn und Bulgarien, die während des Kominformkonfliktes unterbrochen worden waren) auch Kreditzusagen zu erhalten, deren Realisierung aber mannigfaltigen politischen Belastungen und Verzögerungen ausgesetzt war oder überhaupt nicht durchgeführt wurde (DDR-Kredit).

Diese Kredite fördern die Kooperation mit den Kreditgebern und manche Projekte, wie den Ausbau der Eisenhütten mit sowjetischer Unterstützung. Sie stehen aber in keinem Verhältnis zur Fülle der Kredite aus dem Westen (2,3 Mrd. $ 1949 bis 1964 bzw. von der Weltbank

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

allein vom 1. Juli 1965 bis 30. Juni 1968 261 Mill. $). Ohne sie wäre Jugoslawien während der Kominformblockade zusammengebrochen. Sie ermöglichten Importe aus dem Westen, die für das Wirtschaftswachstum grundlegende Investitionsgüter bringen, schließen die Lücken der Zahlungsbilanz und eröffnen den Weg zur Konvertierbarkeit des Dinars.

Die Wirtschaftshilfe wird auch heute noch in Form des nordamerikanischen Überschußprogrammes, wenn auch in stark eingeschränktem Umfang, durch internationale Kredite und solche einzelner Staaten, wie der Bundesrepublik, fortgesetzt. Anleihen werden auch als Einnahme ins Budget aufgenommen und dienen dem Investitionsprogramm vor allem auf dem Verkehrssektor (Elektrifizierung der Eisenbahnen, Hafenbau).

In den Jahren 1965/67 wurden nach den Angaben der Weltbank von Jugoslawien insgesamt 750 Mill. $ öffentliche Auslandsschulden aufgenommen (einschließlich jener aus den Ostblockstaaten), so daß der Auslandsschuldendienst in diesen Jahren 20 bis 22 v. H. des Erlöses der Warenausfuhr erfordert gegenüber nur 16 v. H. in den Jahren 1963/64[53].

Unter dem Einfluß der Wirtschaftsreform war 1965 infolge rigoroser Importbeschränkungen, die sich im nächsten Jahr fortsetzten, das Außenhandelsdefizit von 437 Mill. $ (1964) auf 175 Mill. $ reduziert, das sich aber 1966 wieder auf 320 Mill. $ erhöhte. Im Jahre 1967 hat dieses Passivum trotz einer dreiprozentigen Steigerung der Ausfuhr 455 Mill. $ erreicht, war aber 1968 mit 532 Mill. $ noch um fast 20 v. H. höher. Günstig wirkt sich der Fremdenverkehr aus (Nettoeinnahmen 1968 118 Mill. $) und die etwa gleich hohen Rimessen der Gastarbeiter. Trotzdem wuchs 1968 das Defizit der Güter- und Leistungsbilanz um rund 100 Mill. $ auf 216 Mill. $ und hat sich 1969 um weitere 20 Mill. $ erhöht. Aus diesem Grunde sah man sich genötigt, für die Planung des Jahres 1970 wieder mit einem Defizit in der Zahlungsbilanz zu rechnen[54].

---

[53] Amerikanische Überschußgüter wurden gegen Dinarbezahlung 1965 im Werte von 17 Mill. $ geliefert, außerdem 40 Mill. $ für Dollarkredite. 1965/66 wurden aus diesen Mitteln 100 Mill. $-Kredite gewährt. OECD-Bericht über Jugoslawien (RSF de Yougoslavie 1967), S. 21. Die chronischen Schwierigkeiten des Hüttenwerkes Nikšić werden u. a. auch darauf zurückgeführt, daß seine Einrichtung auf Reparationsleistungen deutscher Hüttenwerke fußte, was sich als höchst unzweckmäßig erwies. Weltbankjahresbericht 1968/1969. Die Auslandsverschuldung Jugoslawiens wird nun auf 2—2,5 Mrd. $ geschätzt, allein die fehlgeschlagene Reform 1961 hatte damals die Auslandsverschuldung um 1 Mrd. $ erhöht.

[54] *Bićanić*, Opatija II, S. 25. Über die Bewegung der Zahlungsbilanz liegen voneinander abweichende Berechnungen vor, nämlich u. a. in den Berichten der OECD, zuletzt für 1967/1969 Yugoslavie, Paris 1969 — und von *Fabinc* und Mitarbeitern in Opatija I, S. 145 ff., die aber ungenügend erläutert werden. Von den Ausfuhreinnahmen entfallen etwa 50 v. H. auf den konvertiblen Währungsraum, von wo aber 60 v. H. der Importe stammen. Diese Inkongruenz wird nur teilweise durch den Dienstleistungsverkehr ausgeglichen und stellte neben dem Handelsdefizit als solchem das Hauptproblem der jugoslawischen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Es ist daher Jugoslawien bisher nicht gelungen, einen Ausgleich in seiner Außenwirtschaft herbeizuführen, von der auch in den kommenden Jahren störende Einflüsse auf das Wirtschaftswachstum ausgelöst werden können. Auch ist die inflationäre Wirkung der Auslandshilfe nicht zu übersehen. Andererseits liegen hier ganz wesentliche Impulse zum Wirtschaftswachstum, zur vollen Ausnützung der jugoslawischen Kapazitäten und Arbeitskräfte, aber auch zur Modernisierung seiner Wirtschaftsstruktur in Anlehnung an die westliche Wirtschaft.

Das ernsthafteste Problem ist dabei die Belastung der jugoslawischen Wirtschaft durch die Rückzahlung der Auslandskredite, so daß deren Verwendung für Projekte, die einen raschen Devisenertrag versprechen, notwendig ist. Dies wird keineswegs immer berücksichtigt. Trotz des Entgegenkommens der Gläubigerländer mußten im Jahre 1966 allein 240 Mill. $ langfristige Kredite und Anleihen zurückgezahlt werden, wozu noch 136 Mill. $ aus kurzfristiger Bewegung, darunter 12 Mill. $ Abgaben aus den Währungsreserven kamen. Das Wachstum der jugoslawischen Wirtschaft steht also hier an einem Engpaß, den sie aus eigener Kraft nicht überwinden kann.

Jugoslawien hat aber auch bereits einen ideologisch geradezu revolutionären Schritt gemacht, der bisher keine Nachahmung bei den anderen Oststaaten fand, um ausländisches Kapital für Direktinvestitionen zu gewinnen. Durch die Novellierung des Gesetzes über die Mittel der wirtschaftlichen Organisationen wurde ihnen gestattet, zu gemeinsamen Zwecken und auf gemeinschaftliches Risiko ihre Mittel zu vereinigen und das aus der gemeinschaftlichen Geschäftstätigkeit fließende Einkommen zu teilen, was bisher nicht möglich war. Noch wesentlicher als diese Bestimmung ist jedoch ein eigener Abschnitt über „Einbringung von Mitteln durch ausländische Personen in eine inländische wirtschaftliche Organisation". Es wird dadurch, ohne daß das sozialistische Eigentum in den jugoslawischen Gesellschaften angetastet wird, diesen gestattet, mit ausländischen Kapitalgesellschaften neue Partnerschaftsgesellschaften zu gründen, an denen das ausländische Kapital bis zu 49 v. H., bei besonderen Verhältnissen aber auch darüber hinaus, beteiligt sein kann. Durch diese Geschäftstätigkeit erzielte Einkommen des Ausländers werden mit 35 v. H. besteuert, außerdem müssen 20 v. H. in Jugoslawien reinvestiert werden, und der Transfer ist den Devisenbestimmungen unterworfen.

Auf diese Art ist eine Bresche in die dogmatischen Vorstellungen über den notwendigen sozialistischen Charakter der Produktionsmittel ge-

---

Außenwirtschaft dar, ist aber nicht zuletzt nach Ansicht von *Fabinc* (a.a.O., S. 149) auf Fehler der internen Wirtschaftspolitik und der Devisenwirtschaft zurückzuführen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schlagen worden, so daß Jugoslawien damit rechnet, nicht nur für Hotelprojekte, sondern auch für industrielle Investitionen ausländische Partner zu gewinnen, ohne dabei auf den internationalen Anleihemarkt angewiesen zu sein. Aber es gibt hier noch verschiedene Schwierigkeiten zu überwinden (Einfluß der Selbstverwaltung, Steuergesetzgebung, Gewinntransfer). Der erwartete Anteil an den Gesamtinvestitionen wird für solche Partnerschaften nicht allzu hoch sein, weil sie sich nur auf einige, aber entscheidende Teile der jugoslawischen Industrie konzentrieren werden (Maschinenbau, Elektrotechnik und Teile der chemischen Industrie). — Tatsächlich kam es bis Ende 1969 nur zu etwa einem Dutzend derartiger Abkommen mit höchstens 50 Mill. $ ausländischen Beiträgen[55].

Obwohl das Außenhandelsmonopol in Jugoslawien praktisch beseitigt ist — rund 400 Firmen[56] betätigen sich, ohne von einem Ministerium geleitet zu werden, im Außenhandel — und die Liberalisierung der Einfuhr immer wieder proklamiert, aber erst 1966 einigermaßen in Angriff genommen wurde, steuern ein strenges Devisenregime und überdies seit der Reform 1961 auch Zölle protektionistisch den Außenhandel. Andererseits ist es der jugoslawischen Industrie auch bereits gelungen, ihren Anteil am Export von 40 v. H. (1956) auf 61,5 v. H. (1967) zu erhöhen, so daß ihre Wünsche nach Förderung und Sicherung auch nicht überhört werden können.

---

[55] Gesetz über die Mittel der Wirtschaftsorganisationen vom 24. 12. 1957 und Novelle vom 12. 7. 1967, insbesondere neuer Art. 64. — Ausführungen von St. *Pretnar:* Außenwirtschaftliche Beziehungen. Vgl. Anm. 42. Zusammenfassende Darstellung: Regulations on joint investment of domestic and foreign partners in Jugoslavija, Beograd 1967. Erklärungen des Regierungsmitgliedes *Grličkov*, Borba, 14. 1. 1968, S. 3. Danach wird nicht mehr als 5 v. H. Auslandsanteil für die Investitionsfinanzierung erwartet.

Bisher fand nur eine bemerkenswerte Beteiligung (Fiat-Autofabrik Kragujevac), aber nur in Höhe von 5 Mill. $, statt. Eine weitere betrifft ostdeutsche Investitionen zur Herstellung von Titandioxyd in der Zinkhütte Cilli. Die Bestimmungen sind aber so wenig attraktiv für westliche Investoren, daß *Bićanić* erklären mußte, es wäre besser gewesen, in dieser Hinsicht gar nichts zu machen (Opatija II, S. 29). Vgl. auch dessen Vortrag vor der Südosteuropa-Gesellschaft in München „Jugoslawiens Stellung in der Weltwirtschaft und das Auslandskapital in Jugoslawien", München 1968: „Aus der Erfahrung anderer Staaten muß man mit ziemlicher Sicherheit schließen, daß diese (ausländischen Kapital-) Quellen nur einen marginalen Umfang erreichen werden." — M. *Trifunović:* Zajednička ulaganja domaćih i inostranih preduzeća u Jugoslovensku privredu (Gemeinsame Einlagen heimischer und ausländischer Unternehmen in die jugoslawische Wirtschaft). In: Problemi spoljne trgovine i konjunkture, Beograd 1968, Nr. 3, S. 292—298.

[56] Nach der im Jahre 1966 erfolgten Erlassung des Gesetzes über den Warenverkehr und Dienstleistungen mit dem Ausland stieg bis September 1967 die Zahl der für die Außenhandelstätigkeit registrierten Firmen auf 759. Diese Verdoppelung ergab sich vor allem durch die höhere Zahl von Industriebetrieben, die nun direkte Außenhandelsgeschäfte treiben wollen; sie stieg von 172 auf 314. Ekonomska politika, 23. 12. 1967, Nr. 821, S. 1591. Liste der zum Außenhandel zugelassenen Unternehmen und Firmen mit Stand 1966: Wiener Quellenhefte zur Ostkunde, Reihe Wirtschaft, 1967/1 und 2.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

8. Struktur und Finanzierung der Investitionen

Über die Notwendigkeit, die Abteilung I (Schwerindustrie) vorrangig zu entwickeln, gab es in der Zeit der Zentralplanung keinen Zweifel, doch wäre der im 1. Fünfjahrplan vorgesehene jährliche Zuwachs des Volkseinkommens um 14 v. H. auch ohne die spätere Blockade der Kominformstaaten nicht zu erreichen gewesen[57]. Es gelang aber doch 1948/52, für die Abteilung I ein viermal so hohes Tempo zu realisieren wie für die Abteilung II (Jahreszuwachs im Durchschnitt 3,7 v. H. bzw. 1 v. H.)[58]. Hatte man in dieser ersten Planung die Grundstoffindustrien besonders gefördert, so wurde dann der Hebel herumgeworfen und die verarbeitende Industrie (darunter auch für Konsumgüter) so stark entwickelt, daß Mangel an Rohstoffen, Halbfabrikaten und Strom und ein Importbedarf für sie eintrat[59].

Die gegenwärtige jugoslawische Industriestatistik kennt nicht mehr den Begriff der Abteilungen (I und II bzw. A und B), sondern gliedert sie auf, wodurch das strukturelle Mißverhältnis noch deutlicher wird. Die Produktion von Investitionsgütern (Arbeitsmitteln) erreichte 1967 2913 v. H. des Standes von 1939, von Konsumgütern aber nur 765 v. H. und von Rohstoffen und Halbwaren bloß 684 v. H. Dieser Sprung ist zwar gegenüber der Vorkriegszeit besonders groß, aber auch gegenüber 1952 (also seit Beginn des sog. neuen Wirtschaftssystems) nicht minder deutlich. Die Produktion der drei genannten Gruppen erreichte 1967, bezogen auf 1952, 501 v. H., 536 v. H. und 437 v. H. Die Schwierigkeiten entstanden aber erst dadurch, daß die so geförderte Verarbeitungs-Industrie nicht wettbewerbsfähig genug ist, um durch Exporte die notwendig gewordenen Einfuhren zu finanzieren.

Im 1. Fünfjahrplan spielte die Industrie die führende Rolle, der 41,6 v. H. bzw. mit Bauwesen 43 v. H. der wirtschaftlichen Bruttoinvestitionen gewidmet waren (II. Plan: 44 v. H.), wozu noch für den Verkehr 26 v. H., für die Landwirtschaft aber nur 8 v. H. bestimmt waren. Der Rest entfiel

---

[57] Es wird jedoch in Jugoslawien erklärt, daß die Sowjetunion selbst kein Interesse an dieser Plankonzeption hatte, sondern vielmehr vorgeschlagen habe, die Landwirtschaft und die sich auf sie stützenden Wirtschaftszweige zu entwickeln. Man sei aber damals auf dem Standpunkt gestanden, was für die Sowjetunion richtig sei, müsse auch für Jugoslawien gelten, ohne daß nationale Zielsetzungen die Autarkie-Planung beeinflußten, die sich aber dann in der Blockadezeit bewährte. A. *Bajt*, Planning Ideology.

[58] J. *Sirotković*, Ekonomist, 1966, Nr. 1—4, S. 162.

[59] B. *Gluščević* bei der Laibacher Beratung. Ekonomist, 1966, Nr. 1—4, S. 61. Eben dort auch B. *Horvat:* Der erste Fünfjahrplan endete mit einer überdimensionierten Grundstoffindustrie, der zweite mit einer überdimensionierten verarbeitenden Industrie. Die strukturellen Disproportionen verursachten Inflation und einen Importdruck, was man nicht durch Preiskontrolle, Kreditpolitik und kurzfristige Finanzinstrumente mildern kann. a.a.O., S. 109. — Industrija 1967. Statistički bilten, Nr. 528, S. 10 und 11.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auf andere Wirtschaftszweige. Über die Durchführung liegen nur unzureichende Angaben vor, nach denen 1947/1952 75 v. H. der Investitionen wirtschaftlicher Art waren. 44,3 v. H. aller Investitionen wurden für die Industrie verwendet, für das Verkehrswesen 16 v. H., für die Landwirtschaft 8,8 v. H. Unter den nichtlandwirtschaftlichen Investitionen standen jene für die soziale Fürsorge mit 19 v. H. an der Spitze[60].

Beim Übergang zum neuen Wirtschaftssystem behielt zwar die Industrie zunächst den überwiegenden Anteil aller Investitionsmittel (1952: 62 v. H., 1953: 53 v. H.); er sank aber in den folgenden Jahren auf etwa ein Drittel. Nur vorübergehend konnte die Landwirtschaft ihren Anteil auf über 10 v. H. erhöhen (1959: 14,9 v. H.). Das Sinken des Industrieanteiles war mit einer Umschichtung zugunsten der Finalindustrie und mit einer Erhöhung der Investitionen für nichtlandwirtschaftliche Zwecke auf etwa den gleichen Anteil wie den der Industrie begleitet.

Mit der Abkehr von der Zentralplanung veränderten sich auch schrittweise die Art der Finanzierung der Investitionen und die dafür benützten Quellen. In den Jahren 1947/1951 war der Staatshaushalt der „vereinheitlichte Fonds der staatlichen Geldmittel", in den alle Gelder von Staat und Wirtschaft flossen und von dem sie auch für Investitionen verteilt wurden[61]. Rund die Hälfte der staatlichen Mittel wurde für Investitionen ausgegeben, dazu kamen aber auch noch die nicht erfaßbaren „freiwilligen" Leistungen der Massenorganisationen, namentlich der Jugendlichen im Bahn- und Straßenbau.

Im Jahre 1947 wurde zur Abwicklung der Finanzierung der Investitionen die Investitionsbank errichtet, mit der Aufgabe, jene Investitionen zu finanzieren, die mit staatlichen oder sonstigen Mitteln durchgeführt wurden, Kredite zu erteilen und Revisionen vorzunehmen. Die später „Jugoslawische Investitionsbank" genannte Bank wurde inzwischen mit Selbstverwaltungsrechten ausgestattet und im Zuge der Wirtschaftsreform von den größten Wirtschaftsunternehmen nach Art einer Aktiengesellschaft 1966 neu gegründet. (Es gibt auch noch Sonderbanken für Investitionen der Landwirtschaft und für Exportzwecke.) Ihr wurde auch die Gebarung des im Regierungsauftrag handelnden Allgemeinen Investitionsfonds übertragen, der erst 1963 aufgehoben wurde. Dadurch wurde die Bank selbstverantwortlich für die Investitionspolitik, die sie nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vornehmen soll.

Die Dotationen aus dem Budget wurden ursprünglich ohne Rückzahlungsverpflichtung und zinsenfrei gewährt. Dies konnte aber nicht durchgehalten werden, so daß der Investitionsfonds — neben dem Allge-

---

[60] D. *Čalić:* Industrial Development in the SFR Jugoslavia. Zagreb 1965, S. 46—49. K. *Wessely:* Jugoslawisches Wirtschaftssystem, S. 405.
[61] Jugoslavija, S. 280.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

meinen auf Bundesebene gab es noch solche für die Republiken und zahlreiche spezialisierte, wie für den Wohnungsbau — auch durch Tilgungsraten und Zinsenzahlung gespeist wurde. Aber auch heute erfolgen noch Investitionen für die Infrastruktur oder für spezielle Zwecke ohne Rückzahlungsverpflichtungen.

Während der Zentralplanung konnten die Betriebe nur über 30 v. H. der Amortisationen verfügen, die in den „Amortisationsfonds" der Unternehmen flossen, da die anderen Beträge an das Budget abgeführt werden mußten (Gesamtstaatlicher Amortisationsfonds, 1954 aufgehoben). Die Betriebe konnten aber erst ab 1960 über alle Amortisationen verfügen, da bis dahin der größte Teil auf einem Sperrkonto verblieb. Eine weitere Behinderung trat durch die noch immer zu lange bemessenen Amortisationsfristen ein[62].

Der Anteil der zentral disponierten Investitionsmittel war bis zur Wirtschaftsreform noch immer sehr beträchtlich, da im Durchschnitt der Jahre 1957/1960 nur etwa 24 v. H. der Bruttoinvestitionen, 1961/1964 34 v. H., von den Betrieben, gesellschaftlichen Organisationen und Anstalten selbst erbracht wurden. (Mit den Investitionen der Privaten 30,7 bzw. 42,5 v. H.)[63]. Der überwiegende Teil der Investitionen entfiel auf die nicht spezialisierten Allgemeinen Fonds des Bundes oder der Republiken.

Der Anteil der Bruttoinvestitionen am Gesellschaftsprodukt (BSP)[64] pendelte in Jugoslawien um 30 %, wobei höhere Sätze sowohl in der ersten Nachkriegszeit, also während der Zentralplanung, als auch noch zu Beginn der Sechziger Jahre auftraten, als die Dezentralisierung bereits weit fortgeschritten war. Trotz Schwächung der Planwirtschaft vermochten also die wirtschaftlichen Instrumente und die vorwiegend zentralisierte Art der Finanzierung der Investitionen durch staatliche Mittel den Konsumanteil zugunsten der Investitionen zurückzudrängen, bis die jüngsten Reformen die gegenteilige Absicht verfolgten.

Zur Zeit der Zentralplanung betrug der Anteil der Bruttoinvestitionen am Gesellschaftsprodukt (BSP) im Durchschnitt der Jahre 1947/52 31,4 v. H. Dieser Anteil ging dann (1953 bis 1956) trotz einer jährlichen Zunahme der Investitionen um 16 v. H. auf 29,2 v. H. zurück und erreichte

---

[62] Investitionspolitik, S. 7. Amortizacija, Jugoslovenski pregled, 1968, Nr. 6, S. 241.

[63] Investitionspolitik, S. 9, andere Gliederung in Jugoslavija, S. 85.

[64] Das Gesellschaftsprodukt enthält zwar nicht alle in der westlichen Volkseinkommensrechnung berücksichtigten Beiträge zur wirtschaftlichen Tätigkeit, doch sind diese Unterschiede geringer als bei anderen sozialistischen Staaten, so daß es weitgehend mit dem Bruttosozialprodukt westlicher Definitionen gleichgesetzt werden kann. Die Differenz beträgt zwischen der jugoslawischen und westlichen Rechnung etwa 10 v. H., bzw. bei den Investitionen 2—3 Punkte. Aktuelle Probleme, S. 3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1957 mit nur mehr 27,6 v. H. einen seither nicht mehr aufgetretenen Tiefpunkt[65].

Damit wurde aber die Akkumulationskraft der Wirtschaft überfordert und es vermehrten sich die Spannungen durch extensive Entwicklung der Wirtschaft, bei Vernachlässigung von Qualität und Auslese bei den Investitionen, durch bürokratische Leitung der Produktion, ungenügende materielle Stimulierung der Selbstverwaltung, unzureichende Eingliederung in die Weltwirtschaft, Nichtabstimmung der Produktionskapazitäten, unzureichende Spezialisierung und Kooperation im Inland, unzureichende Orientierung der Investitionen für die Entwicklung der Forschungsarbeit und des technologischen Fortschrittes, Schaffung paralleler und überdimensionierter Kapazitäten, Kapazitätsausnützung 70 v. H. und weniger, mangelhafter Anteil (23 v. H.) von Rekonstruktion und Modernisierung an der wirtschaftlichen Investitionstätigkeit und Ansteigen der Investition für Umlaufmittel, ein Verhältnis 1 : 5 : 2 zu den Anlageinvestionen statt 1 : 3[66].

Jugoslawien hatte damit eine der höchsten Investitionsraten der Welt, wenn nicht die höchste[67], was heute aber mit als Hauptgrund der

---

[65] Es ist bemerkenswert, daß das politisch und ideologisch vom übrigen Ostblock getrennte Jugoslawien den weichen Kurs Malenkov's, der im Ostblock vorübergehend zu einer Verminderung der Investitionsrate und des Produktionsanteiles der Schwerindustrie führte, nur mit einer zweijährigen Verzögerung (1955) nach dem Tode Stalins aufgriff. Die Möglichkeit hiezu bot erst die vorübergehende Verständigung mit den RGW-Staaten, wodurch der Anteil der Landesverteidigung an den Budgetausgaben von 82 v. H. (1953) auf 75 v. H. (1955/57), später auf knapp 50 v. H. (1968: 58,4 v. H.) und am Volkseinkommen von 15—16 v. H. (1951/53) auf 11,4 v. H. (1955), später 8,6 v. H. sinken konnte. *Čulić*, a.a.O., S. 46.

[66] *Veselica*, Opatija II, S. 100; P. *Vojnić*, Borba, 25. 11. 1967, S. 6.

[67] Die Angaben über die Investitionen sind nicht eindeutig, da die Investitionshöhe in der monatlichen statistischen Publikation „Indeks" etwas niedriger ausgewiesen wird als im Statistischen Jahrbuch und im Sammelwerk Jugoslavija 1945—64. Der Hauptgrund liegt darin, daß die Privatinvestitionen (Hausbau, in der Landwirtschaft wohl überhaupt vernachlässigt) in den laufenden Veröffentlichungen ausgelassen werden, doch machen sie nur etwa 8 v. H. aus. Die Amortisationen werden aus Verrechnungsgründen (Aufteilung auf verschiedene Fonds) seit 1962 nur mehr zum Teil gesondert angeführt, was ihre Berechnung ebenso erschwert wie die inflationäre Preisentwicklung. Gelegentlich werden bei Aufteilung der Investitionen nur die wirtschaftlichen berücksichtigt. Im allgemeinen werden unter Investitionen nur solche in das Anlagevermögen verstanden, gelegentlich werden aber auch jene für die Umlaufmittel mit eingerechnet. Das ergibt dann ein schiefes Bild, weil bei der Akkumulation auch die schwer oder gar nicht verwertbaren Vorräte mit hereingenommen werden, die sich seit der Wirtschaftsreform erheblich erhöhten. Etwas abweichende Angaben Vesnik Jugoslovenske Investicione Banke, 1965, Nr. 105, S. 3. — Nach Opatija I, S. 37, beziehen sich ähnliche Prozentsätze nur auf wirtschaftliche Investitionen — 1964 33,2 v. H. Anteil am Gesellschaftsprodukt; mit den nichtwirtschaftlichen Investitionen und Umlaufmittel sind es aber sogar 43,9 v. H. B. *Džeba*, Privredna reforma, S. 121. Die Privatinvestitionen, 1964 mit 7,6 v. H. aller Investitionen geschätzt, sind bei der Aufteilung zwischen wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Investitionen nicht berück-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inflation, des Ungleichgewichtes der Wirtschaft und der geringen Effektivität und jener extensiven Art erkannt wird, die trotz betrieblicher Verluste an der Schaffung von Arbeitsplätzen durch neue, aber gar nicht ausgenützte Investitionen festhielt.

So kam es auch zu ständigen Überschreitungen der vorgesehenen Investitionen, nämlich 1961 zu einem Investitionszuwachs um 22 v. H. 1956/1966 stiegen damit die Brutto-Investitionen für Industrie und Bergbau auf das 3,6fache, für die Landwirtschaft auf das 4,9fache, für das Bauwesen auf das 4,4fache, während der Verkehr nur die 2,4fachen Investitionsmittel erhielt und eingestandenermaßen einen der Engpässe der Wirtschaft darstellt. Trotzdem erhielt die Industrie 1961/65 (mit Bergbau) mehr als die Hälfte (53 v. H.) der wirtschaftlichen Brutto-Investitionen für Anlagemittel.

Laut Gesellschaftsplan erforderte 1948/52 der Zuwachs von 1 Dinar BSP 8,29 Dinar Investitionen, 1953/56 aber nur mehr 4 Dinar und 1957/63 bloß 2,5 Dinar, weil sich seither die Investitionen auswirkten, das Volkseinkommen stieg und die Aufwendungen für die Grundstoffindustrie (Kraftwerksbauten) zurückgingen. Die Investitionen waren nicht immer sehr wirkungsvoll und rationell, was keineswegs zur angestrebten Verbesserung der Wirtschaftsstruktur, sondern vielmehr „zu der für Jugoslawien typischen, äußerst perfekten inflatorischen Spirale führte“[68]. Schon mit Beginn der 60er Jahre kam es wieder zu einer Verschlechterung des Kapitalkoeffizienten, der beim Abflauen des Wirtschaftswachstums noch ungünstiger zu werden drohte, und zu einer Anhäufung schwer realisierbarer Vorräte, für die 10 bis 20 % des Volkseinkommens sowie Auslandsmittel aufgewendet werden mußten.

Die Investitionstätigkeit war mit einer ungenügenden Produktivitätssteigerung verbunden, was ebenfalls auf die unzweckmäßige Art ihrer Durchführung hindeutet und zur Abnahme ihrer Wirksamkeit führte. Der Produktivitätsfortschritt wird für die Periode 1952 bis 1961 mit 4,9 v. H. angegeben, was hinter jenem anderer Oststaaten (Ungarn 5,2 v. H., Rumänien 7,2 v. H.), aber auch westlicher Staaten (Italien 6,6 v. H.) und hinter den steigenden Löhnen zurückblieb. Immerhin wird für die

---

sichtigt. Nach einer anderen Aufstellung, welche die Privatinvestitionen ausschließt, war der Anteil der nichtwirtschaftlichen Investitionen an allen Bruttoinvestitionen 1964 31,6 v. H., 1965 34,9 v. H. und 1966 29,2 v. H. Vesnik Jugoslovenske Investicione Banke, 1967, Nr. 121, S. 13.

[68] Informator, 14. 10. 1967, S. 1—2. — *Veselica*, Opatija II, S. 99; die trotzdem steigenden Aufwendungen für Investitionen sieht man daraus, daß das Gesellschaftsprodukt 1955/1964 auf 392 v. H., die gesellschaftliche Akkumulation (Nettoinvestitionen + Lager) auf 399 v. H., die Bruttoinvestitionen aber auf 454 v. H. (wirtschaftliche 255 v. H., nichtwirtschaftliche 669 v. H.) und die Kleinhandelspreise auf 140 v. H. stiegen. Vesnik Jugoslovenske Investicione Banke, 1965, Nr. 105, S. 3, ferner V. *Medenica*, Ekonomist 1969, 4, S. 831.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zeit 1961/67 mit 5,3 v. H. Produktivitätsfortschritt gerechnet. 1951/61 erreichte der Anteil der Produktivität an der Steigerung des Gesellschaftsproduktes (BSP) nur 33 v. H., stieg aber seit der Wirtschaftsreform bei sinkender Beschäftigtenzahl zu nächst auf 80 v. H.[69].

Im Urteil darüber, daß der Kapitalkoeffizient immer ungünstiger wurde, sind sich die Ökonomen der ČSSR und Jugoslawiens einig, wenn auch neben der gemeinsamen extensiven Entwicklung noch andere Gründe für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vorlagen. Denn während Jugoslawien für seine wachsende Bevölkerung (Zunahme ⌀ 12 v. T.) und die unproduktiven Arbeitskräfte in der Landwirtschaft Beschäftigung in der Industrie sucht, waren die Arbeitskräfte in Böhmen-Mähren beinahe ausgeschöpft, in der Slowakei aber nicht genügend mobilisierbar.

Die extensive Entwicklung Jugoslawiens, die eine Reform dringend notwendig machte, ist allerdings infolge der Auswirkungen der Geldentwertung dort schwerer nachzuweisen als in der ČSSR. Es genügt daher darauf hinzuweisen, daß Blagojević bereits 1962 zur Erkenntnis kam, daß sich in ziemlich allen Zweigen 1957 bis 1962 die Effektivität der Investitionen vermindert hatte. Spätere ökonometrische Berechnungen sind zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen. Demnach erbrachte der Zuwachs der Beschäftigtenzahl in der Industrie um 1 v. H. in der Zeit von 1952 bis 1958 eine Erhöhung der Industrieproduktion um 0,73 v. H., 1959 bis 1964 aber nur mehr um 0,61 v. H.; für je 1 v. H. Kapitalaufwand ging in diesen beiden Zeiträumen der Produktionszuwachs von 0,26 v. H. auf 0,23 v. H. zurück[70].

9. Strukturänderungen und Beschäftigungslage

Die grundlegende Veränderung in der wirtschaftlichen Struktur Jugoslawiens nach dem zweiten Weltkrieg ist eine Folge der zur Industrialisierung führenden Investitionspolitik. Als ihr Ergebnis stieg nicht nur die Industrieproduktion 1968 auf 827 v. H. des Standes vor dem zweiten Weltkrieg (1939), sondern auch die Leistung der anderen von der Industrialisierung geförderten Wirtschaftszweige wie Bauindustrie und Verkehr; der Eisenbahngüterverkehr hat sich etwa vervierfacht. Der Anteil von Industrie und Bauwesen an der Schöpfung des Volkseinkom-

---

[69] Weitere Berechnungen bewiesen, daß die Produktivität in Jugoslawien um 5 v. H. niedriger war als in Ungarn und nur 20—50 v. H. jener der vorgeschritteneren Industriestaaten (USA, England, Schweden, ČSSR und Frankreich) erreichte. Privredna reforma, S. 15. Die Vergleichsdaten dürften sich auf 1960 beziehen.

[70] T. *Vujković:* Funkcije proizvodije za industriju SFRJ od 1952—1964 god. (Die Produktionsfunktionen für die Industrie der SFRJ.) Ekonomski pregled, 1967, Nr. 7—8, S. 463. Diese Berechnungen werden aber auch stark beeinflußt durch die Valorisierung der Grundmittel, wodurch sich auch das Verhältnis ihres Wertes zum Produktionswert verschlechterte. Privredni pregled 1969, 5, S. 203.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mens, 1939 mit 20 v. H. berechnet, stieg bis 1964 auf 48 v. H., jener der Landwirtschaft sank von 46 v. H. auf 27 v. H. Der Anteil der Dienstleistungen hob sich nur wenig von 8 v. H. auf 12 v. H., jener des Handwerks aber hat sich wenig verändert, 9 bzw. 7 v. H.

Auch die öffentlichen Dienste wurden ausgeweitet: 1952/1968 stieg die Zahl der in „nichtwirtschaftlichen" Zweigen Beschäftigten um 103 v. H., gegenüber einer Verdoppelung aller (unselbständig) Beschäftigten von 1,73 auf 3,6 Mill. bei einem Anstieg der industriell Beschäftigten um 140 v. H. (1966: + 137 v. H.). Auch bei den Beschäftigten in den Dienstleistungsgewerben (Handel, Fremdenverkehr und Handwerk) gab es einen überdurchschnittlichen Zuwachs; ihr Anteil erreicht aber nur 17 v. H. der Gesamtbeschäftigtenzahl. Der Anteil des Privatsektors am Beschäftigtenstand sank von 3 v. H. auf 2,8 v. H. bei gleichzeitigem Anstieg von 50 000 auf 100 000 Unselbständige — also bei Verdoppelung.

Die Gesamtzahl der (unselbständig) Beschäftigten vervierfachte sich seit dem Krieg, nämlich von 0,92 Mill. auf 3,66 Mill. im Jahre 1966, davon 0,6 Mill. außerhalb der Wirtschaft Tätige, während die jugoslawische Bevölkerung nur um ein Siebentel (14 v. H.), und zwar von 15,6 auf 19,7 Mill., stieg. Es fanden also in Jugoslawien weit mehr Menschen eine Beschäftigung als in der Vorkriegszeit. Dies schließt aber nicht aus, daß es trotzdem auch registrierte Arbeitslose gibt (3 bis 6 v. H. des Standes der unselbständig Beschäftigten) und derzeit etwa 400 000 Gastarbeiter im westlichen Ausland tätig sind, was für eine verkappte Arbeitslosigkeit spricht[71].

In den fünfziger Jahren stieg im sozialistischen (gesellschaftlichen) Sektor allein die Zahl der Beschäftigten jährlich um 197 000 oder um 9 v. H. gegenüber einer Bevölkerungsvermehrung um nur 1,1 v. H. jährlich. Der Zuwachs der wirtschaftlich Tätigen machte davon 150 000 Personen jährlich aus, von ihnen fanden 65 000 Mann in der Industrie neue Arbeitsplätze. In Frankreich betrug dagegen der jährliche Beschäftigungszugang nur 155 000, in England 200 000[72].

Während des ganzen vierzehnjährigen Zeitraumes 1953/1966 ergab sich eine jährliche Zuwachsrate der Gesamtbeschäftigtenzahl um 132 000 (5,3 v. H.), was den natürlichen Zuwachs der aktiven Bevölkerung um 50 000 übertraf. Dieser Zuwachs der (unselbständig) Beschäftigten konnte

---

[71] Nach *Bićanić*, Opatija II, S. 28, schwanken die Schätzungen der Rate der Arbeitslosigkeit von 3—13 v. H. — J. *Sirotković* - V. *Stipetić:* Die Volkseinkommensberechnung der Vorkriegszeit. In: Ekonomika Jugoslavije I, S. 195. Zagreb 1967. Durch die neue Preispolitik und Verlagerung der Umsatzsteuer entstand seit 1966 eine völlige Verlagerung in der Gewichtung der Volkseinkommensbildung: Anteil der Industrie (1966) mit Bauwesen 42 v. H., Landwirtschaft 28,4 v. H. Jugoslovenski pregled, 1969, Nr. 6, S. 249.

[72] R. *Bićanić:* Ekonomska Politika Jugoslavije. Zagreb 1962, S. 163.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

daher trotz Mehreinstellung von Frauen nur von der ländlichen Bevölkerung genommen werden, die in diesem Zeitraum etwa 1 Mill. Arbeitskräfte verlor[73].

Die Gründung von Betrieben in industriell wenig erschlossenen Gebieten, namentlich die Förderung der unterentwickelten Bezirke, konfrontiert die jugoslawische Wirtschaft mit dem Problem der ungeschulten Arbeitskräfte. Es trat bisher bei Umschichtung landwirtschaftlicher Kräfte auf, wird mit Recht für die mangelnde Produktivität der Wirtschaft verantwortlich gemacht, und konnte trotz aller Bemühungen auch im laufenden Fünfjahrplan bis 1970 nicht zufriedenstellend gelöst werden, selbst wenn genügend Arbeitsplätze geschaffen worden wären.

Der Überfluß an ungeschulten Arbeitskräften, bei gleichzeitigem Mangel an geschulten, steht in engem Zusammenhang mit den Verhältnissen in der Landwirtschaft, die auch heute noch, trotz des Abzuges von 1,6 Mill. Beschäftigten in der ganzen Nachkriegszeit über unverhältnismäßig viele Beschäftigte, mehr als 5 Mill., verfügt; sie wird diese aber erst dann rationell einsetzen können, wenn ihr die entsprechenden technischen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Daher sank auch die landwirtschaftliche Bevölkerung (1937: 76,3 v. H.) auf rund die Hälfte der Bevölkerung bei der letzten Volkszählung (1961: 49,7 v. H.), zählt aber doch mindestens 9,5 Millionen[74]. Daraus ergeben sich zahlreiche schwer oder gar nicht zu lösende Aufgaben, z. B. Hebung der mangelnden Qualifikation der Arbeitskräfte — 1963 war fast die Hälft der in der Wirtschaft Beschäftigten, nämlich 47,5 v. H. gar nicht oder nur halb qualifiziert, im Bauwesen sogar 51 v. H. — oder wegen der noch immer mangelhaften Eingliederung der Frauen in die Arbeit (28 v. H. der Beschäftigten) und endlich wegen des Wohnbaues, der das Pendlerunwesen (29 v. H.) bisher nur ungenügend beseitigen konnte[75].

---

[73] Jugoslovenske pregled, 1967, Nr. 6, S. 257. Der Anteil der aktiven landwirtschaftlichen Bevölkerung an der ganzen aktiven Bevölkerung ging 1952/1966 von 70 auf 54,4 v. H. zurück, sie bildet also noch immer die Mehrheit der Aktivbevölkerung. Weitere Angaben Statistisches Taschenbuch 1968, S. 33—36.

[74] Angaben über die private Landwirtschaft bringt die Landwirtschaftszählung 1969 (vgl. Anm. 40). Seit 1960 hat sich die Zahl der Betriebe kaum, doch jene der darin Beschäftigten vermindert, ohne daß sich aber daraus wesentliche Veränderungen in den Anteilsätzen ergaben. Die in der Privatlandwirtschaft lebende Bevölkerung zählt 12,1 Mill., von denen aber 1,5 Mill. Familienmitglieder auswärts arbeiten; im gesellschaftlichen Sektor sind überdies 255 000 Personen beschäftigt.

[75] Nach der Volkszählung 1921 konnte die Hälfte (50,4 v. H.) der Bevölkerung über 12 Jahre nicht schreiben und lesen. Bis zur Volkszählung 1961 war ihr Anteil zwar auf ein Fünftel (19,7 v. H., davon drei Viertel Frauen) zurückgegangen, doch entfallen noch immer rund zwei Drittel der Analphabeten auf die noch aktive Bevölkerung, nämlich auf die 20—64-jährigen. Der Anteil der Analphabeten ist am höchsten in den am spätesten von der türkischen Herrschaft befreiten Gebieten. Jugoslavia, S. 44. Die Qualifikation der Arbeitskräfte zeigt seit 1957 einen deutlichen Rückgang. *Farkaš* in Opatija II, S. 37.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dadurch sinkt aber nicht nur die Leistung der Pendler und die Qualität der Arbeit, sondern es treten auch Interessengegensätze zwischen den Ortsansässigen und den Pendlern auf, die oft noch eine Nebenerwerbslandwirtschaft besitzen, oder zwischen alten Belegschaftsmitgliedern und neuen ohne Sinn für industrielle Arbeitserfordernisse, was im Rahmen der Selbstverwaltung nur schwer aufeinander abzustimmen ist und die Durchführung ihrer Aufgaben hemmt.

Mangels entsprechender Tradition und Schulung wird die Bildung einer Industriegesellschaft durch die Selbstverwaltung eher behindert als erleichtert; zu sozialen treten noch nationale Gegensätze hinzu.

Die Selbstverwaltung und der Föderalismus erschweren die Bemühungen um eine Spezialisierung der Produktion und um den Zusammenschluß von Betrieben mit ähnlichem Erzeugungsprogramm (Kooperation), wobei man an die Bildung von Geschäftsvereinigungen unter Mitwirkung der Kammern dachte. Sie erwiesen sich aber weniger durchschlagskräftig als ihr Vorbild, die ostdeutschen VVB; außerdem fürchtet man das Entstehen von Monopolbetrieben.

Als Beispiel, wie sehr die jugoslawische Wirtschaft durch den Mangel an Koordinierung und Spezialisierung leidet, wird angeführt, daß in spezialisierten Schuhfabriken im Weltdurchschnitt täglich 12 bis 30 Paar Schuhe je Arbeiter hergestellt werden können. Die beste jugoslawische Schuhfabrik, „Borovo", übrigens ein ehemaliger Bat'a-Betrieb, kommt aber nur auf 6,38 Paar, die Fabrik in Warasdin auf 3,27; in drei weiteren Fabriken sinkt die Leistung auf nur mehr 2,07 Paar in der am schlechtesten abschneidenden[76]. Es zeigt sich aber auch, daß die Zahl der größeren Betriebe in Jugoslawien keineswegs gering ist, sondern eher über dem westeuropäischen Durchschnitt liegt. Sie sind aber mangels ausreichendem Inlandmarkt vielfach nicht wettbewerbsfähig und verlangen deswegen eine protektionistische Wirtschaftspolitik. Auch das Verschwin-

---

[76] L. *Kos:* Specializacija u procesu rada i u društvu (Spezialisierung im Prozeß der Arbeit und in der Gesellschaft), Ekonomski pregled, 1967, Nr. 5—6, S. 298. Auch gibt es in Jugoslawien 70 elektrotechnische Fabriken, aber in 7 werden 64 v. H. der Gesamtproduktion hergestellt. Während als optimale Raten in der Welt schon 1962 100 000 Kühlschränke galten, teilten sich in Jugoslawien 1965 drei Hersteller die Erzeugung von 172 812 Stück und sieben Erzeuger kamen zusammen auf 52 147 Waschmaschinen, von denen Castor in Italien allein jährlich 600 000 Stück erzeugt; den 400 000 italienischen Necchi-Nähmaschinen steht eine jugoslawische Produktion in zwei Betrieben von rund 100 000 Stück gegenüber usw. I. *Buković:* Aktuelni problemi integracije i poslovne politike u našoj privredni (Aktuelle Probleme der Integration und die Geschäftspolitik in unserer Wirtschaft). In: Ekonomski pregled, 1967, Nr. 3—4, S. 132. Es fehlt aber auch nicht an Beispielen für eine echte Konzernbildung, z. B. Jugal (Split), das die ganze Aluminiumerzeugung, beginnend mit dem Bauxitbergbau, vereinigt, und zwar über die Grenzen der Republik Kroatien hinaus, während die Lage im Maschinenbau chaotisch ist und zu ständigen Schwankungen in der Beschäftigung führt, ebd., S. 147 ff. Erst 1969/70 hat sich die „Integration" in der jugoslawischen Industrie verstärkt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den kleiner, insbesondere handwerklicher, Betriebe ist nicht nur als Vorteil zu betrachten. Die Konzentrationsbewegung verstärkte sich erst in den sechziger Jahren. Die Zahl der Industriebetriebe mit weniger als 60 Beschäftigten ging von 497 (1959) auf 316 (1966) zurück, jene mit über 1000 Beschäftigten stieg im gleichen Zeitraum von 238 auf 340.

10. Entwicklung der jugoslawischen Landwirtschaft

Die bisher angeführten Angaben über den Beschäftigtenstand lassen die wahre Bedeutung der Landwirtschaft noch nicht erkennen. Es werden nämlich in den jugoslawischen Statistiken nur 255 000 Beschäftigte in der Landwirtschaft (1968) gezählt, also 7,1 v. H. des Gesamtbeschäftigtenstandes bzw. 9 v. H. der wirtschaftlichen Beschäftigten. Dies sind aber nur jene, welche im gesellschaftlichen Sektor, also in den Staatsgütern, den wenigen landwirtschaftlichen Genossenschaften des Kolchostyps und in den sonstigen Genossenschaften beschäftigt sind. Diesen 2155 Betrieben stehen aber hundertmal soviel, nämlich 2 634 000 landwirtschaftliche Privatbetriebe gegenüber, die von 5,6 Mill. Arbeitskräften bewirtschaftet werden. Dies ist noch immer um 55 v. H. mehr als alle übrigen Beschäftigten zusammen. Wenn also Jugoslawien nur eine Beschäftigungsrate von 18 v. H. (Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung 1967) aufweist und damit sehr ungünstig abschneidet — Österreich kommt auf 34 v. H., die Bundesrepublik auf 36 v. H., Italien auf 38 v. H. —, so ist dies nur dieser ungenauen statistischen Erfassungsweise zuzuschreiben, die wieder die Folge einer ideologischen Einstellung ist, die eine selbständige Arbeit höchstens toleriert.

Die große Zahl der in der Landwirtschaft privat tätigen Bevölkerung ist dem Umstand zu verdanken, daß Jugoslawien im Jahre 1953 die Zwangskollektivierung abgestoppt hat, so daß es jetzt nur mehr 6 Kolchosen (Bäuerliche Arbeitsgenossenschaften IV. Typs) gibt; auch die Zahl der Landwirtschaftsgüter und der agrarischen Kombinate hat sich von 475 auf 279 (1968) vermindert, doch wächst die gesellschaftlich bearbeitete Bodenfläche (1952: 824 000, 1967: 1 468 000 ha), da es ungefähr 1371 Genossenschaften in der Landwirtschaft gibt.

Die Betriebe des gesellschaftlichen (= sozialistischen) Sektors, der Zahl nach kaum 0,1 v. H. aller Betriebe, verfügen über nur 1,5 Mill. ha eigenen (gesellschaftlichen) Grund, betreuen aber durch verschiedene Arbeiten ebensoviel Grund privater Bauern. Durch diese Kooperation werden aber nur 13 v. H. des individuellen Grundes mit gesellschaftlichen Mitteln bearbeitet.

Die Landwirtschaft wird nicht nur durch das Mißverhältnis zwischen der einseitigen Förderung des gesellschaftlichen Sektors[77] und der Über-

[77] Nur ein kleiner Teil der Landwirtschaft, nämlich bloß ihr gesellschaftlicher Sektor, wurde mit Investitionen bedacht, woraus sich der geringe Anteil

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gehung der Privatwirtschaften bei Investitionen benachteiligt, sondern leidet auch unter ihrer ungünstigen Besitzstruktur[78].

Denn im Jahre 1953 wurde gesetzlich die Besitzgröße mit höchstens 10 ha festgelegt, doch haben die landwirtschaftlichen Privatwirtschaften im Durchschnitt nur 3,4 ha bearbeitete Bodenfläche. Das ist natürlich zu wenig für eine rationelle Landwirtschaft. Da es sich aber um 86 v. H. des bearbeiteten Bodens handelt, dessen Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion 1965 81,3 v. H. (Viehhaltung 91 v. H.) erreichte, werden die Ergebnisse der gesamten agrarischen Produktion gedrückt (1969: durchschnittlich 24,2 dz/ha Weizen, im gesellschaftlichen Sektor dagegen 36,0 dz und im privaten nur 20,3 dz Hektarertrag).

In der Landwirtschaft kam es infolge des Abzuges von etwa 1,1 v. H. der Arbeitskräfte im Jahresdurchschnitt — von einer Landflucht wird man aber doch kaum sprechen können —, zu einer Produktivitätssteigerung (etwa 5,4 v. H. im Durchschnitt der 20 Nachkriegsjahre bis 1966), die höher als in der Industrie war. Dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die in der Landwirtschaft verbliebene Aktivbevölkerung nur etwa ein Viertel der agrarischen Leistung (Arbeitsproduktivität) bzw. nur die halbe Flächenproduktivität westlicher Industriestaaten erreicht.

Die Landwirtschaft, ist weit hinter der Expansion der übrigen Wirtschaft zurückgeblieben. In der Zeit von 1947/1966 erzielte sie nur einen Jahreszuwachs von 4,2 v. H. bzw. je Kopf der Bevölkerung von 3 v. H. Diese Zuwachsrate war vor allem in der ersten Zeit nach dem Krieg, namentlich während der Zentralplanung, zunächst praktisch Null (1946 bis 1955 1,7 v. H.), stieg 1956/1960 auf durchschnittlich 4,5 v. H. und fiel dann 1961/1965 auf nur 1,3 v. H. zurück. 1966 gab es aber dank einer sehr guten Ernte einen Zuwachs um 16 v. H. Denn es stieg die Getreideernte 1966 auf 12,8 Mill. t. In den Jahren 1964/65, zugleich der Referenzperiode

---

der Landwirtschaft an den wirtschaftlichen Investitionen erklärt, nämlich 1956/60 15,9 v. H., 1961/65 13,4 v. H. (1959 aber sogar 20,8 v. H.). Aber angesichts der kleinen Zahl der damit beteiligten Betriebe waren diese Investitionen für sie verhältnismäßig bedeutsam. Das änderte aber nichts daran, daß zwischen 1960—1964 etwa ein Drittel der landwirtschaftlichen Organisationen (also im gesellschaftlichen Sektor) mit Verlust arbeitete, der auch 1965 noch bei 10 v. H. von ihnen weiter bestand. Jugoslovenski pregled, 1966, Nr. 6, S. 66 und 1969, Nr. 7—8, S. 283.

[78] Da im Durchschnitt auf eine bäuerliche Familie 5,4 Mitglieder entfallen, stehen jedem Mitglied nur 0,59 ha Ackerfläche zur Verfügung. Die Familien können nur so leben, daß nun 1,45 Mill. ihrer Mitglieder außerhalb der Landwirtschaft beschäftigt sind, so daß die nichtlandwirtschaftliche Tätigkeit fast die Hälfte der Geldeinkünfte der Privatlandwirtschaften ausmacht. Dadurch entsteht eine fluktuierende, gesellschaftlich schwer einzureihende Schicht. Selbst wenn man sie von der landwirtschaftlichen Bevölkerung abrechnet, bleibt diese noch immer weit übersetzt. Jugoslovenski pregled, 1966, Nr. 6, S. 62. Die im Text erwähnten Landwirtschaftsgüter und Verbände gehören durchwegs zum gesellschaftlichen Sektor, sind aber nach jugoslawischer Auffassung keine Staatsgüter.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des Fünfjahrplanes, waren es durchschnittlich 11,2 Mill. t. 1967 und 1968 gab es dann wieder einen Produktionsrückgang, 1968 auf 11,3 Mill.

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion wird für das Jahr 1965 gegenüber dem Durchschnitt der Vorkriegszeit (1930/39) mit 55 v. H. (1968: 71 v. H.) angegeben. Der Bedarfszuwachs wird angesichts der steigenden Bevölkerungszahl, des höheren Einkommens und der Bedarfsumschichtung durch den Verstädterungsprozeß, sowie unter Berücksichtigung agrarischer Exporte für die ganze Nachkriegsperiode (1947/1965) mit jährlich 5,7 v. H. berechnet. So entstand eine Bedarfslücke, obwohl der Produktionszuwachs etwa doppelt so hoch war wie in der Vorkriegszeit (1920/1940 durchschnittlich 2,3 v. H.)[79]. Dadurch wurde die Zahlungsbilanz verschlechtert, die Versorgung der verarbeitenden Industrie und ihre Kapazitätsausnutzung war ungenügend, und da außerdem die Ernten sehr unregelmäßig ausfielen, kam noch ein weiteres Moment der Unstabilität hinzu[80].

Obwohl in der Periode des gegenwärtigen Fünfjahrplanes nur eine Steigerung der agrarischen Produktion um 15 bis 20 v. H. erzielt wurde, ist doch eine starke Verminderung der agrarischen Einfuhr erfolgt, was die Zahlungsbilanz entlastet.

Die Ziele des Gesellschaftsplanes, die Agrarproduktion 1966/1970 um 25 v. H. zu heben, waren zwar nicht ganz unrealistisch — Preiserhöhungen wirken stimulierend —, reichen aber nicht aus, um die jugoslawische Landwirtschaft zu sanieren und dazu noch die erwarteten Exporterfolge zu erzielen. Denn wenn auch die Hektarerträge der gesellschaftlichen Landwirtschaften bei Weizen um die Hälfte und bei Mais fast doppelt so hoch sind wie im Landesdurchschnitt, so können sie sich auf bessere Produktionsvoraussetzungen im Tiefland der Wojwodina stützen, welche bei den meisten Privatwirtschaften fehlen.

Es sind zwar interessante Versuche im Gange, in den großtechnisch wirtschaftenden Kombinaten, von denen einige auf 6000 ha Fläche mehr als 2000 Menschen beschäftigen, Agrarproduktion und Verarbeitung zu vereinen, aber außer ideologischen Deklarationen, man wolle am Ende doch zu einer freiwilligen Vergesellschaftung der Land-

---

[79] Die hier angeführten Berechnungen sind entnommen den landwirtschaftlichen Beiträgen der Laibacher Beratung von *Stipetić:* Brži razvoj poljoprivrede kao jedan od preduvjeta stabilizacije jugoslovenske privreda (Raschere Entwicklung der Landwirtschaft als eine der Vorbedingungen der Stabilisierung der jugoslawischen Wirtschaft) und V. *Vasić:* Zaostajanje poljoprivrede kao faktor nestabilnosti jugoslovenske ekonomike (Zurückbleiben der Landwirtschaft als Faktor der Unstabilität der jugoslawischen Wirtschaft). In: Ekonomist, 1966, Nr. 1—4, S. 45 ff. und 363 ff.

[80] Neuestens zeigen sich wieder Schwierigkeiten bei der Agrarprodukte verarbeitenden Industrie, die ihren Hauptsitz im Serbischen Banat (Wojwodina) hat. Sie werden nun mit jenen Absatzschwierigkeiten erklärt, welche die EWG dem jugoslawischen Agrarexport bereitet. Ekonomska politika, April 1968.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wirtschaft kommen, ist kein Konzept zu einer Strukturverbesserung in der Landwirtschaft zu erkennen. Jugoslawien bleibt daher auch weiter mit einer ungelösten Agrarfrage belastet, die wahrscheinlich noch schwerer zu lösen ist als die Intensivierung der Industrieproduktion. Man kann daher nicht sagen, daß die jugoslawische Agrarpolitik besondere Wachstumsimpulse entfaltet, sie hat diese vielmehr behindert. Allerdings hat sie es aber auch vermieden, jene Spannung auszulösen, welche durch die doktrinäre Kollektivierung in den anderen Oststaaten (außer Polen) zum schwersten Nachteil ihrer Wirtschaft entstand.

Auch das Programm, durch Zukauf von Boden auf freiwilliger Grundlage den gesellschaftlichen Sektor zu erweitern, stockt und wird nur langsam realisiert; im Zuge der Depression der letzten Jahre verstärkte sich nämlich wieder das Interesse der in die Industrie hinübergewechselten landwirtschaftlichen Bevölkerung an ihrem Boden, so daß sich die Preise für den Boden versechsfachten und dieser kaum mehr abgegeben wird.

11. Der IV. Fünfjahrplan 1966/1970

Der „Gesellschaftsplan für die Entwicklung Jugoslawiens von 1966 bis 1970", der am 5. Juli 1966 verspätet beschlossen wurde, hat eine lange Vorgeschichte. Denn seine der Wirtschaftsreform konformen Zielsetzungen wurden bereits vom VIII. Kongreß der kommunistischen Partei (Bund der Kommunisten Jugoslawiens) in Belgrad (7. bis 13. Dezember 1964) beschlossen.

Aber in der Konzeption des Planes zeigen sich noch kaum die neuen Gesichtspunkte der Reform, da er noch immer teils nur verbale, teils schematische Lösungen vorsieht. Der neue indikative Plan ist daher nur ein grober Hinweis auf die Zielsetzungen und marktwirtschaftlichen Tendenzen der jugoslawischen Staats- und Wirtschaftsführung. Die während der Zeit der Ausarbeitung des Planes eingetretene Veränderung in der jugoslawischen Wirtschaft wurde aber vom Plane entweder überhaupt nicht beachtet oder unrichtig interpretiert, nämlich zu optimistisch, obwohl seiner Ausarbeitung 270 wissenschaftliche Studien und Expertisen vorausgingen[81]. Daher kann der Plan, zumindest was seine spärlichen quantitativen Aussagen oder Zuwachsraten betrifft, bereits als unerfüllbar und überholt angesehen werden. Außerdem haben die jugoslawischen Ökonomen seit der Wirtschaftsreform sehr viel hinzugelernt und scheuen sich nicht, die neuen Erkenntnisse auszusprechen und mit einer Kritik an den bisherigen Methoden der Wirtschaftsplanung zu verbinden.

---

[81] Aktuelle Probleme, S. 9.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Man vermißt vor allem in der Einführung und Begründung des Planes neue Zielsetzungen, denn ein Vergleich zwischen den Fünfjahrplänen 1961/1965 und 1966/1970 zeigt, daß sich diese nur unwesentlich geändert haben. Nach wie vor will man gleichzeitig ein rasches Wirtschaftswachstum aller Zweige und eine große Verbrauchssteigerung verwirklichen, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß nicht alle Wirtschaftsziele gleichmäßig rasch und gleichgewichtig erreicht werden können. Immerhin ist die Erkenntnis wichtig, daß eine, wenn auch geringfügige, Senkung der Investitionsrate und eine Umschichtung innerhalb der Investitionen vorzunehmen ist, um aus der extensiven Wirtschaftsphase herauszukommen.

Dieser Plan stellt die Intensivierung der Wirtschaft an die Spitze, verheißt und betont die Hebung des Lebensstandards bei einer Stabilisierung der Wirtschaft und der Währung und spricht von der Sorge um Eingliederung in die Weltwirtschaft. Darüber heißt es im Einleitungskapitel des Planes:

„Unter den Bedingungen der Intensivierung und der Entstaatlichung (gemeint ist die Verminderung des direkten staatlichen Einflusses) und der unter diesen Voraussetzungen geschaffenen Möglichkeit zur vollständigen Abhängigkeit der Entwicklung von der Arbeitsproduktivität und der Einkommensbildung, muß der Lebensstandard in größerem Ausmaß als einer der wichtigsten Faktoren des Wachsens der Produktion und der Produktivität wirksam werden. Bei dem erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte, muß sich das weitere rasche Anwachsen der Wirtschaft in einer größeren Effektivität und auf der Grundlage einer relativen Verminderung des Anteiles der Akkumulation (also der Investitionen!) am Volkseinkommen zeigen. Dadurch, wie auch mit einer relativen Verminderung der anderen Arten des (öffentlichen) Konsums, in erster Linie jener mit administrativ-budgetären Charakter, müssen auch die Möglichkeiten zu einem ständigen Anwachsen des Anteiles der den Lebensstandard bestimmenden Mittel am Volkseinkommen geschaffen werden.“ Kurz, die reale Aussicht auf höheren Lebenstandard, durch Produktivität und Betriebsgewinne ermöglicht, ist der Motor des Wirtschaftswachstums.

Als wichtigste Ziele des Planes werden genannt:

„Ständige Steigerung des Lebensstandards, insbesonders des persönlichen Verbrauches bei Steigerung des Anteiles des persönlichen Einkommens bei der Verteilung des Volkseinkommens (Der Anteil des persönlichen Konsums am Volkseinkommen soll von 58 v. H. auf 59,7 v. H. steigen);

weitere Entwicklung der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen, insbesonders Verstärkung der Rolle der unmittelbaren Produzenten und der Arbeitsorganisationen am gesamten gesellschaftlichen Prozeß der Reproduktion (Erzeugung);

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

beschleunigte Entwicklung der unterentwickelten Republiken und Gebiete zwecks Verminderung des Unterschiedes im Grade der wirtschaftlichen Entfaltung; ihr Volkseinkommen soll bis 1970 auf 90 v. H. des Landesdurchschnittes steigen.

Stabilisierung der Wirtschaft, der heimischen Währung und der Preise;

Intensivierung der Wirtschaftstätigkeit und der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Aktivität bei Modernisierung und Rekonstruktion der Kapazitäten und bei einer wesentlichen Verbesserung der Organisation und Technologie der Produktion auf Grundlage der modernen wirtschaftlichen Errungenschaften;

Erreichung der Konvertibilität des Dinar durch entsprechende Qualifikation der Wirtschaft und Schaffung der Bedingung für ihre breiteste Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung unter den verschiedensten Arten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ausland und Überwindung der Autarkietendenz in der Struktur der jugoslawischen Wirtschaft;

rasche Entwicklung der Bildung von Kadern für wissenschaftliche Arbeit, wie auch der Übernahme wissenschaftlicher und technischer Errungenschaften[82]."

Der Gesellschaftsplan führt nur wenig absolute Produktionsziele (hauptsächlich in der Metallindustrie und Energiewirtschaft) an. So soll sich die Stromerzeugung etwa verdoppeln und 30,5 Mrd. kwh erreichen und der Anteil von Erdöl und Erdgas am Energieverbrauch von 20 v. H. (1965) auf 30 v. H. steigen. Die Kraftwerksunternehmen sollen selbst mit eigenen Mitteln 30 v. H. des Leitungsbaues finanzieren, gut gehende Kohlengruben 60 v. H. ihrer Kapazitätserweiterungen, doch wird der Bund auch Kapazitätserweiterungen um 12,5 Mill. t Kohle aus Staatsmitteln finanzieren und trägt (mit der Republik Serbien) den Bau des Donaukraftwerkes am Eisernen Tor.

Die Kapazität der Hüttenwerke soll auf 3,2 Mill. t erhöht werden; unmittelbar nach 1970 soll sie auf 4 Mill. t Rohstahl steigen, wozu im Plan ebenso die Voraussetzungen geschaffen werden sollen wie für die Erhöhung der Kapazität bei Aluminium bis 1972 auf 150 000 bis 200 000 t, bei Kupfer auf rund 100 000 t, bei Blei rund 175 000 t und bei Zink 125 000 t. Die Kapazitätserhöhung der Buntmetallurgie wird aus Eigen- und Bankmitteln vorgenommen, doch wird der Bund internationale Anleihen für ihre Entwicklung gerantieren. Der Bund wird sich am Ausbau der Stahlindustrie mit 65 v. H. des Aufwandes beteiligen, insbesondere am Bau des Hüttenwerkes Skopje mit 85 v. H. (Kapazität 940 000 jato Rohstahl) und mit ebensoviel am Bahnbau.

---

[82] Wörtliche Wiedergabe der kursiv gedruckten Leitthesen im Kapitel II, Abschnitt I, des Gesellschaftsplanes (Wirtschaftlich-ökonomische Grundziele).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verschiedene Zweige der Elektroindustrie sollen erweitert werden. In der chemischen Industrie erfährt die Herstellung von Kunstdünger, Kunststoffen und synthetischen Garnen besondere Förderung, so daß die Produktion von synthetischen Textilrohstoffen auf das 2,5fache steigen wird. Der Bund wird sich an der bis 1970 geplanten Schaffung von Kapazitäten für 1,5 Mill. jato Stickstoffdünger, 650 000 jato Phosphordünger, 47 000 jato Zellwolle, 4000 jato synthetische Fasern und 75 000 jato Kunststoffe beteiligen. Die Textilindustrie soll bis 1970 eine Versorgung der Bevölkerung sichern, welche dem Durchschnitt der entwickelteren Länder nahekommen wird, aber im allgemeinen werden die Investitionen für die Konsumgüterindustrie anteilmäßig zugunsten der Energiewirtschaft, Metallurgie und chemischen Industrie gekürzt.

Es sind berechtigte Zweifel am Platze, ob seitens der Betriebe (Wirtschaftsorganisationen) genügend Ersparnisse vorgenommen werden können, der Gewinn für Investitionen herangezogen und nicht für den persönlichen Verbrauch ausgeschüttet wird und ob die Ansprüche der öffentlichen Hand abgewehrt werden können, um die angestrebte Selbstfinanzierung zu erreichen. Die Neuordnung der Finanzierung der Investitionen ist daher ein Hauptproblem des weiteren wirtschaftlichen Wachstums in Jugoslawien. Die Notwendigkeit, den Staat noch weiter zentrale Investitionen vornehmen zu lassen, wird nicht bestritten, obwohl sie systemwidrig ist. Aber der jugoslawische Mechanismus hat bisher noch keine Lösung des Problemes gebracht, „wie die Finanzierung des Baues von Großprojekten in unser System eingeschlossen werden kann, in dem die Arbeitsorganisationen über die Mittel verfügen sollen, oder wie es möglich ist, ihre Konzentration zu erreichen“[83].

Obwohl der Ausnützungsgrad der Industrieanlagen 1966 niedrig war, scheint die vorgesehene Zuwachsrate der Industrieinvestitionen zunächst zu gering, um ein entsprechendes Wachstum der gesamten Volkswirtschaft zu sichern, da besonders kapitalintensive Investitionen in der Energiewirtschaft erforderlich sein werden. Andererseits hat man erkannt, daß nicht das Volumen der Investitionen, sondern ihre Qualität entscheidend ist. Es wird daher eine Neuorientierung in der Investitionspolitik gefordert[84].

---

[83] Privredna reforma, S. 145. Die Zuwendungen des Bundes, für die man internationale Finanzhilfe erwartet oder schon gewonnen hat und bei denen sich die Republiken schlüsselmäßig mitbeteiligen müssen, beziehen sich in erster Linie auf Verkehrsprojekte, aber auch Investitionen in der Landwirtschaft, einige betreffen den restlichen Ausbau industrieller Großanlagen und Verkehrseinrichtungen.

[84] D. *Gorupić* in der Wirtschaftsdebatte, Borba, 6. 12. 1967, S. 7. Der Ausnutzungsgrad der Industrie, erzielt durch die jeweilige höchste Monatsproduktion, war 1965 66 v. H., 1967 64 v. H. Die meisten Arbeitskräfte arbeiteten nur in einer Schicht, der Koeffizient der Schichtarbeit erreichte 1,65. Ekonomski pregled, 1967, Nr. 3—4, S. 154.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Für industrielle Investitionen ist nur mehr eine Jahreszuwachsrate von 4,6 v. H. gegenüber 12,1 v. H. in der Landwirtschaft vorgesehen, tatsächlich kam es aber sogar zu einem scharfen Rückgang der Investitionen. Geplant ist, daß nur 27 v. H. der wirtschaftlichen Investitionen an neuen Industriestandorten Verwendung finden, so wie nur 37 v. H. auf neue Objekte entfallen. Der Plan bietet aber in seiner bisherigen Gestalt noch keinen Anhaltspunkt dafür, wie die beschränkten Mittel für die Modernisierung bestehender Anlagen zielbewußter eingesetzt werden können, und es wird versichert, daß sich an der bisherigen Praxis wenig geändert hat, nämlich, daß weiter von der Zentrale extensiv investiert wird[85].

Die Zuwachsraten sind zwar etwas herabgesetzt, nämlich auf 7,8 bis 8,5 v. H. für Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen, gegenüber 12 bis 13 v. H. in den Jahren 1963/1964; dies sollte vor allem durch eine Zuwachsrate von 9 v. H. der Industrieproduktion erzielt werden, die 1960/1962 nur 4 bis 6 v. H. erreicht hatte, so daß die jährliche Zuwachsrate 1950/1964 rund 8,5 v. H. betrug. Auch in 1965, dem Jahr der Reform, betrug die Zuwachsrate der Industrieproduktion nur 6 v. H. Die Zuwachsraten des Planes sind um so unrealistischer, als die jugoslawische Wirtschaft einer vollständigen Umstrukturierung unterzogen werden soll, die zur Intensivierung, aber nicht zur Produktionssteigerung führen soll, und weil sich die angestrebte Wirtschaftsstabilität nur schwer mit einer expansiven Politik vereinbaren läßt. Tatsächlich sind auch schwere Rückschläge eingetreten, so daß die Planziele nicht mehr erfüllbar sind[86].

Auch die Rate der Produktivitätssteigerung um jährlich 6 bis 7 v. H. ist reichlich hoch angesetzt, wenn man daran erinnert, daß sie 1957/1961 nur 4,9 v. H. betragen hatte. Sie ist dann unter dem Einfluß der Expansion nach der verpufften Reform 1963 sogar auf 11 v. H. gestiegen, dann aber 1965 wieder auf nur 5 v. H. gefallen; durch das Fortschreiten der zweiten Wirtschaftsreform, die zu Entlassungen führte, ergab sich aber neuerdings ein Produktivitätsfortschritt (1965—1967 durchschnittlich 3,4 v. H.). Er wird aber durch den Druck der Arbeitslosigkeit und des Zuwachses der Bevölkerung bedroht. Aber selbst wenn sich die Produktivitätsrate wie 1968/1969 (+ 7 v. H.) so günstig weiter entwickelt, so müßte die weit darüber geplante Erhöhung des Lebensstandards um jährlich 8 bis 9 v. H. als undurchführbar gelten. Auch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um 4,5 bis 5,5 v. H. jährlich war im ganzen Planungszeitraum nicht zu erzielen.

---

[85] *Veselica*, Opatija II, S. 100.

[86] Als Beispiel für die von den Planungen abweichende Entwicklung sei nur erwähnt, daß im Jahre 1970 nach den Berechnungen von Anfang 1968 statt der im Plan erwarteten 100 000 t Aluminium nur 47 000 t, statt 160 000 t Blei nur 140 000 t und statt 110 000 t Zink nur 94 000 t produziert werden dürften. Ekonomska politika, 15. 4. 1968, Nr. 837, S. 457.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

So setzt die Realisierung der Steigerung des Lebensstandards eine drastische Kürzung der Investitionen voraus. Das ist auch weit über die Erwartungen hinaus erfolgt (1965/67 ⌀ — 6 v. H.), aber es erhebt sich die weitere Frage, ob die Umschichtung und Selektion der Investitionen so wirkungsvoll ist, daß auch mit geringerem Aufwand und niedrigerem Anteil am Sozialprodukt eine bessere und effektivere Ausnützung der Investitionsmittel erreicht werden kann.

Daher erheben die jugoslawischen Ökonomen nicht nur den Vorwurf, daß man in der Planung und in ihrer Durchführung bisher die modernen Informationsmethoden vernachlässigt habe, sondern daß überhaupt der technische Fortschritt von ihr nicht genügend berücksichtigt wurde. Im Gesellschaftsplan 1966/1970 werde er nur nebenbei erwähnt, und zwar nicht an erster Stelle, sondern erst weit dahinter unter anderen wirtschaftlichen Zielsetzungen, und auch der Beschluß der Nationalversammlung über die Aufgaben der wirtschaftlichen Politik im Jahr 1967 behandele den technologischen Fortschritt nur einmal, und zwar an letzter, untergeordneten Stelle[87].

12. Zielsetzung und vorläufige Ergebnisse der Reformen von 1965

Die ziemlich vage Formulierung über Aufgaben und Durchführung der Planung in der Verfassung 1963 erfolgte zu einer Zeit, in der bereits der Mißerfolg der Reform von 1961 nicht mehr zu verheimlichen war[88]. Die Abwertung des Dinar (750 Dinar = 1 Dollar) blieb auf halbem Weg stehen, der Abbau der Subventionen und die Preiskorrektur war ungenügend, die freiere Einfuhrpolitik verzehrte die Devisenreserven. Die Hauptträger des Wirtschaftsprozesses, auf die Staat und Planer rechneten, nämlich die Selbstverwaltung und die von ihr repräsentierten Betriebe, hatten sich den Aufgaben nicht gewachsen gezeigt, die Grundlage von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zu bilden und sich marktwirtschaftlich zu behaupten.

Hier liegt eine grundsätzliche Schwäche der jugoslawischen Wirtschaft und ihrer Entwicklungs- und Wachstumspolitik, die bis heute noch nicht überwunden ist und die sich bei der zweiten Wirtschaftsreform genau so, wenn auch nicht mehr so krass, zeigte. Nur ist man jetzt entschlossen, nicht wieder vor den Schwierigkeiten zu kapitulieren.

---

[87] R. *Bićanić*, Ekonomist, 1967, Nr. 1—4, S. 19.

[88] Vgl. K. *Wessely:* Jugoslawiens schwerer Weg zur Marktwirtschaft. In: Osteuropa-Wirtschaft, 1962, Nr. 3, S. 197—211, mit Darstellung der Zielsetzung und der Gründe für das Scheitern der Reform 1961.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das Paket gesetzlicher Bestimmungen vom 24. Juli 1965 über die Reformen[89] unterstreicht das marktwirtschaftliche Prinzip, ohne aber die orientierende Planung aufzugeben, deren Ziele im IV. Fünfjahrplan niedergelegt wurden. Es wurde versucht, zwei miteinander schwer zu vereinbarende Aufgaben zu verbinden. Zunächst wurden als kurzfristiges Ziel unter Anwendung geradezu klassischer Mittel, wie Kreditrestriktionen und Einfuhrdrosselung, Preis- und Lohnstopp, die inflationären Tendenzen in der jugoslawischen Wirtschaft bekämpft und der Versuch gemacht, eine Steigerung des persönlichen Konsums und der Lebenshaltung über den Produktivitätsgewinn und die realisierbaren Möglichkeiten der Wirtschaft hinaus zu bremsen. Stieg doch in der abgelaufenen Fünfjahrperiode der Lebensstandard (privater Konsum) um 70 v. H., die Industrieproduktion aber, bei etwa gleichbleibender Agrarproduktion, nur um 66 v. H.

Andererseits wollte man aber auch zu einer Umstrukturierung der Wirtschaft gelangen, um sie reif für die Eingliederung in die Weltwirtschaft zu machen; zu diesem Zwecke wurde eine radikale Preisreform vorgenommen mit dem Ziel, sich an den Weltmarktpreisen zu orientieren. Dazu wurde als neue Kursrelation das Verhältnis 1 Dollar = 1250 alte bzw. seit 1966 12,50 neue Dinar festgesetzt. Es war klar, daß die Wettbewerbsfähigkeit der jugoslawischen Wirtschaft nicht in einem kurzen Zeitraum erreicht werden konnte, so daß im Außenhandel trotz gegenteiliger Zielsetzungen noch protektionistische Tendenzen überwiegen. Mit dem Abbau der Einfuhrbeschränkungen wurde aber schon 1967 begonnen und deshalb auch der Zolltarif protektionistisch umgestaltet.

Die jugoslawische Preisreform hat zwei Ziele, nämlich eine außenwirtschaftliche — Anpassung an Weltmarktpreise — und eine binnenwirtschaftliche, nämlich verschiedene, bisher eingefrorene Preise auf ein den Kosten angepaßtes und die Produktion stimulierendes Niveau zu heben. Zunächst konnte man jedoch die Marktverhältnisse noch nicht berücksichtigen, sondern mußte die neuen Preise aufgrund von Vorschriften bilden. Es kam daher zu neuerlichen Preisschwankungen, als sich die Markteinflüsse bemerkbar machten. Die Preissteigerungen waren aber doch im Verlaufe der Reformen geringer als in den vorhergehenden Jahren, wenn man vom Sprung der Lebenshaltungskosten um 34 v. H. während und kurz nach der Reform absieht, so daß man von einer relativen Stabilität sprechen kann. Die industriellen Produzentenpreise stiegen 1967 nur mehr um 2 v. H. und 1968 um 1 v. H., die landwirtschaftlichen sanken sogar um 5 bzw. 3 v. H., aber die Kleinhandelspreise und die Dienstleistungen zeigen weiterhin eine steigende Tendenz. Es

[89] Službeni list, 24. 7. 1965, Nr. 33; Kommentar dazu: P. *Mihailović:* Die jugoslawische Wirtschaftsreform 1965. In: Österreichische Osthefte, 1966, Nr. 2. Kretanje privrede u prve dve godine reforme. Statistički podaci (Entwicklung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kam dadurch zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten 1966 um 23 v. H., 1967 um 7 v. H., 1968 um rund 5 v. H.[90] und 1969 um etwa 8 v. H.

Zwar geht die neue Preispolitik noch von der gegebenen Produktions- und Kostenstruktur aus, eröffnet aber den Weg zu strukturellen Veränderungen durch Ausnützung der Gewinnchancen, was bei der Reform 1961 noch vernachlässigt worden war.

Der gleichen Zielsetzung, nämlich der Umstrukturierung der Wirtschaftszweige und der Wiederherstellung der Stabilität dient auch die neue Investitionspolitik, eine tragende Säule der Reform. Auch ihr Erfolg kann sich erst nach einiger Zeit einstellen, so daß die bisher entstandenen Disproportionen in der Wirtschaft noch lange nachwirken müssen. Langfristig ist daher der Erfolg der Reformen von der konsequenten Durchsetzung der neuen Investitionspolitik abhängig, welche trotz sinkender Investitionsrate dank verbesserter Struktur das Wirtschaftswachstum fördern und ein qualitativ höheres Wirtschaftsniveau ergeben soll. Allgemein sind aber noch immer die Klagen, daß die die Wirtschaft in der Zukunft entscheidende Investitionspolitik ein ungelöstes Problem ist und daß die Umschichtung der Investitionen von kapazitätserweiternden zu modernisierenden noch nicht geglückt ist[91].

Die neue Investitionspolitik, die mit der Verlagerung ihrer Finanzierung auf stärkere Eigenfinanzierung verbunden ist, wird vom Gesellschaftsplan nur recht allgemein behandelt. Er spricht sich für eine Veränderung der Investitionsstruktur aus, indem der Anteil der nichtwirtschaftlichen Investitionen weiter, u. zw. von 36,6 v. H. (1965) auf 37,2 v. H. (1970) steigen soll; tatsächlich wurde aber 1967 nur ein Anteil von rund 34 v. H., 1968 35 v. H. erzielt. Der Plan rechnet auch mit einer gewissen Umschichtung der Investitionen von der Industrie (Anteil an den wirtschaftlichen Bruttoinvestitionen durchschnittlich 1961/1965 52,9 v. H., durchschnittlich 1966/1970 50,7 v. H.) zugunsten der Landwirtschaft (Anstieg von 12,9 auf 14,7 v. H.).

Im Plan selbst findet sich keine klare Angabe über die angestrebte Investitionsrate. Es wird nur der Anteil der Akkumulation (also wirtschaftliche Nettoinvestitionen und Vorratsbildung) am Volkseinkommen untersucht, der während der Planperiode von 22,4 v. H. auf 21 v. H. sinken soll, was vor allem dem persönlichen Verbrauch zugute kommt[92]. Aufgrund von früheren Verhältniszahlen bedeutet dies für das Jahr 1970 noch immer eine beträchtliche Investitionsrate von 27 bis 28 v. H. Tat-

der Wirtschaft in den ersten beiden Jahren der Reform. Statistische Angaben), Beograd 1967.

[90] Jugoslovenski pregled, 1966, Nr. 6, S. 61, 1968, Nr. 7—8, S. 269.

[91] Aktuelle Probleme, S. 126.

[92] Nach den Plandaten sind unter der Akkumulation aber nur die wirtschaftlichen Investitionen zu verstehen. Die nichtwirtschaftlichen sind sowohl im Anteil des „Gesellschaftlichen Standards" — also sozial-kultureller Neben-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sächlich ist aber, ausgelöst durch die wirtschaftliche Stagnation, der Anteil der Akkumulation 1967 auf nur 16,2 v. H. am Volkseinkommen gesunken und überdies sind die Umlaufmittel, ausgelöst durch nicht realisierte Vorräte, beträchtlich gestiegen. Die Bruttoinvestitionen für Anlagemittel, die 1957/1964 durchschnittlich um 15 v. H. stiegen, sind, wie weitere Berechnungen zeigen, in den ersten beiden Planjahren der Reform um durchschnittlich 5,8 v. H. gesunken (wirtschaftliche: 2,5 v. H., nichtwirtschaftliche: 11,4 v. H.), während sie laut Plan um durchschnittlich 6,7 v. H. steigen sollten[93]. Es ist also klar, daß sich in dieser Hinsicht die Planannahmen noch mehr von der Wirklichkeit entfernen als bei den Produktionszielen, womit aber auch die späteren Auswirkungen der Reform gefährdet erscheinen, denn der absolute Rückgang der Investitionen widerspricht den Reformbestrebungen, und auch für ihre verbesserte Effektivität gibt es keine Garantie[94].

Die Wachstumsimpulse der Reformen finden ihre Stütze in der Neuverteilung der Investitionsmittel. Den Betrieben wird die Entscheidung über Investitionen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten übertragen und die Selbstfinanzierung durch Steuerreduktion erleichtert.

Die den Betrieben überlassenen höheren Mittel — ihr Anteil am Gewinn stieg bereits im Zuge der ersten Wirtschaftsreform 1963/1965 von 44,6 v. H. auf 56,2 v. H. — sollen, ohne daß das Gewinnprinzip ausdrücklich betont wird, ihr Interesse an einer wirtschaftlichen Geschäftsführung steigern und den Betriebsangehörigen von der Leistung abhängige höhere Löhne ermöglichen. Die Bildung von Eigenkapital durch gewinnbringende Geschäftstätigkeit und seine Ergänzung durch rückzahlbare Bankkredite ist somit grundlegend für die Investitionstätigkeit geworden. Die Unternehmen erhalten aber auch eine erhöhte Verantwortung für die Auswahl der Investitionen, die durch die Planinstrumente nur ungenügend erfolgen kann.

Da der Bund aber weiterhin zur Förderung der unterentwickelten Gebiete verpflichtet ist, und er sich zur Übernahme eines Drittels der

---

leistungen — enthalten, der in der Planperiode insgesamt von 12,8 auf 13,6 v. H. steigen soll, als auch im öffentlichen Konsum (Verwaltung und Landesverteidigung), der von 6,7 auf 5,4 v. H. sinkt. Man kann also annehmen, daß die nichtwirtschaftlichen Investitionen, wie auch aus der Aufteilung der Investitionen 1970 ersichtlich, nur etwas schneller als die wirtschaftlichen steigen sollen. — Im Gegensatz zu den Plandaten wird aber die Akkumulationsrate, sei es wegen geänderter laufender Preise oder mehr Vorratbildung, höher angegeben, und zwar 1964 27,1 v. H., 1965 24 v. H. und 1966 23,2 v. H. Aktuelle Probleme, S. 35.

[93] Die Akkumulationsrate sank während der Wirtschaftsreform von 27,1 v. H. Anteil am Volkseinkommen (1964) auf 15,5 v. H. (1967), wovon aber ein Drittel auf die Bildung von Vorräten bzw. Umlaufmitteln entfiel. Erst seit 1968 steigen die Rate der Investitionen und diese selbst. Man rechnet mit einer Zunahme der Bruttoinvestitionen 1969/70 um je 9 % und 18,5 % Akkumulationsrate. V. *Medenica*, Ekonomist 1969, 4, S. 833.

[94] Aktuelle Probleme, S. 4 und 15.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

im Gesellschaftsplan 1966/1970 vorgesehenen Investitionen bereiterklärte, hat er eine führende Rolle bei Auswahl und Durchführung von Investitionen behalten. Zentrale Investitionsentscheidungen und die ihnen zugrunde liegenden Präferenzen werden auch weiterhin für die Wirtschaft bedeutungsvoll bleiben.

Mit Recht kritisieren daher die Ökonomen, daß die angestrebte Selbständigkeit der Betriebe nicht nur durch den Bund, sondern noch mehr durch zentrale Bankentscheidungen beeinträchtigt ist, da, wenn Bankkredite abgerechnet werden (Anteil an der Finanzierung der wirtschaftlichen Investitionen 1967: Banken 29 v. H., Betriebe 37 v. H.), die angestrebte Eigenfinanzierung in Höhe von 70 v. H. nicht erreicht wird .Dies aber wird als eklatanter Widerspruch zu den Grundsätzen der Selbstverwaltung empfunden, doch glaubt man, dadurch die Wirtschaft besser im Griff des Staates (und der Partei) halten zu können. Hier also zeigen sich unverhüllt ideologische Gegensätze und ein Widerstand gegen die Konsequenzen der Selbstverwaltung.

„Die Apologeten des zentralistischen Konzeptes der Reproduktion fürchten, daß dezentralisierte Selbstverwaltungsbeziehungen im Bereich der Investitionen zu einer Verzettelung der Mittel führen und den Bau aufwendiger und großer Objekte verhindern. Aber es gibt keinen Grund für eine solche Furcht und jene sollen zufrieden und ruhig sein, denn die Verteilung der Investitionen und die Bindung von Mitteln für diese Zwecke zeigt, daß eine beträchtliche Konzentration von Mitteln eingetreten ist. Denn nur 6 Investoren bringen ein Drittel aller Investitionsmittel der ganzen Industrie und des Bergbaus auf, weitere 13 Investoren 24 v. H. der Industrieinvestitionen, so daß diese 19 Investoren allein 2080 Mrd. alte Dinar investieren[95]."

So bleibt die Investitionspolitik die Schlüsselfrage der Reform, ein Bereich, in dem sich am längsten und hartnäckigsten die etatistischen Formen der Wirtschaftslenkung erhalten haben, wogegen man durch eine neue, echt jugoslawische Form einer autonomen Investitionspolitik durch zwangsweise staatliche Fondsbildung ankämpfen müsse. Aber dieser Vorschlag kann erst in einer späteren Etappe Gestalt annehmen[96].

Für die über die Tagesschwierigkeiten hinausblickenden Ökonomen und Politiker Jugoslawiens ist die Eingliederung in die Weltwirtschaft ein weiteres Kardinalproblem der Wirtschaft und damit auch der Reformen geworden. Dies kam schon in den Überlegungen von Gorupić in der Wirtschaftsdiskussion Ende 1967 deutlich zum Ausdruck, in der er die Gründe anführte, warum Jugoslawien rückständiger als andere

---

[95] *Veselića,* Opatija II, S. 101.

[96] Aktuelle Probleme, S. 15; *Gorupić,* Opatija I, S. 15. Bei der 1963 geführten Debatte über die Weiterführung der steckengebliebenen Reform, hatte man noch die Zentralisierung der Investitionsentscheidungen beim allgemeinen In-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Staaten und gegenwärtig noch nicht in der Lage ist, in die Weltwirtschaft eingegliedert zu werden. Er sieht sie in dem niedrigen Niveau, von dem die jugoslawische Wirtschaftsentwicklung ausgegangen ist, der Abschließung vom Ausland und in dem falschen System, bisher jeden Produzenten ohne Rücksicht auf seinen wirtschaftlichen Erfolg zu schützen, was die Leistung der Gesamtwirtschaft senkt. Die sogenannte „Deetatisierung" habe bisher zu wenig erreicht, es sei nun Aufgabe der Wirtschaft und ihrer Organe, für eine bessere Ordnung zu sorgen, was nur durch einen Zusammenschluß auf einer höheren Ebene zwecks Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung erfolgen könne.

Dazu sind aber auch Investitionen nötig, weshalb eine neue Investitionspolitik gefordert wird. Es sei aber nicht genug damit, daß die Investitionen vermindert und in Einklang mit den Möglichkeiten gebracht wurden, denn man habe versäumt, für ihre Qualität so zu sorgen, wie es die Reform erfordere. Denn: „Die Investitionen mögen in manchem Fall finanziell vollständig gedeckt sein, aber trotzdem für den Investor und die Gemeinschaft völlig nutzlos sein[97]."

Die in allen Teilen Europas, sowohl im Westen als auch in zunehmendem Maß im Osten und selbst in der Sowjetunion geführte Diskussion über die Lücke im technischen Fortschritt gegenüber den USA schlägt sich jetzt in Jugoslawien als Forderung nieder, durch den technischen Fortschritt leistungsfähig und instand gesetzt zu werden, die eigenen Kräfte und Fähigkeiten auszunützen: Dies sei der eigentliche Sinn der Reform; er könne nur durch weitgehende Freiheit erreicht werden.

„Der Grundgedanke der Wirtschaftsreform ist weder eine Angelegenheit eines politischen Programms, noch einer Phase der Wirtschaftspolitik, sondern der Druck einer ungeheuren technologischen und wissenschaftlichen Revolution, welcher auf der ganzen Welt wirkt und welcher in beschleunigtem Tempo wächst. Daher gibt es keine Frage darüber, ob es Reformen gibt oder ob sie durchgeführt werden sollen, sondern nur die Frage, entweder mit ihnen zu gehen, oder sie werden sich gegen jene durchsetzen, die sie aufhalten wollen. In diesem Sinne befreit die

---

vestitionsfonds als Ursache dafür angeführt, daß „durch dieses System der Kreditierung der Investitionen, das übergroße Ausmaß der Zentralisierung, es nicht gelungen ist, unserem Investitionsaufbau in der Industrie das notwendige Niveau der technischen Entwicklung zu sichern, auch nicht rationelle Größen der Betriebseinheiten und auch nicht die Schaffung der Bedingungen für das notwendige Niveau der gesellschaftlichen Organisation der Produktion (Arbeitsorganisation). Deswegen wurde auch die bisherige Investitionsanstrengung nicht genügend genützt zur Schaffung einer qualitativen Entwicklung in Hinblick auf das technische Niveau und die Effektivität unserer Industrie und ihre Stellung im internationalen Austausch." Ekonomski pregled, 1963, Nr. 3—5, S. 269.

[97] Borba, 5. 12. 1967, S. 4.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Reform die Produktivkräfte von den Bindungen der Vergangenheit und hat eine ungeheure Bedeutung[98]."

Es war unvermeidlich, daß das Einpendeln der jugoslawischen Wirtschaft auf ein neues Verhältnis zwischen Konsum und wirtschaftlichen Investitionen zu unerwünschten Folgen, wie Arbeitslosigkeit und Vorratsbildung, führen mußte, die nicht sofort überwunden werden konnten, so daß eine überplanmäßige Senkung der Investitionsrate zur Aufrechterhaltung des Konsums und zu einer Erhöhung des Lebensstandards als Konsequenz auftrat. Die Industrieproduktion stieg im Jahre 1966 nur um 4 v. H., im Jahre 1967 wies sie gar einen Rückgang um 0,4 v. H. auf, und die Produktion der gesamten Wirtschaft ohne Landwirtschaft ging um 1 v. H. zurück. Die Zahl der Arbeitssuchenden stieg um 4 v. H. an, während die Landwirtschaft, saisonal bedingt, einen Produktionsrückgang um 3,5 v. H. aufwies. Trotzdem erhöhte sich 1967 das Realeinkommen der Beschäftigten um 7 v. H., so daß die Spannungen in der Wirtschaft während der Reform sogar noch zunahmen.

Aber im Jahre 1968 kam es zu einem deutlichen Fortschritt, da die Industrieproduktion um 6,5 v. H. und etwa im gleichen Ausmaß auch die Gesamtproduktion, ohne Landwirtschaft, zunahm.

Diese Tendenz kam vollends im Jahre 1969 zum Durchbruch, das eine Erhöhung der Industrieproduktion um rund 11 v. H. brachte, so daß für 1970 ihr weiteres Wachsen um 9 bis 10 v. H. erwartet wird. Auch die unsichtbaren Einnahmen aus Fremdenverkehr und im Ausland befindlichen Gastarbeitern sind erheblich gestiegen — die Übernachtungen von Ausländern nahmen um 30 v. H. zu —, aber trotz einer Erhöhung der Ausfuhr um etwa 17 v. H. erforderte der Wirtschaftsaufschwung eine Einfuhrsteigerung um 19 v. H., Die Konjunkturbesserung mußte auch mit empfindlichen Preissteigerungen erkämpft werden, welche die durch Opfer mühsam erreichte Stabilität der Wirtschaft wieder gefährdet. Denn man glaubt noch immer, den Konsum steigern zu können. Er erhöhte sich zwar 1966/68 nur um durchschnittlich 5 v. H., für 1969/70 wird jetzt eine durchschnittliche Steigerung von 6 bis 7 v. H. bzw. des Lebensstandards um durchschnittlich 7 bis 8 v. H. erwartet, was die Leistung der Wirtschaft überfordern muß (Realeinkommen 1969 + 6 v. H.).

In der Binnenwirtschaft kämpfen gegenwärtig die Anhänger einer restriktiven Politik mit den Freunden der wirtschaftlichen Expansion, die sich weiteren Krediteinschränkungen widersetzen. Immer stärker wird aber die Erkenntnis, daß das Gelingen der Reform nicht zuletzt von politischen Faktoren abhängt, da sie nur die Vorstufe zu einer neuen

---

[98] *Bićanič*, Ekonomist, 1966, Nr. 1—4, S. 15.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung[99] und Gesinnung sein soll[100].

Allgemein zeigt sich eine kritische Beurteilung der bisherigen Ergebnisse der Wirtschaftsreform, deren Zielsetzung im allgemeinen jedoch von den Nationalökonomen und Politikern bejaht wird. Neuerdings wird die Forderung nach einer verstärkten und verbesserten Planung aufgeworfen — so insbesondere von B. Horvat —, auf der anderen Seite führt die Anpassung der Selbstverwaltung an den technischen Fortschritt, die durch das Amendement XV erleichtert werden sollte, zu einer offenen Krise, die die Grundlagen der jugoslawischen Wirtschaftsordnung zu erschüttern droht[101]. Trotzdem ist jeder Jugoslawe einer Meinung darüber, daß sie nicht nur den bisherigen unleugbaren Aufschwung bestimmte, sondern auch für die Zukunft bestimmend sein soll. Das weitere Wachstum der jugoslawischen Wirtschaft wird also davon abhängen, wie es sich mit den Eigenarten der jugoslawischen Selbstverwaltung und dem noch nicht zur Gänze beseitigten, ideologischen Ballast der Zentralplanungszeit vereinbaren läßt. Für diese Aufgabe bietet aber die Diskussion hervorragende Anhaltspunkte, die bei der Beurteilung des kommenden Fünfjahrplanes besonders rege ist.

Hauptzuwachsraten des Fünfjahrplanes 1971 bis 1975 (Projekt)[102]
Jahresdurchschnitt in v. H.

Gesamtwirtschaft	8,0
Industrie	9,3
Landwirtschaft	3,0
Forstwirtschaft	3,0
Bauwirtschaft	8,7
Verkehr	9,0
Handel und Gastgewerbe	9,7
Handwerk	10,0
Sonstige Wirtschaftszweige	10,0
Einfuhr	10—12
Ausfuhr mit Dienstleistungen	12—14
Produktivität	6,0

[99] *Gorupić,* Opatija I, S. 3.

[100] Die Mehrzahl der Ökonomen hat daher die Klagen B. Horvats zurückgewiesen, die Wirtschaftsreform habe bis 1967 einen Verlust von 7200 Mrd. Alte Dinar (5,7 Mrd. $) ergeben, weil Horvat, seiner Zyklenberechnung folgend, von der Vorstellung eines Wirtschaftswachstums von 12 v. H. ausging, das durch die Reform unterbrochen worden sei. Aber gerade der Verzicht auf ein hohes Wirtschaftswachstum und die Erzielung einer besseren Struktur der Wirtschaft sind das Ziel der Reform, um später ein weniger extensives, aber harmonisches Wachstum zu sichern. Borba, 1. 12. 1967, Nr. 329, S. 2. — *Bićanić,* Opatija II, S. 26.

[101] Vgl. zu Amendement XV E. *Schütz:* Die verfassungsrechtliche Entwicklung des jugoslawischen Föderalismus, und G. *Lemân:* Ungelöste Fragen im jugoslawischen System der Arbeiterselbstverwaltung. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1969, Nr. 22 und 37.

[102] Privredni pregled, 12. 3. 1970, S. 2.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wirtschaftswachstum in Rumänien

Von Prof. Dr. *Kurt Wessely*

1. Binnen- und außenwirtschaftliche Grundlagen des rumänischen Wirtschaftswachstums

Rumänien besitzt eine Bodenfläche von 237 500 km² mit 187 Städten und einer Bevölkerung von 19,721 Mill. Einwohnern (Stand 1. Juli 1968). Davon leben 38,7 v. H. in Städten und 61,3 v. H. auf dem Lande (unterschieden nach dem Siedlungstyp, jedoch nicht nach der Art ihrer Beschäftigung). Von den Arbeitskräften waren 1966 in der Industrie 20 v. H. und im Bauwesen 7 v. H., in der Landwirtschaft jedoch 55 v. H. — gegenüber 74 v. H. im Jahre 1950 —, im Gütertransport 2,5 v. H., im Handel 4 v. H. eingesetzt. Auf die öffentliche Verwaltung und sonstige „nicht materielle Bereiche" entfielen 11 v. H., darunter 0,7 v. H. auf die Personenbeförderung, die in der sozialistischen Methodik als nicht produktiv gilt[1].

Die administrative Einteilung des Landes wurde am 16. Februar 1968 unter Aufhebung der bisherigen 16 größeren Regionen in 39 Bezirke (Judeţe) und den selbständigen Distrikt der Hauptstadt Bukarest umgewandelt, so daß die bisherigen Angaben nicht mit der neuen Gliederung übereinstimmen. So wurde insbesondere die Autonome Ungarische Region in Siebenbürgen aufgehoben, wobei jedoch die neuen administrativen Gebiete eher der nationalen Gliederung der magyarischen Minderheit entsprechen.

14 v. H. der Bevölkerung Rumäniens entfallen nämlich auf nationale Minderheiten. An der Spitze stehen dabei rund 2 Mill. Ungarn und 400 000 Deutsche, dazu kommen Russen, Ukrainer, Serben und Kroaten, Tataren, Türken u. a. m. Die deutsche und die ungarische Bevölkerung ist im Westen des Landes (Siebenbürgen und Banat) konzentriert, doch lebt auch in Bukarest eine bedeutende ungarische Minderheit.

Die Dichte der Besiedlung stieg von 57 Einwohnern je km² vor dem Kriege auf 80,4 (Volkszählung vom 15. März 1966), was ungefähr der

[1] Diese und die meisten folgenden Angaben stützen sich auf das (große) Anuarul Statistic al RS România 1967, Bucureşti (1968) und das Statistische Taschenbuch der SR Rumänien, 1968, Bukarest (1969), beide herausgegeben von der Statistischen Zentraldirektion. Dieses Taschenbuch ist zum ersten Mal auch in deutscher Sprache erschienen. Einige Ergänzungen konnten auf Grund des Anuarul Statistic 1968 (Bucureşti 1969) vorgenommen werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bevölkerungsdichte anderer südosteuropäischer Staaten entspricht (Bulgarien 75 Einwohner je km²) und weit hinter jener in Westeuropa zurückbleibt. Besonders dicht besiedelt ist das Ölgebiet um Ploeşti mit 112 Einwohnern/km² und das Gebiet um die größeren Städte, insbesondere Bukarest und Jaşi, während die Dobrudscha nur eine Dichte von 33 aufweist. Nach der Volkszählung vom 15. März 1966 zählte Bukarest 1 365 885 Einwohner, mit den damals administrativ zu Bukarest gehörenden Orten 1,51 Mill. Einwohner, Kronstadt (Braşov) 263 000, Klausenburg (Cluj — ungarisch Kolozsvár) 220 000, Konstanza 200 000, Jaşi 195 000, Temesvar (Timişoara) 193 000, Ploeşti 191 000, Craiova 173 000, Galatz 151 000, Braila 144 000 (immer mit eingemeindeten Orten).

Das Volkseinkommen liegt unter jenem der Nachbarstaaten Jugoslawien und Ungarn, ist etwa gleich wie in Bulgarien und dürfte etwa 350 bis 400 $ je Kopf der Bevölkerung betragen[2]. Es wird geschaffen (1967) zu 51,3 v. H. durch die Industrie, zu 8,1 durch das Bauwesen sowie zu 29 v. H. durch Landwirtschaft und Forstwesen. Im Jahre 1938 hatte dagegen die Industrie nur einen Anteil von 31 v. H. am Volkseinkommen, jener der Landwirtschaft war zwar größer, betrug aber auch nur 39 v. H., was wohl damit zu erklären ist, daß in der Vorkriegsberechnung der Handel mit 15 v. H. eingesetzt ist. Das entspricht dem westlichen Schema, während für die Nachkriegszeit nur die „materielle Produktion" zur Berechnung des Volkseinkommens herangezogen wird, womit der Anteil des Handels auf 5 v. H. absinkt, doch fehlt es an Hinweisen auf eine solche abweichende Methodik der Berechnungen. Dagegen ist es durchaus plausibel, daß der Anteil der Bauwirtschaft an der Schöpfung des Volkseinkommens von 4,4 v. H. auf 8 v. H. gestiegen ist.

Da aber keine Berechnung des Volkseinkommens in absoluten Werten vorgelegt wird, ist es nicht nur schwer, seine Höhe richtig einzuschätzen, sondern auch weitergehende Aussagen über seine Gewichtung zu machen, die durch die staatliche Preispolitik bisher wohl zu Lasten des Anteiles der Landwirtschaft beeinflußt wurde. Damit mußte aber ihre Minderleistung und die geringe Produktivität der zu mehr als der Hälfte in der Landwirtschaft eingesetzten Beschäftigten um so stärker in Erscheinung treten.

Im Durchschnitt der Jahre 1961/65 hatte die Landwirtschaft die Vorkriegsproduktion erst um 30,7 v. H. überschritten, während die Industrie

[2] Wesentlich höhere Angaben über die Kopfquote des rumänischen Bruttosozialprodukts für 1964 ergibt die Berechnung von H.-H. *Höhmann:* Zur Wirtschaftsentwicklung in Ostmittel- und Südosteuropa seit dem 2. Weltkrieg (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 66/1967). Unsere Schätzung kann an den nun zu revidierten Preisen vorgenommenen Berechnungen des jugoslawischen Volkseinkommens verifiziert werden. Der von Höhmann aufgestellten Rangordnung, wonach Rumäniens Volkseinkommen knapp hinter Bulgarien und am Ende der Kopfquoten der übrigen Oststaaten liegt, kann jedoch beigepflichtet werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nach den offiziellen Zahlen bereits bei der 9,5fachen Vorkriegsproduktion hielt. In den ersten drei Jahren des laufenden Fünfjahresplanes (1966/68) hatte die Agrarproduktion aber auch bereits den Durchschnitt der Jahre 1961/65 um 24 v. H. überboten (1966 = 163 v. H. von 1938). Jedoch auch dieser geringe Zuwachs der Agrarproduktion wurde bis dahin unter den Oststaaten nur von Polen übertroffen, während die Zuwachsraten der Industrieproduktion Rumäniens zu den höchsten im Ostblock überhaupt gehören und selbst jene Japans (1961 bis 1965 im Durchschnitt 11,6 v. H.) übertreffen.

Dem wesentlich geringeren Wachstum der Landwirtschaft entsprechend stand im Jahre 1968 einer Steigerung der Industrieproduktion auf das zwölffache des Jahres 1938 nur eine Erhöhung des Volkseinkommens auf das 5,3fache gegenüber.

Die auch in Rumänien, wenn auch zögernd und vorsichtig, in Gang gekommenen Wirtschafts- und Planungsreformen, die im Schlußkapitel dieser Darstellung näher behandelt werden, haben nicht dazu geführt, daß Rumänien die Grundsätze der Zentralen Planwirtschaft aufgegeben hätte. Auch die Stellung der Kommunistischen Partei ist unerschüttert. Sie spielt die zentrale Rolle in der Politik, im Staat und in der Wirtschaft. Trotz der unverkennbaren Nachwirkungen eines Spät-Stalinismus und der Klassenkampftheorie hat aber Rumänien in seiner Außen- und Handelspolitik Wege eingeschlagen, die bisher von keinem anderen Mitgliedstaat des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe beschritten wurden. Auch zur Zeit der breitesten Entfaltung des Unabhängigkeitsstrebens in der Tschechoslowakei ist man dort nicht so weit gegangen wie in Rumänien, das, auf die bekannten Statuten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe pochend — nämlich Selbständigkeit und Souveränität aller Mitgliedsstaaten —, sich Mehrheitsbeschlüssen entzieht und damit in der Praxis die sowjetische Vorherrschaft im RGW, in der Politik, aber auch unter den kommunistischen Parteien ablehnt und bekämpft. Nichtsdestoweniger ist und bleibt Rumänien Mitglied des RGW, arbeitet dort, soweit es ihm zweckmäßig erscheint, mit, und die Sowjetunion ist mit 29 v. H. Anteil (1968) sein stärkster Handelspartner. 1965 hatte ihr Anteil aber noch 42 v. H. betragen.

Allerdings hat es Rumänien verstanden, seine Beziehungen zu den westlichen Staaten auszubauen, ohne aber das jugoslawische Beispiel in dieser Hinsicht nachahmen zu wollen; 1960/1966 war der Außenhandel Rumäniens mit den entwickelten westlichen Industriestaaten auf das 2,7fache gestiegen[3], womit Rumänien zwar die meisten sozialistischen Staaten weit hinter sich ließ, aber von der Vervierfachung des bulga-

[3] A. *Puiu* - O. *Ciulea:* Aspecte ale dezvoltării schimburilor comerciale dintre ţările socialiste şi cele capitaliste dezvoltate. In: Probleme economice, 1968, Nr. 5, S. 62.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rischen Außenhandels mit der gleichen Staatengruppe übertroffen wurde. Der Handel mit den sozialistischen Staaten nimmt etwa die Hälfte des Außenhandels ein (1968 49,2 v. H. der Einfuhr, 55,7 v. H. der Ausfuhr — ohne Jugoslawien, 1969 54 v.H. des Außenhandelsumsatzes).

Andererseits lehnt es Rumänien, das sich auch um die Festigung seiner Beziehungen zu den unterentwickelten Ländern bemüht (Anteil am Export rund 10 v. H.), konsequent ab, bei der von ihm angestrebten industriellen Kooperation mit westlichen Staaten einen direkten Kapitalimport und die Beteiligung an rumänischen Betrieben nach jugoslawischen Vorstellungen zu ermöglichen[4]. Dies hindert Rumänien aber nicht, seinerseits im Westen gemischte Firmen zu gründen und ein ganzes Programm zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit „kapitalistischen" Staaten zu entwickeln. Dieses basiert vor allem auf der Annahme von westlichen Krediten, die Rumänien trotz seines noch ziemlich starren Außenhandelssystems wohl nicht zuletzt mit Rücksicht auf seine Sonderstellung im COMECON reichlich gewährt werden.

In dieser Hinsicht kommt dem Außenhandel Rumäniens, obwohl seine Kopfquoten noch immer verhältnismäßig gering sind, eine nicht geringe wachstumspolitische Bedeutung zu. 1965 war die Außenhandelskopfquote mit 114,5 $ niedriger als jene Jugoslawiens (122 $) und betrug kaum die Hälfte der ungarischen (299 $); sie ist aber bis 1968 auf 157 $ gestiegen. Während in der Zeit von 1950 bis 1960 der rumänische Außenhandel langsamer wuchs als die Industrieproduktion — diese stieg auf das 3,4fache, der Außenhandelsumsatz jedoch nur um das 3fache —, erhöhte sich schon damals der Außenhandelsumsatz mit den „kapitalistischen Staaten" weit rascher als der gesamte Außenhandel und die Industrieproduktion, nämlich auf rund das Sechsfache. (Zu berücksichtigen ist allerdings die niedrige Ausgangslage sowohl beim Außenhandel als auch insbesondere beim Westhandel.) Dieser Vorsprung der Entwicklung des Westhandels blieb aber auch in der späteren Zeit erhalten. Verdoppelte sich die Industrieproduktion 1960 bis 1966 (+ 112 v. H.), so stieg der gesamte Außenhandel zwar nur um 76 v. H., der Westhandel Rumäniens jedoch um 168 v. H. Entwickelten sich also in dieser letzten Epoche der gesamte Außenhandel und das Volkseinkommen nahezu parallel, so war die Steigerung des Volkseinkommens um 1 v. H. von einer solchen des rumänischen Westhandels um 1,6 v. H. begleitet, worin ein kaum zu leugnender Wachstumseffekt des rumänischen Westhandels erblickt werden kann.

Signifikant hierfür ist die Entwicklung des Außenhandels mit der Bundesrepublik Deutschland, der von 1 Mrd. Devisenlei (nach der Parität

[4] Erklärungen Ceaușescu's auf der Beratung über Außenhandelsfragen, Februar 1967. In: Presseschau Ostwirtschaft, 1967, 2.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

166 Mill. $) im Jahre 1965 auf 1,3 Mrd. Lei im folgenden Jahre stieg und 1967 sogar 2,1 Mrd. Lei erreichte, womit er eine Steigerung um 58 v. H. erzielte und die Bundesrepublik einen Anteil von 12 v. H. des rumänischen Außenhandels erreichte. Im gleichen Jahr stieg aber auch der Handelsumsatz mit Belgien auf das 4,4fache, mit Frankreich aber nur um 35 v. H.; daraus ergab sich aber allein im Handel mit der EWG in diesem Jahr ein Handelsdefizit von fast 200 Mill. $, was trotz eingeräumter Kredite die Austauschmöglichkeiten Rumäniens übersteigt. 1969 ging sein Defizit im Handel mit der EWG auf etwa die Hälfte zurück (101 Mill. $).

Es kommt daher zu ständigen scharfen Verschiebungen im Außenhandel insgesamt und gegenüber einzelnen Ländern, was auch z. T. durch den Abschluß von Großlieferungen von Anlagen zu erklären ist. Da dies aber nicht im Einklang mit den Planungsgrundlagen steht, muß dies zu Störungen der Gesamtwirtschaft und zu Reformwünschen führen.

Denn während im gegenwärtigen Plan eine Zunahme des Außenhandelsumsatzes von 8,5 bis 9,7 v. H. jährlich vorgesehen ist, stieg dieser in den beiden ersten Planjahren zusammen um 35 v. H., davon 1967 allein um 22,6 v. H., stagnierte aber dann im Jahre 1968, das nur mit einem Zuwachs von 3,5 v. H. abschloß. Für 1969 war aber wieder ein Zuwachs von 9 v. H. geplant, um zu den Planproportionen zurückzukehren.

Tatsächlich lag der Außenhandelsumsatz 1969 aber nur um 8 bis 8,5 v. H. höher als im Jahre 1968. Dafür ist 1970 wieder eine Zuwachsrate von 11,5 v. H. vorgesehen. Der Export allein soll um 17,1 v. H., der Import aber nur um 6,2 v. H. erhöht werden. Eine solche Steigerung setzt aber eine völlige Reorganisation der Außenwirtschaft voraus, die grundsätzliche Veränderungen im System erfordert, die schwer zu erbringen sind. Tatsächlich ist auch im kommenden Fünfjahrplan (1971/75) bei einer Herabsetzung der übrigen Zuwachsraten auch jene für den Außenhandel nur mehr mit 7 bis 7,7 v. H. festgelegt.

Versuche, den Import zu drosseln, um so die Zahlungsbilanz zu verbessern und wohl auch die politisch unerwünschte Abhängigkeit von dem Handelspassivum abzubauen, wirkten sich bisher zu Lasten der Oststaaten aus[5]. So ging schon 1965 der Import aus der Sowjetunion um 18 v. H. zurück, und der Handelsumsatz mit ihr erhöhte sich 1960/1967 nur um 150 v. H., ebenso wie mit der DDR und der ČSSR, gegenüber einer

[5] Unter dem Druck des wachsenden Defizits im Handel mit dem konvertiblen Währungsbereich sah sich aber Rumänien genötigt, 1969 eine Kürzung seiner Importe von Anlagen und Ausrüstungen um 400 Mill. Valutalei (66,66 Mill. $) vorzunehmen, was wohl vorwiegend Bezüge aus dem Westen betrifft. Rede N. Ceaușescu's auf dem Plenum des ZK, 16.—17. 12. 1968. 1968 sank der Import aus der Bundesrepublik um ein Drittel und blieb 1969 stationär bei 187 Mill. $ (rumänisches Passivum 68 Mill. $).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Erhöhung des Handels mit Jugoslawien auf das 4,4fache und des Gesamthandels auf das 2,2fache.

Wie in anderen sozialistischen Staaten wird der Entwicklung der Industrie vorrangige Bedeutung geschenkt; ihre Probleme sollen daher auch den Schwerpunkt der nachstehenden Untersuchung bilden.

Über Ziele und Aufgaben der Industriepolitik Rumäniens erklärte zusammenfassend Nikolae *Ceauşescu*, Generalsekretär des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei (RKP), in einer für ausländische Parteifreunde bestimmten Darstellung Ende 1967, kommende Reorganisationsmaßnahmen ankündend:

„Kennzeichnend für die gegenwärtige Etappe der Industrialisierung Rumäniens ist, daß gemäß den Beschlüssen des IX. Parteitages der RKP (1965) neben den Bemühungen um die Beibehaltung eines hohen Tempos, gleichzeitig starker Nachdruck auf die Hebung des technischen Niveaus der Industrie und das Wachstum des ökonomischen Nutzeffekts, auf die wissenschaftliche Organisation der Produktion gelegt wird, und dabei alle Betriebe auf die Erzielung möglichst hoher Ergebnisse bei möglichst geringem Aufwand orientiert werden. In allen diesen Richtungen werden die Maßnahmen zur Vervollkommnung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft gemäß den Bedingungen der neuen Etappe der sozialistischen Entwicklung Rumäniens von größter Bedeutung sein. (Gemeint sind die Direktiven des ZK-Plenums vom 5. und 6. Oktober 1967.)

Uns beschäftigen gleichzeitig Fragen der Verbesserung der allgemeinen Zweigstruktur der Industrie und der Proportionen innerhalb eines jeden Zweiges, der Organisation und Stimulierung der führenden Zweige der modernen Technik: Elektronik, Automatik, Produktion synthetischer Stoffe u. a. Bei vorrangiger Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln wächst in der gegenwärtigen Periode die Produktion von Konsumgütern schneller als in den vorangegangenen Jahren, um ein gewisses Zurückbleiben auf diesem Gebiet zu überwinden und die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung besser zu befriedigen. Um das Verhältnis zwischen der Industrie und der Landwirtschaft — als wesentliches Erfordernis einer harmonischen Entwicklung der Volkswirtschaft — richtiger zu gestalten, haben Partei und Regierung eine ganze Reihe von Maßnahmen beschlossen, die darauf gerichtet sind, im gegenwärtigen Planjahrfünft die Aufgaben der Vollmechanisierung und der Chemisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung im großen und ganzen zu lösen; das wird dazu beitragen, daß die Entwicklung dieses Zweiges beschleunigt und sein Beitrag zum allgemeinen Fortschritt des Landes erhöht wird[6].“

Die durchschnittliche Zuwachsrate der rumänischen Industrieproduktion[7] wird für die 15 Jahre 1951/65 mit 13,3 v. H. angegeben gegenüber 13,8 v. H. in Bulgarien und 10,7 v. H. in der Sowjetunion. Obwohl es 1966 nur zu einem Zuwachs von 11,4 v. H. kam, konnte noch eine hohe Zu-

[6] N. *Ceauşescu:* Die Oktoberrevolution und die sozialistische Industrialisierung. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1967, Nr. 11, S. 860.

[7] Alle Angaben über Industrie- und Agrarproduktion und deren Zuwachsraten beziehen sich auf die Bruttoproduktion.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wachsrate gehalten werden, so daß sie für 1961 bis 1967 mit 13,4 v. H. errechnet wird. 1967 betrug sie 13,5 v. H., im Jahre 1968 allerdings nur 11,6 v. H.

Hatte die Zuwachsrate 1966/68 durchschnittlich noch 12,3 v. H. betragen, sank sie 1969 auf 10,7 v. H., so daß sie sich im ganzen Fünfjahrplan auf durchschnittlich 11,7 v. H. belaufen wird, wenn das Planziel 1970, nämlich 11,3 v. H., erreicht werden sollte. Dies liegt zwar an der oberen Grenze der erhöhten Ziele des laufenden Fünfjahrplanes, die aber doch um 2 bis 3 Punkte niedriger sind als die durchschnittliche Zuwachsrate 1961 bis 1965 bzw. während des vorausgehenden Sechsjahrplanes 1960/1965 (⌀ 14,5 v. H.). Dieser Rückgang wäre ohne die besonders günstigen Ergebnisse 1967 bei der Durchführung des laufenden Planes noch stärker ausgeprägt, da in den anderen Jahren dieser Durchschnitt unterschritten oder nur knapp erreicht wurde. Die sinkende Tendenz der Zuwachsraten wird sich auch im nächsten Fünfjahrplan (1971/75) fortsetzen, der mit einer Jahreszuwachsrate von 8,5 bis 9,5 v. H. rechnet, also eine neuerliche Senkung der industriellen Zuwachsrate um 2 v. H. bringt.

Obwohl die industriellen Zuwachsraten in Rumänien noch immer überdurchschnittlich hoch sind, ist demnach auch hier eine deutliche Verlangsamung des bisherigen Zuwachstempos zu verzeichnen. Dabei hat jedoch die rumänische Industrie noch keineswegs ein solches Niveau erreicht, daß schon jetzt aus produktionstechnischen Gründen nach den allgemeinen Wachstumserfahrungen eine solche Verlangsamung zu erwarten gewesen wäre. Man kann vielmehr annehmen, daß einerseits die Wirtschaftsführung selbst auf eine solche Verlangsamung bedacht war und daß auf der anderen Seite auch gewisse objektive Gründe aufgetreten sind, welche ein Wachstum im bisherigen Tempo verhinderten. Sie dürften nicht zuletzt durch Schwierigkeiten auf der Rohstoffseite zu finden sein, die auch nicht durch Importe überwunden werden können; andererseits setzte sich offenbar bei den maßgebenden Partei- und Regierungsstellen die Erkenntnis durch, daß die rumänische Wirtschaft zu wenig effektiv und rationell arbeitet. Es wird zwar noch nicht davon gesprochen, daß man eine extensive Phase überwinden müsse. Die wenigen bisher eingeschlagenen Reformmaßnahmen zielen jedoch in diese Richtung, wodurch das bisherige, die Indexberechnung aufblähende Wachstum der Bruttoproduktion gebremst werden muß.

Wie in allen anderen sozialistischen Staaten, entwickelte sich auch in Rumänien die Produktion der Gruppe A wesentlich rascher als jene der Gruppe B, so daß 1961 bis 1967 ein Unterschied von rund fünf Punkten in der durchschnittlichen Jahreszuwachsrate beider bestand. Daher stieg, bezogen auf das Jahr 1938, die Erzeugung der Produktionsmittelindustrie auf das 18fache, jene der Konsumgüterindustrie nur auf das 7,4fache. In

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den letzten Jahren hat sich jedoch der Unterschied in dem Entwicklungstempo der beiden Industriegruppen erheblich verflacht.

Der laufende Fünfjahrplan[8] (1966 bis 1970) sieht zwar einen Produktionszuwachs der Gruppe A um 70 bis 77 v. H. und der Gruppe B nur von 60 bis 65 v. H. vor und rechnet mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate der Gesamtindustrie von 10,6 bis 11,7 v. H. Tatsächlich wurde aber seither eine weitere Steigerung der Konsumgüterindustrie proklamiert, so insbesondere auf der sogenannten Landeskonferenz der Partei Ende 1967, nachdem schon 1966 bis 1967 die Zuwachsraten der beiden Industriegruppen sich bis auf einen Punkt genähert hatten (Jahreszuwachs im Durchschnitt 12,9 v. H., Gruppe B 11,7 v. H.). Für das Jahr 1969 wurde sogar für beide Industriegruppen mit einer gleichen Zuwachsrate gerechnet, die aber mit 10,8 v. H. etwas niedriger als im Jahre 1968 und damit unter den bisherigen Zuwachsraten liegen sollte[9].

Aber im Jahre 1968 — im Planerfüllungsbericht vermißt man diesen Hinweis — kam es nicht zur geforderten Entwicklung der Gruppe B, deren Zuwachsrate nur 8 v. H. erreichte, während die Gruppe A 14 v. H. erzielte. Auch 1969 blieb die Konsumgüterindustrie mit 10,4 v. H. Zuwachs hinter den 12,8 v. H. der Produktionsmittelindustrie fühlbar zurück. Im kommenden Fünfjahrplan soll es mindestens bei einem Abstand von 2 Punkten im Jahreszuwachs beider Gruppen bleiben. Die raschere Entwicklung der Konsumgüterindustrie hat sich daher als unrealisierbar erwiesen, ohne daß irgendwelche Gründe dafür angegeben werden.

2. Weg und Voraussetzung der Industrialisierung Rumäniens

Die rumänischen statistischen Berechnungen werden auf 1938 als Vergleichsjahr zurückgeführt. In diesem Jahr besaß Rumänien noch das ganze Staatsgebiet, das ihm in den Friedensverträgen 1919 zugesprochen worden war. Es wird aber nicht klargestellt, ob die Zahlen für 1938 entsprechend dem heute verkleinerten Staatsgebiete richtiggestellt wurden, oder ob nicht, wie es wahrscheinlich ist, die Zahlen des letzten Vorkriegsjahres unverändert übernommen wurden. Da sich aber in den abgetretenen Gebieten (Bessarabien, Nordbukowina und Süddobrudscha) nur unbedeutende industrielle Produktionsstätten befanden, die Industrieproduktion seither jedoch nach amtlicher Berechnung auf das 12fache des Jahres 1938 gestiegen ist, kommt der Frage nach der Ausgangsgröße nur

---

[8] Weitere Einzelheiten über den am 30. 6. 1966 beschlossenen Fünfjahrplan im Abschnitt 4, S. 234 ff.

[9] Vorschau auf den Plan 1969 mit Ergebnissen 1968. V. *Rausser:* O noua trepta în dezvoltarea economiei şi creşterea nivelului de trăi. In: Probleme economice, 1968, Nr. 12, S. 21 ff.; vgl. auch Presseschau Ostwirtschaft 1969/1 mit Auszug aus dem Plangesetz für 1969 und Buletinul Official RSR, 19. 12. 1968, Nr. 162.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eine mehr oder minder akademische Bedeutung zu. Bedeutender ist dagegen die Verschiebung des Anteiles der Gruppe A an der Industrieproduktion von 45,5 v. H. im Jahre 1938 auf 64 v. H. im Jahre 1967[10]. Das ist aber nicht mit einer „Fetischierung" der vorrangigen Entwicklung der Schwerindustrie gleichzusetzen; man ist bereit anzuerkennen, daß, entsprechende Umstände vorausgesetzt, auch das Nachziehen der Konsumgüterproduktion zulässig und erforderlich sein mag. In dieser Hinsicht hat man also die orthodoxen Auffassungen der vorausgehenden Jahre verlassen. Der Grund hierfür liegt in der Erkenntnis des Zurückbleibens einiger Zweige dieses Industriesektors und der Notwendigkeit, ein entsprechendes Verhältnis zwischen den beiden großen Industriesektoren zu gewährleisten, das in der nächsten Zeit sich aber noch immer weiter zugunsten der Gruppe A verschieben wird.

Der Leiter des Statistischen Amtes erklärte[11], daß Maßnahmen zur Beseitigung mangelnder Korrelation in der Struktur der Maschinenbauindustrie sowie zur stärkeren Entwicklung einiger moderner Zweige der elektrotechnischen Industrie und der elektronischen Industrie des Sektors für Maschinenbau und technologische Ausrüstungen, die vor allem die entscheidenden Zweige in der Volkswirtschaft beliefern, notwendig wurden und eingeleitet sind. Es gehen daher quantitative und qualitative Veränderungen in der Struktur der Industrie vor sich, und Rumänien ist bemüht, alle Kennzeichen einer modernen Industrie zu erreichen.

Diese angestrebte Modernisierung der Industriestruktur soll die Produktion innerhalb einzelner Zweige erfassen, denn in der Gesamtindustrie wurden schon bisher gewisse Zweige, zu denen auch die nun besonders zu fördernden Gruppen gehören, rascher als die übrigen entwickelt. Es handelt sich dabei vor allem um die folgenden vier Zweige: 1. Elektro- und Wärmeenergie, die in der rumänischen Terminologie zusammengefaßt sind, obwohl nur die Elektroindustrie (Stromerzeugung) dabei bedeutend ist; 2. die Eisen schaffende Industrie; 3. Maschinenbau und Metallbearbeitung; 4. die chemische Industrie. Der Anteil dieser vier Industriezweige an der Brutto-Industrieproduktion (einschließlich Bergbau) stieg von 18 v. H. im Jahre 1938 auf 47 v. H. im Jahre 1965. Darin

---

[10] Der Vergleich mit 1938 ist deswegen nicht exakt, weil für 1938 die unveränderte Preisbasis 1955 verwendet wird, für 1967 aber ist die Preisbasis 1963, wodurch sich beim Übergang auf die neue Berechnungsart (1965) eine Verminderung des Anteils der Gruppe A um rund 4 Punkte ergab. Zu heutigen Preisen ist sie daher für 1938 überbewertet. — Im übrigen basiert diese Berechnung auf der Bestimmung der Bruttoproduktion je nach der Einreihung der Betriebe. Erfolgt aber die Aufteilung der gesamten Produktion mittels der „Methode der vorwiegenden Bestimmung der Erzeugnisse —", so stieg im Jahre 1966 der Anteil der Gruppe A an der Bruttoproduktion um 4 Punkte, dürfte also 1967 rund 68 v. H. erreicht haben. Vgl. auch Stat. Taschenbuch, S. 90/91.

[11] C. *Ionescu:* Strukturelle Erneuerungen in der rumänischen Wirtschaft. In: Agerpres — Dokumente, Artikel und Informationen über Rumänien, 1. 2. 1968, Nr. 2, S. 5.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sind aber auch noch 4 v. H. enthalten, welche als Reparaturen der metallbearbeitenden Industrie ausgewiesen werden, so daß dieser Anteil der „fortschrittlichen" und besonders geförderten Industriezweige etwas überhöht ist; er ist sogar durch die neue Preisbasis 1963 auf nur etwa 41 v. H. gesunken. Außerdem ist zu beachten, daß es sich um die Brutto-Produktionswerte handelt, so daß ihr Anteil beim Vergleiche mit anderen, die Netto-Produktionswerte ausweisenden Staaten, wahrscheinlich niedriger sein würde.

Es fällt auch auf, daß der Produktionsanteil der chemischen Industrie nur auf 7,9 v. H. gestiegen ist[12], was beträchtlich hinter jenem fortschrittlicher Industriestaaten zurückbleibt; dabei ist gerade die chemische Industrie ein Zweig, bei dem die Netto-Produktionswerte noch am wenigsten von dem Brutto-Produktionswert abweichen. Man kann daher annehmen, daß auch in bezug auf die Struktur der anderen Zweige die rumänische Industrie noch nicht jene fortschrittliche Gestalt angenommen hat, die angestrebt wird, obwohl durch den frühzeitigen Ausbau der Öl- und petrochemischen Industrie dafür günstige Voraussetzungen bestanden.

Tabelle 1

Produktion, Ausfuhr und Exportanteil rumänischer Industrieerzeugnisse[13]

	Zunahme 1960/65 in v. H.		Exportanteil an der Produktion. in v. H.	
	Produktion	Export	1960	1965
Drehbänke	14,7	176,8	13,1	31,7
Wälzlager	198,0	1381,3	6,0	30,2
Schmieröl	55,3	38,9	67,9	66,2
Dieselöl	51,5	53,8	54,1	54,9
Tafelglas	53,0	54,1	30,8	31,1
Laubschnittholz	75,4	56,1	33,6	29,9
Ätznatron	214,8	255,2	41,0	46,3
Kalzinierte Soda	94,4	75,6	52,9	47,8
Schuhwaren	40,5	378,4	3,2	10,6
Baumwollwebwaren	28,6	38,6	9,9	10,6
Gemüsekonserven	192,1	311,1	18,6	26,1

Nichtsdestoweniger ist die rumänische Industrie heute in der Lage, eine Reihe von Erzeugnissen herzustellen, die vor dem Kriege entweder

[12] Ähnlich wie bei den Anteilen der Hauptgruppen an der Industrieproduktion ergaben sich aber auch durch die Einführung der Preisbasis 1963 Verschiebungen, denn zu Preisen 1955 hatte der Anteil der chemischen Industrie an der Bruttoproduktion 1965 10 v. H. betragen und sank im gleichen Jahr zu Preisen 1963 auf nur mehr 6,7 v. H. Stat. Taschenbuch, S. 93. Auch 1968 hatte sich der Anteil der chemischen Industrie an der gesamten Industrieproduktion nur auf 8,3 v. H. verbessert.

[13] Rumänischer Außenhandel, 1966, Nr. 3, S. 3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

überhaupt nicht oder nur ungenügend erzeugt wurden. Zum Teil stützt man sich dabei auf ausländische Lizenzen, etwa beim Bau von Lastkraftwagen oder Elektroloks, doch ist die Übernahme ausländischer Erfahrungen, insbesondere aus dem Westen, verspätet angelaufen, was heute durch verstärkte Bemühungen um die Kooperation mit westlichen Staaten wettgemacht werden soll. Aber die Verwertung ausländischer Lizenzen verzögert sich noch immer ungebührlich lang.

Durch diese Industrialisierungspolitik ist es gelungen, den Anteil der Industrie an der Schöpfung des Volkseinkommens (Grundlage: Sowjetische Berechnungsart) auf etwas über die Hälfte zu steigern. Der ganze Absatz der Industrieproduktion ist aber im Inland nicht mehr möglich, so daß es bei einzelnen Erzeugnissen bereits zu erheblichen Exportquoten kommt (Beitrag der Industrie zum Volkseinkommen 1968: 53,6 v. H.).

Die Landwirtschaft behält aber mit 26 v. H. Anteil an der Schöpfung des Volkseinkommens noch immer einen sehr wesentlichen Rang, der mehr als doppelt so hoch ist wie in westlichen Industriestaaten. Damit hat zwar die Industrie die Landwirtschaft überflügelt, doch ist dieser Sprung nicht so groß wie in anderen südosteuropäischen Staaten, etwa in Bulgarien, weil die rumänische Industrie bereits vor dem Krieg über eine solide Grundlage verfügte, so daß damals auf die Land- und Forstwirtschaft 38,5 v. H. des Volkseinkommens entfielen gegen 64 v. H. in Jugoslawien.

In Rumänien zeigen sich aber auch deutlich jene demographischen und arbeitspolitischen Probleme, welche sich aus der früher überwiegenden Agrarstruktur des Landes ergeben. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigtenzahl ist zwar von 1950 bis 1965 von 74,1 v. H. auf 56,5 v. H. gesunken; da aber die Leistungen der Landwirtschaft, gemessen an der Flächenproduktivität (durchschnittlicher Hektarertrag 1961/1965 14,6 dz Weizen, 1967 allerdings 17,2 dz), weitaus geringer sind als in westlichen Industriestaaten und die Mehrzahl der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt ist, kommt es zu einer ungenügenden Ausnützung der Menschenreserven, zu einer geringen Produktivität nicht nur in der Landwirtschaft, sondern in der gesamten Wirtschaft, zu einem niedrigen Volkseinkommen und zu einer verschleierten Arbeitslosigkeit, obwohl die Gesamtzahl der beschäftigten Industriearbeiter von 1950 bis 1968 von 0,6 auf 1,6 Mill. gestiegen ist.

Dies ist aber auch der Grund dafür, daß das Volkseinkommen seit der Vorkriegszeit weit langsamer gewachsen ist als die Industrieproduktion. Hat sich diese etwa verzwölffacht, so stieg das Volkseinkommen nur auf das Fünffache. Da die Bauleistung noch schneller als die Industrieproduktion stieg, nämlich auf das Siebzehnfache, war für die Entwicklung des Volkseinkommens die Steigerungsrate der übrigen Produktionszweige von geringerer Bedeutung; so kam das Verkehrs- und Fernmeldewesen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nur auf das Sechsfache der Vorkriegsleistung, und der Handel überschritt diese nur um 10 v. H. Dabei muß auch in beiden Fällen die abweichende methodische Einschätzung berücksichtigt werden.

Da aber Land- und Forstwirtschaft, die mehr als ein Drittel des Volkseinkommens stellen, seit 1938 nur einen Produktionszuwachs von 37 v. H. ausweisen können, ist das Volkseinkommen weit hinter der industriellen Zuwachsrate zurückgeblieben. Die Bevölkerung stieg gleichzeitig um mehr als 5 Mill., also rund um ein Drittel von 1930 14,3 Mill. auf 19,3 Mill. am 1. Juli 1967; dabei ist die Zunahme des Volkseinkommens berechnet auf den Kopf der Bevölkerung noch ungenügender und hat nur das Vierfache erreicht. Sie wurde vor dem Kriege mit etwa 60 bis 70 $ damaliger Kaufkraft berechnet[14], was etwas über der entsprechenden Rate Bulgariens und Jugoslawiens lag. Dem entspricht auch unsere eingangs gebrachte Schätzung.

Diese Unausgeglichenheit der Bevölkerungs- und Beschäftigtenstruktur ist daher ebenso wie in den meisten anderen Oststaaten eines der ernstesten wirtschaftspolitischen Probleme, das die Produktivität entscheidend hemmt, selbst trotz großer Investitionen nicht in angemessener Frist beseitigt werden kann und zu einer verkappten Arbeitslosigkeit führen muß.

Die Zunahme der Bevölkerung ist trotz der bisher gesetzlich zugelassenen Schwangerschaftsunterbrechung noch immer verhältnismäßig hoch. Sie ist von 10,4 v. T. im Jahre 1938 zwar zurückgegangen, beträgt aber noch immer (1966) 6,1 v. T. im Jahr[15]. Trotzdem im Zuge der Industrialisierung ein weiterer Rückgang der Bevölkerungszunahme zu erwarten ist — eine Verbesserung der sanitären Verhältnisse ist jedoch noch möglich und wird den Geburtenrückgang z. T. ausgleichen —, wird es schwer fallen, entsprechende Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Auch

---

[14] W. *Piper:* Grundprobleme des wirtschaftlichen Wachstums in einigen südosteuropäischen Ländern in der Zwischenkriegszeit. Schriften des Instituts zum Studium der Sowjetwirtschaft an der Hochschule für Sozialwissenschaften, Wilhelmshaven-Rüstersiel, Heft 3, Berlin 1961, S. 17.

[15] Eine überraschende Steigerung der Geburtenrate im Jahre 1967 führte zu einem Sprung des natürlichen Bevölkerungszuwachses auf das dreifache, nämlich 18,1 v. T., womit sogar der Bevölkerungszuwachs des Jahres 1930, 14,8 v. T., überboten wurde. Dieser „Babyboom" geht auf eine Einschränkung der gesetzlichen Schwangerschaftsunterbrechung und auf familienpolitische Maßnahmen zurück und müßte, wenn er auch nur vermindert anhalten sollte, zu erhöhten Ansprüchen an die Volkswirtschaft und zu einem Umsturz der bisherigen Größenproportionen für Erziehung, Unterricht, Beschäftigungspolitik führen, Folgen, die noch nicht abzusehen sind. Vgl. H. *Vogel* in: W. *Gumpel* u. H. *Vogel:* Die Wirtschaft Ungarns, Bulgariens und Rumäniens. Lage und Aussichten. Gegenwartsfragen der Ost-Wirtschaft, Bd. 5, München - Wien 1968, S. 117. Dort auch ein Überblick über die bisherige wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens. Auch 1968 war der Bevölkerungszuwachs mit 17,1 v. T. weiter außergewöhnlich hoch.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fehlt es an genügenden Facharbeitern und anderen höher qualifizierten Kräften, woraus sich ein ernstes Hindernis für das Wirtschaftswachstum ergeben muß.

3. Produktionsgrundlagen der rumänischen Industrie

Die südosteuropäischen Staaten verfügen über verhältnismäßig wenig natürliche Rohstoffe; soweit sie vorhanden waren, wurden die leicht gewinnbaren Vorkommen bereits abgebaut und halten nicht mit den Ansprüchen von Industrie und Technik Schritt. Davon macht auch Rumänien keine Ausnahme, doch besitzt es viel günstigere Voraussetzungen als die meisten anderen Staaten in Südosteuropa.

Der Mangel an Steinkohle, insbesondere an verkokbarer Kohle, wird teilweise ausgeglichen durch die Verwertung früher unbeachteter Lignitvorkommen im Jiutal in Oltenien, wo mit dem Wärmekraftwerk Craiova (1000 MW) ein Hauptschwerpunkt der Energetik entsteht. Während des gegenwärtigen Fünfjahrplanes soll die Kohlenförderung mengenmäßig noch auf das 1,7- bis 1,8fache gebracht werden, um 20 bis 22 Mill. t zu erreichen und um auch nach 1970 eine weitere Steigerung der Kohlenförderung zu ermöglichen, da aus den spezifischen Bedingungen Rumäniens heraus der Kohlenanteil an der Energiebilanz steigen soll.

Rumänien konnte nämlich bisher eine autarke Ölpolitik betreiben, was seine Energiebilanz verbesserte und auch seine nationalen Aspirationen förderte. Es ist aber Rumänien nicht gelungen, seine Ölförderung in den letzten Jahren wesentlich zu erhöhen, so daß sie seit dem Jahre 1938 kaum verdoppelt werden konnte (1938: 6,6 Mill. t, 1969: 13,25 Mill. t). Auch die bekanntgegebenen Planungen rechnen nur mit einer Erhaltung dieses Förderzieles, nämlich 13,5 bis 14 Mill. t, und es besteht kein Grund zur Annahme, daß dieses bei einer rationellen Ölförderung wesentlich überschritten werden könnte. Da die Ölindustrie in Rumänien auf mehr als 100 Jahre zurückblicken kann, ist es unwahrscheinlich, daß noch größere Ölreviere erschlossen werden können, die eine wesentliche Erhöhung der Förderung erlauben; diese stammt ohnedies zu einem Drittel aus Feldern, die erst nach dem Krieg erschlossen wurden. Deswegen hat sich Rumänien auch entschlossen, Überseeöl zu beziehen, und hat in dieser Hinsicht bereits eine Zusammenarbeit mit dem Iran aufgenommen, wobei es selbst Traktoren und landwirtschaftliche Berater entsendet und damit auch seine Exporte unterstützt.

Die Entwicklung der rumänischen Ölindustrie, die auch zu einer reichen Ausbeute von Erdgas und zu dessen industrieller Verwendung führte, hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Energiestruktur wesentlich günstiger als in allen anderen südosteuropäischen Staaten, ja über-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

haupt in Europa ist[16]. Der Einsatz von Heizöl und Methan (1968: 19 Mrd. m^3) hat in Rumänien bereits frühzeitig den Übergang auf moderne und billige Rohstoffe ermöglicht. 1966 wurden 76 v. H. der kalorischen Stromerzeugung durch Erdgas und 3,6 v. H. durch Ölprodukte gewonnen, nur 17 v. H. durch Braunkohle und Lignit, und lediglich für den Rest war eine kalorienreichere Kohle erforderlich. Deswegen ist anzunehmen, daß die Energiekosten in Rumänien verhältnismäßig niedrig sind — auch wenn die Tarife willkürlich erstellt sein mögen —, was auf jeden Fall einen Produktionsvorteil bietet und eine rationelle Ausnützung des Brennstoffes erlaubt.

Außerdem verstand es Rumänien, auch schon vor anderen Oststaaten, Methan und Erdöl für petrochemische Zwecke einzusetzen, so daß dort die Wiege der Petrochemie im Ostblock stand, Rumänien einen Vorsprung vor den anderen Oststaaten gewann und wertvolle Erfahrungen sammeln konnte. Dies kam seiner Industrie zugute, die in dieser Hinsicht daher modernen Anforderungen genügte, soweit nicht gewisse Verfahren, die bisher nur dem Westen zur Verfügung standen, ihr verschlossen blieben. Dies erklärt auch das besondere Interesse Rumäniens an der Zusammenarbeit mit dem Westen, weil die Sowjetunion gerade bei den hierbei in Frage kommenden Verfahren eine technologische Lücke aufweist.

Diesen Voraussetzungen mag es vor allem zuzuschreiben sein, daß der Anteil der Brennstoffe an den Produktionskosten der Industrie verhältnismäßig niedrig ist. Er schwankt um 3 v. H. (1966 3,2 v. H.), wozu noch ein etwas niedrigerer Anteil, nämlich 2,5 v. H., für Energie und Wasser kommt. Es wird aber darauf hingewiesen, daß als Folge der natürlichen Gegebenheiten mit steigenden Kosten in der Erdölindustrie gerechnet werden muß, so daß ein Ansteigen des Anteils der Materialkosten an den Gesamtkosten der Industrie von 82 v. H. (1965) auf 83 v. H. (1970) erwartet

[16] Struktur der Primärenergieerzeugung in Rumänien:

Energiequelle	1938	v. H.	in 1000 t SKE 1963	v. H.	1965 v. H.	1970 (Plan) v. H.
Hochwertige Kohlen	1517	9,3	5539	12,7	12,5	17,4
Minderwertige Kohlen .	227	1,4	·	·	·	·
Erdöl	9429	57,7	17 493	41,6	39,0	32,5
Erdgas	2675	16,4	17 225	41,0	44,9	46,5
Brennholz	2310	14,1	1300	3,1	2,8	2,3
Wasserkraft	180	1,1	660	1,6	0,8	1,3
Insgesamt	16 338	100,0	42 221	100,0	100,0	100,0

Nach: Industria României 1944—1964, Bucureşti 1964, S. 250; Probleme economice, 1968, Nr. 7, S. 5. Agerpres-Dokumente usw., 20. 10. 1968, Nr. 19. Im Verlauf des 2. Weltkrieges war die rumänische Ölförderung 1945 auf 3,5 Mill. t gesunken, die wichtigsten Raffinerien waren zerstört.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wird[17]. Die Kosten der Förderung in den älteren rumänischen Ölfeldern müssen bei sinkender Ausbeute steigen. Auch ist die Arbeitsproduktivität bei der Ölförderung 1960/1966 um 2 v. H. zurückgegangen. Auch unter Einrechnung der Ölverarbeitung bleibt der Produktivitätsfortschritt der Ölindustrie mit 5,3 v. H. im Jahresdurchschnitt 1961/67 weit hinter den 8 v. H. der Gesamtindustrie zurück.

Wegen der beschränkten Steigerungsmöglichkeiten der Ölförderung wurde die vor dem Krieg übliche Ausfuhr von Rohöl oder von einfach raffinierten Destillaten völlig eingestellt, so daß jetzt nur mehr höherwertige Raffinerieprodukte zum Export gelangen. Dieser Weg zur Verbesserung der Exportstruktur dürfte mit ein Grund zu Meinungsverschiedenheiten mit der Sowjetunion sein. Nach der sowjetischen Statistik — die rumänische selbst ist sehr dürftig und bietet keine Ländergliederung — importierte die Sowjetunion an Erdölprodukten aus Rumänien

1964	1 796 200 t
1966	1 018 300 t
1967	776 700 t
1968	685 400 t

Gleichzeitig ging der Wert der von Rumänien nach der Sowjetunion exportierten Ölprodukte von 63 auf 27 Mill. Rubel zurück. Im übrigen wird angenommen, daß wenigstens ein Teil dieser rumänischen Ölprodukte von den Sowjets selbst wieder an dritte Staaten exportiert wird, ein Grund mehr für Rumänien, ihren Export auf eigene Rechnung anzustreben.

Der Wert der je Tonne Rohöl erzielten Produkte stieg während des Sechsjahrplanes (1960 bis 1965) um 47 v. H., bzw. 1951 bis 1967 um das Fünffache, der Raffineriedurchsatz nur um das Dreifache[18]. Das Bemühen um eine größere Wirtschaftlichkeit in der Ölindustrie kommt in den Direktiven des IX. Parteitages (1965) zur Durchführung des Fünfjahrplanes immer wieder zum Ausdruck. „Die Erdölverarbeitung wird darauf ausgerichtet, die Chemieindustrie mit Rohstoff zu versorgen und mit Hilfe fortgeschrittener Verfahren die Qualität der Erdölerzeugnisse zu verbessern. Die Produktion von Dieselöl, Gas für chemische Zwecke und von aromatischen Kohlenwasserstoffen wird erhöht und die Qualität des Benzins verbessert. Die Aktion zur Konzentrierung der Erdölverarbeitung in Großraffinerien wird fortgesetzt und gleichzeitig wird eine komplexere Verarbeitung angestrebt[19]."

[17] Viaţa economica, 22. 11. 1968, Nr. 47, S. 3 und 4.

[18] Im Jahre 1968 stieg der Wert der aus 1 t durchgesetzten Rohöls erzielten Erzeugnisse gegenüber 1965 um 8,4 v. H., was einer aus 1 Mill. t erzielten Produktion gleichkommt. Das sozialistische Rumänien — Ziffern und Daten, 1969, S. 14.

[19] Direktiven des IX. Parteitages der RKP für die Entwicklung der Volkswirtschaft in der Zeitspanne 1966—1970. Bukarest 1965, S. 17. Die Zahl der Raffinerien sank zwar in der Nachkriegszeit um die Hälfte, ihre Kapazität ist aber mit ∅ 1,7 Mill. Jato noch gering.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rumänien war neben der Sowjetunion das einzige Land Europas, in dem schon vor dem Zweiten Weltkrieg ein Netz von Öl- und Gastransportleitungen bestand. Der Begriff „Pipeline" ist daher in Rumänien altbekannt, wurden doch bereits 1938 802 000 t Öl durch Hauptleitungen befördert; dieser Transport stieg bis 1967 fast auf das Elffache, nämlich auf 8,6 Mill. t. Ebenso hat sich die tkm-Leistung von 162 Mill. t auf 1156 Mill. tkm erhöht. So ist eine Rationalisierung im Öltransportwesen schon frühzeitig angestrebt worden, was durch ein weitausgebautes Netz von Erdgasleitungen noch ergänzt wird. Rumänien hat wohl auch die erste internationale europäische Erdgasleitung in der Nachkriegszeit angelegt, durch die jährlich 200 Mill. m^3 von Siebenbürgen in das nordungarische Industriegebiet ausgeführt werden.

Eine Sonderstellung nimmt in Rumänien, wie bereits bemerkt, die Erdgaswirtschaft ein. In ihr ist ein bezeichnender Wechsel vor sich gegangen. Während vor dem Krieg die Masse des Erdgases ein Naßgas war, also ein Gas, das bei der Gewinnung von Rohöl anfiel, und Trockengas, also reines Erdgas, nur vereinzelt geringfügig gefördert wurde (311 Mill. m^3 gegenüber 1,7 Mrd. m^3 unverarbeitetes Naßgas), ist heute das Verhältnis umgekehrt. Das anfallende unverarbeitete Naßgas wird nun (1967) mit 4,7 Mrd. m^3 ausgewiesen, Trockengas mit 16 Mrd. m^3, die Förderung beider Gasarten zusammen ist aber auf 24,1 Mrd. m^3 gestiegen (1969)[20]. Man ist eben zur Erschließung reiner Erdgasfelder vorgestoßen und will diese Förderung bis 1970 auf rund 18,8 Mrd. m^3 steigern. Dazu sollen 1100 km neue Erdgasleitungen gelegt und die Transportkapazität der bereits bestehenden Systeme, hauptsächlich durch Aufstellung neuer Kompressionsstationen, erhöht werden.

Der Ausbau der Erdgaswirtschaft gibt Rumänien auch die Möglichkeit zu einer hohen Steigerungsrate für die chemische Industrie, welche nach den endgültigen Angaben des laufenden Fünfjahrplanes von den zunächst geplanten 18,5 v. H. auf nahezu 20 v. H. im Jahresdurchschnitt erhöht wurde[21], in der Periode des vorangehenden Sechsjahrplanes aber effektiv 23,9 v. H. betragen hatte. Die Zuwachsrate des neuen Planes wurde zwar in den Jahren 1966/67 überschritten (Jahreszuwachsrate der chemischen Industrie 22,4 v. H.), aber im Jahre 1968 wegen der gerade in der chemischen Industrie schleppenden Investitionstätigkeit nicht erreicht (Zuwachsrate 17 v. H., Plan 1970: 21,4 v. H.).

---

[20] Industria României, S. 296. Die „Methangaswirtschaft" wird nun als 66mal so stark entwickelt wie vor dem Kriege ausgewiesen. Diese bezieht sich jedoch nur auf das Trockengas; dieses wird nun, wie es scheint, vollständig verwertet, während vor dem Kriege die Masse des Erdgases abgefackelt werden mußte. Besonders wichtig ist der Einsatz von Erdgas für die Petrochemische Industrie, einschließlich Gasrußerzeugung, geworden.

[21] V. *Rausser:* Noile dimensiuni ale economiei româneşti în anul 1968. In: Probleme economice, 1968, Nr. 1, S. 10.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Es ist aber auch notwendig, in Zukunft dafür zu sorgen, daß Erdgas in erster Linie als Rohstoff für die chemische Industrie und nicht bloß als Brennstoff angesehen wird. Daher wird damit gerechnet, daß der Anteil des Erdgases an der Stromerzeugung wieder sinken wird. Unter dem Einfluß der Erdgasverwendung ist aber auch bereits in den vorausgehenden 12 Jahren (1955/1967) der Brennstoffbedarf zur Erzeugung von 1000 kWh von 723 kg Steinkohleneinheiten auf nur mehr 364 kg gesunken, wobei die mit Erdgas hergestellte Elektroenergie nur einen spezifischen Aufwand von 343 kg SKE/1000 kWh erforderte. Die befürchtete Stromlücke, die durch die Reduktion der Zuteilung von Erdgas entstehen muß, soll durch Atomkraft ersetzt werden.

Nach den Direktiven zum IX. Parteitag soll 1975 die Erzeugung von Atomstrom entsprechend 2 Mill. t SKE oder 5 bis 5,5 Mrd. kWh anlaufen. Trotzdem eine Entscheidung über die Art der Kernkraftwerke bereits fällig ist, konnte man sich aber bisher noch nicht über das erforderliche Programm einigen, zumal man annimmt, daß fortgeschrittene Brutreaktoren erst anfangs der achtziger Jahre zur industriell verwertbaren Reife gelangen werden. Offenbar besteht in Rumänien die Absicht, sich bei der Entwicklung der Atomenergie projektmäßig nicht in die Abhängigkeit eines Landes zu begeben, um zur gegebenen Zeit Wahlfreiheit zu besitzen[22]. Es gibt auch Hinweise auf die Förderung von uranhaltigen Erzen in Rumänien, aber es fehlen alle konkreten Angaben darüber[23].

Zweifellos gehört es zur autonomen Wirtschafts- und Außenpolitik Rumäniens, seine Energiegewinnung auf eigene Kräfte zu stützen. Es ergeben sich dabei gewisse Schwierigkeiten, die aber doch nicht so groß zu sein scheinen wie in anderen Oststaaten, welche über chronischen Energiemangel klagen. Der Grund für solche Schwierigkeiten besteht auch in Rumänien darin, daß auch hier der Stromverbrauch der Industrieproduktion weit vorauseilt. Nimmt man das Jahr 1938 zur Grundlage, so war bis 1965 die Industrieproduktion auf das 9,5fache gestiegen, die Stromerzeugung aber mit einer Jahreszuwachsrate von 20 v. H. ab 1961 auf das 27fache, und man rechnet damit, daß sich dieser Abstand noch vergrößern wird[24].

---

[22] M. *Bercovici* - A. *Szmuk:* Situaţia energetica a României şi problemele intervenţiei energiei nucleare. In: Probleme economice, 1968, Nr. 7, S. 6.

[23] In der ersten Nachkriegszeit war Rumänien gleich anderen Oststaaten gezwungen, abgesehen von hohen Reparationsleistungen, mit der Sowjetunion sowjetisch-rumänische Gesellschaften zu gründen — SOVROM —, welche deutsches, aber auch sonstiges Fremdkapital verwalteten. Bei der Auflösung dieser Gesellschaften (1954/55) behielten sich die Sowjets die weitere Kontrolle von SOVROM-Kvarc vor, die sich mit der Uranförderung beschäftigte. Spätere Nachrichten fehlen. R. F. *Staar:* The Communist Regimes in Eastern Europe: an Introduction. Stanford University, Stanford 1967, S. 201.

[24] Obwohl der Stromverbrauch je Industriearbeiter 1950/67 von 2323 kWh auf 10 446 kWh stieg, hat die Quote des Verbrauches je Kopf der Bevölkerung 1967 erst 1284 kWh erreicht, der Anteil der Haushalte am Stromverbrauch belief sich auf nur 8,3 v. H. und der Landwirtschaft auf bloß 1,9 v. H.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Industrieproduktion soll 1970 auf rund das Fünfzehnfache des Jahres 1938 steigen, die Stromproduktion aber auf das 30fache. Wenn im Jahre 1970 rund 64 Mill. t SKE aus dem Inland gedeckt werden können, soll sich der Bedarf für 1980 bereits auf 100 Mill. t SKE erhöhen (davon Inlandsdeckung 80 Mill. t), um im Jahre 2000 auf rund 100 Mill. t SKE Primärenergiebedarf zu steigen, wovon nur mehr die Hälfte im Inland gedeckt werden kann.

Dabei wird gleichzeitig mit einem wachsenden Anteil des Stromverbrauches am gesamten Energieverbrauch gerechnet; er macht gegenwärtig etwa 15 v. H. des gesamten Energieverbrauches aus, dürfte 1980 aber 25 bis 30 v. H. erreichen und bis zum Jahre 2000 auf 40 bis 50 v. H. ansteigen. Daraus ergibt sich also eine wachsende Verschlechterung der Energieversorgungslage und -möglichkeiten Rumäniens, und es ist verständlich, daß bei den Überlegungen der politischen Führung auch diese Frage mit hereinspielen muß.

Zu Beginn der siebziger Jahre wird allerdings die rumänische Energiewirtschaft einen gewaltigen Sprung nach vorwärts machen, weil 1970/71 das Kraftwerk am Eisernen Tor in Betrieb gehen wird, dessen Energieproduktion auf die beiden Nachbarstaaten Rumänien und Jugoslawien verteilt wird, von denen jeder mehr als 5 Mrd. kWh jährlich beziehen wird[25]. Es ergeben sich daher vorübergehend für Rumänien weitere Möglichkeiten zum Stromexport, der im Ausmaß von 2 Mrd. kWh jährlich bereits aus einer früheren Verpflichtung gegenüber der Tschechoslowakei (Lieferung der Einrichtungen des Kraftwerkes Luduş durch die ČSSR) erfolgt, und für den Ausbau elektrolytischer Anlagen. Solche sind für die Aluminiumindustrie neuerdings angelaufen und bestehen seit alters her in der Natriumchemie.

Denn die Gewinnung von Salz stieg von 368 000 t im Jahre 1938 auf 2,06 Mill. t in 1968, hat sich also mehr als versechsfacht; doch fand bei den wichtigsten Salzerzeugnissen eine noch viel größere Produktionssteigerung statt. Die Herstellung von kalzinierter Soda stieg von 23 000 t auf 471 000 t (1968) und jene von Ätznatron von 12 000 auf 276 000 t; die Erzeugung von Soda erhöhte sich im Jahre 1969 nochmals um 21,5 v. H.

---

[25] Das Wasserkraftpotential Rumäniens beträgt 7950 MW, davon entfallen auf die Donau 2100 MW. Genützt sind derzeit 811 MW, die 17 v. H. der Stromerzeugung liefern; 1975 sollen 2860 MW in Wasserkraftwerken installiert sein, die 24 v. H. der Stromerzeugung gewährleisten sollen. Agerpres-Dokumente usw., 31. 1. 1969, Nr. 2, S. 11. Vgl. auch I. D. *Stancescu:* Energie und Heizkraft in Rumänien. In: Österreichische Zeitschrift für Elektrizitätswirtschaft (ÖZE), 1969, Nr. 3, S. 96—98. Hier insbesondere auch ein Hinweis auf die sich rasch entwickelnde Heizkraft-(Wärmeenergie-)wirtschaft, die in Ploeşti zu einer interessanten Kombination mit der Ölraffinerie führt. Unter den städtischen Heizkraftsystemen ist das Bukarester mit 450 MW Heizkraftmaschinen das bedeutendste. Das gemeinsam mit Jugoslawien erbaute Eiserne Torkraftwerk steht vor der Vollendung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dementsprechend sind diese beiden Sodaerzeugnisse auch ein wichtiger Ausfuhrartikel geworden. Konnten im Jahre 1960 von ihnen erst 126 000 t exportiert werden, so waren es im Jahre 1968 bereits 316 000 t. Überhaupt ist der Anteil chemischer Erzeugnisse an der rumänischen Ausfuhr 1950/1968 von 1,7 auf 8,0 v. H. gestiegen, hat sich also mehr als vervierfacht. Im gleichen Zeitraum ging der Anteil von Öl und Ölprodukten von 30 v. H. auf 8,8 v. H. zurück, womit also eine für Rumänien günstige Umstrukturierung des Exportes in die Wege geleitet wurde.

Diese Änderung der Exportstruktur beschränkt sich nicht bloß auf die Heranziehung von Natriumerzeugnissen für den Export, da darunter bereits in steigendem Ausmaß auch andere chemische Erzeugnisse fallen, wie Petrolkoks, Gasruß, Kalziumkarbid, Autoreifen, Farben, aber im Jahre 1968 auch bereits 25 196 t synthetischer Kautschuk und 1536 t synthetische Fasern.

Nicht nur für die Entwicklungsländer, sondern auch für den Handel mit westlichen Industriestaaten gewinnen daher Chemikalien immer größere Bedeutung und stellen eine wichtige Bereicherung des rumänischen Exportsortiments dar. Die wachsende Produktion von Petrochemikalien wird es Rumänien erlauben, seine Exportbemühungen auch in dieser Hinsicht weiter zu steigern. Die Exportlieferungen der chemischen Industrie haben im Jahre 1968 eine Steigerung um 20 v. H. erfahren. Im kommenden Fünfjahrplan (1971/75) soll aber die chemische Produktion um 85 bis 92 v. H. steigen, sich also fast verdoppeln.

Zu den sonstigen maßgebenden Rohstoffquellen des Landes gehört die Waldwirtschaft. 27 v. H. der Oberfläche Rumäniens, 6,4 Mill. ha, sind mit Wald bedeckt. Dies ermöglicht nicht nur den Export von beträchtlichen Mengen von Schleifholz, das auch bis in die Bundesrepublik geht, sondern auch von Schnittholz, vorwiegend in die Levante und nach Nordafrika, und führte auch zum Entstehen einer leistungsfähigen Holzverarbeitungsindustrie, deren Produktionswert das 10fache des Jahres 1938 erreicht. Der Anteil des Produktionswertes der Holzgewinnung an dem gesamten industriellen Produktionswert ist zwar gegenüber der Vorkriegszeit auf die Hälfte, nämlich auf 1,5 v. H. zurückgegangen, jener der Holzverarbeitung hat aber mit 6 v. H. den Vorkriegsanteil praktisch gehalten, der Anteil der Zellstoff- und Papierindustrie ist sogar ein wenig auf 1,4 v. H. gestiegen. Der Wert der je m^3 Holzmasse erzielten Erzeugnisse stieg während des Sechsjahrplanes um 88 v. H., was die Bestimmungen der Direktiven überbot.

Auch für den beträchtlichen Export der holzverarbeitenden Industrie gilt die Forderung nach einer ständigen Strukturverbesserung, da Sortimente mit höherem Verarbeitungsgrad wie Möbel, Holzpreß- und Holzfaserplatten, Sperrplatten, Furniere, Paneele und Parkette einen immer höheren Anteil an der Ausfuhr einnehmen. Diese kommt einem Sechstel

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Gesamtausfuhr Rumäniens gleich, wobei wiederum Möbel ein Drittel des Gesamtwertes der Ausfuhr von Holzprodukten einnehmen, für die auch Westeuropa, insbesondere England, als Abnehmer in Frage kommt[26].

Ein interessanter, in Europa ebenfalls einmaliger Naturreichtum Rumäniens ist der riesige Schilfbestand im Donaudelta, für den bereits in der Kriegszeit von der deutschen chemischen Industrie Verwertungsmöglichkeiten gesucht und vorgeschlagen wurden. Darauf aufbauend wurde im Jahre 1960 in Braila ein Zellulosekombinat errichtet, das nun Schilfzellstoff herstellt. Interessant an diesem Betrieb ist aber auch seine juristische Konstruktion, indem es eine Gemeinschaftsgründung mehrerer RGW-Staaten, darunter auch der DDR ist. Es handelt sich dabei jedoch nicht um ein gemischtes Unternehmen, das Eigentum liegt vielmehr zur Gänze auf der rumänischen Seite, die zur Abzahlung der von den Kooperanten gelieferten Industrie-Einrichtungen an diese Zellstoff ausführt[27].

Selbstverständlich ermöglichen die übrigen Industriezweige Rumäniens die Herstellung mancher anderer exportwürdiger und auch im Welt-Maßstab konkurrenzfähiger Produkte, doch sind dies keine durch die natürlichen Ressourcen des Landes bedingten spezifischen Erzeugnisse. Am ehesten kann man noch von rumänischen Spezialerzeugnissen bei den Erdölausrüstungen sprechen, weil ihre Entwicklung eng mit dem Ausbau der in Rumänien bodenständigen und früher in Europa außerhalb Rußlands nahezu einmaligen Erdölindustrie im Zusammenhang steht. So werden nun Bohranlagen auch für größte Teufen (bis 7000 m), Bohrmeißelkernbohrer, Bohrturbinen usw. geliefert und zum Teil auch in Entwicklungsländer wie Indien, Algerien und Kuba ausgeführt.

Auch ohne Vorliegen solcher besonderer Voraussetzungen gehören die Eisenverarbeitung und der Maschinenbau zu jenen Industriezweigen, auf welche sich die Industrialisierungspolitik konzentriert hat und von der selbst wieder hohe Wachstumsimpulse ausgehen. Allerdings wird das Wachstumstempo der chemischen Industrie nicht erreicht, deren Produktion im Jahre 1967 auf das 52fache des Jahres 1938 gestiegen ist, deren Anteil an der gesamten Industrieproduktion aber doch erst nur einem Drittel des Anteiles der Metallverarbeitung und des Maschinenbaues entspricht. Der Produktionswert dieses Industriezweiges stieg auf das 30fache der Vorkriegszeit und wird, wenn man einzelne Erzeugnisse ausnimmt (Steigerung der Methangasförderung auf das 66fache) nur mehr von der Elektro- und Wärmeenergieerzeugung überboten (Steigerung auf das 39fache)[28]. Mit einem Anteil von 22,3 v. H. (einschließlich Repara-

[26] Agerpres-Dokumente usw., 31. 1. 1969, Nr. 2, S. 11.

[27] Die Schilfernte je ha, die im Zellulose- und Papierkombinat von Braila verarbeitet wird, ersetzt das Holz von 2 ha Nadelwäldern. Das sozialistische Rumänien, S. 14.

[28] Die Stromerzeugung allein stieg jedoch nur auf das 22fache.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

turleistungen) an der Bruttoproduktion der Industrie im Jahre 1967 (1938: 10,2 v. H.) steht nun der Maschinenbau an der Spitze aller Industriezweige und hat selbst die früher besonders stark entwickelte Lebensmittelindustrie (1938: 32,4 v. H.) überflügelt, da diese nur mehr mit 20,5 v. H. an der Industrieproduktion beteiligt ist. Allerdings wächst seit den sechziger Jahren die Produktion der chemischen Industrie rascher als die des Maschinenbaues. Die Erzeugung des Maschinenbaues reicht z. T. über die Bedürfnisse des Landes hinaus, so daß sein Anteil an den Exporten fast so hoch ist (1967: 19 v. H., 1968: 21,3 v. H.) wie sein Anteil an der Bruttoproduktion. Enorme Verschiebungen innerhalb der Gewichtung von Produktion und Export kommen dadurch zum Ausdruck, daß der Maschinenbau im Jahre 1950 nur mit 4,2 v. H. an der Ausfuhr beteiligt war und vorher einen noch geringeren Platz einnahm.

Bei diesen Vergleichszahlen handelt es sich nach der rumänischen Terminologie nur um „Produktionsmaschinen und -ausrüstungen". Industrielle Konsumgüter, die aber auch Erzeugnisse der Leichtindustrie umfassen, waren überdies am Export im Jahre 1950 mit 1,3 v. H., 1967 aber mit 11,1 v. H. beteiligt. Über die Hälfte der hergestellten Traktoren, ein Drittel der Kugellager und 40 v. H. der Drehbänke werden exportiert.

Mit dieser Entwicklung konnten indes die Hüttenwerke nicht Schritt halten. Wiesen Maschinenbau und Eisenverarbeitung in den Jahren 1961/1967 eine durchschnittliche Zuwachsrate von 16,5 v. H. auf, so waren es in der eisenschaffenden Industrie nur 11,9 v. H. (mit dem Erzbergbau nur 11,7 v. H.). Bezogen auf das Jahr 1938 hatte im Jahre 1967 die eisenschaffende Industrie, sowohl für sich allein als auch einschließlich Bergbau, nur die 16fache Produktion erreicht, ihr Zuwachstempo war also nur etwa halb so groß wie jenes ihrer wichtigsten Verbraucher, nämlich des Maschinenbaues und der metallverarbeitenden Industrie. Dabei muß aber daran erinnert werden, daß die Hüttenwerksproduktion im Jahre 1938 zwar gemessen an dem gesamten damaligen Industrialisierungsstand des Landes verhältnismäßig hoch, aber mit 133 000 t Roheisen und 284 000 t Stahl, darunter überhaupt kein Edelstahl, doch im Vergleich zu Industriestaaten recht niedrig war.

Die Eisen- und Strahlproduktion soll zwar im laufenden Fünfjahrplan beträchtlich gesteigert werden, aber wenn die Stahlproduktion plangemäß im Jahre 1970 6,36 Mill. t erreichen wird, so ist dies doch erst nur das 18fache der Vorkriegsproduktion, so daß auch weiterhin ein Rückstand gegenüber der Expansion der Eisen- und Stahlverarbeitung bleiben wird.

Im übrigen ist, von allfälligen Verspätungen im Abschluß der Investitionen abgesehen, mit der Erfüllung dieser Planzahl im Jahre 1970 zu rechnen, da die Stahlproduktion von 4 751 000 t im Jahre 1968 nur um 900 t unter der Planzahl dieses Jahres liegt. Auch beim Edelstahl, dessen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Herstellung ganz besonders gefördert wird, entspricht die Jahresproduktion 1968 (360 500 t) der im Fünfjahrplan vorgesehenen Planzahl[29]. Der Jahresplan 1970 sieht 6,51 Mill. t Stahlproduktion vor (1969 5,5 Mill. Prod.).

Die wachsende Stahlerzeugung wird vor allem in dem Hüttenwerk Galatz an der Donaumündung, benannt nach dem verstorbenen Staatspräsidenten „Gheorghe Gheorghiu-Dej" konzentriert, das im Jahre 1965 anlief und im Endjahr des Planes 4 Mill. t erzeugen soll. Westdeutsche Werke waren an seinem Bau maßgebend beteiligt. Die Lage dieses Werkes an der bis zu seinem Standort für kleinere Seeschiffe befahrbaren Donau, die ihre Fracht auch von großen Erzschiffen im nahegelegenen rumänischen Seehafen Konstanza übernehmen können, entspricht den gegenwärtigen Vorzügen von Werken in Seenähe.

Für diese Standortwahl spricht auch, daß Rumänien nicht imstande ist, die wachsende Hüttenindustrie mit Eisenerz und Koks aus dem Inland zu versorgen. Die Eisenerzförderung ist zwar von 139 000 t im Jahre 1938 auf 2,8 Mill. t im Jahre 1967 gestiegen, der aber eine Roheisenerzeugung von 2,5 Mill. t (1969: 3,5 Mill. t) gegenübersteht, so daß mehr Eisenerz importiert werden muß (im Jahre 1968: 4 546 000 t), als im Inland gefördert werden kann. Dabei dürfte auch der Eisengehalt des Importerzes höher liegen, das es aber Rumänien ermöglicht, seinerseits mit den in Frage kommenden Lieferländern wie Indien, Algerien und Brasilien einen, den eigenen Export fördernden Warenaustausch zu pflegen. Derartige Möglichkeiten stehen anderen Oststaaten, insbesondere den Binnenstaaten ČSSR und Ungarn, nur beschränkt zur Verfügung.

Die Lage dieses Hüttenwerkes nahe der Küste, aber überhaupt die Tatsache, daß Rumänien unmittelbar zur See von dritten Staaten erreicht werden kann, vermindert seine Abhängigkeit von den Bezügen aus der Sowjetunion an Eisenerz (1968: 3,1 Mill. t) und Koks. Obwohl auch die eigene Kokserzeugung ausgebaut wurde, reicht sie bei weitem nicht für den Bedarf, so daß im Jahre 1967 rund 1,1 Mill. t Kokereikoks, und zwar zur Hälfte aus der Sowjetunion, eingeführt werden mußte. Die Menge des importierten Kokses lag 1968 mit 1,6 Mill. t bereits über der Eigenerzeugung (1,13 Mill. t); doch dürfte auch für den Importkoks ebenso wie für die importierte Kokskohle, die teilweise aus den USA kommt, das gleiche wie für Eisenerz, nämlich eine bessere Qualität als die der Inlandserzeugung, gelten.

Da beim Ausbau der rumänischen Industrie mit noch höheren Rohstoffimporten gerechnet werden muß, sind die sowjetischen Bedenken, die gegen den Bau des Hüttenwerkes Galatz erhoben wurden, und der

[29] Die Planzahl für die Stahlerzeugung 1968 wurde jedoch gegenüber den Jahreszahlen des Fünfjahrplanes auf 4 921 500 t erhöht, so daß die Minderleistung 1968 gegenüber dieser revidierten Planzahl 3,7 v. H. betrug. Neuestens sind laut Direktiven als Planziel für 1975 10—10,5 Mill. t Rohstahl zu erzeugen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorschlag, statt mit importierten Rohstoffen Eisen und Stahl zu erzeugen, lieber Halb- und Fertigwaren zu importieren, nicht ganz unberechtigt. Aber diese Einwände berücksichtigen nicht die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen Rumäniens, nämlich zwar keine autarke, aber eine möglichst selbständige Handels- und Wirtschaftspolitik zu betreiben und beim Bezug aus dem Ausland zwischen den Lieferländern eine Auswahl treffen zu können, was bei einer verstärkten Bindung an die Sowjetunion nicht möglich gewesen wäre. Im übrigen liegen aber die Verhältnisse in Rumänien, wie bereits gezeigt, weit günstiger als bei allen anderen Oststaaten, weil die ukrainischen Erzgruben verhältnismäßig leicht zu erreichen sind und weil die Lage an der Seedonau zu einer enormen Senkung der Transportkosten für das Hüttenwerk Galatz beitragen muß.

Aber trotz des Ausbaues der Hüttenwerke wird Rumänien auch weiterhin Importe vornehmen müssen, da nicht alle Walzwaren hergestellt werden können und gewisse Edelstahlqualitäten fehlen werden. Überhaupt ist der Importbedarf von 1,5 Mill. t Walzware (1968) so groß, daß er nur dann mengenmäßig, abgesehen von den Qualitätsansprüchen, von der Inlandsproduktion gedeckt werden könnte, wenn diese schon im Jahre 1967 die Planziele für 1970 erreicht hätte[30]. Da aber bis zum Ende der Planperiode der Eisen- und Stahlbedarf wachsen wird, wird Rumänien Nettoimporteur von Stahl bleiben, auch wenn es bereits mit seinem eigenen Stahl- und Walzwarenexport Geschäfte mit westlichen Industrieländern, einschließlich Japan, vornehmen kann, die allerdings eher Lohnwalzungen im rumänischen Auftrag oder einem Sortentausch gleichkommen.

Man wird aber auch trachten, den Importüberschuß im Außenhandel mit Maschinen und Ausrüstungen zu vermindern, was ebenfalls einen vermehrten Stahlverbrauch erfordert, wenn auch alles daran gesetzt wird, durch Einsparung bei der Maschinenerzeugung den Stahlverbrauch und den Ausschuß zu vermindern. Eine hoher Maschinenimport entspricht aber dem gegenwärtigen Industrialisierungsgrad Rumäniens und dem raschen Entwicklungstempo seiner Wirtschaft, mit dem die inländische Produktion nicht mehr Schritt halten kann. So ist der Anteil von Produktionsmaschinen und Ausrüstungen am Import ständig im Steigen, und zwar von 37 v. H. (1950) auf 47 v. H. (1968), wodurch diese Gruppe in der Einfuhr mehr als doppelt so stark wie in der Ausfuhr vertreten ist. Das ist aber auch für die rumänische Zahlungsbilanz von Belang, weil der Einfuhrwert dieser Maschinen und Ausrüstungen dreifach so hoch ist wie der Wert der gleichen Gruppe im rumänischen Export 1968.

---

[30] Der Walzwarenimport aus der Sowjetunion ist 1968 um 260 000 t auf noch immer 570 700 t gesunken, andererseits stieg der in der rumänischen Statistik nicht ausgewiesene Roheisenimport aus der Sowjetunion in diesen Jahren um 162 000 t auf 503 000 t. Vnešnjaja torgovlja SSSR za 1968 god.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Bemühungen um die Förderungen der verarbeitenden Industrie machen verstärkte Grundstoffimporte notwendig, deren Importanteil 1967/68 von 42 auf 46 v. H. unter gleich hoher Senkung des Maschinenimportanteiles stieg. Sie zwingen zu einem raschen Ausbau der Energiewirtschaft, haben aber trotzdem den Importbedarf weder für Eisen und Stahl noch für Maschinen und Ausrüstungen beheben oder durch eigene Lieferungen ausgleichen können. Es ist daher selbstverständlich, daß man in Rumänien trachtet, durch eine verstärkte Eingliederung des Landes in die internationale Arbeitsteilung die Bürde der Finanzierung der Investitionen zu vermindern und eine verbesserte Exportstruktur zu erreichen.

Dabei kommt es Rumänien zugute, daß seine Eigenproduktion trotz ihrer bisher nur geringen Steigerung doch nicht nur zur rumänischen Selbstversorgung ausreicht, sondern noch erhebliche Exportüberschüsse ermöglicht. So konnte Rumänien dank einer allerdings ausgezeichneten Ernte im Jahre 1967 2,3 Mill. t Getreide ausführen, dreimal soviel wie im Jahre 1960, wozu noch Obst, Gemüse usw. kommen. In der rumänischen Ausfuhr erscheinen daher Nahrungsmittel mit 15 v. H., dazu kommen noch 13 v. H. an tierischen und pflanzlichen Rohstoffen ohne Nahrungsmittelrohstoffe, während auf der Einfuhrseite die gleiche Rohstoffgruppe nur mit 9 v. H., die Nahrungsmittel mit 2 v. H. vertreten sind. Durch erhöhte Zuwendungen von 1,1 Mill. t Reinstoffkunstdünger an die Landwirtschaft im Jahre 1970 gegen 0,45 Mill. t im Jahre 1966 und die verstärkte Mechanisierung und Meliorationen, die bisher jedoch bei der Bewässerung weit hinter dem Planziel zurückgeblieben sind, will man die Leistung der Landwirtschaft noch weiter steigern und strebt bis 1970 einen Jahresertrag von 13 Mill. t Getreide an. Da durch die Rekordernte 1966 bereits 13,9 Mill. t Getreide geerntet wurden, 1967 13,5 und 1968 12,4 Mill. t, liegt dieses Planziel nicht nur im Bereiche des Möglichen, sondern wird voraussichtlich sogar überschritten werden (Ernte 1969: 12,8 Mill. t, Jahresplanziel 1970: 14 Mill. t).

4. Wachstumsziele im Fünfjahrplan Rumäniens 1966/1970

Die gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Wachstumsziele Rumäniens sind niedergelegt in dem „Gesetz über die Annahme des Staatsplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft in den Jahren 1966 bis 1970“ vom 1. Juli 1966, mit dem Rumänien nach einem Sechsjahrplan zur Fünfjahrplanperiode zurückkehrte. Dieses grundlegende Plangesetz[31] ist zwar sehr kurz gehalten, enthält aber im Gegensatz zu den meisten jetzigen Plangesetzen anderer sozialistischer Staaten auch absolute Produktionszahlen. Da sie außerdem noch nach einzelnen Jahren aufgegliedert sind,

[31] Scînteia, 30. 6. 1966, Nr. 7026, S. 1.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

läßt sich die zwischenzeitliche Entwicklung gut verfolgen, wie z. B. bei der Stahlerzeugung oder bei der Getreideernte, deren Ergebnisse sich gut mit den Planzielen vereinbaren lassen.

Es ist unerläßlich, die verschiedenen Kommentare zu berücksichtigen, wie insbesondere die ausführlichen Direktiven des IX. Parteitages für die Planerstellung und für den selbständigen langfristigen Energieplan 1966 bis 1975, und jene neuen Erkenntnisse, die in der Zwischenzeit gewonnen werden konnten und die insbesondere in den Reformwünschen von Generalsekretär Ceauşescu zum Ausdruch kommen. Die Direktiven für den Plan gehen bereits auf einen im Jahre 1965 gefaßten Entwurf für das ZK der rumänischen Kommunistischen Partei zurück, wurden von diesem aber erst im Jahre 1966 und durch den nachfolgenden Parteitag in veränderter Fassung genehmigt und von der Großen Nationalversammlung in ihrem Plangesetz berücksichtigt.

Die endgültige Fassung brachte bemerkenswerterweise eine Heraufsetzung der geplanten Zuwachsraten, nämlich der Industrieproduktion von 65 v. H. auf 66 bis 73 v. H., womit sich die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate von ursprünglich 10,5 auf 10,7 bis 11,6 v. H. erhöht, und der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion statt um 20 v. H. um 26 bis 32 v. H., also 6 bis 12 Punkte mehr als anfänglich in den Direktiven. Dementsprechend wird ein Jahreszuwachs des Volkseinkommens mit 8 v. H. statt ursprünglich 7 v. H. angenommen.

Besonders markant ist die Steigerung des Außenhandelsvolumens, die ursprünglich mit 40 v. H. vorgesehen war, im Zuge der Planrevision aber um mehr als ein Viertel, nämlich auf 50 bis 55 v. H. gehoben wurde. Diese Forderung kann nur mit einigen Schwierigkeiten erfüllt werden.

Selbst die in der Endfassung des Fünfjahrplanes heraufgesetzten Zuwachsraten des Außenhandels bleiben jedoch hinter den Ergebnissen im abgelaufenen Sechsjahrplan (1960/1965) zurück, wo sich das Außenhandelsvolumen jährlich um 13,4 v. H. hob und insgesamt um 60 v. H. stieg, mit den Weststaaten allein sogar um 140 v. H.

Ebenso bleiben auch die übrigen Kennziffern im neuen revidierten Fünfjahrplan hinter jenen der Realisierung des Sechsjahrplanes zurück, der eine durchschnittliche Zuwachsrate der Industrieproduktion um 14,5 v. H. und des Volkseinkommens um 9,1 v. H. brachte, obwohl die landwirtschaftliche Brutto-Produktion nur um durchschnittlich 2 v. H stieg[32].

---

[32] Die im neuen Fünfjahrplan vorgesehenen Zuwachsraten der Bruttoproduktion der Industrie blieben auch dann noch um mehr als einen Punkt niedrigerer als jene des vorausgehenden Sechsjahrplanes, wenn für deren Berechnung die für den neuen Plan geltenden Planpreise 1963 angewendet würden. Die in den Direktiven ursprünglich vorgesehene Zuwachsrate des neuen Planes von 10,5 v. H. entsprach nämlich 11,5 v. H. zu Planpreisen 1955.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Gründe, welche die rumänische Staats- und Parteiführung bewogen, die Ziele des laufenden Fünfjahrplanes zu erhöhen, sind nicht ganz klar, da dazu nur die üblichen Erklärungen geboten wurden. Ceauşescu erklärte hierzu:

„Bei der Aufstellung des Fünfjahrplanes traten neue Ressourcen und Reserven der Volkswirtschaft zutage. Dadurch wurde es möglich, einige der in den Direktiven vorgesehenen Hauptkennziffern zu erhöhen. Gleichzeitig ergab sich die Notwendigkeit, einige neue Aufgaben und Zielsetzungen in den Plan aufzunehmen, die dazu bestimmt sind, zur Sicherung einer besseren Proportion der Entwicklung verschiedener Wirtschaftszweige, zur Sicherung eines noch rascheren Wachstums der Wirtschaft beizutragen[33]."

Man wird aber auch nicht in der Annahme fehlgehen, daß die auffällige Hinaufsetzung der Außenhandelsplanzahlen einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung des gesamten Planes hatte, von dem im übrigen Ceauşescu versicherte, daß mehr als bisher auf die allgemeinen Proportionen der wirtschaftlichen Entwicklung, der Verhältnisse zwischen den Wirtschaftszweigen sowie auf die Entwicklung eines jeden einzelnen Zweiges, ja eines jeden Betriebes für den ganzen Zeitraum und für jedes einzelne Jahr Rücksicht genommen wurde.

Die beginnende Emanzipation von den RGW-Beschlüssen und damit vom Moskauer Einfluß machte eine stärkere Flexibilität im Außenhandel erforderlich; dafür mußten mehr Güter produziert werden, und im übrigen konnte überhaupt eine erhöhte Warenproduktion und Investitionstätigkeit das Unabhängigkeitsstreben Rumäniens fördern. Die Rückkehr zur Festsetzung höherer Planziele mochte aber auch den überkommenen Vorstellungen eines maximalen Wirtschaftswachstums mehr entsprechen als deren Verminderung, da ja wenigstens zur Zeit der Planerstellung noch keine neuen Ansichten über die Notwendigkeit qualitativer Veränderungen zum Ausdruck kamen. Diese finden sich erst in den seither eingetretenen wirtschaftlichen Reorganisationsmaßnahmen angedeutet, ohne aber voll zum Durchbruch zu kommen.

Einen gewissen Hinweis auf die Änderungen und Ergänzungen bei der endgültigen Fassung des Planes, der auch die vorher nicht vorgesehene Aufnahme der PkW-Produktion enthält — es handelt sich um eine Kooperation mit Renault, die mit Assembling beginnt, später aber ausgebaut wird —, gab der Kommentar Ceauşescus vor dem Plenum des ZK:

„Bei der Endplanung wurden neue wichtige Objekte einbezogen, wie das Werk für Personenkraftwagen, die Abteilung für Hochleistungs-Wärmeenergie-Blöcke, eine Kühlschrankfabrik, das Kombinat für stereospezifischen

[33] Schlußwort N. *Ceauşescus* auf dem Plenum des ZK der RKP vom 27. bis 28. 6. 1966, veröffentlicht unter dem Titel: Der Fünfjahrplan — eine neue Etappe des Fortschritts und des Gedeihens im Leben des rumänischen Volkes, beim Aufblühen des sozialistischen Rumäniens. Bukarest 1966, S. 7.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kautschuk, das Kokschemische Werk Galatz, die Schmiede für legierte Stahlbarren und -blöcke, das Werk für Aluminiumverarbeitung, die Anlagen für die Erzeugnisse zur Unkrautvertilgung u. a.

Die raschere Entwicklung der Hauptzweige und vor allem des Maschinenbaues, der Metallurgie, der Chemieindustrie und der Elektroindustrieerzeugung wird weiterhin die Erhöhung der Komplexität der Industrie bewirken und die Differenzierung der Produktion verstärken[34]."

Diese Schwergewichte kommen auch in den durchschnittlichen Zuwachsraten zum Ausdruck, die man auf Grund des endgültigen Planes für die Jahre 1966/70 berechnen kann. Gegenüber einer geplanten durchschnittlichen Zuwachsrate der Gesamtindustrieproduktion von 10,7 bis 11,6 v. H. ist für die Produktion der chemischen Industrie (einschließlich Zellstoff- und Papierindustrie) ein Jahreszuwachs von knapp 20 v. H., für den Maschinenbau von 13,1 v. H., für die Eisenschaffende Industrie von rund 13 v. H. und für die Elektro- und Wärmeenergieerzeugung von 12 v. H. vorgesehen[35]. Aber selbst bei diesen Schwerpunkten des industriellen Wachstums bleiben die geplanten Erhöhungsraten um mehrere Punkte hinter den tatsächlich in der vorausgehenden Sechsjahrplanperiode (1959/65) erzielten zurück. Erreichte doch in diesem Zeitraum die Chemische Industrie eine durchschnittliche Zuwachsrate von 20,9 v. H., die Elektro- und Wärmeenergieerzeugung um 20,2 v. H. und der Maschinenbau von 17,6 v. H. Auffällig ist auch die von 21 v. H. auf 12 v. H. verminderte Zuwachsrate der Energieerzeugung.

Lediglich bei den Hüttenwerken ist ein großer Sprung zu erwarten, weil die Zuwachsrate ihrer Produktion nur 8,1 v. H. betragen hatte. Es ist aber auch nicht überraschend, daß bei der Planrevision gerade auf diesem Sektor keine Erhöhung vorgenommen wurde. Beansprucht doch bereits das Hüttenwerk Galatz allein, wo drei Hochöfen angeblasen werden, 70 v. H. der für die Eisenhütten bestimmten Investitionen des laufenden Fünfjahrplanes.

Die in der revidierten Planfassung zum Ausdruck kommenden erhöhten Produktionsziele betreffen in erster Linie die verarbeitenden Industrien, und hier wieder Maschinenbau und Elektrotechnik, vor allem aber die chemische Industrie, ferner auch die Holzverarbeitung und einige Konsumgüter; doch war bei ihnen, etwa bei den Webwaren (Produktionsziel ursprünglich 550 Mill. m^2, revidiert 565 Mill. m^2) die Revision nur geringfügig. Die wohl wichtigste Mehrleistung soll beim Bau von Elektroloks erbracht werden, was wohl auf Exportverpflichtungen hindeutet, indem im Jahre 1970 nicht bloß über 200 Diesel- und E-Loks oder

---

[34] Schlußwort *Ceaușescu's*, a.a.O., S. 12.

[35] Angaben über die vorgesehenen Zuwachsraten der einzelnen Industriezweige fehlen oder sind widerspruchsvoll. Genannt wird für die chemische Industrie eine Jahreszuwachsrate von weniger als 20 v. H. und des Maschinenbaus von 13,1 v. H. Das sozialistische Rumänien, S. 25 und 31.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die 1,8fache Zahl des Jahres 1965 erzeugt werden sollen, sondern 240 bis 260 Stück, was im Mittel eine Erhöhung auf das 2,3fache ergibt. Ähnlich steht es bei den spanabhebenden Werkzeugmaschinen, deren Produktionsziel stückmäßig vom 1,4fachen auf das 2fache hinaufgesetzt wurde, bei Kunststoffen und -harzen, wo statt der 2- bis 2,3fachen Erzeugung die mehr als 3fache Produktion erwartet wird, und bei Chemiefasern und Garnen (ursprünglich 2,2 bis 2,6fache Produktion, erhöht auf das 3,8fache).

Bei diesen letztgenannten Erzeugnissen der chemischen Industrie ist allerdings der mengenmäßige Unterschied zwischen den ursprünglichen und den revidierten Planziffern, deswegen geringer als nach der hier angestellten Berechnung, weil ihr die tatsächlichen Produktionszahlen und nicht, wie bei den Plandirektiven, die Planzahlen des Jahres 1965 zugrunde liegen, die von der Realisierung teilweise abweichen.

Denn gerade bei einzelnen chemischen Erzeugnissen ergaben sich wegen der angespannten Lage in der Investitionsdurchführung erhebliche Verzögerungen in der Fertigstellung neuer Kapazitäten, so daß im Jahre 1965 der Plan von der Realisierung beträchtlich abwich. Dieser Rückstand, der bei Kunststoffen 1965 12 000 t betragen hatte, konnte 1968 zur Gänze aufgeholt werden — es wurde die obere Planzahl sogar etwas überschritten; das gleiche gilt auch für den Synthesekautschuk, doch hinkt die Chemiefaserproduktion noch immer hinter dem Plan nach, der Rückstand konnte aber von 10 000 t auf 4000 t vermindert werden.

Bei Mineraldünger allerdings, für den ein so ehrgeiziges Programm aufgestellt wurde, daß nach den Planangaben eine Erhöhung auf das 3,8fache eintreten sollte und daher der revidierte Plan auch nur eine geringfügige Erhöhung nach oben vornahm, konnten die Jahresplanziele noch immer nicht erreicht werden. Statt 340 000 t wurden 1965 nur 293 000 t (Reinnährstoff) erzeugt, und 1968 statt 760 000 bis 790 000 t nur 602 548 t. Das Planziel für 1970, nämlich 1,3 bis 1,33 Mill. t, ist daher bereits aufgegeben, da verschiedene Großobjekte nicht rechtzeitig beendet werden konnten oder die geforderten Parameter der Produktion nicht erreicht wurden. Realisiert wurden 1969 nur 720 000 t, für 1970 gelten nun 947 000 t als Planziel.

Dies gilt zwar auch für einige andere chemische Fabriken, doch ist die Bedeutung des Rückstandes bei der Produktion von Kunstdünger am größten, weil dadurch auch die Versorgung der Landwirtschaft gefährdet wird. Diese sollte nämlich laut Fünfjahrplan im Jahre 1968 bereits 756 00 t Kunstdünger (Reinnährstoff) erhalten, was gerade der im Plan für dieses Jahr vorgesehenen Mindesterzeugung entspricht. Die Nichterreichung dieses Zieles muß daher zu einer Kürzung der Düngerzuteilung oder zu Importen führen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Obwohl der Fünfjahrplan zu einer Zeit beschlossen wurde, in der das erste Planjahr schon zur Hälfte verstrichen war und die Aufgliederung der Planziele auf Einzeljahre als besonderer Vorzug hervorgehoben wurde, sah sich Ceauşescu schon zu Jahresschluß veranlaßt, eine Planrevision der Jahresziele für 1967 anzukündigen, und zwar sowohl zur Förderung der Konsumgüter, wie auch der schon bisher besonders forcierten Industriezweige. Dies wiederholte sich 1968, z. T. aber auch unter Herabsetzung der Planaufgaben, wodurch die Verbindlichkeit des Fünfjahrplanes in Frage gestellt wurde.

Ein Vergleich der Planziffern, die sich für das Jahr 1968 auf Grund der Planzahlen des Fünfjahrplanes für dieses Jahr ergeben, mit den für das Jahr 1968 später tatsächlich festgesetzten (in nachstehender Tabelle als „Plan 1968 revidiert" bezeichnet) zeigt, daß diese Planzahlen für die so geförderte chemische Industrie herabgesetzt werden mußten, insbesonders bei Kunstdünger und bei Kunststoffen, weil die vorgesehenen Investitionen und Kapazitäten nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnten. Daher kam es bereits Ende 1967 zu mehrfachen drastischen Beschlüssen, welche eine beschleunigte Durchführung der Investitionen bezwecken und die bei Reifen und Kautschuk auch wirkungsvoll waren.

Bei Aufstellung des Jahresplanes kam es zu einer neuerlichen Revision der Planzahlen für das Jahr 1970, die mit Ausnahme von Kautschuk und Reifen meist nach unten erfolgte. Besonders auffällig ist der nicht behebbare Rückschlag im Kunstdüngerprogramm.

Tabelle 2

Planziele für die rumänische chemische Industrie 1970

	1967		1968			1970[a)]
	Plan	Effektiv	Plan	Plan revid.	Effektiv	laut Fünfjahrplan
Kunstdünger (100 v. H. Reinnährstoff) 1000 t	671	537	760—790	707	602,5	1300—1328
Synthesekautschuk 1000 t	50	51,3	50	52	53,9	60
Kunststoffe und -harze (100 v. H.) 1000 t	114,2	108	125—128,4	122,7	129,5	220—241,4
Chemiefasern und -garne 1000 t	54,1	47,3	57,0	54,35	53,5	75—83,5
Reifen, 1000 Stück	1600	1660	1670	1760	1828,7	2150
Papier, 1000 t	334	336	392	392	380,5	450

a) Die Ende 1969 neuerdings revidierten Planzahlen für 1970 sehen vor (in 1000 t): Kunstdünger 747, Kunstkautschuk (gleichbleibend) 60, Kunststoffe 222,8, Chemiefasern 71,8, Papier 437,1 und 2 442 000 St. Reifen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nachstehender Überblick soll die wichtigsten Investitionen zur Erreichung der industriellen Zielsetzungen, und zwar vor allem in der chemischen Industrie, zeigen. In den letzten Jahren wurden bis 1966 fünf Großkombinate für die Stickstoffdüngererzeugung in Betrieb gesetzt, darunter das Kombinat in Piatra Neamţ mit einer Kapazität von 140 000 jato Ammoniak, 210 000 jato Ammonsalpeter und 20 000 jato Harnstoff. Zugleich mit der Errichtung der Stickstoffdüngemittelfabrik im Rahmen des Chemiekombinates Victoria wurde in Fagaraş eine moderne Fabrik für Ammoniumnitrat mit einer Kapazität von 100 000 jato dem Betrieb übergeben. Ende 1966 begann das Chemiekombinat in Craiova, dem das bereits erwähnte Wärmekraftwerk zugeordnet ist, mit einer Kapazität von 300 000 jato Ammoniumnitrat, 100 000 jato Harnstoff und 40 000 jato Ammoniaklösung den Betrieb. Die Ammoniakfabrik innerhalb dieses Kombinates wird mit den Abgasen versorgt, die in einer Azetylenfabrik mit einer Kapazität von 35 000 jato anfallen. Das erzeugte Azetylen bildet einen der Hauptrohstoffe für die Erzeugung eines reichen Sortiments an organischen Syntheseprodukten im Rahmen des gleichen Kombinates.

Zur gleichen Zeit wurde auch das Stickstoffdüngerkombinat in Tîrgu Mureş in Betrieb gesetzt. Es erzeugt 150 000 jato Ammoniumnitrat und 50 000 jato Ammoniaklösung. Bis 1968 erfolgte die Verdoppelung der Anlagekapazität, so daß hier 300 000 jato Ammoniumnitrat und 100 000 jato Ammoniaklösung erzeugt werden sollen.

Das ständige Anwachsen der Phosphordüngemittelproduktion bedingte auch die gleichzeitige Entwicklung der Schwefelsäureproduktion. Im Jahre 1965 wurden über 541 000 t Schwefelsäure in großen, modernst ausgestatteten Einheiten erzeugt, 1968 773 000. Unter anderem wurde die Produktionskapazität der Schwefelsäurefabrik in Valea Călugărească um das Vierfache vergrößert und gleichzeitig an eine moderne Einheit für Phosphordünger mit einer Jahreskapazität von 120 000 t angeschlossen (Schwefelsäureerzeugung 1969: 838 000 t).

Zu den neuen Einheiten der rumänischen Chemieindustrie, die 1966 angelaufen sind, zählen das Zellstoff- und Papierkombinat Dej, die Fabriken für Ammoniak, Ammoniumnitrat und die Anlagen für Ammoniakwasser im Stickstoffdüngerkombinat in Tîrgu Mureş, die Harnstoffabrik im Chemiekombinat Craiova, die Anlage für Phthalsäureanhydrid, die Fabrik für Äthylenoxyd und Glykole des Petrochemischen Kombinats in Ploieşti und die Gas-Rußfabrik des Chemiewerkes in Piteşti, das einer im Anlaufen befindlichen 3 Mill.-t-Raffinerie angeschlossen ist.

Im Jahre 1967 wurde diese umfassende Aktion fortgesetzt. Neue Industrieeinheiten nahmen den Betrieb auf, wie die dritte Methanolanlage im Chemiekombinat der Stadt Victoria, die Kapazitäten der ersten Bauetappe der Fabrik für Polyäthylensäcke des Kunststoffverarbeitungswerkes Jaşi und die Anlage für Aluminiumfluorid des Werks für Super-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

phosphat und Schwefelsäure in Năvodari. Die Produktionskapazität einiger bestehender Einheiten wuchs, wie bei der Zweiten Relonfabrik in Săvineşti und einem Werk für Sodaerzeugnisse in Ocna Mureş, mit einem Zuwachs um 50 000 t. Verzögert haben sich die Bauarbeiten im Kunstdüngerwerk Turnu-Măgurele (Jahreskapazität von je 300 000 t Stickstoff- und Phosphordünger). Dazu kommt der vor dem Abschluß stehende Bau in Piteşti, wo eine der Haupteinheiten der petrochemischen Industrie entsteht (100 000 jato Äthylen, 50 100 jato Propylen und Akrylnitrilanlage[36].

Insgesamt soll sich die Produktion der chemischen Industrie während der Planperiode bis 1970 auf das 2,5fache des Jahres 1965 erhöhen und sich 1971/1975 beinahe verdoppeln.

Es werden 30 neue Werke für die chemische Industrie gebaut werden; besonders gefördert wird die Erzeugung von synthetischen Fasern, so daß 83 v. H. des Verbrauches an Chemiefasern 1970 aus eigener Produktion gedeckt werden können. Der Export von petrochemischen Chemikalien wird sich in dieser Zeit verdreifachen und eine Milliarde Valutalei erreichen. Davon werden Neuanlagen allein Exporte von 800 Mill. Valutalei ermöglichen, einige neue Werke werden ausschließlich für den Export arbeiten. Der Anteil der Chemieproduktion am Gesamtexport sollte sich von 9 v. H. auf 15,5 v. H. erhöhen, was nicht erreicht wird (Anteil 1969: 11 v. H.).

Im Zuge der vorgesehenen Schwerpunktbildung für Investitionen und Produktionssteigerung ist neben dem bereits erwähnten Ausbau der Öl-, Stahl- und chemischen Industrie weiter vorgesehen: Die Produktion von Elektro- und Wärmeenergie wird in rascherem Tempo steigen als die der gesamten Industrie. 1970 wird das 1,8fache bis 1,9fache der Stromerzeugung des Jahres 1965 erreicht, und zwar 33 bis 34 Mrd. KWh (1969: 31,5 Mrd. KWh), während die durch Fernheizung verteilte Wärmeenergie sich auf rund 35 Mrd. Gcal erhöhen wird. Es werden technisch hochstehende große Energieblöcke mit einer Gesamtleistung von 4000 MW installiert, um 2,2mal mehr als in den vorangegangenen fünf Jahren. Ferner werden neue Heizkraftsätze mit einer Leistung von mindestens 1100 MW in Betrieb genommen, da man der Entwicklung der Fernheizung besondere Bedeutung schenkt.

Die Produktion der Buntmetallurgie wird dank der Entwicklung des Bergbaus und der komplexen Verwertung von Konzentraten und Bauxit in den neuen, in der Zeit des Sechsjahrplans (vor 1966) gebauten metallurgischen Werken, deren Kapazität erhöht werden soll, sowie durch Bearbeitung der NE-Metalle, um rund 45 v. H. ansteigen.

---

[36] C. *Scarlat:* Industria chimică — ramură de bază şi eficientă a economiei româneşti. In: Probleme economice, 1969, Nr. 2, S. 14. Der Bau des petrochemischen Kombinates Piteşti begann 1966—1970 nach Inbetriebnahme des Pyrolysekomplexes, der Polyäthylen- und Akrylnitrilfabrik. Die Polyäthylenfabrik wird nach einer ICI-Lizenz arbeiten. Aus dem Akrylnitril werden PAN-Fasern

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Produktion von Baryt, Kaolin, Diatomit u. a. wird bedeutend erhöht werden. Es wird ein neues Werk zur Herstellung von Elektroden gebaut und die Produktion von Schleifmitteln erhöht.

Die Produktion des Maschinenbaus sollte nach den Direktiven bis 1970 um rund 75 v. H. anwachsen, was nun auf (mindestens) 80 v. H. erhöht ist. Etwa zwei Drittel der für die Ausstattung der Wirtschaft notwendigen Maschinen, Ausrüstungen und Einrichtungen werden aus der inländischen Produktion kommen. Es sind Energiesätze für Industrie-, Heiz- und Wasserkraftwerke mit einer Leistung von 1,2 Mill. kW in Fertigung zu nehmen. Die Produktion von Verkehrsmitteln, insbesondere von Lokomotiven, wird 1970 gegenüber 1965 auf fast das 1,8fache steigen[37].

Um den immer höheren technischen und qualitativen Ansprüchen aller Volkswirtschaftszweige zu genügen, wird die Produktion der elektrotechnischen Industrie eine Jahreszuwachsrate von mehr als 16 v. H. verzeichnen. In den Electroputere-Werken Craiova wird eine neue Fabrik für Hochspannungszubehör gebaut, und es werden neue Gerätemuster in Fertigung genommen. Eine bedeutende Steigerung der Produktion von elektrotechnischem Material ist vorgesehen; die Kraftkabel- und Signalkabelproduktion wird verdoppelt, die Telefonkabelerzeugung steigt auf mehr als das neunfache, die Akkumulatorenproduktion auf das 2,5fache, die Produktion von Keramikisolatoren auf das dreifache, von Fernsehgeräten auf das 2 bis 2,5fache, von Kühlschränken auf das 1,8fache, und die Produktion von Elektroisolationsmaterital wird modernisiert[38].

5. Planung und Finanzierung der Investitionen

Das Fehlen einer Volkseinkommensrechnung erlaubt es nicht, die Bedeutung der Investitionstätigkeit für die rumänische Wirtschaft klar zu erkennen. Es kann aber nicht daran gezweifelt werden, daß sich die Investitionen, gleichgültig wie sich die Preisbasis gestaltet, rascher entwickelt haben als das Volkseinkommen. Nimmt man das Jahr 1950 mit 100 an, so zeigen die vorliegenden relativen Zahlen, daß das Volkseinkommen bis 1967 auf das 4,9fache gestiegen ist, die Industrieproduktion auf das 7,2fache, die Investitionen aber auf das zehnfache. Ähnliche Werte erhält man auch, wenn man das Jahr 1960 als Ausgangspunkt nimmt und die Zeit bis zum Jahr 1965 untersucht, also eine mit dem Fünfjahrplan vergleichbare Zeitperiode. Dann stieg das Volkseinkommen nur um 54 v. H., die Industrieproduktion aber um 91 v. H.; das Volumen der Investitionen ist aber im Gegensatz zur gesamten Nachkriegsperiode

---

nach dem Badger-Sohio-Verfahren hergestellt werden. Rumänischer Außenhandel, 1969, Nr. 1, S. 17.

[37] Diese Angaben haben die Direktiven zur Grundlage, da die nachfolgenden Planrevisionen im allgemeinen darüber keine Aussagen machen.

[38] Richtiggestellte Planziele für Fernsehgeräte und Kühlschränke in Tab. 8.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

etwas langsamer gewachsen als die Industrieproduktion, nämlich nur um 89 v. H.

Es ist also in dieser Hinsicht eine kleine Verbesserung in der Wirksamkeit der Investitionen eingetreten — wohl unter dem Einfluß vorausgehender Großinvestitionen —, die sich aber in den ersten abgelaufenen Jahren des neuen Fünfjahrplanes nicht durchsetzen konnte. Denn 1966 bis 1968 stieg das Investitionsvolumen um 45 v. H.[39], die industrielle Bruttoproduktion jedoch um 41 v. H. Diese Periode ist jedoch noch zu kurz, um Aufschluß über den Fortgang des Fünfjahrplanes zu geben.

In der ursprünglichen Fassung des Fünfjahrplanes war ein Anstieg der Investitionstätigkeit um 50 v. H. gegenüber den zurückliegenden Jahren 1961/1965 vorgesehen, so daß es bei einem beträchtlichen Abstand zwischen dem Zuwachs von Volkseinkommen (+ 40 v. H.) und Investitionsvolumen geblieben wäre. Ebenso wäre die Industrieproduktion (+ 65 v. H.) wesentlich rascher gestiegen als die Investitionen. Die revidierte Fassung hat zwar an dieser grundsätzlichen Relation nichts geändert, aber unter gleichzeitiger Hinaufsetzung des Zuwachses für das Volkseinkommen auf rund 45 v. H., wird der Zuwachs der industriellen Bruttoproduktion auf 66 bis 73 v. H. erhöht, jener der Investitionen auf das 1,66fache. Wenn also in der ursprünglichen Fassung des Planes die Industrieproduktion um 15 Punkte rascher wachsen sollte als die Investitionen — die Zuwachsrate für die Industrieproduktion war um 30 v. H. höher geplant als jene für das Investitionsvolumen —, so ist nun trotz erhöhter Zuwachsziele für Investitionen und Industrieproduktion diese Spanne auf 0 bis 7 Punkte gesunken. Angaben über die Konsumentwicklung werden nicht gemacht, der Reallohn soll um 25 v. H. steigen; er stieg jedoch 1966/67 nur um (zusammen) 8 v. H. Nur gelegentlich wird erwähnt, daß der revidierte Fünfjahrplan mit einer Akkumulationsrate von 28,5 v. H. rechnet[40], die auch für Oststaaten ziemlich hoch ist.

Es ist festzuhalten, daß die Planangaben sich ausschließlich auf den Investitionsaufwand aus den zentralisierten Staatsfonds beziehen, durch die aber in den Jahren 1961/1965 rund 90 v. H. der gesamten statistisch erfaßten Investitionstätigkeit finanziert wurden, in die allerdings die Privatinvestitionen der Bevölkerung nicht eingeschlossen sind. Da aber die gesamte Landwirtschaft, mit Ausnahme von 9 v. H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche, zum sozialistischen Sektor gehört (1966), die

---

[39] Dieser Angabe liegen nur die Investitionen aus zentralisierten Staatsfonds zugrunde, doch zeigen die Gesamtinvestitionen 1966/67 eine analoge Entwicklung, die auch 1968 angehalten haben wird.

[40] *Ceauşescu*, Schlußwort, S. 5. — Die Akkumulationsrate (Anteil der Nettoinvestitionen und Vorratsbildung am Volkseinkommen) bewegte sich 1966—1970 (Plan) zwischen 27,5—30 v. H., womit ein Wachstum der Industrieproduktion um 11—14 v. H. erzielt wurde. Auch künftig sollen die Investitionen um 1—2 Punkte schneller als die Produktion bzw. um die Hälfte rascher als das

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

übrige Wirtschaft fast durchwegs ebenfalls in staatlichen oder genossenschaftlichen Händen liegt, so können die privaten Investitionen mit etwa 7 v. H. Anteil an allen Investitionen vernachlässigt werden. (Nur 0,2 v. H. des Volkseinkommens stammen aus der gewerblichen Privatwirtschaft.) Immerhin ist es möglich, daß die private Bautätigkeit größeren Umfang annimmt, wenn wieder, wie etwa im Fremdenverkehr, private Betriebe geduldet werden. Auch sollen die Dienstleistungen an die Bevölkerung verbessert werden, und man ist geneigt, auch Zuwendungen an die privaten Landwirte vorzunehmen. Mit dieser Einschränkung kann aber gesagt werden, daß die im Plan vorgesehenen Investitionsziele bestimmend für die Volkswirtschaft sind.

Bei der infolge der Planrevision vorgenommenen Erhöhung der vorgesehenen Investitionssummen von 250 bis 260 Mill. Lei auf 280,5 Mill. Lei, ist der Anteil der Industrie mit 55,8 v. H. nur geringfügig gegenüber dem Anteil von 56,5 v. H. nach der ursprünglichen Planannahme zurückgegangen, obwohl die Industrieinvestitionen noch immer etwas rascher wachsen sollen als das Gesamtvolumen der Investitionen (Zuwachs auf das 1,7fache). Dieser Anteil der Industrie ist jedoch höher als in den beiden vorausgehenden Fünfjahresperioden, wo er um 50 v. H. schwankte, und entspricht wieder den Sätzen der Jahre 1951/1957, als — noch in der stalinistischen Epoche — 58 v. H. erreicht worden waren. Da man ein hohes Zuwachstempo für die landwirtschaftliche Produktion erwartet, übertrifft der Zuwachs ihrer Investitionen mit 39,5 v. H. den Durchschnitt der letzten Fünfjahrperiode, in der er (1961/65) 19,5 v. H. erreicht hatte. Der Anteil der Landwirtschaft an den Investitionen überbietet aber mit 13 v. H. nur wenig jene 10 v. H., die ihr in der stalinistischen Zeit gewidmet waren. Für Unterricht, Kultur, Wissenschaft und Gesundheitsschutz blieb wie bisher ein Anteil an den Investitionen von rund 3 v. H. Überdurchschnittlich, nämlich auf das 1,84fache, steigen die Aufwendungen für Verkehrs- und Fernmeldewesen, eine Steigerungsrate, die ähnlich bereits in den Plandirektiven enthalten war. Eine niedrige Steigerungsrate erreicht aber im revidierten Plan das Wohnbauwesen und die Kommunalwirtschaft, für die zunächst nur eine Steigerung auf das 1,3fache vorgesehen war, die dann auf nominell das 1,39fache erhöht worden ist, tatsächlich aber nur das 1,24fache erreicht.

Die Erweiterung der Industrieproduktion geht also zunächst zu Lasten des öffentlichen Wohnungsbaus der kommunalen Wirtschaft, so daß erwartet werden kann, daß möglicherweise der Privatbau etwas zunehmen wird. Merkwürdigerweise fehlt im Plangesetz ein Kapitel, das in den Plandirektiven als „Bauindustrie, Forstwirtschaft, Handel, Güterlage-

---

Volkseinkommen wachsen, was zwar den bisherigen Relationen entspricht, aber Strukturverschiebungen nicht berücksichtigt. M. *Florescu* in Probleme economice 1970, 3, S. 81 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rung und andere Volkswirtschaftszweige" bezeichnet worden war und für das eine Steigerung auf das 1,3fache, nämlich auf 14 Mrd. Lei vorgesehen war. Nimmt man an, daß für diese Zwecke die nicht aufgegliederten Restgrößen des neuen Investitionsplanes bestimmt sind, die 22,9 betragen, so führte die Planrevision zu einer Mehrdotierung dieser Gruppe um mehr als die Hälfte der ursprünglich vorgesehenen Summe, während sich für die Industrie nur 8 v. H. zusätzlich Investitionsmittel ergeben.

Da in einer weiten Detailgliederung für das öffentliche Bauwesen (also ohne Wohnbauten) etwa die gleichen Investitionssummen wie in der vorausgehenden Fünfjahrperiode ausgewiesen werden, nämlich 6,6 Mrd. Lei gegenüber 6,7 Mrd., und die Aufwendungen für den Handel mit 5,9 Mrd. Lei nur um 1,4 Mrd. Lei gestiegen sind, da ferner die Forstwirtschaft nur geringe Investitionen erfordern kann und auf die Verwaltung in den vorausgegangenen 5 Jahren nur ein Investitionsaufwand von 1,1 Mrd. Lei entfällt, muß der unaufgeklärte Rest von fast 9 Mrd. Lei für andere Investitionszwecke bestimmt sein, was an verstärkte Rüstungs- oder ähnliche Aufwendungen denken läßt.

Andererseits wird darüber geklagt, daß die Investitionen für Wissenschaft und Forschung absolut ungenügend seien. Ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen erreicht in der neuen Planperiode nur 0,71 v. H. Ein höherer Anteil wäre aber erforderlich, um Rumänien nicht von der wissenschaftlich-technischen Revolution auszuschließen. Es wird kritisiert, daß dieser Anteil in den übrigen sozialistischen Ländern schon in der vorangehenden Fünfjahrperiode (1961/1965) wesentlich höher war, so in Bulgarien 4 v. H., in der ČSSR 4,9 v. H. und in der UdSSR 6,2 v. H. der Investitionen. Der Anteil des eigentlichen Forschungspersonals am Gesamtstand der in der wissenschaftlich-technischen Forschung Beschäftigten wird mit 29 v. H. als zu gering bezeichnet[41].

Die überragende Bedeutung der durch den Staat finanzierten Investitionen ergibt sich daraus, daß nicht nur das Finanzwesen beim Staate zentralisiert ist, so daß die öffentlichen Verwaltungskörper nur vom Staatsbudget abgezweigte Mittel erhalten, sondern daß andere Finanzierungsquellen für die Wirtschaft neben jenen des Staates völlig zurücktreten. Denn die Investitionstätigkeit der Genossenschaften ist bescheiden und wird durch Staatskredite unterstützt.

Eine Zusammenstellung, welche auch die private Hausbautätigkeit einschließt und die durch staatliche Kredite finanzierten Investitionen der landwirtschaftlichen Genossenschaften diesen zuweist, kommt zu dem Ergebnis, daß von 1950 bis 1965 92,2 v. H. der Investitionen vom sozialistischen Sektor durchgeführt wurden (86,3 v. H. durch den Staat, 5,9 v. H.

[41] T. *Brateş:* Unele aspecte ale planificării cercetării ştiinţifice. In: Probleme economice, 1968, Nr. 6, S. 13.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

durch Genossenschaften), so daß für den privaten Wohnbau nur mehr 7,8 v. H. der Investitionen übrigblieben; dieser Anteil ist in der Periode 1960/1965 auf 6,6 v. H. gesunken. Neben dem Bau privater Wohn- und Wirtschaftsgebäude wird noch die Anlage von Wein- und Obstgärten als private Investition gebucht, die sogenannten „freiwilligen Leistungen der Bevölkerung", also unentgeltliche Massenarbeiten, kommen dagegen den staatlichen Investitionen zugute[42].

Diese Investitionstätigkeit umfaßt an sich nur wirtschaftliche Investitionen, und zwar die Schaffung von Anlagemitteln aller Art. Aber es zeigt sich, daß darin nicht nur produktive, sondern auch nichtproduktive Investitionen eingeschlossen sind. Der Anteil der eigentlich wirtschaftlichen Investitionen — nach der rumänischen Terminologie Investitionen in der Sphäre der materiellen Produktion einschließlich derjenigen Verkehrs- und Fernmeldeeinrichtungen, welche nichtproduktiven Zweigen und der Bevölkerung dienen — erreichte im Durchschnitt der Jahre 1950/1965 80 v. H. der Investitionen; von den somit verbleibenden 20 v. H. nicht produktiven Investitionen waren nur 4 v. H. sozial-kulturellen Zwecken gewidmet. Da bei dieser Aufschlüsselung auch der private Wohnbau miteingerechnet ist, so steigt, wenn nur die Investitionen des sozialistischen Sektors berücksichtigt werden, der Anteil der produktiven Sphäre auf 85 v. H.

Hatte die Industrie an den Gesamtinvestitionen (also einschließlich der privaten Wohnbautätigkeit) 1950/1965 einen Anteil von 47 v. H. — 1950 bis 1959 von 49 v. H. und 1960/1965 von 46 v. H. —, so steigt dieser Anteil an den staatlichen Investitionen allein für die gleiche Zeitperiode auf rund 54 v. H.[43] Dabei kam es aber innerhalb der einzelnen Industriezweige zu bemerkenswerten Umschichtungen. Hatte nämlich noch zu Beginn der fünfziger Jahre die Brennstoffgewinnung mit 49 v. H. im Jahre 1950 einen ausschlaggebenden Anteil an den Investitionen der Gesamtindustrie (einschließlich Bergbau), so ist dieser 1965 auf 19 v. H. gefallen. Dies geht offenbar auf verminderte Aufwendungen für die Ölindustrie zurück, die zu Beginn der Planwirtschaft noch einen immensen Nachholbedarf infolge von Kriegszerstörungen und eines forcierten Bohrprogrammes hatte und 1950 bis 1960 39 v. H. aller industriellen Investitionen beanspruchte, 1965 aber nur mehr 12 v. H. Dagegen hat sich der Anteil der Elektro- und Wärmeenergie an den Investitionen im gleichen Zeitraum fast verdoppelt, er stieg von 9,7 v. H. auf 18,3 v. H. Das gleiche gilt für die Eisenhütten (Anstieg von 6,7 auf 11,8 v. H.), während der Anteil des Maschinenbaues überraschend, nämlich von 10,4 v. H. auf 6,6 v. H., zurückgegangen ist (andererseits müssen dabei die veränderten Planpreise be-

[42] Investiţii-construcţii in Republica Socialista România, Bucureşti (1966), S. 32.
[43] Investiţii, a.a.O., S. 55, 57, 75 und 81.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rücksichtigt werden). Beträchtlich ist der Anstieg der Investitionen für die chemische Industrie, nämlich von 3,3 v. H. auf 12,5 v. H.; aber während im Jahre 1967 der Anteil des Maschinenbaues erheblich, nämlich auf 13 v. H. aller industrieller Investitionen gestiegen ist, ging jener der chemischen Industrie sogar auf 9,7 v. H. zurück. Die vorgesehene Schwerpunktbildung hat sich bis dahin demnach noch zugunsten der Chemie ausgewirkt, nicht zuletzt wegen der vielen noch nicht abgeschlossenen Investitionen in diesem Sektor.

Die Investitionen für die chemische Industrie stiegen bereits 1950 bis 1967 auf das 45fache, bei einer Erhöhung aller industriellen Investitionen nur auf das 11,2fache; sie wuchsen also viermal so schnell wie die Investitionen der Gesamtindustrie. 1960/1967 entfielen 29 Mrd. Lei bzw. 18 v. H. aller industriellen Investitionen auf die chemische Industrie, für die 183 Werke und neue Kapazitäten (Anlagen) errichtet wurden. Nach dem neuen Fünfjahrplan sollen 30 neue chemische Werke gebaut werden (118 Werke oder neue Kapazitäten wurden bereits 1966/1968 geschaffen), wozu 31,3 Mrd. Lei (andere Angaben 32 Mrd. Lei) verwendet werden. Dies entspricht einer Erhöhung der Investitionssumme um 45 v. H. gegenüber 1961/1965 bzw. einem Anstieg des Anteils auf 20 v. H. aller Investitionen für die Industrie. Die Hälfte der Investitionsaufwendungen ist für petrochemische Anlagen (ohne Raffinerien) bestimmt (1966 bis 1968: 55 v. H.)[44].

Der hohe Anteil der staatlichen zentralisierten Investitionen, neben denen erst seit 1960 auch solche aus nicht zentralisierten Fonds finanziert werden — 1960/1965 weniger als 3 v. H. —, macht die ausschlaggebende Bedeutung zentraler Investitionsentscheidungen im rumänischen System klar. Wieweit bisher die Betriebe über die Investitionen aus nicht zentralisierten Fonds hinaus aus selbständigen Quellen noch Investitionen tätigen konnten, ist nicht ganz klar, da zwar Amortisationsfonds der Betriebe gebildet wurden, die aber wegen unzureichender Amortisationssätze nur für Ersatzinvestitionen ausreichend sein konnten.

Daher gehörte es zu den Maßnahmen, die im Zuge der Reformbestrebungen eingeleitet wurden, daß mit dem 1. Januar 1969 eine Neubewertung des Anlagevermögens der Betriebe und eine Verkürzung der Amortisationsfristen, z. B. allgemein in der Industrie von 23,2 auf 17,9 Jahre, vorgenommen wurde. Dies ergibt allerdings noch immer reichlich lange Amortisationszeiten, welche nicht geeignet sind, die technische Erneuerung der rumänischen Industrie zu beschleunigen; andererseits sind dadurch die Rentabilitätsverhältnisse bei 59 v. H. der untersuchten Betriebe verschlechtert worden, so daß 110 von ihnen nicht mehr rentabel arbeiten können[45].

---

[44] C. *Scarlat*, a.a.O., S. 15 ff.

[45] Gh. *Siclovan* und R. *Katz:* Noi principii ale sistemului de amortizare a fondurilor fixe. In: Probleme economice, 1969, Nr. 1, S. 26—36.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Investitionspolitik wird auch weiterhin entscheidend vom Staat bzw. von der Partei getragen, und sie wird sich trotz der Erleichterungen, welche in den Experimentierbetrieben geschaffen wurden, auch weiterhin des Budgets bedienen. Doch hat man erkannt, daß die Beziehungen zwischen dem Budget und den Finanzen der Betriebe durch einen „exzessiven Zentralismus" gekennzeichnet waren, so daß der Versuch, Finanz- und Bankhebel anzusetzen, bisher nur beschränkt wirksam sein konnte[46].

Man ist auch nicht bereit, die Bedeutung des Planes für die gesamte Wirtschaft in Frage zu stellen, sondern räumt ihm auch weiterhin die wichtigste und führende Rolle in der Wirtschaftsentwicklung ein[47]. Aber Schwierigkeiten bei der Durchführung der Investitionspläne sind mit ein Grund dazu geworden, eine Steigerung der Wirksamkeit der Investitionen zu fordern und organisatorische Reformen einzuleiten.

6. Wirtschaftliche Reorganisationsmaßnahmen

Die Sozialistische Republik Rumänien nimmt — auch abgesehen vom Wirtschaftswachstum — unter den Planwirtschaftsstaaten eine eigenartige, besondere Rolle ein. Rumänien hält nämlich noch weitgehend an den Grundsätzen der zentralen Planwirtschaft fest[48]. Es sind zwar Ansätze zu Reformen zu verzeichnen, aber diese haben bisher bei weitem noch nicht das Ausmaß wie in anderen sozialistischen Staaten erreicht, da sich Rumänien weniger von dem sowjetischen Wirtschaftsmodell der frühen sechziger Jahre entfernt hat.

Im Dezember 1967 wurden zwar die „Direktiven zur Vervollkommnung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft" zugleich mit einer administrativen Neueinteilung des Landes beschlossen und seither wiederholt, vor allem durch lohnpolitische Maßnahmen, ergänzt, doch handelt es sich dabei um eine Reorganisation, die nicht die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit umfaßt und die die zentralen Planungsgrundlagen kaum ab-

---

[46] V. *Porumbescu* - I. *Predoi:* Unitatea dintre teoria şi practica planificării socialiste. In: Probleme economice, 1968, Nr. 1, S. 32.

[47] In dem Bericht über die Direktiven des Parteitages für die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes 1971/75 erklärte Gh. *Maurer,* daß eine Intensivierung aller Anstrengungen für die Planung erfolgen müsse, so daß die Pläne auf realen Grundlagen perfektioniert und mit den technisch-wirtschaftlichen und menschlichen Voraussetzungen synchronisiert werden. Man versucht also, die Planung zu verbessern, ohne an ihr zu rütteln, und glaubt, den Weg dazu in der Anwendung der Grundsätze des „demokratischen Zentralismus" gefunden zu haben, wonach gewisse Kompetenzen von der Zentrale an die Betriebe abgegeben werden. Dadurch sollen die Ministerien mehr Möglichkeiten als bisher finden, sich um die grundsätzlichen Fragen der Planung der einzelnen Wirtschaftszweige zu kümmern.

[48] *Ceauşescu,* Schlußwort, S. 7. — Einen allgemeinen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung und die Reformbewegung in Rumänien enthält das Sammelwerk *Thalheim-Höhmann:* Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Köln 1968 (Beitrag: C. D. *Rohleder).* Ferner die Beitragsfolge von W. *Linder* in der Neuen Zürcher Zeitung, Herbst 1969: Rumänien — gehorsamer oder unbotmäßiger sozialistischer Partner, und von K. *Wessely* an gleicher Stelle.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schwächte. Es besteht auch bisher kein Programm zu einer umfassenden Reform durch Stärkung der Marktelemente.

Das wirklich erreichte Ausmaß der Reorganisationstätigkeit ist aber auch deswegen schwer abzuschätzen, weil darüber nur wenig Berichte in die Öffentlichkeit dringen, die ökonomische Diskussion entweder fehlt oder nicht öffentlich geführt wird, die politische und wirtschaftstheoretische Literatur meist nur Einzelheiten herausgreift, sich noch der Formeln, Floskeln und verbaler Wendungen bedient, die in anderen sozialistischen Staaten als überwunden gelten, und sich kaum mit grundsätzlichen Überlegungen befaßt.

Bei der Vorbereitung des laufenden Fünfjahrplanes stellte man sich zwar das Ziel der beharrlichen Fortsetzung der sozialistischen Industrialisierung des Landes mit vorrangiger Entwicklung der Erzeugung von Produktionsmitteln, mit weiterer Steigerung und Vervollkommnung der Konsumgüterproduktion, der Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse und der Förderung des technischen Fortschrittes in allen Tätigkeitsbereichen, der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Produktionskosten, begnügte sich aber mit der allgemeinen Forderung, bessere technische und ökonomische Kennziffern durch Vervollkommnung der Verfahrenstechnik zu erreichen.

Zu diesem Zweck wurde auch ein Programm entwickelt, wonach die Arbeitsproduktivität je Lohnempfänger in der gesamten Industrie während der Planperiode um 40 v. H. steigen sollte (im Plangesetz erhöht auf 40 bis 44,9 v. H.), womit also zwei Drittel des Gesamtzuwachses der Industrieproduktion bestritten werden sollten. Während des abgelaufenen Sechsjahrplanes war dagegen eine Produktivitätssteigerung in der Industrie um 61 v. H. erzielt worden. Das geplante Wachstum der Produktivität wird demnach wegen der abgeflachten Produktionszunahme verlangsamt. Dabei wurden 1959/1965 rund 1,3 Mill. Lohnempfänger in den Arbeitsprozeß eingegliedert, während es nach dem neuen Fünfjahrplan nur 0,9 Mill. sein werden — eine Zahl, die zwar noch immer sehr hoch ist, aber hinter den Anforderungen des abgelaufenen Sechsjahrplanes zurückbleibt (Jahresdurchschnitt 217 000 bzw. 180 000 neueingegliederte Lohnempfänger). Weiteres Ziel des Planes ist eine Senkung der Betriebskosten der Industrie um rund 10 v. H., was aber auch unter den Ergebnissen des Sechsjahrplanes liegt, nach denen diese Selbstkostensenkung 18 v. H. betragen hatte.

Man hat also bei der Planaufstellung noch nicht verstanden, den gelegentlichen Hinweis zu realisieren, man wolle die „Hebel der materiellen Interessiertheit wirksam gebrauchen", um eine verbesserte Effektivität der Wirtschaft und Kapazitätsausnutzung zu erreichen.

Während bisher die Direktiven für die jeweilige fünf- bis zehnjährige Planperiode sehr allgemein gehalten waren, so daß zusätzliche konkrete

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Jahrespläne ausgearbeitet werden mußten, was insbesondere die langfristige Investitionstätigkeit und Standortwahl behinderte, berücksichtigt jedoch nun der neue Plan sowohl die langfristige Entwicklung als auch die Aufteilung der Produktionsziele auf einzelne Jahre, was als besonderer Fortschritt gewertet wurde, aber nicht die Notwendigkeit von Planrevisionen schon für 1967 ausschaltete. Im kommenden Fünfjahrplan ist aber diese Unterteilung nach Jahren wieder aufgegeben.

Bereits in seinem Referat vor dem Zentralkomitee der Rumänischen Kommunistischen Partei im Sommer 1966 hatte Ceauşescu darauf aufmerksam gemacht, daß bis zum 1. Juni 1966 bloß 31 v. H. des für das laufende Jahr geplanten Investitionsvolumens erreicht worden waren. Besonders groß waren die Rückstände bei der Beschaffung der Dokumentation und bei der Ausarbeitung der Projekte, und es zeigten sich organisatorische Mängel in der Tätigkeit der Baubetriebe. Der Parteichef forderte daher, den Baubeginn so rechtzeitig vorzubereiten, daß die wichtigsten Objekte der chemischen Industrie und der übrigen Schlüsselzweige der Industrie rechtzeitig fertiggestellt werden könnten. Trotzdem war gerade in der chemischen Industrie am Ende des Jahres 1967 die Lage nicht besser; die Qualität der Produktion war nicht zufriedenstellend und der Verbrauch an Rohstoffen höher als geplant. Bei einer Reihe von Bauvorhaben traten so schwerwiegende Hindernisse auf, daß sie mit den örtlichen Kräften nicht überwunden werden konnten. Es folgten langwierige Verzögerungen in der Plandurchführung, auch in anderen Industriezweigen[49]. Diese Klagen wiederholten sich aber auch 1969/70; Industrieproduktion und Volkseinkommen werden dadurch ungünstig beeinflußt.

Eine weitere Schwierigkeit ergab sich durch Duldung eines hohen Ausschußanteiles und durch die überaus großen Verluste, die aber eingeplant waren und im Jahre 1966 bei 1370 industriellen Erzeugnissen auftraten. Obwohl man 1966/1967 diese eingeplanten Verluste von 4 Mrd. Lei auf 3,4 Mrd. Lei senken wollte, war doch die Zahl der Betriebe, die mit Planverlusten arbeiten mußten, noch immer reichlich hoch. Ceauşescu kündigte daher vor dem Plenum des ZK (21. bis 23. Dezember 1966) in seinem Überblick über den Plan des kommenden Jahres 1967 an, daß es an der Zeit sei, diese Anomalie zu beseitigen, die er als eine schwerwiegende Erscheinung wirtschaftlicher Rückständigkeit bezeichnete.

---

[49] V. *Rausser:* Noile dimensiuni ale economiei româneşti în anul 1968. In: Probleme economice, 1968, Nr. 1, S. 12. Ebenso wurde im Bericht über die Plandurchführung 1968 auf die Nichteinhaltung von Fristen für die Inbetriebsetzung neuer Kapazitäten in der chemischen und Maschinenindustrie verwiesen und im Bericht über 1969 wiederholt. V. *Rausser* in: Probl. econ. 1970, 1, S. 5.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„Keine Wirtschaft kann sich gestatten, eine defizitäre Produktion zu organisieren, einige Betriebe auf Kosten anderer zu finanzieren. In der kapitalistischen Wirtschaft würde eine solche Produktion automatisch zum Bankrott führen." Deswegen wurde von Ceauşescu allgemein gefordert, die Lage in den mit Verlusten arbeitenden Betrieben zu analysieren und Pläne zur Umwandlung in rentable Betriebe aufzustellen. Ein Vergleich mit dem Arbeitsaufwand in vielen Betrieben des Auslandes zeige auch, daß dieser zu hoch sei, wozu die ziemlich große Anzahl nichtproduktiver Angestellter in Rumänien beitrage. Die Arbeitsproduktivität liege in Rumänien weit unter jener der fortgeschrittenen Länder und erreiche nur ein Drittel bis zur Hälfte der Produktivität in Frankreich, Italien und Westdeutschland. Mehr als die Hälfte der aktiven Bevölkerung, nämlich die Bauernschaft, arbeite nur mit einem Drittel der Normalarbeitszeit.

Deswegen forderte Ceauşescu Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität in den Betrieben und Wirtschaftseinheiten und gleichzeitig bessere Nutzung der Arbeitskräfte. Es habe sich auch als falsch erwiesen, zu wenig in der Landwirtschaft zu investieren, obwohl in dieser die Investitionsmittel rascher zurückfließen als in der Industrie; es sei ferner falsch gewesen, nicht die gesamte Landwirtschaft zu unterstützen, sondern nur die staatliche, obwohl auch der genossenschaftliche, ja sogar auch der private Landwirtschaftssektor der Unterstützung bedürften. Tatsächlich wurde auch im März 1967 eine Reihe von Organisationsmaßnahmen in der Landwirtschaft durchgeführt, die sich aber noch an Vorbilder in der Sowjetunion anlehnten und zunächst nur zu einer größeren Selbständigkeit der staatlichen Landwirtschaftsbetriebe führten[50].

Infolge der großen Unzulänglichkeiten bei den Investitionen wurde von Ceauşescu gefordert, die Entwurfsherstellung für Investitionen zu vereinfachen, weitere organisatorische Erleichterungen zu treffen und eine fristgerechte Fertigstellung von Investitionen zu ereichen, da die vorgesehenen Fristen ohnedies um 20 bis 30 v. H. länger als in anderen Staaten wären. Kritisiert wurde auch das Außenhandelsmonopol, dessen übertriebene Konzentration Schwierigkeiten schaffe. Daher sollten einige seiner Befugnisse den Ministerien und Wirtschaftsunternehmen (Industriezentralen, siehe S. 253) übertragen werden, ohne die Verantwortlichkeit des Außenhandelsministeriums für die einheitliche Durchführung der Außenhandelspolitik Rumäniens einzuschränken. Es zeichneten sich also bereits Reorganisationsschritte ab, die schon seit dem IX. Parteitag fällig waren, da damals die Notwendigkeit, die gesamte wirtschaftliche

[50] Es folgte dann aber auch die Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Genossenschaften unter einem Landesgenossenschaftsrat, womit Ansätze zu einer autonomen Landwirtschaftsorganisation und möglicherweise auch zu einer ständigen Interessenvertretung, etwa der Rollen der Gewerkschaften entsprechend, geschaffen wurden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tätigkeit zu heben, erkannt worden war. Wie Ceauşescu weiter mitteilte, wurden daher schon seit dem Sommer 1965 eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Tätigkeit auf dem Gebiete der Wirtschaft wie auch die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens zu verbessern. Angekündigt wurden: Neuerungen auf der organisatorischen, finanztechnischen, betriebswirtschaftlichen und arbeitswissenschaftlichen Ebene, wie sie etwa gleichzeitig auch in der Sowjetunion zur Diskussion gestellt wurden, ohne daß damit wie etwa in Ungarn oder in der ČSSR die bisherigen Grundsätze der Zentralplanung in Frage gestellt wurden.

Ähnlich wie in der ČSSR versuchte man zunächst in Experimentierbetrieben, und zwar 71 an der Zahl, ab Mitte 1967 neue Methoden der Betriebsführung und Planung zu studieren. In ihnen wurden zur Stimulierung einer größeren Effektivität eine Reihe der obligatorischen Kennziffern abgeschafft, die Kompetenzen der Betriebsführungen erweitert und das materielle Interesse der Belegschaft berücksichtigt, indem sie an den Resultaten teilhaben sollte, die durch ihre Mitwirkung an der Produktivität, der Wirtschaftlichkeit und an den finanziellen Ergebnissen der Betriebe erreicht werden. Dem sowjetischen Beispiel folgend ist für diese Betriebe als wichtigste Kennziffer die Menge der „realisierten" (d. h. abgesetzten) Ware ausschlaggebend (Verkauf und Höhe des Erlöses für die erzeugte Ware).

Das wichtigste Ergebnis dieses neuen Systems, wohl zurückzuführen auf ein verbessertes Prämiensystem und auf die Befreiung von der allzugroßen staatlichen Reglementierung, ist der in den Experimentierbetrieben günstigere Index der Kostensenkung, die im ersten Halbjahr 1968 statt 0,7 v. H. wie in der gesamten Industrie, 1,9 v. H. erreichte, so daß der Gewinnplan statt mit einer Übererfüllung um 0,2 v. H. wie in der Gesamtindustrie um 3,7 v. H. überboten wurde[51]. Man ist daher in Rumänien mit diesen Ergebnissen zufrieden und glaubt auf dem damit eingeschlagenen Weg fortschreiten zu können, wenn auch die Neuordnung der Experimentierbetriebe noch nicht allgemein übernommen wurde.

Für dieses Reformprogramm, das sich aber in einer Reorganisation erschöpft und nicht zu einer völligen Neuordnung der Wirtschaft führt, sind maßgebend die Direktiven des ZK „zur Vervollkommnung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft entsprechend den Bedingungen der neuen Etappe der sozialistischen Entwicklung Rumäniens", worüber Ceauşescu auf der sogenannten Landeskonferenz, in ihrer Bedeutung einem Parteitag entsprechend, im Dezember 1967 referierte[52]. Ein Gesetz

[51] Gh. *Stoica:* Rezultate ale experimentării unor măsuri de creştere a eficienţei activităţii economice a întreprinderilor. In: Probleme economice, 1969, Nr. 1, S. 38.

[52] Bericht über die Maßnahmen zur Vervollkommnung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft und zur Verbesserung der administrativ-territorialen Organisation Rumäniens, erstattet von N. Ceauşescu. Agerpres, Dezember 1967.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Großen Nationalversammlung ermächtigte den Ministerrat anschließend, binnen zwei Jahren die entsprechenden Beschlüsse zu fassen. Aber obwohl schon manche Maßnahmen durchgeführt wurden, wie die Einrichtung der Direktionskomitees, die Abhaltung von Betriebsversammlungen und Lohn- und Rentenerhöhungen, gehen die Experimente weiter[53].

Die materiellen Ziele des laufenden Fünfjahrplanes wurden von der Landeskonferenz nicht abgeändert, wohl aber die Organisation der Wirtschaftslenkung, indem den Betrieben größere Befugnisse und Rechte eingeräumt werden sollen; dazu gehört auch die Verfügung über die notwendigen materiellen und finanziellen Mittel. Die Betriebe werden aber entsprechend den Forderungen der Produktionskonzentration in größere Unternehmen zusammengefaßt, die selbständige Wirtschaftseinheiten und die eigentlichen Planträger mit entsprechenden materiellen und Geldmitteln sind. Dies sind die *„Industriezentralen"*, die einen Teil der Befugnisse der Ministerien übernehmen, die Tätigkeit der ihnen zugehörenden Betriebe kontrollieren, für die Erfüllung der Investitionspläne sorgen und Proportionen und Entwicklungsniveau der Wirtschaft im Einklang mit den Erfordernissen der Volkswirtschaft gewährleisten sollen. Kollektive Leitungsorgane der Betriebe (Direktionskomitees) sollen für die Beseitigung von Willkür bei Entscheidungen sorgen, ohne daß aber die Direktoren ihrer Verantwortung enthoben sind. Es wird in ihnen auch eine Generalversammlung der Lohnempfänger mit einem Mitbestimmungsrecht im Sinne eines „sozialistischen Demokratismus" vorgesehen.

Die Durchführung dieses Hauptstückes der Reorganisation der Wirtschaftsleitung begann erst Mitte 1969. Es ist daher auch nicht geklärt, ob die neuen Zentralen echte Leitungsspitzen in Form von Konzernen oder Trusts wie in der ČSSR oder mehr Koordinierungsstellen sein werden wie in Jugoslawien. Da aber diese Zentralen auch gewisse Außenhandelsbefugnisse erhalten sollen, ist auch dieser Teil der Reorganisation noch völlig in der Schwebe und die angekündigte Lockerung des Außenhandelsregimes noch nicht eingetreten. Zu Jahresschluß 1969 wurde die Frist für die Erprobung aller dieser Einrichtungen um ein Jahr verlängert.

Die Direktionskomitees sind zwar bereits in den Einzelbetrieben gebildet (oder in Errichtung begriffen), aber noch nicht für die Zentralen eingesetzt, obwohl auch dort die „kollegiale Leitung" vorgesehen ist. Ceauşescu deutete im übrigen an, daß man über die Direktionskomitees

---

[53] *Ceauşescu's* Rede auf der Wahlversammlung in Bukarest, 28. 2. 1969. Ab 1. 4. 1969 wurden den Ministerien und Betrieben erweiterte Befugnisse für die Erprobungszeit der Maßnahmen zur Vervollkommnung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft gewährt, wonach sie Planaufgaben abändern dürfen, um in größerem Maße und wirksamer (operativer) den Anforderungen der Volkswirtschaft und Bevölkerung nachkommen zu können. Scînteia, 10. 4. 1969.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

erst Erfahrungen sammeln müsse und sie sich zu bewähren hätten. Auch die Umstellung auf die „realisierte Produktion“ als Hauptkennziffer ist noch nicht abgeschlossen.

Vorgesehen ist eine Ausweitung der Kreditgewährung für die Wirtschaftstätigkeit, es wird auch von Zinsen gesprochen, ferner von der Finanzierung von Investitionen sowohl aus Eigenmitteln der Wirtschaftseinheiten (Gewinnen) als auch durch Bankkredite. (Überplanmäßige Reingewinne können teilweise auch für Prämien verwendet werden.) Aber „die Investitionen zum Bau neuer Betriebe, Kombinate und Werke sowie jene für einen umfassenderen Ausbau der bestehenden Betriebe werden auch weiterhin aus dem Staatshaushalt finanziert. Auf diese Weise leitet der sozialistische Staat, zentralisiert die großen materiellen Aufwendungen des wirtschaftlichen Aufbaus und bestimmt die Hauptrichtungen der Durchführung des Investitionsplanes, von dem der rasche Fortschritt des Landes abhängt“[54].

Die Entscheidungen über die größeren Investitionsprojekte verbleiben also auch weiter in Händen des Staates und werden, ebenso wie die Proportionen der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung, von der Zentrale festgelegt, deren Vorstellungen über das Wirtschaftswachstum durch den Plan realisiert werden. Die Stellung der Betriebe scheint zwar eine freiere zu sein als in der Sowjetunion, auch das in Aussicht gestellte Mitbestimmungsrecht der Belegschaft geht weit über das hinaus, was man sich in dieser Hinsicht in der Sowjetunion vorstellen kann. Es scheint aber zunächst mehr ein Versprechen und jedenfalls keine Selbstverwaltung nach dem Muster Jugoslawiens zu sein, obwohl gerade in der letzten Zeit, wohl ausgelöst durch die Prager Krise, die demokratische Note betont wird. Es ist aber nicht daran gedacht, den progressiveren Reformstaaten darin zu folgen, daß auch das Marktgeschehen wirtschaftliche Entscheidungen mitbeeinflussen soll.

Ceauşescu sagt vielmehr ausdrücklich: „Die Maßnahmen zur Vervollkommnung der Volkswirtschaftsplanung zielen darauf ab, die Rolle des Plans bei der Lenkung sozial-ökonomischer Prozesse unter Berücksichtigung der Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Wirtschaft sowie der Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung auf Weltebene zu festigen[55].“ Auch die für die Industriezentralen noch verbleibenden Planindizes und verpflichtenden Aufgaben, die ihnen vom Staatsplan vorgeschrieben werden, stellen — auch wenn materielle Produktionsauflagen eingeschränkt werden sollten — nach wie vor eine strenge Kon-

---

[54] *Ceauşescu's* Bericht über die Maßnahmen zur Vervollkommnung der Leitung und Planung . . . , S. 60.

[55] Die Direktiven des Zentralkomitees der Rumänischen Kommunistischen Partei zur Vervollkommnung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft entsprechend den Bedingungen der neuen Etappe der sozialistischen Entwicklung Rumäniens. 5. und 6. 10. 1967, Agerpres.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

trolle über die Betriebstätigkeit dar und legen ihr planmäßiges Vorgehen innerhalb der vom Staatsplan festgelegten Wachstumsziele, Proportionen und Wirtschaftspolitik fest.

Die Zentralen werden den Industriebetrieben die sich aus dem Staatsplan ergebenden verpflichtenden Aufgaben zuteilen, die durch folgende Kennziffern charakterisiert werden:

Bruttoproduktion, Warenproduktion sowie die Produktion in naturaler Ausdrucksform für eine Reihe von Erzeugnissen
Volumen der Lieferungen an den „Marktfonds" und für Export
Haupterzeugnisse, die an andere Betriebe für den „produktiven Konsum" zu liefern sind
Durch den Staatsplan und die Konsumnormen gewährleistete hauptsächliche Roh- und Hilfsstoffe aus dem Inland oder Import
Arbeitsproduktivität
Gesamtlohnfonds
Maximale Zahl der Lohnempfänger
Durchschnittslohn
Kosten je 1000 Lei Warenproduktion und Gestehungskosten der hauptsächlichen Erzeugnisse
Volumen der Akkumulation, die angesichts der zur Verfügung stehenden fixen und Umlaufsfonds erzielt werden muß
Volumen der Überweisungen an den Staatshaushalt
Investitionsvolumen und Liste der Investitionstitel

Reserviert steht Ceauşescu auch dem Marktgeschehen gegenüber; er anerkennt zwar das Wertgesetz, womit er indirekt die Berücksichtigung der Preisbildung nach ökonomischen Kriterien zugesteht, sieht auch im Preissystem ökonomische Hebel, so wie sie im Finanzsystem bei der Ausnützung von Krediten oder des Gewinnes gegeben sind. Ausdrücklich wendet er sich aber gegen die Anerkennung der spontanen Erscheinungsformen des Wertgesetzes und den Versuch, es ausschließlich dem Markt zu überlassen, den gesellschaftlichen Bedarf festzulegen. Das hieße „auf einen der wichtigsten Vorzüge der neuen Gesellschaftsordnung zu verzichten, auf die bewußte Lenkung der Wirtschaft zum Zweck der rationellen Nutzung aller Ressourcen des Landes und der Befriedigung der allgemeine Interessen des Volkes"[56]. So wird der Markt zwar nicht gänzlich ausgeschaltet, spielt aber doch nur eine ganz untergeordnete Rolle.

Es findet aber nichtsdestoweniger in Rumänien eine nichtoffizielle Diskussion über das Verhältnis zwischen Produzenten und Konsumenten statt, also über die Marktbeziehungen[57]. In dieser Diskussion hieß es z. B.,

[56] *Ceauşescu's* Bericht über die Maßnahmen zur Vervollkommnung der Leitung und Planung . . . , S. 42.

[57] D. *Fundatura:* Raporturile dintre plan şi piaţă. In: Probleme economice, 1968, Nr. 6, S. 58. Es handelt sich hierbei um die Wiedergabe einer Diskussion über die Beziehungen zwischen Plan und Markt, die von der Zeitschrift Probleme economice veranstaltet wurde und in der hier der Direktor des Versorgungsamtes der Stadt Bukarest zu Worte kommt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

daß es bisher im Sinne eines rein quantitativen Denkens für möglich gehalten wurde, das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage durch Pläne zu entscheiden; dadurch wurden qualitative Aspekte auf den zweiten Platz verweisen, es kam zur weitergeführten Produktion schlechter Erzeugnisse und zum Festhalten von Produktionsstrukturen, welche nicht dem Bedarfe entsprachen. Derartige Auffassungen hätten zur fast vollständigen Beseitigung der Rolle des Marktes und seines Einflusses auf die Sortimentgestaltung bei der Produktion geführt, was eine Konsequenz des exzessiven Zentralismus gewesen sei, so daß es immer wieder zu Versorgungsstörungen kam.

Dies hinderte aber einen anderen Diskutanten nicht zu behaupten, daß das allgemeine ökonomische Denken in Rumänien an der zentralen Planung festhalte und das Einschmelzen der Marktelemente in den Plan fordere. Dies verhindere aber auch das Auftreten einer „loyalen" ökonomischen Konkurrenz, deren positive Seiten jedoch wie z. B. bei den Investitionen gefördert werden sollten.

Die entscheidende Frage für das rumänische Wirtschaftssystem in der gegenwärtigen Zeit ist jedoch die *Preispolitik*. Hier zeigt sich nämlich, ob und inwieweit das Marktgeschehen zur Preisbildung herangezogen wird. Bisher beschränkte man sich nur darauf, die Preise den Kosten anzupassen, und hält dies schon für einen großen Fortschritt[58]. Die Preisbildung nach „ökonomischen Gesichtspunkten", gemeint sind die Selbstkosten, ist nach wie vor die Regel. Wenn sie elastischer als bisher gestaltet werden soll, so will man dabei nicht auf Markteinflüsse reflektieren, sondern auf veränderte Kosten reagieren, um so Produktionsfortschritte zu berücksichtigen. Daher wird zwar auch der Handel reorganisiert, bleibt aber im wesentlichen doch so wie bisher ein Versorgungs- und Verteilungsapparat, in den Stimulantien eingebaut werden. Deswegen glaubt man auch, auf die Berücksichtigung der Marktlage bei den Investitionsgütern verzichten zu können, würde aber bei ihnen leichter Selbstkostenpreise unterbringen als im Kleinhandel, wo aus sozialen Gründen kostendeckende Preise nicht erzielt werden können[59].

Man denkt jedoch nicht an den weiteren Schritt, bei der Preisbildung auch die Marktelemente zu berücksichtigen. Solange aber die Preisbildung doppelstufig bleibt und bei den Produzentenpreisen nur die Kosten berücksichtigt werden, wird das Wirtschaftswachstum von der Kostenseite her einseitig nach staatlicher Präferenz bestimmt. Es wird nicht jener Zwang zu Investitionen und jener Motor für das Wirtschaftswachstum wirksam, der in der Ausnützung des Gewinnstrebens und der Konkurrenz liegt und der nur bei Anerkennung des Marktgeschehens, neben zentralen Entscheidungen des Planes, wirken kann.

[58] Bericht *Ceauşescu's*, S. 64.

[59] St. *Arsene:* Unele probleme ale perfecţionării preţurilor cu ridicata şi cu amănuntul. In: Probleme economice, 1969, Nr. 2, S. 47.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nach Abschluß dieser Arbeit fand der X. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei (7. bis 12. 8. 1969) statt, auf dem die im Entwurf vorliegenden Direktiven für den neuen Fünfjahrplan 1971/75 beschlossen wurden. Die formelle Ausarbeitung des neuen Planes ist noch nicht veröffentlicht, wohl aber liegt das Plangesetz für das Jahr 1970 vor, das zum Teil vom Fünfjahrplan 1966/70 abweichende Planzahlen aufstellt. Überdies fand im Dezember 1969 ein Plenum des ZK statt, auf dem Ceauşescu über den Fortgang der Reformbestrebungen sprach und für sie auch einige neue Gesichtspunkte brachte. So wird u. a. das Wirtschaftsvertragsrecht neu geregelt und in den Dienst der Planung gestellt. Für die Industriezentralen ist eine Ausweitung der Befugnisse vorgesehen. Es wird aber erst jetzt dafür gesorgt, daß sie tatsächlich die Leitung der Tätigkeit aller ihnen unterstellten Einheiten übernehmen. Durch die Übertragung von Leitungsbefugnissen der Ministerien an die Zentralen konnte ihr Verwaltungsapparat um 39 v. H. eingeschränkt und damit konnten 8500 Posten eingespart werden, aber es gelang nur, eine kleine Zahl dieser Kräfte produktiven Einheiten in der Provinz zuzuführen — das Problem des Bürokratismus in der Verwaltung konnte also nicht gelöst werden.

Nach wiederholten Klagen Ceauşescus über Mangel an Interesse und Information über die Außenhandelstätigkeit, die als „Staatsgeheimnis" betrachtet wurde, soll nun eine engere Verbindung zwischen den Finanzergebnissen der Betriebe und ihrer Außenhandelstätigkeit hergestellt werden, um die Betriebe an den Devisenergebnissen zu interessieren. Ihre Einnahmen und Prämien werden daher von den Ergebnissen des Exportes — soweit ein solcher erfolgt — abhängen. Im übrigen bleiben aber die Befugnisse des Außenhandelsministeriums aufrechterhalten. Auch der Umbau des Lohnsystems soll zu einer Aktivierung des Interesses an den Betrieben führen. Ferner wird die Preispolitik bei Sortimenten, die in kleinen Mengen erzeugt werden, elastischer. Für sie können die Erzeugerorganisationen selbst den Preis festsetzen, allerdings unter Berücksichtigung der Produktionskosten und nur bei beschränkten Gewinnen. Aber davon abgesehen, scheut man sich nach wie vor, das Gewinnstreben und eine autonome Marktpolitik anzuerkennen. Daher bleiben auch in diesem Stadium die rumänischen Reformversuche nur sehr begrenzt wirksam und führen nur zu einer *„subtilen Annäherung an den Markt"* (W. *Linder*)[60].

Immerhin befindet sich im Budgetgesetz 1970 bereits ein wirkliches Novum: Es erfolgte gegenüber 1969 eine Kürzung für Einnahmen und Ausgaben von je 6 Mrd. Lei, weil eine Umschichtung der Investitionsfinanzierung erfolgt. Den Betrieben verbleiben 1970 34 v. H. ihres Rein-

[60] Überblick über den neuen Fünfjahrplan: Die Direktiven des X. Parteitages (Entwurf), Bukarest, o. J. (1969) und Presseschau Ostwirtschaft 1969/6.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gewinnes gegenüber nur 7 v. H. im Jahre 1969 zur Durchführung von Investitionen, Erhöhung der Umlaufmittel und zur Bildung des Fonds für materiellen Anreiz. Außerdem werden energische Maßnahmen zur Liquidierung noch bestehende Betriebsabgänge und die Befreiung der Landwirtschaft von bürokratischen Hemmnissen angekündigt.

Diese hier nur mehr stichwortartig angeführten Neuerungen zeigen, daß in Rumänien Reformen etwa jenes Typs angestrebt werden, wie sie nun nach Scheitern weiter gesteckter Ziele in der ČSSR verfolgt werden. Aber erst das noch ausstehende Plangesetz wird darüber Aufschluß geben könen, ob diese Einzelmaßnahmen zu einem ganzen System ausgebaut werden, für das es in Rumänien noch kaum theoretische Ansätze in der Publizistik gibt, und ob man sich mit den durchwegs herabgesetzten Zuwachsraten in der kommenden Planperiode begnügen will, und damit die Phase des extensiven Wirtschaftswachstums abschließend in eine qualitativ anspruchsvollere Phase eintritt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 3

Industrielle Produktionsergebnisse 1968

	Maßeinheit	Produktion	v. H. der Planerfüllung	1968 in v. H. gegenüber:	
				1965	1967
Roheisen	1 000 Tonnen	2 992,0	93,5	148,2	112,18
Stahl	1 000 Tonnen	4 751,0	96,3	138,7	116,2
darunter: Stahllegierungen	1 000 Tonnen	316,5	103,9	164,2	114,1
Fertigwalzgut	1 000 Tonnen	3 393,4	100,2	144,6	116,7
Geförderte Kohle	1 000 Tonnen	17 020,2	100,8	140,7	113,3
Gefördertes Rohöl	1 000 Tonnen	13 285,3	100,2	106,7	100,8
Erdgas	Mill. m^3	21 934,5	100,2	125,7	106,0
Elektroenergie	Mill. kWh	27 793,1	100,0	161,4	112,2
Primäraluminium und Aluminiumlegierungen	Tonnen	76 274	160,4	889,2	144,5
Werkzeugmaschinen für Metallzerspanung	Stück	11 693	106,8	163,2	120,7
Automationsmittel	Mill. Lei	511,9	100,4	352,1	175,5
Diesel- und Elektroloks für Hauptlinien	Stück	167	100,6	151,8	125,8
Lastkraftwagen und Zugmaschinen	Stück	25 407	103,9	177,6	123,5
Geländewagen	Stück	5 643	102,0	154,5	100,6
Traktoren	Stück	21 200	100,5	133,0	120,7
Wälzlager	1 000 Stück	20 105	100,3	148,1	115,3
Sodaerzeugnisse	Tonnen	754 088	97,1	127,4	116,1
Monohydrierte Schwefelsäure	Tonnen	772 611	96,0	142,6	113,8
Mineraldünger (100 v. H. Reinnährstoff)	Tonnen	602 548	84,8	205,8	112,2
Gasruß	Tonnen	54 873	101,5	149,5	104,6
Synthesekautschuk	Tonnen	53 962	100,4	175,1	105,0
Kunststoffe	Tonnen	129 531	100,4	171,6	120,1
Chemiefasern und -garne	Tonnen	53 491	97,4	255,3	113,1
Reifen für Kraftfahrzeuge, Traktoren und Flugzeuge	1 000 Stück	1 828,7	101,6	149,6	110,1
Papier	Tonnen	380 472	97,7	155,9	113,1
Zement	1 000 Tonnen	7 026	100,0	130,0	110,8
Tafelglas (2 mm Dicke)	1 000 m^2	28 342	100,1	108,0	103,3
Schnittholz	1 000 m^2	5 248	99,3	104,7	98,6
Möbel	Mill. Lei	4 404	102,3	158,4	114,2
Webwaren	1 000 m^3	522 238	100,3	120,1	104,9
Wirkwaren	1 000 Stück	104 259	100,6	133,9	108,2

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Fortsetzung Tabelle 3

	Maßeinheit	Produktion	v. H. der Planerfüllung	1968 in v. H. gegenüber:	
				1965	1967
Textilkonfektion	Mill. Lei	10 205	104,8	144,5	105,6
Schuhwaren	1 000 Paar	61 515	100,4	144,5	108,8
Fernsehgeräte	1 000 Stück	160,5	100,3	159,5	113,3
Rundfunkgeräte	1 000 Stück	388,2	100,8	120,1	105,7
Kühlschränke	Stück	148 330	101,6	118,5	97,2
Fleisch	Tonnen	429 098	99,5	136,5	107,5
Fleischpräparate und -konserven	Tonnen	105 214	104,2	144,8	111,0
Bier	1 000 hl	3 515	100,3	131,7	106,0
Milch (einschließlich Pulvermilch)	1 000 hl	3 879	100,9	143,3	109,1
Käseerzeugnisse	Tonnen	58 863	95,1	110,9	110,9
Butter	Tonnen	28 572	87,1	131,3	94,8
Zucker	Tonnen	383 654	75,5	95,5	86,1
Speiseöl	Tonnen	267 840	103,0	155,7	104,8

Quelle: Kommuniqué über die Erfüllung des Staatsplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Sozialistischen Republik Rumänien im Jahre 1968. Scînteia, 28. 1. 1969, Nr. 7959, S. 1 u. 3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 4

Planziele für die rumänische Industrie nach Zweigen

	Anteil an der industriellen Bruttoproduktion in v. H.			jährlicher ⌀ Zuwachs 1966—1968	
		1968			
	1965	Ursprüngliches Jahresziel d. 5 Jahrpl.	Tatsächl. Jahresplan	Ursprüngl. 5-Jahrplan	Verwirklichung 1966, 1967 Jahresplan 1968
Industrie ingesamt	100	100	100	10,7	11,7
Gruppe A	68	68,7	68,8	11,0	12,1
Gruppe B	32	31,3	31,2	10,1	10,8
Elektr.- u. Wärmeenergie	2,6	3,2	3,2	19,3	20,0
Brennstoffe	7,3	6,1	6,1	4,4	5,2
Eisenschaffende Industrie	8,4	8,4	8,6	11,2	12,7
NE-Metallurgie	3,3	3,3	3,4	10,7	12,8
Maschinenbau	20,9	21,9	22,6	12,2	14,6
Chem., Zellulose- u. Papierindustrie	8,3	10,2	10,0	18,2	18,6
Baustoffe	3,0	2,9	3,0	11,0	12,9
Holzgewinnung u. -verarb.	8,4	7,3	7,1	5,8	5,5
Leichtindustrie	14,3	13,6	14,2	9,1	11,6
Nahrungsmittelindustrie	21,3	20,6	19,4	9,7	8,3

Quelle: V. *Rausser*. In: Probleme economice, 1968, Nr. 1, S. 10.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 5

Überblick über die Ergebnisse des rumänischen Sechsjahrplanes (1960/65)

	1965 in v. H. von 1959	⌀-Jahres-zuwachs 1960—1965 in v. H.
Sozialprodukt[a]	171	9,3
Volkseinkommen[a]	186	9,1
Produktion bei Bauten und Montagen	224	.
Landwirtschaftliche Bruttoproduktion	113	2,0
Außenhandelsvolumen	213	13,4
Investitionsvolumen	241	15,8
Arbeitsproduktivität der Industrie	161	8,3
Zahl der Lohnempfänger	141	5,9
Lohnfonds (Lohnsumme)	203	12,5
Reallohn	135	5,1
Warenabsatz durch den sozialist. Handel	188	11,1
Sozial-kulturelle Ausgaben aus dem Staatsbudget	180	0,3
Gesamte Industrie	225	11,5
Maschinenbau u. metallverarb. Industrie	265	27,6
Chemie-, Zellulose- u. Papierindustrie	360	23,8
Elektro- und Wärmeenergieerzeugung	301	0,2
Eisenschaffende Industrie einschl. Erzförderung	160	8,1
NE-Metallurgie einschl. Buntmetallerzförderung	225	14,5
Baustoffindustrie	214	13,5
Industrie d. Holzgewinnung u. -verarbeitung	204	12,6
Leichtindustrie	212	13,4
Nahrungsmittelindustrie	171	9,4

a) Ohne Leistungen der Eigenwirtschaften (Hofland) für Eigenverbrauch-Produktion und Dienstleistungen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 6

Produktionsentwicklung 1968 nach Industriezweigen

	1968 in v. H. gegenüber:	
	1965	1967
Elektro- und Wärmeenergie	171,7	114,2
Brennstoffe	118,1	106,4
Eisenmetallurgie (einschließlich Erzbergbau)	146,6	115,7
Nichteisenmetallurgie (einschließlich Erzbergbau)	153,7	112,3
Maschinenbau und Metallbearbeitung	156,1	116,7
Chemie, Zellulose und Papier	174,5	116,9
Baustoffe	141,8	118,3
Holzgewinnung und -verarbeitung	119,5	106,6
Leichtindustrie	139,7	108,7
Nahrungsmittelindustrie	125,7	105,2

Tabelle 7

Allgemeine Indices der Wirtschaftsentwicklung 1968

	1968 in v. H. gegenüber:	
	1965	1967
Sozialprodukt	130,2	107,5
Nationaleinkommen	126,2	107,0
Bruttoindustrieproduktion	141,4	111,6
Landwirtschaftliche Bruttoproduktion	112,2	96,4
Investvolumen aus zentralisierten Staatsfonds	144,4	111,1
Produktion bei Bau und Montagen	153,9	113,2
Außenhandelsvolumen	139,8	103,5
Zahl der Lohnempfänger	111,0	102,1
Arbeitsproduktivität in der Industrie	126,6	106,8
Warenabsatz durch den sozialistischen Einzelhandel	128,8	108,8
Bareinkünfte der Bevölkerung	131,1	108,0
— Bareinkünfte der Familien der Lohnempfänger	133,3	108,0
— Bareinkünfte der Bauernfamilien	125,2	107,9
Sozial-kulturelle Ausgaben aus dem Staatshaushalt	133,7	111,0

Quelle für die Tabellen 6—8: Kommuniqué über die Planerfüllung in „Scînteia", Nr. 7959 vom 28. 1. 1969.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 8

Rumänische industrielle Planziele 1970

Erzeugnis	Maßeinheit	Produktion 1965 Ist	Produktion 1970 Plan	1970 in v. H. von 1965
Elektroenergie	Mrd. kWh	17,2	33,0– 34,0	194,8
Rohkohle	Mill. t	12,1	22,3	183,5
Rohöl	Mill. t	12,6	13,2	104,8
Erdgas	Mrd. m^3	12,9	18,5	143,8
Stahl insgesamt	1 000 t	3 425	6360	185,7
davon legierte Stähle	1 000 t		510–545	
Rohaluminium	1 000 t		75	
Traktoren	1 000 Stk.	15,8	27,5	174,1
LKW und Sattelschlepper	1 000 Stk.		35,0– 37,0	
PKW	1 000 Stk.		12	
Diesel- u. Elektroloks	Stück	110	240–260	227,3
Spanabhebende Werkzeugmaschinen	Stück	6,9	13,5– 14,5	ϕ202,9
Elektromotoren mehr als 0,25 kW	MW	(12,54)	2500–2700	ϕ207,3
Mineraldünger (100 %)	1.000 t	293	1300–1328	ϕ448,5
Synthesekautschuk	1.000 t		60	
Kunststoffe u. -harze	1.000 t	75,5	220–241,4	ϕ305,6
Chemiefasern u. -garne	1.000 t	21,0	75– 83,5	ϕ377,6
Reifen	1 000 Stk.	1 222	2150	175,9
Papier	1 000 Stk.	244	450	184,4
Zement	Mill. t	5,4	7,5	138,9
Holzspan- u. -faserplatten	1 000 t	139	580–630	ϕ435,3
Möbel	Mrd. Lei	3,0	4,9– 5,1	ϕ166,7
Rundfunkgeräte	1 000 St.	323	450	139,3
Fernsehgeräte	1 000 St.	10,1	270–300	282,2
Kühlschränke	1 000 St.	125	230–250	192,0
Webwaren insgesamt	Mill. m^2	431	565–571,3	ϕ131,9
Wirkwaren insgesamt	Mill. St.	77,9	120–223,7	ϕ156,5
Schuhwaren insgesamt	Mill. Paar	42,6	61– 63,7	ϕ146,5
Fleisch	1 000 t	308	500–524	ϕ166,2
Speiseöl	1 000 t	172	280–295	ϕ167,2
Zucker	1 000 t	402	600	149,2

Quelle: Absolute Angaben 1970: Plangesetz über den Fünfjahrplan; 1965: Effektive Produktion laut Statstischem Jahresbericht; Relativzahlen: Eigenberechnung. — Die Relativzahlen (Planzahlen 1970 bezogen auf 1965) weichen von den Angaben der Direktiven ab, da sich diese auf die Planzahlen 1965 und nicht auf die effektive Produktion beziehen. Nachträgliche Revision der Planziele blieb unberücksichtigt. Vgl. Tab. 2.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 9: **Rumänische Investitionen aus zentralisierten Staatsfonds**

(in Mill. Lei)

	1961—65		1965		1966—70 Summe Mill. Lei	%	1966—70 in % v. 1961—65
	Mill. Lei	%	Mill. Lei	%			
Insgesamt	171 384	100,0	41 056	100,0	280 590	100,0	163,7
Davon:							
Industrie	91 857	53,6	22 150	53,8	156 560	55,8	170,4
Bauindustrie	6 734	3,7	1 930	4,7	6 600	2,4	98,0
Landwirtschaft	25 566[a)]	14,9	5 759[a)]	14,0	35 660	12,7	139,5
(dav. Darlehen LPG)	—	—	—	—	(3 500)	(1,2)	—
Verkehr u. Fernmeldewesen	17 541	10,2	4 472	10,9	32 230	11,5	183,7
Handel, öffentl. Ernährung, Hotelwesen, Silos u. Warenlager	7 044[b)]	2,4	996[b)]	2,4	5 950	2,1	147,1
Unterricht, Kultur, Gesundheitswesen	5 799	3,4	1 202	2,9	7 400	2,6	127,6
Wissenschaft	1 544	0,9	198	0,5	1 920	0,7	120,5
Wohnungsbau	11 997	7,0	2 915	7,1	17 500	6,2	146,0
Kommunalwirtschaft	5 079[c)]	3,0	1 221[c)]	3,0	6 290	2,2	123,8
Zusätzl. Forstwirtschaft	1 223	(0,7)	263	(0,6)	—	—	—

a) Zusätzlich Forstwirtschaft. — b) Nur „Warenumlauf" (Handel). — c) Zusätzlich Verwaltung, andere Zweige.
Quelle: Plangesetz über den Fünfjahrplan. — Eigenberechnung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 10

Gegenüberstellung wirtschaftlicher Zuwachsraten Rumäniens

(Planzahlen in v. H.)

	Planperiode	
	1966/70	1971/75
Volkseinkommen	45—47	45—50
Bruttoindustrieproduktion	66—73	50—57
davon Maschinenbau	75	72—76
Chemische Industrie	130	85—92
Landwirtschaftliche Bruttoproduktion	26—32	28—31
Reallohn	25	16—20
Außenhandelsvolumen	50—55	40—45
Investitionen	66	52 a)
Produktivität (Industrie)	40—45	37—40
a) Neue Angabe:		60—65

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wachstumsprobleme Bulgariens

Von Dr. *Theodor D. Zotschew*

I. Struktur- und systembedingte Wachstumsprobleme der bulgarischen Volkswirtschaft

Mit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges trat eine sowohl tiefgreifende wie allumfassende Zäsur in der Entwicklung des gesamten politischen und sozialökonomischen Lebens Bulgariens ein. Aus einer konstitutionellen Monarchie mit einem zumindest de jure Mehrparteienparlament wurde das 1944 in die sowjetische Einflußsphäre geratene Land in eine kommunistische Volksrepublik mit einem de facto Einparteiensystem umgewandelt. Gänzliche Sozialisierung und Kollektivierung der bulgarischen Wirtschaft (der Industrie bis 1948 und der Landwirtschaft bis 1957/58), forcierte Industrialisierung und außenwirtschaftliche Umorientierung nach den Erfordernissen der angestrebten Integration unter den sozialistischen Staaten und insbesondere nach den außenwirtschaftlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten der Sowjetunion gehen dabei Hand in Hand. Das einstige ausgesprochen kleinbäuerliche und wirtschaftlich arme Land, in welchem auf die Industrie einschließlich Bauwirtschaft (1939) lediglich 27,2 v. H. des Nationaleinkommens entfielen, ist auf dem Wege, ein Industrie-Agrarstaat zu werden, in welchem Industrie und Bauwirtschaft bereits mit 58 v. H. (1968) am Nationaleinkommen beteiligt sind und dieser Anteil weiter erhöht werden soll. Dementsprechend treten auch an Stelle der einstigen Exporte von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Nahrungsmitteln und Rohstoffen immer stärker Industrieexporte, insbesondere Maschinenexporte, in den Vordergrund (s. S. 300).

Im Zuge der Bestrebung, die Industrie rasch auszubauen, ist eine stürmische Abwanderung von Arbeitskräften vom flachen Land in die Städte und in die Industriezentren ausgelöst worden: Der Anteil der Dorfbevölkerung ist bereits von 77,4 v. H. im Jahre 1939 und 75,5 v. H. im Jahre 1946 auf 52,9 v. H. im Jahre 1967 zurückgegangen und soll bis 1980 weiter auf 49,5 v. H. sinken (s. Tab. 6). Damit sind für Bulgarien alle für die Industrieländer typischen Probleme binnen kurzer Zeit vollauf akut geworden[1].

---

[1] Siehe hierüber: *Th. Zotschew*, Spezielle Aspekte der Wirtschafts- und Sozialentwicklung seit der Jahrhundertwende in Bulgarien. In: Südosteuropa-Jahrbuch, Bd. 10 (1969), im Druck.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bulgarien sieht sich zunächst einem in mehrfacher Hinsicht gewaltig gestiegenen Kapitalbedarf gegenübergestellt, nämlich:

a) Kapitalbedarf für die Erschließung der einheimischen Ressourcen und für den Aufbau einer bodenständigen Industrie;

b) Kapitalbedarf für die Technisierung und Modernisierung der kollektiven Landwirtschaft, damit Arbeitskräfte für die Industrie freigestellt und die landwirtschaftliche Produktions- und Produktivitätsleistung den Bedürfnissen einer Volkswirtschaft von industrieller Struktur angepaßt werden können;

c) Kapitalbedarf für den Bau von Wohnhäusern und von kommunalen und sozialen Einrichtungen, insbesondere in den sprunghaft wachsenden Städten und Industriezentren;

d) Kapitalbedarf für die Bewältigung aller Bildungs- und Ausbildungs- sowie Umerziehungsprobleme, welche die forcierte Industrialisierung und die neue Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur mit sich bringen.

Es versteht sich, daß im Rahmen dieses Beitrags die menschliche, die psychologische und die moralische Seite des eingetretenen sozialökonomischen Wandels in Bulgarien unberücksichtigt bleiben muß. Bei einem Land von ausgesprochen agrarbetonter Struktur mit bodenverwurzelten, selbständigen und individualistisch eingestellten Kleinbauern ergeben sich aus dem überaus schnellen Umbruch zu einer industriell durchdrungenen sozialistischen Gesellschaft zweifelsohne Spannungen und Schwierigkeiten, die maßgebend das Wirtschaftswachstum zumindest in der Übergangszeit mitbestimmen. Auch auf diese Spannungen und Schwierigkeiten kann hier nur hingewiesen werden. Auf lange Sicht betrachtet, ist durch den vorgenannten Umbruch nicht nur die sozial-ökonomische und die demographische, sondern weitgehend auch die biologische Entwicklung der bulgarischen Bevölkerung betroffen worden. Die hieraus resultierenden schwerwiegenden Wachstumsprobleme für die bulgarische Volkswirtschaft können nur kurz gestreift werden.

Die Wachstumsprobleme der bulgarischen Volkswirtschaft sind infolgedessen zugleich sowohl struktur- als auch systembedingter Natur[2].

II. Wirtschaftswachstum und sozialökonomischer Strukturwandel in ihrer Interdependenz

1. Nationaleinkommen und gesellschaftliches Gesamtprodukt

Wenn man unterstellt, daß das Nationaleinkommen und darüber hinaus das gesellschaftliche Gesamtprodukt eines Landes der richtige Grad-

[2] Über die Wirtschaftsentwicklung der Volksrepublik Bulgarien nach dem Zweiten Weltkrieg siehe den gleichnamigen Beitrag von *D. Wassilev*, in: „Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 99 (1967), H. 1, S. 138—171.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 1

Gesellschaftliches Gesamtprodukt und Nationaleinkommen Bulgariens[a)]

1927—1980

Jahr	Indexzahlen (1939 = 100)			Jahreszuwachsraten gegenüber d. Vorjahr (v.H.)		
	Gesellschaftliches Gesamtprodukt	Nationaleinkommen		Gesellschaftliches Gesamtprodukt	Nationaleinkommen	
		insgesamt	je Kopf der Bevölkerung		insgesamt	je Kopf der Bevölkerung
1927	.	66	75	.	.	.
1939	100	100	100	.	.	.
1948	123	101	89	.	.	.
1952	184	140	121	.	.	.
1956	251	179	149	5,5	.	.
1957	282	203	167	12,3	13,4	12,1
1958	311	217	177	12,3	6,9	6,0
1959	371	264	213	19,3	21,7	20,4
1960	412	282	226	12,1	6,1	6,1
1961	433	290	230	5,1	2,8	1,8
1962	473	308	242	9,2	6,3	5,2
1963	512	332	258	8,2	7,8	6,6
1964	564	364	282	10,1	9,6	9,3
1965	621	390	299	10,1	7,1	6,0
1966	693	433	330	11,6	11,0	10,4
1967	771	874	359	11,2	9,5	8,8
1968	837	503	378	8,6	6,1	5,3
1980[b)]	2 182	1 297	868	.	.	.

a) Nach der bulgarischen Berechnungsmethode entstehen das gesellschaftliche Gesamtprodukt und das Nationaleinkommen in der materiellen Sphäre der Produktion; diese umfaßt vor allem: Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Bauwirtschaft, Transport, Nachrichtenwesen, Warenumsatz, Andere.

Bei „Transport" und „Nachrichtenwesen" werden nur die Leistungen im Gütertransport berücksichtigt. Zu „Andere" gehören: Sammeln von wilden Früchten; Holz- und Materialgewinnung der Bevölkerung; Jagd und Fischfang aus Liebhaberei; Hausverarbeitung von Milch und Trauben; Verlagstätigkeit; Filmstudios; Auswertung von Abfällen.

b) Plan.

Quelle: Statističeski godišnik na NR Bălgaria 1968, S. 100. — "Planovo stopanstvo i statistika". Sofia, god. XVII (1962), H. 9, S. 32 — "Statističeski izvestia", Sofia 1969, Nr. 7, S. 54.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

messer für die Entwicklung seiner Volkswirtschaft seien, dann zeichnet sich die bulgarische Volkswirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg diesbezüglich durch eine stetige Aufwärtstendenz aus.

Das verhältnismäßig niedrige Ausgangsniveau der Produktion im gewerblichen wie im landwirtschaftlichen Sektor, die allgemein geringe Arbeitsproduktivität, die schwankenden Ernteergebnisse und die Inbetriebnahme von neuen Bergbau- und Industrieunternehmungen haben dem bisherigen Rhythmus der wirtschaftlichen Entwicklung Bulgariens ein besonderes Gepräge gegeben. Gemeint sind vor allem die von Jahr zu Jahr sehr unterschiedlichen und stellenweise sehr hohen Zuwachsraten des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens (siehe Tab. 1).

Die Tatsache, daß der Vierte Fünfjahresplan 1961 bis 1965 eine Zunahme des Nationaleinkommens um 60 v. H. vorsah, in Wirklichkeit jedoch nur 38,3 v. H. erreicht wurden, zeigt, daß die Realisierbarkeit aller weiteren Pläne Bulgariens in hohem Maße davon abhängen wird:

1. Ob die Methoden der Planung und Leitung der Wirtschaft künftig effizienter als bisher gemacht werden;
2. ob zusätzliche Kapitalquellen für Investitionen erschlossen werden und vor allem,
3. ob eine namhafte Steigerung der Arbeitsproduktivität eintreten wird.

Zweifelsohne hat Bulgarien in den vergangenen zwanzig Jahren Wachstumsraten in seiner Wirtschaft erlangt, die einzigartig in der neueren Wirtschaftsgeschichte des Landes sind. In dieser Zeit wurde das gesellschaftliche Bruttoprodukt rund verachtfacht, das Nationaleinkommen verfünffacht bzw. je Kopf der Bevölkerung fast vervierfacht.

Der entscheidende Anteil an dieser Entwicklung fällt dem starken Ausbau der Industrie und der Industrieproduktion zu. Nach einer Verzwanzigfachung der Industrieproduktion und bei einer Verdoppelung der landwirtschaftlichen Produktion während der vergangenen zwanzig Jahre ist Bulgarien auf dem Wege, die Struktur eines Industrie-Agrar-Landes einzunehmen, eine wahrhaft kurze Zeitspanne für eine so tiefgreifende Wandlung in Wirtschaft und Gesellschaft eines bis 1945 typisch kleinbäuerlichen Landes.

Wirtschaftliches Wachstum und Vermehrung der volkswirtschaftlichen *Grundfonds* (produktive und nichtproduktive Anlagen und Reserven) gehen Hand in Hand bzw. bedingen sich gegenseitig: Wachsendes Nationaleinkommen setzte ebenso die Erweiterung der produktiven Grundfonds voraus, wie sie auch die letzteren ermöglicht, und umgekehrt. Entsprechend dem Ziel der bulgarischen Wirtschaftspolitik, die Industrie mit Vorrang auszubauen, wurden auch die industriellen Produktions- und

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 2

Struktur des Nationaleinkommens[a] Bulgariens nach Entstehungsbereichen 1939—1980 (in v.H.)

Jahr	Industrie	Bauwirtschaft	Landwirtschaft, Forstwirtschaft	Andere Zweige	Insgesamt
1939	24,3	2,9	55,9	16,9	100,0
1948	30,2	5,2	51,4	13,2	100,0
1956	36,6	7,9	31,7	23,8	100,0
1960	46,0	7,0	32,0	15,0	100,0
1965	45,0	7,0	34,0	14,0	100,0
1968	49,0	9,0	26,0	16,0	100,0
1970[b]	52,0	.	27,9	20,1	100,0
1980[b]	66,0	.	13,4	20,6	100,0

a) Siehe hierüber Anmerkung a in Tabelle 1. — b) Plan.

Quellen: P. Šapkarev, Tempove i proporcii v razvitieto na narodnoto stopanstvo na Narodna Republica Bălgaria. In: Petnadeset godini socialističesko stroitelstvo. Sbornik. Sofia 1959, S. 197 (Zahlen für 1939). — *St. Stanev,* Nacionalnijat dochod i žisnenoto ravnište v NR Bălgaria. Sofia 1966, S. 22 (Zahlen für 1948, 1956). — "Ikonomičeska misă", Sofia, god. VII (1962), H. 8, S. 47 (Zahlen für 1980). — "Rabotničesko delo", Sofia, vom 14. 2. 1965 (Beilage S. 7) und vom 15. 11. 1966 (Zahlen für 1970). — Statističeski godišnik na NR Bălgaria 1968, S. 101 (Zahlen für 1960, 1965). — "Statističeski izvestia", 1969, Nr. 7, S. 55 (Zahlen für 1968).

Grundfonds am stärksten ausgeweitet: von 1952 bis 1968 auf das 7,7fache, nämlich von 1,12 auf 8,52 Mrd. Leva. Den starken Abfluß von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft und den betrieblichen Zusammenschluß der einstigen stark zersplitterten kleinbäuerlichen Betriebe zu großbetrieblichen Produktionsgenossenschaften mit der damit verbundenen Notwendigkeit, die Landwirtschaft zu mechanisieren und zu modernisieren, hat man insoweit zu berücksichtigen versucht, als die Grundfonds in der Landwirtschaft von 1952 bis 1968 verdreifacht wurden — von 1,25 auf 3,81 Mrd. Leva (alles in Beschaffungspreisen).

In den ersten zwei Jahrzehnten des sozialistischen Aufbaus der bulgarischen Volkswirtschaft lagen die Akzente in erster Linie auf der Erhöhung derjenigen Grundfonds, welche unmittelbar in der materiellen Güterproduktion eingesetzt werden. Investitionen für die Verbesserung und Anpassung der Infrastruktur und der nichtproduktiven Grundfonds, allem voran des Wohnungsbaus, sind in dieser Zeit jedoch stark vernachlässigt worden (siehe Tab. 3 auf S. 275).

Entscheidend für das Wirtschaftswachstum eines Landes ist derjenige Teil des Nationaleinkommens, der in Form von Kapital abgezweigt (nach

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der sowjetischen politökonomischen Terminologie: akkumuliert) und weiter für produktive Zwecke in der Wirtschaft investiert wird. Die Aufteilung des Nationaleinkommens für Zwecke des Verbrauchs der Bevölkerung und für Zwecke der Kapitalakkumulation und die Proportion zwischen den beiden Verwendungsbereichen hängen in erster Linie von der Einkommenshöhe, vom Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung, von den Zielen der Wirtschaftspolitik und von der wirtschaftlichen bzw. arbeits- und erwerbsmäßigen Gesinnung der Menschen in einem Lande ab.

Auf die bulgarischen Verhältnisse übertragen bedeutet dies:

Die Wirtschaftspolitik des Landes ist ausgerichtet auf eine beschleunigte Industrialisierung, verbunden mit hohem Kapitalaufwand; für diesen Zweck muß von einem niedrigen Nationaleinkommen eine hohe Akkumulationsrate aufgebracht werden. Das ist nur durch drastische Einengung bzw. nur bei langsamer Steigerung des Verbrauchs möglich; bei der wirtschaftlichen und erwerbsmäßigen Gesinnung der bulgarischen Menschen ist man im allgemeinen zu Mehrarbeit und ebenso zu gewissenhafterer Arbeit nur bei besserer Bezahlung bereit. Bessere Bezahlung, d. h. höherer und steigender privater Verbrauch und somit wachsender Lebensstandard, kollidieren jedoch mit der hohen Akkumulationsrate, welcher im Rahmen der Industrialisierungspolitik des Staates immer der Vorrang gewährt wird; und damit schafft man eine Art von circulus vitiosus: die hohe Akkumulationsrate hat einen niedrigen Anteil des Verbrauchs am Nationaleinkommen zur Folge; der niedrige Verbrauch, d. h. die niedrigen Löhne, stimulieren ihrerseits die Arbeitsleistung nicht genügend; die daraus resultierende niedrige Arbeitsleistung läßt wiederum eine nur langsame Steigerung des Nationaleinkommens zu usf. Mit den im Jahre 1966 verkündeten und bis dahin praktisch ausprobierten Reformmaßnahmen soll nun dieser magische Kreis endgültig gesprengt werden.

2. Kapitalakkumulation, Investitionen und Verbrauch

Charakteristisch für die wirtschaftliche Entwicklung Bulgariens zwischen den beiden Weltkriegen war der allgemeine Kapitalmangel als Folge

der ständig wachsenden Bevölkerung,

der niedrigen Leistung und Produktivität der zersplitterten kleinbäuerlichen Landwirtschaft,

der offenen wie vor allem der versteckten Arbeitslosigkeit auf dem flachen Lande,

des niedrigen Einkommens und damit der geringen Sparquote.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Kapitalinvestitionen bewegten sich entsprechend zwischen 3,8 v. H. (1931) und 5,7 v. H. (1940)[3].

Ein Teil des Kapitalbedarfs konnte zwar durch den Zustrom von Auslandskapital gedeckt werden, doch suchten die ausländischen Kapitalgeber verständlicherweise Anlagemöglichkeiten hauptsächlich in den sicheren und lukrativen Bereichen der Wirtschaft. Von dem in Form von Aktiengesellschaften investierten Kapital in Bulgarien befanden sich 1930: 46,7 v. H., 1937: 40,2 v. H. und 1943: 24,1 v. H. in ausländischen Händen[4]. Fast die gesamte Zuckerindustrie, drei Viertel der Zement- und Baustoffindustrie und bis zu je zwei Drittel der Zigarettenindustrie, der Nahrungsmittelindustrie und der Elektrizitätsgewinnung befanden sich in ausländischen Händen. Ohne auf die Rolle des Auslandskapitals für die wirtschaftliche Entwicklung Bulgariens näher einzugehen, darf hier zumindest darauf hingewiesen werden, daß, bedingt durch die Enge des Inlandsmarktes und durch die Konkurrenz des Auslands, selbst hohe Prohibitivzölle nicht in der Lage wären, Auslandskapital in größerem Umfang und vor allem für Investitionsobjekte heranzuziehen, die direkt eine geringe Rendite gewähren, indirekt jedoch eine multiple Wirkung auf das Wachstum der Wirtschaft auslösen.

Die entscheidende Wende trat hier mit der *Sozialisierung der Wirtschaft* nach dem Zweiten Weltkrieg und mit der Konzentration der wirtschaftlichen Ressourcen und der Entscheidungsgewalt in den Händen des Staates ein. Die Ausweitung der wirtschaftlichen Grundfonds und die Steigerung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens Bulgariens nach 1948 sind ermöglicht worden:

a) durch eine außerordentlich hohe Akkumulationsrate bei entsprechend niedrigerer Verbrauchsquote und durch hohe Investitionen insbesondere im produktiven Sektor der Wirtschaft;

b) durch Schaffung von Arbeitsplätzen im gewerblichen Sektor und Überführung der Arbeitskräfte von der Landwirtschaft insbesondere in die Industrie;

c) durch Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität.

Was die Aufteilung des Nationaleinkommens nach den zwei Hauptverwendungsbereichen: *Akkumulation und Verbrauch* anbetrifft, so steht Bulgarien unter den sozialistischen Staaten mit einer Akkumulationsrate von stellenweise 30 v. H. des Nationaleinkommens und darüber mit an erster Stelle. Weil in Bulgarien auch der weitaus größte Teil der dem Akkumulationsfonds zugeflossenen Mittel hauptsächlich in die Produk-

---

[3] *I. Stefanov*, Socialističeskoto natrupvane i kapitalovloženijata v NR Bălgaria. In: Petnadeset godini socialističesko stroitelstvo. Sofia 1959, S. 137.

[4] *A. Čakalov*, Formi, razmer i dejnost na čuždija kapital v Bălgaria 1878—1944. Sofia 1962, S. 128. — Siehe außerdem: *P. Aladjoff*, Das Auslandskapital in Bulgarien. Berlin 1942 (Diss.).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tionsmittel produzierenden Bereiche der Wirtschaft investiert wird, zweigt das Land unbestritten auch die höchste Quote seines Nationaleinkommens für die Erweiterung des Produktionsmittelapparats ab.

Anteil der Investitionen am Nationaleinkommen 1965 (in v.H.)[a]

Länder	Gesamtinvestitionen	davon: Investitionen für produktive Zwecke
Bulgarien	30,9	25,2[b]
Polen	27,6	21,1
Tschechoslowakei	27,0	20,0[b]
Ungarn	25,3	21,0[b]
Sowjetunion	23,9	16,4
DDR	23,1	.
Rumänien	11,0	9,5

a) Es handelt sich um den Anteil der Investitionen zu Planpreisen am Volkseinkommen. Weil die Planpreise für Investitionsmittel in den sozialistischen Ländern im allgemeinen niedrig bemessen werden, müßten die Anteile der Investitionen zu Faktorkosten höher liegen.
b) 1964.

Quelle: ECE, Economic Bulletin for Europe, Vol. 18 (1966), Nr. 1, S. 59, 60.

Für den Verbrauch der Bevölkerung verbleiben vom Nationaleinkommen bis zu 70 v. H. und wenig darüber, wovon 5 bis 7 v. H. auf den kollektiven Verbrauch entfallen.

Verwendung des Nationaleinkommens in Bulgarien

	1960	1966	1968	1970[a]	1975[a]	1980[a]
Akkumulation	27,5	34,2	32,2	27,2	26,8	27,0
Verbrauch	72,5	65,8	67,8	72,8	73,2	73,0
davon Kollektiv	6,5	6,3	6,7	.	.	.

a) Plan.

Quelle: "Statističeski izvestia", 1969, Nr. 7, S. 55.

Die Bemühungen um den beschleunigten Ausbau der Industrie kommen darin zum Ausdruck, daß der größte Teil der Kapitalinvestitionen (z. B. 1967: 2,71 Mrd. Leva) diesem Bereich der Wirtschaft zufließt (1,46 Mrd. Leva = 53,8 v. H.). Auch künftig soll mindestens die Hälfte des Investitionsaufwands für die Industrialisierung eingesetzt werden. Die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bereitgestellten Investitionsmittel für die Landwirtschaft sind bedeutend geringer; wenn man von einzelnen Jahren absieht, betragen sie im allgemeinen zwei Fünftel der Mittel für die Industrie.

Tabelle 3

Kapitalinvestitionen in Bulgarien nach Verwendungsbereichen
1949—1970 (in v.H.)

	1949	1952	1956	1960	1965	1967	1966—1970 (Plan)
Industrie	38,5	40,6	43,7	39,1	49,5	49,0	50,9
Bauwirtschaft	2,5	1,8	0,6	1,8	3,1	4,1	.
Landwirtschaft, Forstwirtschaft	15,6	17,3	27,2	33,9	21,7	18,3	19,7
Transport- und Nachrichtenwesen	22,0	12,9	8,2	6,7	7,4	10,9	9,3
Wohnungsbau ...	1,6	2,2	3,1	1,7	2,6	2,6	8,3a)
Andere	19,8	25,2	17,2	16,8	15,7	15,1	11,8
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
(in Mill. Leva) ...	(296,6)	(471,9)	(548,1)	(1191,5)	(1793,3)	(2744,0)	(21 600,0)
(Index 1949 = 100)	(100,0)	(157,7)	(195,7)	(443,2)	(673,1)	(1028,0)	.

a) Einschl. Bauwirtschaft.

Quelle: Statističeski godišnik na NR Bălgaria 1968, S. 234. — "Robotničesko delo" vom 30. 7. 1966.

Getreu dem im Marxismus-Leninismus verankerten Grundsatz der vorrangigen Förderung der Grundstoff-, Schwer- und Produktionsmittelindustrie (sog. Gruppe „A") in der sozialistischen Wirtschaft wurden auch in Bulgarien stets vier Fünftel und mehr der Industrieinvestitionen diesem Sektor zugeführt. Der auffallend hohe Anteil der Investitionen für die Produktionsmittelindustrie in Bulgarien ist aber auch damit zu erklären, daß das Land vor dem Kriege nicht einmal über die bescheidensten Ansätze einer schwerindustriellen Produktion verfügte, wenn man von der unbedeutenden Förderung von 2,2 Mill. t Kohle (1939) absieht. Die Phase der absoluten Bevorzugung der Produktionsmittelindustrie ist noch bei weitem nicht abgeschlossen, obwohl inzwischen vor allem mit Rücksicht auf die Erfordernisse des Außenhandels und namentlich des Exports auch bedeutende Mittel für den Ausbau und für die Modernisierung einiger Zweige der exportorientierten Nahrungs- und Genußmittelindustrie bereitgestellt werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 4

Kapitalinvestitionen in der bulgarischen Industrie nach „A“ und „B“
1949—1967

Jahr	in Mill. Lewa			in v.H.		
	Gruppe „A“	Gruppe „B“	Industrie insgesamt	Gruppe „A“	Gruppe „B“	Industrie insgesamt
1949	90,2	24,5	114,7	78,6	21,4	100,0
1952	161,5	30,1	191,6	84,3	15,7	100,0
1956	216,6	23,2	239,8	90,3	9,7	100,0
1960	370,9	95,4	466,3	79,6	20,4	100,0
1965	758,5	129,6	888,1	85,4	14,6	100,0
1966	898,8	173,0	1 071,8	83,9	16,1	100,0
1967	1 128,2	218,1	1 346,3	83,8	16,2	100,0

Quelle: Statističeski godišnik na NR Bălgaria 1968, S. 235.

Tabelle 5

Die Investitionen Bulgariens nach Art der Leistungen 1963—1967

	in Mill. Leva			in v.H.		
	1963	1965	1967	1963	1965	1967
1. Importierte Maschinen und Ausrüstungen	368,1	423,1	818,4	24,4	23,6	29,8
2. Einheimische Maschinen und Ausrüstungen	173,9	226,0	341,1	11,6	12,6	12,4
1. + 2. Maschinen und Ausrüstungen insgesamt	542,0	649,1	1 159,5	36,0	36,2	42,2
3. Bau- und Montagearbeiten .	787,2	909,6	1 280,9	52,3	50,7	46,7
4. Andere Leistungen	176,5	234,6	303,6	11,7	13,1	11,1
1. — 4. Investitionen insgesamt	1 505,7	1 793,3	2 744,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statističeski godišnik na NR Bălgaria 1968, S. 233.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Schaffung einer eigenen Basis für den industriellen Aufbau setzte und setzt weiterhin voraus, daß der größte Teil der Investitionen für den Ausbau der *Energie-, Brennstoff- und Metallgewinnung* eingesetzt wird. Diesen drei Industriebereichen fließt bereits über die Hälfte aller Industrieinvestitionen zu, und ihr Anteil sowie der Anteil der Chemischen Industrie dürfte weiterhin steigen. Dies geht aus dem Investitionsprogramm für 1966 bis 1970 hervor[5]:

	Mill. Leva	v. H.
Chemische Industrie	1270	11,0
Energetische Industrie	990	8,5
Maschinenbau	850	7,3
Metallurgie	840	7,3
Andere Industrien	1950	16,8
Industrie insgesamt	5900	50,9
Landwirtschaft	2280	19,6
Verkehrswesen	900	7,8
Nachrichtenwesen	108	0,9
Wohnungsbau	960	8,3
Kommunale und soziale Einrichtungen	390	3,4
Andere	1062	9,1
Gesamtinvestitionen	11 600[6]	100,0

Die starke Investitionstätigkeit in Bulgarien hat zur Folge, daß ein Großteil der benötigten Investitionseinrichtungen aus dem Ausland importiert werden muß und damit der wirtschaftliche Aufbau und die Intensivierung des Außenhandels Hand in Hand gehen. Mit der fortschreitenden Entwicklung der eigenen Industrie nimmt dabei, wenn auch nur langsam, der Anteil der investierten Maschinen aus eigener Produktion von Jahr zu Jahr zu (siehe Tab. 5).

Die Beibehaltung einer hohen Akkumulationsrate und einer hohen Investitionsquote im Produktionsmittelsektor läßt keine übermäßig starke und schnelle Zunahme des Verbrauchs der Bevölkerung zu. Im Fünfjahresplan 1966 bis 1970 ist eine Steigerung

des Realeinkommens der Arbeiter und Angestellten	um	25 bis 30 v. H.
des Realeinkommens der Beschäftigten in der Landwirtschaft	um	30 v. H.
des Warenumsatzes im Kleinhandel	um	40 v. H.
bzw. des Verbraucherfonds jährlich	um	7,4 v. H.

vorgesehen.

[5] "Rabotničesko delo" vom 30. 7. 1966.

[6] Im Programmentwurf werden 11,6 bis 11,8 Mrd. Leva für Investitionen vorgesehen, im Gesetz zum Fünften Fünfjahresplan 1966—1970 werden 13 Mrd. Leva genannt („Rabotničesko delo" vom 18. 12. 1966).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In Anbetracht des verhältnismäßig niedrigen Niveaus des Verbrauchs bedeuten diese Steigerungssätze eine — relativ gesehen — beachtliche Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung. Bulgarien befindet sich jedoch weiterhin und wie in den vergangenen zwei Jahrzehnten inmitten des Aufbaus seiner Industrie und seiner Volkswirtschaft. Ohne erhöhte Anstrengungen und ohne Niedrighaltung des privaten Verbrauchs kann ein solches Vorhaben nicht verwirklicht werden. Mit dem Hinweis darauf, daß der Kalorienverbrauch in Bulgarien an Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs 14,7 v. H. des gesamten Kalorienverbrauchs beträgt und damit erst die Hälfte des wissenschaftlich als notwendig erachteten Verbrauchs von 29,3 v. H. erreicht worden ist, hat der bulgarische Autor *Nikiforov*[7] eine zutreffende Aussage über den Verbrauch und darüber hinaus über das Stadium der Entwicklung der bulgarischen Volkswirtschaft gemacht. Anderseits erfreut sich Bulgarien in bestimmten Sparten eines höheren Lebensstandards als einige seiner südosteuropäischen Nachbarländer. Was speziell den Verbrauch von veredelten Nahrungsmitteln und namentlich von Fleisch betrifft, so lag und liegt der Fleischverbrauch in Bulgarien je Kopf der Bevölkerung unter dem Verbrauch in den meisten anderen europäischen sozialistischen Ländern; er betrug 1960: 46 v. H. des Verbrauchs in der Sowjetunion, 69 v. H. des Verbrauchs in Polen und 51 v. H. des Verbrauchs in der Tschechoslowakei. Ähnlich verhält es sich mit dem Verbrauch von Eiern, Milch, Zucker u. a. Erzeugnissen des gehobenen Bedarfs[8]. Der Fleischverbrauch je Kopf der Bevölkerung in Bulgarien von 41,9 kg im Jahre 1968 machte z. B. 59,5 v. H. des Verbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland (70,4 kg) aus.

Bei der geplanten Erhöhung des privaten Verbrauchs bis 1970 ist zugleich auch eine Verbesserung der Verbrauchsstruktur vorgesehen mit dem Ziel, sich den Verbrauchsverhältnissen in den wirtschaftlich entwickelten Ländern anzunähern:

Struktur des Verbrauchs in Bulgarien[9]

	1965	*1970* (Plan)
Ernährung	52,4	47,1
Bekleidung; Schuhwerk	15,7	14,8
Hauseinrichtungen; Bildung, Kultur	27,0	32,8
Andere	4,9	5,3
Insgesamt	100,0	100,0

[7] *V. Nikiforov,* Problemi na ekonomičeskija rastež v Bălgaria. Sofia 1965, S. 126, 127.

[8] "Ikonomičeska misăl", god. IX (1964), H. 7, S. 67.

[9] „Rabotničesko delo" vom 15. 11. 1966.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

3. Sozialökonomischer Strukturwandel

a) Demographische und infrastrukturelle Probleme

Rückblickend auf die vergangenen zwanzig Jahre darf festgestellt werden, daß die Urbanisierung der Bevölkerung in Bulgarien in einem Tempo und in einem Ausmaß erfolgt ist, die ohne Beispiel in der jüngeren Geschichte Europas und der Welt sind. Der Drang der Bulgaren und insbesonderen der jungen Menschen vom Lande, in die Stadt zu ziehen, ist immer sehr groß gewesen, nur der Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten in den Städten hat früher eine Massenabwanderung verhindert. Mit dem Anlaufen der ersten Pläne zum Aufbau der Industrie nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich die Situation jedoch grundlegend. Als einige Jahre später noch die Kollektivierung der Landwirtschaft hinzukam, ergoß sich binnen kurzer Zeit ein Menschenstrom in die Städte, wodurch das Land ein völlig neues demographisches Strukturbild bekommen hat.

Tabelle 6

Die Bevölkerung Bulgariens in Stadt und Land
1939—1980

	1939	1946	1967	1980[a)]	+ Zunahme − Abnahme	
					1946—1967	1946—1980
in 1 000						
Stadt	1 422	1 719	3 989	4 800	+ 2 270	+ 3 081
Land	4 873	5 281	4 321	4 700	− 960	− 581
Insgesamt	6 295	7 000	8 310	9 500	+ 1 310	+ 2 500
in v.H.						
Stadt	22,6	24,5	48,0	50,5		
Land	77,4	75,5	52,0	49,5		
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0		

a) Voraussichtlich.
Quelle: Statističeski godišnik na NR Bălgaria 1968, S. 22, 23. — "Ikonomičeska misăl", god. VI (1961), Nr. 10, S. 57. — "Rabotničesko delo" vom 17. 11. 1962.

Das Ausmaß der bisherigen Abwanderung von Menschen vom flachen Land in die Städte in Bulgarien wird vollauf erfaßt, wenn berücksichtigt

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wird, daß sich die Zunahme der städtischen Bevölkerung von 1946 bis 1967 von 2 270 200 Menschen folgendermaßen zusammensetzt:

597 237 natürlicher Zuwachs der städtischen Bevölkerung selbst und 1 672 963 effektive Zuwanderer vom flachen Land.

Industrialisierung, Urbanisierung und Rückgang der Geburtenhäufigkeit gehen auch in Bulgarien, wie in allen dieses Stadium durchmachenden Ländern, zusammen. Wenn Bulgarien in den vergangenen zwei Jahrzehnten dennoch eine verhältnismäßig hohe Quote der natürlichen Vermehrung seiner Bevölkerung beibehalten konnte, so ist dies in starkem Maße auf den Rückgang der Sterbequote und in erster Linie auf die erfolgreiche Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zurückzuführen.

Tabelle 7

Die Bevölkerungsbewegung Bulgariens
1901—1967

Im Durchschnitt der Jahre	auf 1 000 Einwohner			Natürlicher Zuwachs in Personen (Jahresdurchschnitt)	Säuglingssterblichkeit auf 1 000 Lebendgeborene
	Lebendgeborene	Gestorbene	Natürlicher Zuwachs		
1901—1910	41,1	23,2	18,2	73 583	217[a)]
1921—1930	36,1	19,4	16,7	88 976	152
1931—1940	26,3	14,6	11,7	71 290	145
1951—1960	19,4	9,3	10,1	76 390	75
1961—1965	16,4	8,2	8,2	66 239	35
1966	14,9	8,3	6,6	54 673	32
1967	15,0	9,0	6,0	49 886	33

a) 1909—1912

Quelle: Statističeski godišnik na NR Bălgaria 1968, S. 22, 23, 52.

Die Möglichkeiten, die Säuglingssterblichkeit und darüber hinaus die gesamte Sterblichkeitsquote weiterhin zu senken, dürften jedoch bereits gering geworden sein. Bulgarische Autoren sind der Meinung, daß die Sterblichkeitsquote inzwischen ihr physiologisches Minimum erreicht hat[10]. Das will heißen, daß sich jeder weitere Rückgang der Geburtenhäufigkeit künftig vollauf auf die Vermehrungsquote auswirken muß.

[10] *A. J. Totev* in: "Planovo stopanstvo i statistika", god. XXI (1966), H. 7, S. 72.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die vergangenen zwei Jahrzehnte brachten jedenfalls eine Veralterung der ländlichen Bevölkerung und eine Verjüngung der städtischen Bevölkerung Bulgariens mit sich. Diese Verjüngung der städtischen Bevölkerung löste eine einmalige und vorübergehende Zunahme der Geburtenhäufigkeit in den Städten aus. Wenn die Zuwanderer und noch mehr ihre Nachkommen sich aber einmal den städtischen Habitus angeeignet haben, dann sinken Geburtenquote wie Zuwachsquote zusehends. Vorerst liegt die Zuwachsquote der städtischen Bevölkerung höher als die der ländlichen. Das Problem des Wachstums der bulgarischen Bevölkerung und damit der einheimischen Arbeitskraft wird jedenfalls sichtbar durch die Feststellung, daß nirgendwo in Europa eine derart niedrige Zuwachsrate auf dem Lande gegeben ist wie in Bulgarien (1967):

auf 1000 Einwohner	Land	Stadt	Bulgarien insgesamt
Geburten	14,2	15,9	15,0
Sterbefälle	10,9	7,0	9,0
Natürlicher Zuwachs	3,3	8,9	6,0

Noch erfreut man sich in Bulgarien einer verhältnismäßig hohen Zuwachsquote, doch ist die Zeit abzusehen, wo sich das Land diesbezüglich auf dem Niveau der hochindustrialisierten Länder befinden wird. Diese Entwicklung hat für das Wirtschaftswachstum Bulgariens deswegen sehr bedenkliche Folgen, weil die Anforderungen der wachsenden und immer differenzierter werdenden Wirtschaft an den einheimischen Arbeitsmarkt immer größer werden. Schon heute tritt Mangel an Arbeitskräften insbesondere in der Landwirtschaft und ganz besonders in Erntezeiten auf; stellen- und zeitweise kann die Ernte sogar nicht mehr eingebracht werden[11]. Weil die bulgarische Landwirtschaft sich immer mehr auf den Anbau von exportorientierten, gleichzeitig aber auch arbeitsintensiven Kulturen des Garten-, Obst- und Weinbaus, der technischen Verarbeitung und des gehobenen Konsumbedarfs spezialisiert, kann eine weitere Entvölkerung der Anbaugebiete dieser Kulturen recht katastrophale Folgen für die Volkswirtschaft des Landes mit sich bringen.

Der abrupt eingetretene und sich über längere Zeitperioden erstrekkende Rückgang der Vermehrungsquote der Bevölkerung wirkt sich auf das Wirtschaftswachstum Bulgariens auch deswegen sehr hemmend aus, weil einem stets geringer werdenden Zustrom von jungen Arbeitskräften immer mehr unproduktive Verbraucher in Gestalt der aus dem Produktionsprozeß ausscheidenden alten Menschen gegenübertreten. Ob und inwieweit es Bulgarien durch eine Familien- und Sozialpolitik gelingen kann, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, erscheint zumindest für die nächste Zeit als sehr zweifelhaft. Schon durch die Verlängerung der

[11] *V. Nikiforov,* a.a.O., S. 72.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Lebenserwartungen[12] und durch das Aufrücken von immer mehr Menschen in das Rentneralter, zumal die Grenzen für dieses in Bulgarien im allgemeinen für die Männer bei 60 und für die Frauen bei 55 Jahren liegen, werden zusätzliche Anforderungen an die sozialen Leistungen der bulgarischen Volkswirtschaft und damit an die immer knapper werdenden Arbeitskräfte des Landes gestellt. Von 1952 bis 1968 hat sich z. B. die Zahl der ausbezahlten Renten folgendermaßen erhöht[13]:

	1952	1967
a) Bauernrenten (Anzahl)	582 000	1 119 000
Ausbezahlte Summe (Mill. Leva)	22,4	163,4
Jährlich je Rente (Leva)	38	146
b) Andere Renten (Anzahl)	212 000	552 000
Ausbezahlte Summe (Mill. Leva)	44,9	296,1
Jährlich je Rente (Leva)	212	536
c) Renten insgesamt (Anzahl)	794 000	1 671 000
Ausbezahlt insgesamt (Mill. Leva)	67,3	459,5
(in v. H. des Nationaleinkommens)	(2,9)	(5,9)

Im Vergleich zu der durchschnittlichen Rente für die Bauern in den kollektivierten landwirtschaftlichen Betrieben von 146 Leva und für die Angehörigen aller anderen Beschäftigungsbereiche von 536 Leva beläuft sich das durchschnittliche Jahreseinkommen je Arbeiter und Angestellten auf 1284 Leva (1967).

Wie sehr übrigens die landwirtschaftliche Bevölkerung durch die Abwanderung der jungen Menschen in die Städte und durch die Flucht vor der Landarbeit „veraltert" und in das Rentenalter „gerückt" ist, zeigt folgende Gegenüberstellung[14]:

	1960	1965	1967
Zahl der ständig beschäftigten Bauern in den Kollektiven	1 618 000	1 233 000	1 071 000
Zahl der Bauern als Rentenbezieher	851 000	1 046 000	1 119 000
Relation Beschäftigte : Rentner	100 : 53	100 : 85	100 : 105

Die im Verlauf der vergangenen zwei Jahrzehnte erfolgte Abwanderung von jungen Menschen vom flachen Land in die Städte und der Rück-

[12] Die durchschnittliche Lebensdauer ist folgendermaßen gestiegen (nach: *M. Minkov*, Naselenieto i rabotnata sila v Bălgaria. Sofia 1966, S. 96):

	1921/26	1927/34	1935/39	1956/57	1960/62
Lebensdauer (in Jahren)	45	48	52	66	70

Siehe auch: Statističeski godišnik na NR Bălgaria 1968, S. 62.

[13] Statističeski godišnik na NR Bălgaria 1968, S. 101, 341.

[14] Ebenda, S. 223, 341.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gang der Geburten- und Vermehrungsquote der städtischen wie der ländlichen Bevölkerung in Bulgarien und die daraus resultierende Verknappung an jungen Arbeitskräften in den nächsten Generationen sind somit dem künftigen Bedarf an Arbeitskräften diametral entgegengesetzt. Für die Erneuerung des Arbeitskräftepotentials und für die Sicherstellung einer Mindestzuwachsquote von Arbeitskräften wird von *Minkov* die Erhöhung der Geburtenquote auf mindestens 18 bis zum Jahre 1970 und auf 19 bis 1980 (1967: 15) als unerläßlich angesehen[15].

Auf alle Fälle wird in Bulgarien für die nächste Zeit und zumindest bis 1980 mit einem Rückgang der Quote der Bevölkerung sowohl im vorarbeitsfähigen (bis 15 Jahre) wie im arbeitsfähigen Alter (zwischen 16 und 60 Jahren) zugunsten der Quote der Bevölkerung über dem arbeitsfähigen Alter (über 60 Jahre) gerechnet (in v. H.)[16]:

	1960	1970	1980
Bevölkerung im Alter unter 16 Jahren	27,6	25,4	25,7
Bevölkerung im Alter zwischen 16 und 60 Jahren[a)]	58,3	57,4	56,1
Bevölkerung im Alter über 60 Jahre[b)]	14,1	17,2	18,2
Bevölkerung insgesamt	100,0	100,0	100,0

a) Frauen zwischen 16 und 55 Jahren.
b) Frauen über 55 Jahre.

Im Zusammenhang mit der Industrialisierung und mit der damit verbundenen Urbanisierung ist in Bulgarien ein *akuter Wohnungsbedarf in den Städten* entstanden, dessen Befriedigung in zweierlei Hinsicht das wirtschaftliche Wachstum des Landes berührt:

1. Im heutigen Stadium ihrer Entwicklung ist die bulgarische Volkswirtschaft nicht in der Lage, die Finanzmittel, die Baumaterialien und die Arbeitskräfte aufzubringen, damit in absehbarer Zeit das Wohnungsproblem in den stürmisch gewachsenen Städten einigermaßen zufriedenstellend gelöst wird.
2. Die unzureichenden Wohnverhältnisse wirken sich negativ sowohl auf die momentane Arbeitsleistung der Menschen als auch auf die langfristige biologische Vermehrung der Bevölkerung und somit auf die Arbeitskraft des Landes aus. Welche Zuspitzung der Mangel an Wohnraum in den bulgarischen Städten inzwischen erreicht hat, veranschaulichen die folgenden Feststellungen[17]:

Am 1. 12. 1965 wurden gezählt:

827 329 städtische Wohnungen mit

[15] *M. Minkov*, Naselenieto i rabotnata sila v Bălgaria, a.a.O., S. 53.
[16] *Derselbe*, ebenda, S. 148.
[17] "Ekonomičeska mišal", god. VI (1961), Nr. 10, S. 55 ff.; god. IX (1964), Nr. 7, S. 20. — Statističeski godišnik na NR Bălgaria 1966, S. 362. — "Statističeski izvestia", 1967, Nr. 2, S. 53.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1 791 818 Wohnräumen (Zimmern),
32 598 193 qm Wohnfläche,
1 171 846 Haushalte und
3 499 696 Bewohner.

Fast ein Drittel der Haushalte (29,4 v. H.) hatte demnach keine eigene Wohnung; je Stadthaushalt entfielen 27,8 qm Wohnraum (Plan 1980: 32 qm) und je Stadtbewohner 9,3 qm Wohnfläche (1956: 6 qm; Plan 1980: 16 qm)[18].

Ähnlich wie das städtische Wohnungsproblem wirken sich direkt wie indirekt negativ auf das wirtschaftliche Wachstums Bulgariens auch alle anderen bisher vernachlässigten *infrastrukturellen Aufbauarbeiten* aus. So hat z. B. die Ausstattung der Hauptstadt Sofia mit öffentlichen Verkehrsmitteln keineswegs Schritt mit der Zunahme des Bedarfs an Transportraum gehalten:

Bevölkerung und innerstädtischer Verkehr in Sofia[19]

	1939	1963	Index 1963 (1939 = 100)
Einwohner (1000)	318	731[a)]	230
Wagenpark (Straßenbahn und Trolleybusse)	237	535	226
Beförderte Gäste (Millionen)	53,9	439,7	816
Fahrgäste je Wagen und Jahr (Mill.)	2,28	8,28	361
(Nur Straßenbahn)	(2,28)	(8,52)	(374)

a) Ende 1968: 932 000.

Ebenso verhält es sich mit der Versorgung mit Telefonanschlüssen (1967: 338 446 Telefonanschlüsse im ganzen Land = 1 Anschluß auf rund 25 Einwohner), Büromaschinen, Transportmitteln (Pkw, Motorräder, Fahrräder) und dergleichen mehr. Allem voran beeinträchtigen das unzureichende Netz von Verkaufsstellen und die mangelhafte Organisation des Kleinhandelsapparats die Arbeitsleistung der arbeitenden Menschen, nimmt doch der tägliche Einkauf von Versorgungs- und Verbrauchsgütern aller Art übermäßig viel Zeit und Mühe in Anspruch: 8,3 Mill. Einwohner werden versorgt von[20]:

10 047 Kleinhandelsgeschäften für Nahrungsmittel
10 266 Kleinhandelsgeschäften für Gebrauchsgegenstände
5 103 Kleinhandelsgeschäften für Gemischtwaren
4 712 Verkaufsbuden, Pavillons u. dgl.

[18] Im Landesdurchschnitt (Städte und Dörfer zusammengenommen) belief sich die Wohnfläche je Einwohner im Jahr 1944 auf 5 qm. Nach: "Ekonomičeska misäl", a.a.O., god. IX (1964), H. 7, S. 69.
[19] *V. Nikiforov*, a.a.O., S. 137.
[20] Statističeski godišnik na NR Bälgaria 1968, S. 272.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aus der Erkenntnis heraus, daß sich Investitionen im infrastrukturellen Bereich direkt wie indirekt günstig auf die Arbeitsleistung und damit auf die Arbeitsproduktivität auswirken, werden neuerdings stärker als bisher sowohl finanzielle Mittel wie organisatorische Maßnahmen vorgesehen und empfohlen, damit die hierin steckenden wachstumsfördernden Kräfte wirksam werden.

b) *Arbeitskräftepotential, Beschäftigung und Arbeitsproduktivität*

Als ein Land mit kleinbäuerlicher und zersplitterter Landwirtschaft (der 4,4 Mill. Hektar umfassende Bodenbesitz war 1934 auf eine Mill. Bauernfamilien in 12,3 Mill. Parzellen verteilt) und mit einem hohen natürlichen Bevölkerungszuwachs verfügte Bulgarien vor dem Zweiten Weltkrieg über einen großen Überschuß von Arbeitskräften, für die es keine ausreichende Beschäftigung gab. Der Bedarf an Arbeitskräften in Bestell- und Erntezeiten in der Landwirtschaft, vor allem als Folge der geringen Technisierung, gewährte einem Teil der erwerbsfähigen Dorfbevölkerung nur saisonale Beschäftigung. Offene und noch mehr versteckte Arbeitslosigkeit kennzeichnete daher das Bild des bulgarischen Arbeitskräftemarktes. Bei einer Bevölkerung von 6 Mill. Einwohnern im Jahre 1934 befanden sich rund 3,3 Mill. Menschen im Arbeitsprozeß, davon 2,9 Mill. in der Landwirtschaft; von diesen 2,9 Mill. in der Landwirtschaft beschäftigten Personen waren 1 065 auf Männer umgerechnete Arbeitskräfte überflüssig, d. h. entbehrlich, „ohne den Lauf des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses zu stören und ohne Anstrengungen für eine rationellere Ausnutzung der Arbeit in den landwirtschaftlichen Betrieben“[21].

Der Rückgriff auf dieses Reservoir von Arbeitskräften hat es zweifelsohne weitgehend ermöglicht, daß Bulgarien nach dem Zweiten Weltkrieg sehr hohe Wachstumsraten in seiner wirtschaftlichen Entwicklung erzielen konnte. Die Bulgaren sind arbeitsfreudige und emsige Menschen, denen nichts abträglicher ist als Beschäftigungslosigkeit und Müßiggang. Die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Städten und Industriezentren, im Baugewerbe und in den vielfältigen Bereichen der sozialisierten Wirtschaft und der sozialistischen Gesellschaft wirkte sich nach dem Zweiten Weltkrieg wie ein Magnet insbesondere auf die jungen Menschen auf dem flachen Lande aus. Als danach noch die Kollektivierung der Landwirtschaft hinzukam, erfuhr die Struktur der Beschäftigung in Bulgarien binnen kürzester Zeit einen geradezu epochalen Wandel: Während noch im Jahre 1948: 81,9 v. H. aller Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig waren, ging dieser Anteil bis 1967 auf 41,3 v. H. zurück. In derselben Zeit

[21] *P. P. Egoroff*, Die Arbeit in der Landwirtschaft. In: J. St. Molloff, Die sozialökonomische Struktur der bulgarischen Landwirtschaft. Berlin 1936, S. 183.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stieg der Anteil der Beschäftigten in Industrie und Baugewerbe von 9,9 v. H. auf 35,7 v. H. und in allen anderen Beschäftigungsbereichen von 8,2 auf 23 v. H.

Tabelle 8

Struktur der erwerbstätigen Bevölkerung Bulgariens
1948, 1956 und 1967 (in v.H.)

Beschäftigungsbereiche	1948	1956	1967
Landwirtschaft	81,9	70,1	41,3
Forstwirtschaft	0,2	0 4	0,5
Industrie	7,9	12,9	28,2
Bauwirtschaft	2,0	3,3	7,5
Verkehrs- und Nachrichtenwesen[a)]	1,5	3,0	5,3
Warenumsatz u. a. materielle Bereiche	2,2	3,1	5,7
Nichtmaterielle Bereiche	4,3	7,2	11,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

a) Einschließlich Personenverkehr und Nachrichtendienst außerhalb der materiellen Güterproduktion.
Quelle: Statističeski godišnik na NR Balgaria 1968 S. 70.

Die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte in Bulgarien außerhalb der kollektivierten Landwirtschaft ist von 629 204 (1948) auf 2 556 491 (1968), d. h. um 1 927 287 (= 96 364 im Jahresdurchschnitt) erhöht worden. Die Schaffung dieser zusätzlichen Arbeitsplätze gehört zweifelsohne zu den größten Leistungen der bulgarischen Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Im einzelnen hat sich die *Beschäftigtenzahl* (Arbeiter und Angestellte, ohne Kolchosbauern) seit 1948 folgendermaßen verändert[22]:

(in 1000)	1948	1968	Zunahme	Index 1968 (1948 = 100)
Industrie	263,2	1106,1	842,9	420,3
Bauwirtschaft	64,7	284.0	219,3	438,9
Land- und Forstwirtschaft	36,5	269,5	233,0	738,4
Andere materielle Bereiche	114,4	431,6	317,2	377,3
Nichtmaterielle Bereiche	150,4	465,3	314,9	309,4
Insgesamt	629,2	2556,5	1927,3	406,3

[22] Statističeski godišnik na NR Bălgaria 1968, S. 70. — "Statističeski izvestia", 1969, Nr. 5, S. 54.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Außer durch Abwanderung aus der Landwirtschaft wurde dieser Zustrom von Arbeitskräften zu einem erheblichen Teil durch Erhöhung der *Frauenarbeit* ermöglicht. Enge Wohnverhältnisse, teure Lebenshaltung, der Wunsch, einen höheren Lebensstandard zu erreichen und der allgemeine soziale Aufstieg der Frau sowie ihre politische, wirtschaftliche und arbeitsmäßige Gleichstellung mit dem Mann stehen hinter dieser Entwicklung. Die Zahl und der Anteil der beschäftigten Frauen unter den Arbeitern und Angestellten stieg von[23]:

237 172 bzw. 27,4 v. H. im Jahre 1951 und noch
423 733 bzw. 30,9 v. H. im Jahre 1958 auf
1 116 883 bzw. 43,7 v. H. im Jahre 1968.

Mit diesem hohen Anteil der beschäftigten Frauen an der Gesamtbeschäftigung außerhalb der Landwirtschaft hat Bulgarien zwar die Quoten der anderen sozialistischen Länder, wie z. B. der Sowjetunion (1967: 50 v. H.), noch nicht erreicht, doch unter Berücksichtigung der Frauenbeschäftigung in der Landwirtschaft ergibt sich auch für Bulgarien eine außerordentlich hohe Quote der Frauenarbeit: Nach einer Enquête von Anfang 1963 belief sich die Beschäftigungsquote unter den arbeitsfähigen Frauen (im Alter zwischen 16 und 54 Jahren) in den Städten auf 90,2 v. H.[24].

Mit anderen Worten, die Zeit ist abzusehen, wann die verfügbaren Reserven an Frauenarbeit auch in Bulgarien weitgehend erschöpft sein werden, wurden doch von 1951 bis 1968 zusätzlich 879 711 Frauen als Arbeiter und Angestellte neu beschäftigt, womit sich die Zahl der berufstätigen Frauen außerhalb der bäuerlichen Kollektivwirtschaften fast verfünffacht hat; die Zahl der berufstätigen Männer ist in derselben Zeit von 627 375 auf 1 439 608 oder um 812 233, d. h. auf das 2,3fache, gestiegen.

In vielen Beschäftigungsbereichen übersteigt die Zahl der Frauen diejenige der Männer erheblich. Dies gilt zunächst für die kollektivierte Landwirtschaft; besonders hoch ist der Anteil der Frauenarbeit: im Gesundheitswesen und in der sozialen Betreuung (72,2 v. H.), in Bildung, Kultur und Kunst (67,4 v. H.), in Finanzen, Versicherung (63,6 v. H.), in der Forstwirtschaft (hauptsächlich Beeren- und Pilzesammeln) (62 v. H.), in landwirtschaftlichen Staatsbetrieben (61,9 v. H.)[25].

Wachsender Kapitalbedarf der Wirtschaft, wachsende Aufgaben auf sozialem Gebiet, gestauter Wohnungsbedarf und die wachsenden Ansprüche einer stets differenzierter werdenden Industriegesellschaft stellen also gleichzeitig ihre Anforderungen an die bulgarische Arbeitskraft und ihre Produktivität. Weil mit der Zeit von der demographischen und

---

[23] Statističeski godišnik na NR Bălgaria 1965, S. 75. — "Statističeski izvestia", 1969, Nr. 2, S. 54.
[24] Ikonomičeska misăl", a.a.O., god IX (1964), Nr. 2, S. 71.
[25] "Statističeski izvestia" 1969, Nr. 2, S. 54; Nr. 5, S. 54.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von der biologischen Entwicklung der Bevölkerung keine allzu starken wachstumsfördernden Impulse für die Wirtschaft des Landes erwartet werden können, erweist sich die Erhöhung der *Arbeitsproduktivität* und somit des intensiven Faktors immer mehr als ausschlaggebend für das Wirtschaftswachstum Bulgariens. Dies um so mehr, als auch in Bulgarien die Fünftagewoche und die Kürzung der Arbeitszeit auf 44 Wochenstunden angestrebt werden[26]. Die Arbeitsleistung leidet aber schon jetzt unter viel zu hohen Ausfällen an Arbeitstagen und Arbeitsstunden. Speziell in der Industrie wird selbst bei der Sechstagewoche gegenwärtig nur an 269 Tagen (1967) gearbeitet. Nicht gearbeitet wird an 96 Tagen, und zwar: infolge Krankheit 11 Tage; infolge Mutterschaft 4 Tage; aus anderen Gründen 7 Tage; hinzukommen 18 Tage Urlaub und 56 Sonn- und Feiertage. Ein besonders hoher Arbeitszeitverlust von 15 v. H. der geleisteten Arbeitszeit ergibt sich aus dem Leerlauf bei einem jeden Schichtwechsel[27]; umgerechnet beträgt dieser Leerlauf weitere 39 Tage im Jahr, so daß im Endergebnis in der bulgarischen Industrie heute nur an 230 Tagen im Jahr gearbeitet wird.

Außer durch Investitionen und durch Mechanisierung, Technisierung und Modernisierung der Arbeitsprozesse ist man in Bulgarien bemüht, die Arbeitsproduktivität durch *Schulung* und *Ausbildung* der Arbeitskräfte zu erhöhen.

Bulgarien hat immer ein vorbildliches Schulsystem gehabt. Die Wißbegier der Menschen, der Wunsch, die Versäumnisse während der jahrhundertelangen Fremdherrschaft nachzuholen, und eine zielbewußte Bildungs- und Kulturpolitik des Staates haben dazu geführt, daß sich in Bulgarien im Verlauf einiger weniger Generationen nach der Befreiung von der türkischen Herrschaft (1878) eine breite Intelligenzschicht heranbilden konnte. Der Bedarf an Führungskräften im Staatsdienst, an Lehrern, Geistlichen, Beamten und Offizieren konnte zwar eine Zeitlang den Großteil der Abiturienten und Hochschulabsolventen absorbieren. Doch führte der Mangel an geeigneten Beschäftigungsmöglichkeiten für die Intelligenzberufe sehr bald zu Arbeitslosigkeit und entsprechend zu sozialer und politischer Unzufriedenheit unter den davon Betroffenen. Daher ist es auch kein Zufall, daß die Bulgarische Kommunistische Partei schon vor dem Zweiten Weltkrieg eine der traditionsreichsten und aktivsten in Südosteuropa war.

Mit der Sozialisierung der Wirtschaft nach dem Kriege und mit der seither betriebenen Industrialisierungspolitik steigt auch entsprechend der Bedarf an Fachkräften mit Fachschul-, Gymnasial- und Hochschulbildung. Die gegenwärtigen Schuleinrichtungen und die Bildungspolitik

---

[26] Siehe hierüber: „Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa", Südost-Institut, Jg. XI (1966), H. 10, S. 160, 161.
[27] *V. Nikiforov*, a.a.O., S. 68.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des Staates versuchen, diesem Bedarf Rechnung zu tragen. Die Zahl der Beschäftigten mit höherer Schulbildung wächst von Jahr zu Jahr zusehends[28]:

	1951	1968	Zunahme
Oberschule, Fachschule	57 533	317 308	259 775
Hochschule	41 984	148 821	106 837
Sog. ‚Spezialisten' insgesamt	99 517	466 129	366 612

Bis 1980 will man die Zahl der Werktätigen mit höherer Schulbildung auf 1 170 000 erhöhen, was zur Folge haben dürfte, daß selbst der bescheidenste Büroposten von Arbeitskräften mit Abitur besetzt sein wird. Damit würde sich für Bulgarien der Slogan bewahrheiten, „daß man erst mit dem Abiturzeugnis in der Tasche ein lebensberechtigter Mensch wird". An den 26 Universitäten und Hochschulen lernten 1968/69 insgesamt 86 000 Studenten, was einer Quote von 103 Studierenden auf 10 000 Einwohner entspricht. Das ist eine der höchsten Quoten in Europa.

Vorerst herrscht jedenfalls noch spürbarer Mangel an geschulten Fachkräften, vor allem für die Leitung der landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe, sowie überhaupt an Führungskräften in der Landwirtschaft. Das Problem der Beschäftigung von Fachkräften mit höherer Schul- und mit Hochschulbildung in Bulgarien ist jedoch weniger ein Problem des Mangels an solchen Arbeitskräften als vielmehr ein Problem ihres Einsatzes. Auch bulgarischerseits wird auf den ungesunden Zustand hingewiesen, daß zwar alljährlich eine große Zahl von Spezialisten die höheren Schulen und Universitäten verläßt, daß man aber die leitenden Posten in der Wirtschaft meistens fachlich unqualifizierten Kräften (wie Parteimitgliedern, früheren Partisanen, politisch verdienten Personen und dergleichen) anvertraut. So besaßen von den 104 041 leitenden Funktionären des Wirtschaftslebens nur 24 380 Hochschulbildung; 29 000 hatten nicht einmal Mittelschulbildung[29].

In einigen Berufen verfügt Bulgarien bereits über genügend Fachkräfte mit Hochschulbildung, und bei gegebenen Voraussetzungen[30] könnten sich mit der Zeit immer mehr Bulgaren mit akademischer Berufsausbildung in anderen Ländern betätigen. Schon jetzt arbeiten viele bulgarische Architekten, Ingenieure und Bauspezialisten in Entwicklungsländern. Bulgarische Zahnärzte werden von Schweden nachgefragt. Wie sehr Bulgarien in der Ausbildung von Akademikern aufgeholt hat, zeigt die

[28] Statističeski godišnik na NR Bălgaria 1966, S. 78. — "Statističeski izvestia", 1969, Nr. 5, S. 56.

[29] "Rabotničesko delo" vom 8. 11. 1964.

[30] Hierzu gehört z. B. das Erlernen von Fremdsprachen; außer Russisch lernten in den bulgarischen Schulen (1967/68): 158 687 Schüler Französisch; 60 188 Schüler Deutsch, 17 805 Schüler Englisch und 7 Italienisch.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Besetzung mit Ärzten: es entfallen bereits (1966) 594 Einwohner auf einen Arzt (Plan 1980: 380 Einwohner), womit das Land an einem der führenden Plätze in Europa liegt. In der Bundesrepublik (1967) entfallen z. B. 677 Einwohner, in Schweden (1965) 910, in Jugoslawien (1965) 1200 Einwohner auf je einen Arzt.

Der Ausbau der Industrie und die immer differenzierter werdenden Beziehungen und Verhältnisse in einer sich rasch entwickelnden Volkswirtschaft haben zur Folge, daß die Zahl der beschäftigten *Angestellten* schneller wächst als die Zahl der beschäftigten Arbeiter. In den sozialistischen Ländern ist sowieso eine andere Relation zwischen Arbeitern und Angestellten gegeben als in den marktwirtschaftlichen Ländern. Schließlich wird die sozialistische Volkswirtschaft durch das Instrument der bürokratischen Weisung geleitet und kontrolliert. Daher ist hier die Gefahr einer übermäßigen Verbürokratisierung der Arbeit im gesamten wirtschaftlichen Leben besonders groß. Wenn zudem auch das Schulsystem und die Schuleinrichtungen — wie im Falle Bulgariens — auf die Ausbildung von Kräften ausgerichtet sind, die eher für Büroarbeit als für Arbeit an der Werkzeugbank oder im Labor geeignet sind, dann ist der Ansturm auf die Büros unaufhaltsam. Im Jahre 1968 wurden jedenfalls (ausgenommen die landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe) gezählt[31]:

	946 048	=	37	v. H. Angestellte und
	1 610 443	=	63	v. H. Arbeiter
insgesamt	2 556 491	=	100	v. H. Beschäftigte

Es entfallen demnach auf 100 Arbeiter rund 59 Angestellte bzw. auf 100 Angestellte rund 170 Arbeiter. Die Angestellten selbst verteilen sich in:

480 731 in der materiellen Güterproduktion,
465 317 in den nichtmateriellen Beschäftigungsbereichen.

Auf 100 Arbeiter entfallen also etwa:

30 Angestellte in der Wirtschaft selbst und
29 Angestellte in den „traditionellen" staatlichen, kommunalen und gesellschaftlichen Diensten.

Damit dürfte die Verbürokratisierung der Arbeit in Wirtschaft und Gesellschaft in Bulgarien ein Ausmaß erreicht haben, dessen Überschreitung sich nur negativ auf das weitere Wirtschaftswachstum des Landes auswirken kann. In dem vom ZK der BKP im April 1966 erlassenen Beschluß zur Reform des bulgarischen Wirtschaftssystems ist auch deutlich auf diese Gefahr hingewiesen worden.

---

[31] "Statističeski izvestia" 1969, Nr. 5, S. 54.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

III. Wachstumsperspektiven bis 1970

Die Nachkriegsentwicklung der bulgarischen Volkswirtschaft wurde in die folgenden Pläne gekleidet:

Zweijahresplan 1947—1948;
Erster Fünfjahresplan 1949—1953, erfüllt 1952;
Zweiter Fünfjahresplan 1953—1957;
Dritter Fünfjahresplan 1958—1962, beendet 1960;
Vierter Fünfjahresplan 1961—1965;
Fünfter Fünfjahresplan 1966—1970[32].

Im November 1962 wurden außerdem die Direktiven zur Entwicklung Bulgariens in den zwanzig Jahren 1961 bis 1980 verkündet[33].

Im Mittelpunkt all dieser Pläne stand und steht der Ausbau der Industrie und die Schaffung der sozialistischen Gesellschaft nach den im Marxismus-Leninismus verankerten Grundsätzen. Gegenwärtig und im Verlauf des Zwanzigjahresplanes befindet sich Bulgarien vollends im Übergangsstadium vom Sozialismus zum Kommunismus. An der Schwelle dieses Übergangs präsentieren sich auch die wirtschaftlichen Wachstumsprobleme in einem neuen Gewand: Nach der weitgehenden Erschöpfung der extensiven wachstumsfördernden Faktoren in Gestalt der Mobilisierung der verfügbaren Arbeitskräfte und der Erschließung der leicht zugänglichen Produktionsressourcen tritt nun die maximale Nutzung der intensiven wachstumsfördernden Faktoren in den Vordergrund der gesamten wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Entwicklung des Landes. Zu den intensiven wachstumsfördernden Faktoren zählen in erster Linie:

a) Erhöhung der Arbeitsproduktivität und

b) Hebung der Kapitaleffektivität.

Aus diesem Grunde und für diesen Zweck werden auch die Reformmaßnahmen eingeleitet, nach denen sich Organisation, Leitung und Kontrolle der Betriebe und der gesamten Volkswirtschaft künftig neu orientieren sollen.

Zu den wichtigsten Zielen (für das Jahr 1970) des vom Neunten Kongreß der BKP am 14. 11. 1966 gebilligten Fünften Fünfjahresplans 1966 bis 1970 zählen (Index 1965 = 100)[34]:

Zuwachs des Nationaleinkommens um	45—50 v. H.
Erweiterung der Grundfonds um	90 v. H.
Erhöhung der Industrieproduktion um	65—70 v. H.
Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion (1961/65 = 100) um	25—30 v. H.
Zunahme des Außenhandels um	63—65 v. H.
Erhöhung der Verbraucherfonds um	40 v. H.
Steigerung des Pro-Kopf-Realeinkommens um	30 v. H.

[32] "Rabotničesko delo" vom 30. 7. 1966 und 15. 11. 1966.
[33] "Rabotničesko delo" vom 6. 11. 1962 und 17. 11. 1962.
[34] "Rabotničesko delo" vom 30. 7. 1966 und 15. 11. 1966.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In struktureller Hinsicht verwandelt sich Bulgarien immer mehr zu einem Industrieland mit starkem Anteil der Landwirtschaft.

Brutto-Güterproduktion	1965	1970
Industrie (v. H.)	74	79
Landwirtschaft (v. H.)	26	21

Auf die Industrie sollen 1970 entfallen:

65 bis 70 v. H. des gesellschaftlichen Gesamtprodukts (1968: 64 v. H.) und 52 v. H. des Nationaleinkommens (1968: 49 v. H.).

1. Industrie

Im Mittelpunkt des Programms für den Aufbau der Industrie bis 1970 stehen jene Industrien, welche den technischen Fortschritt beschleunigen, die höchste Produktivität in allen Bereichen der Wirtschaft gewährleisten und zur optimalen Beteiligung Bulgariens an der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere an der Zusammenarbeit unter den sozialistischen Ländern, führen. Vor allem stellt die künftige Entwicklung der bulgarischen Volkswirtschaft erhöhte Anforderungen an die *Energieproduktion* des Landes. Die bisherigen Engpässe in der Energieversorgung der Wirtschaft wie der Bevölkerung sollen durch Verdoppelung der Produktion behoben werden. Im einzelnen sieht der Fünfte Fünfjahresplan für 1966 bis 1970 folgende Produktionszahlen vor[35]:

	1965	1968	(Plan) 1970	Index 1970 (1965 = 100)
Elektrizität (Mill. kWh)	10 244	15 451	21 000	205
Kohle (1000 t)	26 254	30 897	42 314	161
Erdöl (1000 t)	299	474	1 000	437
Erdölderivate (1000 t)	2 261	·	5 000[a)]	·
Erdgas (Mill. cbm)	72	·	700	972

a) Produktion von Erdölderivaten und Plastikmasse allein des Raffineriekombinats in Burgas.

Angestrebt wird eine Konzentration in der Energieproduktion durch den Neubau — in erster Linie — von Großthermozentralen (2200 MW), dann aber auch von Hydrowerken (800 MW) mit einer Gesamtproduktion von fast 11 Mrd. kWh im Jahre 1970. Parallel damit erhöht sich der Anteil der Energieträger Erdöl, Erdölderivate und Erdgas an der gesamten Energiebilanz von:

29 v. H. im Jahre 1965 auf
43 v. H. im Jahre 1970.

[35] "Rabotničesko delo" vom 29. 1. 1966, 30. 7. 1966, 15. 11. 1966.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In Zusammenarbeit mit der Sowjetunion wurde im Jahre 1967 mit dem Bau des ersten Atomkraftwerks bei Sofia begonnen. Die Fertigstellung ist für 1974 vorgesehen. Bei einer Leistung von 800 000 MW bzw. bei einer Produktion von 5,6 Mrd. kWh soll dann das neue Werk 15 v. H. der gesamten Stromproduktion Bulgariens (demnach 37,3 Mrd. kWh) liefern[36].

Die Erweiterung der *Kohlenförderung* von:

26,2 Mill. t im Jahre 1965 und
30,9 Mill. t im Jahre 1968 auf
42,3 Mill. t im Jahre 1970

soll hauptsächlich durch Modernisierung und Mechanisierung der Arbeit in den Tagebaubetrieben in Maritza-Ost bewerkstelligt werden. Im Kohlenbergwerk Maritza-Ost sollen 1970 rund 25 Mill. t Kohle, davon 21 Mill. t im Tagebau, gewonnen werden.

Mit der Erhöhung der *Erdölförderung,* hauptsächlich in Dolni-Dăbnik bei Pleven, auf 1 Mill. t und der *Erdgasförderung* (in Čiren) auf über 700 Mill. cbm wird zwar die Energiebasis in Bulgarien erweitert, dennoch wird das Land gegen 1970 rund 40 v. H. seines Bedarfs an Energie und an Energieträgern auf dem Importwege decken müssen. Für diesen Zweck werden eine Erdölleitung und eine Stromleitung über Rumänien nach der Sowjetunion gebaut.

Für die *metallurgische Industrie* sind folgende Produktionszahlen vorgesehen (in 1000 t):

	1965	1968	(Plan) 1970	Index 1970 (1965 = 100)
Roheisen	695	1109	1800	259
Rohstahl	588	1461	2300	391
Walzstahl	431	1028	1900	441
Blei	93	123a)	97	104
Zink	63	123b)	68	107
Kupfer	24	157c)	45	189

a) 70 %. — b) 52 %. — c) 20 %.

Das Werk in Kremikovzi bei Sofia wird zum bedeutendsten metallurgischen Kombinat des Landes ausgebaut. Bis 1970 sollen dort neu errichtet werden: eine dritte Koksbatterie, ein dritter Hochofen, ein Konverter, eine Anlage für Ferrolegierungen, Walzstraßen für Kalt- und solche für Warmverfahren, ein Röhrenwerk. Bulgarien hofft den Großteil seines Bedarfs an Schwarzmetallen und an einigen Buntmetallen nach 1970 aus der eigenen Produktion decken zu können. Der Eisenvorrat von Kremikovzi wird auf 250 Mill. t geschätzt; der Metallgehalt liegt zwischen

[36] "Vnešnjaja torgovlja", Moskva 1967, Nr. 8, S. 36.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

28 und 32 Fe v. H., was auf verhältnismäßig hohe Gestehungskosten der bulgarischen Roheisenproduktion schließen läßt, zumal der Koksbedarf fast ausschließlich durch Importe (1968: 304 000 t) gedeckt wird (Hauptlieferant: die Sowjetunion).

Ebenso stark wie die Metallgewinnung wird auch die *Metallbearbeitungs-* und die *Maschinenbauindustrie* ausgeweitet; ihre Produktion soll verzweieinhalbfacht werden, was eine jährliche Zunahme um 20 v. H. voraussetzt. Der Anteil der Maschinenproduktion an der gesamten Industrieproduktion soll von

16,5 v. H. im Jahre 1965 auf
23,0 v. H. im Jahre 1970

erhöht werden. Der Bedarf an Maschinen ist gedeckt worden bzw. soll gedeckt werden:

1965 zu 35 v. H. und
1970 zu 45 v. H.

aus der Inlandsproduktion. Etwa ein Drittel der Produktionsausweitung der Gesamtindustrie wird somit auf den Maschinenbau entfallen. Durch eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität im gesamten Maschinenbausektor um durchschnittlich 60 v. H. hofft man, einen Großteil der Produktionsausweitung zu ermöglichen.

Neben einer Verdreifachung der Produktion von Metallbearbeitungsmaschinen sieht der Fünfte Fünfjahresplan die Aufnahme des Baues von großen Schiffen (über 20 000 BRT) sowie von Kraftfahrzeugen vor. Die Kraftfahrzeug-Produktion besteht zunächst aus Montagearbeiten von importierten Teilen. Es handelt sich hier u. a. um die Montage des „Moskwitsch 408"-Wagens und des „Renault R 8"-Wagens. Das Fernziel in bezug auf den letztgenannten Wagen ist ein Ausstoß von 10 000 bis 12 000 Wagen pro Jahr. Seit Anfang 1967 werden Verhandlungen mit dem Volkswagenwerk zum Bau eines Zweigwerks in Bulgarien für VW-Transporter geführt. Auf der Basis von Kooperationsabmachungen mit

	Prod. 1968	(Plan) 1970
Stickstoffdünger (Reingewicht)	275 881 t	626 000 t
Phosphordünger (Reingewicht)	135 361 t	300 000 t
Schwefelsäure (Monohydrat)	471 564 t	1 032 000 t
kalzinierte Soda	229 134 t	370 000 t
Plastikmasse und Harze	·	103 000 t
synthetische Fasern	·	32 000 t
Kunstfasern	·	21 000 t
synthetischer Kautschuk	·	30 000 t
Zellulose	75 723 t	300 000 t
Autoreifen	332 800	1 Mill. Stck.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

westdeutschen Firmen werden in Bulgarien u. a. bereits produziert: eine tragbare elektrische Schreibmaschine sowie Zigaretten.

Die *Chemische Industrie* erfreut sich im Fünfjahresplan einer bevorzugten Förderung; ihre Produktion soll mindestens verdreifacht werden; damit wird sich ihr Anteil an der gesamten Industrieproduktion von 5,2 v. H. im Jahre 1965 auf 8,7 v. H. im Jahre 1970 erhöhen.

Dieses umfangreiche Programm verleiht zu Recht dem Plan den Namen „Plan der Chemisierung der Volkswirtschaft". Vor allem wird Bulgarien bis 1970 genügend Kunstdünger für die eigene Landwirtschaft produzieren und darüber hinaus bedeutende Mengen exportieren. Fast zwei Fünftel der Textilfasern sollen 1970 chemischen Ursprungs sein.

Mit einer Erhöhung der Produktion von Baumaterialien um 80 v. H., der Produktion der *Leichtindustrie* um 46 v. H. und der *Nahrungsmittelindustrie* um 32 v. H. will man in Bulgarien dem steigenden Verbrauch eines zunehmenden und differenzierter werdenden Bedarfs nach Möglichkeit Rechnung tragen.

2. Landwirtschaft

Wie bereits dargelegt (s. S. 291), liegen die im Fünften Fünfjahresplan vorgesehenen Wachstumsraten der landwirtschaftlichen Produktion von 25 bis 30 v. H. bedeutend niedriger als die Wachstumsraten der Industrieproduktion von 65 bis 70 v. H. Dennoch soll die Landwirtschaft ihre Produktion in den fünf Jahren 1966 bis 1970 stärker ausweiten als in den fünf Jahren 1961 bis 1965, wo sich der Zuwachs gegenüber 1956 bis 1960 auf 23 v. H. belief. Im einzelnen soll die Produktion ausgeweitet werden bei: Weizen um 19 v. H. (von 2,2 auf 2,6 Mill. t), Mais um 45 v. H. (von 1,6 auf 2,3 Mill. t), Sonnenblumenkernen um 17 v. H. (von 337 000 auf 400 000 t), Orienttabak um 15 v. H. (von 99 000 auf 111 000 t), Tomaten um 15 v. H. (von 738 000 auf 850 000 t), Weintrauben um 35 v. H. (von 1 Mill. auf 1,35 Mill. t). Die Erweiterung der Produktion soll ausschließlich durch Erhöhung der Hektarerträge geschehen, und zwar bei: Weizen (Ertrag 1961/65: 18,1 dz je ha) um 30 v. H, Mais (25 dz) um 33 v. H., Sonnenblumenkernen (13,4 dz) um 24 v. H., Orienttabak (8,66 dz) um 15 v. H., Tomaten (300 dz) um 11 v. H., Weintrauben (60 dz) um 20 v. H.

Für die Produktions- und Produktivitätssteigerung soll der Verbrauch von Mineraldünger (Reingewicht) von 81 kg je ha im Jahre 1965 auf 160 bis 180 kg je ha im Jahre 1970 erhöht werden. Die bewässerte Fläche soll am Ende der Fünfjahresperiode mindestens 24 v. H. der gesamten Anbaufläche betragen. Die landwirtschaftlichen Arbeiten auf mechanischem Wege sollen bis 1970 mindestens um 35 v. H. erweitert werden, und zwar durch Vergrößerung des Maschinenparks auf (Zahlen in Klammern für 1967:) 91 000 Traktoren (71 843 in 15-PS-Einheiten), 21 000 Mähdrescher

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

(13 143), 47 000 Traktorpflüge (40 682), 40 000 Kultivatoren (29 149), 25 000 Sämaschinen (23 326), 180 Flugzeuge für die Schädlingsbekämpfung. Die mechanische Kraft je 100 ha soll jedenfalls von 97 PS im Jahre 1965 auf 140 PS bis 1970 erhöht werden.

Bei einer Ernte von 7,3 Mill. t Brot- und Futtergetreide im Jahre 1970 (1965: 5,27; 1966: 6,7; 1967: 6,4 Mill. t) rechnet man in Bulgarien damit, den Inlandsbedarf decken zu können. Nur ein kleiner Teil des Bedarfs an Futter für Hornvieh und für Schafe soll auf dem Importwege gedeckt werden.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Fünfjahresplans zählt die Steigerung der Produktion von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs:

bei Fleisch um	31,8 %
bei Kuhmilch um	45,6 %
bei Eiern um	28,7 %

Die Leistung je Tier soll erhöht werden:

Milch je Kuh von 2270 l auf 2900 l	(um 27,8 %)
Wolle je Schaf von 2,86 kg auf 3,2 kg	(um 11,9 %)
Eier je Huhn von 152 auf 200 Stück	(um 31,6 %).

Im Zusammenhang mit diesen Produktionszahlen und mit der Erhöhung des Einkommens der Bevölkerung in Stadt und Land um durch-

Tabelle 9

Der Viehbestand Bulgariens 1961 und 1969

	1. 1. 1961			1. 1. 1969		
	Insgesamt 1 000 Stück	dav. priv. Tierhaltung		Insgesamt 1 000 Stück	dav. priv. Tierhaltung	
		1 000 Stück	in v.H. von insgesamt		1 000 Stück	in v.H. von insgesamt
Milchkühe	546,8	220,3	40,3	579,4	198,9	34,3
Anderes Rindvieh	905,0	150,7	16,4	717,4	112,0	15,6
Büffel	189,9	126,0	66,4	89,2	76,6	85,9
Schweine	2 543,4	917,7	35,9	2 140,0	465,4	21,7
Schafe	9 332,6	2 884,3	30,9	9 651,9	4 120,3	47,7
Ziegen	246,5	232,2	94,2	376,3	372,0	99,0
Pferde, Esel, Maultiere	600,9	305,2	50,8	529,0	367,6	69,5
Geflügel	23 366,5	13 227,5	56,6	24 873,6	15 930,0	64,0

Quelle: "Statističeski izvestia" 1967, Nr. 4, S. 57; 1969, Nr. 4, S. 54.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schnittlich 30 v. H. soll auch der Pro-Kopf-Verbrauch von Nahrungsmitteln bis 1970 folgendermaßen erhöht werden: Fleisch und -Erzeugnisse um 25 v. H. (1968: 41,9 kg), Milch und -Erzeugnisse um 40 v. H. (1968: in Milch umgerechnet 112,6 kg), Eier um 34 v. H. (1968: 111 Stück), Zucker und -Erzeugnisse um 25 v. H. (1968: 29,6 kg), Früchte um 42 v. H. (1968: 151,9 kg), Gemüse um 16 v. H. (1968: 89,5 kg).

Wie in allen sozialistischen Ländern, so liegt auch in Bulgarien ein erheblicher Teil der Tierhaltung noch in privater Hand. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich daran auch bis 1970 nichts Wesentliches ändern wird. Im Jahre 1967 wurden 13 v. H. der Anbaufläche in privater Regie bewirtschaftet (Hofland der kollektivierten Bauern, Gartenparzellen und dergleichen), der Anteil der privaten Bodenproduktion belief sich dagegen auf 17,4 v. H. und der Anteil der viehwirtschaftlichen Produktion sogar auf 34,5 v. H. der jeweiligen Gesamtproduktion Bulgariens.

3. Transport- und Nachrichtenwesen

Die Aktivierung der wirtschaftlichen Tätigkeit in allen Bereichen der Volkswirtschaft und die Erhöhung der Leistungen im Transport- und Nachrichtenwesen bedingen sich gegenseitig. Dies geht aus folgenden typischen Zahlen hervor:

Transportleistung der bulgarischen Verkehrsträger 1961, 1965 und 1968[37]:

		1961	1965	1968
Gütertransport (1000 t):	Eisenbahn	40 545	55 996	62 771
	Lkw	57 837	70 320	91 549
	Schiffsfracht	2 902	7 751	14 317
Personenbeförderung (1000):	Pkw	346,03	607,9	866,0
	Eisenbahn	81,75	90,0	101,1
	Schiff	1 306	752	748
	Flugzeug	215	449	752

Im Fünften Fünfjahresplan 1966 bis 1970 ist eine weitere Zunahme der Leistung aller Verkehrsträger vorgesehen, darunter:

Beförderung von Personen und Gütern um ..... 60 v. H.
Gütertransport der Eisenbahn um ..... 35 v. H.
Gütertransport per Lkw um ..... 43 v. H.
Gütertransport der Handelsflotte um ..... 280 v. H.

Im Jahre 1970 sollen 80 v. H. des Güter- und Personenverkehrs der Eisenbahnen durch Diesel- und Elektrokraft erfolgen. Die elektrifizierten Strecken werden 610 km betragen (1967: 552 km; Plan 1980: 1400 km

[37] "Statističeski izvestia" 1969, Nr. 8, S. 25 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

= ein Drittel des Streckennetzes; im Zeitraum von fünf Jahren von 1966 bis 1970 sollen dem Verkehr neu übergeben werden:

215 Elektro- und Dieselloks
90 Rangier-Dieselloks
28 Dieselmotorwagen mit je 2 Anhängern
12 000 Güterwaggons (in Einheiten mit je 2 Achsen)
400 Personenwaggons.

Das Programm sieht bis 1970 ferner vor: den Bau von Doppelgleisen auf wichtigen Eisenbahnstrecken, die Erweiterung der Güterbahnhöfe um 118 km Schienen, die Erhöhung des durchschnittlichen Bruttogewichts der Güterzüge auf mindestens 130 t, die Verkürzung der Umschlagzeit der Güterzüge um durchschnittlich 6 Stunden, die Senkung des Brennstoffverbrauchs je t/km um 40 v. H., den Ausbau der Hafenanlagen von Varna und Burgas, die Erhöhung der Meeres-Schiffstonnage auf 1 Mill. BRT (1967: 784 010 BRT)[38]; 1300 km Straßen sollen mit fester Oberdecke versehen werden, der Flugzeugverkehr, das Telefonnetz und die Anzahl der Telefonanschlüsse sollen erweitert bzw. vergrößert werden.

IV. Wachstumsprobleme im Lichte des außenwirtschaftlichen Verkehrs

Der Aufbau und der Ausbau der bulgarischen Industrie und Wirtschaft sind weitgehend vom Außenhandel abhängig. Dies gilt sowohl für den Import von Maschinen und Ausrüstungen für die Errichtung neuer Bergwerks-, Kraftwerks- und Fabrikanlagen wie für den Import von Produktionsmitteln für die Landwirtschaft wie auch für den Import von Rohstoffen, Brennstoffen, Halbmaterialien und dergleichen. Der einheimische Markt ist viel zu klein, damit eine vielseitige Industrie aufgebaut und ein gewisser Autarkiegrad des eigenen Industriekörpers erlangt werden könnten. Rohstoff- und Kapitalgütermangel, einseitig agrarbetonte Struktur der Volkswirtschaft, Enge des einheimischen Marktes und ehrgeizige Industrialisierungspolitik der bulgarischen Regierung haben zur Folge, daß unter den sozialistischen Staaten Bulgarien zu den Ländern mit dem höchsten Abhängigkeitsgrad vom Außenhandel zählt[39]. Kein

[38] Siehe hierüber: *T. Zotschew*, Besondere Aspekte Bulgariens im Zusammenhang mit dem Donauverkehr. In: Die Donau als Verkehrsweg Südosteuropas. Südosteuropa-Studien Nr. 14, München 1969, S. 108 ff.

[39] Nach Berechnungen von *E. Klinkmüller/H. Machowski* (Nationaleinkommen und Bruttosozialprodukt einiger RGW-Länder, der USA und der Bundesrepublik Deutschland. In: „Osteuropa-Wirtschaft", Jg. 11 (1966), H. 2, S. 166) weisen die einzelnen Länder folgende *Außenhandelsquoten* auf (Einfuhr plus Ausfuhr in v. H. des nach westlichen Kategorien berechneten Bruttosozialprodukts):

Tschechoslowakei	(1964)	28,3 v. H.	Rumänien	(1962)	16,3 v. H.
Bulgarien	(1962)	25,8 v. H.	Polen	(1965)	13,7 v. H.
Ungarn	(1964)	21,7 v. H.	Sowjetunion	(1964)	9,2 v. H.
DDR	(1964)	21,2 v. H.	(zum Vergleich: Bundesrepublik	(1964)	(28,9 v. H.)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

anderes nach dem Zweiten Weltkrieg kommunistisch gewordenes Land hat auch seinen Außenhandel so stark ausgedehnt wie Bulgarien: von 1951 bis 1961 z. B. um 16,1 v. H. jährlich, gegenüber 11,6 v. H. bei den anderen europäischen sozialistischen Ländern[40].

Der bulgarische Außenhandel (Einfuhr plus Ausfuhr; Indexzahlen)

1939	1956	1960	1965	1968	1970 (Plan)
100	217,0	494,3	976,2	1488,7	1600

In der Regel ist der bulgarische Außenhandel bisher schneller gewachsen als das gesellschaftliche Gesamtprodukt und als das Nationaleinkommen des Landes. Diese Tendenz dürfte zumindest bis 1970 anhalten, sieht doch der Fünfte Fünfjahresplan für den Zeitraum 1966 bis 1970 eine Steigerung des Nationaleinkommens um 45 bis 50 v. H. und des Warenverkehrs mit dem Ausland um 63 bis 65 v. H. vor. Die bulgarische Außenhandelsquote (Anteil des Außenhandels am Nationaleinkommen) nimmt infolgedessen auch ständig zu.

Gegenüber 1956 (= 100) ergeben sich folgende Indexzahlen:

	1960	1966	1968	1970 (Plan)
Nationaleinkommen	157	242	269	327
Außenhandel	228	536	686	742

Der Außenhandel wirkt sich zwar auf die bulgarische Volkswirtschaft wachstumsfördernd aus, doch muß für die Aufrechterhaltung eines hohen Exports oft der einheimische Verbrauch gedrosselt werden. So sehr nämlich der Import von Produktionsmitteln für die Hebung der Produktionsleistung und der Produktivität in Industrie, Landwirtschaft, Verkehrswesen usw. unerläßlich ist, so reichen die Überschüsse an einheimischen Erzeugnissen doch keineswegs aus, damit durch deren Export alle notwendigen Importe bezahlt werden können. Bulgarien ist daher vielfach gezwungen, das Gleichgewicht seiner Zahlungsbilanz durch den Export von Erzeugnissen aufrechtzuerhalten, die zum Teil dem Inlandsverbrauch vorenthalten werden müssen. Die diesbezügliche Situation hat der Vorsitzende der blugarischen Planungskommission in seinem Bericht vor dem Plenum des ZK der BKP vom 8. Mai 1962 folgendermaßen dargestellt[41]: „Mit gleichem Recht und mit gleicher Dringlichkeit stellen der Binnenhandel, die inländische materiell-technische Versorgung der Wirtschaft und der Außenhandel ihre Ansprüche an unsere Ressourcen, insbesondere an wichtige und defizitäre Erzeugnisse. Bevorzugen wir die In-

[40] *I. Budinov,* Bratskoe ėkonomičeskoe sotrudničestvo. In: "Vnešnjaja torgovlja", Moskau 1967, Nr. 11, S. 27.
[41] "Rabotničesko delo" vom 12. 5. 1962.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 10

Die Einfuhr Bulgariens nach Warengruppen
1956, 1960 und 1968

	Mill. Leva[a)]			v.H.		
	1956	1960	1968	1956	1960	1968
Maschinen und Ausrüstungen insgesamt	124,1	319,9	935,7	44,2	43,2	44,9
Rohstoffe und Halbmaterialien insgesamt	153,1	326,1	890,0	52,1	44,1	42,7
Nahrungsmittel, Verbrauchsgüter und Rohstoffe für solche	16,6	94,1	258,7	5,7	12,7	12,4
Einfuhr insgesamt	293,8	740,1	2 085,3	100,0	100,0	100,0

a) In jeweiligen Preisen und zum Währungskurs vom 1. 1. 1962.
Quelle: "Statističeski izvestia", god IX (1965), Nr. 4, S. 36, 38; 1969, Nr. 8, S. 42.

Tabelle 11

Die Ausfuhr Bulgariens nach Warengruppen
1956, 1960 und 1968

	Mill. Leva[a)]			v.H.		
	1956	1960	1968	1956	1960	1968
Maschinen und Ausrüstungen	14,1	90,9	499,4	4,0	13,6	26,4
Bergbauliche Rohstoffe; Baumaterialien; industrielle Vorprodukte	85,1	81,0	228,8	24,1	12,1	12,1
Landwirtschaftliche Rohstoffe	102,3	170,4	292,0	29,0	25,5	15,5
Versorgungsgüter landwirtschaftlichen Ursprungs	97,3	206,5	573,6	27,5	30,9	30,4
Industrielle Verbrauchsgüter	54,6	119,8	295,9	15,4	17,9	15,6
Ausfuhr insgesamt	353,4	668,6	1 889,7	100,0	100,0	100,0

a) In jeweiligen Preisen und zum Währungskurs vom 1. 1. 1962.
Quelle: Siehe Tabelle 10.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

landsversorgung, so ergeben sich sofort Kürzungen im Export und unüberwindliche Schwierigkeiten beim Ausgleich der Zahlungsbilanz. Wollen wir die Zahlungsbilanz im Gleichgewicht halten, d. h. unseren Export erhöhen, müssen unweigerlich bestimmte Bedürfnisse des Inlandsmarktes unbefriedigt oder wenig berücksichtigt bleiben. Es ist jedoch klar, daß wir uns wirtschaftlich wie technisch niemals vorwärtsentwickeln können, wenn es nicht gelingt, das Exportproblem zu lösen. Die Lösung des Exportproblems erfordert es, daß wir auch in Zukunft, so wie dieses bisher in breiterem Umfang der Fall gewesen ist, weiterhin die Landwirtschaft und die landwirtschaftliche Produktion einsetzen. Es läßt sich auch nicht umgehen, daß wir in bestimmten Fällen den Export mitunter auf Kosten des Inlandsverbrauchs fördern müssen."

Der Import wie der Export sind gegenüber dem Vorkriegsstand nicht nur stark gestiegen, sondern auch ihre Struktur, insbesondere jene des Exports, hat sich grundlegend gewandelt. Dies geht aus den Zahlenreihen der Tabellen 10 und 11 hervor.

Die hohen Anteile des *Imports* von Maschinen und Ausrüstungen für Investitionszwecke (1968: 44,9 v. H.) und von Rohstoffen und Halbmaterialien für die Weiterverarbeitung (42,7 v. H.) am Gesamtimport zeigen, daß die Verwirklichung der Investitionsprogramme Bulgariens und die Belieferung seiner Industrie mit Brennstoffen, Rohstoffen und Halbmaterialien in entscheidendem Ausmaß vom Außenhandel abhängen. Über ein Viertel des Imports von industriellen Investitionsmitteln besteht zudem aus kompletten Betriebsausrüstungen, eine Erscheinung übrigens, welche für alle sich in den Anfangsstadien der Industrialisierung befindenden Volkswirtschaften typisch ist. Besonders hoch ist die Einfuhrabhängigkeit Bulgariens bei: Steinkohle, Koks, Erdöl, Erdölderivaten, Eisen, Stahl, Kunstdünger, Kautschuk, Baumwolle und Wolle.

Bis auf geringe Ausnahmen, wie z. B. bei Getreide, besteht der bulgarische *Export* fast ausschließlich aus Industrieerzeugnissen und aus arbeits- bzw. kapitalintensiven Erzeugnissen der Landwirtschaft und deren nachgeordneten Industrien. Einen bemerkenswerten Aufstieg hat bisher der Export von Maschinen und Ausrüstungen erfahren, worin sich der Strukturwandel der bulgarischen Volkswirtschaft sehr deutlich dokumentiert. Der relativen und erst recht absoluten Ausweitung des Exports von Maschinen und Ausrüstungen sind auch die Mehrjahrespläne bis 1980 gewidmet: der Anteil des Maschinenexports am Gesamtexport soll von 4 v. H. im Jahre 1956, 13,6 v. H. im Jahre 1960 und 26,4 v. H. im Jahre 1968 auf 39,3 v. H. im Jahre 1970 und auf 54,6 v. H. im Jahre 1980 ausgeweitet werden. Den Hintergrund dieser Entwicklung des bulgarischen Exports bilden die Absatzmöglichkeiten in den anderen kommunistisch regierten Staaten. Im Zuge des industriellen Aufbaus in diesen Ländern konnte sich Bulgarien auf einige Produktionssparten spezialisieren und

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hier bereits einen beachtlichen Vorsprung erzielen. Dies gilt in besonderem Maße für die Produktion und entsprechend für den Export (1968) von Elektrokarren (Export: 20 596 Stück), Elektrowinden (Export 1966: 41 591 Stück), Akkumulatoren (Export: 1 022 000 Stück), Elektromotoren (Export: 277 000 Stück), Elektrozählern (209 000 Stück), Güterwagen (250 Stück), ferner Schiffen, Werkzeugbänken, Wasserpumpen, Dieselmotoren u. a. m.

Ebenfalls breite Absätzmöglichkeiten hat auch der bulgarische Export von traditionellen agrarischen Erzeugnissen gefunden (Gesamtexportzahlen 1968) wie: Tabak (68 000 t), Zigaretten (29 934 t), Wein (940 000 hl), Weintrauben (81 000 t), frische Tomaten (176 800 t); ferner Erdbeeren, Obst, Gemüse und Konserven davon; Fleisch, Lebendvieh, Milcherzeugnisse, Eier u. a. m.

Tabelle 12

Der Außenhandel Bulgariens nach Ländern
1960, 1965 und 1968 (Mill. Leva[a])

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1960	1965	1968	1960	1965	1968
Sowjetunion	388,8	688,7	1107,0	359,5	717,9	1045,8
v. H.	(52,5)	(50,0)	(53,1)	(53,8)	(52,2)	(55,3)
Deutsche Demokratische Republik	82,2	99,0	176,1	65,7	126,8	141,5
Tschechoslowakei	72,4	89,5	96,8	64,0	106,9	103,6
Andere sozialistische Staaten	77,6	145,8	219,4	72,5	141,0	195,5
Sozial. Staaten insgesamt	621,0	1 023,0	1 599,3	561,7	1 092,6	1 486,4
v. H.	(83,9)	(72,4)	(76,7)	(84,0)	(79,4)	(78,6)
Bundesrepublik Deutschland	44,0	80,2	83,9	22,2	48,3	63,2
Italien	7,8	38,1	67,1	11,0	45,8	50,7
Andere marktwirtschaftliche Länder	67,2	236,6	335,0	73,7	189,0	289,4
Marktw. Länder insgesamt	119,1	354,9	486,0	106,9	283,1	403,3
v. H.	(16,1)	(25,8)	(23,3)	(16,0)	(20,6)	(21,4)
Welt insgesamt	740,1	1 377,7	2 085,3	668,6	1 375,7	1 889,7

a) Verrechnungskurs im Außenhandel: 1,17 Leva = 1 US-$ bzw. 0,29 Leva = 1 DM.
Quelle: 25 godini vănšna tărgovia na NR Bălgaria Sofia a1969, S. 24, 25.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Entsprechend seiner ideologischen und politischen Ausrichtung ist und bleibt Bulgarien außenwirtschaftlich stark ostorientiert: der Anteil der sozialistischen Länder am bulgarischen Außenhandel ist zwar von 84,7 v. H. im Jahre 1956 und 83,9 v. H. im Jahre 1960 auf 76,8 v. H. im Jahre 1965 bzw. 77,6 v. H. im Jahre 1968 zurückgegangen, doch sehen die langfristigen Pläne einen Anstieg dieses Anteils auf 88 v. H. im Jahre 1970 und sogar auf 92,2 v. H. im Jahre 1980 vor. Der wichtigste bzw. entscheidendste Handelspartner Bulgariens ist dabei die *Sowjetunion*; auf sie entfielen bisher um 50 v. H. und darüber des bulgarischen Außenhandels — ein Anteil, den die Sowjetunion gelegentlich nur im Warenverkehr mit der DDR erreicht hat. Nach der vorgesehenen Erweiterung des bulgarisch-sowjetischen Außenhandels um 73 v. H. im Jahrfünft 1966 bis 1970 gegenüber dem Jahrfünft 1961 bis 1965 soll die Sowjetunion 1970 nicht weniger als 60 v. H. (1968: 54,2 v. H.) des bulgarischen Außenhandels auf sich vereinen. Die Sowjetunion ist maßgeblich sowohl am industriellen Aufbau Bulgariens wie an der laufenden Versorgung der bulgarischen Industrie mit Rohstoffen, Hilfsmaterialien und dergleichen beteiligt. In diesem Zusammenhang hat die Sowjetunion nach Kriegsende und bis einschließlich 1966 *Kredite* an Bulgarien von insgesamt 2 Mrd. heutige Rubel gewährt. Anfang 1967 folgten weitere 1,5 Mrd. Rubel, die bis 1970 beansprucht werden. Mit dem Hinweis darauf, daß 40 v. H. der Kapitalinvestitionen Bulgariens in den letzten zwanzig Jahren für Maschinen und Ausrüstungen aufgewendet und daß nicht weniger als 60 v. H. dieser Maschinen und Ausrüstungen aus der Sowjetunion importiert worden sind, hat der bulgarische Außenhandelsminister *Budinov* unmißverständlich die Bedeutung der Sowjetunion für den wirtschaftlichen Aufbau Bulgariens charakterisiert[42]. Mit sowjetischer technischer und finanzieller Hilfe sind bis 1966 insgesamt 160 Werke errichtet worden[43]; die bulgarische Schiffbauindustrie und der Atomreaktor bei Sofia sind bzw. werden ausschließlich mit Unterstützung der Sowjetunion gebaut; dasselbe gilt für die Eisen- und Stahlindustrie, für die Verarbeitung von Erdöl, für die Zink- und Mineraldüngerindustrie. 85 v. H. der Walzstahlproduktion und 70 v. H. der Bleiproduktion stammen aus Betrieben, die ebenfalls mit sowjetischer Hilfe gebaut wurden[44].

---

[42] *I. Budinov,* a.a.O., S. 28.

[43] "Vnešnjaja torgovlja", Moskva 1966, Nr. 9, S. 20.

[44] *I. Budinov,* a.a.O., S. 29, 30. Zu den wichtigsten bulgarischen Industriebetrieben, die in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion errichtet worden sind, zählen:
das Schwefelsäure-, Ammoniak- und Stickstoffwerk in Dimitrovgrad,
die Stickstoff- und Düngemittelfabrik in Stara Zagora,
das Sodawerk „Karl Marx",
die Erdölraffinerie in Burgas (Kapazität: 3 Mill. t Erdöl jährlich),
das Metallurgische Kombinat „Lenin" in Pernik (Kapazität: 400 000 t Eisen, 200 000 t Stahl),
das Erzberg- und Eisenwerk Kremikovci, (Fortsetzung S. 304)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Sowjetunion ist durch ihre Lieferung von Maschinen, Metallen, Rohstoffen, Vorerzeugnissen und dergleichen maßgebend am Aufbau der bulgarischen Industrie beteiligt. Bulgarien bezog von 1945 bis 1968 aus der Sowjetunion Maschinen und Industrieausrüstungen für 2,9 Mrd. Rubel (= 56 v. H. des gesamten bulgarischen Maschinenimports von 5,1 Mrd. Rubel), Brennstoffe und mineralische Rohstoffe für 1,9 Mrd. Rubel (= 60 v. H. des entsprechenden bulgarischen Imports), darunter 5,9 Mill. t Eisen und Stahl[45].

Aus einer stärker als bisher synchronisierten Arbeitsteilung und Kooperation der Produktion und aus der weiteren Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Mitgliedsländern des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und insbesondere mit der Sowjetunion verspricht man sich in Bulgarien wesentliche Impulse für die erhoffte Festigung und Beschleunigung des eigenen wirtschaftlichen Aufbaus. Technische und finanzielle Hilfe von außen und die Erschließung zusätzlicher Deviseneinnahmequellen könnten hier wertvolle Dienste leisten, zumal die inländischen Finanzmöglichkeiten weitgehend erschöpft sind und Bulgarien heute mehr denn je fremder Kapitalhilfe bedarf und unter akutem Mangel insbesondere an westlichen Devisen zu leiden hat.

Der Anteil des Westens am bulgarischen Außenhandel ist in den letzten Jahren zwar ständig gestiegen: von 15,3 v. H. im Jahre 1956 auf 22,4 v. H. im Jahre 1968, doch sollen die Prozentsätze nach den langfristigen Plänen auf 12 v. H. im Jahre 1970 und sogar auf 7,8 v. H. im Jahre 1980 zurückgehen. In Anbetracht der vorgesehenen starken Ausweitung des bulgarischen Warenverkehrs mit dem Ausland wird zweifelsohne der Handel mit dem Westen zunehmen, nur nicht so stark wie der Handel mit den sozialistischen Staaten. Die Bedeutung der bulgarischen Handelsbeziehungen mit dem Westen liegt infolgedesssen mehr auf der qualitativen als auf der quantitativen Seite. Der wichtigste westliche Handelspartner Bulgariens ist dabei die Bundesrepublik Deutschland.

Auf die künftige Entwicklung des bulgarischen Außenhandels und insbesondere des Handels mit den westlichen Ländern dürften sich die seit 1966 eingeleiteten Reformmaßnahmen zur Anpassung der bulgarischen Außenhandelspraxis an die Erfordernisse der ausländischen Märkte und

---

das NE-Metallwerk „D. Blagoev" in Plovdiv,
die Kupferhütte „G. Damjanov" in Pirdop,
das Blei-Zink-Werk in Kărdžali,
das Wärmekraftwerk „Marica-iztok" in Dimitrovgrad,
das Werk für landwirtschaftliche Maschinen in Russe,
die Fabrik für Elektrowinden in Gabrovo,
die Traktorenfabrik in Karlovo,
das Wärmekraftwerk in Varna (im Bau).

[45] *V. Mladenov,* Economic Co-operation with the Soviet Union — An Important Factor in Bulgaria's Development Along Socialist Lines. In: "Foreign Trade U.S.S.R.", Moskow 1969, No. 8, S. 9.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

an die inländischen Verhältnisse günstig auswirken. Diesbezüglich verdient erwähnt zu werden, daß speziell im bulgarischen Export immer stärker die unmittelbaren Produzenten und Produzentenorganisation eingeschaltet werden[46]. Auch Abschlüsse von direkten *Kooperationsgeschäften* zwischen bulgarischen und westlichen Unternehmungen nehmen zu[47]. Damit erhalten die bulgarischen Betriebe und Organisationen die Möglichkeit, Einblick in die technische, betriebsorganisatorische und wirtschaftliche Entwicklung von Betrieben und Wirtschaftszweigen des Westens zu gewinnen. Durch die Schaffung von nach Ländern bzw. Regionen gegliederten staatlichen Vertretungen in Sofia ist den westlichen Unternehmungen die Möglichkeit gegeben, direkte Verbindungen mit den entsprechenden bulgarischen Betrieben und Organisationen aufzunehmen.

Die gesamte außenwirtschaftliche Aktivität Bulgariens wird im Grunde von der Exportfähigkeit und damit von den *Zahlungsmöglichkeiten* des Landes limitiert. Zu den wichtigsten nichtkommerziellen Devisen-Einnahmequellen in der bulgarischen Zahlungsbilanz zählt der Devisenzufluß aus dem *Touristenverkehr*. Bulgarien hat sich binnen kurzer Zeit zu einem beliebten Touristenland entwickelt.

Der ausländische Reiseverkehr nach Bulgarien 1967[48]:

	Erholung	Andere Zwecke	Transit	Insgesamt
Marktwirtschaftliche Länder	241 141	30 720	466 072[a)]	737 933
(davon Bundesrepublik Deutschland)	(88 415)	(4 625)	(35 539)	(128 579)
Sozialistische Länder	642 868	259 553	111 860	1 014 281
(davon Deutsche Demokratische Republik)	(90 016)	(14 161)	(564)	(104 741)
Welt insgesamt	884 009	290 273	577 932	1 752 214

a) Davon 328 359 Türken (in erster Linie Gastarbeiter in Westeuropa).

Nach den Plänen wird 1970 mit 2 Mill. Touristenreisenden gerechnet. Für diesen Zweck ist vorgesehen, die Zahl der Hotelbetten von 21 500 Anfang 1964 auf 63 790 im Jahre 1970 und weiter auf 138 000 im Jahre 1980 zu erhöhen. Anfang 1967 verfügte Bulgarien im gesamten Fremdenverkehrsgewerbe über 105 000 Betten und stand unter den sozialistischen Staaten, was die Bettenzahl je 1000 Einwohner anbetrifft (12,5), hinter Jugoslawien (21,8) an zweiter Stelle. Die Deviseneinnahmen aus dem

[46] Für diesen Zweck wurden u. a. neu gebildet: acht staatliche wirtschaftliche Vereinigungen für Maschinenbau, sieben für Chemie und Hüttenindustrie, acht für die Lebensmittelindustrie, vier für die Forst- und Holzwirtschaft usw.

[47] Siehe S. 294.

[48] Statističeski godišnik na NR Bălgaria 1968, S. 311 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gesamten Fremdenverkehr werden für 1965 (365 261 Touristen) auf 35 Mill. US-$ geschätzt. Die meisten westlichen Touristen kommen aus der Bundesrepublik Deutschland. Welche Bedeutung diesem Dienstleistungsbereich speziell im Rahmen des bulgarisch-deutschen Zahlungsverkehrs zukommt, geht daraus hervor, daß die bulgarischen Warenlieferungen in die Bundesrepublik 1967 einen Wert von 187 Mill. DM und die Einnahmen aus dem westdeutschen Touristenverkehr schätzungsweise 35 Mill. DM erreichten.

V. Reformbestrebungen als Folge der Wachstumsprobleme

1. Hintergründe der Reformen

Im Gegensatz zu der Reformdiskussion und zu den Reformbestrebungen in anderen sozialistischen Ländern zeichnet sich Bulgarien diesbezüglich durch größte Zurückhaltung und Vorsicht aus. Dies gilt sowohl für den Bereich der theoretischen Erörterungen wie für die praktischen Maßnahmen und Schritte, welche in dieser Richtung — zumindest bisher — unternommen worden sind. Eine Erklärung dafür mag zum Teil darin liegen, daß Bulgarien das kleinste und zugleich wirtschaftlich das ärmste europäische Mitgliedsland des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ist und lieber die Ergebnisse der Reformdiskussion und der Reformexperimente in den anderen Ländern abwartet, als daß man selbst in dieser Richtung Schrittmacher wird.

Die im ganzen sozialistischen Staatenverband seit dem Herbst 1962 entbrannte Reformdiskussion[49] fällt in eine Zeit, in der Bulgarien ohnedies neue Wege der Planung und insbesondere der Organisation und Leitung seiner Wirtschaft suchen mußte und auch weiterhin suchen muß, damit Verzögerungen oder gar Rückschläge in seinem wirtschaftlichen Wachstum vermieden werden. Nach der fast vollständigen Sozialisierung der Wirtschaft (1967: 90 v. H. des Nationaleinkommens entfallen auf die sozialisierten Bereiche der Wirtschaft, 7 v. H. auf die Bewirtschaftung des privaten Hoflandes der Bauern und 3 v. H. auf privatwirtschaftliche Betätigung anderer Bevölkerungskreise[50]) und nach der weitgehenden Mobilisierung der einheimischen Arbeitskraft ist Bulgarien an einem Wendepunkt seiner wirtschaftlichen Entwicklung angelangt. Es handelt sich im Grunde genommen darum, künftig hohe Wachstumraten in der Wirtschaft zu erlangen ohne wesentliche Vergrößerung der Zahl und Veränderung der Struktur der Beschäftigten — Erscheinungen, die typisch für das Wachstum in den vergangenen zwei Jahrzehnten waren (extensiver Weg des wirtschaftlichen Wachstums). Die Möglichkeiten hierzu

[49] Eingeleitet von Professor Liberman aus Charkow mit seinem Artikel in der „Pravda" vom 9. September 1962.
[50] Statističeski godišnik na NR Bălgaria 1968, S. 101.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bietet die Erhöhung der *Arbeitsproduktivität* der vorhandenen Arbeitskräfte und der *Effektivität* des eingesetzten *Sachkapitals* (intensiver Weg des wirtschaftlichen Wachstums).

Die Problematik der Entwicklung und des Wachstums der bulgarischen Volkswirtschaft im Stadium des Übergangs von der Periode des extensiven zur Periode des intensiven Wachstums hat der bereits zitierte bulgarische Autor *Nikiforov* untersucht und in einer Studie veröffentlicht[51]. Für den Zeitraum 1952 (= 100) bis 1963 gibt Nikiforov folgende Indexzahlen für die Entwicklung der Kapitalausstattung und der Arbeitsproduktivität in der bulgarischen Volkswirtschaft an[52]:

1. Kapitalausstattung je Beschäftigten	341,9
2. Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	258,2
3. Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde	169,4
bewirkt durch:	
a) Steigerung der Arbeitsproduktivität infolge struktureller Veränderungen zu	129,5
b) Effektive Steigerung der Arbeitsproduktivität bei Eliminierung der strukturellen Veränderungen zu	130,8

Die bisherigen Wachstumraten der Brutto- wie der Nettoproduktion sind also in erster Linie ermöglicht worden:

1. durch überproportional starke Ausweitung des Produktionsmittelfonds:
   Für die Gewinnung einer Einheit Reinprodukt wurden 1963 im Vergleich zu 1952 (= 100) folgende *Produktionsmittelfonds* eingesetzt[53]:

in der Industrie	94,3 v. H.
in der Landwirtschaft	237,7 v. H.
im Bauwesen	154,3 v. H.
im Handel	186,7 v. H.
in allen Bereichen	133,1 v. H.

2. durch übermäßig starken Einsatz von *Reproduktionsmitteln* für eine Einheit Reinprodukt:
   Für die Gewinnung einer Einheit Reinprodukt belief sich der Aufwand an Materialien und dergleichen im Jahre 1963 (1952 = 100)[54]:

in der Industrie	auf 82,3 v. H.
in der Landwirtschaft	auf 137,3 v. H.
im Bauwesen	auf 112,2 v. H.
im Transport- und Nachrichtenwesen	auf 73,8 v. H.
im Handel und in der Verteilung	auf 242,9 v. H.
in den anderen Bereichen	auf 100,0 v. H.
in der gesamten Güterproduktion	auf 126,5 v. H.

[51] *V. Nikiforov,* Problemi na ikonomičeskia rastež v Bălgaria. Sofia 1965, 222 Seiten.
[52] Ebenda, S. 63, 69.
[53] Ebenda, S. 74.
[54] Ebenda, S. 77.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der niedrige Stand der allgemeinen Technik in den meisten Produktionsbereichen führt zu übermäßig hohem Materialverbrauch und damit zu niedriger Produktivität. Dies veranschaulichen einige Vergleiche. Für die Gewinnung einer kWh Elektrizität in den Wärmekraftwerken werden z. B. folgende Kohlemengen (in Gramm; einheitlicher Kaloriengehalt) verbraucht[55]: in Bulgarien 519 g; in der UdSSR 444 g; in der BR Deutschland 415 g, in Frankreich 381 g.

Das gleiche gilt für den Materialverbrauch im Maschinenbau, für den Energieverbrauch in der ganzen Wirtschaft usw. Der Materialverbrauch für gleichartige Maschinen ist in Bulgarien z. B. wesentlich höher als in anderen Ländern. Vor allem nimmt der Materialverbrauch zu, statt daß er abnimmt.

Das Kernproblem des wirtschaftlichen Wachstums in Bulagrien lautet somit: Auf welche Art und Weise können im Rahmen der sozialistischen Planwirtschaft die bisher auf extensivem Wege erlangten hohen Wachstumsraten durch solche auf intensivem Wege ersetzt werden? Es handelt sich um folgende Verlagerung der Akzente im Wachstum der bulgarischen Volkswirtschaft[56]:

Nationaleinkommenszuwachs
(in v. H.)

	1952—1963	1966—1970
auf extensivem Wege	36,5	10,0
auf intensivem Wege	63,5	90,0
Zuwachs insgesamt	100,0	100,0

Das Augenmerk der bulgarischen Wirtschaftspolitik ist daher heute auf die absolute wie relative Steigerung der Arbeits- und Produktivitäts- sowie Ertragsleistung einer jeden Arbeitskraft und einer jeden Kapitaleinheit gerichtet und nicht wie bisher in erster Linie auf eine global gesehen möglichst hohe Ausbringung von materiellen Gütern, ohne Rücksicht auf ihre Kosten. Für diesen Zweck müssen künftig:

a) die Interessen der arbeitenden Individuen mit jenen der sozialistischen Gesellschaft und des sozialistischen Staates koordiniert;
b) die Effizienz des eingesetzten Produktionskapitals erhöht;
c) die Vorteile des technischen Fortschritts ausgenutzt und
d) die Produktions- un Produktivitätsmöglichkeiten der ‚sozialistischen Produktionsgemeinschaft' erschlossen werden.

Diesen Aufgaben kann man nur dann gerecht werden, wenn in der bulgarischen Wirtschaft u. a.:

[55] *V. Nikiforov*, a.a.O., S. 78.
[56] Ebenda, S. 68. — "Rabotničesko delo" vom 30. 7. 1966.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

neue, d. h. beweglichere und marktnahe Methoden der Planung;
leistungsgerechte Methoden der Entlohnung;
marktmäßige Mechanismen der Lenkung;
nähere Bindung der Produktion sowohl an die inländischen wie an die ausländischen Märkte; und
weitgehende Wiederherstellung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit in allen güterproduzierenden Bereichen
eingeführt werden.

Im Beschluß des ZK über das neue System der Leitung der Wirtschaft in Bulgarien vom April 1966[57] wird jedenfalls eindeutig festgestellt, daß mit dem bisherigen System zwar „der sozialistische Umbau der Volkswirtschaft und die Festigung der sozialistischen Produktionsbeziehungen in Stadt und Land bewerkstelligt wurden", daß dasselbe System jedoch:

a) den neu geschaffenen Bedingungen nicht mehr genügt;
b) kein schnelles Wachstum der Wirtschaft gewährleistet;
c) die Initiative der sozialistischen Kollektive nicht wirkungsvoll stimuliert und
d) die Umstellung der Leitung der Volkswirtschaft auf wissenschaftliche Grundlagen verhindert.

Die Folgerungen, welche daraus zu ziehen sind, lauten: Weil Einzelkorrekturen und -Ergänzungen nur Flickwerk bleiben und den Erfordernissen der Volkswirtschaft im Stadium ihres intensiven Wachstums nicht mehr genügen, erweist sich eine generelle Neugestaltung des Systems als unerläßlich.

2. Das neue System

Praktische Versuche und theoretische Erörterungen über Reformen am Wirtschaftssystem gehen in Bulgarien Hand in Hand. Die gefaßten Konzeptionen für eine Neugestaltung des wirtschaftlichen Systems haben keinen neuen ideologischen Hintergrund. Vielmehr wird das neue System als die ‚logische und objektive Fortsetzung des alten Systems', als eine ‚Anpassung und Vervollkommnung des für die sozialistische Planwirtschaft unentbehrlichen zentralistischen Systems an die jeweiligen Entwicklungsstadien der sozialistischen Gesellschaft' hingestellt. Das neue System, schreibt *Filipov*[58], bedeutet nicht eine Abkehr von der sozialistischen zu der marktwirtschaftlichen Produktion. Einen Widerspruch zwischen dem ‚neuen' und dem ‚alten' System der Planung und Leitung der bulgarischen Volkswirtschaft gibt es nicht. Es sind keine prinzipiellen

[57] "Rabotničesko delo" vom 29. 4. 1966.
[58] *G. Filipov,* Charakterni čerti na novata sistema na planirane i răkovodstvo na narodnoto stopanstve. In: "Novo vreme", Sofia, god XLII (1966), kn. 1, S. 16.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Unterschiede, sondern nur Verschiebungen der Akzente, welche das neue vom alten System abheben.

An der Schwelle des Übergangs von der extensiven zur intensiven Phase des wirtschaftlichen Wachstums findet sich Bulgarien vor der kardinalen Aufgabe, die Direktivplanung und den Zentralismus einerseits und die Initiative der Werktätigen sowie die dezentrale Planung der einzelnen Betriebe und deren Branchenvereinigungen anderseits zu einem einheitlichen System auszubauen. Die Koordinierung von Zentralismus (Direktivenerteilung von der Zentrale an nachgeordnete Instanzen und Betriebe) und Dezentralismus (Entfaltung von Eigeninitiative der am Wirtschaftsleben Beteiligten) sind auch die eigentlichen Probleme der heutigen Planung in Bulgarien[59].

An Stelle der bisherigen Planung und Leitung der Wirtschaft durch die Zentralbehörden muß beim neuen System eine markttransparente, gemeinsame und koordinierte Planung und Leitung aller am Wirtschaftsleben Beteiligten treten, wie: Zentralbehörden, regionale Verwaltungen, Branchenvereinigungen, Betriebe, Arbeitskollektive und deren Angehörige. Vor allem sollen Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Planvarianten geschaffen werden, damit die optimale unter ihnen gewählt werden kann. „Bei den bisherigen Planentwürfen haben wir uns mit einer einzigen Variante begnügt", heißt es im Beschluß über das neue System vom April 1966 wörtlich[60], „der wir uns versklavten, indem wir sie zum Fetisch erhoben haben, ohne daß wir von ihrer Optimalität überzeugt waren."

Bei dem neuen System soll das Schwergewicht der Planung und Leitung der Wirtschaft von den administrativen auf die ökonomischen Methoden und Maßnahmen verlagert werden. Dies erfordert eine Symbiose zwischen dem bisherigen Planmechanismus und dem künftigen Marktmechanismus, wodurch parallel mit der zentralen Planung den Betrieben eine größere und marktorientierte Selbständigkeit gewährleistet werden soll. Das bedeutet, daß ein kostengerechtes und ebenso kapitalertragsgerechtes Preissystem geschaffen werden muß, ferner, daß der Arbeitslohn, das Steuersystem, der Bankkredit, der Betriebsgewinn und die Wirtschaftlichkeitsrechnung ihre Funktionen weitgehend erfüllen. Der volkswirtschaftliche Zentralplan bleibt zwar als Rahmenplan nach wie vor die Grundlage auch des neuen Systems. Dies ist durch das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln bedingt. Der übertriebene Zentralismus und die absolute Bevormundung der Betriebe, welche am Puls des Marktgeschehens stehen, müssen jedoch beseitigt werden.

Die Wesenszüge des ‚neuen Systems' werden in erster Linie von den gewonnenen praktischen Erfahrungen geformt. Der „Beschluß über das

[59] *V. Nikiforov*, a.a.O., S. 201.
[60] "Rabotničesko delo" vom 29. 4. 1966.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

neue System der Leitung der Volkswirtschaft" wurde genau zwei Jahre nach den ersten praktischen Versuchen vom April 1964 gefaßt und veröffentlicht[61]. Die experimentellen Versuche erstreckten sich Ende 1965 bereits auf 731 Betriebe, davon: 389 Industriebetriebe, 255 Handelsunternehmen, 61 Transportbetriebe, 5 Baubetriebe und 21 andere Betriebe[62]. Speziell die Industriebetriebe, die 1965 nach dem neuen System gearbeitet haben, repräsentierten 43 v. H. der gesamten Industrieproduktion; ihr Zuwachs an reiner Produktion war jedoch ebenso hoch wie der Zuwachs der übrigen 57 v. H. der Industriebetriebe. Ihre Bruttoproduktion erhöhten die Betriebe folgendermaßen:

nach dem alten System um ..... 12,2 v. H.,
nach dem neuen System um ..... 24,9 v. H.

Die Betriebe, die nach dem neuen System geleitet wurden, haben zweimal soviel Abgaben an den Staat geleistet, wie vom Plan vorgesehen. Fast drei Viertel ihres Ertragszuwachses wurden durch Senkung der Selbstkosten, durch Verbesserung des Sortiments und durch Hebung der Güterqualität erreicht.

Nach den Vorstellungen vom neuen System sollen künftig den Betrieben und ihren Branchenvereinigungen vom zentralen Planungsamt folgende verbindliche Plankennziffern vorgegeben werden[63]:

1. Das Volumen der Kapitalinvestitionen;
2. das naturale Produktionssoll an wichtigen Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Grunderzeugnissen;
3. der Verbrauch an einigen Grundstoffen und Materialien;
4. die Fristen für die Inbetriebnahme von neuen Produktionskapazitäten;
5. der Valutaertrag vom Export und
6. der Valutaaufwand für den Import.

Die zentralen staatlichen Organe beschränken sich darauf, eine einheitliche Politik auf folgenden Gebieten durchzuführen:

1. Kapitalinvestitionen
2. Technischer Fortschritt
3. Preise
4. Löhne und Gehälter
5. Finanzplan
6. Außenhandel

---

[61] Ebenda.
[62] "Voprosy ėkonomiki", Moskva 1966, H. 11, S. 100. — 1969, H. 9, S. 94 ff.
[63] "Rabotničesko delo" vom 29. 4. 1966. — "Voprosy ėkonomiki", Moskva 1966, H. 11, S. 101 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nach Einhaltung der verbindlichen Plankennziffern und der vorgegebenen wirtschaftspolitischen Richtlinien der zentralen Planungs- und Verwaltungsinstanzen sind die einzelnen Betriebe sonst frei, ihre Tätigkeit nach eigenem Ermessen zu gestalten, von sich aus in vertragliche Verbindungen mit anderen Betrieben und Marktteilnehmern zu treten und überhaupt alle Maßnahmen zu treffen, wenn sich diese von Vorteil für die eigene Rentabilität erweisen sollten[64].

Eine wichtige Rolle beim neuen System spielen die vertraglichen Abmachungen zwischen den Betrieben, weil sie die Grundlage für die Betriebspläne und damit für den volkswirtschaftlichen Gesamtplan sind. Auf Grund der Verträge sichern sich die Betriebe die Zufuhr von Rohstoffen und Materialien, den Absatz ihrer Produktion sowie die Bankkredite. Die Verträge sind verbindlich. Bei Nichterfüllung haftet die säumige Seite für die dem Partner entstandenen materiellen Schäden, und außerdem wird sie mit der Zahlung eines Betrages bestraft, der minimal 0,1 v. H. täglich vom Wert der nicht erfüllten Zahlungen oder Lieferungen ausmacht. Die Betriebe können sich gegenseitig von der Zahlung der Säumigkeitsstrafe, jedoch nicht von der Rückerstattung der entstandenen Schäden befreien. Weil die Strafen auf Kosten der Betriebsgewinne gehen, rechnet man in Bulgarien mit einer hohen Erfüllungsquote der vertraglichen Abmachungen zwischen den Betrieben.

Für die Konkretisierung des neuen Preissystems wurde eine Übergangszeit bis zum 1. Januar 1968 vorgesehen. Bis dahin wurden vom Zentralplan feste Preise für die vorgeschriebene sogenannte ‚Pflichtproduktion' der Betriebe und maximale bzw. minimale Preise für die ‚Nichtpflichtproduktion' festgelegt. Die Betriebe vereinbaren untereinander zwischen den minimalen und maximalen Preisen ihre Vertragspreise, wobei sie sich an die Bestimmungen halten müssen, daß alle Preise Kostenpreise plus durchschnittlichem Branchengewinn sein müssen.

Im Gegensatz zur bisherigen Praxis der absoluten Bevormundung durch die übergeordneten Instanzen können die Betriebe beim neuen System eigene *Fonds für Entwicklung und technische Vervollkommnung* anlegen. Aus diesen Fonds sollen die Betriebe selbst und in eigener Kompetenz einen Teil der Ausgaben für innerbetriebliche Modernisierungs-, Mechanisierungs- und Reparaturarbeiten bestreiten. Die Mittel für die Fonds werden in Prozent vom Wert der Produktionsfonds berechnet und als Kostenfaktor der laufenden Produktion zugeschlagen. Die Prozentsätze bewegen sich zwischen 1 v. H. (bei den Betrieben der Energiegewinnung, der Metallurgie und des Transports) und 6 v. H. (bei der Metallbearbeitungsindustrie).

---

[64] Siehe hierüber insbes.: Die Wirtschaftsreformen in Bulgarien. In: „Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa". Südost-Institut München, XVIII. Jg. (1969), H. 10, S. 177—181.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Eine besonders große Rolle im neuen bulgarischen System spielen die *Banken* als Verrechnungsstätten für die Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zwischen den Betrieben und ebenso als Kreditgeber. Die Funktionen der Banken sollen nach und nach ausgebaut und den Erfordernissen der neugeschaffenen betrieblichen, zwischenbetrieblichen, marktmäßigen und gesamtwirtschaftlichen Bedingungen angepaßt werden.

Schließlich werden im neuen System die *Lohnfonds* zusammengesetzt: aus Tariflohn und aus einem Anteil am erzielten Betriebsgewinn. Die Lohnhöhe wird künftig daher von vier Faktoren abhängen:

1. Von der Höhe des staatlicherseits festgesetzten Tariflohns,
2. vom Endergebnis der Betriebstätigkeit (Betriebsgewinn),
3. vom Beitrag der einzelnen Betriebsabteilung bzw. der einzelnen Brigade am Gewinn; für diesen Zweck müssen innerbetriebliche Kostenrechnungen geführt werden;
4. vom Beitrag des einzelnen Arbeiters am Gewinnanteil seiner Abteilung bzw. seines Kollektivs; hier müssen neue Leistungs- und Bewertungsnormen ausgearbeitet werden.

VI. Zusammenfassung und Ausblick

Zwei Jahrzehnte lang wurde in Bulgarien zentralistisch geplant und die Wirtschaft von den Zentralinstanzen absolut dirigistisch geleitet[65]. Die im neuen System angestrebte Koordination zwischen volkswirtschaftlichem Zentralismus und marktorientiertem betriebswirtschaftlichem Dezentralismus bedarf u. a. sicherlich eines behutsamen Vorgehens und vor allem einer längeren Anpassungszeit, damit sich die Betriebe von ihrem bisherigen Status als Befehlsempfänger und als unselbständige Planvollzieher zu *selbständigen Marktteilnehmern* entwickeln können.

Im neuen System wird vom einzelnen Betrieb, vom einzelnen Arbeitskollektiv und vom einzelnen Werktätigen überhaupt mehr Selbständigkeit, mehr Initiative, mehr Interesse und mehr Verantwortung verlangt. Dies setzt voraus, daß die ständigen Reorganisationen und personellen Umbesetzungen gerade der leitenden Posten einer kontinuierlichen Betriebs- und Personalpolitik weichen müssen. Jene Betriebe, die gut geleitet werden und alljährlich Gewinne abwerfen, haben dann auch bessere Chancen, ihre qualifizierte Stammbelegschaft von Arbeitern zu halten und zu vergrößern.

In der bevorstehenden Phase des angestrebten Wachstums der Wirtschaft durch das Wirksamwerden von intensiven Faktoren ist die bulgarische Volkswirtschaft in starkem Maße auf den *Außenhandel* ange-

[65] Statistische Daten darüber siehe u. a.: Statistisches Bundesamt, Allgemeine Statistik des Auslandes. Länderkurzbericht Bulgarien. 1969, 26 S.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wiesen. Die benötigten modernen maschinellen Ausrüstungen, betriebsorganisatorischen Einrichtungen, dann aber auch Rohstoffe, halbfertige und fertige Materialien, Ersatzteile, Zulieferungen und dergleichen muß Bulgarien vielfach auf dem Importwege beschaffen. Im selben Ausmaß müssen aber Export wie Dienstleistungen ausgebaut und die nötigen Devisen hereingebracht werden. Das neue System und der Eintritt in die intensive Phase des wirtschaftlichen Wachstums haben auch bereits zu einem kräftigen Aufschwung des bulgarischen Außenhandels geführt: der Außenhandelsumsatz (Einfuhr plus Ausfuhr zusammengenommen) ist von 1965 auf 1968 um 44,4 v. H. gestiegen (von 2,75 auf 3,98 Mrd. Leva), davon: mit den sozialistischen Ländern um 45,9 v. H. (von 2,12 auf 3,09 Mrd. Leva) und mit den marktwirtschaftlichen Ländern um 39,9 v. H. (von 638 auf 889 Mill. Leva). Die eingeleiteten Reformmaßnahmen und das beschlossene neue System können daher nur dann den erhofften Erfolg bringen, wenn die innerwirtschaftliche Neuordnung mit den Erfordernissen und den Möglichkeiten der Außenwirtschaft in Einklang gebracht wird.

Alle sozialistischen Staaten sind nun dabei, die Planung und die Leitung ihrer Wirtschaft auf neue Grundlagen zu stellen. Das Gelingen des neuen bulgarischen Wirtschaftssystems ist somit keine reine innerwirtschaftliche Angelegenheit, sondern zum Teil eine Angelegenheit der künftigen Gestaltung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowohl unter den sozialistischen Staaten wie zwischen den sozialistischen und den marktwirtschaftlichen Ländern.

Im Endergebnis dürfte Bulgarien die Wachstumsprobleme seiner Wirtschaft im großen und ganzen nur dann erfolgreich lösen können, wenn:

1. das neue System und der beschrittene Weg zur ‚Ökonomisierung' und zur ‚Vermarktung' des innerwirtschaftlichen Lebens wissenschaftlich ausreichend begründet und beleuchtet worden ist;
2. die einmal konzipierte und für richtig erkannte Politik mit aller Konsequenz und Kontinuität in die Tat umgesetzt wird;
3. sich dem Land entsprechend günstige außenwirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten bieten würden.

Die Intelligenz, das Können, die Weitsicht und die Zielstrebigkeit der bulgarischen Wissenschaftler, Planer und Wirtschaftler dürften beim ersten Punkt sicherlich nicht versagen. Für das Durchsetzen des neuen Systems (Punkt zwei) zeichnet der Staat, d. h. die kommunistische Partei, verantwortlich; es kommt im Grunde darauf an, den Willen und die gewissenhafte Mitarbeit aller Staatsbürger zu gewinnen. Ohne ein Mindestmaß an individueller Freiheit im Rahmen eines marktorientierten sozialistischen Wirtschaftssystem wird man hier sicherlich nicht auskommen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Volkswirtschaftliches Wachstum und Reformen des Wirtschaftssystems sowjetischen Typs

Von Prof. Dr. *W. M. Frhr. v. Bissing*

Alec *Nove* meinte in einem Vortrag[1], den er vor einigen Jahren im Berliner Osteuropa-Institut gehalten hat, daß die sowjetische Planung komplizierter geworden sei, weil der Umfang der sowjetischen Volkswirtschaft sich vergrößert hätte, wodurch wiederum die innerwirtschaftlichen Beziehungen verwickelter und unübersichtlicher geworden wären.

In der Sprache des historischen Materialismus ausgedrückt könnte man sagen, es habe sich die materielle Basis der sowjetischen Wirtschaftsgesellschaft gewandelt. Damit ist die Frage akut geworden, ob der geistige Überbau dieser Wandlung seiner Basis hat folgen können.

Wenn in den 50er und 60er Jahren die wirtschaftliche Wachstumsentwicklung sowohl in der Sowjetunion als auch in den anderen osteuropäischen Ländern, welche von der Sowjetunion politisch und wirtschaftlich beherrscht werden, Stockungen aufweist, so liegt die Vermutung nahe, daß offenbar die Wandlung der wirtschaftlichen Basis nicht genügend begleitet worden ist von einer Wandlung des wirtschaftlichen Denkens. Anscheinend hat man trotz vielfältiger Diskussionen und trotz länderweise unterschiedlicher Experimente keinen geeigneten Weg gefunden, der zu einer Anpassung an die veränderten ökonomischen Verhältnisse und damit auch zu einer Änderung der Wirtschaftsorganisation und Wirtschaftsordnung hätte führen müssen.

Unter Wirtschaftsordnung soll hier verstanden werden der Inbegriff aller das Verhalten des wirtschaftenden Menschen bestimmenden Sätze und Normen, während unter der Wirtschaftsorganisation die Maßnahmen und Institutionen begriffen werden, welche die Menschen zu gemeinsamer wirtschaftlicher Tätigkeit einheitlich zusammenfassen[2].

Mit Ausnahme von Jugoslawien, wo der dominierende Einfluß der Sowjetunion wesentlich geringer war, hatte sich ein relativ selbständigeres wirtschaftliches Denken in den sozialistischen Ländern Osteuropas nur spärlich entwickeln können. Selbst in Polen hatten sich nach dem Oktoberumbruch von 1956 die Anregungen von Oskar *Lange*[3] nur teil-

---

[1] Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem. Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Bd. 22, Berlin 1960, S. 37.

[2] Werner *Sombart*, Die Ordnung des Wirtschaftslebens, Berlin 1927.

[3] Oscar *Lange*, Political Economy. Engl. Übersetzung, London 1963, S. 31.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

weise durchzusetzen vermocht. Gerade er wies darauf hin, daß der Oberbau sich der ökonomischen Basis anzupassen hätte. *Gomulka* wagte es damals noch nicht, das ökonomische Denken in Polen von dem Einfluß der Sowjetunion zu lösen. Dort bewegte man sich noch weitgehend in den Bahnen *Stalins*[4]. Man kam zu keiner Lösung, mit welchen Methoden die optimale Auswahl und Durchführung der Investitionen erfolgen sollte, wie Planung und Preisgestaltung das wirtschaftliche Wachstum am besten fördern könnten. Man lehnte die modernen mathematischen Methoden des Planens, wie sie im Westen entwickelt worden waren, als „kapitalistisch" ab. Erst im Jahre 1962 begann in der Sowjetunion, der DDR, dann in der Tschechoslowakei, in Polen und in Ungarn eine lebhafte Diskussion in Gang zu kommen, die sich mit einer Reform der Ordnung innerhalb des Wirtschaftssystems sowjetischen Typs befaßte.

In *Jugoslawien* hatte man gleich nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges sich zunächst streng an das russische Beispiel gehalten. Seit 1948 jedoch suchte man unter der Führung von Boris Peter *Kidrič* (geb. 1922) einen eigenen Weg. Kidrič war der Sohn des namhaften Laibacher Slawisten Francé Kidrič, und hatte Chemie studiert. Als aktives Mitglied der kommunistischen Partei wurde er 1946 Industrieminister der jugoslawischen Bundesrepublik und dann Präsident der Plankommission. Im Jahre 1948, als Jugoslawien sich von der politischen und wirtschaftlichen Bevormundung der Sowjetunion frei machte, und als deswegen wirtschaftliche Schwierigkeiten auftraten, setzte er sich nachdrücklich dafür ein, daß Jugoslawien sich von der politischen und wirtschaftlichen Bevormundung Moskaus löste und seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion wahrte. Er war ein Feind des Kapitalismus und der Bürokratie. Deshalb wollte er die Verwaltung und Führung der Fabriken den unmittelbaren Produzenten selbst übertragen. Er erstrebte statt der bürokratischen eine sozialistische und demokratische Verwaltung in den Händen der Arbeiterräte. Jugoslawien sollte seine wirtschaftliche und politische Isolierung gegenüber dem Westen überwinden und seine internationalen wirtschaftlichen Beziehungen ausbauen und verstärken. So kam es dazu, daß Jugoslawien als einzige der sozialistischen Volkswirtschaften auch ausländische Kredite in Anspruch nahm. Man lehnte also in Belgrad „die autoritative Interpretation der ökonomischen Gesetze durch Moskau und die Verbindlichkeit der Moskauer Wirtschaftspolitik" ab[5]. Jugoslawien ging damit einen eigenen Weg zum Sozialismus. Die Kennzeichen dieses Weges hat der verstorbene Zagreber Nationalökonom Rudolf *Bićanič* mit folgenden vier Begriffen charakterisiert:

---

[4] J. *Stalin*, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Deutsche Übersetzung, Berlin (O) 1952.

[5] Kurt *Wessely*, Die Eigenständigkeit des jugoslawischen Wirtschaftssystems, in: Schr. d. Ver. f. Soc.Pol., NF. Bd. 23 I, Berlin 1962. S. 329.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Entstaatlichung
Entpolitisierung
Dezentralisation
Demokratisierung.

Das bedeutet: Lösung von der zentralen Verwaltungswirtschaft stalinistischer Prägung, ein freieres ökonomisches Denken, eine weitgehende Autonomie der einzelnen Betriebe, an deren Leitung die Arbeiter maßgeblich beteiligt werden, und die Verteilung des Sozialprodukts über einen sozialistischen Markt.

Die Autonomie der Betriebe hat die Folge, daß Produktion, Investition sowie Preis- und Verkaufspolitik anhand der Richtlinien des Gesellschaftsplanes von den Betrieben selbst bestimmt werden. Nur die grundlegenden Investitionen werden vom Staat zentral festgelegt. Die Auswahl der Investitionen innerhalb der einzelnen Zweige erfolgt über den Kapitalzins, um ihre Wirtschaftlichkeit zu sichern. Die Leistung des Betriebes wird nicht mehr nach der quantitativen, im Plan festgelegten Bruttoproduktion gemessen, sondern an dem vom Betrieb erzielten Gewinn. Am Gewinn werden Arbeiter und Betriebsleiter beteiligt. Damit wird ein Anreiz für alle im Betrieb Beschäftigten geschaffen, nicht nur die Quantität der Produkte zu beachten, sondern auch die Qualität zu berücksichtigen. Unabsetzbare Warenvorräte minderer Qualität müssen den Gewinn verringern.

Jugoslawien hat mit seiner Wirtschaftsordnung und mit der Organisation seiner Betriebe nach dem Grundsatz der Selbstverwaltung Schwierigkeiten in der Durchführung seiner Wirtschaftspläne gehabt[6]. Die Selbstverwaltung war ihrer Aufgabe nicht gewachsen, weil es den Arbeitern und den leitenden Persönlichkeiten oft an dem erforderlichen Wissen fehlte. In den Betrieben selbst fehlte es an den notwendigen Facharbeitern. Es war daher klug und weitsichtig, daß die Gelegenheit genutzt wurde, Arbeiter in die Bundesrepublik zu schicken, wo ein großer Mangel an Arbeitskräften herrschte. Die jugoslawischen Gastarbeiter vermochten dort nicht nur die notwendigen Fachkenntnisse zu erwerben, sondern sie trugen auch dazu bei, die Zahlungsbilanz ihres Heimatlandes mit auszugleichen, indem sie ihre Ersparnisse an ihre Angehörigen in Jugoslawien überwiesen.

Obwohl Jugoslawien die Kollektivierung der Landwirtschaft 1953 gelockert hatte, indem den Bauern die Möglichkeit gegeben wurde, aus den Kolchosen auszutreten oder bestehende Produktionsgenossenschaften aufzulösen, blieb die Landwirtschaft, wie auch in den anderen sozialistischen Volkswirtschaften, im Wachstum zurück. Der Grund war eine mangelhafte Ausstattung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Geld- und

[6] Zum folgenden: Der Beitrag von Kurt Wessely über Jugoslawien in diesem Band.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Realkapital. Die vorhandene Akkumulation, die zu einem erheblichen Teil im Agrarland Jugoslawien aus der Landwirtschaft kam, wurde vor allem der Produktionsmittelindustrie zugeführt. Diese wurde bevorzugt entwickelt, und in diesem Punkt vermochte man sich nicht von dem sowjetischen Vorbild zu lösen. In der Landwirtschaft fehlte es zudem, genau so wie in der Industrie, an Betriebsleitern und Arbeitern, die fähig waren, eine intensive agrarische Produktion in Gang zu bringen.

Trotz dieser Hemmnisse hat Jugoslawien Wachstumsfortschritte aufzuweisen, die nicht hinter denen anderer sozialistischer Länder zurückstehen. Die Entwicklung in Jugoslawien war aber unausgeglichen. Sie führte deswegen zu zyklischen, konjunkturähnlichen Bewegungen. Durch Steuerung des Außenhandels suchte man, diese Bewegungen zu dämpfen. Man wird sich im übrigen in Jugoslawien darüber klar werden müssen, daß Wirtschaftswachstum als alleiniges Wirtschaftsziel, wie man es sich gesetzt hatte, zu keiner gesunden Entwicklung führt, solange es nicht im Rahmen der Leistungsfähigkeit einer wachsenden Volkswirtschaft bleibt. Jugoslawien ist weiter ein Beweis dafür, daß die vorrangige Entwicklung der Produktionsmittelindustrie nicht gleichbedeutend mit wachsendem Wohlstand ist. Eine ständige Erweiterung der Produktionsmittelindustrie bedeutet, daß das Volkseinkommen zum Nachteil der Verbraucher verteilt wird, weil die in der Industrie übermäßig investierte Akkumulation der Verwendung im Verbrauch entzogen wird. Den Verbrauchern wird ein geringerer Teil des Sozialproduktes zugeführt. Es gilt also ununterbrochen zu prüfen, wie jeder Zweig der Volkswirtschaft wachsen muß, um wirklich eine ständig fortschreitende Besserung der Versorgung der ganzen Gesellschaft zu erreichen. Daran hat es in Jugoslawien gefehlt, und das ist die Ursache für die Reform von 1965.

Diese Reform stellte das marktwirtschaftliche Prinzip ausgesprochen in den Vordergrund. Die Voraussetzung dafür war eine radikale Preisreform. Damit das Preissystem auch die realen Knappheitsverhältnisse der Güter zueinander richtig wiedergab, lehnte man sich an die Weltmarktpreise an. In Jugoslawien erkannte man also schon früher als in den anderen sozialistischen Ländern, daß es zu einer Diskrepanz zwischen Basis und Überbau gekommen war. Da man sich aber nicht entschließen konnte, die marxistischen Ideen ganz über Bord zu werfen, da weiter Mangel an Wissen und Können bei den Leitern der Betriebe sich nur langsam beheben ließ, konnte die freiere Ordnung des Wirtschaftslebens nicht voll zur Geltung kommen. Das wirtschaftliche Wachstum wurde dadurch gehemmt. Man ist sich in Jugoslawien auch vollkommen darüber klar und gibt zu, daß die neue Wirtschaftsordnung weder „fehlerfrei noch vollständig ist“[7]. Um das Wirtschaftswachstum zu steigern, wird es not-

[7] Jovan *Djordjivič*, Basic Characteristics of the new Constitution of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, in: Two Decades of Socialist Yugoslavia, Beograd 1964, S. 38.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wendig sein, daß man sich in Jugoslawien mit den konjunkturpolitischen Erfahrungen des Westens vertraut macht, und daß die jugoslawische Wirtschaft sich innerlich mehr festigt[8].

Im Gegensatz zu Jugoslawien haben die anderen Ländern des sozialistischen europäischen Ostens sich nicht alle so weit von den Grundsätzen sowjetischer Wirtschaft und Organisation entfernen wollen. In der Sowjetunion hatten sich zwar bereits in den zwanziger Jahren, ehe Stalin an die Macht gekommen war, E. *Preobrashenski* und J. A. *Feldman* mit Wachstumsfragen, zum Teil in Anlehnung an *Schumpeter,* beschäftigt. Feldman ebenso wie Preobrashenski stießen aber auf die Abneigung der damaligen sowjetischen Machthaber gegen wissenschaftliche Analysen ökonomischer Verhältnisse. Die Folge war, daß das wirtschaftswissenschaftliche Denken in der Sowjetunion jahrzehntelang stagnierte.

Das sollte erst anders werden, als auch in der *Sowjetunion*[9] sich etwa von 1960 ab ein Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums bemerkbar machte. Nunmehr griff auch die sowjetische Wissenschaft die Probleme des Wirtschaftswachstums und der Wirtschaftsordnung auf. Im Jahre 1962 forderte Professor *Liberman* in der Prawda größere Selbständigkeit für die Betriebe im Rahmen der Planwirtschaft[10]. Der Erfolg soll nicht nur die im Rahmen der Planung erfüllte Bruttoproduktion, sondern der größtmögliche Nutzeffekt der Produktion sein, der sich im Gewinn und in der Rentabilität darstellt. Liberman nimmt also die schon seit Jahrzehnten in Gang befindliche Gewinndiskussion wieder auf, wobei es sein Bestreben ist, klare Begriffe zu schaffen. Rentabilität ist nach Liberman das prozentuale Verhältnis von Gewinn zum Wert des Produktionsfonds, d. h. des im Betrieb investierten Kapitals. Nach der Höhe des Gewinns sollen sich die Prämien für die Leiter und Arbeiter der Betriebe richten, wobei diese Prämien aus dem Gewinn zu zahlen wären. Dadurch werden die Betriebe veranlaßt, ihre Produktionskosten maximal zu senken, die Arbeitsproduktivität auf das höchste zu steigern und die Qualität der Produktion zu verbessern, so daß keine Vorräte unabsetzbarer Waren bei den Betrieben entstehen. Dazu will Liberman den Betrieben größere Selbständigkeit in der Erfüllung ihrer Planaufgaben einräumen und ihnen die Verantwortung für die Investitionen mit übertragen.

Diese Vorschläge Libermans konnten sich in der Sowjetunion nur teilweise durchsetzen[11]. Obwohl der Gewinn, seine Definition und seine

---

[8] s. den Beitrag von Kurt Wessely in diesem Band.

[9] s. dazu die Beiträge von Gert Leptin, R. Krengel, K.-E. Schenk und J. F. Tismer in Band 50/I dieser Schriften.

[10] Prawda vom 9. 9. 1962; deutsche Übersetzung bei K. C. Thalheim, in: Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Berlin 1964, S. 141. Ferner George N. *Halm* im Weltw. Archiv, Bd. 100, 1968, S. 19 ff., sowie den Beitrag von Gert Leptin im Band 50/I dieser Schriften.

[11] s. dazu den Beitrag von Gert Leptin in Band 50/I, S. 73 ff., dieser Schriften.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Funktion schon seit der Beendigung des Kriegskommunismus ein Anliegen von großer Bedeutung in den Erwägungen der sowjetischen Wirtschaftsführung darstellte, und obwohl man zwei Seiten des Gewinns entdeckt hatte, nämlich die kapitalistische, die die Jagd nach dem Profit auslöst, und die sozialistische, welche im Gewinn einen Gradmesser für die Leistungen der Betriebe sieht[12], stand dem entgegen, daß man in der Sowjetunion die Technizität, d. h. die mengenmäßige Wirtschaftlichkeit, gegenüber der Ökonomizität, d. h. der wertmäßigen Wirtschaftlichkeit, in den Vordergrund stellte[13]. Man war sich ferner darüber klar, daß die Umstellung der Wirtschaftsordnung und Organisation, wie sie Liberman forderte, Schwierigkeiten in der Erfüllung der Wirtschaftspläne mit sich bringen könnte. So hat man im Gegensatz zu Liberman nach wie vor die Planung und Leitung stark in den Fachministerien zentralisiert, anstatt die in den Betrieben schlummernde Dynamik zur Förderung des Wirtschaftswachstums zu mobilisieren. Die wesentlichen Kenzeichen des sowjetischen Wirtschaftssystems blieben also erhalten: die weitere Bevorzugung der Produktionsmittelindustrie, die ökonomisch nicht genügend durchdachte Verteilung der Produktionsfaktoren, vor allem der Akkumulation, die Bevorzugung des Technischen vor dem Ökonomischen in der Betriebsführung, die verhältnismäßig geringe Beachtung der Verbraucherwünsche und die Vernachlässigung des agrarischen Sektors.

Man hat in der Sowjetunion noch immer nicht genügend die Bedeutung der Konsumseite der Volkswirtschaft für das wirtschaftliche Wachstum erkannt. Lenin dagegen war sich sehr wohl darüber klar. Im Mai 1921 hat er in einem Brief an die staatliche Plankommission gefordert, daß der Konsumgüterproduktion gegenüber der schweren Industrie eine größere Beachtung geschenkt werden sollte[14]. Er stieß auf den Widerstand Stalins, den er nicht zu überwinden vermochte.

Gegen eine sozialistische Marktwirtschaft wendet man in der Sowjetunion ein, daß sie die zentrale Verwaltungswirtschaft störe und untergrabe. Sie reizt nach Auffassung der führenden Stellen zu planwidrigen Maßnahmen der Betriebe. So verfahren die Betriebsleiter gerade in der Zentralen Verwaltungswirtschaft sehr häufig; sie mildern dadurch die wachstumshemmenden Wirkungen der starren zentralen Planung in gewissen Grenzen und tragen mit dazu bei, daß der Ablauf des Wirtschaftsprozesses einigermaßen glatt vor sich geht.

Wenn man in der Sowjetunion zögernd an die Verwirklichung der Reformvorschläge der Männer um Liberman herangeht, so liegt das einmal daran, daß es an Persönlichkeiten fehlt, die einen Betrieb beweglich,

---

[12] Wolfgang *Förster*, Rechnungswesen und Wirtschaftsordnung, Berlin 1967, S. 47 ff.

[13] *Förster*, a.a.O., S. 145.

[14] Sozialističeskoje chosjastvo, Moskau 1924, Bd. 1, S. 190.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den wechselnden Erfordernissen des Marktes entsprechend, zu leiten vermögen. Man hat bisher im allgemeinen keine kaufmännisch versierten Betriebsleiter, sondern vor allem qualifizierte Techniker herangebildet. Dazu kommt, daß man in Rußland seit jeher eine starke Neigung zur Zentralisation hatte und darin schon zu Zeiten des Zarentums die einzige Möglichkeit sah, das weite Reich zu verwalten und zu führen.

Die herangebildeten qualifizierten Führungskräfte wurden aber im Verlauf des Wachstumsprozesses weniger den Betrieben zugeführt, als daß sie von dem ständig sich vergrößernden Verwaltungsapparat verschlungen wurden, so daß sie in den industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben fehlten.

Alle diese Umstände haben zu Disproportionen innerhalb der sowjetischen Industrie und der gesamten Volkswirtschaft geführt. Sie werden noch durch das Preissystem gefördert, das nicht an den realen Knappheitsverhältnissen der Güter orientiert ist, sondern als Mittel aufgefaßt wird, die Güterströme im Sinne der Erfüllung der jeweiligen Wirtschaftspläne zu leiten.

Die Reformen, die seit 1965 in der Sowjetunion im Gange sind, haben also entscheidende Hemmnisse des wirtschaftlichen Wachstums nicht beseitigt. An dieser Tatsache wird auch dadurch nichts geändert, daß man sich endlich Anfang der sechziger Jahre dazu entschlossen hat, mathematische Methoden der Planung und des Einsatzes der Produktionsfaktoren anzuwenden, deren man sich im Westen schon lange bedient hatte.

In *Polen* hat man sich bis 1956 streng an das sowjetische Vorbild gehalten. Erst die Unruhen im Oktober 1956 unterbrachen diese Abhängigkeit in gewissem Umfang. Man entschloß sich damals, die Kollektivierung der Landwirtschaft zu lockern und die Selbstverwaltung der Kolchosen zu fördern. *Gomulka* meinte im September 1959: „Die Mehrzahl der Bauern sagt, daß sie keine Produktionsgenossenschaften wollen. Wir zwingen sie nicht und werden sie nicht dazu zwingen[15]." Dann setzte unter der Führung von Oskar *Lange* und *Lipinski*[16] eine eingehende Diskussion über die Probleme der sozialistischen Wirtschaft ein. 1958 aber wurde es wieder still. Gegen Lange und Lipinski wandten sich die orthodoxen polnischen Ökonomen, vor allem unter der Führung von *Minc*[17], sowie die führenden Kreise der DDR. In Polen befürchtete man politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten seitens der Sowjetunion, wenn man einen eigenen Weg zum Sozialismus beschreiten würde, wie ihn Lange und Lipinski vorschlugen. Mit der Diskussion erlahmte auch der Wille zu Reformen.

---

[15] Curt *Poralla*, Polen in Angleichung an das sowjetische Wirtschaftssystem, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF. Bd. 23/I, Berlin 1961, S. 261.

[16] Oskar *Lange*, Über die wirtschaftliche Theorie des Sozialismus, Warschau 1938; ders., Über einige Probleme des polnischen Weges zum Sozialismus, Warschau 1957.

[17] s. Ostprobleme, 11. Jg. 1959, Heft 10, S. 319 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das einzige Ergebnis war, daß man in Polen versuchte, die Input-Output-Rechnung zu verwenden, und daß man sich der Methode des Linear Programming zu bedienen begann.

Als sich in Polen in den sechziger Jahren wiederum eine Stockung des wirtschaftlichen Wachstums bemerkbar machte, begann von neuem die Frage nach Reformen in den Vordergrund zu treten. Wortführer waren jetzt nach dem Tode von Oskar *Lange*, Wlodzimierz *Brus*, A. *Wakar* und J. G. *Zielinski*[18]. Durchgreifende Erfolge hat auch diese Diskussion aus den gleichen Gründen wie die erste nicht gehabt.

In *Rumänien* und *Bulgarien*[19] war man bis 1964 offenbar nicht bereit, eine Reform des Wirtschaftssystems vorzunehmen. Dort war das wirtschaftliche Wachstum durch den technischen Rückstand der Landwirtschaft, durch den in der stark zentralisierten Planwirtschaft herrschenden Bürokratismus sowie durch den Mangel an Wissen und Bildung bei den führenden Funktionären erheblich belastet. Es zeigte sich hier deutlich, wie nachteilig es war, daß man sich der kleinen Schicht Gebildeter entledigt hatte, die dann durch linientreue, aber oft beschränkte Funktionäre ersetzt worden waren.

Man zögerte in Rumänien, die zentrale Planung aufzuheben, weil dadurch die Wirtschaft „unstabilen und nicht kontrollierbaren Kräften"[20] überantwortet werden würde, so daß man zum mindesten eine vorübergehende Desorganisation der Wirtschaft befürchtete. Man hält also an der straffen zentralen Planung und Lenkung fest, will aber die Betriebe stärker als bisher an der Aufstellung der Pläne beteiligen, um dadurch die Initiative der Betriebsleiter zu wecken. Das steht jedoch in einem gewissen Widerspruch zum kaum veränderten Festhalten am klassischen Modell der sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaft. An 71 industriellen Betrieben will man versuchen, wie es möglich ist, die Initiative der Betriebsleiter mehr anzuregen, als das bisher der Fall war. Im Außenhandel ist man in Rumänien bestrebt, sich von der Bevormundung durch die Sowjetunion über den Comecon zu lösen, weil man Jahr für Jahr größere Mengen an Rohstoffen einführen mußte, um das Wachstum der Volkswirtschaft in Gang zu halten. Der Außenhandel allein mit den sozialistischen Volkswirtschaften genügt aber den Bedürfnissen der rumänischen Wirtschaft nicht mehr.

---

[18] W. *Brus*, Die Entwicklung des sozialistischen Wirtschaftssystems in Polen, in: Hamburger Jahrbuch, 10. Jg., Tübingen 1965, S. 155 ff. Ostprobleme, Jg. 20, 1968, Heft 9, S. 213. J. G. *Zielinski*, Allgemeine Probleme des Funktionierens der sozialistischen Wirtschaft, (poln.) Warschau 1961. Leon *Smolinski*, Planning Reforms in Poland, in: Kyklos, Vol. XXI, 1968, Fasz. 3, S. 498 ff.

[19] s. dazu die Beiträge von K. Wessely und Th. Zotschew in diesem Band.

[20] Ceausescu vor der Landeskonferenz der Rumänischen Arbeiterpartei am 6. 2. 67. s. Spiegel der kommunistischen wissenschaftlich-politischen Publizität, Nr. 3, s'Gravenhage Dez. 1967, S. 2.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In *Bulgarien* mußte man 1964 auf Anregung des Mitgliedes der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften *Nikiforow* sich dazu aufraffen, angesichts der unbefriedigenden Leistungen der Volkswirtschaft die Planung zu verbessern und beweglicher zu gestalten. Die Einmannführung der Betriebe, die man von den Russen übernommen hatte, führte meist nicht zu dem erstrebten Erfolg, weil das Wissen und die Bildung der Betriebsleiter nicht den an sie gestellten Anforderungen genügte. Deshalb wurde die Einmannführung durch ein Direktionskomitee ersetzt. An der bis ins einzelne gehenden Planung wird aber nach wie vor festgehalten. Aus den Volkswirtschaftsplänen für 1967 und 1968 geht hervor, daß man auch die bevorzugte Entwicklung der Produktionsmittelindustrie weiter verfolgt. Man ist also in Bulgarien noch erheblich von einer grundlegenden Reform der Wirtschaftsorganisation und Ordnung entfernt.

Im Gegensatz zu Rumänien und Bulgarien hat *Ungarn*[21] in den sechziger Jahren klar erkannt, welche Bedeutung eine sozialistische Marktwirtschaft, etwa nach jugoslawischem Vorbild, haben kann. Die Ereignisse des Aufstandes von 1956 haben dort die Geister geweckt. Hier war es aber keine einzelne überragende Persönlichkeit, die als geistiger Urheber der Reformen angesehen werden kann. Eine Reihe ungarischer Nationalökonomen und jüngerer Parteifunktionäre, darunter Imre *Vajda*[22], Jósef *Bognár,* der Präsident des Instituts für Auslandsbeziehungen und der frühere Minister Reszö *Nyers,* Mitglied des Zentralkomitees, sowie Bela *Csikós-Nagy,* Chef des Preisamtes, haben im Schoß des Zentralkomitees der ungarischen kommunistischen Partei die Reform angeregt, diskutiert und dann schließlich in Gang gebracht. Man wollte es in Ungarn wohl vermeiden, einzelne Persönlichkeiten herauszustellen. Sie hätten nur zu leicht ein Opfer möglicher sowjetischer Eingriffe werden können, wie dies 1956 der Fall war.

Man erkannte in diesen Kreisen, daß die wachstumshemmenden Disproportionen innerhalb der ungarischen Volkswirtschaft entstanden waren, weil man der industriellen Entwicklung in den bisherigen Wirtschaftsplänen zu hohe Ziele gesetzt hatte, welche die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft überschritten. Das suchte man in Ungarn seit 1959 durch die Anwendung von In- und Outputtabellen zu vermeiden. Sie dienten dazu, den Investitionsbedarf in den einzelnen Wirtschaftszweigen zu klären. Man bemühte sich ferner, mit Hilfe der In- und Outputrechnung festzustellen, wie sich die einzelnen Preise der Güter ändern müßten, wenn man das Ausmaß ihrer Produktion verschob. Man hoffte, auf diese Weise eine dem Sozialismus entsprechende Preisbildungsmethode zu finden, welche die wirklichen Verhältnisse der Knappheit der einzel-

[21] s. dazu den Beitrag von Olivér von Gajzágó in diesem Band.

[22] Imre *Vajda,* Gesamtwirtschaftliche Planung und Rolle der Unternehmung in der sozialistischen Wirtschaft, in: Mitteilungen der Friedrich List-Gesellschaft, Fasc. 5, Nr. 14/15, 1967, S. 321 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nen Güter zueinander widerspiegelt[23]. Man hat also in Ungarn früh erkannt, daß die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse auch eine Änderung der wirtschaftlichen Planung verlangen.

In dem sog. „Neuen Wirtschaftsmechanismus" sollen die Unternehmen „die Folgen ihrer guten und schlechten Gebahrung an sich selbst zu spüren bekommen" (Bognár)[24]. Sie sollen sich der Marktsituation anpassen und die Verantwortung für Erfolg und Mißerfolg tragen.

In der *Tschechoslowakei*[25] kam man Anfang der sechziger Jahre zu der Erkenntnis, daß die rückgängige Effektivität der Investitionen und das stagnierende Wachstum bei gleichzeitigem Rückgang des Volkseinkommens eine Änderung der Wirtschaftsordnung und der Wirtschaftsorganisation dringlich machten. Wenn auch der Kreis um Novotny freies Denken durchaus niederhalten wollte, so konnten angesichts des nicht zu leugnenden wirtschaftlichen Mißerfolges die Stimmen von Männern wie Ota Šik und Bedrich Levčik[26] nicht zum Schweigen gebracht werden.

Šik will an die Stelle der zentralen Verwaltungswirtschaft eine sozialistische Marktwirtschaft setzen, die einen verbesserten Typ des jugoslawischen Vorbildes darstellt. Der Plan soll in Zukunft vom Endverbrauch ausgehen und nicht mehr von der bevorzugten Entwicklung der schweren Industrie. Außerdem wird die Mehrzahl der industriellen Unternehmen keine verbindlichen, im Staatsplan festgelegten Kennziffern für ihre Produktion erhalten, sondern die Zentrale begnügt sich mit Empfehlungen, die durch indirekte Maßnahmen, wie Kreditkontrollen und andere finanzielle Einwirkungen, unterstützt werden. Dadurch kann die Zahl der verbindlichen Planziffern von 1200 auf 67 herabgesetzt werden[27]. Auf diese Weise wird den Unternehmen eine gewisse Selbständigkeit gegeben. Der Erfolg ihres Wirkens wird am Gewinn gemessen, und die Preise sollen durch die Verknüpfung von In- und Auslandspreisen die relative Knappheit der Güter richtig wiedergeben. Damit werden sie zu einem geeigneten Instrument, um Markt, Investitionen, Produktion und Konsum zu lenken. Preis, Gewinn, Lohn und Kredit sollen so auf die Betriebe einwirken, daß sie ihre Produktion dem Bedarf entsprechend regeln, und daß sie veranlaßt werden, gegebenenfalls auch neue Produkte dem Markt zuzuführen. Die Betriebe, die keinen Gewinn bringen, sollen stillgelegt werden. Das ist für die sozialistische Wirtschaft ein ganz neuer Gedanke.

---

[23] S. *Ganzer,* Anwendung mathematischer Methoden für die Wirtschaftsrechnung in Ungarn, in: Probleme zentraler Wirtschaftsplanung, hrsg. von Kurt Wessely, München 1967, S. 49.

[24] Budapester Rundschau vom 10. 11. 67.

[25] s. dazu den Beitrag von Helmut Klocke in diesem Band.

[26] Ota *Šik,* Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967. B. *Levčik,* Zum Problem der Wirtschaftsreform in der CSSR, in: Schriften des Vereins f. Socialpolitik, NF. Bd. 45, Berlin 1967, S. 477. Ostprobleme, Jg. 20, 1968, Heft 10, S. 230.

[27] *Levčik,* a.a.O., S. 475.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Reformer wollten also:

1. Die Art, wie die Volkswirtschaftspläne aufgestellt werden, ändern und ihnen eine andere Funktion geben;
2. sie wollten die Selbständigkeit der Unternehmen bei der Feststellung der Produktionsprogramme erhöhen;
3. sie wollten die Beziehungen zwischen Ware, Geld und dem Markt wiederherstellen. Vom Markt her sollen die Unternehmen veranlaßt werden, ihre Produktion rentabel und optimal zu gestalten. Auf diese Weise entsteht eine Synthese zwischen Plan und Markt[28].

Die ČSSR als voll entwickelter Industriestaat bedarf des Außenhandels, um Rohstoffe und moderne, neu entwickelte Produktionsmittel zu beschaffen. Daher ist dem Außenhandel eine wichtige Aufgabe als Wachstumsfaktor zugedacht. Er erlaubt es, den technischen Fortschritt anderer Länder auch der ČSSR im Interesse ihres Wirtschaftswachstums zugute kommen zu lassen. Man hat in der ČSSR die gleiche Erfahrung wie in Rumänien gemacht, daß die durch den Comecon vermittelten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den anderen sozialistischen Ländern zu einseitig waren und nicht ausreichten, um das Wachsen der tschechischen Wirtschaft zu gewährleisten. Die Reformer sind vielmehr der Auffassung, daß „kein Land ungestraft seine inneren Wertbeziehungen für lange Zeit von den internationalen abtrennen und in der Entwicklung hinter diesen zurückbleiben kann"[29].

Wenn auch der Markt im „Neuen ökonomischen Modell" eine entscheidende Rolle spielen sollte, so bedeutet das keineswegs, daß das sozialistische Wirtschaftssystem aufgegeben worden ist. Es handelt sich nicht um eine Verwerfung des Systems als Ganzem, sondern um eine Änderung der Wirtschaftsordnung und der Wirtschaftsorganisation. Die Besetzung der ČSSR durch russische Truppen hat es unmöglich gemacht, die Reformen durchzuführen. Offensichtlich geht in der Tschechoslowakei unter sowjetischem Druck eine kommunistische Gegenreformation vor sich.

In der *DDR*[30] endlich zeigte sich ebenfalls, daß das Investitionsvolumen hinter den in den Wirtschaftsplänen gesetzten Zielen zurückblieb. Dem sollte das 1963 eingeführte „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" abhelfen. Es wurde zunächst schrittweise in die Tat umgesetzt. Thalheim äußerte die Meinung, „daß die Sowjetzone in diesem Fall von der Sowjetunion bewußt als Experimentierfeld für neue Methoden der Planung und der Lenkung der Volkswirtschaft

---

[28] K. Paul *Hensel* und Mitarbeiter, Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei, Stuttgart 1968, S. 128.
[29] *Šik*, a.a.O., S. 3/5.
[30] s. dazu den Beitrag von K. C. Thalheim in diesem Band.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ausersehen worden ist"[31]. Dafür spricht der entscheidende Einfluß der Sowjetunion, und daß es ihr daran liegen muß, ihren besten Lieferanten für Industrieerzeugnisse im Interesse des eigenen Wachstums voll leistungsfähig zu erhalten.

In der DDR will man durch das System der „ökonomischen Hebel" die Durchführung des Planes beweglicher machen, ohne aber am entscheidenden Punkt, der starren zentralen Planung, anzugreifen. Der Plan ist und bleibt das entscheidende Instrument, alle Auffassungen von einem „wirtschaftlichen Selbstlauf" werden verworfen[32]. Wenn man auch in der DDR den Gewinn zum Maßstab des Betriebserfolges machen will, wenn der Gewinn einer der „ökonomischen Hebel" sein soll, um die Betriebsleiter zu selbständigem Handeln anzuregen, so muß man ihnen auch den Raum dafür lassen. Ob das in aureichendem Maße angesichts der zentralen Planung und Lenkung der Fall sein kann, erscheint zum mindesten fraglich[33].

Das sozialistische Marktsystem wird verworfen. Der Markt als Regulator der Wirtschaft ist nach Nick „ein steinalter Hut". „Die marktwirtschaftliche Konzeption ist nicht in der Lage, die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen der Wirtschaft, wie sie die wirtschaftlich-technische Revolution auf die Tagesordnung setzt, zu bewältigen[34]." An Stelle des Marktes wird das Vertragssystem zwischen den liefernden und abnehmenden Unternehmen ausgebaut, so daß die Vertragsschließenden eine größere Beweglichkeit in der Auswahl unter den Kontrahenten haben. Die Preise sollen nicht am Markt unter der Einwirkung von Angebot und Nachfrage gebildet werden, sondern sie werden weiterhin auf längere Zeit zentral festgesetzt. Die Preise werden dadurch unbeweglich und vermögen deshalb nicht die realen, sich ständig wandelnden Knappheitsverhältnisse zwischen den Gütern wiederzugeben. Durch die inzwischen erfolgte Reform der Preise werden nur die größten Preisverzerrungen gemildert und zum Teil durch andere ersetzt. Damit sind in dem „Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" die entscheidenden Elemente starr geblieben.

In den meisten sozialistischen Volkswirtschaften blieb, wie gezeigt, fast gleichzeitig das Wachstum mehr oder weniger hinter dem vorgesehenen Ausmaß zurück. Die Disproportionalitäten beruhten auf dem Auseinanderklaffen in der Entwicklung der schweren Industrie auf der einen und der Konsumgüterindustrie und der Landwirtschaft auf der anderen Seite.

---

[31] Karl C. *Thalheim*, Liberalisierungstendenzen im Ostblock? In: Der Osten auf dem Wege zur Marktwirtschaft?, Berlin 1967, S. 40.

[32] Walter *Ulbricht*, Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung, Berlin (O) 1966, S. 9.

[33] s. zu diesen Fragen K. C. *Thalheim*, a.a.O., S. 40 ff.

[34] Harry *Nick*, Was heißt marktwirtschaftlicher Sozialismus? In: Einheit, Jg. 23, 1968, S. 1309—1325.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Man hielt zu lange dogmatisch fest an der Lehre von Marx, wonach im Falle der erweiterten Reproduktion die Produktionsmittelseite vorrangig entwickelt werden müßte. 1968 erst sollte in der Sowjetunion zum ersten Mal seit 1926 das Wachstumstempo der Konsumgüterproduktion über dem der Produktionsmittelproduktion liegen[35]. Tatsächlich ist der Plan in der Gütergruppe A 1968 zu 108 % und in der Gütergruppe B zu 108,1 % erfüllt worden[36]. Der Mangel an Konsumgütern, vor allem die ungenügende Bereitstellung von Bekleidung und Wohnraum[37], wirkte sich ungünstig auf die Arbeitsproduktivität und damit auch auf die Effizienz des investierten Kapitals aus. Weil man dem nicht rechtzeitig abhalf, zeigte sich in den sozialistischen Volkswirtschaften ein Zurückbleiben des Überbaus hinter der Entwicklung der Basis. Das gleiche gilt vom Festhalten an der zentralgelenkten starren Planung und der Furcht vor dem Wirken des Marktes.

Nur Jugoslawien hat die Scheu vor dem Markt überwunden. In den anderen sozialistischen Volkswirtschaften des europäischen Ostens bewirkte die Furcht vor der sowjetischen Macht, daß man sich möglichst an das sowjetische Vorbild hielt. Die Reformen in ihrer verschiedenen Gestalt zeigen, in welchem Grad man es gewagt hat, sich von der Vormundschaft der Sowjetunion zu lösen. Die Reformen bedeuten eine Wandlung der zentralverwalteten, starren Befehlswirtschaft in eine dezentralisierte, elastischere „Auftragswirtschaft". „Die Überzeugung, daß Rentabilität als Maßstab für die Leistung des Betriebes besonders gut geeignet ist, daß die Beteiligung der Arbeiter am Gewinn alle anderen bisher bei den zentralen Verwaltungswirtschaften angewandten Reizsysteme übertrifft, und daß damit das wirtschaftliche Wachstum am besten gefördert wird, steht im Mittelpunkt der Reformbestrebungen in den sozialistischen Ländern des Ostens[38]."

Der Übergang zur sozialistischen Marktwirtschaft zeigt, daß man das Marxsche Schema nicht mehr für ausreichend hält. Wachstum bedeutet nicht nur eine Vergrößerung des Realkapitalbestandes durch ständig neue Investitionen, wie es die Theorie der erweiterten Reproduktion von Marx verlangt. Die Größe des Wachstums wird vielmehr mitbedingt durch die Hebung der Konsumquote, und das heißt Vermehrung des Realeinkommens. Damit ist die bevorzugte Förderung der Produktionsmittelindustrie, insbesondere der schweren Industrie, nicht vereinbar. Der in der

---

[35] E. *Liberman*, in Literaturnaja Gazeta, Moskau, Jg. 1968, Nr. 12.

[36] Iswestija vom 26. 1. 1969.

[37] Die Bekleidungsindustrie in den Staatshandelsländern Europas, Berlin 1968. Herausgegeben vom Bundesverband Bekleidungsindustrie e. V. Maria-Elisabeth *Ruban*, Die Entwicklung des Lebensstandards in der Sowjetunion, Berlin 1965, S. 106 ff., 181. S. dazu weiter den Beitrag von J. F. Tismer im Bd. 50/I dieser Schriften.

[38] Harry G. *Shaffer*, Jugoslawiens eigener Weg zum Sozialismus. In: Osteuropa, Jg. 16, 1966, S. 227.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Produktionsmittelindustrie schaffende Arbeiter erzeugt zunächst keine konsumierbaren Güter, sondern er muß von den Schaffenden der anderen Wirtschaftszweige unterhalten werden. Dabei spielt die landwirtschaftliche Produktion eine wichtige Rolle, und die Zuwachsrate in der Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen bestimmt auf diese Weise die Grenzen, innerhalb deren sich in einer gegen das Ausland weithin abgeschlossenen Volkswirtschaft, wie es die sozialistischen Volkswirtschaften sind, die Industrialisierung vollziehen kann. Die Landwirtschaft muß in einem vorwiegenden Agrarstaat einen erheblichen Teil ihres Einkommens zur Akkumulation zur Verfügung stellen, um den industriellen Sektor zu erweitern[39]. Werden aber die Forderungen an die Landwirtschaft überspannt, so daß aus Mangel an Akkumulation ihre Produktion nicht in dem Ausmaß steigen kann, wie es der zunehmende Lebensmittelbedarf im Verlauf der Industrialisierung verlangt, wird weiter der Landwirtschaft von der Leitung der Volkswirtschaft nicht in genügendem Umfang Realkapital zugewiesen, so entstehen Disproportionen. Industrialisierung und Entwicklung der Landwirtschaft sind keine Alternativen, sondern zwei Seiten desselben Vorganges, die sich gegenseitig bedingen und tragen[40].

Die proportionale Entwicklung bedeutet aber nicht, daß ein Gleichgewicht zwischen der Produktion der schweren, der Konsumgüterindustrie und der landwirtschaftlichen Erzeugung bestehen müßte. Das Gleichgewicht ist ein statisches Moment, das nicht der dynamischen Entwicklung volkswirtschaftlichen Wachstums entspricht. Der technische Fortschritt zusammen mit der ökonomischen Entwicklung gibt dem ganzen System eine Tendenz zur Instabilität. Entscheidend ist vielmehr ein harmonisches Wachsen, das durch das In- und Outputverhältnis der einzelnen Wirtschaftszweige festgestellt werden kann, und das damit die Grundlage für die volkswirtschaftliche Gesamtplanung und die Zuteilung der Produktionsfaktoren abgibt. Die Vernachlässigung der Landwirtschaft bedeutet also eine Hemmung des volkswirtschaftlichen Wachstums.

Die treibende Kraft im volkswirtschaftlichen Wachstum geht vom technischen Fortschritt aus. Seine Quellen sind Forschung und Entwicklung. Er bewirkt eine reichlichere und bessere Versorgung der produzierenden Arbeiter mit Maschinen und eine Verbesserung der Arbeitsmethoden. Dadurch wird ein Mehrprodukt erzeugt, während sich der Aufwand an Arbeitskraft vermindert. Die auf diesem Wege hervorgerufene Steigerung der Arbeitsproduktivität hat eine größere Effizienz des investierten Kapitals und eine reale Steigerung der Löhne zur Folge. Der technische

[39] W. W. *Rostow*, Stadien des wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1960, S. 38.

[40] F. *Baade*, Beziehungen zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Entwicklung, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 83, 1959, S. 140.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Fortschritt kann aber nur aktiviert werden, wenn bei den Leitenden und den Arbeitenden das notwendige Wissen vorhanden ist, um ihn zu erforschen und anzuwenden, und wenn man die Technizität mit der Ökonomität (Kosiol) zu verbinden versteht[41]. Dabei kommt es darauf an, daß die Träger des Wissens nicht nur vorhanden sind, sondern daß sie auch richtig verteilt werden und sich nicht nur in den zentralen Verwaltungsbehörden zusammendrängen.

Zu alledem kommt noch die Forderung nach einem die Knappheitsverhältnisse der Güter richtig darstellenden Preissystem[42]. Dogmatische Voreingenommenheiten, die sich um das Wertgesetz konzentrieren, stehen einem knappheitsgerechten Preissystem hindernd im Wege. Selbst ein so aufgeschlossener und aufgeklärter Nationalökonom wie der Tscheche Ota Šik kämpft um die Geltung des Wertgesetzes und sucht nachzuweisen, wie ein Preissystem darauf aufgebaut werden könnte[43]. Dabei entgeht ihm, daß die Arbeitswerttheorie von Marx, die dem Wertgesetz zugrunde liegt, auf einem Zirkelschluß beruht[44]. Man läßt weiter außer acht, daß der Durchschnitt, wie er im Begriff der notwendigen gesellschaftlichen Arbeitszeit verwandt wird, nicht eindeutig bestimmbar ist, und daß er im Gegensatz zum Marginalprinzip das Ausmaß der Güterknappheit nicht richtig zu Tage treten läßt. Wenn man weiter die Preise über längere Zeiträume hinaus festlegt, so ist damit die Funktion des Preises, welche die stets sich wandelnden Knappheitsverhältnisse der Güter wiedergeben soll, lahmgelegt. Der ständig wirkende technische Fortschritt verändert auch die relative Knappheit der Güter zueinander, seine Impulse für das wirtschaftliche Wachstum werden durch das starre Preissystem um ihre Wirkung gebracht. In den sozialistischen geschlossenen Volkswirtschaften kann ein den Realitäten der Knappheit entsprechendes Preissystem nur zustande kommen, wenn man „kapitalistische Weltmarktpreise für den Grenzbedarf der Wirtschaft verwendet"[45].

Das sozialistische Wirtschaftssystem hat, vom volkswirtschaftlichen Wachstum aus gesehen, den Vorteil, daß es einfacher Kapital auf entscheidende Schwerpunkte zu konzentrieren vermag, als die „kapitalistischen" Volkswirtschaften des Westens. Ebenfalls ist die Akkumulation oft höher als in den nicht sozialistischen Ländern. Dem aber steht entgegen die bürokratische, schwerfällige Planung und Führung der Volkswirtschaft. Sie ist eine ausgesprochene Befehlswirtschaft, welche die Initiative und die Selbsttätigkeit der Unternehmer weitgehend beschränkt. Auf diese Weise bremst sie den Durchbruch des technischen Fortschritts.

---

[41] s. dazu Wolfgang *Förster*, Rechnungswesen und Wirtschaftsordnung, Berlin 1967, S. 145.

[42] Dieses Problem wird grundlegend behandelt bei Friedrich *Haffner*, Das sowjetische Preissystem, Berlin 1968.

[43] a.a.O., S. 241 ff.

[44] Carl *Muhs*, Antimarx, Bd. 1, Jena 1927, S. 64 ff.

[45] Peter *Wiles*, The Political Economy of Communism, Oxford 1962, S. 100.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Eigenart der sozialistischen Volkswirtschaft, wie man sie im europäischen Osten vorfindet, liegt darin, daß die wirtschaftlichen Ziele in erheblichem Umfang von politischen Überlegungen bestimmt werden. Die Bevorzugung der schweren Industrie ist mit veranlaßt durch den betonten Ausbau der militärischen Rüstung. Hohe militärische Rüstung schien notwendig zu sein, weil man sich in den sozialistischen Ländern, insbesondere in der Sowjetunion, durch die „imperialistische" Politik der westlichen Großmächte bedroht fühlte. Die Disproportionen, welche sich im Lauf der Entwicklung innerhalb der sozialistischen Volkswirtschaften eingestellt haben, gehen also mit auf diese politischen Ursachen zurück.

Wechselwirkungen zwischen den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen wirken auch auf das volkswirtschaftliche Wachstum zurück. In ihnen kommt das Verhältnis zwischen Basis und Überbau mit zum Ausdruck. Als Ergebnis des wirtschaftlichen Wachstums und des dadurch gesteigerten Wohlstandes bildete sich eine Differenzierung innerhalb der sowjetischen Gesellschaft heraus. Dadurch entstanden Unterschiede im Verständnis der herrschenden Ideologie und in den Konsumgewohnheiten, denen die starre Wirtschaftslenkung und Planung nicht gerecht werden konnte[46].

Ökonomische, gesellschaftliche und politische Entwicklung zwangen also zu Reformen, deren Notwendigkeit aber oft nicht rechtzeitig erkannt wurde, weil man, dogmatisch befangen, nicht zur Kenntnis nahm, daß die Entwicklung von Basis und Überbau nicht mehr übereinstimmte. Diese Übereinstimmung ist einer der wichtigsten Voraussetzungen für ein gesundes volkswirtschaftliches Wachstum. Die Reformen aber bedeuten keine Abkehr vom Sozialismus, sondern sie ändern nur in gewissem Umfang Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsorganisation.

---

[46] Werner *Hofmann*, Die Arbeitsverfassung in der Sowjetunion, Berlin 1957, S. 487 ff. René *Ahlberg*, Die Sozialstruktur der UdSSR, in: Osteuropa, Jg. 18, 1968, S. 353 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das Wirtschaftswachstum der europäischen Mitgliedsstaaten des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe" im internationalen Schrifttum

Bibliographische Nachweise

Bearbeitet von Dr. Gerhard Teich

Bibliographien

Gesamtheit der europäischen Mitgliedstaaten des RGW

Economic and social development plans. Centrally-planned economies, developed market economies. New York 1966. V, 59 S. (Bibliographical series. Dag Hammerskjöld Library 11).

Ekónomické experimenty v socialistických krajinách. Výber z ekonomickej literatúry. Bratislava 1965. 16 S. [Wirtschaftsexperimente in den sozialistischen Ländern]. (Letková bibliografia ekonómie).

Knirsch, Peter: Neue Literatur über die Wirtschaft Osteuropas in englischer Sprache. In: Osteuropa. 16 (1966) S. 190—198.

Pohlhausen, Eva, und Gerhard *Teich:* Katalog wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Periodika aus den ostmittel- und südosteuropäischen Ländern (Bestand der Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft). In: Wirtschaftswissenschaftliche Südosteuropa-Forschung. München 1963. S. 271—342 (Südosteuropa-Schriften 4).
Dieser Katalog erfaßt vollständig auch alle wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschriften der sozialistischen europäischen Länder mit Ausnahme der Sowjetunion, die bis 1963 veröffentlicht wurden. Er gibt Standort und Bestand an, so daß alle Zeitschriften mit laufenden Bibliographien des wirtschaftswissenschaftlichen Schrifttums aus den europäischen RGW-Ländern leicht erfaßt werden können.

Referativnyj Zurnal: Geografija. Svodnyj Tom. Moskva 1962 ff.
In dem von dem Institut für wissenschaftliche Informationen an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR herausgegebenen Referateblatt erscheinen seit 1962 eigene Abschnitte über Geographie der Weltwirtschaft und Wirtschaftsgeographie und internationale Arbeitsteilung der sozialistischen Länder. Selbständige Veröffentlichungen und Beiträge aus wissenschaftlichen Zeitschriften werden im internationalen Rahmen gebracht. Es werden auch die Titel zu allen Fragen des Wirtschaftswachstums aufgeführt, soweit sie einen geographischen Bezug im weitesten Sinne haben. Jeder Titel ist ausführlich und gewissenhaft annotiert.

Sozialistisches Weltwirtschaftssystem. Dokumentationsdienst. Hrsg. von der Zentralstelle für wirtschaftswissenschaftliche Dokumentation und Information beim Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Berlin 1963—1968.
Diese laufende Veröffentlichung, die leider mit Januar 1969 ihr selbständiges Erscheinen eingestellt hat, erfaßt vollständig die etwa seit Mitte 1962 bis Mitte 1968 über die Wirtschaft im Ostblock erschienenen Bücher und

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Beiträge der einschlägigen Zeitschriften und wichtigsten Zeitungen des Ostblocks. Die westliche Publikationen sind nur ungenügend einbezogen. Alle Titel sind analytisch annotiert.

Svendsen, Knud Erik: A guide to translations of economic literature from the Soviet Union and Eastern Europe. In: Kyklos. 13 (1960) S. 559—584.

Teich, Gerhard: Literaturnachweise zum Problem der regionalen Einkommens-, Preis- und Lebenshaltungskostenunterschiede sowie der Steuerbelastung und Sozialleistungen. In: Evers, Schmucker, Teich: Regionale Unterschiede in den Lebenshaltungskosten. Bad Godesberg 1963. Teil 3. XI, 108 S.
Etwa 300 der aufgeführten Titel behandeln Fragen des Einkommens, der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie der Lebenshaltung in den RGW-Ländern. Sie erfassen in relativer Vollständigkeit die bis etwa 1961 zu diesen Themen erschienenen selbständigen Veröffentlichungen.

— Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe 1949—1963. Fünfzehn Jahre wirtschaftliche Integration im Ostblock. Bibliographie. Kiel 1966. V, 445 S. (Kieler Schrifttumskunden zu Wirtschaft und Gesellschaft 14).
Die Titel der annotierten Bibliographie sind laufend numeriert. Die Nr. 830—1070 sowie die Nr. 1285—2032 behandeln Fragen der Plankoordinierung, des technischen Fortschritts, der Investitionskoordinierung usw. der Gesamtheit der RGW-Länder. Das aus selbständigen Veröffentlichungen und Beiträgen in Periodika erschlossene Material bezieht die Veröffentlichungen im internationalen Rahmen ein und erfaßt diese bis 1963 in relativer Vollständigkeit. Die Titel sind aus den Beständen der Kieler Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft zusammengestellt.

Wiener Quellenhefte zur Ostkunde. Hrsg. von der „Arbeitsgemeinschaft Ost" unter der Hauptredaktion von Wilfried Krallert. Reihe Wirtschaft: Red. Kurt Wessely. Wien.
Die seit 1958 erscheinenden Quellenhefte bringen seit 1960 zu ihrem allgemeinen Teil eine Bibliographie zur Wirtschaft der RGW-Staaten. Sie wird von keiner ähnlichen laufend erscheinenden Veröffentlichung in der westlichen Welt übertroffen. Da sie etwa in gleichem Umfang westliche und östliche Titel beachtet, ergänzt sie vorteilhaft die laufenden bibliographischen Veröffentlichungen zu Wirtschaftsfragen der kommunistischen Länder aus der DDR, der UdSSR, Ungarn und Polen.

Sowjetunion

Donskaja, G. K.: Osnovy političeskoj ėkonomini. Rekomendatel'nyj ukazatel' literatury. Moskva 1965. 116 S. [Grundlagen der politischen Ökonomie. Empfehlende Bibliographie].

Ekonomika SSSR. Annotirovannyj perečen' otečestvennych bibliografij, opublikovannych v 1917—1964 gg. Sost. V. E. Sivolgin. Moskva 1965. 158 S. [Die Wirtschaft der UdSSR. Annotiertes Verzeichnis der inländischen, in den Jahren 1917—1964 veröffentlichten Bibliographien].
Die Bibliographie beschreibt 545 Bibliographien und ordnet diese systematisch und regional. Über diese Arbeit von Sivolgin läßt sich das bis etwa Anfang 1964 erschienene sowjetische Schrifttum zu allen relevanten Fragen in der Wirtschaft der UdSSR erfassen.

Feshbach, Murray: A selected bibliography of recent Soviet monographs. In: Dimensions of Soviet economic power. Washington 1962. S. 669—688.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Levšina, O. N., i N. S. *Molčanova:* Za sozdanie material'no — techničeskoj bazy kommunizma. Rekomendatel'nyj ukazatel' literatury. Moskva 1963. 179 S. [Für die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus].

Pokšiševskij, Vadim Vjačeslavovič: Bibliografija sovetskoj literatury po ėkonomičeskomu rajonirovaniju. (Obzur opublikovannych bibliografij.) In: Geografija SSSR. Bd. 2. Moskva 1965. S. 131—145. [Bibliographie der sowjetischen Literatur über die Wirtschaftsrayonierung. (Übersicht über die veröffentlichten Bibliographien).]

Malyšev, P.: Proporcija meždu proizvodstvennym i neproizvodstvennym nakoplenium. In: Voprosy ėkonomiki. (1965) 6 S. 40—50 [Das Verhältnis von produktiver zu nichtproduktiver Akkumulation].

Bulgarien und Rumänien

Abstracts of Bulgarian scientific literature. Economics and law. Sofia 1958 ff.
Die von der Zentralstelle für wissenschaftliche und technische Informationen der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften unter Leitung von Olga Savova herausgegebenen Abstracts bringen die selbständigen wirtschaftswissenschaftlichen Veröffentlichungen sowie Beiträge in Zeitschriften und Sammelwerken mit bemerkenswerter Vollständigkeit. Alle Titel sind ins Englische übersetzt und gewissenhaft annotiert. Die Lektüre dieser Publikation erspart die Benutzung anderer Bibliographien.

Buletin de informare. Ştiinţe economice. Bucureşti 1964 ff.
Das von der Zentralstelle für wissenschaftliche Dokumentation der Akademie der Volksrepublik Rumänien herausgegebene Referateblatt bringt und annotiert die rumänische wirtschaftswissenschaftliche Literatur in Auswahl.

Petiletkata v sŭkrateni srokove. Bibliografski spisŭci. Sofija 1959. 35 S. [Der Fünfjahrplan in verkürzter Frist. Bibliographisches Verzeichnis].

Deutsche Demokratische Republik

Leitung der sozialistischen Wirtschaft. Auswahlbibliographie. Von Gertraude Hein u. a. Berlin 1958. 78 S.

Möbus, R.: Literaturauswahl zum Thema „Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, seiner Planung, Leitung und Durchsetzung in der Volkswirtschaft. In: Wirtschaftswissenschaft. 12 (1964) S. 333—341.

— Planung der Volkswirtschaft, insbesondere in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin-Karlshorst 1963. 16 S.
Die Fachbibliographie führt selbständige Werke und Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelwerken an, die fast ausschließlich von deutschsprachigen Verfassern stammen. Sie ist auf die aktuellen Fragen der Theorie und Wirtschaftspolitik der DDR ausgerichtet.

Neuman, Gertrude: La planification en République Démocratique Allemande. Organisation institutionelle, méthodes de planification à l'echelle nationale et régionale. Bibliographie. In: Bulletin du Centre d'étude des pays de l'est et du Centre national pour l'étude des états de l'est. 7 (1966) 2 S. 143—194.

Pötzschmann: Literaturzusammenstellung über politische Ökonomie 1952—1961. Leipzig 1961. 22 S.
Die von der Deutschen Bücherei herausgegebene Bibliographie führt kommentarlos nur selbständige Veröffentlichungen deutschsprachiger Autoren an. Sie ist sehr vollständig im Hinblick auf die in der DDR erschienenen wirtschaftswissenschaftlichen Werke von 1952 bis Ende 1960.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Polen

Bibliografija teoriskih radova iz oblasti političke ekonomije socijalizma, planiranja i ekonomske politike u poljskoj literaturi za period januar 1956—septembar 1958 g. In: Poljski ekonomisti o problemima socijalističke privrede. Beograd 1960. S. 473—499 [Bibliographie der theoretischen Arbeiten aus dem Gebiet der politischen Ökonomie des Sozialismus, der Planung und Wirtschaftspolitik in der polnischen Literatur für die Periode Januar 1956 bis September 1958] (Ekonomska biblioteka 12).

Obzor pol'skoj ėkonomičeskoj literatury. Warszawa 1964—1965 [Übersicht über die polnische wirtschaftswissenschaftliche Literatur].
Die Zeitschrift bringt laufend auch die Titel zu Fragen der Reproduktion und Akkumulation in der polnischen Wirtschaft. Seit 1966 bildet sie einen Teil von „Obzor pol'skoj techničeskoj literatury", die das polnische „Zentralinstitut für wissenschaftlich-technische Informationen" herausgibt. Die wichtigsten Bearbeiter für die bibliographische Aufbereitung der ökonomischen Probleme blieben die gleichen.

Polish economic periodicals. In: Polish economic survey. (1962) 5 S. 24—26.
Die Bibliographie führt die zentralen wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschriften auf. Die meisten dieser Periodika berichten laufend über die wichtigsten Neuerscheinungen in Polen und bringen Auswahlen von Zeitschriftenaufsätzen.

Prace autorów polskich na tematy ekonomiczne. Warszawa 1966. 36 S. [Arbeiten polnischer Autoren zu wirtschaftswissenschaftlichen Themen] (Prace ośrodka informacij finansowej).

Przeglad bibliograficzny piśmiennictwa ekonomicznego. Warszawa 1947 ff. [Bibliographische Übersicht des wirtschaftswissenschaftlichen Schrifttums].
Die laufende Bibliographie erscheint ununterbrochen seit 1947. Sie wird von der Planungsbehörde und anderen offiziellen Stellen der Wirtschaft herausgegeben bzw. gefördert. Die verzeichneten Publikationen sind annotiert; die Bibliographie enthält außerdem laufend Spezialbibliographien zu aktuellen Fragen der polnischen Wirtschaft. Es werden ausschließlich in Polen erschienene Veröffentlichungen gebracht.

Zajda, Zbigniew: Teorią wzrostu ekonomicznego w gospodarce socjalistycznej. In: Przegląd bibliografyczny pismiennistwa ekonomicznego. 18 (1964) 1 S. 1—3 [Die Theorie des Wirtschaftswachstums in der sozialistischen Wirtschaft].
Das kurze, aber gründlich selektierte Titelverzeichnis bringt theoretisches Schrifttum über das Wirtschaftswachstum innerhalb des gesamten sozialistischen Lagers und Polens. Es überwiegen polnische Verfasser.

Tschechoslowakei

Bibliografie ekonomické literatury. Praha, Bratislava 1961 ff. [Bibliographie der ökonomischen Literatur].
Die laufende, von den wirtschaftswissenschaftlichen Zentralbüchereien in Prag und Preßburg herausgegebene Bibliographie veröffentlicht die Titel einschlägiger selbständiger Publikationen und von Beiträgen in Zeitschriften auf internationaler Ebene. Sehr vollständig sind die wirtschaftswissenschaftlichen Publikationen in tschechischer und slowakischer Sprache erfaßt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bibliografie k otźkám řizení národního hospodářství a podniku. Výber literatúry. Praha 1964. IX, 42 S. [Bibliographie zu Problemen der Leitung der Volkswirtschaft und des Betriebs. Ausgewählte Literatur].

Kozelek, K.: Ekonomická literature ČSSR 1948—1961. Bratislava 1962. 109 S. [Wirtschaftswissenschaftliche Literatur der ČSSR 1948—1961].

Podzimek, Jaroslav: Literatura o řizeni. Výběrový prehled. Praha 1966. 1. Bd. 178 S. 2. Bd. 242 S. [Literatur über die Leitung. Eine Übersicht in Auswahl].

Selected bibliography in political economy since 1959. Czech and Slovak authors. Praha 1962. 74 S.
Die im Ökonomischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Ota Šik zusammengestellte Bibliographie bringt selbständige Veröffentlichungen und Beiträge in Zeitschriften und Sammelwerken, die nach dem Prinzip der späteren Modellierung der tschechoslowakischen Wirtschaft ausgewählt sind und deshalb Probleme des wirtschaftlichen Wachstums, vor allem in der Tschechoslowakei, besonders berücksichtigen.

Specializace, kooperace a koncentrace výroby. Praha 1963. 30 S. [Spezialisation, Kooperation und Konzentration der Produktion].
Die von der technischen Zentralbibliothek in Prag herausgegebene Bibliographie bringt Bücher und Beiträge aus Zeitschriften, die sich mit aktuellen Problemen der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik und auch mit Fragen der Schwierigkeiten und Möglichkeiten der Wirtschaftsentwicklung in der Tschechoslowakei beschäftigen.

Ungarn

Boér, Andrásné, Tamás *Földi,* Miklós *Kolos:* A népgazdaság tervszerü irányitásának tökéletesítése. Szakbibliográfia. Budapest 1961. 166 S. [Die Vervollkommnung der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft. Fachbibliographie]. (Idöszerü gasdaság kérdések irodalma 7/8).

Bóna, Józsefné, Ernöné *Huszár,* Miklós *Kolos:* A szocialista gazdaságirányítási rendszer tökéletesítése. Szakbibliográfia. Budapest 1966. XV, 372 S. [Die Verbesserung des Leitungssystems der Volkswirtschaft unter dem Sozialismus. Fachbibliographie] (Idöszerü gazdasági kérdések irodalma 14, 15).

Dobos, Rózsa: Magyar közgazdasági müvek 1957—1959. Bibliográfia. Budapest 1960. 53 S. [Ungarische Wirtschaftsbibliographie 1957—1959].

Földi, Tamás: A magyar közgazdasági szakirodalom két évtizede. In: Közgazdasági szemle. 12 (1965) S. 505—518 [Die ungarische sozialökonomische Fachliteratur aus den letzten beiden Jahrzehnten].

Szakirodalmi tájekoztató. In: Közgazdasági szemle. 1954 ff. [Übersicht über die ökonomische Literatur].

Tervgazdasági, statisztikai és számviteli bibliográfia. Budapest. 1945—1953. [Bibliographie der Planwirtschaft, der Statistik und der Rechnungsführung].

Gesamtheit der europäischen Mitgliedstaaten des RGW
Veröffentlichungen außerhalb der RGW-Länder

Bettelheim, Charles: Planification et croissance accélérée. Recueil d'articles et d'études inédites. Paris 1964. 213 S. (Economie et socialisme 1).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bissing, Wilhelm Moritz von: Theorie der sozialistischen (sowjetischen) Wirtschaft. In: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China. Bd. 1. Berlin 1961. S. 1—76 (Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, N.F. 23).

Boettcher, Erik: Die zentrale Planung sowjetischen Typs im Wandel. In: Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von Heute. Berlin 1967. S. 458—476 (Schriften des Vereins für Socialpolitik, F. N. 45).

Brus, Wlodzimierz, and Kazimierz *Laski:* Problems in the theory of growth under socialism. In: Problems of economic development. London, New York 1965. S. 21—54.

Csikós-Nagy, Béla: Wirtschaftsreformen in den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe im Spiegel ungarischer Diskussionen. In: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. 87 (1967) S. 293—326.

Egervary, Tibor: Zusammenhänge der Preispolitik und des Wirtschaftswachstums in der krisenfreien Wirtschaft des Sozialismus der Volksdemokratien. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 121 (1965) S. 157—168.

Eisendrath, Ernst: Das Brutto- und Nettoprinzip in der westlichen und östlichen Wirtschaftsforschung. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung. (1964) S. 191—211.

Foreign trade and economic development in Eastern Europe and the Soviet Union. In: Economic bulletin for Europe. 11 (1959) S. 39—76.

Goldmann, Josef: Fluctuations and trend in the rate of economic growth in some socialist countries. In: Economics of planning. 4 (1964) 2 S. 88—98.

Gottinger, Hans-Werner: Zur Theorie dezentralisierter Planungssysteme. In: Osteuropa-Wirtschaft. 12 (1967) S. 116—129.

Gross, Hermann: Wirtschaftssysteme und Wirtschaftspolitik der südosteuropäischen Staaten. In: Südosteuropa-Jahrbuch. 7 (1966) S. 1—14.

Grossman, Gregory: Economic systems. Englewood Cliffs/N. J. 1967. VIII, 120 S. (Foundation of modern economist series).

Harvey, Curtis E.: Vertical and horizontal integration in East Europe. In: Osteuropa-Wirtschaft. 13 (1968) S. 108—122.

Jacoby, Neil H. and James E. *Howell:* European economics East and West. Convergence of five countries and the United States. Cleveland, New York 1967. XIII, 114 S. (World Series in Economics).

Kaser, Michael Charles: The East European economic reforms and foreign trade. In: The World Today. 23 (1967) S. 512—522.

Kemler, Michèle: Le Comecon, organisme de développement économique des pays de l'est. In: Soavi, Kemler: Problèmes d'organisation économique européenne. Paris 1966. S. 83—128 (Travaux et recherches de la Faculté de droit et des sciences économiques de Paris 1).

Kneschaurek, Francesco: Wirtschaftliches Wachstum in Ost und West, ein Vergleich. In: Außenwirtschaft. 18 (1963) S. 119—148.

Marczewski, Jan: Planification et croissance économique des démocraties populaires. Bd. 1, 2. Paris 1956. 572 S. (Bibliothèque de la science économique).

Masnata, Albert: Structures sociales et croissance économique sous les régimes socialistes-collektivistes. In: Revue d'économie politique. 68 (1958) S. 405—432.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Montias, John Michael: Inflation and growth. The experience of Eastern Europe. In: Inflation and growth in Latin America. Homewood/Ill. 1964. S. 216—250 (Publications of the Economic Growth Center, Yale University).

Notkin, A. I.: Development rates and the optimum of production accumulation and consumption in socialist countries. In: Problems of economics. 7 (1965) 12 S. 21—34.

Planning and statistics in socialist countries. London, Calcutta 1963. VI, 256 S. (Indian statistical series 19).

Plotnikov, Kiril Nikanorovich: Factors influencing the economic development of socialist countries. In: Problems in economic development. London, New York 1965. S. 55—74.

Politique et moyens employés par les finances publiques en vue de la régularisation et de la croissance harmonieuse de lé'conomie. La Haye 1966. XVII, 362 S. (Travaux de l'Institut international des finances publiques).

Réflexions sur la croissance. In: Etudes et conjoncture. 13 (1958) S. 987—1104.

La réforme économique dans l'Europe de l'est. Paris 1967. 224 S. (Economies et sociétés 3).

Roel Pineda, Virgilio: La planificación económica. Lima 1963. 268 S.

The role of public enterprises in the formulation and implementation of development plans in centrally planned economies. New York 1967. V, 68 S. (United Nations Publication 67.II.5).

Simon, Claude: La planification en U.R.S.S. et en Europe orientale: Difficultés des plans 1980. In: Etudes et conjoncture. 19 (1964) S. 48—64.

Spulber, Nicolas: Changes in the economic structure of the Balkans, 1860—1960. in: The Balkans in transition. Berkeley, Los Angeles 1963. S. 346—375 (Russian and East European Studies).

— Economic modernization. In: The United States and Eastern Europe. Englewood Cliffs/N.J. 1967. S. 57—80.

— The role of the state in economic growth in Eastern Europe since 1860. In: The state and economic growth. New York 1959. S. 255—286.

— The state and economic development in Eastern Europe. New York 1966. XII, 179 S.

Stolte, Stefan C.: Features of Soviet-bloc economic development. In: Bulletin. Institut for the Study of the USSR. 15 (1968) 5, S. 3—13.

Surány-Unger, Theo: Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum in Südosteuropa. In: Der Donauraum. 6 (1961) S. 249—268.

— Budget- und Wirtschaftsentwicklung in Südosteuropa. In: Der Donauraum. 8 (1963) S. 140—154.

— Grundprobleme der südosteuropäischen Planwirtschaft. In: Der Donauraum. 11 (1966) S. 1—22.

— Zur Gesamtperspektive des östlichen Wirtschaftswachstums. In: Methoden und Probleme der Wirtschaftspolitik. Berlin 1964. S. 233—246.

— Studien zum Wirtschaftswachstum Südosteuropas. Stuttgart 1964. VII, 216 S.

Thalheim, Karl C.: Die langfristige Entwicklungsplanung in den kommunistischen Donaustaaten. In: Der Donauraum. 7 (1962) S. 115—131.

— Die Rolle der südosteuropäischen Länder in der Wirtschaftsintegration des Ostblocks. In: Südosteuropa-Jahrbuch. 2 (1958) S. 81—97.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— Das Wirtschaftswachstum in den Donaustaaten unter dem Einfluß von Zentralplanung und Ostblockintegration. In: Der Donauraum. 10 (1965) S. 16—29.

Wachstumsschwierigkeiten der Ostblockwirtschaft und der Wettbewerb mit dem Westen. In: Osteuropa-Wirtschaft. 7 (1962) S. 173—182.

Wellisz, Stanislaw H.: The economies of the Soviet Bloc. A study of decision making and resource allocation. New York, London 1964. VI, 245 S.

Wessely, Kurt: Der Durchbruch der Wirtschaftsreformen im Osten. In: Östereichische Osthefte. 8 (1966) S. 483—491.

— Wirtschaftsziele und Plankoordinierung im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. In: Österreichische Osthefte. 9 (1967) S. 387—401.

Wirtschaftsreformen in Osteuropa. Hrsg. von Karl C. Thalheim und H. H. Höhmann. Köln 1968. 309 S.

Wittmann, Walter: Einige Aspekte der Investitionsforcierung der Oststaaten. In: Wirtschaftsfragen in und zwischen Ost und West. Düsseldorf, Wien 1966. S. 98—114.

Wszelaki, Jan: Economic developments in East-Central Europe, 1954—1959. In: Orbis. 4 (1961) S. 422—451.

Zauberman, Alfred: Industrial progress in Poland, Czechoslovakia, and East Germany 1937—1962. London, New York 1964. XIV, 338 S.

Zotschew, Theodor: Der Investitionsmittelbedarf der Ostblockstaaten und die einschlägigen Industrien in Mittel- und Westeuropa. In: Österreichische Osthefte. 2 (1960) S. 174—187.

Veröffentlichungen aus den RGW-Ländern und Jugoslawien

Alampiev, P., N. *Stolpov,* A. *Telefus:* Razvitie ėkonomiki stran socializma. In: Voprosy ėkonomiki. (1966) 7 S. 111—121 [Die Entwicklung der Wirtschaft der Länder des Sozialismus].

Alekseev, A. i Ju. Širjaev: Voprosy sbliženija ėkonomičeskich urovnej stran socializma. In: Meždunarodnaja žizn'. 13 (1966) 4 S. 10—18 [Fragen der Annäherung der Wirtschaftsniveaus der Länder des Sozialismus].

Al'ter, Lev B.: Metodologičeskie problemy teorii ekonomičeskogo rosta. In: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenij. (1966) 10, 12 S. 17—28, 78—88 [Methodologische Probleme der Theorie des Wirtschaftswachstums].

Andorka, Rudolf: A szocialista növekedéselmélet fejlődése. In: Közgazdasági szemle. 10 (1963) S. 720—731 [Die Entwicklung der sozialistischen Theorie des Wachstums].

Anghel, Josif: Beiträge zu einem marxistischen Modell des instabilen Wirtschaftswachstums. In: Probleme der modernen bürgerlichen Ökonomie. 1. Berlin 1966. S. 13—46 (Wirtschaftswissenschaftliche Informationen 51, 52).

Arsić, Draginja: O nekim problemima ekonomskog razvoja i saradnje u okviru SEV-a. In: Medjunarodni problemi. 18 (1966) S. 9—35 [Über einige Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung und Zusammenarbeit im RGW-Bereich].

Bálek, A., B. *Havelková,* D. *Titéra:* Země socialistické soustavy. Statistický přehled. Praha 1961. 228 S. [Die Länder des sozialistischen Systems. Statistische Übersicht].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bautina, Ninel' Vladimirova: Ekonomičeskie problemy razvitija mirovoj sistemy socializma. Moskva 1967. 167 S. [Ökonomische Probleme der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems].

Bečin, A.: Kategorii vosproizvodstva i metodologija ėkonomičeskogo analiza. In: Voprosy ėkonomiki. (1964) 2 S. 109—122. [Die Kategorien der Reproduktion und die Methodologie der ökonomischen Analyse].

Beljaev, Jurij Nikolaevič: Nekotorye problemy sbliženija urovnej ėkonomičeskovo razvitija socialističeskich stran (Na primere stran- členov SĖV). In: Voprosy ėkonomiki. (1967) 7 S. 84—93 [Einige Probleme der Annäherung des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus der sozialistischen Länder (Am Beispiel der Mitgliedsländer des RGW)].

Belajev, Jurij Nikolaevič: Sbliženie urovnej ėkonomičeskogo razvitija socialističeskich stran. Očerk teorii. Moskva 1967. 268 S. [Die Annäherung des ökonomischen Entwicklungsstandes der sozialistischen Länder. Ein Beitrag zur Theorie].

Beljajew, J.: Über die Annäherung des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes der europäischen RGW-Länder. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. (1968) 1 S. 52—61.

Beljaev, Jurij Nikolaevič i Ljubov' Stefanova Semenova: Strany SĖV v mirovoj ėkonomike. Moskva 1967. 187 S. [Die RGW-Länder in der Weltwirtschaft].

Bodnar, Artur: Gospodarka europejskich krajów socjalistycznych. Zarys rozwoju w latach 1950—1970. Warszawa 1962. 390 S. [Die Wirtschaft der europäischen sozialistischen Länder. Übersicht der Entwicklung 1950—1970].

— Quelques problèmes du développement à long terme. In: Annuaire polonais des affaires internationales. (1963) S. 24—38.

Bogomolov, Oleg Timofeevic: Metodologičeskie voprosy koordinacii planov stran SĖV. In: Voprosy ekonomiki. (1968) 2 S. 63—75 [Methodologische Fragen der Koordinierung der Pläne der Länder des RGW].

Bondarenko, Evgenija Lavrent'evna: Nekotorye voprosy sbliženija ėkonomičeskich urovnej stran- členov SEV. In: Vestnik Moskovskogo universiteta. Serija 7. Ekonomika. 21 (1966) 4 S. 57—67 [Einige Fragen der Annäherung der ökonomischen Niveaus der Mitgliedsländer des RGW].

Branković, Slobodan: Osnovna obeležja privrednog sistema i karakter promena u istočnoevropskim socijalističkim zemljama. Beograd 1965. 6, 123 S. [Die Hauptmerkmale des Wirtschaftssystems und die Eigenart der Wandlung in den osteuropäischen sozialistischen Ländern].

Brauer, Rudolf und Willi *Kunz:* Über die komplexe Entwicklung der Volkswirtschaft der sozialistischen Länder. In: Wirtschaftswissenschaft. 9 (1961) S. 1009—1025.

Cipek, Karel: Ekonomické formy řízení v evropkých socialistických zemích. Praha 1966. 109 S. [Die Formen der Wirtschaftslenkung in den europäischen sozialistischen Ländern] (Za vyšší úroveň plánovitého řízení 21).

Dovgan', Leontij Ivanovič: O tempach rosta dvuch podrazdelenij obščestvennogo proizvodstvo. Moskva 1965. 78 S. [Über die Wachstumstempi der beiden Unterabteilungen der gesellschaftlichen Produktion].

Dudinskij, Il'ja Vladimirović: Mirovaja sistema socializma i zakonomernosti eë razvitija. Moskva 1961. 292 S. [Das Weltsystem des Sozalismus und die Gesetzmäßigkeit seiner Entwicklung].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— Rost ėkonomiki mirovoj sistemy socializma. In: Voprosy ėkonomiki. (1962) 5 S. 86—97 [Das Wirtschaftswachstum des Weltsystems des Sozialismus].

— Wege zur Erhöhung der Wirksamkeit der Produktion in den RGW-Ländern. In: Deutsche Außenpolitik. 9 (1964) S. 1118—1126.

Faktory povyšenija effektivnosti proizvodstva v mirovoj socialističeskoj sisteme (Na primere stran-členov SEV). Pod red. I.V. Dudinskogo. Moskva 1965. 245 S. [Faktoren der Erhöhung des Nutzeffektes der Produktion im sozialistischen Weltsystem (Am Beispiel der Mitgliedsländer des RGW)].

Fikus, Dariusz: Dynamika rozwoju gospodarczego krajów socjalistycznych. In: Sprawy międzynarodowe. 19 (1966) 5 S. 74—83 [Die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik der sozialistischen Länder].

Goldmann, Josef: Tempo rozwoju i okresowe vahania w ekonomice niektórych krajów socjalistycznych. In: Gospodarka planowa. 20 (1965) 4 S. 49—56 [Wachstumsrate und Zyklen in der Wirtschaft einiger sozialistischer Länder].

— Tempo rustu v některých socialistických zemích a model rízení národního hospodářství. In: Plánované hospodářství. 17 (1964) 11 S. 11—27 [Die Wachstumsrate in einigen sozialistischen Ländern und ein Modell der Leitung der Volkswirtschaft].

Gorbačev, Boris Vasil'evic: Mirovaja sistema socializma. Uspechi, problemy i tendencii sovremennogo étapa. Moskva 1966. 112 S. [Das sozialistische Weltsystem. Erfolge, Probleme und Tendenzen in der Gegenwartsetappe].

Háy, László: Megjegyzések a gazdasági kiegyenlítödés kérdéséhez. In: Közgazdasági szemle. 11 (1964) S. 781—789 [Einige Erläuterungen zur Frage des wirtschaftlichen Niveauausgleichs].

Huber, Gerhard: Bestimmung des ökonomischen Entwicklungsniveaus eines sozialistischen Landes. In: Wirtschaftswissenschaft. 11 (1963) S. 544—561.

Iskra, Wieslaw: Czynniki rozwoju przemyslowego krajów socjalistycznych (model ponówanán międzynarodowych). In: Ekonomista. (1965) S. 326—347 [Faktoren des industriellen Wachstums in sozialistischen Ländern (ein internationales Vergleichsmodell)].

— Rozwój przemyslowy RWPG. Warszawa 1967. 470 S. [Die industrielle Entwicklung der Länder des RGW].

Jufereva, E.: Ispol'zovanie gosudarstvenno-kapitalističeskich form v ėkonomike evropejskich socialističeskich stran. In: Ekonomičeskie nauki. 11 (1968) 4, S. 61—67 [Die Nutzung staatskapitalistischer Formen in der Wirtschaft europäischer sozialistischer Länder].

Kalecki, Michael: Determinante stope rasta u socijalističkoj ekonomiji. In: Medjunarodni problemi. 12 (1962) S. 165—170 [Die Determinanten der Wachstumsraten in einer sozialistischen Wirtschaft].

— Pitanja tempa rasta socijalističke privrede. In: Poljski ekonomisti o problemima socialističke privrede. In: Poljski ekonomisti o problemima socijalističke privrede. Beograd 1960. S. 71—108 [Fragen des Wachstumstempos der sozialistischen Wirtschaft] (Ekonomska Biblioteka 12).

— Vállalatvezetés, tervezés, gazdasági nöekedés. Budapest 1966. 203 S. [Leitung von Unternehmen. Planung, wirtschaftliches Wachstum].

— Zarys teorii wzrostu gospodarki socjalistycznej. Wyd. 2. Warszawa 1968. 140 S. [Abriß der Wachstumstheorie einer sozialistischen Wirtschaft].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kierlánzyk, Józef i Bronislaw Minc: Ogólny model wzrostu ekonomicznego. In: Ekonomista. (1968) S. 259—286 [Ein allgemeines Modell zum Wirtschaftswachstum].

Kleer, Jerzy: Podstawowe kierunki reform gospodarczych w krajach socjalistycznych. In: Socjalizm-kapitalizm. Aktualne problemy ekonomiczne. Warszawa 1967. S. 7—51 [Grundtendenzen der Wirtschaftsreformen in den sozialistischen Ländern].

Köhler, Johann: Gleichgewichtsbedingungen im Reproduktionsprozeß. In: Wirtschaftswissenschaft. 11 (1963) S. 562—579.

Kohlmey, Gunther: Zielfunktionen des sozialistischen Wirtschaftens. Berlin 1966. 24 S. (Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. 1966.4).

— Nationale Produktivität — dynamische Produktionen — internationale Arbeitsteilung. Berlin 1965. 167 S.

Kolár, Jaromir: Methodologische Probleme des Vergleichs von Wertkennziffern der ökonomischen Entwicklung sozialistischer Länder. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. (1965) S. 932—944.

Kotyk, Václav: Světová socialistická soustavy. Praha 1967. 332 S. [Das sozialistische Weltsystem].

Krause, Werner: Das Entwicklungstempo der sozialistischen Länder im ökonomischen Wettbewerb der beiden Weltsysteme. Berlin 1960. 216 S. (Schriftenreihe Sozialistische Weltwirtschaft 1).

— Probleme des Entwicklungstempos der Wirtschaft der sozialistischen Länder im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus. In: Wissenschaftliche Veröffentlichungen aus den Fakultäten für Ingenieurökonomie, Berufspädagogik und Kulturwissenschaften sowie dem Institut für Gesellschaftswissenschaften der T.H. Dresden. 1959/60. S. 551—596.

Kunz, Willi: Die Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus der sozialistischen Länder und die Errichtung der materiellen Produktionsbasis des Kommunismus. In: Wirtschaftswissenschaft. 10 (1962) S. 169—186.

Lange, Oskar: Teoria reprodukcji i akumulacji. Warszawa 1961. 217 S. [Die Theorie der Reproduktion und Akkumulation].

Laski, Kasimierz: Zarys teorii reprodukcji socjalistycznej. Warszawa 1965. 574 S. [Abriß der Theorie der sozialistischen Reproduktion].

— Z zagadnień wzrostu gospodarczego krajow socjalistycznych stran. In: Nowe drogi. 22 (1968) S. 85—93 [Aus der Problematik des Wirtschaftswachstums sozialistischer Länder].

Lipták, Július: Význam polnohospodárstva pri postupnom vyrovnávaní ekonomickej úrovne europských socialistických krajín. In: Politická ekonomie. 11 (1963) S. 44—53 [Die Bedeutung der Landwirtschaft bei der graduellen Angleichung des ökonomischen Niveaus der europäischen sozialistischen Länder].

Lukaszewicz, Aleksander: Przyspieszony wzrost gospodarki socjalistycznej w związku z teorią G. Feldmana. Warszawa 1965. 315 S. [Das beschleunigte Wachstum im Zusammenhang mit der Theorie von G. Feldman].

Maier, Harry: Über die Modell-Gesetz-Relation bei der Analyse ökonomischer Wachstumsprozesse. In: Wirtschaftswissenschaft. 16 (1968) S. 201—216.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mateev, Evgeni: Perspektivno planirane. Međuotraslovi vrŭzki i techničeski koeficienti. Sofija 1963. 417 S. [Die Perspektivplanung. Verflechtungsbeziehungen und technische Koeffizienten].

Material'no — techničeskaja baza stran socializma. Moskva 1967. 290 S. [Die material-technische Basis der Länder des Sozialismus].

Meier, Rudi und Hans *Schilar:* Objektiv bedingte Bewertungen (Schattenpreise) und Volkswirtschaftsmodelle. In: Wirtschaftswissenschaft. 15 (1967) S. 1305—1322.

Mervart, Josef: Bedeutung und Methoden der Ermittlung des ökonomischen Niveaus der verschiedenen Länder. In: Probleme der Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus sozialistischer Länder. Berlin 1963. S. 55—79 (Wirtschaftswissenschaftliche Informationen 36).

— Čestmír Konečný: Ekonomicky rozvoj socialistických zemí. Praha 1963. 324 S. [Die Wirtschaftsentwicklung der sozialistischen Länder].

Minc, Bronislaw: Problem nierównomierności wzrostu w gospodarce socjalistycznej. In: Ekonomista. (1962) S. 499—508 [Das Problem des ungleichmäßigen Wachstums in der sozialistischen Wirtschaft].

Mišić, Dimitrije: Investicije i privredni razvoj. Beograd 1960. VIII, 267 S. [Investitionen und Wirtschaftsentwicklung] (Ekonomska bibliotheka „Socijalističaka privreda").

Müller, Eva: Die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Proportion zwischen der Größe des Gesamtprodukts der beiden Abteilungen in der gesellschaftlichen Produktion. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. 13 (1964) S. 445—460.

Müller, Eva-Maria: Die Proportionen zwischen der Größe der Anlagefonds der Produktionszweige, ihre Erfassung und Veränderung im Prozeß der erweiterten sozialistischen Reproduktion. Leipzig 1963. IV, 276, 10 S.

Nikiforov, Veselin: Ikonomičeskijat rastež i njakoi aspekti na problemata za maksimuma, optimuma i minimuma pri narodnostopanskoto planirane. In: Ikonomičeska misŭl. 10 (1965) 3 S. 3—23 [Das Wirtschaftswachstum und einige Aspekte des Problems des Maximum, des Optimum und des Minimum bei der volkswirtschaftlichen Planung].

Notkin, A. I.: Metodologičeskie voprosy prognozirovanija rasširennogo vosproizvodstva. In: Voprosy ėkonomiki. (1968) 2 S. 3—15 [Methodologische Fragen der Prognose der erweiterten Reproduktion].

Novozámsky, Jiří: Ke vztahu ekonomické úrovne, výrobní struktury a problému surovin ve zemích RVHP. In: Politická ekonomie. 14 (1966) S. 730—738 [Zum Verhältnis von ökonomischem Niveau, Produktionsstruktur und Rohstoffproblem in den RGW-Ländern].

— Vyrovnávání ekonomické úrovně zemí RVHP. Praha 1964. 172 S. [Die Angleichung des wirtschaftlichen Niveaus der Länder des RGW].

Ökonomische Modelle. Grundfragen des Modellierens, kybernetische und mathematische Probleme, Aufbau und Anwendung volkswirtschaftlicher Modelle. 1. Teil des Protokolls vom „Internationalen Wissenschaftlichen Seminar zu Fragen der Optimierung und Verflechtungsbilanzen" in Berlin vom 5. bis 10. 4. 1965. Für den Inhalt verantw. Johannes Rudolph u. Gerhard Köhler. Berlin 1967. 414 S. (Planung und Leitung der Volkswirtschaft 11).

Ogorodnik, S. Ja.: Problemi na tempovete za razvitieto na socialističeskoto proizvodstvo. In: Izvestija na Visšija institut za narodno stopanstvo „Di-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mitŭr Blagoev". (1967) S. 7—18 [Probleme des Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion].

Oleinik, I. und E. *Rajewskaja:* Methodologische Probleme des Angleichens der wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus der sozialistischen Länder. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. (1964) S. 1258 bis 1269.

Orban, V.: Cîteva probleme ale reproducţiei largite. In: Studii de statistica. Bucureşti 1964. S. 151—158 [Einige Probleme der erweiterten Reproduktion].

Osmova, M. N.: O sbliženii urovnej ėkonomičeskogo razvitija stran socialističeskogo sudružestva. In: Vestnik Moskovskogo universiteta. Serija 8. Ekonomika, filosofija. 17 (1962) 5 S. 3—16 [Über die Annäherung des Niveaus der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder der sozialistischen Gemeinschaft].

Planirovanie v europejskich stranach socializma. Pod red. B. P. Mirošnicenko i dr. Moskva 1962. 279 S. [Die Planung in den europäischen Ländern des Sozialismus].

Platzer, Rudolf: Die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne der Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. In: Neue Richtungen in der tschechoslowakischen Ökonomie. 3 (1968) S. 30—54.

Pokazateli ėkonomičeskogo razvitija socialističeskich stran. Metodologija sopostavlenija i analiza. Pod red. T. V. Rjabuškina. Moskva 1966. 318 S. [Kennziffern der Wirtschaftsentwicklung der sozialistischen Länder. Methodologie des Vergleichs und der Analyse].

Pomanzov, Stepan Ivanovič: Kompleksnoe razvitie narodnogo chozjajstvo stranach socializma. Moskva 1966. 230 S. [Die komplexe Entwicklung der Volkswirtschaft in den Ländern des Sozialismus].

Popper, Armand: Noi poziţii ale economiştilor burghezi faţa de ritmul de dezvoltare a celor două sistema mondiale. In: Probleme economice. 16 (1963) S. 105—120 [Neue Stellungnahmen bürgerlicher Ökonomen zum Entwicklungsrhythmus der beiden Weltsysteme].

Pytannja socialistyčnoho rozšyrenoho vidtvorennja. Kyiv 1965. 111 S. [Probleme der erweiterten sozialistischen Reproduktion] (Pytannja politycnoi ekonomii).

Rachmuth, Ion: Importanţa ritmurilor de dezvoltare pentru egalizarea nivelurilor economice ale ţărilor socialiste. In: Probleme economice. 16 (1963) 7 S. 3—13 [Die Bedeutung des Entwicklungsrhythmus' für den ökonomischen Niveauausgleich der sozialistischen Länder].

— Unele aspecte ale problemei egalizarii nivelurilor economice ale ţarilor socialiste. In: Probleme economice. 17 (1964) 4 S. 12—23 [Einige Problemaspekte der Angleichung des wirtschaftlichen Niveaus der sozialistischen Länder].

Raevskaja, E. S.: Vyravnivanie urovnej ėkonomiceskogo razvitija socialističeskich stran. In: Ekonomičeskie nauki. 10 (1967) 3 S. 12—21. [Die Angleichung des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus der sozialistischen Länder].

Razvitie ėkonomiki stran narodnoj demokratii. Obzor za 1957 goda. Pod red. N. T. Ivanova i dr. Moskva 1958. 610 S. [Die Entwicklung der Länder der Volksdemokratie. Übersicht über das Jahr 1957].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Razvitie ekonomiki stran narodnoj demokratii. Pod red. M. I. Sladovskogo i dr. Obzor za 1958 goda. Moskva 1959. 358 S. [Die Entwicklung der Wirtschaft der Länder der Volksdemokratie. Übersicht für das Jahr 1958].

Razvitie ekonomiki stran narodnoj demokratii. Obzor za 1959 god. Pod red. N. I. Ivanova i dr. Moskva 1960. 305 S. [Die Entwicklung der Wirtschaft der Länder der Volksdemokratie. Übersicht für das Jahr 1959].

Reichenberg, Rudolf: Thesen zu einigen Fragen des Systems der ökonomischen Wachstumsfaktoren im Sozialismus. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie. 12 (1967) S. 5—14.

— Zur Diskussion über das Gesetz der vorrangigen Entwicklung der Produktionsmittelproduktion im Sozialismus. In: Wirtschaftswissenschaft. 15 (1967) S. 1775—1786.

Rjabuškin, Timon Vasil'evič: Izmenenie struktury narodnogo chozjajstva sozialističeskich stran. In: Stroitel'stvo kommunizma v SSSR i sotrudničestvo socialističeskich stran. Moskva 1962. S. 73—95 [Der Wandel der Volkswirtschaftsstruktur der sozialistischen Länder].

— i R. *Galeckaja:* Uspechi ėkonomiki socialističeskich stran. In: Vestnik statistiki. (1967) 10 S. 48—58 [Die Wirtschaftserfolge der sozialistischen Länder].

— Tempy i proporcii razvitija narodnogo chozjajstva socialističeskich stran. Moskva 1966. 162 S. [Die Tempi und Proportionen der Volkswirtschaftsentwicklung der sozialistischen Länder].

Rudolph, Johannes: Ein Makromodell für die Berechnung von Optimalplänen. In: Wirtschaftswissenschaft. 14 (1966) S. 1322—1338.

Rutgajzer, Valerij Maksovič: Strukturnye sdvigi v ėkonomike evropejskich socialističeskich stran. Moskva 1967. 197 S. [Die Strukturwandlungen in der Wirtschaft der europäischen sozialistischen Länder].

Rybakov, O. K.: Vyravnivanie urovnej ėkonomiceskogo razvitija socialističeskich stran. In: Voprosy ėkonomiki. (1967) 1 S. 106—116 [Die Angleichung des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus der sozialistischen Länder].

Sadowski, Wladyslaw: Menjanje stope privrednog rasta. In: Poljski ekonomisti o problemima socijalističke privrede. Beograd 1960. S. 142—174 [Die Änderung der wirtschaftlichen Wachstumsrate] (Ekonomska biblioteka 12).

Šarenkov, Stefan: Planomernoto razvitie i koordinacijata na planovete meždu stranite-členki na SIV. In: Planovo stopanstvo i statistika. 22 (1967) 5 S. 15—25 [Planentwicklung und Plankoordinierung zwischen den Mitgliedsländern des RGW].

Šatalin, S. S.: O sootnošenii tempov rosta valovogo obščestvennogo produkta i nacional'nogo dochoda. In: Voprosy ėkonomiki. (1966) 1 S. 15—22 [Über das Verhältnis der Wachstumstempi von Bruttosozialprodukt und Nationaleinkommen].

Šnajder, S. S.: Razvitie chozjajstva v socialističeskich stranach Evropy, vchodjaščich v Sovet ėkonomičeskoj vzaimopomošci. In: Razvitie i razmeščenie chozjajstva SSSR i socialističeskich stran Evropy. Kirov 1963. S. 174—220 [Die Entwicklung der Wirtschaft in den sozialistischen Ländern Europas, die zu dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe gehören].

Sojka, Jozef: Všeobecná ekonomická ravnováha a nová sústava riadenia. In: Ekonomický časopis. 15 (1967) S. 777—795 [Das allgemeine ökonomische Gleichgewicht und das neue System des Managements].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sopostavlenie urovnej ėkonomičeskogo razvitija socialističeskich stran. Red. koll. Ja. Ja. Kotovskij i. dr. Moskva 1965. 295 S. [Vergleich des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus der sozialistischen Länder].

Sorokin, G. M.: Mirovoe socialističeskoe chozjajstvo, zakony razvitija, istoričeskie perspektivy. In: Kommunist. 42 (1966) 5 S. 81—91 [Die sozialistische Weltwirtschaft, Entwicklungsgesetze, historische Perspektiven].

— Osnovnye tendencii ėkonomičeskogo razvitija socialističeskich stran Evropy. In: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija. (1964) 6 S. 3—14 [Die Haupttendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung in den sozialistischen Ländern Europas].

Sorokin, G.: Planning in the U.S.S.R. Problems of theory and organisation. Transl. from the Russian by Don Danemanis. Moscow 1967. 355 S.

Steinitz, Klaus: Investitionen und Wachstumstempo der Produktion. In: Wirtschaftswissenschaft. 11 (1963) S. 12—32.

— Zum Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft. In: Wirtschaftswissenschaft. 9 (1961) S. 891—909.

Stojanović, Radmila: Teorija privrednog razvoja u socijalizmu. Beograd 1964. 358 S. [Die Theorie des Wirtschaftswachstums im Sozialismus].

Stoilov, Stefan: Faktoren und Kennziffern für den Niveauausgleich der ökonomischen Entwicklung der sozialistischen Länder. In: Probleme der Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus sozialistischer Länder. Berlin 1963. S. 28—54 (Wirtschaftswissenschaftliche Informationen 36).

— Natrupvaneto, negovata efektivnost i procesŭt na izravnjane na ikonomičeskite ravništa na socialističeskite strani. In: Ikonomiceska misŭl. 10 (1965) 8 S. 3—17 [Die Akkumulation, ihr Nutzeffekt und der Prozeß des Angleichs des ökonomischen Niveaus der sozialistischen Länder].

Stolpov, Nikolaj Dimitrievič i A. Telefus: Razvitie ėkonomiki socialističeskich stran. In: Voprosy ėkonomiki. (1967) 5 S. 102—112 [Die Wirtschaftsentwicklung der sozialistischen Länder].

Struck, Richard: Die Ermittlung des durchschnittlichen Wachstumstempos mit Hilfe der allgemeinen Mittelwertformel. In: Zur Anwendung statistischer Methoden. Leipzig 1963. S. 298—306.

Szakolczai, György: A beruházási struktúra és a növekedési ütem összefüggései. In: Közgazdasági szemle. 13 (1966) S. 1187—1205 [Der Zusammenhang von Investitionsstruktur und Wachstumsrate].

— The pattern of investment and the rate of growth. In: Acta oeconomica. 2 (1967) S. 189—211.

Tomala, Jerzy: Postęp techniczny i wzrost gospodarczy. In: Ekonomista. (1962) S. 66—87 [Technischer Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum].

Usievič, Marina Aleksandrovna i K. Mikul'sky: Tempy rosta mirovoj socialističeskoj ėkonomiki, problemy sovremennogo ėtapa. In: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija. (1967) 12 S. 79—88 [Wachstumsraten der sozialistischen Weltwirtschaft, Probleme der gegenwärtigen Etappe].

Utkin, Eduard A. i Ivan Dočev: Roljata na faktora vreme za izgraždane materialno-techničeskata baza na komunizma. Varna 1963. 83 S. [Die Rolle des Zeitfaktors beim Aufbau der materiell-technischen Basis des Kommunismus].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vasjunina, Ljudmila Andreevna: Naučno-techničeskij progress i ego vlijanie na struktura ėkonomiki stran socializma. In: Vestnik Moskovskogo universiteta. Serija 7. Ekonomika. 21 (1966) 6 S. 55—64 [Der wisenschaftlich-technische Fortschritt und sein Einfluß auf die Wirtschaftsstruktur der Länder des Sozialismus].

Verflechtungsbilanzen. Erfahrungen sozialistischer Länder bei ihrer Anwendung in Planung und Statistik. 2. Teil des Protokolls vom Internationalen wissenschaftlichen Seminar zu Fragen der Optimierung und Verflechtungsbilanzierung in Berlin 1965. Red. Johannes Rudolph und Gerhard Köhler. Berlin 1966. 308 S. (Planung und Leitung der Volkswirtschaft 12).

Vikent'ev, Aleksandr Isaevič i Boris Pantelejmonovič Mirošničenko: Ėkonomičeskie zakony socializma i planirovanie v stranach SĖV. Moskva 1967. 302 S. [Die ökonomischen Gesetze des Sozialismus und die Planung in den RGW-Ländern].

Volkov, N. i A. Netrusov: Strukturnye izmenenija v ėkonomike stran narodnoj demokratii. In: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija. (1962) 9 S. 5—16 [Die strukturellen Wandlungen in der Wirtschaft der Länder der Volksdemokratie].

Założenia rozwoju gospodarczego niektórych krajów socjalistycznych w latach 1959—1965. In: Gospodarka planowa. 15 (1960) 3 S. 42—49 [Die Voraussetzungen für die Wirtschaftsentwicklung einiger sozialistischer Länder 1959—1960].

Žamin, Vitalij Alekseevič: O vyravnivanii urovnej ėkonomičeskogo razvitija socialističeskich stran. Moskva 1962. 85 S. [Über die Angleichung der Entwicklung des Wirtschaftsniveaus der sozialistischen Länder].

Sowjetunion

Veröffentlichungen außerhalb der RGW-Länder

Aizsilnieks, Arnolds P.: Measuring Soviet economic progress. In: Bulletin. Institute for the Study of the USSR. 6 (1959) 7 S. 21—26.

Ames, Edward: Soviet economic processes. Homewood/Ill. 1965. 257 S. (The Irwin series of economics).

Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in der UdSSR. Auszüge aus dem Bericht des US-Zentralamtes für Nachrichten und Abwehr (CIA) über die Wirtschaftslage der Sowjetunion. Bonn 1964. 13 S.

Das Argument des Wirtschaftswachstums. Vergleich der Sowjetunion mit westlichen Industrieländern. Bearb.: Bert Kobusch. Köln 1959. 37 S. (Berichte zur Sozialpolitik 4).

Arzoumanian, A.: Les problèmes actuels du développement de l'économie soviétique. In: Economie et politique. (1964) 118/19 S. 77—97.

Aubrey, Henry G.: Soviet trade, price stability, and economic growth. In: Kyklos. 12 (1959) S. 290—299.

— Aus der sowjetischen Statistik: die Zunahmeraten. Bonn 1964. 6 S. (Der Aktuelle Osten. 10 (1964) 42).

Balassa, Bela: The dynamic efficiency of the Soviet economy. In: The American Economic Review. 54 (1964) S. 490—505.

Balinky, Alexander: Problems and issues in Soviet economic reform. In: Planning and the market in the U.S.S.R. The 1960's. New Brunswick/N.J. 1967. S. 3—42.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bergson, Abram: The economics of Soviet planning. New Haven, London 1964. XVII, 394 S. (Studies in comparative economics 5).

— Planning and productivity under Soviet socialism. New York, London 1968. 95 S. (Benjamin F. Fairless Memorial Lectures 1967).

— The real national income of Soviet Russia since 1928. Cambridge, Mass. 1961. XVI, 472 S.

— and Simon *Kuznets:* Economic Trends in the Soviet Union. Cambridge, Mass. 1963. 392 S.

Bernard, Jean: Investissements et strátegie économique en U.R.S.S. In: Revue économique. 12 (1961) S. 26—57.

Bernard, Philippe: La dynamique de la croissance de l'économie soviétique comparée à celle de l'économie capitaliste. In: Cahiers du monde russe et soviétique. (1961) S. 242—255.

Bernard, Philippe J.: Destin de la planification soviétique. Préf. de Claude Gruson. Paris 1963. 331 S. (Economie et civilisation. Economie et humanisme 8).

Boddy, Francis M.: Soviet economic growth. In: Soviet Union: Paradox and change. New York, London 1962. S. 62—89.

Böhme, Hans: Fünfzig Jahre sowjetischer Wirtschaftspolitik. Aspekte ihrer künftigen Entwicklung. In: Osteuropa. 18 (1968) S. 435—445.

Boettcher, Erik: Dezentralisierung der Planung und Rationalisierung der Industrieproduktion in der Sowjetunion. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. 3 (1958) S. 103—121.

— Die sowjetische Wirtschaftspolitik am Scheidewege. Tübingen 1959. XVI, 307 S. (Veröffentlichungen der Akademie für Gemeinwirtschaft).

Bor, Mikhail Z.: Aims and methods of Soviet planning. With introd. note by Maurice Dobb. London 1967. 225 S.

Bordaz, Robert: La nouvelle économie soviétique, 1953—1960. Paris 1960. 286 S. (Enquêtes et documents).

Bornstein, Morris: The role of economic growth. In: National security. New York 1963. S. 119—147 (Hoover Institution on War, Revolution and Peace publications).

Bowles, W. Donald: Soviet Russia as a model for underdeveloped countries. In: World Politics. 14 (1962) S. 483—504.

Braverman, Harry: The future of Russia. New York, London 1963. XIV, 175 S.

Brubaker, Earl R.: Embodied technology, the asymptotic behaviour of capital's age, and Soviet growth. In: The Review of Economics and Statistics. 50 (1968) S. 304—311.

Caire, Guy: La planification soviétique à la recherche de la rationalité. In: Revue économique. 14 (1963) S. 384—440.

Campbell, Robert W.: The growth of Soviet output. In: Slavic Review. 21 (1962) S. 520—526.

— The post-war growth of the Soviet economy. In: Soviet Studies. 16 (1964) S. 1—16.

— Soviet economic power. Its organization, growth, and challenge. London, Melbourne 1967. XII, 184 S. (Houghton Mifflin Adviser in Economics).

— Le svolte dell'economia sovietica. In: L'Est. (1965). 3 S. 77—98.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Carrillo Batalla, Tomás *Enrique:* El presupuesto sovietico como instrumento de planificación y desarrollo económico. Caracas 1962. 140 S.

Chambre, Henri: Union Soviétique et développement économique. Préf. par Francois Perroux. Paris 1967. 430 S. (Collection recherches économiques et sociales).

The changing Soviet policy, 1930—1964. In: Holt, Robert T., and John E. Turner: The political basis of economic development. An exploration in comparative political analysis. Princeton/N.J. 1966. S. 343—406 (New perspectives in political science series).

Clairmonte, Frederick F.: Techniques of economic mobilization in the Soviet Seven Year Plan. In: The Asian Economic Review. 2 (1959/60) S. 177—196.

Clarke, Roger: Développements recents de l'économie soviétique. In: Chroniques d'actualité. (1967) S. 545—556 (Analyse et prévision).

Cohn, Stanley H.: Perspectives on Soviet economic growth and productive efficiency. In: Michigan Business Review. 15 (1963) 3 S. 12—18.

— The Soviet economy: Performance and growth. In: Soviet Studies. N.S. 6 (1967) 4 S. 24—54.

Colette, J.-M.: Recherche-développement et progrès économique en U.R.S.S. Paris 1962, 151 S. (I.S.E.A. Publications mensuelles 128, supplément).

— Le taux de croissance du revenue national soviétique. Paris 1961. 125 S. (I.S.E.A. Publications mensuelles 119, supplément).

Crescenzi, Agostino: Appunti sull' economia sovietica. In: Rivista di politica economica. Ser. 3. 50 (1960) S. 276—309.

Cressey, George B.: Soviet potentials. Syracuse 1962. XVII, 232 S.

Dane, Phyllis: Measuring Soviet economic growth. In: Soviet Studies. 14 (1962) S. 132—137.

Datta, Amlan: A century of economic development of Russia and Japan. Calcutta 1967. IX, 187 S.

Davies, Robert W.: Planning a mature economy in the USSR. In: Economics of planning. 6 (1966) S.138—153.

— Planning for rapid growth in the USSR. In: Economics of planning. 5 (1965) S. 74—86.

Djačenko, V. P., et V. V. *Lavrov:* Budget planning in the USSR and its relationship to national economic planning. In: Les prévisions budgétaires dans le cadre des prévisions économiques et leurs adaptions. Gand 1963. S. 125—140 (Travaux de l'Institut international de finances publiques 17e. sess.).

Diekmann, Klaus: Probleme der Wirtschaftsrechnung und Optimalität bei Investitionsentscheidungen in der Sowjetunion. In: Osteuropa-Wirtschaft. 5 (1960) S. 59—69.

Dimensions of Soviet economic power. Studies prep. for the Joint Economic Committee, Congress of the U.S. Washington/DC 1962. IX, 744 S. (87 Congr. 2nd sess.).

Dobb, Maurice Herbert: Soviet economic development since 1917. London 1966. VII, 515 S. (Routledge paperback).

Economic trends in the Soviet Union. Ed. by Abram Bergson and Simon Kuznets. Cambridge/Mass. 1963. XIV, 392 S.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Efimov, Anatolij Nikolaevic: Problems of structural changes and greater effectivness of social production. In: Problems of Economics. 7 (1964) 8 S. 10—27.

Eisendrath, Ernst: Investitionen und Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetunion. Berlin 1959. 48 S. (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Sonderhefte. N.F. 46).

Eitner, Hans-Jürgen: Sowjet-Planwirtschaft und ökonomisches Prinzip. In: Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik. 11 (1965) S. 415—424.

Erlich, Alexander: Development strategy and planning. The Soviet experience. In: National economic planning. A conference of the Universities-National Bureau Committee for Economic Research. S. 233—278 (Universities-National Bureau Conference Series).

— The Soviet industrialization debate, 1924—1928. Cambridge, Mass. 1960. 214 S.

The experience of economic growth. Case studies in economic history. Ed. by Barry E. Supple. New York 1963. X, 458, XI S.

Feiwel, George P.: The Soviet quest for economic efficiency. Issues, controversies, and reforms. New York, London 1967. XX, 420 S. (Praeger Studies in International Development).

Gerschenkron, Alexander: Problems and patterns of Russian economic development. In: The transformation of Russian society. Aspects of social change since 1861. Cambridge/Mass. 1960. S. 42—72.

Goldman, Marshall I.: Economic growth and institutional change in the Soviet Union. In: Soviet policy-making. London 1967. S. 61—81.

— Soviet economic growth since the revolution. In: Current history. 53 (1967) S. 230—243.

— The Soviet economy. Myth and reality. New York 1967. XIII, 176 S. (A Spectrum Book. S-177).

Grossman, Gregory: Communism in a hurry: the „time factor" in Soviet economics. In: Problems of Communism. 8 (1959) 3 S. 1—7.

— The Soviet economy in the post-Stalin decade. In: The realities of world communism. Englewood Cliffs/N. J. 1963. S. 62—85 (University extension series on public issues 1).

— Soviet growth: routine, inertia, and pressure. In: The American Economic Review. 50 (1960) 2 S. 62—72.

— The structure and organization of the soviet economy. In: Soviet politics and government. New York 1965. S. 432—453.

The growth of the national economies of Japan and the Soviet Union. A comparison of economic growth rate. Tokyo 1963. VIII, 45 S.

Gumpel, Werner und Hans-Dieter *Bötel* u. a.: Die Sowjetwirtschaft an der Wende zum Fünfjahresplan. München, Wien 1967. 123 S. (Gegenwartsfragen der Ostwirtschaft 3).

Hallaråker, Harald: Sovjet-Unionens økonomiske utvikling. In: Statsøkonomisk tidsskrift. 79 (1965) S. 99—116.

Hardt, John P.: The cold war economic gap. The increasing threat to American supremacy. With C. Darwin Stolzenbach and Martin J. Kohn. New York 1961. XIV, 114 S. (Praeger Publications in Russian History and World Communism 83).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— Soviet economic development and policy alternatives. In: Studies on the Soviet Union. N.S. 6 (1967) 4 S. 1—23.

Herman, Leon M.: The limits of forced economic growth in the USSR. In: World politics. 16 (1964) 3 S. 407—417.

Hetman, François: Perspectives de croissance de l'économie soviétique. Paris 1960. 24 S. (Bulletin S.E.D.E.I.S. Etude 748).

Hinkelammert, Franz Josef: Der Wachstumsprozeß in der Sowjetwirtschaft. Eine Untersuchung der Produktionsstruktur, des Lenkungsprozesses und des Volkseinkommens. Berlin 1961. 113 S. (Osteuropa-Institut an der Freien Univerität Berlin, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen 15).

— Die Wachstumsrate als Rationalitätskriterium. In: Osteuropa-Wirtschaft. 8 (1963) S. 8—20.

Hodgman, Donald: Soviet Industrial Production, 1928—1951. Cambridge/Mass. 1954. 237 S.

Horster, Hans: Die sowjetische Wirtschaft als Mittel der Politik. Bd. 1: Ursprung, Entwicklung, Stand. Bonn 1967. 118 S. (Staatspolitische Schriftenreihe 15).

James, Ralph: The Soviet economy. In: Outline of communism. London 1966. S. 160—229.

Jasny, Naum: Essays on the Soviet economy. New York 1962. XIV, 297 S.

Ingram, David: The communist economic challenge. London 1965. 168 S.

Kaplan, Norman M.: Retardation in Soviet economic growth. In: The Review of Economics and Statistics. 50 (1968) 3 S. 293—303.

Karmiloff, G.: Soviet economic models, investment criteria and prices. An analytical review. In: Kyklos. 16 (1963) S. 83—110.

Kaser, M. C.: Welfare criteria in Soviet planning. In: Soviet planning. Oxford 1964. S. 144—172.

Katkoff, Vladimir: Soviet economy, 1940—1965. Baltimore/Md. 1961. XI, 559 S.

Kershaw, Joseph A.: Directions for the future growth of the Soviet economy. In: Study of the Soviet economy. Bloomington 1961. S. 3—16 (Indiana University publications: East European series 25).

Klein, L. R.: Measuring Soviet industrial growth. In: Bulletin. Institute of Statistics, Oxford. 20 (1958) S. 373—437.

Klocke, Helmut: Die Sowjetunion im Jahre 1980. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen der Sowjetführung im Rahmen des dritten Programms der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. In: Österreichische Osthefte. 3 (1961) S. 425—433.

Knirsch, Peter: Lage und Entwicklungsziele der Sowjetwirtschaft nach dem 22. Parteitag 1961. Berlin 1962. 97 S. (Berichte des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin 52, Wirtschaftswissenschaftliche Folge 15).

— Stand, Probleme und Entwicklungstendenzen der Sowjetwirtschaft. In: Osteuropa. 16 (1966) S. 479—500.

Kosyachenko, G.: Finance planning in maintaining. A balanced development of the socialist economy. In: Politique et moyens de la croissance harmonieuse de l'économie. La Haye 1966. S. 215—236 (Travaux de l'Institut international des finances publiques. Congrès de Budapest).

Krengel, Rolf: Ähnlichkeiten zwischen der sowjetischen und der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung nach dem Kriege. In: Vergleich zwischen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den Wirtschaftssystemen in der Welt. Berlin 1961. S. 34—53 (Beihefte der Konjunkturpolitik 8).

— Die quantitativen Veränderungen in der sowjetischen Wirtschaft. In: Bilanz der Ära Chruschtschow. Stuttgart 1966. S. 75—96.

— Das Wachstum der sowjetischen Wirtschaft und seine Bedeutung für die westliche Welt. In: Konjunkturpolitik. 6 (1960) S. 1—5.

Krylov, P.: National balances and economic planning in the U.S.S.R. Cairo 1963. 19 S. (The Institute of National Planning, U.A.R. Memo 290).

Kuebler, Jeanne: Soviet economy. Incentives under communism. In: Editorial research reports on world affairs. Washington/D.C. 1966. S. 119—138.

Maddison, Angus: Soviet economic performance. In: Banca Nazionale de Lavoro. Quarterly Review. (1965) 72 S. 3—57.

Malyshev, P.: The proportion between productive and nonproductive accumulation. In: Problems of Economics. 8 (1965) 7 S. 3—12.

Masnata, Albert: Le système socialiste-soviétique. Essai d'une étude générale de économie. Neuchatel 1965. 348 S. (Histoire et société d'aujourd'hui).

Mazour, Anatole Gregory: Soviet economic development. Operation outstrip, 1921—1965. Princeton/N. J., London 1967. 191 S. (Modern History).

McAuley, Alastair N. D.: Rationality and central planning. In: Soviet Studies. 18 (1967) S. 350—355.

McConnell, Campbell R.: Perspectives on Soviet economic growth. In: Business Topics. 12 (1965) 4 S. 7—16.

Mehnert, Klaus: Die Sowjetunion, Asien und der Faktor Tempo. In: Osteuropa. 9 (1959) S. 14—21.

Moravcik, Ivo: The Marxian model of growth and the „General plan" of Soviet economic development. In: Kyklos. 14 (1961) S. 548—574.

Morsteen, Richard and Raymond P. *Powell:* The Soviet capital stock, 1928—1962. Homewood/Ill. 1966. XXIII, 671 S. (Publications of the Economic Growth Center, Yale University).

Nageshrao, S.: Modern economic development of great powers. U.K., U.S.A., U.S.S.R., Germany, and Japan. Baroda 1962. VIII, 408 S.

Niwa, Haruki: The Future of the Soviet Economic Growth. In: Review. A Journal for the Study of Communism and Communist Countries (Tokyo). (1965) 6 S. 46—72.

Nove, Alec: Communist economic strategy. Soviet growth and capabilities. Washington/D.C. 1959. XI, 82 S. (The economics of competitive coexistence).

— The politics of economic rationality. Observations on the Soviet economy. In: Social Research. 25 (1958) S. 127—144.

— Prospects for economic growth in the U.S.S.R. In: The Soviet economy. Homewood/Ill. 1966. S. 315—326.

— Prospects for economic growth in the U.S.S.R. In: The American Economic Review. 53 (1963) S. 541—554.

— The Soviet economy. An introduction. Revised Third Edition. London 1968. 373 S.

— Die sowjetische Wirtschaft. Deutsche Übertragung von Reinhard Ryppa. Wiesbaden 1963. 376 S.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nozko, K. G.: Education and economic progress in the U.S.S.R. In: The economics of education. London, Melbourne 1966. S. 334—345.

Nutter, G. Warren: The effects of economic growth on Sino-Soviet strategy. In: National security. New York 1963. S. 149—168 (Hoover Institution on War, Revolution and Peace publications).

— La estructura y el crecimiento en la industria soviética. Una comparación con los Estados unidos. In: Información comercial espanola. (1960) 328 S. 107—145.

— Growth of Industrial Production in the Soviet Union. Princeton, N. J. 1962. XXVII, 706 S.

— Some reflections on the growth of the Soviet economy. In: Studies on the Soviet Union. N.S. 7 (1967) 1 S. 144—150.

Les perspectives d'expansion économique à long terme. Vues par l'O.E.C.E. Paris 1959. 16 S. (Notes et études documentaires 2585).

Petersen, Howard C.: Soviet economic growth and United States policy. In: Comparisons of the United States and Soviet economies. Washington/D.C. 1959. S. 517—527.

Planning for balanced social and economic development in the Uzbek Soviet Socialist Republic. Genf 1961. 66 S. (Report on the world social situation, 1961, annex. E./CN. 5/346).

Poplyuyko, Anatoli: The tempo of Soviet economic growth. In: Studies on the Soviet Union. N.S. 7 (1968) 3 S. 54—69.

Popta, S. van: Sovjet economie. Enige momenten van haar ontwikkeling. In: Maandschrift „Economie". 29 (1965) S. 355—374.

Problemi della pianificazione sovietica. Milano 1966. 220 S. (Quaderni delle rivista „Il Politico" 3).

Prybyla, Jan S.: Soviet economic growth. Perspectives and prospects. In: The Soviet economy. Homewood/Ill. 1966. S. 302—314.

— Soviet economic growth: Perspectives and prospects. In: The Quarterly Review of Economics and Business. 4 (1964) S. 57—67.

Raupach, Hans: Geschichte der Sowjetwirtschaft. Reinbek bei Hamburg 1964. 283 S. (Rowohlts Deutsche Enzyklopädie).

— System der Sowjetwirtschaft. Theorie und Praxis. Reinbek bei Hamburg 1958. 261 S. (Rowohlts Deutsche Enzyklopädie).

Rationalité et croissance économiques soviétiques. Paris 1960. 135 S. (I.S.E.A. publication mensuelle 104).

Reynaud, Pierre-Louis: Economie généralisée et seuils de croissance. Etude de la psychologie économique du développement U.R.S.S., Tunisie, Portugal. Paris 1962. 272 S.

Sand, Hans: Über das Wachstum der sowjetischen Industrieproduktion. In: Osteuropa-Wirtschaft. 7 (1962) S. 105—118.

Sannwald, Rolf: Die sowjetische Wirtschaftsplanung. In: Kyklos. 17 (1964) S. 346—371.

Scalfari, Eugenio: Il potere economico in URSS. Bari 1962. 133 S. (Libri del tempo 73).

Schenk, Karl-Ernst: Volkswirtschaftliche Disproportionen and Agrarpolitik. In: Bilanz der Ära Chruschtschow. Stuttgart 1966. S. 97—112.

Schroeder, Gertrude: Labor planning in the USSR. In: The Southern Economic Journal. 32 (1965) S. 63—72.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schwartz, Harry: The red phoenix. Russia since World War II. New York 1961. XII, 427 S.

— The Soviet economy since Stalin. Philadelphia, New York 1965. 256 S.

Seton, F.: Soviet progress in Western perspective. In: Soviet Studies. 12 (1960) S. 126—144.

Smolinski, Leon: Planning without theory 1917—1967. In: Survey. A journal of Soviet and East European studies. (1967) S. 108—128.

Soviet economic growth: A comparison with the United States. (Joint Economic Committee, Congress of the United States). Washington, D. C. 1957.

Det sovjetiske samfund. En beskrivelse af Sovjetunionens økonomiske og sociale udvikling. København 1963. 240 S.

Sowjetunion. Das Wirtschaftssystem. Hrsg. Werner Markert. Köln, Graz 1965. XV, 587 S. (Osteuropa-Handbuch).

Spulber, Nicolas: The Soviet economy. Structure, principles, problems. New York 1962. XIII, 311 S.

— Foundations of Soviet Strategy for economic growth: Selected Soviet Essays, 1924—1930. Bloomington 1964. XII, 530 S.

— Soviet strategy for economic growth. Bloomington 1964. 175 S. (Indiana University International Studies).

Strausz-Hupé, Robert: Soviet economic growth: performance and prospect. In: Orbis. 6 (1963) S. 656—669.

Study of the Soviet economy. Direction and impact of Soviet growth. Teaching and research in Soviet economics. Ed. by Nicolas Spulber. The Hague 1961. XIII, 169 S. (Indiana University publications, Russian and East European series 25).

Svendsen, Knud Erik: Hovedpunkter i USSRs økonomiske udvikling i de sidste år. Økonomi og Politik. 33 (1959) 2/3 S. 157—180.

Swianiewicz, S.: Coercion and economic growth in the light of Soviet experience. In: The Political Quarterly. 31 (1960) S. 453—465.

Tandon, B. C.: The Russian economy. Allahabad 1966. 212 S.

Thalheim, Karl C.: Grundsätze und Methoden der Entwicklungsplanung im Sowjetsystem. In: Universitätstage 1961. Berlin 1961. S. 217—232 (Veröffentlichungen der Freien Universität Berlin).

— Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems. Köln 1962. 175 S. (Abhandlungen des Bundesinstituts zur Erforschung des Marxismus-Leninismus 1).

— Sowjetwirtschaft, umgeplant. Dynamik ohne Freiheit. In: Die politische Meinung. 5 (1960) 49 S. 43—54.

— Die Veränderungen im sowjetischen Wirtschaftssystem in der nachstalinistischen Ära. In: Bilanz der Ära Chruschtschow. Stuttgart 1966. S. 113—131.

— Wandlungen in der Sowjetwirtschaft im Zeichen des „Übergangs zum Kommunismus". In: Osteuropa-Wirtschaft. 7 (1962) S. 1—12.

Thornton, Judith G.: Factors in the recent decline in Soviet growth. In: Slavic Review. 25 (1966) S. 101—119.

Thorp, Willard L.: Soviet economic growth and U.S. policy. In: Comparisons of the United States and Soviet economies. Washington/D.C. 1959. S. 571—588.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wauters, Arthur: La croissance économique de l'U.R.S.S. In: La Belgique et l'aide économique aux pays sous-développés. La Haye 1959. S. 81—94.

Weber, Adolf: Die Sowjetwirtschaft — heute. Eine Antikritik. In: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. 80 (1960) S. 535—564.

— Sowjetwirtschaft heute. Schwächen und Stärken. Berlin 1962. 117 S. (Schriften der Adolf-Weber-Stiftung).

Wittmann, Walter: Das russische und das westliche Wirtschaftswachstum. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 178 (1965) S. 421—440.

Yoder, Amos: Obstacles to Soviet economic growth. In: Orbis. 9 (1966) S. 1013 bis 1024.

Zaleski, Eugène: Planning for industrial growth. In: Studies on the Soviet Union. N.S. 6 (1967) 4 S. 55—77.

Zauberman, Alfred: Soviet and Chinese strategy for economic growth. In: International Affairs. 38 (1962) S. 339—352.

Veröffentlichungen aus der UdSSR, den RGW-Ländern sowie Jugoslawien

Alaverdova, E.: Faktory rosta nacional'nogo dochoda v novych uslovijach. In: Finansy SSSR. 41 (1967) 12 S. 38—42 [Die Wachstumsfaktoren des Nationaleinkommens unter den neuen Bedingungen].

Aleksandrov, L. A.: Povyšenie proizvoditel'nosti truda i sootnošenie meždu rostom obščestvennogo produkta i nacional'nogo dochoda. In: Problemy povyšenija ėffektivnosti obščestvennogo truda v SSSR. Moskva 1965. S. 222—237 [Die Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Zusammenhang zwischen dem Wachstum des gesellschaftlichen Produktes und des Nationaleinkommens].

Al'ter, Lev Benicianovič: Pervaja sovetskaja model' ėkonomičeskogo rosta. In: Planovoe chozjajstva. 44 (1968) 8 S. 60—70 [Das erste sowjetische Modell des ökonomischen Wachstums].

Ančiškin, Aleksandr Ivanovič i Jurij V. Jaremenko: Tempi i proporcii ėkonomičeskogo razvitija. Moskva 1967. 206 S. [Tempi und Proportionen der Wirtschaftsentwicklung].

Arakeljan, A.: Važnyj faktor razvitija socialističeskoj ėkonomiki. In: Planovoe chozjajstvo. 43 (1966) 3 S. 21—27 [Ein wichtiger Faktor für die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft].

Bel'čuk, V.: Spros i predloženie sredstv proizvodstva v socialističeskom rasširennom vosproizvodstve. In: Ekonomičeskie nauki. 10 (1967) 10 S. 46—54 [Angebot von und Nachfrage nach Produktionsmitteln in der erweiterten sozialistischen Reproduktion].

Binjukov, I.: Rol' cinoutvorennja u pidnesenni promyslovosti. Kyiv 1965. 108 S. [Die Rolle der Preisbildung für das Industriewachstum].

Charachaš'jan, G.: Metodologičeskie problemy planomernosti i proporcial'nosti razvitija narodnogo chozjajstva. In: Voprosy ėkonomiki. (1966) 5 S. 48—59 [Methodologische Probleme der Planmäßigkeit und Porportionalität der Entwicklung der Volkswirtschaft].

Cheiman, S.: Tempo und Effektivität der Industrieproduktion. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. (1966) S. 277—290.

Dadajan, Vladislav Surenovič: Schemy rasširennogo vosproizvodsta v SSSR. In: Ekonomika i matematičeskie metody. 3 (1967) S. 672—682 [Schemata der erweiterten Reproduktion in der UdSSR].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Edel'man, M.: K voprosu ob ocenke produkcii v mežotraslevom balanse. In: Vestnik statistiki. (1964) 9 S. 10—17 [Zur Frage der Produktionsbewertung in der intersektoralen Bilanz].

Ekonomičeskaja žizn' SSSR. Chronika sobytij i faktov 1917—1965. Pod red. S. G. Strumilin. Moskva 1967. Bd. 1, 1917—1950 S. 1—438. Bd. 2. 1951—1965 S. 439—931 [Das Wirtschaftsleben der UdSSR. Eine Chronik der Ereignisse und Tatsachen 1917—1965].

Evstigneeva, I.: Vzaimosvjaz' faktorov preimuščestvennogo rosta proizvodsta sredstv proizvodstva. In: Voprosy ėkonomiki. (1966) 11 S. 45—55 [Die Interdependenz der Faktoren des vorrangigen Wachstums der Produktion von Produktionsmitteln].

Garetovskij, N.: Rezervy rosta ėffektivnosti proizvodsta i ėkonomiceskie stimuly. In: Finansy SSSR. 42 (1968) 10 S. 11—20 [Die Reserven des Wachstums der Effektivität der Produktion und ökonomische Stimuli].

Georgiev, Angel: Nekoi promeni vo stopanskiot sistem na SSSR. In: Stopanski pregled. 16 (1966) 2 S. 56—77 [Einige Wandlungen im Wirtschaftssystem der UdSSR].

Gorbunov, Eduard Petrovič: Effektivnost' nakoplenija i ėkonomičeski rost. In: Kommunist. 44 (1967) 8 S. 88—97 [Der Nutzeffekt der Akkumulation und das Wirtschaftswachstum].

Grebennikov, V. G.: Nekotorye problemy vzaimosvjazi tempa rosta nacional'nogo dochoda, fondootdači i normy nakoplenija. In: Ekonomika i matematičeskie metody. 4 (1968) S. 583—596 [Einige Probleme des Zusammenhangs zwischen Wachstum des Nationaleinkommens, der Bruttoproduktion und der Akkumulationsrate].

Gromov, E. A.: O faktorach povyšenija ėffektivnosti obščestvennogo proizvodstva. Moskva 1964. 116 S. [Über die Faktoren zur Steigerung des Nutzeffekts der gesellschaftlichen Produktion].

Gurevič, Semën Maksimovič: Rašširennoe vosproizvodstvo sovetskoj ėkonomiki. In: Vestnik statistiki. (1967) 10 S. 36—47 [Die erweiterte Reproduktion der sowjetischen Wirtschaft].

Holka, Gyula: A Szovjetunió gazdasági fejlodéséröl. In: Közgazdasági szemle. 14 (1967) S. 361—369 [Über das Wirtschaftswachstum der Sowjetunion].

I'lin, Sergej Sergeevic: Glavnaja ėkonomičeskaja zadača SSSR. Zakonomernosti stanovlenija material'nych osnov kommunizma. Moskva 1965. 267 S. [Die wirtschaftliche Hauptaufgabe der UdSSR. Die Gesetzlichkeit der Bildung der materiellen Grundlagen des Kommunismus'].

Ivanov, Ju.: Objazatel'no li tempy rosta obščestvennogo produkta dolžny operezat' tempy rosta nacional'nogo dochoda? In: Vestnik statistiki. (1966) 1 S. 14—22 [Muß das Wachstumstempo des Sozialproduktes unbedingt das Wachstumstempo des Nationaleinkommens überholen?].

Kac, Adolf Iosifovič: Schemy vosproizvodstva i mežotraslevoj balans. In: Voprosy ekonomiki. (1968) 1 S. 104—116 [Reproduktionsschemata und Verflechtungsbilanz].

Kiričenko, Vadim Nikitič: Nacional'noe bogatstvo SSR. Pod red. V. I. Kaca. Moskva 1964. 213 S. [Das Nationalvermögen der UdSSR].

Korjagin, Aleksandr Georgievič: Vosproizvodstvo v socialističeskom sel'skom chozjajstve. Moskva 1966. [Die Reproduktion in der sozialistischen Landwirtschaft].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Koskow, G.: Die Entwicklung der Warenproduktion in der UdSSR. In: Der Marxismus-Leninismus, die Wahrheit unserer Zeit. Berlin 1967. S. 44—67.

Kouba, Karel: Tempo rustu výroby vyrobních prostředku a spotrebních předmetu. In: Politická ekonomie. 12 (1964) S. 654—665. [Die Wachstumsraten in der Produktion von Produktionsmitteln und von Verbrauchsgütern].

Krasnokutskaja, Elene Ivanovna: Rašširennoe vosproizvodstvo v period stroitel'stva kommunizma. Kyiv 1966. 45 S. [Die erweiterte Reproduktion während des Aufbaus des Kommunismus].

Kratsch, Ottomar: Probleme der sozialistischen erweiterten Reproduktion im Programm der KPdSU. In: Wirtschaftswissenschaft. 10 (1962) S. 1—17.

Krylov, P. N.: Tempy razvitija i narodnochozjajstvennye proporcii v 1966—1967 godach. In: Planovoe chozjajstvo. 44 (1967) S. 26—36. [Entwicklungstempi und volkswirtschaftliche Proportionen].

Kvaša, Ja. B. i V. Krasovskij: Perspektivnoe planirovanie i chozjajstvennye izmerenija. In: Voprosy ekonomiki. (1968) 4 S. 71—80. [Perspektivplanung und wirtschaftliche Dimension].

Lewandovicz, Zbigniew: Zarzadzanie gospodarką narodową ZSSR, 1953—1965. Warszawa 1966. 238 S. [Die Lenkung der Volkswirtschaft der UdSSR 1953—1965].

Manjakin, V. I.: Razvitie zemledelija i nekotorye zadači sel'skochozjaistvennoj statistiki. In: Vestnik statistiki. (1966) 7 S. 3—15. [Die Entwicklung der Landwirtschaft und einige Aufgaben der Agrarstatistik].

Naumann, Robert: Lehren der ökonomischen Entwicklung der UdSSR zum Kommunismus. In: Wirtschaftswissenschaft. 7 (1959) S. 321—338.

Nekotorye voprosy razvitija ėkonomiki na sovremennom ėtape. Pod. red. A. I. Glebovoj. Saratov, Pensa 1966. 349 S. [Einige Probleme der Wirtschaftsentwicklung in der gegenwärtigen Etappe].

Nikolajev, Boris: O sadašnjoj fazi ekonomskog razvoja SSSR-a. In: Medjunarodni Problemi. 18 (1966) 4 S. 83—97. [Über die gegenwärtige Phase der Wirtschaftsentwicklung der UdSSR].

Notkin, A. I.: Der Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktion und ihre Proportionen. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. (1967) S. 947—962.

— Methodologische Fragen der Prognose der erweiterten Reproduktion. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. (1968) S. 775—789.

— Tempy razvitija socialističeskogo proizvodstva i podëm narodnogo potreblenija. In: Proizvodstvo, nakoplenije, potreblenie. Moskva 1965. S. 42—111. [Die Tempi der Entwicklung der sozialistischen Produktion und des Wachstums des Verbrauchs].

Obektivnye osnovy planirovanija tempov i proporcij obščestvennogo vosproizvodstvo. In: Planovoe chozjajstvo. 42 (1965) 9 S. 66—76. [Objektive Grundlagen der Tempo- und Proportionalplanung der gesellschaftlichen Reproduktion].

Paškov, A. I.: O tempach rosta dvuch podrezdelenij obščestvennogo proizvodstva. In: Kommunist. 44 (1967) 11 S. 81—94. [Über die Wachstumstempi der beiden Unterabteilungen der gesellschaftlichen Reproduktion].

Pešechonov, Jurij Vladimirovič: Sootnošenie tempov rosta i otraslevaja struktura dvuch podrazdelenij obščestvennogo proizvodstva SSSR. In: Voprosy

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ėkonomiki. (1968) 3 S. 3—15. [Das Verhältnis von Wachstumstempo und Branchenstruktur der beiden Unterabteilungen der gesellschaftlichen Produktion].

Planirovanie proizvoditel'nosti truda v narodnom chozjajstve SSSR. Moskva 1965. 269 S. [Die Planung der Arbeitsproduktivität in der Volkswirtschaft der UdSSR].

Plans, problems, prospects. Moscow 1967. 267 S. (Soviet economy, 1966—1970).

Problemy povyšenija ėffektivnosti obščestvennogo truda v SSSR. Sbornik statej. Red. A. N. Gržegorževskij i dr. Moskva 1965. 364 S. [Probleme der Effektivitätssteigerung der gesellschaftlichen Arbeit in der UdSSR].

Problemy proporcij v narodnom chozjajstve. In: Voprosy ėkonomiki. (1965) 1 S. 3—52 [Probleme des Gleichgewichts in der Volkwirtschaft].

Prochorov, S.: Stroitel'stvo kommunizma i proivoditel'nost' truda. In: Ekonomičeskie nauki. 10 (1967) 11 S. 29—38 [Der Aufbau des Kommunismus und die Arbeitsproduktivität].

Pugačëv, Vsevolod Fedorovič: Optimizacija planirovanija. Moskva 1968. 166 S. [Die Optimierung der Planung].

Rakitskij, B. V.: Ekonomiceskaja rol' socialističeskogo gosudarstva na razlicnych ėtapach razvitija narodnogo chozjajstva SSSR. In: Voprosy ėkonomiki. (1967) 10 S. 36—45 [Die wirtschaftliche Rolle des sowjetischen Staates auf den verschiedenen Entwicklungsetappen der Volkswirtschaft der UdSSR].

Rasširennoe socialističeskoe vosproizvodstvo i balans narodnogo chozjajstva. Pod red. Š. Ja. Tureckogo. Moskva 1964. 373 S. [Die erweiterte sozialistische Reproduktion und die Volkswirtschaftsbilanz].

Raus, Otto: Der Weg der Sowjetunion zur führenden Industriemacht der Welt. Berlin 1967. 247 S.

Razvitie socialističeskoj ėkonomiki SSSR v poslevoennyj period. Pod red. I. A. Gladkova. Moskva 1965. 599 S. [Die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft der UdSSR in der Nachkriegsperiode].

Rusanov, E. S. i L. P. Kuprienko: Razvitie proizvodstva i rost žiznennogo urovnja sovetskogo naroda. Moskva 1967. 29 S. [Die Entwicklung der Produktion und die Steigerung des Lebensstandards des sowjetischen Volkes].

Sačko, Nikolaj Sidorovič: Koncentratija proizvodstvo v promyslennosti. Moskva 1968. 206 S. [Die Produktionskonzentration in der Industrie].

Snežko, Ivan Timofeevič: Sozdanie material'no — techničeskoj basy kommunizma v SSSR. Kiev 1967. 303 S. [Die Schaffung der material-technischen Basis des Kommunismus in der UdSSR].

Struktura narodnogo chozjajstva i proizvoditel'nost truda. Pod red. D. N. Karpuchia. Moskva 1968. 215 S. [Die Volkswirtschaftsstruktur und die Arbeitsproduktivität].

Struktura narodnogo chozjajstva SSSR. Pod red. A. I. Notkin. Moskva 1967. 364 S. [Die Struktur der Volkswirtschaft der UdSSR].

Surganow, B.: Probleme der sowjetischen Wirtschaft in der Zeitschrift „Planwirtschaft". In: Wirtschaftswissenschaft. 12 (1964) S. 1896—1907.

Szczepański, Jerzy: Zmiany w planowaniu i zarzadzaniu gospodarka jako narzędzie intensyfikacji wzrostu gospodarczego ZSSR. In: Ruch prawniczy ekonomiczny i socjologiczny. 29 (1967) 4 S. 141—160 [Der Wandel der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Planung und des Managements der Wirtschaft als Instrument der Intensivierung des Wirtschaftswachstums der UdSSR].

Talalaev, Boris Nikolaevič: Istočniki nakoplenija v narodnom chozjajstve SSSR. Moskva 1965. 171 S. [Die Quellen der Akkumulation in der Volkswirtschaft der UdSSR].

Tichomirov, N. N.: Metodologičeskie problemy socialističeskogo rasširennogo vosproizvodstva. In: Vestnik Akademii nauk SSSR. 38 (1968) 9 S. 141—145 [Methodologische Probleme der erweiterten sozialistischen Reproduktion].

Wesselkov, F. S.: Die Wirtschaftsreform in der UdSSR und die Stimulierung hoher Planungsaufgaben. In: Wirtschaftswissenschaft. 15 (1967) S. 1537 bis 1542.

Zakonomernosti i faktory razvitija ekonomiceskich rajonov SSR. Red. Ja. G. Fejgin. Moskva 1965. 266 S. [Gesetzmäßigkeit und Faktoren der Entwicklung von Wirtschaftsgebieten der UdSSR].

Regionales Wirtschaftswachstum in der UdSSR

Alaev, Enrid Borisovič: Effektivnost' kompleksnogo razvitija ekonomiceskogo rajona. Moskva 1965. 172 S. [Die Effektivität der allseitigen Entwicklung eines Wirtschaftsgebietes].

Bagdasarjan, Aleksej Mušegovič: K edinomu urovnju. Vyravnivanie urovnej ėkonomiki sojuznych respublik. Moskva 1965. 44 S. [Zu einem einheitlichen Niveau. Die Angleichung der Wirtschaftsniveaus der Unionsrepubliken] (Novoe v zizni nauke technike. Serija 3. Ekonomika 20).

Le développement du Bassin du Kuznetsk. Sous la direction de H. Chambre. Paris 1960. 370 S. (I. S. E. A. publication mensuelle 100).

Ekonomika Sovetskoj Belorussii. Otv. red. F. S. Martinkevič. Minsk 1967. 571 S. [Die Wirtschaft des sowjetischen Weißrußlands].

Feygin, Ya. G.: Problems of improving the regionalization of production and consumption of industrial output. In: Soviet geography. 5 (1964) 10 S. 33—38.

Gradov, Georgij Leont'evič: Specializacija i kompleksnoe razvitie Južnogo Ekonomočeskogo Rajona SSSR. Kiev 1965. 158 S. [Spezialisierung und allseitige Entwicklung des Wirtschaftsgebietes Süd der UdSSR].

Guljan, Petr Vaclavovič: Latvija v sisteme narodnogo chozjajstva SSSR. Riga 1967. 385 S. [Lettland im Volkswirtschaftssystem der UdSSR].

Gunija, Avtandil Levanovič: O tempach i proporcijach socialističeskogo vosproizvodstva v ėkonomiki Gruzii. Tblisi 1966. 290 S. [Über Tempi und Proportionen der sozialistischen Reproduktion Georgiens].

Karger, Adolf: Das „Wolgaland" als Beispiel für die Entwicklung eines russisch-sowjetischen Großwirtschaftsraumes. In: Geographische Rundschau. 11 (1959) S. 428—438.

Kistanov, Viktor Vasil'evič: Kompleksnoe razvitie i specializacija chozjajstva ėkonomičeskich rajonov. Moskva 1965. 189 S. [Die allseitige Wirtschaftsentwicklung und -spezialisierung der Wirtschaftsgebiete]

Kostanjan, R.: Mežrespublikanskie svjazi v ėkonomike respubliki. In: Ekonomičeskie nauki. 11 (1968) 6 S. 20—24 [Interrepublikanische Zusammenhänge der Wirtschaft einer Republik].

The location of communist industry. Warrington 1963. 108 S. (Joseph Crosfield & Sons Ltd. Chemicals).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Lyčagin, Viktor Alekseevic: Kompleksnoe razvitie promyšlennosti ėkonomičeskogo rajona i trudovye resursy. Moskva 1964. 90 S. [Die allseitige Industrieentwicklung eines Wirtschaftsgebietes und die Arbeitskraftreserven].

Nove, Alec and J. A. *Newth:* The Soviet Middle East. A model for development. London 1967. 160 S.

Ob osnovnych položenijach optmal'nogo planirovanija i razmeščenija proizvodstva. In: Ekonomika i matematičeskie metody. 4 (1968) S. 515—530 [Über die Grundlagen optimaler Planung und Standortverteilung der Produktion].

Orlov, Boris Pavlovic i R. I. Šniper: Nekotorye problemy razvitija narodnogo chazjajstva Sibiri v perspektive. In: Izvestija Sibirskogo otdelenija Akademii nauk SSSR. (1968) S. 3—12 [Einige Probleme der Volkswirtschaftsentwicklung Sibiriens in der Perspektive] (Serija obščestvennych nauk 1968, 1).

Pant, G.: Eesti NSV majandus sidemed NSV liidu rahvamajanduse süsteemis. Tallin 1965. 236 S. [Die wirtschaftliche Verflechtung der SSR Estland in das System der Volkswirtschaft der UdSSR].

Pervuchin, M. G.: O soveršenstvovanii territorial'nogo planirovanija i razmeščenija proizvoditel'nych sil. In: Planovoe chozjajstvo. 44 (1968) S. 46—57 [Über die Verbesserung der territorialen Planung und der Verteilung der Produktivkräfte].

Razvitie narodnogo chozjajstva Kasachstana za 50 let sovetskoj vlasti. Pod red. S. B. Baiševa i dr. Alma — Ata 1967. 482 S. [Die Entwicklung der Volkswirtschaft Kasachstans während der fünfzig Jahre der Sowjetmacht].

Razvitie proizvoditel'nych sil v ėkonomičeskich rajonach SSSR. In: Izvestija Akademii nauk SSSR. Serija geografičeskaja. (1965) 2 S. 65—82 [Die Entwicklung der Produktivkräfte in den Wirtschaftsgebieten der UdSSR].

Rozenfel'd, Šmul Lejbovic: O metodologii sopostavlenija urovnej razvitija ėkonomiceskich rajonov. In Planovoe chozjajstvo. 43 (1966) 9 S. 71—78 [Über die Methodologie des Vergleichs des Entwicklungsniveaus der Wirtschaftsgebiete].

— Vyravnivanie urovnej ėkonomičeskogo razvitija rajonov SSSR. In: Voprosy ekonomiki. (1968) 2 S. 45—56 [Die Angleichung des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus der Rayons der UdSSR].

Severo-Vostočnyj Ekonomiceskij Rajon. Red. V. V. Janovskij. Magadan 1965. 318 S. [Wirtschaftsgebiet Nordost]

Stanley, Emilo J.: Regional distribution of Sovjet industrial manpower, 1940—1960. New York, London 1968. XXIII, 208 S. (Praeger special studies in international economics and development).

Starovojtenko, Ivan Pavlovič: Ekonomika Ukrainskoj SSE. (Kratkij obzor i perspektivy razvitija). Moskva 1967. 117 S. [Die Wirtschaft der Ukrainischen SSR. (Kurzer Überblick und Entwicklungsperspektiven)]. (Sojuznye Respubliki v novoj pjatiletke 1966—1970 gg.).

Taranov, Aleksandr Tichonovič: Ekonomika RSFSR. Moskva 1967. 122,4 S. [Die Wirtschaft der RSFSR] (Sojuznye Respubliki v novoj pjatiletke 1966—1970).

Tokariew, S.: Zmiany w strukturze terytorialnej gospodarki narodowej ZSSR. In: Gospodarka planowa. 22 (1967) 10 S. 24—32 [Änderungen in der Territorialstruktur der Volkswirtschaft der UdSSR].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vilenskii, M.: Determining the efficiency of territorial distribution of production. In: Problems of Economics. 10 (1967) 5 S. 13—24.

Voprosy razmeščenija proizvoditel'nych sil i razvitija ėkonomičeskich rajonov. Red. E. I. Popova i dr. Moskva 1964. 216 S. [Probleme der Verteilung der Produktivkräfte und der Entwicklung der Wirtschaftsgebiete].

Voprosy razmeščenija proizvodstva v SSSR. Sbornik statej. Moskva 1965. 414 S. [Probleme der Verteilung der Produktion in der UdSSR. Sammelwerk].

Voprosy razvitija narodnogo chozjajstva Ukrainskoj SSR. Otv. red. P. I. Barij. Kiev 1967. 219 S. [Probleme der Volkswirtschaftsentwicklung der Ukrainischen SSR].

Voskanjan, G. i. A. *Sibirjakov*, A.: O planirovanii kompleksnogo razvitija ėkonomičeskich rajonov SSSR. In: Planovoe chozjajstvo. 43 (1966) 3 S. 75—82 [Über die Planung der komplexen Entwicklung der Wirtschaftsrayons der UdSSR].

Wöhlke, Wilhelm: Naturbedingte Grundlagen und Probleme der sowjetischen Wirtschaft. In: Osteuropa-Wirtschaft. 10 (1965) S. 1—26.

Wronski, Henri: La localisation des forces productives en U.R.S.S. In: Revue d'économie politique. 74 (1964) S. 391—412.

Zlatin, V. i V. *Rutgajzer:* Sravnenie urovnej ėkonomičeskogo razvitija juznych respublik i krupnych rajonov. In: Ekonomičeskie nauki. 11 (1968) 8 S. 24—34 [Ein Vergleich des Niveaus der Wirtschaftsentwicklung der Unionsrepubliken und der Großräume].

Bulgarien

Anděl, Vladimír: Zmeny v soustavě řizení národního hospodářstvi BLR. Praha 1967. 32 S. [Änderungen im System der Lenkung der Volkswirtschaft der VRB] (Informačni Publikace 59).

Andreew, Lubomir: Zur ökonomischen Entwicklung der Volksrepublik Bulgarien. In: Wirtschaftswissenschaft. 12 (1964) S. 1504—1517.

Filipov, Georgi: Novite tempove i maštabi na razširenoto socialisticesko vŭzproizvodstvo prez perioda 1959 — 1962 — 1965 g. In: Novo vreme. 35 (1959) 3 S. 16—28 [Neue Tempi und Maßstäbe der erweiterten sozialistischen Reproduktion für die Perioden 1959 — 1962 — 1965].

Huber, Gerhard: Die ökonomische Entwicklung der Volksrepublik Bulgarien. Berlin 1961. II, 137 S. (Wirtschaftswissenschaftliche Informationen 21/22).

Ikonomičesko i socialno razvitie na NRB. Pod red. Todor Vladigerov i dr. Sofija 1964. 310 S. [Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der VRB].

Kenessey, Zoltán: A bolgár gazdasági fejlödés egyes kérdései. In: Közgazdasági szemle. 11 (1964) S. 1364—1376 [Einige Probleme der bulgarischen Wirtschaftsentwicklung].

— Bulgária népgazdasága. Budapest 1964. 118 S. [Die Volkswirtschaft Bulgariens].

Kovačev, Zdravko: Predimstveno narastvane na proizvodstvoto na sredstva za proizvodstvo pri razširenoto vŭzproizvodstvo v NRB. Varna 1964. 162 S. [Das vorrangige Wachstum der Produktionsmittel bei der erweiterten Reproduktion in der VRB].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Lazarov, Kiril: Ikonomičesko razvitie na Narodna Republika Bŭlgarija. Sofija 1961. 441 S. [Die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik Bulgarien].

Mastikov, Petŭr: Problemi na optimalnoto planirane na narodnoto stopanstvo. Varna 1966. 159 S. [Probleme der optimalen Planung der Volkswirtschaft].

Nikiforov, Veselin: Problemi na ikonomičeskija rastež v Bŭlgarija. Sofija 1965. 219 S. [Probleme des wirtschaftlichen Wachstums in Bulgarien].

— Vŭzproizvodstvoto i sŭotnošenieto meždu proizvodstvenata i neproizvodstvenata sfera v Bŭlgarija. Sofija 1962. 434 S. [Reproduktion und Korrelation zwischen der produktiven und nichtproduktiven Sphäre in Bulgarien].

Peneva, Bistrica: Osnovni problemi na razširenoto socialističesko vŭzproizvodsto v proektodirektivite za razvitie na NR Bŭlgarija prez perioda 1966—1970. In: Planovo stopanstvo i statistika. 21 (1966) 8 S. 3—13 [Grundprobleme der erweiterten Reproduktion in der Perspektivplanung der VR Bulgarien während der Periode von 1966—1970].

Šapkarev, Petŭr: Tempove i proporcii v razvitieto na narodnoto stopanstvo na Narodna Republika Bŭlgarija. In: Petnadeset godini socialističesko stroitelstvo. Sofija 1959. S. 167—211 [Rhythmen und Proportionen in der Volkswirtschaftsentwicklung der Volksrepublik Bulgarien].

Trendafilov, Tončo: Izgraždaneto na materialnotechničeskata baza na socializma i prechoda kŭm komunizma v NRB. Sofija 1964. 149 S. [Der Ausbau der materialtechnischen Basis des Sozialismus und der Übergang zum Kommunismus in der VRB].

— Narodnoto blagosŭstojanie i negovite istočnici v socialističeska Bŭlgarija. Sofija 1960. 179 S. [Der Volkswohlstand und seine Quellen im sozialistischen Bulgarien].

Vylev, N.: Tempy i proporcii rasširennogo vosproizvodstva v Narodnoj Respublike Bolgarii. In: Planovoe chozjajstvo. 41 (1964) 12 S. 70—75 [Tempo und Proportionen der erweiterten Reproduktion in der Volksrepublik Bulgarien].

Wassilev, Dimiter: Die Wirtschaftsentwicklung der Volksrepublik Bulgarien nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Weltwirtschaftliches Archiv. 99 (1967) 1 S. 138—171.

Zotschew, Todor D.: Wandel und Wachstum der bulgarischen Volkswirtschaft. In: Bulgarische Jahrbücher. 1 (1968) S. 239—263.

Želev, Grudi: Balansŭt na narodnoto stopanstvo i vŭprosi na socialističeskoto vŭzproizvodstvo v NR Bŭlgarija. Sofija 1965. 362 S. [Volkswirtschaftsbilanz und Probleme der sozialistischen Reproduktion in der V.R. Bulgarien].

Deutsche Demokratische Republik

Apel, Erich und Günter *Mittag:* Ökonomische Gesetze des Sozialismus und neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Berlin 1964. 141 S.

Bartl, Wilhelm: Volkswirtschaftliche Effektivität und Wachstum des Nationaleinkommens. In: Wirtschaftswissenschaft. 14 (1966) S. 1953—1967.

Bartl, Wilhelm, and Herbert *Luck:* Optimum proportions among national income, accumulation and consumption. In: Eastern European Economics. 3 (1964/65) 2 S. 7—25.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— · — Zu den Beziehungen zwischen den Investitionen und dem Wachstum des gesellschaftlichen Gesamtprodukts sowie des Nationaleinkommens. In: Wirtschaftswissenschaft. 9 (1961) S. 1477—1502.

Berger, Wolfgang: The new economic system in the GDR. In: Economic reforms in the socialist countries. Prague 1967. S. 48—64.

Berger, Wolfgang und Otto *Reinhold:* Bemerkungen zum Thema Plan und Markt. In: Einheit. 23 (1968) S. 836—844.

Beyer, Achim: Die Diskussion um das „Neue Ökonomische System" in Mitteldeutschland. In: Ordo. 18 (1967) S. 357—393.

Criteria for determining the economic effectivness of the development of the whole economy and its several branches in the perspective plan. In: Eastern European Economics. 5 (1967) 4 S. 23—39.

Ebert, Georg, Fred *Matho* und Harry *Milke:* Gedanken zur Präzisierung des Gesetzes des vorrangigen Wachstums der Produktion von Produktionsmitteln. In: Wirtschaftswissenschaft. 15 (1967) S. 578—594.

Die Entwicklung der theoretischen Grundlagen des ökonomischen Systems des Sozialismus in der DDR durch die SED. In: Wirtschaftswissenschaft. 16 (1968) S. 1409—1434.

Gleitze, Bruno: Die Industrie der Sowjetzone unter dem gescheiterten Siebenjahrplan. Berlin 1964. XIII, 375 S. (Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland 2).

Gleitze, Bruno: Das Wirtschaftswachstum in beiden Teilen Deutschlands. Berlin 1968. 29 S. (Aktuelle Beiträge zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage in Mitteldeutschland).

Grabska, Wirginia: Rozwój gospodarczy NRD. In: Sprawy miedzynarodowe. 20 (1967) 10 S. 69—86 [Die Wirtschaftsentwicklung der DDR]

Hartig, Günter: Industrie der DDR 1950—1966. Untersuchungen über das Wachstum der Produktion und einiger Wachstumsfaktoren. In: Statistische Praxis. 23 (1968) S. 133—140.

Holzhütter, Werner: Die Konsumtionskraft der sozialistischen Gesellschaft als Wachstumsfaktor. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie. 12 (1967) S. 449—456.

Katzenstein, Robert: Technischer Fortschritt, Wachstum und Umschichtung der gesellschaftlichen Arbeit zwischen den beiden großen Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion. In: Konjunktur und Krise. 11 (1967) S. 231—243.

Kesselbauer, Günther: Die Wirtschaftspolitik der SED — Grundlage des ständigen Wachstums und der zunehmenden Stärke der Volkswirtschaft der DDR. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. 15 (1966) 1 S. 69—84.

Kinze, Hans-Heinrich: Gegenstand, Aufgaben und Funktionen der volkswirtschaftlichen Entwicklungsprognose. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie. 12 (1967) S. 429—438.

Knauer, Arnold: Die Entwicklung der grundlegenden Voraussetzungen der erweiterten Reproduktion der Arbeitskraft in der DDR. In: Wirtschaftswissenschaft. 7 (1959) S. 1007—1025.

Kohlmey, Günther: Wirtschaftswachstum und Außenhandel. In: Außenhandel und Innerdeutscher Handel. 15 (1965) S. 1—7.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Krč, Rudolf: Výskum ekonomickéo rastu v Nemeckej Demokratickej Republike. In: Ekonomický Časopis. 16 (1968) S. 177—189 [Eine Übersicht des Wirtschaftswachstums in der Deutschen Demokratischen Republik].

Lefranc, Pierre: La situation économique et le nouveau système de planification de la R.D.A. In: Economie et politique. (1965) 131 S. 77—91.

Leptin, Gert: Das „Neue Ökonomische System" Mitteldeutschlands. In: Wirtschaftsreformen in Osteuropa. Köln 1968. S. 100—130.

— La riforma del sistema economica nella Germania orientale 1963—1964. In: Le riforme economiche nei paesi dell' est. Firenze 1966. S. 94—141 (Problemi del nostro tempo).

Luft, Hans: Novye teoretičeskie problemy planovogo chozjajstva v GDR. In: Vestnik Leningradskogo universiteta. 23 (1968) 5 S. 24—29 [Neue theoretische Probleme der Planwirtschaft in der DDR].

Maier, Harry, Gerhard *Schelling*, Klaus *Steinitz* (Hrsg.): Zu Grundfragen der sozialistischen Wachstumstheorie. Berlin 1968. 269 S.

Manz, Günter: Konsumtion in Reproduktion und Planung. In: Einheit. 21 (1966) S. 641—649.

Mikul'skij, Konstantin Ivanovič: Novaja sistema rukovodstvo narodnym chozjajstvom v GDR. Moskva 1965. 54 S. [Das neue System der Leitung der Volkswirtschaft in der DDR] (Problemy soveršenstvovanija planirovanija (1965)9).

Mittag, Günter: Inhalt und Bedeutung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR. In: Wirtschaftswissenschaft. 13 (1965) S. 1233—1250.

— Probleme der Wirtschaftspolitik der Partei bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR. Berlin 1967. 63 S. (Schriftenreihe zur sozialistischen Wirtschaftsführung).

Müller, Eva-Maria: Die Proportionen zwischen der Größe der Anlagefonds der Produktionszweige, ihre Erfassung und Veränderung im Prozeß der erweiterten sozialistischen Reproduktion. Leipzig 1963. IV, 276, 10 S.

Neumann, Herbert: Wachstumstempo und Entwicklungsproportionen im Siebenjahrplan. In: Wirtschaftswissenschaft. 7 (1959) S. 984—994.

Pieplow, Rolf: Die Entwicklung der Abteilungen I und II in der Deutschen Demokratischen Republik. 2 Bde. Berlin 1960. Bd. 1. 158 S.; Bd. 2. 167 S. (Volkswirtschaftsplanung 3 u. 4).

Reichenberg, R.: Struktur und Wachstum der Abteilungen I und II im Sozialismus. Berlin 1968. 200 S.

Die Reproduktion und Akkumulation in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR. Von Werner Poeggel u. a. Berlin 1961. 64 S. (Vorlesungen zur Agrarökonomik 10).

Rosenberg, Werner: O nowym systemie ekonomicznym w NDR. In: Sprawy międzynarodowe. 18 (1965) 10 S. 37—52 [Über das neue Wirtschaftssystem in der DDR].

Roustang, Guy: Développement économique de l'Allemagne orientale. Paris 1963. XVI, 236 S. (Développement économique 6).

Steinberger, Nathan: Principles of the new economic system of planning and management (NES) in the German Democratic Republic, In: Wissenschaft-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

liche Beiträge des Instituts Ökonomik der Entwicklungsländer an der Hochschule für Ökonomie. (1967) Sondernr. 2,1. S. 423—437.

Steinitz, Klaus: Entwicklung der Produktionsstruktur als entscheidender Faktor des ökonomischen Wachstums. In: Wirtschaftswissenschaft. 16 (1968) S. 1233—1247.

— Die Faktoren des Wachstums der sozialistischen Produktion und ihre Wirkungen in der Industrie der Deutschen Demokratischen Republik. IV, 324, XXI S.

— Theoretische und praktische Probleme des ökonomischen Wachstums im Sozialismus. In: Wirtschaftswissenschaft. 15 (1967) S. 922—950.

Stiemerling, Karl-Heinz: Akkumulation und Konsumtion in der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1963. 131 S. (Sozialistische Bildungshefte).

— Wachstumsprobleme des Nationaleinkommens in der DDR. Berlin 1968. 187 S.

Stolper, Wolfgang F.: The structure of the East German economy. With the ass. of Karl W. Roskamp. Cambridge/Mass. 1960. XXV, 478 S.

Storbeck, Dietrich: Das Arbeitskräftepotential als strukturelle Bedingung der wirtschaftlichen Entwicklung in Mitteldeutschland bis 1965. In: Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft. 117 (1961) S. 224—240.

Synder. Karl-Heinz: Die Erarbeitung von Programmen zur komplexen ökonomischen Entwicklung volkswirtschaftlich entscheidender Gebiete der DDR. In: Wirtschaftswissenschaft. 12 (1964) S. 1247—1260.

Telefus, A.: Stroitel'stvo material'no- techničeskoj bazy socializma v Germanskoj Demokratičeskoj Respublike. In: Voprosy ėkonomiki. (1963) S. 133—141 [Der Aufbau der material-technischen Basis in der Deutschen Demokratischen Republik].

Thalheim, Karl C.: Die Rezeption des Sowjetmodells in Mitteldeutschland. In: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China. Bd. 1. Berlin 1961. S. 267—343 (Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. N.F. 23).

— Wachstumsbegrenzung durch Wirtschaftssystem und Außenhandel in Mitteldeutschland. In: Politik. (1967) 3 S. 38—48.

— Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau. Berlin 1964. 190 S. (Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland 1).

Theoretische Probleme des ökonomischen Wachstums im Sozialismus und Kapitalismus. 3 Bde. Berlin 1968.
Bd. 1 (Hrsg. Harry Maier): Ziele, Faktoren, Rationalität des ökonomischen Wachstums. 310 S.
Bd. 2 (Hrsg. Karl Bichtler): Wirkungsmechanismus des ökonomischen Wachstums. 284 S.
Bd. 3 (Hrsg.: Gunther Kohlmey): Außenwirtschaft und Wachstum. 323 S.

Tomm, Alfred: Aspekte der Faktoren des Nutzeffekts der gesellschaftlichen Arbeit. In: Probleme der politischen Ökonomie. 9 (1966) S. 115—160.

Zur Ökonomik der Übergangsperiode in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Herausbildung sozialistischer Produktionsverhältnisse. Von Roland Hauk u. a. Berlin 1962. 354 S. (Schriftenreihe des Instituts für Politische Ökonomie der Hochschule für Ökonomie).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Polen

Alton, Paul Thad: Polish National Income and Product in 1954, 1955, and 1956. New York and London 1965. VIII, 252 S.

Beksiak, Janusz: Wzrost gospodarczy i niepodzielność inwestycji. Warszawa 1965. 205 S. [Das Wirtschaftswachstum und die Unteilbarkeit der Investitionen].

Blum, Reinhard: Wandlungen der Wirtschaftsplanung im wirtschaftlichen Wachstum. Dargestellt am Beispiel der Volksrepublik Polen. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 122 (1966) S. 44—86.

Burmeister, A.: Polens Wirtschaft, Modell und Wirklichkeit. In: Ostprobleme. 10 (1958) S. 398—403.

Cheliński, Ryszard: Z teorii procesów planowanego wzrostu. In: Ekonomista. (1966) S. 1279—1303 [Zur Theorie geplanter Wachstumsprozesse].

Chodak, Irena: Rezerwa planu, waznym instrumentem regulowania procesów gospodarczych. In: Gospodarka planowa. 23 (1968) 6 S. 1—8 [Die geplanten Reserven, ein wichtiges Instrument zur Regulierung der Wirtschaftsprozesse].

Djordjecić, Milinko: Neki kvantitativni i kvalitativni faktori u privrednom razvoju Polske. In: Medjunarodni problemi. 17 (1965) S. 69—84 [Einige quantitative und qualitative Faktoren in der Wirtschaftsentwicklung Polens].

Dobias, Peter: Polnische Beiträge zu einer ökonomischen Theorie des Sozialismus. Tübingen 1965. 183 S.

Dunajewski, Henryk: Problemy tempa i struktury w modelu wzrostu gospodarki socjalistycznej G. Feldmana. In: Studia ekonomiczne. 13 (1965) S. 19—42 [Tempo- und Strukturprobleme in dem Modell des sozialistischen Wirtschaftswachstums von G. Feldman].

— Studia nad teorią gospodarczego. Mechanizm zmiany struktur agrgatowych. Warszawa 1965. 297 S. [Studie zur Theorie des Wirtschaftswachstums. Der Mechanismus des Strukturwandels der Aggregate].

Günzel, Karl: Die Wirtschaftspolitik der Volksrepublik. In: Polen. Köln, Graz 1959. S. 367—404 (Osteuropa-Handbuch).

Herer, Wiktor: Proporcje między rozwojem rolnictwa polskiego a ogólnym rozwojem gospodarki narodowej. In: Nowe drogi. 18 (1964) 181—193 [Die Proportionen zwischen der Entwicklung der polnischen Landwirtschaft und der Gesamtentwicklung der Volkswirtschaft].

Jedrychowski, Stefan: Glowne czynniki określajace obiektywne możliwości rozwoju gospodarki polskiej w latach 1966—1970. In: Gospodarka planowa. 19 (1964) 6 S. 1—7 [Hauptfaktoren, welche die objektiven Möglichkeiten des Wirtschaftswachstums Polens in den Jahren 1966 bis 1970 bestimmen werden].

Kucharski, Mieczyslaw: Pieniądz, dochód, proporcje wzrostu. Warszawa 1964. 390 S. [Geld, Einkommen, Wochstumsproportionen].

— Teoria pieniądza a wzrost gospodarczy. In: Finanse. 16 (1966) S. 1—14 [Geldtheorie und Wirtschaftswachstum].

Karpiński, Andrzej: Die Wirtschaft Volkspolens 1961—1965. Warschau 1962. 131 S.

Kuzba, Josef: Changes in the Polish economic model. In: Weekly Review. (1959) 17 S. 6—9.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Laski, Kazimierz: Przejściowe zwolnienie wzrostu a dynamika konsumpcji w gospodarce socjalistycznej. In: Nauki ekonomiczne. 10 (1965) S. 7—23 [Vorübergehende Verlangsamung des Wachstums und die Verbrauchsdynamik in der sozialistischen Wirtschaft].

Lesz, Mieczyslaw: Efektywność inwestycji i optymalizacja planu wielotniego. In: Gospodarka planowa. 16 (1964) 6 S. 16—23 [Der Nutzeffekt der Investitionen und die Optimierung des Perspektivplanes].

Lisikiewicz, Jerzy: Die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik Polen. In: Wirtschaftswissenschaft. 11 (1963) S. 946—959.

Machowski, Heinrich: Wirtschaftsreformen in Polen. In: Wirtschaftsreformen in Osteuropa. Köln 1968. S. 131—161.

Minc, Bronislaw: Wzrost ekonomiczny i efektywnośc inwestycji. Warszawa 1967. 139 S. [Wirtschaftswachstum und Investitionseffizienz].

Montias, John Michael: Central planning in Poland. New Haven, London 1962. XV, 410 S. (Yale studies in economics 13).

— The Polish „economic model". In: Problems of Communism. 9 (1960) 2 S. 16—24.

Morecka, Zofia: Economic expansion and wage structure in a socialist country: A study of Polish experience. In: International Labour Review. 91 (1965) S. 461—88.

Pajestka, Józef: Analysis of some aspects of Polish economic growth policy. (An essay in defining the places of growth). In: Eastern European Economics. 5 (1966/67) 2 S. 35—45.

— Certain problems of economic planning in Poland. In: Weltwirtschaftliches Archiv. 92 (1964) 1 S. 163—180.

— Selected problems of Poland's economic development policy. In: Social and political transformations in Poland. Warszawa 1964. S. 31—69 (Polish Association of Political Sciences 1).

Piotrowicz, Teresa M.: The Polish economic pendulum. In ass. with Noel J. Coghlan. In: Communist economy under change. London 1963. S. 83—124.

Planning for balanced social and economic development in Poland. Genf 1960. 64 S. (Report on the world social situation 1961. Annex, Add. 1).

Porwit, Krzysztof: Erfahrungen bei der Anwendung von Optimierungsmodellen in der VR Polen. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie. 11 (1966) S. 132—134.

Prandecka, Barbara Karolina: Nacional'nyj dochod v teorii rajonnogo planovanija. In: K voprosu teorii i metodiki issledovanij territorial'no- ėkonomičeskogo razvitija strany. Varsava 1967. S. 45—72 [Das Nationaleinkommen in der Theorie der Bezirksplanung] (Trudy Komitet po delam territorial'no-ėkonomičeskogo razvitija strany Polskoj Akademii Nauk 16).

Przybyla, Jan: Reflexions on the third sector. Private initiative in a changing „socialist" economy: The example of Poland. Bern 1958. III, 47 S. (Schriftenreihe der Osteuropa-Bibliothek. Reihe Monographien 2).

Rakowski, Mieczyslaw: Maksymalizacja wrostu gospodarczego a kryteria efektywności postępu technicznego. In: Gospodarka planowa. 22 (1967) 5 S. 11—20 [Die Maximierung des Wirtschaftswachstums und das Kriterium des Nutzeffektes des technischen Fortschrittes].

— Rachunek efektywności a optymalizacja rozwoju gospodarki. In: Gospodarka planowa. 22 (1967) 11 S. 18—22 [Berechnung des Nutzeffektes und Optimierung des Wirtschaftswachstums].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rochlin, R. P.: Zur wirtschaftlichen Entwicklung Polens nach 1956. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. (1959) S. 345—361.

Rutkowski, Jerzy: Problemy rozwoju spoleczno ekonomicznego Polski Ludowej. Wyd. 2. Warszawa 1967. 187 S. [Probleme der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Volkspolens] (Biblioteka wychowania obywatelskiego).

Rýs, Kazimierz: Problemy wzrostu dochodu narodowego i spożycia w warunkach napięcia inwestyczyjnego. In: Ekonomista. (1967) S. 651—676 [Probleme des Wachstums des Nationaleinkommens und Verbrauchs unter den Bedingungen knapper Investitionen].

Sachs, Ignacy: Poland's new economic model. In: Artha Vijňăna. 1 (1959) 1 S. 30—39.

Secomoski, Kazimierz: Dynamika wzrostu gospodarczego Polski Ludowej. In: Problemy rozwoju gospodarczego Polski Ludowej 1944—1964. S. 5—75 [Die Dynamik des wirtschaftlichen Wachstums Volkspolens].

Strobel, Georg Waldemar: Krise und Veränderungen im Wirtschaftssystem 1955—1958. In: Polen. Köln, Graz 1959. S. 505—524 (Osteuropa- Handbuch).

— Oskar Lange und die Reformbestrebungen in der marxistischen Wirtschaftstheorie Polens. In: Europa-Archiv. 14 (1959) S. 601—624.

— Probleme der Entwicklung der Wirtschaft Polens. In: Osteuropa-Wirtschaft. 6 (1961) S. 142—155.

— Probleme der Reformmaßnahmen in der polnischen Wirtschaft 1932. In: Osteuropa. 14 (1964) S. 279—298.

Sulmicki, Pawel: Some observations on the rate of growth of national product. In: Short papers on the theory of reproduction and development. Warszawa 1964. S. 106—122.

Suylichem, A.P.G.N. van: De structuur der economische planning in Polen. In: Maandschrift „Economie". 24 (1960) S. 504—524.

Sztucki, Tadeusz: Plan i rynek w obrocie towarowym. Warszawa 1966. 202 S. [Plan und Markt im Warenverkehr].

Tepicht, Jerzy: Some problems regarding the model of growth for agriculture in People's Poland. In: Eastern European Economics. 1 (1962) 1 S. 26—40.

Topolski, Jerzy: Wskaźnik wzrostu gospodarczego Polski od 10 do 20 w. Uwagi metodyczne i proba obliczenia. In: Kwartalnik Historyczny. 74 (1967) S. 995—1012 [Die Indices des Wirtschaftswachstums Polens vom 10. bis zum 20. Jh. Methodologische Beobachtungen und Versuch einer Schätzung].

Węzlowe problemy ekonomicznego rozwoju Wielkopolski w letach 1945—1965. Pod red. Seweryna Krusczyńskiego. Poznan 1966. 233 S. [Zentralprobleme der Wirtschaftsentwicklung Großpolens in den Jahren 1945—1965].

Winiarski, Boleslaw: Podstawy programowania ekonomicznego rozwoju regionów. Warszawa 1966. 158 S. [Grundlagen der Planung des regionalen Wirtschaftswachstums].

Wyrozembski, Zygmunt Jan: Uwagi o niektórych teoriach wzrostu ekonomicznego. In: Studia ekonomiczne. (1964) 12 S. 67—134 [Bemerkungen über einige Theorien des Wirtschaftswachstums].

Zajda, Zbiginiew: Makroekonomiczna i regionalna teoria wzrostu. In: Teoretyczne problemy rozmieszczenia sil wytwórczych. Warszawa 1965. S. 72—90 [Makroökonomische und regionale Theorie des Wachstums].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rumänien

Biji, Mircea: Produsul social total şi probleme ale reproducţiei socialiste lărgite. In: Probleme economice. 16 (1963) 11 S. 3—18 [Das gesellschaftliche Gesamtprodukt und Probleme der erweiterten sozialistischen Reproduktion].

Bulgaru, Mircea: Imbinarea armoniosă a industriei şi agriculturii în cadrul dezvoltării complexe a economiei naţionale. In: Probleme economice. 17 (1964) S. 129—141 [Das harmonisch verbundene Wachstum von Industrie und Landwirtschaft bei der komplexen Entwicklung der Volkswirtschaft].

Dezvoltarea complexa şi echilibrată a economiei naţionale. Bucureşti 1965. 311 S. [Komplexe Entwicklung und Gleichgewicht der Volkswirtschaft].

Dezvoltarea economică a Romîniei 1944—1964. Red. Roman Moldovan. Bucureşti 1964. XVI, 787 S. [Die Wirtschaftsentwicklung Rumäniens 1944—1964].

Graef, Alfred: Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung Rumäniens. In: Osteuropa-Wirtschaft. 8 (1963) S. 122—150.

Holbik, Karel: An economic „miracle" through investment priorities? The case of Rumania. In: Weltwirtschaftliches Archiv. 94 (1965) 2 S. 307—336.

Mănescu, Manea şi Vasile Rausser: Aspecte ale ritmului dezvoltării economiei Republicii Populare Romîne. In: Probleme economice. 12 (1959) 6 S. 4—19 [Die wirtschaftliche Wachstumsrate der Rumänischen Volksrepublik].

Mănescu, Radu: Acumulările bănești, sursă principală a reproductiei lărgite. In: Luptă de clasă. 44 (1964) 11 S. 14—25 [Die Geldakkumulation, Hauptquelle der erweiterten Reproduktion].

Moldovan, Roman: Considérations sur la méthode de planification courante et prospective de l'économie. In: Le régime et les institutions de la Roumanie. Bruxelles 1966. S. 69—82.

Montias, John Michael: Economic development in Communist Rumania. Cambridge 1967. XVI, 327 S. (Studies in international communism 11).

— Unbalanced growth in Rumania. In: The American Economic Review. 53 (1963) S. 562—571.

Negucioiu, Aurel: Unele aspecte ale dezvoltării forţelor şi relaţiilor de producţie în perioda desăvîrşirii construirii socialismului. In: Studia Universitatis Babeş-Bolyai, 11 (1966) S. 35—58 [Einige Aspekte der Entwicklung der Produktionskräfte und -verhältnisse in der Periode des Erreichens des sozialistischen Aufbaus].

Păcuraru, Ion: Dezvoltarea economică a Romîniei şi reproducţia forţei de muncă. In: Luptă de clasă. 44 (1967) 7 S. 3—16 [Die Wirtschaftsentwicklung Rumäniens und die Reproduktion der Arbeitskräfte].

Pert, Steliana şi Octavian Ciulea: Aspecte ale reproducţiei socialiste lărgite a forţei de muncă calificate în R.P.R. In: Studii de economie socialistă. Bucureşti 1961. S. 87—115 [Die erweiterte sozialistische Reproduktion unter dem Gesichtspunkt qualifizierter Arbeitskräfte in der RVR].

Popper, Armand: Avuţia naţională. Bucureşti 1963. 32 S. [Nationalreichtum].

Probleme ale creării şi dezvoltării bazei tehnice-materiale a socialismului în R.P.R. Bucureşti 1963. 390 S. [Probleme bei der Schaffung und Entwicklung der material-technischen Basis des Sozialismus in der VRR].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rachmuth, Ion: Einige Aspekte des Angleichens des wirtschaftlichen Niveaus am Beispiel der Rumänischen Volksrepublik. In: Wirtschaftswissenschaft. 12 (1964) S. 794—802.

Rachmuth, Ion şi D. Dumitriu: Crearea şi dezvoltarea bazei tehnic- materiale a socialismului şi unele aspecte ale perfeţionării relaţiilor de producţie socialiste. In: Probleme ale creării şi dezvoltării bazei tehnice-materiale a socialismului în R.P.R. Bucureşti 1963. S. 347—390 [Die Schaffung und Entwicklung der material-technischen Basis des Sozialismus sowie einige Aspekte der Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse].

Rădulescu, Ilie: Dialectica forţelor şi relaţiilor socialiste în România. Bucureşti 1966. 77 S. [Die Dialektik der sozialistischen Produktionskräfte und -verhältnisse in Rumänien].

Rausser, Vasile: Die proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft der Rumänischen Volksrepublik. In: Wirtschaftswissenschaft. 11 (1963) S. 424—435.

Ravăr, Ion: Proporţionalitatea în dezvoltarea sectoarelor 1 şi 2 ale producţiei sociale. In: Probleme economice. 17 (1964) S. 117—128 [Die Proportionalität bei der Entwicklung der Abteilungen 1 und 2 der gesellschaftlichen Produktion].

Văcărel, Iulian: Rolul activ al finanţelor în procesul reproducţiei socialiste lărgite. In: Probleme economice. 16 (1963) 10 S. 3—16 [Die aktive Rolle der Finanzen im Prozeß der erweiterten sozialistischen Reproduktion].

Tschechoslowakei

Alton, Paul Thad, u. a.: Czechoslovak National Income and Product 1947—1948 and 1955—1956. New York and London 1962. XIV, 255 S.

Anděl, Vladimír: Socialistická výrobni akumulace. Praha 1967. 231 S. [Die sozialistische Produktionsakkumulation].

Busek, Vratislav and Nicolas *Spulber* (Hrsg.): Czechoslovakia. New York 1957. 520 S.

Colette, J.-M.: Le blocage de la croissance économique tchéchoslovaque. In: Problèmes économiques de l'Europe orientale. Paris 1965. S. 121—152 (I.S. E.A. publication mensuelle 168).

Goldmann, Jozef: Model hospodářského růstu za socialismu a kritérium efektivnosti soustavy plánovitého rízení. In: Plánované hospodářství. 19 (1966) 3 S. 16—29 [Ein Modell des Wirtschaftswachstums unter dem Sozialismus und das Kriterium für den Nutzeffekt des Systems der Planungsleitung].

Goldmann, Jozef, and J. *Flek*: Economic growth in Czechoslovakia. Experimental application of Kalecki's model to Czechoslovac statistical data. In: Economics of Planning. 6 (1966) S. 125—137.

Goldmann, Jozef a Karel Kouba: Hospodářský růst v ČSSR. Praha 1967. 142 S. [Das Wirtschaftswachstum in der CSSR].

Hajek, Mojmír, a Miroslaw Toms: Produkční funkce a hospodářský růst Československa v letach 1950—1964. In: Politická ekonomie. 15 (1967) 1 S. 15—28 [Produktionsfunktionen und Wirtschaftswachstum in der Tschechoslowakei in den Jahren 1950—1964].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hildebrandt, Walter: Die wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakei nach dem 2. Weltkrieg. In: Osteuropa-Wirtschaft. 3 (1958) S. 36—48.

Hlavné problémy reprodukcie základných fondov v ČSSR. Red. V. Bacová, H. Kočtuch. Bratislava 1961. 403 S. [Hauptprobleme der Reproduktion der Anlagefonds in der CSSR].

Hoffman, Pavel: Effektívnost ekonomického rastu, optimalizácia zamestnanosti a jej oblastné problémy. In: Ekonomický časopis. 14 (1966) S. 111—129 [Der Nutzeffekt des Wirtschaftswachstums, Beschäftigungsoptimierung und seine regionalen Probleme].

Jevtić, Živrod: Ekonomiski razvoj ČSR posle Drugog Svetskog Rat. Beograd 1959. 68 S. [Die Wirtschaftsentwicklung der CSR nach dem Zweiten Weltkrieg].

Klas, Anton, Milan Fundárek a Juraj Kolek: Štúdia o dlhodobej prognóze rozvoja ekonomiky Slovenska. In: Ekonomický časopis. 16 (1968) S. 509—523 [Studie über eine langfristige Prognose der Wirtschaftsentwicklung der Slowakei].

Klaus, Václav: Ekonomický růst a inflace. Praha 1967. 52 S. [Wirtschaftswachstum und Inflation] (Výzkumná publikace 29).

Kočtuch, Hvezdon D.: K otzkam ekonomického vyrovnávania Slovenska na úroven českých krajín. In: Plánované hospodářství. 17 (1964) 8 S. 1—11 [Zur Frage der wirtschaftlichen Annäherung der Slowakei an das Niveau der tschechischen Gebiete].

Kodaj, Milan: Kvalifikácia pracovnej sily a ekonomický rast. In: Ekonomický časopis. 16 (1968) S. 242—255 [Die Qualifizierung von Arbeitskräften und wirtschaftliches Wachstum].

Kouba, Karel: The plan and economic growth. In: Czechoslovak Economic Papers. 6 (1966) S. 7—21.

— Tempo rozvoje a struktura čs. hospodářství. In: Nová Mysl. (1962) S. 1409—1421 [Wachstumstempo und Struktur der tschechoslowakischen Wirtschaft].

— Tempo růstu výroby vyrobních prostředků a spotřebních předmetů. In: Politická ekonomie. 12 (1964) S. 654—665 [Die Wachstumstempi bei der Erzeugung von Produktions- und Verbrauchsgütern].

Krejči, Jaroslav: Vývoj československého hospodářstvi v globální analýze. In: Politická ekonomie. 16 (1968) S. 581—597 [Die Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft in Globalanalyse].

Michal, Jan M.: Central planning in Czechoslovakia. Organization for growth in a mature economy. Stanford/Calif. 1960. XII, 272 S.

Mlčoch, Lubomír: Hrubá výroba, hrubý důchod, efektivita a extensita naseho hospodářského rustů. In: Politická ekonomie. 16 (1968) S. 641—662 [Bruttoerzeugung, Bruttoeinkommen, Extensität und Nutzeffekt unseres Wirtschaftswachstums].

Nachtigal, Vladimír: K problematice vyjadrování kvalitativní stránky hospodářského vývoje. In: Statistika. (1967) S. 317—328 [Zur Problematik der Darstellung der qualitativen Seite der ökonomischen Entwicklung].

Olma, Jaroslav: Rychlejší růst výroby výrobních prostředků za socialismu. Praha 1962. 249 S. [Das schnellere Wachstum der Produktionsmittelerzeugung unter dem Sozialismus].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Olsovský, Rudolf: Die wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakei 1945—1960. Ein Überblick. In: Jahrbuch für die Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder. 6 (1962) S. 9—33.

Pavlenda, Viktor, a Hvezdon Kočtúch: Meranie ekonomického vyrovnávania Slovenska. In: Ekonomický časopis. 12 (1965) S. 248—264 [Die Messung der wirtschaftlichen Angleichung der Slowakei].

Peltrámová, Šárka a Vojtěch Spěváček: Bilanční soustava ČSSR. Praha 1966. 182 S. [Das Bilanzsystem der CSSR].

Raupach, Hans: System und Struktur im Konflikt. Dargestellt am Beispiel der tschechoslowakischen Wirtschaftsentwicklung. In: Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Stuttgart 1966. S. 394—406.

Rendek, Ignác: Optimálny plán. Bratislava 1967. 156 S. [Der optimale Plan] (Edícia ekonomickej literatúry).

Rosa, Jozef: Komplexné finančné plánovanie a ekonomický rast. Bratislava 1966. 183 S. [Die komplexe Finanzplanung und das Wirtschaftswachstum].

Shaffer, Harry G.: Czechoslovakia's new economic model. Out of stalinism. In: Command versus demand. Boston 1967. S. 70—85 (Studies in Economics).

Šik, Oto: Plan and market under socialism. Prague 1967. 382 S. — Deutsche Ausgabe: Plan und Markt im Sozialismus. Wien 1967. 384 S.

— A contribution to the analysis of economic development. In: Eastern European Economics. 5 (1966) S. 3—36.

Soška, Karel: Investice a hospodářský růst. In: Plánované hospodářstvi. 20 (1967) 2 S. 56—66 [Investitionen und Wirtschaftswachstum].

Souček, Miroslav: Reprodukce zdrojů ekonomického růstu a rozdělovaci procesy. In: Plánované hospodářství. 19 (1966) 8/9 S. 142—156 [Die Quellen der Reproduktion des Wirtschaftswachstums und der Distributionsprozeß].

Thalheim, Karl C.: Die langfristige Entwicklungsplanung in den kommunistischen Donaustaaten. In: Der Donauraum. 7 (1962) S. 115—131.

Turčan, Pavol: Socialistická industrializácia Slovenska. Bratislava 1960. 332 S.

Turčan, Pavol a Viktor Pavlenda: Le développement économique de la Slovaquie au sein de la Tchecoslovaquie socialiste. Bratislava 1963. 235 S.

Vergner, Zdeněk a Miroslav Souček: Teoretické otázky ekonomického růstu ČSSR. Praha 1967. 237 S. [Theoretische Probleme des Wirtschaftswachstums der CSSR] (Ekonomie a společnost).

Vojtko, Jozef: Efektívnost rozvoja priestorovej struktúry národného hospodárstva. In: Economický časopis. 15 (1967) S. 393—409 [Der Nutzeffekt der Entwicklung der Regionalstruktur der Volkswirtschaft].

Wessely, Kurt: Die Tschechoslowakei in der Planungskrise. In: Osteuropa-Wirtschaft. 8 (1963) S. 51—65.

Ungarn

Alton, Paul Thad: Hungarian National Income and Product in 1955. New York and London 1963. XIV, 254 S.

Apro, Antal: Uspechi v stroitel'stve socialističeskoj ėkonomiki Vengerskoj Narodnoj Respubliki. In: Voprosy ėkonomiki. (1960) 4 S. 118—130 [Die Erfolge beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft der Ungarischen Volksrepublik].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aschauer, Akos-Kornél: Die strukturellen Veränderungen in der ungarischen Landwirtschaft und Industrie unter der Herrschaft der sozialistischen Zentralplanwirtschaft. Bonn 1967. 160 S.

Balázsy, Sándor: Aktuelle Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung in der Ungarischen Volksrepublik. In: Wirtschaftswissenschaft. 11 (1963) S. 580—590.

Berend, Ivan T.: Contribution á l'histoire du système socialiste de direction économique en Hongrie. In: Economie appliquée. 20 (1967) 1/2 S. 233—257.

— Contribution to the history of Hungarian economic policy in the two decades following the Second World War. In: Acta historica. 13 (1967) 1/2 S. 3—47.

Bod, Péter: A decision problem of long-term economic planning. Suboptimizing the expansion of the raw material base. In: Economics of planning. 6 (1966) S. 179—189.

Bognár, József: Planned economy in Hungary. Achievements and problems. Budapest 1959. 99 S.

Bródy, András: Gazdasági növekedésünk üteme 1924-töl 1965-ig. (Kísérlet néhány idösor összeállítására és elemzésére). In: Közgazdasági szemle. 14 (1967) S. 417—431 [Die Wachstumsrate der Wirtschaft von 1924—1965].

Friss, Istvan: Stroitel'stvo socialističeskoj ėkonomiki v Vengerskoj Narodnoj Respublike. In: Mirovaja socialističeskaja sistema chozjajstva. Moskva 1958. S. 316—348 [Der Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft in der Ungarischen Volksrepublik].

Eltetö, Ödon, and E. *Frigyes:* New income inequality measures as efficient tools for causal analysis and planning. In: Econometrica. 36 (1968) S. 383—396.

Fock, Jenö: A magyar népgazdaság o szocializmus építésének útján. Budapest 1963. 278 S. [Die ungarische Volkswirtschaft auf dem Wege des Aufbaus des Sozialismus].

Gromov, E. A.: A társadalmi végtermékmutató szerepe a népgazdaság tervezésében. In: Közgazdasági Szemle. 12 (1965) S. 14—24 [Die Rolle des Index' des Nettosozialproduktes für die Planung der Volkswirtschaft].

Háy, László: Der Ausgleich des wirtschaftlichen Niveaus der sozialistischen Länder und die Entwicklung Ungarns. In: Probleme der Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus sozialistischer Länder. Berlin 1963. S. 1—27 (Wirtschaftswissenschaftliche Informationen 36).

Karácsony, József: Das funktionale Lenkungssystem der ungarischen Industrie. Marburg/Lahn 1966. 144 S.

Kende, Peter: L'economia ungherese di fronte ai problemi del meccanismo. In: Le riforme economiche nei paesi dell' Est. Firenze 1966. S. 11—43 (Problemi del nostro tempo).

Kornai, János: Mathematical planning of structural decisions. With contributions by Thomas Lipták and Péter Wellisch. Amsterdam 1967. XXVI, 526 S. (Contributions to economic analysis 45).

Mihályffy, László: Model zdecentralizowanego planowania rozwoju gospodarczego. In: Ekonomista. (1968) S. 427—455 [Ein Modell der dezentralisierten Planung des Wirtschaftswachstums].

Muselay, S.: Ekonomie en welvaart van Hongarije. Antwerpen 1967. 167 S.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Neményi, Istvan: A beruházási politika föbb kérdési. Budapest 1963. 226 S. [Die wichtigsten Fragen der Investitionspolitik].

Párdi, Imre: Zwei Jahrzehnte Entwicklung der Produktivkräfte in Ungarn. In: Informationsbulletin des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei. (1965) 3 S. 87—107.

Szakolaczai, György: Beruházás és gazdasági növekedés. In: Közgazdasági szemle. 13 (1966) S. 729—745 [Investitionen und Wirtschaftswachstum].

Usievič, Marina Aleksandrova: Razvitie sozialističeskoj ėkonomiki Vengrii. Moskva 1962. 214 S. [Die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft Ungarns].

Vajda, Imre: Brakes and bottle-necks in Hungary's economic growth. In: The New Hungarian Quarterly. 8 (1967) 25 S. 123—138.

— Külsö egyensúly, neotechnika és gazdasági reform. In: Közgazdasági szemle. 14 (1967) S. 679—691 [Außenwirtschaftliches Gleichgewicht, technischer Fortschritt und Wirtschaftsreform].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nachwort des Bearbeiters

Die vorstehende Titellese bezieht nur Veröffentlichungen ein, die die Theorie des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses in zentral verwalteten Wirtschaften oder — soweit deskriptive Darstellungen aufgenommen worden sind — diesen Vorgang in gesamtwirtschaftlicher Sicht behandeln. Um die bibliographische Zusammenstellung im Umfang den anderen Beiträgen anzupassen, mußte darauf verzichtet werden, alle zu diesem Thema bekannten Titel zu verzeichnen. Es handelt sich jedoch nicht um eine sogenannte „Auswahlbibliographie". Erstens kommt es dem Bibliographen nicht zu, den Zensor zu spielen, und zweitens ist eine Auswahlbibliographie zumeist nur eine Titelmenge, die der Zufall, jedoch selten eine systematische Bearbeitung des Themas dem Kompilator zur Kenntnis gebracht hat.

Um den Anforderungen einer thematischen Bibliographie zu einer so komplexen Erscheinung, wie es das Wirtschaftswachstum ist, gerecht zu werden, sind die folgenden Begrenzungen gesetzt worden:

Die aufgenommenen Titel beziehen sich nur auf Veröffentlichungen, die in der Bundesrepublik nachweisbar sind, und wurden nach den Beständen der Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft erarbeitet. Sie beschreiben lediglich Publikationen, die nach 1957 und etwa bis zum März 1968 veröffentlicht waren.

Material aus anderen Bibliographien ist nicht noch einmal wiederholt worden. Besonderer Wert wurde deshalb darauf gelegt, die zu dem Thema relevanten Bibliographien zu erfassen und diese mit Hinweisen auf ihre Bedeutung zu versehen. So wurden in der Sowjetunion vor 1964 erschienene Veröffentlichungen nicht mehr aufgenommen, weil sie ohne Schwierigkeiten durch die verdienstvolle Arbeit von Sivolgin (s. S. 332, der zweite Titel unter „Sowjetunion") auffindbar sind. Ebenso ist bei den anderen Ländern verfahren worden.

Mit der vorliegenden Bibliographie ist also versucht worden, das Material für den obengenannten Zeitraum zu erfassen, das an anderer Stelle bibliographisch in diesem Zusammenhang noch nicht bearbeitet wurde. Unter dieser Voraussetzung kann diese Bibliographie Vollständigkeit beanspruchen, soweit eine solche in der Gegenwart bei ökonomischen Themen überhaupt zu erzielen ist. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß die aufgeführten Titel keine Rücksicht auf die in den einzelnen Beiträgen zitierten Veröffentlichungen nehmen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42285-2 | Generated on 2025-08-26 06:29:29
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/